C 21734 D



Wahlen in Hamburg und anderswo S.4

Arbeiterkampf

Jg. 8 Nr. 122 6.2.78 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 2,- DM

Im Auftrag des Staatsschutzes:

DGB kontra Russell-Tribunal

„Da es sich bei den Initiatoren und Mitwirkenden dieses Tribunals z.T. zweifelsfrei um Vertreter DGB-feindlicher Gruppen handelt, die das Ziel verfolgen, die Bundesrepublik Deutschland als einen faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat darzustellen, Ziele also, die sich auch gegen den DGB wenden, fordert der Bundesvorstand die Mitgliedschaft auf, sich in keiner Weise an der Vorbereitung oder Durchführung dieses Tribunals zu beteiligen." Dies ist der Kernsatz eines Schreibens, mit dem sich DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter am 18.1.78 höchstpersönlich „an alle DGB-Landesbezirke und DGB-Kreise" wandte. Weiter heißt es in dem Schreiben: *„Eine Teilnahme von Gewerkschaftsgruppierungen oder einzelner Gewerkschaftsmitglieder würde sich strikt (!) gegen die Interessen des DGB auswirken. Die DGB-Landesbezirke und die DGB-Kreise werden um Beachtung und entsprechende Bekanntgabe dieses Beschlusses gebeten".* Dies ist nichts anderes als ein förmlicher Unvereinbarkeitsbeschluß gegen alle Unterstützer und Befürworter des Tribunals und damit eine e n o r m e Ausweitung der bisherigen Unvereinbarkeits- und Ausschlußpraxis der DGB-Führung, bedenkt man die breiteste Unterstützung durch zahlreiche Gewerk-
herigen Unvereinbarkeits- und Ausschlußpraxis der DGB-Führung, bedenkt man die breiteste Unterstützung durch zahlreiche Gewerk-
schaftsmitglieder, Sozialdemokraten, Liberale, Unabhängige usw., die das Tribunal inzwischen erfahren hat!

Bezeichnenderweise geht der DGB-Vorsitzende m i t k e i n e r S i l b e auf die in der Russell-Unterstützerbewegung umstrittene, mögliche Behandlung der DGB-Unvereinbarkeitsbeschlüsse vor dem Tribunal ein. Sondern es ist die befürchtete Verurteilung des „Modell Deutschland", die die DGB-Führung auf den Plan bringt. Derselbe DGB, der 1968 noch gegen die Notstandsgesetze protestierte, bedroht heute jeden, der seine Stimme gegen die repressive Entwicklung in der BRD erhebt, mit innergewerkschaftlichen Disziplinarmaßnahmen bis hin zum Ausschluß.

Auch das ist Ausdruck der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, wobei man nicht vergessen sollte, daß diese Leute in vollständiger Übereinstimmung mit ihren imperialistischen Auftraggebern den DGB als „Modell" für die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung verstehen. Für die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte hat diese Formierung zur Regimegewerkschaft eine ungeheure Bedeutung. Deshalb muß diese Problematik selbst vom Tribunal untersucht werden!

Schon bei bei Behandlung des Treibens westdeutscher Geheimdienste wird das Tribunal unausweichlich auf den DGB stoßen. Denn es ist natürlich kein Zufall, daß die DGB-Führung ihre ganze Autorität gegen das Russell-Tribunal in die Bresche wirft.

Heißt es doch in dem Geheimpapier des Innenministeriums, es solle eingewirkt werden *„auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen".* Dazu solle man sich von höchster Ebene aus an *„in Frage kommende Spitzenverbände"* wenden *„mit der Bitte", „ihren Einfluß jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen"* (s. AK 120)

Die DGB-Führer haben ihre Lektion gelernt und in einzelnen Passagen ihres Rundschreibens i m W o r t l a u t die Argumentation
Die DGB-Führer haben ihre Lektion gelernt und in einzelnen Passagen ihres Rundschreibens i m W o r t l a u t die Argumentation
der Verfassungsschützer gegen das Tribunal übernommen!

Dies wird noch angereichert mit Demagogien gegen die Jury des Russell-Tribunals, wie sie bei den bisherigen Tribunalen von Gewerkschaftsseite aus undenkbar gewesen wäre. Durch die Bank werden die Mitglieder der Jury als „kommunistisch beeinflußt", „prokommunistisch" oder „kommunistische Sympathisanten" angegriffen.

Dies sollte in- und ausländische Demokraten und besonders Gewerkschafter alarmieren, der Rolle des DGB im „Modell Deutschland" die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Jetzt erst recht: Unvereinbarkeitsbeschlüsse und DGB-Führung vor's Russell-Tribunal!

Atom-Satellit abgestürzt!

'Schleichender Tod aus der Erdumlaufbahn'

Am 24.1.78 um 12.54 Uhr (mitteleuropäischer Zeit) traf der sowjetische Atomsatellit „Kosmos 954" über der kanadischen Queen-Carlotte-Insel auf dichtere Atmosphäreschichten. Minuten später war er irgendwo zwischen dem Großen Sklavensee und einem Nest mit dem beziehungsreichen Namen Uranium City verglüht.

Zunächst wurde versucht, diesen unglaublichen Skandal und die darin liegende Gefahr herunterzuspielen: Die amerikanische und die kanadische Regierung ließen verlautbaren, daß keine beunruhigenden Spuren von Radioaktivität festzustellen seien.

Nach und nach sickerte dann das wirkliche Ausmaß der Atom-Katastrophe an die Öffentlichkeit:

„Einer amtlichen Mitteilung zufolge wurde die Bevölkerung gewarnt, sich keinen verdächtigen Gegenständen zu nähern oder sie gar anzufassen. Das Gebiet um die Wetterstation
Wardens Grove und mehrere andere, sich keinen verdächtigen Gegenständen zu nähern oder sie gar anzufassen. Das Gebiet um die Wetterstation
Wardens Grove und mehrere andere Zonen wurden von kanadischen Sicherheitskräften gesperrt. Vom Luftwaffenstützpunkt Edmonton aus wurde die Suche nach Überresten des abgestürzten sowjetischen Satelliten intensiv fortgesetzt.

Die mutmaßlichen Trümmerstücke wurden in einem fast drei Meter breiten Krater auf dem vereisten Fluß Thelon nahe Wardens Grove am Dubawot-See entdeckt. Auf einer Pressekonferenz in Edmonton berichtete am Montag Oberstleutnant Donald Davidson, aus dem Schnee im Krater ragten Röhren und ein durchlöcherter Metallkanister". Entdeckt worden war der Krater von einem amerikanisch/kanadischen Suchtrupp. *„Zwei Mitglieder dieser Gruppe hatten sich, wie am Montag mitgeteilt wurde, dem Krater genähert, und einer faßte das herausragende Metall auch an. Er trug dabei allerdings Handschuhe. Die sechs Männer wurden am Sonntag vorsorglich evakuiert, die beiden möglicherweise am meisten Gefährdeten wurden zur Beobachtung in ein Krankenhaus von Edmonton geflogen.*

Am Ostzipfel des Großen Sklavensees sind inzwischen weitere zwei anscheinend nicht natürliche Strahlungsquellen von Experten untersucht worden, eine auf dem Eis des Sees in der Nähe von Fort Reliance, die andere, etwas weiter östlich an Land" (alle Zitate „SZ", 31.1.78).

Noch kurz vorher war von der kanadischen Regierung behauptet worden, die Messungen erheblicher Radioaktivität durch Suchflugzeuge, würden auf einem Meßfehler beruhen.

Sicherheitsbehörden der BRD in „heller Aufruhr"

Sicherheitsbehörden der BRD in „heller Aufruhr"

Die Atombefürworter der BRD sind bekannt dafür, alle atomaren Gefahren herunterzuspielen. Dennoch hatte in Bonn, weil der Satelit auch die BRD überflog, ein Krisenstab getagt. Hubschrauber standen bereit, das betroffene Gebiet abzusuchen, Strahlentrupps standen bereit. Im Falle eines Absturzes sollten die 82.500 Sirenen der BRD in Gang gesetzt werden (Angaben laut „Stern" 6/78). Per Telex waren die Katastrophenschutzstäbe — ohne konkrete Informationen über die tatsächliche Gefahrenlage zu erhalten - angewiesen worden, Wache zu halten (»Stader Tageblatt«, 28.1.78).

Kein Wunder, denn der Atomreaktor des Satelliten enthielt 45 kg angereichertes Uran und trug eine Radioaktivität mit sich, die der entspricht, wie sie durch die Hiroshima-Bombe freigesetzt wurde („Ruhr-Nachrichten", 28.1.78). So wurde alles geheimgehalten, obwohl die US- und BRD-Regierung schon Wochen vorher informiert waren, nachdem die US-Regierung sich bei der SU „besorgt erkundigt" hatte, ob auch die Gefahr einer direkten Atomexplosion im Weltenraum bestünde, wenn der Satellit, wie vorhersehbar, in die Atmosphäre eindringen würde. Selbst ohne die Explosion war lediglich die Frage, ob die Radioaktivität direkt an einer Stelle heruntergehen würde, oder ob sie sich nach Verglühen erst einmal weit in der Atmosphäre verteilen würde.

Die weit verbreitete Version, der Atomsatellit sei bereits zum größten Teil in der Atmosphäre verglüht, kann kaum beruhigen. Der Leiter der Bochumer Sternwarte, Heinz Kaminski, hat ausgerechnet: *„Der Kosmos-Satellit ist in 50 bis 70 Kilometer Höhe*
kaum beruhigen. Der Leiter der Bochumer Sternwarte, Heinz Kaminski, hat ausgerechnet: *„Der Kosmos-Satellit ist in 50 bis 70 Kilometer Höhe*
verglüht; er hat einen radioaktiven Schweif von 300 bis 400 Kilometern Länge hinter sich gelassen; allmählich wird das strahlende Gift Troposphäre und Biosphäre erreichen und mit dem Regen auf die Erdoberfläche kommen. Jetzt ist es auch mit den feinsten Meßgeräten nicht nachzuweisen — es ist einfach noch nicht unten angekommen" („FR", 26.1.78).

Professor Kaminski nennt diese Katastrophe einen *„technologischen Skandal"* und sieht darin *„einen Beweis für den schleichenden Tod aus der Erdumlaufbahn."* Kaum war klar, daß keine unmittelbare Katastrophe infolge des Absturzes aufgetreten war, da meldeten sich bereits die Berufs-

Fortsetzung nächste Seite

Hafenarbeiter durchbrechen Lohnleitlinien

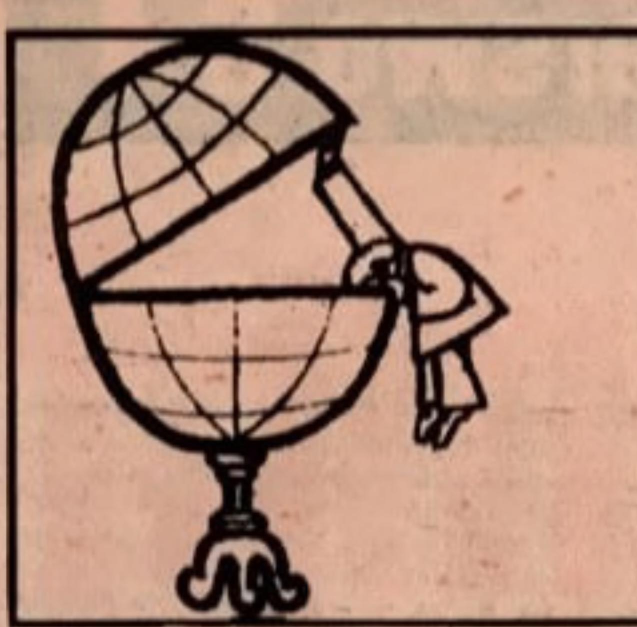


Der fünftägige Hafenarbeiterstreik ist mit einem Kompromiß von sieben Prozent ab 1. Februar 1978 (Laufzeit elf Monate) und einer einheitlichen Pauschale von 115 DM für den Monat Januar zu Ende gegangen. Das Ergebnis von nicht einmal sieben Prozent liegt unter der gewerkschaftlichen Forderung von neun Prozent, aber es ist mehr, als die Kapitalisten „freiwillig" zuzugestehen bereit waren. Der von den Hafenarbeitern erkämpfte Abschluß liegt um etliches über der von der Bundesregierung gezogenen Lohnleitlinie (5,5%). Die ÖTV-„Tarifexperten" hatten schon frühzeitig ihren Sozialpartnern signalisiert, daß ein „Verhandlungsspielraum" von zwei bis drei Prozent drin läge, d.h. eine „Sechs vor dem Komma" von ihnen akzeptiert werden würde. Ohne den Druck und die geschlossene Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter wäre selbst dieses Ergebnis nicht erreicht worden. Hafenkapitalisten und ÖTV-Führer beeilten sich sogleich zu erklären, daß ihr Abschluß ein ganz besonderer sei, die Hafenarbeiterlöhne an die gestiegenen technologischen Entwicklungen angepaßt werden müßten, der Abschluß somit einmalig und kein Vorbild für andere Bereiche sei.
Wir sehen demgegenüber den Hafenarbeiterstreik als frischen Auftakt der diesjährigen Tarifrunde insgesamt und hoffen, daß der Hafenabschluß S i g n a l w i r k u n g auch auf andere Bereiche hat. Aus den Erfahrungen der Hafenarbeiter zu lernen, heißt, in einheitlicher und geschlossener Aktion das von Staat und Unternehmern festgelegte Lohndiktat zu durchbrechen.

Anfang November 1977 hatten die ÖTV-Führer den Lohntarif fristgemäß zum 31. Dezember gekündigt. Sie forderten 8,5%, sind dann aber später unter dem Druck der Kollegenschaft auf neun Prozent hochgegangen. Die Kapitalisten fuhren von Anfang an einen harten Kurs. Sie wollten höchstens die regierungsoffizielle Preissteigerungsrate von vier Prozent zahlen und ließen so die Verhandlungen scheitern.

Auch die Einschaltung eines Schlichters, der nach vier Runden einen Vorschlag von 5,2% formulierte, führte zu keinem Abschluß. Zwar stimmten die Kapitalisten *„trotz großer Bedenken"* („Hamburger Abendblatt", 1.2.78) zu, aber die Gewerkschaftsführer lehnten unter dem Druck ihrer Mitglieder den Schlichtungsvorschlag ab und riefen für den 19./20. Januar zur Urabstimmung. Das Ergebnis zeigte die Kampfentschlossenheit der Kollegen: Über 97% der Hafenarbeiter, die sich an der Urabstimmung beteiligt haben (das waren rund 92%) stimmten für Streik. Obwohl mit klarem Auftrag versehen, bringen die ÖTV-Führer einen Tag später (21.1.) ein Flugblatt heraus, in dem es ganz im Stile der Kapitalistenpropaganda heißt: *„Die zentrale Arbeitskampfleitung der Gewerkschaft ÖTV hat den Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe aufgefordert, bis Montag, den 23.1.1978, 17 Uhr, freie Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, durch ein neues, für die ÖTV-Mitglieder annehmbares Angebot, den Arbeitskampf abzuwenden und große Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung abzuwenden".*

Fortsetzung Seite 3



Blick in die Welt

Fortsetzung von Seite 1

'Schleichender Tod aus der Erdumlaufbahn'

abwiegler zu Wort. Der US-Sicherheitsberater, der kurz vorher noch eine Atomexplosion befürchtet hatte, erklärte: „*Wir wollen uns nicht zu Horrorszenarios versteigen. Einige Gefahr hätte wohl doch ins Haus gestanden, falls der aus der Kontrolle geratene Raumflugkörper auf menschliche Ansiedlungen niedergegangen wäre*« (»Spiegel 5/78). Der »Stern« stritt schlicht ab, daß eine »*Gemeingefahr*« bestanden habe oder noch bestehe (6/78).

Der Sprecher des Kernforschungszentrum Jülich behauptete gar, Plutonium in Herzschrittmachern sei „*viel riskanter*" („Westfälische Rundschau«, 26.1.78).

So schloß denn auch die »Süddeutsche Zeitung« (vom 26.1.78), es müsse sich um einen »*falschen Alarm*« mit »*politischen Hintergedanken*« gehandelt haben.
se" herbeizuführen, sondern die Sache als „*unvermeidliche ... kleine Panne*" (Sicherheitsberater Breszinski) herunterzuspielen. In „*allen Nuklearfragen*" würden sich die Großmächte schonen, schrieb dazu die „Frankfurter Allgemeine" (31.1.78).

Kein Wunder, denn auch die US-Imperialisten haben schon mehrere dieser „kleinen Pannen" ausgelöst:
Bei allen US-Apollo-Mondflügen wurden zur Energieversorgung sogenannte Isotopenbatterien — Inhalt:
Imperialisten haben schon mehrere dieser „kleinen Pannen" ausgelöst:
Bei allen US-Apollo-Mondflügen wurden zur Energieversorgung sogenannte Isotopenbatterien — Inhalt:
hochradioaktiver Atommüll, sogenannte Spaltprodukte — mitgeführt. Noch heute stehen davon sechs Stück auf dem Mond herum.

„*Im Jahre 1964 brach eine solche Batterie, die hochgiftiges Plutonium 238 enthielt, über dem Indischen Ozean auseinander. Das Plutonium blieb bisher in der Atmosphäre. Nach einer Havarie [Unfall, Anm. AK] an Bord schoß die Besatzung von Apollo 13 im Jahre 1970 ihre Versorgungseinheit mit einer Plutoniumzelle in den Pazifik [!]. Dort war bereits 1968 der Plutonium-Generator eines Wettersatelliten abgestürzt*

Ein Reaktor aus dem US-Satelliten Snap-Shot kreist seit 1965 in rund 1.100 Kilometern Höhe um die Erde. Auf ähnlichen Umlaufbahnen kreisen etwa 15 sowjetische Satelliten, die von Uran-Reaktoren betrieben werden. Nach Bahnberechnungen werden sie frühestens in 600 Jahren in die oberen Atmosphäreschichten eindringen" („FR", 27.178).

Das ganze Ausmaß dieser - mit der atomaren Rüstung zusammenhängenden - Bedrohung deutete ein gewisser Peter Mencke-Glückert, Ministerialdirektor der Abteilung Zivile Verteidigung im Bundesinnenministerium, an. Er sieht voraus, daß „*mögliche radioaktive Stoffe in hohen Schichten der Lufthülle über zehn und fünfzig Kilometer verbleiben, wie seit 1945 die wachsenden Plutonium-Mengen. __ Dort kreisen schon jetzt rund fünf Tonnen [das sind 5000 kg!!!] Plutonium in gasförmigen Verbindungen und in molekularem Zustand. Sie sind Produkte von Kernwaffenversuchen der Atommächte*" („FR", 26.1.). Drei Prozent davon stammen allein von einer US-Atombatterie (»FAZ«, 26.1.78). Irgendwann fällt das alles auf die Erde zurück. Und radioaktiv ist es dann immer noch. Uran 235 verliert nach siebenhundertfünfunddreißig Millionen Jahren erst die Hälfte seiner Strahlkraft!!!



Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Mit dem jetzigen Absturz eines sowjetischen Atom-Satelliten ist garantiert nur die Spitze eines Eisbergs sichtbar geworden: Bereits die oben erwähnten amerikanischen „Pannen" sind ja nur beiläufig (und erst mit Jahren Verspätung!) zugegeben worden.

Tatsache ist, daß sowohl die Sowjetunion als auch die USA an sogenannten „Killer-Satelliten" arbeiten, deren erklärte Aufgabe es ist, große atomare Sprengladungen in der Höhe anderer Satelliten zur Explosion zu bringen. »*Atombomben bieten sich dafür geradezu an*", schreibt die „Frankfurter Rundschau" (26.1.78). Es liegt auf der Hand, daß derartige verbrecherische Forschungen nicht ins Blaue hinein gemacht werden und sicher auch nicht irgendwelchen Wetter- bzw. Nachrichten-Satelliten gelten. Selbst in der bürgerlichen Presse wird offen die Frage gestellt, ob nicht die atomaren „Supermächte" bereits heute Atombomben im Weltraum „geparkt" haben, um zu gegebener Zeit davon Gebrauch zu machen.

Wenn heute sowohl der amerikanische Präsident Carter als auch die Führer der Sowjetunion scheinheilig von der Notwendigkeit reden, alle atomar bestückten Satelliten zu verbieten, so sollte man sich davon nicht beruhigen lassen. Hier wird in Wahrheit das gleiche schäbige Spiel mit dem Friedenswillen der Völker getrieben wie mit den sogenannten „Abrüstungsverträgen", die tatsächlich auf immer höherem Niveau die Aufrüstung der beiden „Supermächte" garantieren sollen...
Schluß mit diesem atomaren Wahnsinn!
Kein AKW in Grohnde und auch nicht auf dem Monde!
Für das vollständige Verbot und die restlose Vernichtung aller Atomwaffen!

AKW-NEIN-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

BRD/Somalia

Waffenlieferungen in Spannungsgebiete — jetzt ganzoffiziell

Schlagzeilen auf den ersten Seiten der bürgerlichen Presse machte in diesen Tagen die ungebundene Kreditvergabe an Somalia, daß sich gegenwärtig mit Äthiopien im Kriegszustand befindet. In aller Öffentlichkeit wurde damit der bisherige – zumindest dem Schein nach – eingehaltene politische Grundsatz gebrochen, daß die BRD sich der militärischen Unterstützung von Ländern enthält, die sich im Krieg befinden (keine westdeutschen Waffenlieferungen in sog. Spannungsgebiete). Denn der Kredit an Somalia wurde ohne den in solchen Fällen üblichen Hinweis, daß die Bonner Devisen nicht für militärisches Ausrüstungsgut zur Verfügung stehen, vergeben, er stand damit auch im Widerspruch zu den derzeit gültigen „Richtlinien für die deutsche bilaterale Kapitalhilfe" vom 9. Juni 1975. Inzwischen wurde bekannt, daß die Gelder für sowjetische Waffen aus Ägypten verwandt wurden („LM", 25.1.78). Das politisch bedeutsame an diesem Vorgang ist weniger die Höhe des relativ geringen Kredits und die Tatsache, daß die BRD in Spannungsgebieten interviniert, sondern die breite Propagandaoffensive der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer Massenpresse mit dem Ziel, diese und zukünftige Interventionen ungeniert und in aller Offenheit durchführen zu können.In der Zukunft soll die Erklärung, daß Interessen der BRD und des „freien Westens" in einer beliebigen Region der Erde als bedroht erscheinen, ausreichen, um massiv und militärisch die imperialistische Interessenwahrung vorzunehmen. Diesen Meilenstein auf dem Weg zu einer offen aggressiven und chauvinistischen Außenpolitik der BRD hat der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Todenhöfer, folgendermaßen gefordert: „**Die Bundesregierung muß endlich den Mut haben, dem Steuerzahler zu sagen, daß wir dort, wo schwere Gefahren für die Sicherheit unseres Landes und des Westens drohen, unter bestimmten Umständen auch Waffen in Spannungsgebiete liefern**" („Bild", 25.1.78).

Es ist kein Zufall, daß Bonn diesen Rechtsruck in seiner Außenpolitik an Somalia vornahm. Die Aktion von Mogadischu läßt eine besondere „Dankesschuld" des BRD-Imperialismus leicht in der Öffentlichkeit konstruieren und in der Tat – „Dank " hin oder her – muß Kanzler Schmidt dem somalischen Präsidenten Barre schon einiges geboten haben, bevor die bundesdeutsche GSG9 das Flugzeug stürmen ließ. Bereits drei Wochen vor der Kreditvergabe lobte „Bild" die Zahlung von Be-
ben, bevor die bundesdeutsche GSG9 das Flugzeug stürmen ließ. Bereits drei Wochen vor der Kreditvergabe lobte „Bild" die Zahlung von Be-
stechungsgeldern an Somalia als eine „*sinnvolle Hilfe*", denn „*der Name der Hauptstadt Mogadischu (wurde) zu einem Symbol der Völkerverständigung gegen den Terrorismus*" („Bild", 31.12.77).

Klar, daß für „Bild" dies zu einem Musterfall für „Entwicklungshilfe" schlechthin stilisiert wurde:

„*Das ist sinnvolle Entwicklungspolitik. Dieses Geld, Steuergroschen, geben die Bürger gern*" (ebenda). Übrigens erwähnt „Bild" in der selben Ausgabe einen Gesamtbetrag seitens der BRD in Höhe von 78,7 Millionen Mark. Selbst diese Größenordnung des finanziellen Engagements der BRD in Somalia dürfte noch zu tief gegriffen und unvollständig sein, wenn man die Flugzeugladungen an Waffen berücksichtigt, die schlecht getarnt nach der Aktion von Mogadischu Somalia erreichen (wir berichteten darüber).

Auch der Staatssekretär (und jetzt neu ernannte Minister) Kollatz begründete die „ungewöhnliche Hilfe" der BRD mit dem neuen herzlichen Verhältnis zwischen der BRD und Somalia, er betonte, daß „*die politische Richtungsänderung*" der somalischen Regierung diese Zuwendungen „*mitbestimmt und erleichtert habe*" („NZZ", 25.1.78). Die Rechtswendung einer Regierung und eine vermeintlich drohende „rote Gefahr" sollen also herhalten, um die neue Qualität des aggressiven außenpolitischen Kurses der BRD in der Öffentlichkeit zu verankern. Todenhöfer erklärte z.B., die „*Zusammenarbeit mit Somalia sei für unser Land im Augenblick aus sicherheitspolitischen Gründen sehr wichtig, weil die Gefahr bestehe, daß sonst das Horn von Afrika unter russische Vorherrschaft gerate und damit unsere Rohstoffversorgung gefährdet werde*" („FR", 23.1.). Wer fühlt sich hierbei nicht an die „Ölkrise" von 1973 erinnert, nur heute wird unsere „Sicherheit" auch militärisch gewährleistet ... Welch ein Fortschritt!

Alle im Bundestag vertretenen Parteien waren sich einig über den mit dieser Kreditvergabe geschaffenen Präzedenzfall (vorsichtige Kritik kam nur vom FDP-Vorstandsmitglied Helga Schuchardt). Vertreter der Bundesregierung wie die Ex-Ministerin Schlei und auch der neue Entwicklungsminister Kollatz schlossen beide n i c h t aus, daß das Geld für Waffenkäufe benutzt werden kann (»Neue Zürcher Zeitung«, 25.1.78 und »Frankfurter Rundschau«, 24.1.78), wenngleich sie diese Verwendung der Gelder nur als »theoretische Möglichkeit« hinzustellen versuchten (in Wirklichkeit ginge es um wirtschaftliche und soziale Projekte in Somali). Einer, von dem man erwarten kann, daß er gerade auf diesem Sektor genau Bescheid weiß, ist der SPD-Staatsminister Wischnewski. Er meinte mit Hinweis auf das Fehlen einer Sperrklausel für Militärgüter: *»Das ist ein Geschäft Vertrauen gegen Vertrauen«* und
newski. Er meinte mit Hinweis auf das Fehlen einer Sperrklausel für Militärgüter: *»Das ist ein Geschäft Vertrauen gegen Vertrauen«* und
»Bonn dürfe nun nicht kleinlich sein, nicht zuletzt im Hinblick auf mögliche neue Entführungsfälle« (»Süddeutsche Zeitung«, 27.1.78).

Diese Einigkeit der Bonner Parteien in der Sache wurde von dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU, Todenhöfer, leicht angekratzt, indem er die ungebundene Kreditvergabe an Somalia zu Angriffen auf die Bundesregierung benutzt. Er forderte von der Bundesregierung gewissermaßen eine »amtliche« Proklamation, daß sie ab sofort bereit ist, Waffen in Spannungsgebiete zu liefern und forderte darüberhinaus, für solche Zwecke nicht den Entwicklungshilfefonds zu benutzen, sondern etwas ähnliches wie einen Sonderfond für militärische Hilfe und Intervention zu schaffen. Diese Äußerungen Todenhöfers waren dann auch willkommener Anlaß für die Kampagne in der rechten Massenpresse. Allerdings schienen sie aufgrund der grundsätzlichen Übereinstimmung der bürgerlichen Parteien nicht geeignet für die parlamentarische Debatte (vor allem auch mit Blick auf das europäische Ausland).

Nachdem also Todenhöfer mit seinem chauvinistischem Vorsprechen seine Rolle erfüllt hatte, hielt CDU-Chef Kohl es für sinnvoll, Todenhöfer in der entwicklungspolitischen Debatte nicht auftreten zu lassen.

Die mit diesem Verzicht demonstrierte Einigkeit von SPD/FDP /CDU/CSU ließ dann in der entwicklungspolitischen Debatte (!) im Bundestag die »Koalition der Schweiger« (»Süddeutsche Zeitung«, 27.1.78) entstehen.

Ausweisung des BRD-Botschafters in Äthiopien

Postwendend nach Bekanntwerden des BRD-Waffenkredits wies Äthiopien den BRD-Botschafter Lankes aus. Lankes ist ein »Spezialist« für Krisengebiete. Wegen Unterstützung eines Putschversuchs ist er schon 1970 von Sekou Toure aus Guinea gefeuert worden, und vor seinem Einsatz in Äthiopien war er während der faschistischen Niederschlagung der Linken im Libanon BRD-Botschafter in Beirut („Süddeutsche Zeitung", 27.1.).

Einige Tage zuvor wurde bereits der Militärattache der BRD- Botschaft aus Äthiopien ausgewiesen, sowie auch in Addis Abeba die deutsche Schule geschlossen.

Diese Maßnahmen erscheinen allerdings sehr stark als scheinradikale Propagandamaßnahmen, wenn man dazu die begleitenden Beteuerungen von Seiten der DERG- Vertreter in Betracht zieht, es handele sich hier nur um die persönliche Unfähigkeit Lankes und das traditionell hervorragende Verhältnis zwischen BRD und Äthiopien solle keineswegs angetastet werden! Man sollte auch nicht vergessen, daß nach wie vor das seit 1965 zwischen der BRD und Äthiopien
werden! Man sollte auch nicht vergessen, daß nach wie vor das seit 1965 zwischen der BRD und Äthiopien
abgeschlossene Abkommen läuft, in dessen Rahmen die BRD seither die gesamte äthiopische Polizei ausgebildet und ausgerüstet hat (siehe AK 119).

Afrika- Kommission

Die Fluglotsen —— vom Staat zu Kriminellen gemacht

Am 31.1. wurde das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) gegen den Verband Deutscher Flugleiter e.V. (VdF) verkündet: Für die während des „Dienstes nach Vorschrift" 1973 den Reisegesellschaften und Fluggesellschaften entstandenen Verluste in bisher genannter Höhe von ca. 220 Mill. Mark, muß der VdF Schadenersatz leisten!

„Die Bundesrichter stellen laut Pressemitteilung fest, daß die Aktionen der Fluglotsen – Dienst nach Vorschrift unter dem englischen Stichwort ‚Go slow' und verabredete Krankmeldung und dem Codewort ‚sick out' als eine streikähnliche Aktion anzusehen seien, die jedoch den beamteten Fluglotsen nach einschlägiger Rechtssprechung auch des Bundesverfassungsgerichtes untersagt sei (!!). Aber selbst wenn man nicht akzeptiere, daß die Fluglotsen einen beamtenähnlichen Status haben, der Streiks verbiete, sei 1973 die vom Grundgesetz gezogene Grenze für Streiks überschritten worden. Denn vor allem für Unbeteiligte - Fluggäste, die zum großen Teil in Urlaub kommen sollten – seien Nachteile entstanden. Der BGH teilt mit: ‚Mit diesen Mitteln und mit dieser Rücksichtslosigkeit darf ein Arbeitskampf nicht geführt werden'.

Der BGH unterstreicht ausdrücklich, daß der sog. ‚Dienst nach Vorschrift' im Tower auch dann verboten gewesen wäre, wenn er nicht von Beamten, sondern von Arbeitnehmern aus der Privatwirtschaft (!!) durchgeführt worden wäre, weil die ‚streikähnlichen Aktionen' der Fluglotsen als eine ‚vorsätzliche sittenwidrige Schädigung' im Simme von Paragraph 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) (Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorsätzlichen Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. – Anm. d. Red.). **zu betrachten seien. Das in Artikel 9 des Grundgesetzes verankerte Recht zu Kampfmaßnahmen kann nach Auffassung des BGH nicht ‚schrankenlos' gewährt werden. Die Regeln eines fairen Arbeitskampfes (!) seien überschritten worden, weil die Fluglotsen nicht offen streikten, um sich so dem Gegengriff des Sozialpartners (Bundesregierung) zu entziehen.**

Statt ‚klarer Fronten wurde eine anonyme Mauer passiven Widerstands' gesetzt, so daß die Nachteile für den Dienstherren und für Unbeteiligte ‚ganz ungewöhnlich' waren" („FR", 4.2.78).

Das ist schon eine perverse Logik: Streiken dürfen die Fluglotsen nicht, weil sie Beamte sind. Machen sie aber einen Dienst nach Vorschrift, um sich ihrer Haut zu wehren, haben sie die Regeln eines fairen Arbeitskampfes überschritten, „weil sie nicht offen gestreikt und sich dem Gegengriff des Sozialpartners entzogen" haben!

Bleibt die Tatsache, daß von höchstrichterlicher Seite ein **Dienst nach Vorschrift** als verurteilungswürdig qualifiziert wird und damit nicht nur im Öffentlichen Dienst, sondern auch in der „Privatwirtschaft" (siehe Urteilsbegründung) dem Abbau des Streikrechtes die Tür weit aufgestoßen worden ist. Die Fluglotsen jedenfalls haben rechtlich k e i n e Möglichkeit mehr, in geschlossenen Aktionen gegen ihre extremen Arbeitsbedingungen anzugehen.

Dieses Urteil des BGH hat für den gesamten öffentlichen Dienst und darüberhinaus exemplarischen Charakter. Mit der Begründung „sittenwidrig, da unbeteiligte Dritte" geschädigt worden seien, läßt sich jede streikähnliche Aktion im öffentlichen Dienst oder anderswo als strafbare Handlung auslegen und damit kriminalisieren. Auf dieser Grundlage ist es ein leichtes, die nächsten Prozesse gegen einzelne Fluglotsen, die regreßpflichtig gemacht werden sollen über die Bühne zu bringen. Insgesamt sind 25 Verfahren von der Bundesregierung eingeleitet worden. Das erste Disziplinarverfahren war gegen den Pressesprecher des Verbandes durchgeführt worden: Er wurde vorläufig vom Dienst suspendiert, und ein Teil seiner Bezüge wurde einbehalten, weil er die Veröffentlichungen des VdF akzeptiert hatte!

Für den VdF kann dieses Urteil den vollkommenen Bankrott bedeuten. Laut „Hamburger Abendblatt" vom 4.3. will der VdF Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil einlegen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Hafenarbeiter durchbrechen Lohnleitlinien

Die Verhandlungen wurden daraufhin wieder aufgenommen, doch ergebnislos abgebrochen. Schweren Herzens rufen die ÖTV-Führer für Mittwoch, den 25.1. zum Streik auf. Der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende und „Tarifexperte" Merten erläutert: *„Der zentrale Streikaufruf sei notwendig, um wilde Streiks zu verhindern"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.1.). Und noch etwas deutlicher in der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt": *„In dieser Situation war die ÖTV zum Handeln gezwungen, weil die Gewerkschaft vermeiden wollte, daß die Aktionen sich verselbständigen, was an einigen Hafenplätzen bereits in kleineren Fällen der Fall war"* („Handelsblatt". 25.1.). Ab Mittwoch morgen, 1. Schicht, werden dann fünf Tage lang sieben westdeutsche Seehäfen bestreikt. Lahmgelegt werden Häfen Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Nordenham, Brake und Emden.

Das ist aber mehr der Aktivität und Initiative der Kollegen zu verdanken als einer konsequenten Organisierung durch die ÖTV-Streikleitungen. Nur allzu oft wiegelten ÖTV-Funktionäre ab, wenn Kollegen, die Streikposten stehen, Streikbrechern den Weg versperren. Nur allzu oft müssen Kollegen, die zum Notdienst eingeteilt worden sind, „verderbliche Waren" ausliefern. Die Kapitalisten machen, wenn immer möglich, aus dem Streik gleich noch ein dickes Geschäft. In Bremen eisen sie unter Hinweis auf die existenzbedrohende Situation für die Tiere Futtermittel los und horten sie. Ergebnis: Im südoldenburger Raum werden die Preise bis zu 300% in die Höhe getrieben („Weser-Kurier", 28.1.)!...

Weiter zeigen die Gewerkschaftsführer kein Interesse daran, die Masse der Kollegen aktiv in den Streik mit einzubeziehen und so die Kampfkraft der Hafenarbeiter tatsächlich „auszuschöpfen". Alles was an Aktivitäten über das Streikposten-Stehen hinaus läuft, wird von den Kollegen selbständig organisiert.

Stattdessen verlegen sie sich weiter aufs eigenmächtige Verhandeln. Am Samstag (28.1.) präsentieren sie eine Einigung auf 7%, verschweigen aber bewußt, daß sie sich auf 6,4% geeinigt haben, denn in dem Vorschlag war der Monat Januar nicht drin.

Schnell wird der Streik wieder abgebrochen. Zu einer Urabstimmung über die Annahme der 6,4% werden die Kollegen erst nach Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen. Diese zweite Urabstimmung ergibt allerdings eine klare Mehrheit (58%) gegen die 6,4%. Damit sind die Gewerkschaftsführer mit ihrer Überrumpelungstaktik voll auf den Bauch gefallen. Offensichtlich hatten sie darauf gebaut, mit ihrer dreisten Lüge durchzukommen, sie haben eine Einigung auf 7% erreicht.

Das Aufklären über dieses Betrugsmanöver diffamierten die Gewerkschaftsführer prompt als »*kommunistische und chaotische Unterwanderung*« der Hafenarbeiter. '» *'Chaoten', so ÖTV-Vize Siegfried Merten, 'machen den Abschluß mies'* « (»Welt«, 30.1.). »*Merten und Rumpel schlossen nicht aus, daß Linksextremisten das 'Nein' vom Montag beeinflußt haben können. Rumpel: 'Sie könnten das Zünglein an der Waage gewesen sein'* « (»Bild«, 1.2.). Das sollte eigentlich eher als Kompliment verstanden werden, machen diese »Vorwürfe« doch deutlich, wer es wie genau mit der Wahrheit hält. Zwei Tage später ist das nächste Ergebnis raus: 7% (ab Febraur) und 115 Mark für Januar, das schließlich in einer dritten Urabstimmung angenommen wird.

Die Reaktionen auf den Streik

Die Kapitalistenverbände BDI und BDA kritisierten den Abschluß massiv als »*gravierende Mißachtung gesamtwirtschaftlicher Verantwortung*« und als einen »*schweren Schlag*« gegen »*die Bemühungen, Beschäftigungsschwierigkeiten zu überwinden*« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 1.2.). Diese Drohung mit den Arbeitsplätzen war schon während des Streiks Bestandteil der Hetze in der bürgerlichen Presse: »*Den Schaden dieses Tarifpokers tragen ... auch die Hafenarbeiter selbst.* [...] *Die Waffe Streik kostet die deutschen Häfen Ladung und Image - es besteht also eine gewisse Gefahr für die Arbeitsplätze im Hafen*« (»Hamburger Abendblatt«, 25.1.). Noch demagogischer hieß es in einer Schlagzeile am nächsten Tag im »Hamburger Abendblatt«: »*Die kritische Lage im Hamburger Hafen. 12800 streiken - 20000 bald ohne Arbeit?*« (»Hamburger Abendblatt«, 26.1.). In dem Artikel wurden dann »Schätzungen von Fachleuten« wiedergegeben, die erklärten, »*20000 Arbeiter und Angestellte* [*könnten*] *zeitweilig arbeitslos werden*«, wenn der Streik übers Wochenende hinausginge.

Gleichzeitig versuchte insbesondere die Springer-Presse, die Kollegen für »Versorgungsschwierigkeiten« der Bevölkerung (die es natürlich nicht gab) und für »steigende Preise« verantwortlich zu machen. Dabei verhaspelten sich diese Berufsdemagogen nicht nur einmal. Während die »Bild« am 27.1. fest behauptete: »*Hafen - Streik: Schon steigen die Preise*«, meldete das »Hamburger Abendblatt« (ebenfalls Springer) am selben Tag: »*Die Preise werden noch nicht klettern*« ...

Ernstzunehmender sind auf alle Fälle alle Überlegungen im Zusammenhang mit dem Hafenarbeiterstreik, die Tarifautonomie anzutasten. So erklärten BDI und BDA offen, die Tarifautonomie müsse »*ernsthaft* [!] *in Frage gestellt werden, wenn die Entwicklung in der Seehafenwirtschaft von anderen Gewerkschaften als Maßstab für ihre tarifpolitischen Vorstellungen verwendet werden*« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 1.2.).

Gleichlautend fragte auch der Chefredakteur der sozialdemokratischen Morgenpost, Ahlers, »rein rethorisch«: »*Passen solche Streiks eigentlich in die wirtschaftliche Landschaft? Stehen sie im Einklang mit unseren gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen fast alle, die eine Arbeit haben, auch recht auskömmlich leben können, wo es höhere Löhne, längeren Urlaub und mehr Sozialleistungen gibt als je zuvor?*« (»Hamburger Morgenpost« 28.1.).

Diese Stellungnahmen machen noch einmal den Erfolg der Hafenarbeiter deutlich: Die Lohnleitlinien durchbrochen zu haben und damit – hoffentlich – zum Vorbild für andere Bereiche geworden zu sein.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Die „Alternative"-Kollegengruppe bei der HHLA organisierte vor dem Hamburger DGB-Haus Video-Vorführungen

Pressemitteilung Hafenarbeiterstreik: Streikposten fristlos entlassen

Am 27.1.1978 war der Maschinenschlosser Jürgen D. von der Streikleitung der Ötv als Streikposten im Hamburger Hafen eingeteilt. Bei seinem Einsatz sah er, daß auf dem Betriebsgelände der Firma Buss, die ihn seit 1976 als Schlosser beschäftigt, vereinzelt gearbeitet wurde. Er begab sich daher zum Büro der Betriebsleitung, um über den Umfang der Arbeit während des Streiks Informationen einzuholen. Vom Betriebsleiter erhielt er statt einer Auskunft die Aufforderung, das Gelände zu verlassen. Der Arbeiter ging sofort, erhielt aber noch am selben Tag eine fristlose Kündigung: „haben Sie trotz Verbot der Betriebsleitung [begründet Durch Streik] unbefugt das Firmengelände betreten".

Den Betriebsrat hat die Firma vor Ausspruch der Kündigung gar nicht erst angehört.

Die Kündigung : Ein Akt exemplarischer Vergeltung eines Hafenkapitalisten an einem einzelnen Hafenarbeiter für den Streik und der Versuch der Einschüchterung aller bei Fortsetzung des Streiks?

Über eine enstweilige Verfügung zur Durchsetzung des Weiterbeschäftigungsrechts verhandelt das Arbeitsgericht Hamburg am Donnerstag, den 9.2.1978 um 11 Uhr im Saal 247. Das Gericht wird sich mit der Rechtmäßigkeit des gegen die Streikenden ausgesprochenen generellen Betriebsverbots und mit den Rechten eines Betriebsrates in der Streiksituation auseinanderzusetzen haben.

Rechtsanwalt Uwe Mäffert, 2.2.1978

Da schmunzelt der Hafenarbeiter

„Die (Hamburger) DKP stand während des Hafenarbeiterstreiks immer solidarisch an der Seite der Hafenarbeiter". Das jedenfalls verkündete der Hamburger DKP-Bezirksvorstand in einem Flugblatt „an die Kollegen Hafenarbeiter". DKP'ler schenkten Tee und Schnaps an die Streikposten aus, standen selber „an der Front" und vor allem - sie traten von Anfang an konsequent und unerschüttlich für 9% mehr Lohn ein. *„Jawohl, wir von der DKP sind konsequent, diszipliniert und verdammt unbequem, wenn's gegen die Bosse geht"* („Kiek ut" v. 27.1.). Die anderen aber, die „maoistischen Gruppen" *„argumentierten in ihren Blättern prinzipiell mit den Unternehmern gemeinsam"* („Kiek ut"). *Und nicht nur das: „Faustsymbole"* in ihren Flugblättern *„sollten Haß gegen den Vorsitzenden der ÖTV, Kluncker, entwickeln"* ...„Die Chaoten" vertreten eine *„Linie der Diffamierung der Gewerkschaften und der Aufsplitterung der Hafenarbeiter".„Sie versuchen den Lohnkampf abzuwiegeln und zu orientieren auf 6, 7 oder 8 Prozent. Aber alle Welt weiß, daß die Hafenarbeiter für 9 Prozent angetreten sind."*

Und daran hält natürlich die „einzig marxistische Partei der Arbeiterklasse" als einzige Kraft fest. Die Fronten vor und während des Streiks sind also glasklar!

Am Wochenende (28./29.1) wurden dann die 7% ab 1. Februar, also 6,4% aufs ganze Jahr bezogen, ausgemauschelt.

Von diesem „beachtlichen Erfolg" noch etwas angeheitert, erschien die DKP-Zeitung „UZ" am 30.1. mit der Schlagzeile: *„Sieben Prozent mehr Lohn für 20.000 Hafenarbeiter." „Einen beachtlichen Erfolg erzielten die 20.000 Hafenarbeiter ... durch ihren entschlossen geführten Streik. Ihre Löhne werden ab 1. Februar um sieben Prozent erhöht..."* beginnt in fetter Schrift der Artikel. Später geht es dann klein weiter: es *„ergibt sich für das Gesamtjahr 1978 eine durchschnittliche Steigerung von 6,41 Prozent."* Was die „UZ" den Hafenkollegen zur Urabstimmung über diese Einigung empfiehlt, erfährt der Leser nicht. Wohl aber, daß *„die Bundestarifkommission (...) bei der heutigen Urabstimmung die Annahme des neuen Tarifvertrages (empfiehlt)"* ... Nachdem eine klare Kollegenmehrheit die 6,4% in der Urabstimmung abgelehnt hatte, und nachdem dann in einer weiteren Urabstimmung über 115 Mark für Januar und 7% für 11 Monate entschieden werden sollte, empfahl die DKP: *„Diesen Erfolg gilt es in der Urabstimmung abzusichern."* Denn: *„Gewerkschaftliche Geschlossenheit und Stärke stehen auf dem Spiel"* („Kiet ut", 3.2.).

\- Man sieht, Umfallen will gelernt sein!

Fünf Tage Hafenarbeiterstreik
Ein Erfahrungsbericht aus Hamburg

Am Montag, den 23.1., überlegten sich Kollegen der Gruppe „Alternative" von der Hamburger Hafen - und Lagerhausgesellschaft (HHLA), für Dienstag nach der 1.Schicht einen Autokorso zu organisieren. Dafür wurde an verschiedenen Schuppen mobilisiert, viele Kollegen waren begeistert und wollten mit. Parolen wie: *„Wir wollen 9% - nicht 6", „97% für Kampf - 97% gegen faule Kompromisse"* sollten die Autos schmücken. Der Sinn war, gemeinsam zum Gewerkschaftshaus zu fahren, dort den Willen zum Kampf zu demonstrieren und klarzumachen, daß die Forderung(9%) voll erfüllt werden muß – zu der Zeit liefen die Verhandlungen im Crest Hotel in Bremen.

Am Dienstag wurde der Autokorso abgeblasen, nachdem der Streik für Mittwoch (1.Schicht) bekannt gegeben worden war. Davon wurden gleich die ausländischen Häfen, zu denen Kontakt besteht, informiert und zur Solidarität aufgerufen. Da für Mittwoch alle zum Gewerkschaftshaus beordert waren, um sich den Stempel für das Streikgeld abzuholen, mobilisierten die „Alternative"-Kollegen für Mittwoch zwischen 7 und 8 Uhr zum Gewerkschaftshaus, um die Geschlossenheit der Kollegen zum Ausdruck zu bringen und die Forderungen zu unterstreichen. Mittwoch früh waren in dieser Zeit rund 2.000 Kollegen da. Das Gewerkschaftshaus war mit Transparenten ausgeschmückt wie: *„Bild lügt", „Die Hafenbosse verursachen den Streik - nicht wir", „Wir fordern 9% nicht 6%"* und *„Kern bekommt 200.000 im Jahr"*. Die Transparente hingen den ganzen Vormittag über. Als es etwas leerer geworden war, riß ein Gewerkschaftsfunktionär voller Wut ausgerechnet das Transparent zu Kern (dem HHLA-Boß) von der Wand und verschwand.

An der Streikfront vor den Betrieben wurde ab 5 Uhr Posten gestanden. Völlige Unsicherheit bestand darüber, wer nun eigentlich durch konnte, nur mit ÖTV-Ausweis, oder alle, die 'ne passende Ausrede hatten. Dadurch gab es immer wieder Diskussionen mit angestellten Koll[illegible] von Fremdfirmen, die sich dan[illegible] oft einsichtig zeigten. Durch Kuriere wurde bekannt, daß im Hafen noch an einigen Stellen gearbeitet wurde. So gelang es, die Arbeiten bei Holzmüller,Uhlmann & Co. und Firma Jordaberg zu stoppen.

Bei Holzmüller versuchte der Betriebsleiter die Streikposten dadurch zu provozieren, daß er jeden einzeln abfotografierte.

Durch Berichte der Streikposten-Kuriere, die sich spontan aus den Reihen der Kollegen bildeten, konnten wenigstens diejenigen Kollegen, die im Gewerkschaftshaus stempelten, aktuell von dem Streikgeschehen informiert werden. Dadurch meldeten sich viele Kollegen freiwillig zu Streikposten, die sauer über die lasche Organisierung des Streiks von seiten der ÖTV-Führer waren. Die nächsten Tage liefen dann schon wesentlich besser. Mehrere hundert Kollegen standen auf Streikposten. In den Reihen waren auch Kollegen, die sich sonst für nichts eingesetzt hatten.

Am Freitag tauchten am Posten

Fortsetzung nächste Seite



Streikposten im Hamburger Hafen

Fortsetzung von Seite 3

Eurokai/Holzmüller prompt mehrere Bullenwagen auf und versuchten, die Straße freizuhalten, so daß jeder Streikbrecher mit dem Wagen hätte reinfahren können. Die Kollegen „überquerten" daraufhin ständig die Straße, um sie so wieder zu blockieren. Und nun trat Eckart Schön von der Hamburger ÖTV-Leitung in Aktion – und wiegelte ab. Schließlich zogen die Kollegen direkt zu Holzmüller vors Tor. Sie konnten aber nicht verhindern, daß ein Bus der Firma Bella-Tourist mit 30 Streikbrechern an einer Schwachstelle durchbrach – die Kollegen konnten nur noch beiseite springen, so schnell und rücksichtslos fuhr der Fahrer.

Die Kollegen, die schon öfter Busse von der Bella-Tourist für Ausfahrten gebucht haben, riefen gleich da an und drohten, diese Streikbrecherdienste breit im Hafen bekanntzumachen und dafür zu sorgen, daß keine Fahrten mehr gebucht werden. Daraufhin ist Bella-Tourist nicht mehr gefahren.

Mit jedem Tag wurden die Streikposten entschlossener. Der Bella Tourist Bus wäre am Samstag nicht mehr mit heilen Scheiben durchgekommen, dafür waren zu oft Streikbrecher mit ihren Wagen in die Streikpostenketten hineingefahren und hatten Kollegen verletzt.

Mit zunehmender Dauer des Streiks kamen immer mehr Zweifel auf, wie ernsthaft der Streik von der ÖTV- Führung unterstützt wird. Immer mehr „Sondergenehmigungen" wurden per Telefon erteilt. Kontrolliert wurde nicht. Besonders mit dem Argument „der Verderblichkeit, der Ware" wurde unheimlicher Schindluder getrieben. Citrus-Konzentrat, das von den Kollegen aus einem Kühlhaus ausgelagert werden mußte, wurde noch nicht einmal per Thermowagen abgefahren, so „verderblich" war die Ladung. Dasselbe bei der Frucht. Zuerst wurde das Ausliefern von Pflaumen genehmigt, dann kamen Weintrauben, Apfelsinen und Clementinen dazu. Die für diesen „Notdienst" eingeteilten Kollegen arbeiteten direkt neben einem Streikplakat der ÖTV – und waren stinkesauer.

„Ausnahmegenehmigungen" wurden von den verladenden Betrieben mit allen möglichen Tricks und Lügen erreicht. Sie schickten Telegramme, in denen auf den Millionenwert der Ladung hingewiesen und angedroht wird, die ÖTV werde zur Verantwortung gezogen werden. Oder sie riefen die Streikleitung an und fragten, ob diese verantwortlich am Tode Hunderttausender sein wolle, wenn eine bestimmte Partie In-
am Tode Hunderttausender sein wolle, wenn eine bestimmte Partie In-
jektions-Kanülen nicht ausgeliefert würde.

Auch mit Hilfe des Staatsapparates wurde alles versucht. Am Eurokai (privater Container Terminal) sollte mit fremdem Personal und per einstweiliger Verfügung eine Partie rausgeholt und mit dem LKW nach Le Havre gebracht werden. Da sich aber die Schlepperbesatzungen in Le Havre solidarisierten und das Schiff nicht auf den Haken nahmen, mußte der Plan fallengelassen werden.

Überhaupt war die internationale Solidarität sehr stark. In Antwerpen verbreiteten die Hafenkapitalisten schon am ersten Streiktag die Lüge, man hätte mit 6,5 Prozent abgeschlossen, damit keine BRD-Ladung boykottiert wird und Extra-Profite eingesteckt werden können. Durch Kontakt zum Unabhängigen Hafenarbeiter Komitee gelang es, dieser Mär ein Ende zu mache. Die Genossen in Antwerpen hatten umgehend ihre Arbeitskollegen in einem Flugblatt informiert.

Und in Aarhus konnte der für den Hafen zuständige Gewerkschaftssekretär gezwungen werden, vor den Hafenkollegen öffentlich zum Boykott westdeutscher Ladung aufzurufen.
scher Ladung aufzurufen.

Während des ganzen Streiks über organisierten Kollegen der Gruppe „Alternative" in einem dem Gewerkschaftshaus nahegelegenen Lokal Diskussionen, Informationen und Unterhaltung (z.B. Filme zeigen) in der Art von Streikversammlungen. Alles Aktivitäten, an die die ÖTV-Offiziellen nicht im Traum dachten. Am Sonnabend morgen wurde ein Fernseher mit zum Gwerkschaftshaus genommen, um dort Video-Aufnahmen (mit Interviews, Nachrichtensendungen u.a.) zu zeigen. Prompt drehten die Gewerkschaftsführer den Saft ab. Das wurde erst wieder anders, als gut 30 Kollegen zum Gewerkschaftssekretär Erich Rumpel raufmarschiert waren.

Für Samstag, den 4.2. hatten die „Alternative" - Leute eine „Streikfete" zur Auswertung des Streiks und zur Unterhaltung organisiert, zu der über 100 Kollegen z.T. mit Frau und Kind(ern) kamen.

Hafenanleitung
KB/Gruppe Hamburg

Hamburger Bürgerschaftswahl 1978

DKP

Relativ ausführlich und bemerkenswert sachlich setzt sich die DKP in ihrer – regelmäßig kostenlos verteilten – Hamburger Stadtzeitung „Utsichten" (Januar/Februar 1978) mit der Kandidatur eines breiten Wahlbündnisses verschiedendster Initiativen, Gruppen, Einzelpersonen und Organisationen auseinander. Kurt Schacht, Osdorfer Born, Kandidat der DKP zur Bezirksversammlung, erklärt dazu: *„Solche Gedankengänge würden sofort das Ende dieser Initiativen bedeuten. Parteien, die sich zur Wahl stellen, müssen doch zwangsläufig eine Gesamtperspektive haben, und das bedeutet doch, daß prinzipiell den meisten Bürgern der Weg verschlossen wird, sich in dieser Organisationsform für ihre Interessen einzusetzen, und das gilt für a l l e Initiativen, ob das nun gegen Mieterhöhungen oder gegen Atomkraftwerke gerichtet ist. Solche Initiativen leben doch gerade davon, daß sich hier o h n e Blick auf Parteizugehörigkeit Bürger zusammenschließen".*

Was bedeutet das nun konkret für die Wahlen? Schacht: *„Eine andere Frage ist natürlich, daß Initiativen darauf achten, daß ihre Forderungen in den Parlamenten vertreten werden."* Es sei also **„deutlich, daß es für alle Intiativrichtungen notwendig ist, Fürsprecher im Parlament zu haben."** Und wer könnte wohl diese Fürsprecher sein? ... Erraten: **„Ich als Mitglied und Kandidat der DKP kann hier versichern, daß meine Partei nicht im Widerspruch zu den Forderungen z.B.der Mieter steht, das liegt natürlich daran, daß sich viele der Forderungen direkt aus der Programmatik der DKP ableiten lassen.**

Das ist wohl ein Versprecher? Schacht wollte doch wohl eher sagen, daß sich viele Forderungen von Initiativen im DKP-Programm w i e d e r f i n d e n , und nicht etwa umgekehrt? Sei es nun wie es sei, es fragt sich doch:

- Welchen „Fürsprecher" im Parlament soll z.B. die große Mehrheit der AKW-Gegner finden, die weitergehendere Positionen als die DKP vertreten, die also prinzipiell gegen AKW's sind (und nicht bloß für einen Baustopp) und auch AKW's auf der anderen Seite der Elbe als Bedrohung empfindet?
- Welchen „Fürsprecher" sollen z.B. die Frauengruppen finden, die sich nicht – wie die DKP – für die „Fristenregelung" einsetzen, sondern für die Freigabe der Abtreibung, ohne staatliche und ärztliche Kontrollstellen?
- Wie kann überhaupt die Anti-AKW-Bewegung einem „Fürsprecher" vertrauen, der in der Bewegung nur ein e i n z i g e s Mal wirklich aufgetaucht ist, nämlich bei der Spaltung der Bewegung vor dem 19.2.77 (Brokdorf/Itzehoe) und sich seither nicht mehr blicken läßt?
- Und andererseits ist klar, damit argumentiert ja auch Kurt Schacht, daß die DKP viele „weitergehendere" Ziele vertritt als die einzelnen Initiativen. Warum sollte sich z.B. eine Mieterinitiative als „Fürsprecher" ausgerechnet jemandem anvertrauen, der jede Opposition im „realen Sozialismus" kriminalisiert und verteufelt, der mit der „These 41" (keine Zusammenarbeit mit „Maoirten" etc.) reale Bewegungen und konkrete Aktionen zu spalten versucht? Warum sollte sich eine Anti-AKW-Initiative ausgerechnet einer Partei bei den Wahlen anvertrauen, die im Chor mit der bürgerlichen Presse vor dem 19.2.77 die Brokdorfer Demonstration diffamiert hat?

Es gibt in den Hamburger Basis-Initiativen nur wenige Menschen, die ausgerechnet die DKP als möglichen „Fürsprecher" ihrer Interessen wünschen. Und es gibt sehr viele Menschen, die einmal g a n z ohne „Fürsprecher" versuchen wollen, ihre Sache in die eigenen Hände zu nehmen, also s e l b s t ihr „Fürsprecher" zu sein. **Was soll daran schlecht sein?**

„KPD"

„KPD" und KBW hatten ursprünglich ein gemeinsames Auftreten zur Hamburger Bürgerschaftswahl angestrebt. Spitzenverhandlungen hatten stattgefunden, ein Dokument wurde darüber verfaßt. Dem ZK der „KPD" fiel jedoch nachträglich auf, daß dieses Dokument den alten KBW-Vorschlag für parallele Kandidaturen von KBW und „KPD" enthielt, während die „KPD" eigentlich einen weitergehenden Plan zur Bildung einer gemeinsamen Wählerinitiative im Auge hatte. Das „KPD"-ZK reichte **daraufhin seinen** Widerruf ein. **Jedoch:** Der KBW scherte sich einen Dreck darum, veröffentlichte das bereits widerrufene Dokument und stürzte die heißersehnte „Einheit der Marxisten-Leninisten", die nach "KPD"-Vorstellung das „Rückgrat einer demokratischen Aktionseinheit" sein sollte , damit in eine neue Krise. Nichtsdestoweniger signalisierte die „KPD" weitere Verhandlungsbereitschaft (siehe letzter AK).

Inzwischen scheint das Projekt gestorben zu sein: *„Die Führung des KBW hat eine solche Einheitsliste"* (mit KBW und „KPD" als „Rückgrat"; Anm. AK) *„ebenso abgelehnt wie das Bemühen um eine breite antifaschistisch- demokratische Aktionseinheit"* („Rote Fahne". 1.2.78). Mißmutig bekennt die „KPD", daß die Verhandlungen mit dem KBW *„wertvolle Zeit verschlungen"* haben. Das hätte die „KPD" sich allerdings von vornherein ausrechnen können – denn mit dem KBW zusammen eine *„antifaschistisch-demokratische Aktionseinheit"* aufbauen zu wollen, ist ein gleichermaßen widersinniges Unterfangen, als wenn man eine auf Abriß spezialisierte Firma zum Hausbau engagiert.

Und während die törichten Verhandlungen also wertvolle Zeit verschlungen haben, so die „KPD" weiter, haben sie gleichzeitig auch *„opportunistischen Kräften Raum gegeben"*. Präzisiert wird nicht, wer und was da gemeint ist; aber die Sache liegt auf der Hand: die „KPD" kommt auf das „Wehrt Euch"-Bündnis zu sprechen, daß sich erstaunlicherweise so ganz ohne ihr bisheriges Zutun und die Gunst der Stunde nutzend (nämlich die Ablenkung der „KPD" durch den KBW) gebildet hat. Da heißt es für die „KPD" nun, sich neu zu orientieren: es *„besteht noch (?) die Möglichkeit, ein schlagkräftiges demokratisches Aktionsbündnis zu schmieden! Diesen Standpunkt legten Vertreter unserer Partei auch auf einer Beratung am vergangenen Wochenende in Hamburg dar, zu der die Initiatoren einer „Wehrt Euch" Liste eingeladen hatten."*

Sei's drum; diese Möglichkeit hatten die Initiatoren des „Wehrt Bündnisses zwar schon lange vor der „KPD" selbst erkannt und sogar schon etliches dafür getan, aber warum soll man jemand lange gram sein, wenn er seine eigenen Irrtümer durch ein bißchen zu lautes Klopfen an die eigene Brust zu übertönen versucht? Die Frage ist, welche Art Unterstützung die „KPD" nun anbieten will und wieweit sie dabei bereit ist, sich solidarisch in eine gemeinsame Front einzureihen und demokratische Entscheidungen darin zu akzeptieren.

Laut Stellungnahme der „KPD" betrachtet sie es als vorrangig, daß das Wahlbündnis sich *„gegen die politische Unterdrückung in der BRD und in der DDR"* wendet. Die Aktionseinheit dürfe bei ihrer Kandidatur *„nicht borniert nur auf die Verhältnisse in der BRD starren"*; und sie müsse *„gerade auch"* deutlich machen, daß die DKP keine Alternative ist.

Es versteht sich für uns als Kommunisten von selbst, daß wir im Wahlkampf in der Auseinandersetzung mit der DKP auch zur politschen Unterdrückung in der DDR nicht schweigen werden. Aber wir sind der Ansicht, daß dies für den **Wahlkampf und für das Bündnis k e i n z e n t r a l e r Inhalt sein** wird und auch nicht sein kann. Zum einen ist völlig uneinsichtig, daß die Kritik an der Unterdrückung in der DDR ausgerechnet in einem Landeswahlkampf in Hamburg g l e i c h r a n g i g mit dem Kampf gegen die Unterdrückung in unserem Land behandelt werden soll. Da sind schlicht die Maßstäbe und die Aufgaben eines oppositionellen Wahlkampfes hierzulande verschoben. Zum anderen liegt auf der Hand, daß der Kampf gegen die poltische Unterdrückung in der DDR selbstverständlich die Frage nach der Einschätzung dessen stellt, was die Revisionisten als „Sozialismus" verkaufen, daß hierbei also unweigerlich und unmittelbar die Frage der g r u n d s ä t z l i c h e n Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur Diskussion steht. Das geht indes über den Rahmen des derzeitigen „Wehrt Euch"-Bündnisses und den Diskussions- und Erfahrungsstand der meisten daran Beteiligten Basisinitiativen und Gruppierungen hinaus. Die „KPD" scheint schlicht den Charakter dieses Bündnisses als eines demokratisch-antifaschistischen, aber keines schon sozialistischen Zusammenschlusses „vergessen" zu haben.

Zu klären bleibt, ob die „KPD" von der Akzeptierung des *„Kampfes gegen die politische Unterdrückung in der BRD und in der DDR"* als **Programmteil des Bündnisses letztlich ihre Unterstützung abhängig machen will.** Wenn dies der Fall ist, wird sie sich wohl anderswo ein Plätzchen für den Wahlkampf suchen müssen. Aber vielleicht macht die „Neuorientierung" der „KPD" ja doch noch weitere Fortschritte...?

Aktionseinheit" („Rote Fahne". ten die Initiatoren des „Wehrt wahlkampf in Hamburg gleich- Fortschritte...?

GIM

Die rechtstrotzkistische GIM lehnt seit September 1977 – also fast seit Beginn der Debatte in Hamburg – eine Kandidatur der Basisbewegung ab. Standen hierbei zunächst noch politische Bedenken im Vordergrund, so ist sie mit der Entwicklung und politischen Formierung des Bündnisses zu immer feindlicherem, diffamierendem Gepöbel übergegangen.

Die jüngste Stellungnahme („Was tun", „Wt", 2.2.78) legt eindeutig den Schwerpunkt auf die Behauptung, es handele sich in Hamburg überhaupt nicht um eine Basiskandidatur. Vielmehr sei die „Wehrt Euch-Liste" *„nicht mehr als das basispolitische Sprachrohr des KB"*, auf dem Treffen der Liste seien *„fast nur Aktivisten beteiligt, die zum KB gehören"*, das Bündnis sei n i c h t einmal ein *„Ausschnitt verschiedener politischer Strömungen"*. Zusammengefaßt besteht für die GIM die „Wehrt Euch-Liste" lediglich aus der *„Sammlung und Zusammenfassung aller vom KB majorisierten* (!!) *Tendenzstrukturen"*.

Zu dermaßen plumper Demagogie hat sich bisher weder die bürgerliche noch die revisionistische Presse hinreißen lassen, und auch die GIM weiß natürlich, daß sie hier einen Schmarrn verbrät.

Eigentlich müßte auch selbst die GIM wissen, daß derlei grobe Lügen nicht gerade geeignet sind, die unabhängigen Kräfte der „Wehrt Euch-Liste" für die politischen Positionen der Trotzkisten zu interessieren.

Warum lügt die GIM?

Seit September 1977 prophezeit die GIM in penetranter Regelmäßigkeit, der Versuch einer gemeinsamen Kandidatur von Basisinitiativen würde die einzelnen BIs *„an der Frage der Wahlunterstützung"* spalten. Die BIs verlören den Charakter einer breiten Aktionseinheit zu einem konkreten Problem.

Nach der prophezeiten „Spaltung" würden die kandidierenden BIs dann zu *„Richtungs-BIs"* geworden sein. Nun hat es in Hamburg an der Wahlfrage nicht eine einzige Spaltung gegeben; die jeweilige Minderheit toleriert überall die Mehrheitsentscheidung der BI, teilweise wurden andere Kompromisse gefunden, die den Interessierten eine Unterstützung der Liste ermöglichen. Insgesamt hat der Gedanke der Kandidatur derartige Anziehungskraft, daß z.T. erfreuliche Wiedervereinigungen stattfinden (z.B. Anti-AKW-BIs, die im Juni aus dem BUU-Plenum ausgezogen waren, arbeiten jetzt dort teilweise wieder mit).

Kurz: Die GIM hat sich in dieser Frage grob verschätzt und tauft lieber die BIs in *„KB-Sprachrohre"* um, um den Irrtum nicht zugeben zu müssen. Man darf gespannt sein, ob nunmehr auch WSL, AUD, EFP etc. als *„KB-majorisiert"* deklariert werden sollen, seit sie ihre mögliche Mitarbeit bei der gemeinsamen Kandidatur bekanntgemacht haben.

In diesem Punkt steht die GIM übrigens auch mit schlichter Logik auf dem Kriegsfuß: Wie kann man nur vor der Spaltung von BIs warnen (also ihre heterogene Zusammensetzung anerkennen) und später die nicht erfolgte Spaltung darauf zurückführen, die gleichen BIs seien eben „Sprachrohre des KB"?? Trotzkismus,wie er leibt und lebt!

Unverständnis für das Mögliche

Noch größer ist das Unverständnis der GIM, was die politische, programmatische Fähigkeit der BIs betrifft. Wiederum bereits im September fragte „Was tun" (13.10.) verwirrt: *„Allein eine gemeinsame Kandidatur wird diese Kräfte nicht auf einen Nenner bringen. Was soll eine solche Kandidatur überhaupt erreichen? Wie will sie was erreichen?"*

Jedenfalls stand für die GIM von vornherein fest, daß die BIs kein halbwegs gescheites Programm würden entwickeln können: *„Selbst im besten Fall kann eine solche Gruppierung nur Unzufriedenheit und Protest ausdrücken. An den Interessen der Arbeitenden und des Klassenkampfes geht sie vorbei"* („Wt", 15.12.77).

Um besagten *„Interessen des Klassenkampfes"* programmatisch zum Durchbruch zu verhelfen, propagiert die GIM eine *„sozialistische Alternative"* und ließ einen entsprechenden Plattform-Vorschlag kursieren. Im Januar schien es dann, als wollten die Trotzkisten in dieser Frage ihren Irrtum zugeben, damals wurde der von der BUU vorgelegten vorläufigen Gliederung für eine Wahlkampf-Plattform jovial bescheinigt, sie komme *„dem Vorschlag der GIM zu einer sozialistischen Alternative s e h r n a h e "* („Wt", 26.1.). Eine Woche später wurde der gleiche Plattform-Vorschlag wieder als *„bloßes Sammelsurium von Forderungen"* abqualifiziert. Das versteh, wer will.

Sozialistische Alternative?

Tatsächlich verfolgen der (inzwischen vom Bündnis angenommene) BUU-Vorschlag und die GIM-Plattform im konkreten recht ähnliche Ziele. Natürlich habe die Trotzkisten ihre drolligen Spezial-Forderungen dabei (etwa: *„Kontrolle des Preis-Index durch Gewerkschaften und Verbraucher"*), aber das wäre sicher regelbar gewesen.

Nun wird der „Wehrt Euch-Liste" von der GIM bös angekreidet, daß sie keine *„sozialistische Perspektive"* weise. Dies trifft zweifellos zu. Während der gesamten Entstehung des Bündnisses hat n i e m a n d versucht, diesen Sprengsatz zu legen und eine gemeinsame Kandidatur vom Bekenntnis zum Sozialismus abhängig zu machen. Natürlich haben auch die Genossen des KB in den BIs hierauf sehr bewußt verzichtet. Zum einen ist die Einigung auf den jetzt vereinheitlichten Themenkatalog ein enormer Fortschritt für viele Menschen und BIs. Zum anderen ist der allseitige Bruch mit dem kapitalistischen System eben nicht deklamatorisch über eine entsprechende Passage im Programm „vereinheitlichbar".

Wir meinen vielmehr, daß gerade die Erfahrungen eines konsequenten radikal-demokratischen Wahlkampfes vielen Menschen neue Erkenntnisse über diesen Staat ermöglichen wird; Erkenntnisse, die schließlich auch den Bruch mit diesem System begünstigen. Doch zurück zu dieser „linken" Kritik der GIM. Die „sozialistische Perspektive" wird im GIM-Vorschlag wie folgt formuliert: **„Für einen menschlichen und demokratischen Sozialismus:** *Die Arbeitenden in den Betrieben und Büros lehnen zurecht einen ‚Sozialismus' ab, der ihnen weniger Freiheitsrechte garantiert als sie gegenwärtig in den entwickelten kapitalistischen Ländern besitzen. Sozialisten sind nur dann glaubwürdig, wenn sie gerade im Fall der Gesellschaften, in denen der Kapitalismus beseitigt ist, für die revolutionäre Demokratie und die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gemäß den Bedürfnissen der Menschen und nicht gemäß technokratischer, am Kapitalismus orientierter Wachstumsideologie eintreten. Wer, die Sozialistische Initiative unterstützt, tritt für eine sozialistische Gesellschaft ein, die alle Freiheitsrechte einräumt. Im Sozialismus wird nicht über die Menschen bestimmt. Sie bestimmten ihr Schicksal selbst".*

Diese 19 Zeilen sollen also den Kohl fett machen. Kein Wort, wie man zu diesem „Sozialismus" gelangt, an dem offenbar allen (!) Menschen gelegen sein muß, der alle Freiheitsrechte (für alle und alles?!) einräumt. So ein klassenunspezifisches Geleber quetscht sich Willy Brandt – wenn's sein muß – doch alle Tage noch ab!

Nebenbei bemerkt finden wir es außerordentlich peinlich, daß eine „sozialistische Alternative", die auf die *„brennenden Fragen des Klassenkampfes"* Antwort geben will, jede Forderung gegen die besondere Diskriminierung der Ausländer vergißt (etwa weil die nicht wählen dürfen?)

Bleibt die GIM im Abseits?

Die GIM hat mit ihrer „sozialistischen Alternative" in Hamburg buchstäblich k e i n e n Anklang gefunden. Die Trotzkisten haben eklatant den Bewußtseinsstand, die politische Reife der Basisbewegung unterschätzt, indem ihr einfach die Fähigkeit abgesprochen wurde, umfassend Antwort auf die aktuellen Probleme zu geben. Die GIM wird sich entscheiden müssen, ob sie weiterhin die demagogische Lüge von der „KB-Majorisierung" aufrechterhalten oder ihren Fehler eingestehen will. Weiterhin selbstgewählte Isolierung oder doch noch Teilnahme am gemeinsamen Kampf.

Noch steht die Tür offen...

Ein Schritt voran

Die Kandidatur eines oppositionellen Wahlbündnisses zur Hamburger Bürgerschaftswahl nimmt landsam konkrete Formen an. Außer der BUU/Hamburg haben inzwischen auch die Aktionseinheit der Jugendinitiativen und eine Gruppe von Mieterinitiativen Plattformvorschläge für ihre Bereiche vorgelegt. Die BUU/Hamburg hatte darüberhinaus Anfang Januar bereits einen Strukturvorschlag für die gemeinsame Plattform des Bündnisses veröffentlicht (abgedruckt in AK 120).

Am 29.1. hat nun die erste Konferenz für ein solches Wahlbündnis stattgefunden. Beteiligt waren Anti-AKW-Initiativen, Mieterinitiativen, Frauengruppen, Jugendgruppen, Kollegen- und Betriebsgruppen, Kinderinitiativen, Mediengruppen, Umweltschutzverbände, politische Organisationen sowie verschiedene andere Zusammenschlüsse wie z.B. Homosexuelle Aktion Hamburg, Gefangenen-Selbstinitiative und kirchliche Mitarbeiter (siehe Kasten mit Teilnehmerliste). 91 dieser Gruppen waren mit Delegierten vertreten, 47 mit Beobachtern.

Nach Vorstellung der politischen Vorschläge aus den einzelnen Basisbereichen und nach einer grundsätzlichen Diskussion über die politische Zielsetzung und die Aufgaben einer solchen Kandidatur, wurden zwei wesentliche Beschlüsse gefaßt:

1. Die Konferenz sprach sich für eine gemeinsame Kandidatur zur Hamburger Bürgerschaft aus.
2. Als Grundlage für diese Kandidatur wurde die von der BUU/Hamburg vorgelegte Plattformstruktur gewählt.

Eine Vollversammlung des Bündnisses soll über die ausformulierte Plattform beschließen, wie auch die Kandidaten des Bündnisses aufstellen und den endgültigen Namen des Bündnisses festlegen (der Arbeitstitel ist bis dahin „Wehrt Euch"). Die Vorbereitung dazu wird von einem auf der Konferenz gebildeten provisorischen Wahlausschuß wahrgenommen.

Das Wichtigste: Zusammenschluß der Basisbewegung

Die Konferenz vom 29.Januar als erster sichtbarer Ausdruck des Wahlbündnisses war allein von ihrer Zusammensetzung her von ziemlicher Bedeutung. Es hat zwar auch in anderen Orten und Regionen schon alternative Kandidaturen zu den bürgerlichen Parteien gegeben; diese waren aber entweder ausschließlich von kommunistischen Gruppen getragen (KBW, „KPD",GIM,KPD/ML) oder von einer Wähler-Initiative, die zumeist nur ein sehr begrenztes Interessengebiet umfaßte (z.B. in Darmstadt bei den hessischen Kommunalwahlen). Auch die erfolgreichen Kandidaturen bei den Kommunalwahlen in Teilen Niedersachsens waren einerseits eine reine „Grüne Liste" (Hildesheim), andererseits ein politisch zwar durchaus breiter strukturiertes Bündnis in Hameln/Bad Pyrmont (WGA), das dennoch aber hauptsächlich ein Bündnis entlang einer Frage, nämlich der gemeinsamen Atomgegnerschaft war (inzwischen ist von der WGA allerdings mehrfach erklärt worden, daß sie auch andere wichtige gesellschaftliche Fragen in ihre Arbeit einbeziehen wird).

Hervorstechend an der Hamburger Konferenz ist zum ersten, daß die Basisinitiativen hier aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vertreten waren. Sie bilden ohne Zweifel das lebendigste und für den Charakter des Bündnisses entscheidende Element. Innerhalb dieser Basisbewegung war auch von vornherein ein erfreuliches Verständnis dafür vorhanden, daß es in erster Linie die Aufgabe der in einem bestimmten Bereich praktisch tätigen Gruppen (z.B. Frauen, AKW-Gegner, Mieter usw.) ist, die programmatischen Inhalte und Forderungen für den jeweils eigenen Bereich zu formulieren – statt den Anspruch zu stellen, daß „alle über alles" diskutieren und beschließen müssen. Die Einwände, die vor allem von Seiten der GIM und der DKP erhoben wurden, daß den Basisinitiativen Thematiken außerhalb ihres eigenen Erfahrungs- und Arbeitsbereiches „aufgezwungen" und damit politische Spaltungen provoziert würden, trifft auch insofern nicht zu (siehe zu DKP und GIM auch noch die gesonderten Kapitel). Es geht nicht darum, „fremde" Themen „aufzuzwingen", sondern darum, daß die Basisinitiativen sich damit g e g e n s e i t i g das Recht und die Fähigkeit a n e r k e n n e n, die für ihren jeweiligen Bereich zu treffenden Situationsschilderungen und Forderungen am besten s e l b s t zu formulieren. Dies bestimmt in erster Linie den von der BUU/HH vorgelegten Strukturvorschlag. Dennoch ist dies keine bloße Aneinanderreihung von sektoralen Programmen, wo sich die jeweiligen Bereiche nur für jeweils einen Teil der Gesamtplattform verantwortlich und verbunden fühlen. In allen Beiträgen, die auf der Konferenz am 29.1. von Seiten der Basisinitiativen gehalten wurden und teilweise schon in Form spezieller

sisinitiativen gehalten wurden und teilweise schon in Form spezieller

Bereichsplattformen zusammengefaßt sind, kam durchgängig als politische Stoßrichtung der alle Initiativen verbindende Kampf gegen die K r i s e und gegen die R e p r e s s i o n zum Ausdruck.

Am stärksten repräsentiert auf der Konferenz waren von Seiten der Basisbewegung die Anti-AKW-Initiativen. Es ist aber davon auszugehen, daß in allen Bereichen über die bisherigen Teilnehmer hinaus wohl noch weitere Initiativen hinzustoßen werden.

Ein zweites wesentliches Kennzeichen der Hamburger Konferenz ist die starke Beteiligung aus dem Lager der traditionellen Umwelt- und Lebensschutzverbände und der vorrangig in diesem Bereich angesiedelten politischen Parteien AUD („Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher") und EFP („Europäische Föderalistische Partei"). Die Bedeutung, die diese Verbände und Organisationen selbst dem Wahlbündnis beimessen, geht bereits aus der Tatsache hervor, daß sie teilweise mit überregionalen Vertretern anwesend waren: die AUD u.a. vertreten durch ihren Bundesvorsitzenden, die EFP u.a. durch einen Repräsentanten ihrer europäischen Exekutive und der WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens") u.a. durch die Leiterin seiner Akademie in Vlotho.

Alle diese Organisationen und Verbände haben sich g e n e r e l l positiv für ein solches Bündnis ausgesprochen, auch wenn eine endgültige Teilnahme bzw. Unterstützung (der WSL würde z.B. nicht offiziell an einem solchen Bündnis teilnehmen können, weil er sich als „überparteilich" versteht) von der weiteren Diskussion innerhalb des Bündnisses und der ausformulierten Plattform abhängig gemacht wird. Für einige dieser Verbände ist ein Anschluß an eine fortschrittliche Basisbewegung jedenfalls die einzige Alternative zu einem weiteren Schattendasein als unbedeutende Kleinstpartei. Unserer Meinung nach wäre dies ein Vorteil gegenüber einem durchaus auch jetzt noch möglichen Versuch der traditionellen Umwelt- und Lebensschutzorganisationen, n e b e n einer fortschrittlichen Bündnisliste eine „Grüne Liste" zu präsentieren, die möglicherweise auch einen Anziehungspunkt für extrem rechte Kräfte bieten könnte. Während einerseits in Teilen dieser Verbände eine übergroße Ängstlichkeit vor einer „Majorisierung" durch die „K-Gruppen" (speziell den KB) besteht, ist es andererseits oft recht schwierig, sie zu einem klaren Blick und deutlicher Abgrenzung gegenüber solchen Gruppen zu bewegen, deren Programmatik mit faschistischem Gedankengut zumindest stark unterlegt ist (z.B. die sog. „Solidaristen") oder deren führende Vertreter z.T. enge Verbindungen zu militant-faschistischen Gruppen wie der Roeder/Christophersen-Bande unterhalten (z.B. FSU = „Freisoziale Union").

Führende Vertreter des WSL wie z.B. Frau Dr. Haverbeck von der WSL-Akademie in Vlotho treten mit der These auf, daß die „wertkonservativen" und die sozialistischen Kräfte innerhalb der Ökologiebewegung zusammenarbeiten sollten; was dabei alles unter „wertkonservativ" eingereiht werden soll, bleibt dabei oft (bewußt?) schemenhaft. Klar dürfte sein, daß eine sog. „Zusammenarbeit von links und rechts" nicht nur für die revolutionäre Linke, sondern auch für die Basisbewegung undenkbar ist.

Die AUD, die auf Bundesebene für die traditionellen Umwelt- und Lebensschutzverbände einen gewissen Kristallisationspunkt bildet, nimmt hier eine Sonderstellung ein, insofern sie noch am deutlichsten eine fortschrittliche Gesellschaftskritik übt. Ihre Weltanschauung umschreibt sie mit dem Begriff eines „gewaltfreien ökologischen Sozialismus". Hier tritt andererseits das Problem auf, daß die AUD sich selbst allerdings mehr als ein Sprachrohr denn als Bestandteil der ökologischen Bewegung versteht. Dies ist jedoch ein Anspruch, den die AUD schwerlich einzulösen vermag.

In Hamburg betreibt die AUD trotz Sympathie vieler ihrer Mitglieder für das Bündnis ihre Eigenkandidatur zur Zeit noch weiter. Dieses Recht muß man ihr selbstverständlich zugestehen; es ist allerdings ein Mißverhältnis und ein Mangel an Ernsthaftigkeit, wenn die AUD in Gesprächen ihre generelle Bereitschaft zur Unterstützung des Bündnisses bekundet, nach außen hin aber noch keine einzige Information darüber verlauten ließ.

Das Bündnis steht nach wie vor für die Beteiligung weiterer Gruppen offen. Die Konferenz hat das Startsignal zur Aufnahme eines bunten alternativen Wahlkampfes gegeben.

Hamburger »Wehrt euch«-Bündnis



Kongreß für ein oppositionelles Bündnis zur Hamburger Bürgerschaftswahl vom 29.1.78

Teilnehmerliste der Bündniskonferenz 29. Januar

Anti-AKW-Initiativen
Delegierte: Angestellte in der HBV, Rotherbaum, Dulsberg, Mümmelmannsberg, Eppendorfer Baum, Klein Borstel, Wandsbek/Farmsen,
Delegierte: Angestellte in der HBV, Rotherbaum, Dulsberg, Mümmelmannsberg, Eppendorfer Baum, Klein Borstel, Wandsbek/Farmsen,
Atomtransport Nein Danke, Wilhelmsburg, Walddörfer, Großneumarkt, AKW-Nee-Phil., Gewerkschaftsinitiative, Erzieher, Osterstraße, Winterhude, Langenhorn, Methfesselmarkt, Othmarschen, Wandsbek-Christuskirche, Bergedorf, St.Georg, Rissen/Sülldorf, Chemiekollegen, Hamm, Schüler Oldenfelde, Barmbek, St.Pauli, Lurup, Allg.Krkhs. St.Georg, Hoheluft, Osdorf, AG gegen Unterelbeindustrialisierung, Schülerinitiative gegen Atomanlagen, Finkenwerder, Bramfeld Ost, Lehrlingsinitiative gegen Atomanlagen, Niendorf, Harburg, Schülerinitiative Steilshoop, Ottensen, Rahlstedt, **Beobachter**: Allg.Krkhs. Barmbek, Kirchliche Mitarbeiter/ Gewaltfreie Aktion, Volksdorf, AKW-Gegner im Verband Christlicher Pfadfinder, Paulsenplatz

Mieterinitiativen
Delegierte: MG Hamburg 13, **Beobachter**: MG Hamburg 19, MI Eimsbüttel

Frauengruppen
Delegierte: Rotstrümpfe, Soz.Päd.(Untergruppe), Bergedorf, Donnerstag I, Wilhelmsburg, Müttergruppe Eimsbüttel, Altona III, Langenhorn, AE-Frauen, Germanistik, St.Georg, Beiersdorf, Eimsbüttel I, Druck/Journalisten, Rübe, Barmbek, Altona, **Beobachter**- Hamm

Jugendgruppen/ Gruppen aus dem Ausbildungsbereich
Delegierte: Landesausschuß Berufsschulen/Vorstand, AStA-HfBK, Schülergruppe Altona, Amtsenthobener AStA Fachschule für Soz.Päd., Grafiker in der IFK, Jugendgruppe Langenhorn, Schülerzeitung Aufmucker, Kunstgruppe Fachhochschule für Gestaltung, **Beobachter**: Jugendinitiative Finkenwerder, JZI Wilhelmsburg, DSK-Zeitung für die Erzieherausbildung, Landesausschuß Gymnasien, Verein Jugend hilft Jugend, BOA (Uni), Bambule-Plenum Hamburg, Lehrerinitaitive Steilshoop

Politische Organisationen
Delegierte: Aktion 3.Weg, EFP-Hamburg, AUD-Hamburg, KB, SSB/Studenten, **Beobachter**: EFP Niedersachsen, EFP-Europ.Exekutivkommittee,EFP-Hauptausschuß, WSL-Hamburg, WSL-Vlotho, GIM, „KPD", KBW, SOAG (Soz.Arbeitsgruppe), Arbeitskreis Umweltschutz/Energiepolitik JuSo Hamburg

Umweltschutzverbände
Delegierte: Freunde der Erde, AGU Hamburg, **Beobachter**: BBU, GAU (Gesellschaft zur Aufklärung der Öffentlichkeit vor Umweltgefahren e.V.), GLU (Grüne Liste Umweltschutz Niedersachsen), Segler im Umweltschutz, AUN (Aktion Umweltschutz Niederelbe)

Kollegen- und Betriebsgruppen
Delegierte: Arbeitsgruppe Hamburger Architekten, „Angepackt" Kollegengruppe, „Alternative" Beiersdorf, Kollegengruppe AK St.Georg, Kollegengruppe AK Altona, Arbeitskreis Transport/ÖTV, Lehrergesamtplenum Handelsschule, **Beobachter**: Texaco-Betriebsgruppe, „Argumente" Betriebsgruppe, „Alternative" Iduna, Kollegengruppe Bauer-Druck Köln

Kinderinitiativen
Delegierte: Kleinkindergarten Rombergstr. e.V., „Elefantengruppe" Steilshooper Kinderinitiative, Babygruppe Koppel, **Beobachter**: Kinderhaus in der Chokoladenfabrik e.V., Kleinkindergarten Finkenau e.V., Kinderhaus in der Heinrichstr. e.V.

Mediengruppen
Delegierte: Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender, Initiative fortschrittlicher Filmemacher, **Beobachter**: BI Rettet die Rundfunkfreiheit, Medienpädagogisches Zentrum

Sonstige
Delegierte: Antirepressionsgruppe in der Homosexuellen Aktion Hamburg, Antirepressionsgruppe Fachschule für Soz.Päd. I, Chile AK Wandsbek, Arbeitsgruppe 3.Welt Schmilinskystr., Gefangenenselbsthilfe e.V., **Beobachter**: Hamburger Freizeitclub, Antifaaktion Eimsbüttel, Antifagruppe Altona, Arbeitskreis 71/ Verein für Sozialpsychiatrie e.V., Selbstorganisation der Zivildienstleistenden

Presseerklärung des Wahlausschusses, 3.2.78

Hamburger Zeitungen haben am 31.1. und 1.2.78 über die Bildung eines oppositionellen Wahlbündnisses zur Bürgerschaftswahl in Hamburg am 4.6.78 berichtet. Dabei wurde dieses Bündnis als „Grüne Liste" bzw. als „Hamburger Grüne Liste" benannt; in zwei Meldungen hieß es, daß dieses Bündnis „vermutlich" bzw. „möglicherweise" einen solchen Namen tragen wird.

Diese Meldungen sind nicht richtig. Das Bündnis trägt nach wie vor den Arbeitstitel „Wehrt euch". Ein endgültiger Name wird auf einer Vollversammlung beschlossen.

Die Konferenz von Initiativen der Basisbewegung und fortschrittlichen, demokratischen Gruppen, die am 29.1. eine gemeinsame Kandidatur zur Hamburger Bürgerschaft beschloß, hat sich grundsätzlich für eine Wahlplattform entschieden, die über rein ökologische Fragen hinausgeht. Diese Plattform wird im wesentlichen Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

1. *Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung (Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, miserable Lage der Rentner usw.)*
2. *Abbau demokratischer Rechte, Rüstung zum Polizeistaat*
3. *Kampf gegen AKWs und Atomprogramm*
4. *Situation der Kinder und Jugendlichen, Misere im Jugendfreizeitbereich*
5. *Besondere Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen*
6. *Lage im Gesundheitswesen, Stadtsanierung, Situation der Mieter*
7. *Lage der ausländischen Arbeiterschaft in der BRD und in Hamburg.*

In der „Frankfurter Rundschau" vom 31.1. und dem „Hamburger Abendblatt" vom 1.2. wurde u.a. auch die „Freisoziale Union" (FSU) als am Wahlbündnis beteiligt genannt. Dies ist falsch. Die FSU ist nicht an diesem Bündnis beteiligt und war auch nicht auf der Konferenz am 29.1. vertreten.

Im übrigen stellt der Wahlausschuß zur Beteiligung am Bündnis fest: Das Bündnis versteht sich als demokratisch. Dies schließt selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit faschistischen Gruppen aus.

* * *

Vorläufige Anschrift:
„Wehrt euch" c/o BUU/Hamburg, Schlüterstr. 4, 2000 Hamburg 13
Tel.: 040/410 56 73

Grußadresse der WGA (Hameln/Bad Pyrmont)

An die BUU und alle Hamburger Basisinitiativen!

Mit Freude haben wir von Eurem ersten Deligiertentreffen zwecks Bildung einer „Wehrt-Euch"-Liste erfahren.
Wie Ihr wißt, haben wir vor einigen Monaten mit Erfolg zu den Kreistagswahlen Hameln-Bad Pyrmont kandidiert. Unsere Kandidaten haben mehrmals darauf hingewiesen, daß sie nicht ausschließlich zu Umweltschutz- und AKW-Fragen Stellung beziehen, sondern alle wichtigen gesellschaftlichen Probleme in Ihrer Arbeit aufgreifen wollen.

Wir wünschen allen beteiligten Initiativen viel Erfolg und hoffen, daß sich insbesondere auch alle AKW-Gegner diesem erfolgversprechenden Bündnis anschließen werden.

Ziehen wir den Vorhang auf, hinter dem sich die Atomparteien verbergen!
Im Auftrag der WGA: Heide von Bernsdorf, Kreistagsabgeordnete in Hameln.

„Grüne Liste NF": Ist der einfache Weg auch der bessere?

Am 14. Januar hat sich in Nordfriesland die »Grüne Liste Nordfriesland-Wählergemeinschaft Umweltschutz« gegründet, die zu den Kreistagswahlen in Nordfriesland am 5. März kandidieren wird. Vorausgegangen waren dem zwei heiße Wählertreffen der Interessierten aus dem Kreis der Westküstenkonferenz (WKK) der AKW-Gegner.

Schien am 18. Dezember noch die Möglichkeit zu bestehen, alle Strömungen der sehr unterschiedlich zusammengesetzten WKK unter einen Hut zu bekommen, so wurde dieses am 2. Januar verhindert. Bis dahin konnte man eine hohe Kompromißbereitbereitschaft aller Teilnehmer feststellen.

Folgende Gemeinsamkeiten schienen ein Bündnis zu ermöglichen: Unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit und Position der Teilnehmer (also kein „Radikalenerlaß") sollte eine Plattform zum Tragen kommen, die die Ökologie- Programmatik (Anti-AKW-Forderungen, Küstenschutz, usw.) als eindeutigen Schwerpunkt bestimmt, neben Forderungen zur Jugendarbeitslosigkeit, Jugendfreizeit und Frauenproblemen.

Am 2.1. war hiervon nun nicht mehr die Rede: Für die Mehrheit gab es nur ein »Entweder - Ökologische Liste - oder gar keine«. Da die übrigen sich dem Druck nicht beugen wollten, zerbrach die Gruppe.

Man wollte sich die Debatten mit den linken Mitgliedern sparen, angeblich weil es keine Zeit mehr für »langwierige, zeitraubende Diskussionen über einzelne Streitfragen« gebe.

Die Minderheit war lästig, also wurde sie abgebürstet.

Aus den eher gemäßigten Umweltschutzgruppen gingen nun die Gründer der »Grünen Liste NF« hervor.

Die »Grünen« definieren ihr Programm als »ökologisch«, d.h. sie gehen von der *»gegenseitigen Abhängigkeit verschiedener Lebens- und Naturbereiche«* (aus „Nordfriesland Tageblatt", 16.1.). Ihre *»neue Bewegung bestehe aus Menschen, die von den drei Bonner Parteien enttäuscht seien«* [ebenda). Die beiden wesentlichen Programmforderungen sind „Kein AKW im Wattenmeer und anderswo" und „Umwelt- und Naturschutz in Nordfriesland". Darüberhinaus gibt es noch weitere ökologische Forderungen nach alternativer Energie, insbesondere für die Landwirtschaft, für umweltfreundlichere Verkehrspolitik, für gesunde Landwirtschaft usw. Das Bekenntnis zum Grundgesetz, als auch die Abgrenzung von *»politisch gebundenen Personen, gleich welcher Richtung«*, sind ebenfalls Bestandteile des Programms. Wir wollen nicht verschweigen, daß diese Abgrenzung auf dem Treffen ausdrücklich gegenüber dem KB vollzogen wurde, aber öffentlich nicht so ausgedrückt werden sollte, »da der KB nicht der einzige Gegner ist«.

Die Linken hatten damals in der Debatte eingeschätzt, daß nur ein Programm, welches den kritischen Menschen an der Basis anspricht, eine Alternative darstellt. Diese erreicht man aber nicht nur im Bereich des Umweltschutzes, diese finden sich auch unter jugendlichen Arbeitslosen, unter denen, die für selbstverwaltete Jugendzentren kämpfen, und unter denjenigen, die sich besonders in der Frauenfrage engagieren usw.

Diesen kritischen Menschen an der Basis sollte durch ein inhaltlich breiteres Programm eine Alternative zu den Kommunalwahlen geboten werden.

So war der Erfolg der Wählergemeinschaft in Frage gestellt, einmal durch die enge Umweltschutzproblematik zum anderen durch die Gefahr einer neuen Spaltung der BI-Bewegung, während bei den verschiedensten Aktionen in letzter Zeit linke und bürgerliche Kräfte gut zusammengearbeitet hatten.

Die Liste stellt sich vor

Am 19.1. stellte sich dann die Liste vor. In Leserbriefen an die Presse gaben die Kandidaten ihre Parteiaustritte bekannt und riefen zur Unterstützung der neuen Wählergemeinschaft auf (bislang 11 Parteiaustritte, FDP und CDU, vor allem aber aus der SPD). Unter den Kandidaten befindet sich auch der bekannte Liedermacher Knut Kiesewetter.

Im „Husumer Tageblatt" wurde die Liste als *„Signal in Grün"* und *„Symbol einer Stimmung"* vorgestellt, die zeige, daß die *„Überzeugungskraft in der Umweltschutzpolitik* (der großen Parteien – Anm. AK) *und der Lösung aller jener Fragen, die heute mit ‚Lebensqualität' umschrieben werden, sehr mangelhaft sein muß"* (21.1.78).

„Volles Verständnis" für die „Grüne Liste" äußerte auch CDU-Landesvater Stoltenberg auf seinen Wahlveranstaltungen. Die Leute *„fühlten sich durch das inkonsequente Verhalten von SPD und FDP schmählich im Stich gelassen und würden diesen Parteien mehr Sorgen machen, als die CDU von der Liste zu befürchten habe"*. Er bejahe die Kandidatur auch deshalb, *„weil man endlich Zahlen über ihre tatsächliche Stärke bekomme"* („Husumer Tageblatt", 24.1.).

Mit diesen provokatorischen Äußerungen versucht Stoltenberg, die „Grüne Liste" in die Ecke eines unbedeutenden Splitters linker sozialdemokratischer Positionen zu rücken, die nicht mehr vorhaben, als SPD und FDP einige Stimmen wegzunehmen. Auch SPD und FDP äußerten sich ähnlich: Die FDP erklärte, daß die „Grüne Liste" ihre Kompetenzen überziehe und nicht alle kommunalpolitischen Aspekte ins Auge fasse. Die SPD behauptete, daß sie selbst alle umweltpolitischen Aspekte abdecke („HN", 23. und 31.1.78).

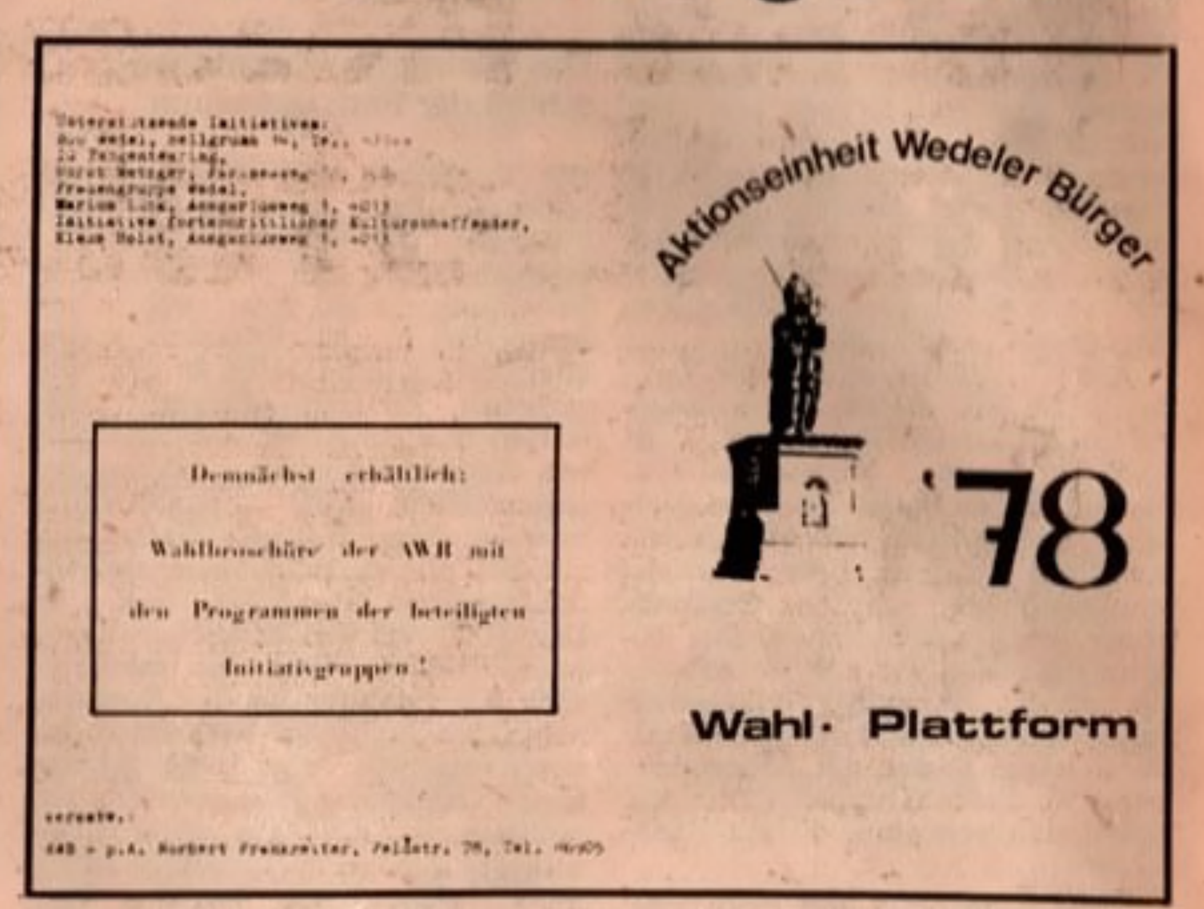
Stoltenbergs „volles Verständnis" gegenüber den „Grünen Listen" als relativ unbedeutenden Konkurrenzverein nur gegenüber SPD und FDP setzt darauf, daß diese „Grüne Liste" nicht Stoltenbergs Bullen-Schlagstock-Politik gegenüber den AKW-Gegnern angreift bzw. in den Mittelpunkt rückt.

Bedauerlicherweise hat die „Grüne Liste" ganz in diesem Sinne geantwortet. Geradezu verständnisvoll setzen sie sich gegenüber den *„pauschalen Verurteilungen"* der Parteien zur Wehr, daß die bürgerlichen Politiker *„sofort mit einem abwertenden Urteil bei der Hand seien. Sie hätten sich ihr Bild gemacht, ohne sich über Ziele und Programm zu informieren"* („HN", 30.1.78). Sie seien *„eher ‚konservativ' im Sinne des Wortes, d.h. bewahrend"* – leider auch gegenüber Stoltenbergs Image eines Landesvaters. In einer Stellungnahme betonen sie, daß sie *„keine linke Protestpartei"* seien, daß *„sämtliche Bewerber ... ‚gut bürgerlich'* (seien) *und kein Kommunist dabei"* ist („HN", 1.2.). Offensichtlich ist die „Grüne Liste" bestrebt, um alles in der Welt den gut-bürgerlichen Anstrich zu bewahren, selbst wenn dabei wesentliche Teile des Anti-AKW-Protests über Bord gekippt werden.

In diesem Sinne wird von ihnen bereits jetzt eine „Grüne Liste" für den Landtagswahlkampf vorbereitet, um erklärtermaßen als erste Liste die Linken besser raushalten zu können.

sunde Landwirtschaft usw. Das Be- durch das inkonsequente Verhalten

„Aktionseinheit Wedeler Bürger '78"



Besonders auf Initiative der BUU-Gruppe hat sich in Wedel in den letzten Wochen ein ansehnliches Bündnis aus demokratischen Initiativen und Einzelpersonen formiert. Dieses Bündnis will unter dem Namen „Aktionseinheit Wedeler Bürger" (AWB) aktiv als Liste an den Kommunalwahlen im März teilnehmen.

Außer der BUU beteiligen sich bisher die Frauengruppe Wedel, die „Interessengemeinschaft (IG) Tangentenring (eine Bürgerinitiative gegen den durch das Wedeler Naherholungsgebiet geplanten Tangentenring), Aktivisten aus dem Jugendbereich, die Schülergruppe des Johann-Rist-Gymnasiums und die Wedel und der Politrockgruppe „Alcatraz").

Die Diskussion um das Programm der AWB ist zur Zeit in vollem Gange. Als erstes Ergebnis wurde die Wahlplattform der AWB herausgegeben. Sie wird allerdings noch um einige Punkte erweitert werden (z.B. spezielle Forderungen der im Jugendzentrum AJC engagierten Jugendlichen, oder zur Situation ausländischer Kollegen in Wedel, die selbst an der Erarbeitung dieser Punkte mitwirken).

Darüberhinaus konnten die fortschrittlichen Wedeler Initiativen, die an der AWB beteiligt sind, in der letzten Zeit einige Veranstaltungserfolge verbuchen.

So fand eine Frauenveranstaltung zum Thema Kindererziehung und zur Situation der berufstätigen Mütter in Wedel bei den ca. 60 Besucherinnen ebenso guten Anklang wie eine von

Situation der berufstätigen Mütter in Wedel bei den ca. 60 Besucherinnen ebenso guten Anklang wie eine von

der BUU durchgeführte Anti-Repressionsveranstaltung über die Grohnde-Prozesse und die Kalkar-Demonstration. Auch hier erschienen etwa 60 Menschen.

Den vorläufigen Höhepunkt bildete allerdings eine ZDL-Veranstaltung, die von der Antimilitarismusgruppe des AJC im Gemeindesaal durchgeführt wurde, die über 200 Jugendliche verfolgten. Besonders für den Februar sind noch weitere Veranstaltungen geplant. Als Höhepunkt wird am 18.2.78 im Gemeindesaal eine gemeinsame Fete aller Initiativen durchgeführt.

Die Aktivitäten der AWB-Initiativen sind in der bisher relativ „ruhigen" Kleinstadt nicht ohne Resonanz geblieben. Nicht zuletzt die Wedeler Tagespresse hat durch verschiedene Interviews mit AWB-Vertretern und durch teilweise sogar wohlwollend aufgemachte Berichte über öffentliche Sitzungen und Veranstaltungen dazu beigetragen, daß die AWB zu einem häufigen Gesprächsthema im Ort geworden ist, wurde doch auch noch eine Frau zur Spitzenkandidatin gewählt...

Diese beunruhigenden Vorgänge mußten natürlich besonders die Kräfte auf den Plan rufen, die seit Jahren erfolglos versuchen, entweder die CDU abzulösen (SPD) bzw. überhaupt mal den heißersehnten Schritt ins Rathaus zu machen (DKP).

Die SPD

Die SPD hat natürlich in erster Linie Angst, daß ihnen durch die Kandidatur der AWB noch weitere Stimmen verloren gehen. So wird auf der alten Welle geritten, wie der SPD-Stadtvertreter in einem Presseinterview deutlich machte: *„KB-Leute wollen sich jetzt mit dem grünen Mäntelchen als Tarnung in die Parlamente einschleichen."*

Weiterhin arbeitet der SPD-Vorstand mit Ausschlußdrohungen gegen ihre Parteimitglieder, die eventuell dabei erwischt werden, die AWB-Kandidatur mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Im Falle des SPD-Mitglieds N.F., der für die AWB-Liste kandidiert, hat der sich sonst sehr gern fortschrittlich gebende SPD-Landesvorstand bereits zugeschlagen. Da N.F. die erste Aufforderung, die AWB zu verlassen, nicht befolgte, erklärte der SPD-Landesvorstand kurzerhand, N.F. sei damit „automatisch" ausgetreten. Eine diskrete Lösung, will man doch jetzt vor den Wahlen durch lange Ausschlußverfahren keinen unnötigen Staub aufwirbeln. Da N.F. jedoch weiterhin Parteimitglied bleiben will, wird die SPD um einigen Ärger wohl nicht herumkommen.

Die DKP

Die DKP

Nachdem die DKP auf der vorbereitenden Veranstaltung zum 19.2. 77 in Wedel mit ihrer damaligen Putschpolitik zugunsten (?) der Itzehoe-Demo eine verheerende Niederlage einstecken mußte, hat man diese Leute in der demokratischen Arbeit in Wedel nicht mehr gesehen. Jetzt, wo die AWB in Wedel sozusagen in aller Munde ist, wacht die DKP wieder auf: Der Landesvorsitzende Ewald Stiefvater persönlich begab sich zu einer eigenen Veranstaltung ins AJC. Thema: AWB.

Wie zu erwarten, kamen die üblichen Schoten: „...es gibt zwei Sorten von Parteien; auf der einen Seite die Parteien des Kapitals, auf der anderen Seite die DKP." „...die Chaoten sind einig mit Strauß im Antikommunismus und Antisowjetismus", die AWB sei eine „Tarnorganisation des KB"; Wählergemeinschaften hätten den Effekt, von der DKP wegzuorientieren usw.usw, was bei der bekannten Basisarbeit der DKP natürlich sehr bedauerlich wäre.

KB/Gruppe Pinneberg-Steinburg Ortszelle Wedel



Kongress der WGA zu den Landtagswahlen in Niedersachsen

Zum 25./26.2.78 in Hannover (Pädagogische Hochschule in der Bismarckstr. — Beginn 14.00 Uhr) ruft die Wählergemeinschaft „Atomkraft — Nein danke!" (WGA) zu einem Wahlkongreß auf. Die WGA, die bei den Kreistagswahlen in Hameln einen Abgeordnetensitz gewonnen hätte, will dort mit anderen Initiativen über die Landtagswahlen in Niedersachsen diskutieren, die im Juni dieses Jahres stattfinden sollen. In der Einladung heißt es dazu: *„Wir wollen deshalb die Grundlagen für ein Wahlbündnis klären, in dessen Rahmen verschiedene Gruppen und Initiativen – unabhängig von ihren sonstigen politischen Überzeugungen – gemeinsam in der Niedersachsenwahl auftreten können. Die Wählergemeinschaft ‚Atomkraft – Nein Danke!' wendet sich deshalb an alle AKW-Gegner, Anti-Atomparteien, sowie an alle sonstigen Initiativen, die in Opposition zur Politik der etablierten Parteien stehen und lädt sie zu einem Kongreß ein, um über eine gemeinsame Kandidatur zu den Landtagswahlen zu diskutieren."*

In einer Wahlmappe (zu bestellen über Hans Heinrich Dörre, c/o Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen) sind verschiedene Entwürfe für eine Stellungnahme zu den Landtagswahlen und weitere Dokumente enthalten.

Grüne Liste Umweltschutz (GLU)

Nachdem bei den Kreistagswahlen in Hildesheim die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) einen Sitz errungen hatte, bereitet sie sich jetzt auf einen landesweiten Wahlkampf vor. Bereits 11 Kreisverbände sind gebildet worden, in Gorleben erklärten beispielsweise 34 Personen spontan ihren Beitritt.

Ihr Programm ist praktisch ein reines Ökologie-Programm, in dem es etwa heißt: *„Wenn überhaupt, so können nur innerhalb einer ökologisch orientierten Gesellschaft die Probleme gelöst werden, die uns bedrohen."* In diesem Sinne werden Forderungen in Bereichen wie Wirtschaftspolitik bis hin zu Bildung und Forschung erhoben.

Gleichzeitig wird von einer Gefährdung der „demokratischen Freiheiten" gesprochen. Wichtige politische Entscheidungen würden *„weitgehend unter dem Gesichtspunkt des nächsten Wahltages gefällt werden."*

Die GLU hat sich nach eigenen Worten *„hundertprozentig zum Grundgesetz und durch die Beteiligung an der Landtagswahl voll zum Parlamentarismus bekannt"* („Stader Tagesblatt", 31.1.78). In diesem Sinne hat sich die GLU von kommunistischen Gruppierungen abgegrenzt aber auch von der AUD und der „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei" (AVP).

Trotz anfänglicher Zusage hat die GLU eine offizielle Beteiligung am Wahlkongreß der WGA abgelehnt; allerdings will ein Vertreter des Vorstandes teilnehmen.

Bürgeraktion Küste (BAK)

In der Bürgeraktion Küste (ein Verband von Bürgerinitiativen in Norddeutschland) hat ebenfalls die Diskussion um die Gründung einer „Grünen Liste" begonnen. Neben einer möglichen Beteiligung an den niedersächsischen Landtagswahlen geht es um die Vorbereitung der Bürgerschaftswahlen in Bremen (1979).

Die BAK wird sich am Wahlkongreß der WGA beteiligen.

BBU

Der BBU wird zu der Frage der Beteiligung von Bürgerinitiativen am 8./9. April in Kassel einen Kongreß durchführen.

AKW-Nein-Kommission



Nachrichten vom Widerstand



Grohnde- Prozesse:

Haftbefehle aufgehoben!

Dank zahlreicher und vielfältiger Protest-Aktionen der Anti-AKW-Bewegung in vielen Städten der Bundesrepublik sind inzwischen alle Grohnde-Angeklagten wieder frei!

Die Haftbefehle gegen Andreas Hanke (Göttingen) und Helmut Oldefest (Lüchow-Kolborn) wurden aufgehoben, als sie zu ihrem Termin vor Gericht erschienen. Linda Engelbert (Bremen) wurde am 23.1. gegen eine Kaution von DM 10.000 aus dem Knast entlassen, der Haftbefehl gegen Rüdiger Jörß (Hamburg) wurde am 26.1. ausgesetzt, mit der Auflage, sich dreimal in der Woche bei der zuständigen Polizeiwache zu melden. Gerd Schulz, der seit über einem halben Jahr in U-Haft saß, ist am Freitag, den 3.2., wieder freigelassen worden. Gegen Karl Winter besteht als einzigen noch Haftbefehl, weil er zu seinen Terminen nicht erschienen ist und wohl auch nicht erscheinen will.

Die völlige Willkürlichkeit der Gerichte und Staatsanwälte in den Prozessen hat aber nichts an Schärfe verloren.

Rüdiger Jörß hat immer noch den vom Gericht bestellten Zwangsverteidiger Erlhoff, immer noch wird Angeklagten und ihren Rechtsanwälten vom Richter das Wort entzogen. Durch einen Beschluß des OLG Celle vom 27.1. ist der Verteidigung die Einsicht in die „Sicherheitsverfügung" der Richter verboten, d.h. die Öffentlichkeit darf weiter ohne Begründung eingeschränkt werden!

Die ersten drei Termine gegen Andreas Hanke

Zu Beginn der ersten Verhandlung am 23.1. stellte Rechtsanwalt Müller den Antrag auf Aufhebung des bis dahin noch bestehenden Haftbefehls gegen Andreas. Er beschwerte sich darüber, daß der Haftbefehl ausschließlich aufgrund eines (glatt erlogenen) Spitzelberichts ausgestellt worden war, in dem behauptet wurde, die Angeklagten hätten abgesprochen, nicht zu den Prozessen zu gehen. Diesem Antrag der Verteidigung wurde vom Gericht stattgegeben.

Von der Verteidigung wurden weitere Anträge gestellt, die sich gegen die Einschränkung der Öffentlichkeit und die entwürdigende Durchsuchung der Besucher richteten. Bis auf einen

die Einschränkung der Öffentlichkeit und die entwürdigende Durchsuchung

der Besucher richteten. Bis auf einen Antrag wurden alle vom Gericht abgelehnt, ebenso wie der Antrag auf Entfernung der Polizei aus dem Gerichtssaal.

Der Anwalt hielt unter diesen Umständen einen nach bürgerlichen Maßstäben „fairen" Prozeß für nicht mehr möglich. Bereits die vom Richter angeordnete „Sicherheitsverfügung", die bereits vor Beginn alle Grohnde-Prozesse nach Stammheimer Vorbild ausrichtete (siehe AK 121), zeigte die von der Justiz betriebene Vorverurteilung. Da die minimalsten Rechte des Angeklagten vom Gericht ständig beschnitten wurden, stellte der Anwalt Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Rienhoff. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Antrag nach einiger Zeit der „Beratung" abgelehnt.

Danach fühlte sich Richter Rienhoff zu weiteren Frechheiten ermutigt: Anträge der Verteidigung wurden von ihm mit den Worten beantwortet *„jetzt wollen wir keine Anträge mehr hören, Herr Staatsanwalt, lesen Sie bitte die Anklageschrift vor"*!

Die folgenden Unmutsäußerungen der Zuschauer wurde mit der Räumung des Saales quittiert. *„Mehrere Beamte der Bereitschaftspolizei schleiften ein Mädchen an Kopf, Händen und Beinen aus dem Saal. Ein junger Mann, der den Saal nicht verlassen wollte, wurde ebenfalls mit Gewalt entfernt"* („Frankfurter Rundschau", 24.1.78).

Im folgenden forderten der Angeklagte und sein Rechtsanwalt die Einstellung dieses und aller anderen Verfahren gegen AKW-Gegner, was vom Gericht ohne Begründung abgelehnt wurde.

Auch am zweiten Tag (25.1.) wurde der Fortgang der Verhandlung durch das Verhalten des Staatsanwalts und des Gerichtes verhindert. Rechtsanwalt Wolfgang Müller wurde die volle Akteneinsicht, das heißt auch die Einsicht in die sogenannte „Sicherheitsverfügung" verweigert. Auch eine beim Oberlandesgericht Celle eingelegte Beschwerde wurde als „unbegründet" zurückgewiesen, denn die bisher geheimgehaltene „Sicherheitsverfügung" sei nicht zu den Akten genommen worden und bräuchte deshalb dem Anwalt im Rahmen der Akteneinsicht nicht gezeigt werden. Merkwürdige Logik!

Das Gericht entzog am dritten Verhandlungstag (31.1.) Andreas das Wort, als er dazu Stellung nehmen wollte. Dem Anwalt schlug das Gericht vor, seine Anträge in Zukunft zusammen einzureichen, damit darüber einfacher entschieden (=abgelehnt) werden könnte. Der Anwalt lehnte das ab und stellte zum zweiten Mal in diesem Prozeß einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens. Nach sage und schreibe fünf (!) Minuten „Beratung" lehnte das Gericht erneut ab!

Im Verlauf der Verhandlung wurde ein Zuschauer wegen Zwischenrufens ausgeschlossen und Andreas wegen einer Bemerkung über die Glaubwürdigkeit der (Bullen-)Zeugen mit einem Ordnungsgeld von DM 100 – ersatzweise zwei Tage Knast – belegt!

Die am Nachmittag des 31.1. begonnene „Beweisaufnahme" legte die erbärmliche Konstruktion der Anklage offen: der bei der Sperre in Kirchohsen von Andreas angeblich verletzte Bulle legte ein Attest vom 28.3.77 vor, in dem ihm eine 3 Millimeter (!) lange Schürfwunde bestätigt wurde – weiß der Teufel, wo er die her hatte, neun Tage nach (!) der Demo! Ein anderer Bulle sagte aus, er habe Andreas seit diesem Schlag bis zu seiner Festnahme 12 Minuten später nicht mehr aus den Augen verloren. Seine übertriebene Eifrigkeit ließ ihn zur Aussage verleiten, Andreas erkenne er genau wieder, weil er ihn selbst festgenommen hätte. In den Akten steht aber, daß ein ganz anderer Bulle Andreas festgenommen haben will. Außerdem konnte sich der „Zeuge" nicht einmal mehr an eine Beschreibung von Andreas erinnern, die Kopfbedeckung schilderte er sehr widersprüchlich!

Der Prozeß wurde auf den 8.2. vertagt.

Rüdiger Jörß (Hamburg)

Rüdiger hat mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß ihm vom Gericht ein Zwangsverteidiger beigeordnet wurde, als sein Wahlverteidiger in Absprache mit ihm das Mandat niederlegte. Seine neuen Wahlverteidiger hatten durch die kurzfristigen Termine nicht ausreichend Gelegenheit, sich vorzubereiten. Die Zusammenarbeit mit dem Zwangsverteidiger Erlhoff lehnt Rüdiger natürlich ab.

Das Gericht bevorzugte den „Robenhalter" Erlhoff, weil von ihm nicht zu erwarten ist, daß er dem Richter Rienhoff in seiner Schmierenkomödie Schwierigkeiten bereitet. Im Gegensatz zu Erlhoff hatten die Wahlverteidiger noch keine Akteneinsicht und werden vom Gericht in bestimmten Fragen nicht mal gehört!

Dennoch wurde wegen der nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Unterstellungen am dritten Verhandlungstag (26.1.) Rüdigers Haftbefehl mit dem Einverständnis des Staatsanwalts entgegen der anfänglichen Weigerung des Richters ausgesetzt. Rüdiger hat die Auflage, sich jeden Montag, Mittwoch und Freitag (Ausnahme sind Prozeßtage) o h n e B e g l e i t u n g bei der zuständigen Polizeiwaohe zu melden! Damit er sich nicht verläuft, haben sich bisher immer mehrere dutzend AKW-Gegner bereitgefunden, sich mit ihm um 17.00 Uhr an der U-Bahn Feldstraße zu treffen.

„Jerry" Schulz

Der erste Termin gegen Jerry begann mit einem für den Staatsanwalt peinlichen Vorgang: am 13.1. hatte er – wie gegen alle anderen Angeklagten auch – Haftbefehl beantragt, weil sie sich abgesprochen haben sollen, nicht zu den Prozessen zu erscheinen. Der Richter machte Staatsanwalt Borchers darauf aufmerksam, daß Jerry in Untersuchungshaft saß, also weder Absprachen treffen, noch dem Prozeß fernbleiben konnte!

Wegen dieser Praktiken stellte Jerrys Rechtsanwalt Axel Adamietz aus Bremen einen Antrag auf Ablösung des Staatsanwaltes. Der Leiter der Staatsanwaltschaft lehnte das ab, worauf sofort Beschwerde beim Generalstaatsanwalt angekündigt wurde. Bis zur Entscheidung sollte der Prozeß vertagt werden. Als das Gericht diesen sonst „selbstverständlichen" Vorgang ablehnte, stellte der Anwalt einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht, der (erwartungsgemäß) abgelehnt wurde.

Am zweiten Verhandlungstag wurde die Aufhebung des Haftbefehls gefordert. Das Gericht erklärte sich für nicht zuständig. Am 3.2. konnte aber erreicht werden, daß der Haftbefehl aufgehoben – und Jerry wieder freigelassen wurde!

Helmut Oldefest („Eso")

Zu Beginn der ersten Verhandlung (30.1.) wurde auf Antrag der Verteidigung der Haftbefehl gegen Eso aufgehoben.

Der Anwalt stellte einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens und Befangenheitsantrag gegen die gesamte Kammer.

Am zweiten Verhandlungstag (2.2.) wurden beide Anträge abgelehnt.

Wolfgang Giesler

Wolfgang Giesler (Hamburg) hat jetzt seinen ersten Termin vor dem Landgericht bekommen. Am 6.4. soll sein Prözeß beginnen.

Damit sind nur noch zwei Angeklagte ohne Termine: Klaus-Werner Hahn (Hannover) und Bernd Löwe (Hamburg).

Die nächsten Prozesse sind:

6.2.	Helmut Oldefest (Landgericht)
7.2.	Linda Engelbert (Amtsgericht Hameln)
8.2.	Andreas Hanke (LG)
10.2.	Rüdiger Jörß (LG)
14.2.	Christian Gehrke (LG)
15.2.	Christian Gehrke (LG)
16.2.	Christian Matschkus (LG)
23.2.	Mathias Küntzel (AG)
2.3.	Norbert Iwan (LG)
6.4.	Wolfgang Giesler (LG)

Ein Genosse aus Eimsbüttel

Die Hetze in der »HAZ«

Großes Unheil sieht die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" auf Bundesdeutschland zukommen:

„So ist das Unbehagen der Justiz unausgesprochen ebenso groß, wie die Zuversicht der meisten Angeschuldigten, ungeschoren davonzukommen, weil sich die gegen sie erhobenen Vorwürfe möglicherweise (?) doch nicht ausreichend belegen lassen" („HAZ", 28.1.78).

Das hat seine Gründe. Nach Meinung der „HAZ" liegt es nicht etwa daran, daß die Festnahmen völlig willkürlich gewesen sind. Nein:

„In der Hitze des Gefechts ...: hatten die Polizeibeamten schließlich anderes zu tun, als fein säuberlich zu notieren, wer wann wo und wie gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen hat..."

Obwohl nichts bewiesen werden kann, *„bleibt es"* für die „HAZ" *„unumstritten, daß ... das Demonstrationsrecht mißbraucht worden ist". „Unabhängig von ihrem Ausgang werden die Grohnde-Prozesse daher wohl unbefriedigend enden."*

Das soll wohl nichts anderes heißen, als die entsprechenden Gesetze so zu verschärfen, damit in Zukunft alle bei einer Demonstration Festgenommenen bestraft werden können – unabhängig davon, ob man ihnen etwas nachweisen kann oder nicht.

Dann wird es wahrscheinlich in den Zeitungen heißen, wie neulich in der „Deister-Weser-Zeitung" („DWZ") zu lesen stand: „*...muß sich ein 26 Jahre alter Musiker aus Hameln w e g e n T e i l n a h m e a n e i n e r D e m o n s t r a t i o n gegen die Errichtung des Kernkraftwerks Grohnde ... verantworten.*"

Unfreiwillig sagte hier die „DWZ" vom 29.1. die Wahrheit: wegen ihrer AKW-Gegngerschaft und nicht wegen ihrer „Straftaten" wird gegen die Grohnde-Angeklagten in Hannover verhandelt.

Kriminalisierungswelle gegen AKW-Gegner auch in Südbaden

Am Donnerstag, den 19.1., fand ein Prozeß gegen den Regieler AKW-Gegner B.St. statt. Vorgeworfen wurde ihm, daß er im Zusammenhang mit der Besetzung des Regierungspräsidiums Freiburg, wo die Veröffentlichung des Katastrophenplanes für Fessenheim gefordert wurde, »schwere Körperverletzung« begangen habe, weil er einem Bullen die Mütze vom Kopf geschnippt hat! Urteil: 30 Tagessätze a' 8 DM!

Ermittlungen laufen auch gegen die BI- Freiburg. Sie hatte in einem Flugblatt im Sommer, das zu einer Fahrradtour zum damals noch besetzten Strommast in Heiteren/ Elsaß aufrief, den »gefährlichen« Satz geschrieben: »Nehmen wir uns also der Masten an!«. Jetzt ermittelt die Polizei wegen § 111, Aufforderung zu Straftaten, insbesondere *»Vorbereitung eines Sprengstoffanschlags«* (»Badische Zeitung«). Hintergrund: In der Zeit waren von französischen Umweltschützern einige der Masten gesprengt worden, die den Strom von Fessenheim nach Paris transportieren. Jetzt soll über diese konstruierte Anklage die BI eingeschüchtert werden. Gegen 4 Kaiserstühler läuft ein Verfahren, weil sie im letzten Jahr in Kiechlingsbergen bei einer Protestaktion (»Der Wahlkampf ist vorbei, der Wyhlkampf geht weiter«) Filbinger offensichtlich etwas zu nahe gerückt waren (siehe AK 90).

Die badisch- elsässischen BI's wollen daraus keine große Aktion machen und versuchen deshalb auch gar nicht, über eine breite Informationsarbeit die Empörung über diese Kriminalisierung zu schüren. Ihr Konzept geht dahin, kleinere Aktionen mit Leuten zu machen, die ihnen bekannt und in »Gewaltfreiheit« erfahren sind. Linke sollen möglichst gar nicht dabei sein. Ein schönes Beispiel für diese Politik war die erste Solidaritätsaktion für Eckhardt Hermann, wo 60 Leute aus dem engeren Kreis der badisch- elsäsichen BI's zum Amtsrichter gingen und dort Unterschriften überbrachten. Die BI Freiburg wurde damals nicht zur Vorbereitung der Aktion eingeladen, und auch bei der etwas größeren Demo am 2.1.78 wurde sie nicht angesprochen. Grund : Die BI Freiburg sei zu links!

Diese Abgrenzungspolitik gegen links führte jetzt auch zu einem weitgefaßten Unvereinbarkeitsbeschluß gegen K- Gruppen, den der »Arbeitsausschuß« (AA) der badisch-elsäsischen BI's am 9.1. beschloß. Vorwand war ein Artikel in einer »KVZ« Ortsbeilage. Dennoch wollte man es natürlich nicht beim Ausschluß des KBW bewenden lassen, »dann müssen wir den KB schon auch ausschließen« (Zitat vom AA). Also 'einigte' man sich bei wenigen Gegenstimmen auf folgende Formulierung: »Mitglieder von Parteien, die erkennbar gegen die 3 Prinzipien der BI's

a) Gewaltfreiheit
b) Überparteilichkeit
c) Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen

verstoßen, haben in den Gremien der badisch- elsäsischen BI's nichts zu suchen«. Auch auf dem folgenden AA (16.1.) wurden übrigens keinerlei Aktionen zu der Kriminalisierungswelle festgelegt.

KB/ Gruppe Freiburg

FINANZAMT ERKENNT GEMEIN NÜTZIGKEIT AB!

Der Freiburger BI "Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Kernkraftwerke" wurde inzwischen rückwirkend ab 1974 die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Die BI hätte zu „rechtswidrigen Handlungen" aufgerufen und die Bevölkerung zur Besetzung von »fremden Gelände« aufgefordert. Da »breite Teile der Bevölkerung« den Bau von AKW's unterstützen würden, sei eine »selbstlose« Tätigkeit für »die Allgemeinheit« nicht gegeben. Eine politische Entscheidung gegen die AKW-Gegner!

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
ARBEITERKAMPF
J. Reents Verlag
Lerchenstr.75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.

Auflage: 21 500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 2,–

Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents

Achtung! Einem Teil dieser Auflage liegen Prospekte des Verlag J. Reents bei!



2000 Demonstranten gegen die Grohnde-Prozesse

Bremen: Am 27.1., dem Tag der Verkündung des Teilurteils im Esenshamm-Prozeß, fand in Bremen die bisher größte Demonstration gegen die Kriminalisierung der AKW-Bewegung statt.

Nachdem gegen die Verhaftung von Linda Engelbart und anderer AKW-Gegner bereits gut eine Woche vorher bis zu 1.000 Menschen an spontanen Demonstrationen und Kundgebungen teilgenommen hatten, war diese Demo mit 2.000 Teilnehmern der gößte Mobilisierungserfolg. Im Aufruf der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen (BBA) war neben einer Schilderung der Vorfälle auf der Grohnde Demonstration und der Forderungen gegen das Atomprogramm ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß von diesen Prozessen mit der geplanten Einschränkung von Demonstrations- und Versammlungsrecht jeder Demokrat betroffen und zum Protest aufgefordert ist, unabhängig von seiner Stellung zur AKW-Bewegung.

Auf der Abschlußkundgebung auf dem Bremer Marktplatz sprach neben einem Bremer Pastor auch Peter Willers, Vorstandsmitglied im BBU.!

KB/Gruppe Bremen

Die tägliche Katastrophe, die Atomindustrie heißt

Brüssel: Das Atom-Hearing der EG wurde durch einen Atomunfall im Reaktor Thiange überschattet.

Die Enthüllung über diesen Unfall war den „Freunden der Erde" zu verdanken. Während der jährlichen Abkühlung des Reaktors zwecks Teilauswechslung, war radioaktives Jod 131 durch ein undichtes Sicherheitsventil in die Betriebsräume gelangt und hatte 30 (!) Arbeiter radioaktiv verseucht. Obwohl der zulässige Höchstwert 900 mal (!) überschritten worden war, wurde die Arbeit im Atomkraftwerk nicht unterbrochen — sogar am nächsten Morgen fortgesetzt. Erst als eine ernsthafte Verseuchung der Arbeiter nach Verlassen der Sicherheitszone festgestellt wurde und die Entseuchungsmaßnahmen bei einigen wirkungslos blieben, wurde der Reaktor aus „Sicherheitserwägungen" drei Tage lang stillgelegt! Beschwichtigend war denn auch der Kommentar des Leiters Robert von Damme, der von einem „kleinen Störfall" sprach, jedoch zugeben mußte, daß sechs Personen von der staatlichen Stelle in Mol „längere Zeit untersucht" werden mußten. Hier war schon einmal 1965 einem Arbeiter ein Fuß amputiert worden, der durch ein Fehlmanöver mit dem Kontrollstab mit 2.000 rad bestrahlt worden war.

Bei dem jetzigen Unfall wurden Werte bis 100 millirem festgestellt.

• • •

USA: Bei einem Atomunfall im AKW Fort St. Vrain in Platteville (Colorado) trat nach amtlichen Angaben eine unbekannte Menge radioaktiven Heliums aus, das 16 Arbeiter verseuchte. Das AKW mußte außer Betrieb genommen und der Reaktor fünf Stunden lang evakuiert werden! Trotzdem versicherte die Gesundheitsbehörde es bestehe „keine unmittelbare Gefahr" für die Arbeiter.

Ein zweiter Unfall ereignete sich mit dem hochgiftigen Uran-Hexaflurid. In der Nähe der Stadt Lockborne im US-Staat Ohio stürzte ein 15 Tonnen-Behälter von einem Zug mit der Oberseite nach unten in den Schnee. Der Katastrophenschutz konnte denn auch vermelden, daß das Faß so unbeschädigt war, daß selbst das Abflußventil noch intakt war. Radioaktivität konnte angeblich in der Umgebung nicht festgestellt werden.

• • •

... und noch ein Unfall in den USA

Am 14.12.77 wurde das AKW Millstone I in Waterford, Connecticut von zwei Explosionen erschüttert, bei denen radioaktive Stoffe austraten. Ein Arbeiter geriet in eine ausströmende Wolke Cesium-137 und mußte drei Tage lang im Krankenhaus behandelt werden. Weitere 50 Beschäftigte und ein Fotograf des „Time"-Magazin, der gerade eine Brennstoff-Nachfüllung beobachten wollte, wurden strahlenverseucht.

Die Explosion war eine von 14 ähnlichen, die bereits in anderen Werken der General Electric in den USA vorfielen. Bereits drei Tage zuvor war in Vermont eine kleine Explosion vorgekommen, die jedoch erst eine Woche später der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde.

Millstone I wurde für mindestens drei Wochen geschlossen, wie schon etliche Male zuvor.

Brunsbüttel: Von Stillstand zu Stillstand!

Am Freitag, dem 13(!) Januar sollte das AKW Brunsbüttel nach langem Stillstand wieder einmal angefahren werden. Doch schon bei diesem Manöver trat nach wenigen Stunden ein weiterer Störfall ein. Da, wie sich nachher herausstellt, ein Brennelement verkehrt herum eingesetzt worden war, hatte sich der Steuerstab verklemmt, worauf der Reaktor schleunigst wieder abgestellt werden mußte. Nun liegt er zum Glück wieder still. Dieser Unfall ist nur durch eine Indiskretion breit bekannt geworden, obwohl nach dem Beinah-GAU in Nekkarwestheim, der übrigens bei dem gleichen Manöver auftrat, das Bundesinnenministerium angekündigt hatte, daß in Zukunft sofort alle Unfälle der Bevölkerung bekannt gemacht würden. Diesen Plan hat man offenbar wegen völliger Überlastung der damit beauftragten Dienststelle fallengelassen?!

• • •

Biblis: Das AKW Biblis (Block B) steht seit dem 19.1., kaum in Betrieb genommen, still. An zwei Hauptkühlmittelpumpen hatten die Dichtungen „vorzeitig Verschleißerscheinungen" gezeigt, sie müssen ausgewechselt werden. Ebenso zeigten sich Schäden im »nichtnuklearen« Teil des AKW. Die Reparatur soll nach Angaben der AKW-Leitung bis zum 6. Februar dauern.

AKW-NEIN-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Brokdorf: Autojagd auf AKW-Gegner

Am 6.1.78 kam es am AKW Brokdorf zu folgendem Vorfall: Gegen Mittag wollten zwei AKW-Gegner die trotz Baustopp durchgeführten Baggerarbeiten filmen. Ungefähr 200 Meter vom Haupttor in Richtung B 431 begannen sie damit, einen dort beschäftigten Maler zu filmen. Zwei Männer im grünen Parka versuchten mit sinngemäßen Sprüchen wie: 'Sieh zu, daß du abhaust! Geh doch mal arbeiten'... etc. die AKW-Gegner einzuschüchtern. Als die AKW-Gegner weiterfilmten eilten die zwei Männer zu einem nahestehenden VW-Bus und fuhren in Richtung Haupttor.

Da den AKW-Gegnern die Sache nicht geheuer war, stiegen sie in ihren VW und fuhren in Richtung Brokdorf. Der VW-Bus nahm die Verfolgung auf und holte den PKW trotz 80 km/h am Ortseingang von Brokdorf ein.

Die Freundin des AKW-Gegners filmte den Vorgang vom Rücksitz aus. Mitten in Brokdorf rammte der VW-Bus den Wagen mit voller Geschwindigkeit von hinten!! Bei dem nächsten Überholversuch mußte der AKW-Gegner zwangsläufig abbremsen, da sonst der VW-Bus mit einem entgegen kommenden Audi zusammengestoßen wäre! Vor der Kurve zum Gasthof "Sell" stellte sich der VW-Bus quer. Der AKW-Gegner konnte rechtzeitig vor dem Bus zum Stehen kommen und durch Kehrtwendung in entgegengesetzter Richtung davonfahren.

Die Männer setzten die Verfolgung in Richtung Wilster fort. An den Auffahrten "Umgehungsstraße Wilster" und "Störbrücke" kamen sie auf bedrohliche Nähe herran. Die Verfolgung bei ca. 125 km/h Höchstgeschwindigkeit dauerte bis zur letzten Auffahrt nach Itzehoe! Bei der Polizei in Weselsfleth ist inzwischen von dem Brokdorf-Bewohner Strafanzeige gegen unbekannt gestellt worden. Da die Aktion, so weit es möglich war, auf dem Film festgehalten wurde, darf man gespannt sein, ob ein Verfahren vor Gericht eröffnet wird.

AKW-NEIN-Kommission
nach Bericht des AKW-Gegners

Teilerfolg vor Gericht: Esenshamm steht weiter still!

Am 27.1. verkündete das Verwaltungsgericht Oldenburg ein erstes Teilurteil im Verfahren gegen das AKW Esenshamm. Zwar hat das Gericht wiederum in einer Reihe von Punkten das Risiko für die Bevölkerung geleugnet, aber dennoch steht Esensham weiter still. Die niedersächsische Landesregierung hat ihren Kurs, alls Auflagen „aus der Welt zu schaffen", nicht durchsetzen können.

Das Gericht entschied, das Landesministerium habe bei seiner Entscheidung „die rechtlich geschützten Interessen der Kläger nicht hinreichend gewürdigt ..." und erklärte alle Auflagen der ersten atomrechtlichen Teilgenehmigung für bindend:

- Bau von Kühltürmen oder eine gleich wirksame Maßnahme!
- Kein radioaktiv verseuchtes Abwasser in die Weser und damit auf das Butjadinger Land!

Während das Gericht die Klage einer Hausfrau aus Ottersberg abwies, weil sie nach Auffassung der Richter in ihrem Wohnort südöstlich von Bremen nicht mehr vom Abwasser betroffen sei (wohlgemerkt geht es hier um die Verseuchung von Weideland und damit auch menschlicher Nahrung!), dürfen hingegen die beiden Kläger aus der Wesermarsch weiter auftreten.

Über das Risiko eines Flugzeugabsturzes wollte hingegen das Gericht nicht urteilen, das Risiko sei „vernachlässigbar" gering.

Vor einem endgültigen Urteil über die Klagen will das Gericht erneut Gutachten von Behörden und „Sachverständigen" einholen.

Im weiteren wird es um Ablagerung durch das radioaktive Cäsium im Bewässerungssystem, sowie Fragen der Anlagensicherheit gehen. Zudem will das Gericht den Einfluß des Alterungsprozesses auf die Abgabe von Radioaktivität in die Umwelt untersuchen.

In einem Monat sollen die Eingaben abgeschlossen sein.

Die NWK jammert, daß jeder weitere Tag, an dem das AKW stilliege, sie 800.000 DM koste. Das würde „Belastungen für ihre Kunden" bedeuten, außerdem habe das AKW Schlüsselfunktion bei der Industrieansiedlung.

Peter Willers, Mitglied im BBU-Vorstand und im Arbeitsausschuß der „Bürgeraktion Küste" nannte das Teilurteil auf einer Kundgebung gegen die Grohnde Prozesse am selben Abend vor 2.000 Bremer AKW-Gegnern „kein gewonnener Krieg, keine gewonnene Schlacht – aber ein gewonnenes Scharmützel!"

Dem schließen wir uns an.

KB / Gruppe Bremen

Verfahren gegen Bullen eingestellt!

KURT GROENEWOLD
RAINER KÖNCKE
PETRA ROGGE
RECHTSANWÄLTE

2 HAMBURG 19,

Rog/Je./317

PRESSEMITTEILUNG

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat das Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, die unseren Mandanten Bernd W o i t a l l a bei der Demonstration in Brokdorf im November 1976 lebensgefährlich verletzten, endgültig eingestellt.

Bernd Woitalla war Teilnehmer an der Brokdorf-Demonstration am 13.November 1976. Er wurde von einem Stein, der von dem von der Polizei besetzten Baugelände aus geworfen wurde, am Kopf getroffen. Er erlitt eine Hirnverletzung und eine schwere Störung des Sprachzentrums, die erst nach Jahren behoben sein wird. Bernd Woitalla befindet sich seit mehr als einem Jahr in einer Behandlungsklinik für Hirn- und Nervenverletzte.

Obwohl die Staatsanwaltschaft zwei Augenzeugen gehört hatte, die unabhängig voneinander Ort, Zeit und Richtung des Steinwurfs angeben konnten und Polizeibeamte in Uniform als Täter erkannt hatten, stellte der Generalstaatsanwalt das Verfahren mit der Begründung ein, die Täter seien nicht zu ermitteln. Einzelne Polizeibeamte wurden nicht vernommen. Die Staatsanwaltschaft begnügte sich mit den dienstlichen Äußerungen der Zugführer und des Führers der in Brokdorf eingesetzten 5.Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, daß sie keine Steinwürfe von Polizeibeamten beobachtet hätten.

Hamburg, den 18.Januar 1978

Atomfrachter soll abgewrackt werden!

Das einzige Frachtschiff mit Atomantrieb, die „Otto Hahn" soll verschrottet werden. Nur falls sich die „interessierte Industrie" an den Betriebskosten beteiligt, soll das Schiff noch weiter in Betrieb bleiben.

Die offizielle Begründung für die geplante Stillegung sind die enorm hohen Kosten für ein Wechseln der Brennstäbe des Reaktors. Es wir mit 50 Mio. DM einschließlich der entstehenden Betriebskosten gerechnet (zum Vergleich: der Neubau der „Otto Hahn" hat nur wenig mehr, nämlich 56 Mio. DM gekostet). Weiterhin wurde bekanntgegeben, daß der Forschungsauftrag der „Otto Hahn" erfüllt wäre.

Zugegeben wird die allgemeine Wahrheit, daß mit zunehmendem Alter die Reparaturkosten höher werden, aber sonst habe der Reaktor problemlos seine Aufgabe erfüllt. Wir kennen diese lapidaren Erklärungen von allen Atomkraftwerksbetreibern.

Es scheint aber auf der „Otto Hahn" bereits größere Schwierigkeiten gegeben zu haben, die vermuten lassen, daß größere Pannen nur durch glückliche Umstände noch nicht aufgetreten sind.

- 1973 mußte der Betriebsdruck von maximal 63 atü auf 55 atü gesenkt werden.
- Etwa im Mai 75 stieg im Sicherheitsbehälter die Radioaktivität, weil ein Flansch bei einem Steuerstabantrieb undicht war.
- *»Die Luftaktivität am Abluftmast stieg zeitweise bis an die Grenze des maximal zulässigen Wertes. Auf Antrag bei der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde wurde für den Bereich 'offene See' der maximal zulässige Wert auf das 100-fache heraufgesetzt«* (nach »Atomwirtschaft Atomtechnik« Aug. 76). So löst man das Problem und bleibt unter den zulässigen Werten!
- In letzter Zeit sollen bereits häufiger Undichtigkeiten am Druckbehälter aufgetreten sein. Der Druckbehälterwerkstoff soll spröde geworden sein.
- Im Herbst letzten Jahres sollen einige Ingenieure aus sicherheitstechnischen Gründen gekündigt haben.

Das sind nur so einige Punkte die hinter dem Vorhang geschehen und möglichst geheim gehalten werden sollen.

Die „Otto Hahn" ist das letzte Handelsschiff mit Atomantrieb der Welt. Alle anderen sind bereits stillgelegt. Weiter so!

Metall-Kommission

STEAG beantragt Zwischenlager in Ahaus

Am 24. Januar beantragte die DWK zusammen mit der STEAG offiziell die Genehmigung eines Zwischenlagers in Ahaus. Gleichzeitig hat der Stadtrat mit 23 gegen 16 Stimmen das Vorhaben der STEAG einstweilen abgelehnt und einem CDU-Antrag zugestimmt, der „*sich grundsätzlich zum Ausbau der Kernenergie bekennt, eine Entscheidung über das Projekt des Zwischenlagers aber von der Vorlage des zur Zeit der Beratung* (des Stadtrates — AK) *noch nicht vorliegenden Bauantrags und von verbindlichen Zusagen steuerlicher und strukturpolitischer Art der Landesregierung in Düsseldorf abhängig macht*" („Welt" 25.1.78).

Mit dieser Erklärung hat die CDU-Mehrheit im Stadtrat sich schon zur Genehmigung des Zwischenlagers bereiterklärt, nur noch etwas Geld muß rübergeschoben werden - für's Allgemeinwohl natürlich... Scheinbar sicher können sich die Gegner des Zwischenlagers noch bei der SPD sein, die derzeit noch bei ihrem grundsätzlich Nein bleibt. Das muß vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um das Lager gesehen werden. So hat der Bauer Terbeck, *»dem der wichtigste Teil des Geländes gehört, die Stadt verklagt. Er will sein Gelände mit der Begründung wiederhaben, die Stadt habe mit ihm ein 'Scheingeschäft' gemacht«* („FAZ", 21.1.78). Über diese Klage soll am 10.2. verhandelt werden. Für die „FAZ" sind diese Gegner des Zwischenlagers alles Leute, die „*den Unterschied zwischen aufarbeitbaren hochwertigen Brennelementen und Müll nicht sehen*" (ebd.) wollen - dieser »Unterschied« dürfte im Zweifelsfalle allerdings nicht viel wert sein, als ob die Brennstäbe dadurch, daß sie besonders »hochwertig« sind, weniger strahlen würden!

AKW-Nein-Kommission

Erste Vorbereitungen in Stade für den Bau eines Zwischenlagers

„Zum Schutz der Kraftwerke und ihres Personals hat das Bundesinnenministerium ... weitere Sicherheitseinrichtungen gegen Demonstrationen und terroristische Übergriffe angeordnet" („Stader "Tageblatt", 19.1.78). So werden „zufällig" nach Bekanntgabe der geplanten Einrichtung eines Zwischenlagers in Stade auch um dieses AKW entsprechende „Sicherheitsvorrichtungen" getroffen:

- Vorbereitung von Betonfundamenten für einen Betonwall wie in Biblis und Kalkar.
- Aushebung eines Wassergrabens rund um das Gelände, vor der geplanten Betonmauer versteht sich.
- Nebenbei werden auch gleich ein paar Probebohrungen vorgenommen!

Da die NWK plant, das Zwischenlager nach § 6 des Atomgesetzes ohne jegliches Genehmigungsverfahren durchzusetzen (»Stader Tageblatt«), 19.1.78), hat sie es mit dem Ausbau des AKW-Stade zur Atomfestung offenbar besonders eilig.

Wenn man übrigens den Begründungen des Stadtdirektors und NWK-Geschäftsführers folgt, stellt man fest, daß diese Maßnahmen nur dazu dienen, dem AKW-Stade beim Wettbewerb „Industrie in der Landschaft" wieder zu einem „hervorragenden" Platz zu verhelfen. Denn »bei den zusätzlichen Schutzeinrichtungen werde nach möglichst landschaftsfreundlichen Lösungen gesucht«.

Kein Zwischenlager in Stade und auch nicht anderswo!
Stillegung des AKW Stade!

AKW-NEIN-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Almelo aktuell

Die Frage der Vergrößerung der Ultrazentrifuge (UC) in Almelo und die damit zusammenhängende Lieferung angereicherten Urans an die Militärdiktatur Brasilien als Bestandteil des westdeutsch-brasilianischen Vertrages über die Lieferung von Apparaturen und Technologien für einen kompletten Brennstoffkreislauf, somit auch der Möglichkeit, Atomwaffen herzustellen, steht seit Wochen im Zentrum des öffentlichen Interesses in den Niederlanden.

Krach im Parlament

Auf parlamentarischer Ebene kam es zwischen Regierung und Abgeordnetenkammer einerseits, zwischen den an der Regierungskoalition beteiligten Parteien der vereinigten Christreaktion (CDA) und den Rechtsliberalen (VVD) andererseits zu ernsthaften Spannungen. Selbst diese rechten Parteien mochten nicht mehr gänzlich ungetrübten Herzens die Mit-Verantwortung dafür tragen, daß Brasilien zur Atomwaffen-Produktion instand gesetzt wird. Eine erhebliche Rolle bei den Debatten spielte auch die Drohung der BRD-Regierung mit der sowieso geplanten Errichtung einer eigenen Urananreicherungsanlage in Gronau (BRD), wenn sich der niederländische „Partner" nicht willig zeige. Der letzte Stand (1.2.) auf Parlamentsebene ist, daß einer Vergrößerung der UC zwar zugestimmt wurde, die Regierung die Exporterlaubnis für das angereicherte Uran an Brasilien aber erst bei Anstehen der Lieferung (in zwei Jahren) erteilen wird. Diese Exporterlaubnis soll von - nicht näher bestimmten und noch gegenüber Brasilien durchzusetzenden - „Sicherheitsgarantien" gegen die Verwendung des Urans zur Waffenherstellung abhängig gemacht werden; dem Parlament wurde das Recht zugestanden, die endgültige Entscheidung zu fällen, ob die „Sicherheitsgarantien" Brasiliens als ausreichend angesehen werden. - Welche unmittelbaren Konsequenzen die BRD (und England als dritter Beteiligter am Urenco-Konsortium) hieraus ziehen wird, ist noch etwas undeutlich, wir werden im nächsten AK hierüber wie über den genaueren Verlauf der parlamentarischen Debatte berichten.



Demonstranten in weißen Overalls bildeten auf dem Boden liegend die Buchstaben UCN – Demonstration vor dem Parlament am 25.1.78

Auf vollen Touren ...

...läuft die Vorbereitung auf die Demonstration in Almelo am 4. März. Neben den zweiwöchentlichen Arbeitstreffen aller beteiligten Gruppen in Utrecht und der Arbeit einer Vielzahl offensichtlich recht gut funktionierender Kommissionen (u.a. für Propaganda, Pressekontakte, Westdeutschland, Verkehr, Kultur, Technik, Behördenverhandlungen) wurden und werden in den ganzen Niederlanden eine Vielzahl kleinerer und größerer Versammlungen und Aktionen durchgeführt:

— Am 10.1. trafen sich in Groningen (im Norden der Niederlande) 18 Parteien, Studentengewerkschaften und Atomalarm-Gruppen, um die Mobilisierung in den nördlichen Gebieten anzutreiben.

— Am 25.1., anläßlich des Beginns der parlamentarischen Debatte über die UC wurde im Vorhof des Parlaments in Den Haag eine Demonstration von einigen hundert Menschen, u.a. unter der Parole „*Keine Bomben für Brasilien*" durchgeführt. Es wurde eine Erklärung des LEK (Zusammenschluß der meisten Umweltschutz- und Anti-Atom-Initiativen in den Niederlanden) übergeben, in der deutlich vor der weiteren Verbreitung von Atomwaffen durch die Lieferung an Brasilien gewarnt wird. Der Beschluß der Regierung, einer UC-Vergrößerung und der Lieferung an Brasilien zuzustimmen (der jetzt wieder durch die Parlamentsdebatte modifiziert wurde), ist „*unter dem großen Druck von Westdeutschland zustande gekommen*"; von dem Veto-Recht, das die Niederlande im Zusammenarbeits-Verband mit der BRD und England gegenüber unerwünschten Lieferungen aus der UC haben, ist nichts mehr übrig geblieben. — Im Anschluß wurde der brasilianischen und der westdeutschen Botschaft Petitionen überbracht.



— Am 26.1. wurde vom Nijmeger Stop Kernenergie Komitee eine Sandwich-Demonstration durch die Innenstadt organisiert; Veranstaltungen mit dem Film „Lieber heute aktiv, als morgen radioaktiv" schlossen sich an.

— Am 29./30.1. traten zwölf Vertreter von kirchlichen und Umweltschutzorganisationen in der Klosterkirche von Den Haag aus Protest gegen die Brasilien-Lieferung in den Hungerstreik.

(Nach: „ Almelo-Bulletin", Nr.5 und „de Volkskrant" 30. u. 31.1.).

Niederlande-Kommission

Atom-Modell-Deutschland am Werk

Der Versuch, in Österreich AKWs nicht nur zu bauen, sondern auch in Gang zu setzen, scheint für die SP-Regierung unter Kreisky möglicherweise mit einem Debakel zu enden. Die Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ haben erkannt, daß sie ihren politischen Einfluß am ehesten ausbauen können, wenn sie sich an die Anti-AKW-Bewegung anhängen. Die (reaktionäre) FPÖ hat sich in einem Parteibeschluß gegen die Inbetriebnahme des längst fertiggestellten AKW Zwentendorf gewandt; die ÖVP sagt in der Öffentlichkeit, vor einer Inbetriebnahme des AKW müsse eine hundertprozentige Lösung für die Endlagerung des Atommülls gefunden werden (Landeshauptmann Maurer). Auch innerhalb der SPÖ gibt es eine starke Anti-AKW-Strömung.

Vor der von Kreisky schon lange als „demokratische Entscheidung" angekündigten Parlamentssitzung über die österreichische Atompolitik haben sich bereits sämtliche Abgeordnete aus dem Vorarlberg eindeutig gegen Zwentendorf ausgesprochen („Presse", 19.1.).

Nach der jüngsten Meinungsumfrage sollen nur noch 23 % der Österreicher AKWs sicher genug und notwendig für Österreich finden.

So besteht durchaus die Möglichkeit, daß eine derzeitige Parlamentsentscheidung gegen Zwentendorf ausfiele, die lt. SPÖ-Regierung den Ausschlag geben soll.

Kreisky gab gegenüber der Zeitschrift „profil" (5/78) zu, daß es für die AKW-Betreiber derzeit nicht rosig aussieht. „*Aber für mich persönlich ist das alles keine so entscheidende Sache. Wenn das Parlament ablehnt, werden die Gesellschaften, die Zwentendorf gegrüdnet haben, das halt zu tragen haben. (Frage: Das heißt, eine Ruine in Zwentendorf.) Ja, ich hab sie ja nicht gebaut! Das haben sieben Landesgesellschaften gebaut und die Verbundgesellschaft. Hier muß immer wieder die Verantwortung klargestellt werden*".

Wie „wenig" Kreisky die Sache interessiert, wurde deutlich, als die Brennstäbe bereits aus Hanau in Linz per Flugzeug eingeflogen und von dort per Armeehubschrauber weiterverfrachtet wurden. Die Lieferungen sollen bis in den April weitergehen („Presse", 19.1.).

Gegen die Anlieferung der Brennstäbe für das Atomkraftwerk Zwentendorf protestierten am 19. Januar in ganz Österreich die AKW-Gegner. In Wien demonstrierten über 3.000 („Presse", 20.1.), in Salzburg ca. 200, in Klagenfurt 80 und in Graz 100 (lt. „KVZ").

In Linz sammelten sich trotz schwerer Polizeibewachung mit MPs über 100 AKW-Gegner, ebenso vor den Toren des AKW Zwentendorf.

Insgesamt besteht in Österreich eine ähnliche Situation wie in der BRD in den bürgerlichen Parteien, als nach den ersten Großaktionen in Brokdorf sich bis auf die CDU/CSU die bürgerlichen Parteien für einen Baustopp aussprachen, bis die Frage der Endlagerung geklärt sei, obwohl das überhaupt nicht absehbar ist.

Trotz allen demokratischen Getöses verfährt die Regierung so, als ob selbstverständlich das Atomprogramm ungehindert weiterläuft.

Massive Untersützung für die sofortige Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf findet die SP-Regierung in der Industriellenvereinigung und bei dem Gewerkschaftspräsidenten Benya. Beide drohen in schönster Eintracht: Ohne Atomstrom werden die Strompreise radikal angehoben – die Gewerkschaftsführung hat offensichtlich ein großes Interesse daran, daß die Energiekapitalisten im Falle des Falles die bisher verbauten sieben Milliarden Schillinge nicht bezahlen müssen, sondern u.a. die Gewerkschaftsmitglieder.

Zwischenlager jetzt Trumpf

Auch in der Frage, wie man über die Hürde einer objektiv notwendigen, aber derzeit überhaupt nicht zu bewerkstelligenden Endlagerung kommen kann, liefert das Atom-Modell Deutschland Anschauungsunterricht.

Selbst den Kernkraftwerksbefürwortern in Österreich dämmert es, daß die Endlagerung, wie sie geplant war, kaum als „gelöst" verkauft werden kann. Inzwischen liegt ein Gutachten vor, daß die Endlagerung in dem vorgesehenen Waldviertel in Niederösterreich ausgesprochen gefährlich wäre. Risse im Gestein und hohe Erdbebenwahrscheinlichkeit könnte zu „unerwarteten Katastrophen" führen, schreibt der Gutachter Tollmann (i.ü. das AKW Zwentendorf liegt auch in diesem Erdbebengebiet) (nach „profil", 4/78). Aus diesem Dilemma soll nun auch in Österreich das Zwischenlager, – harmlos wie jede andere Badewanne – die „Lösung" herbeiführen.

Nach dem Motto des Ministers Staribacher „*noch jeder Ort, der mit der E-Wirtschaft zu tun gehabt hat, ist dabei gut gefahren*" („Presse", 27.1.), wurde nach einem Zwischenlagerstandort gesucht. Von Atombetreibern als „*Schimmer der Vernunft*" und als „*mutige Tat*" („Presse", 27.1.) gepriesen, hatte der Gemeinderat des Dorfes Alberndorf im Weinviertel sich bestechen lassen.

Die löste allerdings scharfe Reaktionen aus.

Bei den Weinbauern der Umgebung „*schlagen die Wellen der Empörung hoch*", sie wollen keinen „Atom-Wein". „*Es kommt zu Ansammlungen vor dem Gemeindeamt, zum Wutausbruch einer empörten Masse*" („Presse", 28.1.).

Auch in Österreich wird es den AKW-Befürwortern nicht einfach gelingen, die Betroffenen übers Ohr zu hauen.

Österreich-Schweiz-Kommission



Protest der Weinbauern gegen ein Zwischenlager in Alberndorf.

Geburtsstatistiken bei AKW's unter Verschluß

In der „Courage" Nr. 1/78 berichtet eine Hebamme über ihre Kenntnis des Geburtenbuchs von Obrigheim, wo seit 1970 ein 350-Megawatt-AKW in Betrieb ist.

Die Geburtenbücher werden von den Entbindungsstationen der Krankenhäuser geführt. In ihnen werden u.a. auch Mißbildungen am Kind, die in den ersten zwei Stunden feststellbar sind, eingetragen. **„Das Geburtenbuch von Obrigheim war sehr dick, die ersten Eintragungen waren vor der Inbetriebnahme des AKW's gemacht worden. Beim Durchblättern fiel mir auf, daß zu Ende des Buches mehr rote Eintragungen vorhanden waren als zu Anfang. Zuerst dachte ich, es sei wohl mehr operiert worden, aber nach genauem Lesen und Auszählen wurde mir klar, daß es die Mißbildungen der Kinder waren, die zugenommen hatten. Die Zahl der Mißbildungen wie Wasserkopf, Kiefer- und Gaumenspalte, Wolfsrachen, Verschluß der Speiseröhre und andere innere schwere Schäden, ist seit der Inbetriebnahme des AKW ganz offensichtlich gestiegen" („Courage" 1/78).**

„In Stade, wo ebenfalls ein AKW in Betrieb ist, liegen die Geburtenbücher im Tresor. Die offizielle Begründung: Sie unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht. Die inoffizielle: Die Atomkraftgegner verdrehen eh jede Information und dagegen will sich der Chefarzt schützen".

Daß die AKW-Betreiber für die Geheimhaltung der Geburtenbücher in der Nähe von AKW's sorgen müssen, ist angesichts der Wirkung radioaktiver Strahlung auf ungeborenes Leben leicht verständlich: Bereits zwischen 1969 und 1971 veröffentlichte Prof. Sternglass von der Universität Pittsburgh (USA), „*daß in der Umgebung von sieben verschiedenen Atomkraftwerken die Säuglingssterblichkeit, Frühgeburten, Untergewicht und Erbkrankheiten angestiegen sind, und daß Krebs bei Kindern in Zusammenhang mit der Höhe des radioaktiven Fallouts steht. Es scheint, als wenn eine geringe Radioaktivität im Anfangsstadium einer Embryoentwicklung nicht nur die bekannten Schäden wie Krebs und Erbschäden hervorrufen kann, sondern auch die Entwicklung verzögert, was eine größere Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten und Erkrankungen der Atemwege zur Folge hat*" (Holger Strohm, „Friedlich in die Katastrophe" S. 113).

Auch aus der Umgebung der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich sind verstärkt Mißbildungen bei Neugeborenen aufgetreten. Hiroshima ist ein Beipiel dafür, daß Schäden noch viele Jahre nach der Einwirkung der radioaktiven Strahlung bei Kindern auftraten.

Radioaktive Strahlen haben auf Embryos, vergleichsweise zu Erwachsenen, eine noch verheerendere Wirkung. Hinzu kommt, daß radioaktive Stoffe in besonderer Weise über die Plazenta auf die sich entwickelnden Embryos weitergegeben werden.

Die Atomindustrie und ihre Behörden werden sich angesichts dieser Erfahrungen und wahrscheinlich ihrer eigenen Kenntnisse schwer hüten, Material zu veröffentlichen, was ihre Propaganda von der Ungefährlichkeit der Atomanlagen Lügen strafen könnte. Die Anti-AKW-Bewegung muß sich für die Offenlegung der Geburtenbücher und Statistiken über die Krankheits- und Todesfälle in der Nähe von Atomanlagen wie Gundremmingen, Obrigheim, Stade, Würgassen, Biblis und anderswo stark machen!

AKW-Nein-Kommission

Berichtigung

Unter dem „Aufruf zur Almelo-Demonstration..." (AK 121, S. 13) steht „ Dieser Antrag der Bürgerinitiative Gronau...". Das ist natürlich Blödsinn (Fehler im Lay-out). Der Aufruf zur Almelo-Demonstration wurde in Utrecht von allen Gruppen der Almelo-Versammlung verabschiedet, die Zeile über die BI Gronau gehört auf die nächste Seite unter den entsprechenden Antrag im Kasten.

Russell-Tribunal

Presseecho auf Verbotsdrohungen in Belgien

Nach der Pressekonferenz des belgischen Unterstützungskomitees (siehe AK 121) berichteten die Tageszeitungen breit über die vorhergehenden Russell-Tribunale und stellten dann die Angriffe auf das 3. Tribunal dar. Teilweise wird das geheime Dokument wörtlich wiedergegeben (z.B. „La Cite" vom 20.1.). Von der Brüsseler Pressekonferenz wird vor allem der Präsident der Menschenrechtsliga, Jurist und Universitätsprofessor Francois Rigaux zitiert:

„Ich halte es für wichtig, daß das Tribunal stattfinden kann ... denn man kann es als Eingeständnis seitens der westdeutschen Behörden auffassen, daß sie eine Veranstaltung verhindern wollen, bei der gewisse Wahrheiten gesagt werden, und deren Ergebnis auch sein könnte, daß grundlegende Menschenrechte nicht respektiert werden. Es steht einem Land wie Belgien an, solche Vorgänge (geplantes Verbot – Anm. AK) *zu brandmarken, dies um so mehr, als unser Land z.Zt. nicht mit solchen Problemen wie Berufsverboten konfrontiert ist"* („La Cite", 20. 1.78).

„La Wallonie": 19.1.78

(der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung nahestehend):

„...Daß sich das Tribunal jetzt um einige repressive Aspekte der westdeutschen Wirklichkeit kümmert, erweckt die Feindschaft der Bonner Behörden, die darin einen Versuch sehen, die demokratische Ordnung zu diffamieren, und der von linksextremistischen Gruppierungen provoziert sei. Es ist bedeutsam, daß sie bei ihren ‚Gegenmaßnahmen' die Möglichkeit erwägen, das Tribunal und die es unterstützenden Gruppen zu verbieten... Auf jeden Fall können die westdeutschen Behörden nicht hoffen, so den Verdacht zu entkräften, der auf ihnen lastet, ‚Berufsverbote aus politischen Gründen oder die Einschränkung der Verteidigerrechte in bestimmten Fällen vorgenommen zu haben. ... Es ist möglich, daß einige minoritäre Gruppen das Tribunal aus Gründen eigener politischer Strategie benutzen wollen. Das gestattet jedoch nicht, daß Mißtrauen auf das Tribunal selbst fällt, und daß dabei demokratische Prinzipien verachtet werden, die seine Zensoren zu verteidigen vorgeben. Dies rechtfertigt vor allem nicht eine Wirklichkeit, die nur noch um so beunruhigender wird, wenn man die wichtige Lage der BRD inmitten Europas und der EG sieht. Es geht nicht darum, daß ‚der deutschen Seele' der Prozeß gemacht wird, und noch weniger wird dieser dem deutschen Volks gemacht. Es geht auch nicht darum, von der Rückkehr des Faschismus zu reden, was wohl falsch ist, wie auch eine Quelle von neuen Irrtümern wäre. Es geht aber sehr wohl darum, die Entwicklung dieser kriechenden Lepra zu untersuchen, die unmerklich so lange demokratische Errungenschaften annagt, bis sie ihres Inhalts beraubt sind. Es handelt sich nicht darum, Deutschland zu diffamieren, aber die Methoden einer autoritären Subversion an den Tag zu bringen, die sich heute in verschiedenen Ländern Westeuropas zeigt. Wer dies verhindert, trägt dazu bei, dem Recht und der Freiheit das Grab zu graben." H.O. Vetter wird toben.

„Le Soir", 20.1.

(mit der „FAZ" vergleichbar) berichtet ausführlich auf der 3. Seite über die bisher stattgefundenen Russell-Tribunale: *„Ihr Ziel ist es, Zustände in bestimmten Gebieten zutage zu bringen, indem sie sich auf Zeugenaussagen stützen, die von einer Jury sorgfältig geprüft werden und die Aufschluß über Menschenrechtsverletzungen oder Angriffe gegen die Menschlichkeit geben sollen. Damit das Russell-Tribunal wirksam sein kann, ist es klar, daß seine Jurymitglieder Zeugen hören können, Beweise sammeln, sich frei informieren und erkundigen können müssen. Und bestimmte Tatsachen lassen vermuten, daß die westdeutschen Behörden entschlossen sind, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß diese Information zustandekommt; wenn nicht sogar, daß der Ablauf des Tribunals selbst sabotiert wird. Die neueste Maßnahme ist ein Dokument..."* Im folgenden wird auf die Erwägungen, das Tribunal zu verhindern, ausführlich eingegangen.

Linke Zeitungen

„Rote Fahne" (PCB) vom 20.1. berichtet: *„In die Hände einer linken Organisation ist, man weiß nicht wie, ein Dokument des westdeutschen Verfassungsschutzes gelangt und in Belgien in der Wochenzeitung POUR veröffentlicht worden"*. Im weiteren wird breit aus Rigaux Ausführungen zitiert. Eine eigene Stellungnahme oder Festlegung wird sorgsam vermieden. Allerdings fanden wir auch keine einzige Pöbelei gegen das Tribunal oder die Unterstützerbewegung.

„La Gauche" (Trotzkisten) vom 26.1. enthält einen kleinen Artikel mit dem Aufruf des belgischen Unterstützungskomitees, der von ihnen unterstützt wird. Das Geheimpapier wird nicht erwähnt.

„POUR": bekannt, siehe AK 121.

Die Informationsdienste **APL** (für die Wallonie) und **BPA** (für Flandern) haben den Wortlaut des Dokuments abgedruckt.

Russell-Tribunal stört Sozialisteninternationale

„Besorgt vor weiteren Störungen" ihres Verhältnisses zum großen Bruder SPD hat der Vorstand der niederländischen Sozialdemokratischen Partei PvdA Ende Januar beschlossen, nicht am Russell-Tribunal mitzuarbeiten.

Die Kritik der PvdA an der Diskriminierung von Beamten aufgrund ihrer politischen Überzeugung in der BRD könne *„besser über die bestehenden Beratungskanäle mit der SPD"* geübt werden; frühere PvdA-Aktionen hiergegen seien ja von der SPD auch *„sehr ernst genommen"* worden.

Obwohl der PvdA -Vorstand einerseits beschloß, das Tribunal a l s P a r t e i nicht zu unterstützen, ist es *„einzelnen Mitgliedern freigestellt, daran teilzunehmen"* - Was bleibt der PvdA auch anderes übrig, hat sich doch das führende PvdA-Mitglied, der Groninger Philosophie-Professor Lolle Nauta bereit erklärt, in der Jury des Tribunals mitzuarbeiten. Den *„geistgen Vater des PvdA-Grundsatzprogramms"*, Lolle Nauta, kann und will der PdvA-Vorstand nun nicht so ohne weiteres zurückpfeifen. Lolle Nauta selbst hat überdies schon im November zu erkennen gegeben, daß er sich irgendwelchen Einschüchterungsversuchen nicht beugen wird. Damals nämlich war die an Nauta ergangene Einladung, im Frühjahr 1978 eine westdeutsche Buchausstellung in Groningen zu eröffnen, von GoetheInstitut und westdeutscher botschaft unter direkter Bezugnahme auf seine Mitgliedschaft in der Jury des Russell-tribunals zurückgezogen worden; Nauta hatte sich von dieser Äußerung deutschen Schöngeistes recht unbeeindruckt gezeigt (s.AK 119).

Damit Nautas Beispiel nun aber nicht Schule macht, wurde noch klargestellt, daß *„eine Teilnahme von prominenten Parteimitgliedern faktisch unerwünscht"* ist. Dies ist u.a. auf Stan Poppe, Abgeordneter der PvdA in der Zweiten Kammer, gezielt, der die Absicht bekundet hatte, dem Tribunal seine Zustimmung zu bekunden (Zitate nach „de Volkskrant", 26.1.78).

Niederlandekommission

„Autoritäres Staatsdenken"

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Innenausschusses des Parlaments, Harald B. Schäfer, offensichtlich keineswegs ein Freund des Russell-Tribunals, hat den Innenminister schriftlich um eine Stellungnahme zu dem in seinem Haus verfaßten Geheimpapier gebeten. Schäfer meint, eine „freiheitliche Demokratie" müsse mit „Information und Aufklärung" vorgehen, *„um irreführenden und einseitigen Bewertungen der deutschen Verhältnisse durch die Veranstalter des Tribunals zu entgehen". „Der in Ihrem Ministerium ausgefertigte Vorschlagskatalog zeugt dagegen von einem autoritären und für mich nicht akzeptablen Staatsdenken, das vor die politische die rechtliche und polizeiliche Auseinandersetzung stellt."*

DASDA-Dokumentation

Ein streng vertrauliches Papier des Bundesamtes für Verfassungsschutz kursiert seit kurzem in Hamburger Journalistenkreisen. Aber von allen Zeitungen und Zeitschriften hatte nur der „Arbeiterkampf", die Wochenzeitung des in Norddeutschland sehr rührigen „Kommunistischen Bundes" (KB) die Traute, das Geheimpapier zu veröffentlichen. Allzu eingeschüchtert war die liberale Presse durch Traube / Faust-Verfahren, Bissinger-Maßregelung und andere Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit. Andere nahmen aus politischen Gründen Abstand von einer Veröffentlichung: Die DKP und alle ihr nahestehenden Organe lehnen bekanntlich das Russell-Tribunal ab. DASDA dokumentiert hier den vollständigen Wortlaut des Papiers. Wenn es echt ist, und dafür sgricht vieles, gibt es einen gewichtigen Grund mehr, in der Bundesrepublik ein Russell-Tribunal über die Menschenrechte abzuhalten.

Wird das Russell-Tribunal verboten?


VS NUR FUR DEN DIENSTGEBRAUCH

Die Veröffentlichung des Geheimpapiers zum Russell-Tribunal aus dem Innenministerium hat mittlerweile ein breites Echo gefunden. Nach einer Vielzahl von ausländischen Zeitungen (siehe AK 121 und diese Ausgabe) fand es nun auch in der BRD eine große Verbreitung. Nach dem AK folgte der „Informationsdienst" („ID"), dann Klaus-Rainer Röhls „das da", dann die „konkret" und zuguterletzt auch die „Frankfurter Rundschau". In anderen Tageszeitungen wurde das Papier zumindest im Zusammenhang mit einer diesbezüglichen Anfrage der Frankfurter Jusos an Schmidt erwähnt. Noch zu keinem Zeitpunkt hatte das Tribunal so viel Publizität.

Aufruf des belgischen Unterstützungskomitees über die Lage der Menschenrechte in der BRD

Mit Überraschung und Empörung haben wir davon Kenntnis erhalten, daß ein geheimes Dokument des westdeutschen Verfassungsschutzes vorschlägt, ein Russell-Tribunal in der BRD zu verhindern. Dieses Tribunal hat schon in Stockholm die Kriegsverbrechen in Vietnam verurteilt und in Rom und in Brüssel die Repression in Lateinamerika. Heute wird es, auf der Basis von zahlreichen unwiderlegbaren Zeugenaussagen, über Angriffe und Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten befinden, die in der BRD begangen worden sein können. Angesichts der Behinderungen und Verbotsdrohungen, die heute auf der Organisierung eines Russell-Tribunals III lasten, protestieren wir energisch gegen diese Maßnahmen bei den verschiedenen Instanzen der westdeutschen Regierung und rufen alle demokratischen Kräfte Europas auf, ebenfalls zu protestieren. Wir verlangen für die Jury und Mitarbeiter dieses Tribunals die Freiheit, sich zusammenzusetzen, Zeugen zu hören und sich zu den Menschenrechtsverletzungen zu äußern, wenn solche begangen worden sind. Wir richten einen Appell an alle belgischen Demokraten, damit sie das belgische Unterstützungskomitee unterstützen und sich daran beteiligen. Das Komitee setzt sich zur Aufgabe, die Arbeit des Tribunals so weit wie möglich zu verö[illegible]nen und zu unterstützen, welches im März 78 in Frankfurt seine erste Sitzung abhalten will.

Jusos stehen zum Tribunal

In einem Offenen Brief haben sich die Frankfurter Jungsozialisten an Bundeskanzler Schmidt und den hessischen Ministerpräsident Börner gewandt. Sie fordern diese auf, sich dazu zu äußern, ob *„staatliche Stellen das Russell-Tribunal zur Untersuchung der Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik verhindern und damit die ‚öffentliche Diskussion um vermutete Verstöße gegen Verfassung und Menschenrecht' behindern wollen"* („Frankfurter Rundschau", 26.1.). Abschließend heißt es, *„selbst wenn das angeführte Papier nur ein Planspiel sein sollte, stoße es auf den entschiedensten Widerstand der Jusos"* (ebenda) –

In einem Interview mit der „konkret" (2/78) antwortet einer der drei Kandidaten in der bevorstehenden Wahl zum Vorsitzenden der Jusos, Gerhard Schröder, auf die Frage nach einem eventuellen Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD gegen die Unterstützer und Befürworter des Tribunals: *„Ein solcher Beschluß des Parteivorstands wäre falsch. Wollten die Jungsozialisten ihn einhalten, würden sie sich von einer wichtigen Bewegung isolieren, einer Bewegung, der es um die Verteidigung der Demokratie bei uns geht. Die Jungsozialisten müssen sich also in der einen oder anderen Form beteiligen, wenn sie ihren demokratisch sozialistischen Anspruch nicht aufgeben wollen. Es gibt indessen politische Bedingungen. Ich nenne zwei: Zum einen können die Jungsozialisten niemanden unterstützen, der als Außenstehender innergewerkschaftliche Probleme diskutieren will. Zum anderen können sie sich nicht an Initiativen beteiligen, wenn von diesen anstelle der Untersuchung gesellschaftlicher Verhältnisse in der Bundesrepublik die SPD als Partei vor ein Tribunal gezerrt werden soll. Das heißt natürlich nicht, daß die von der SPD verantwortete Regierungspolitik auf allen Ebenen aus der Untersuchung herausgehalten werden soll, es heißt aber, daß Jungsozialisten sich nicht an einem propagandistischen Scherbengericht über die SPD beteiligen können. Ich habe den Eindruck, daß für diese politischen Bedingungen bei den Verantwortlichen – zumindest im deutschen Beirat – Verständnis und Unterstützung aufgebracht wird".* In einem Interview in der Sendung „Pop und Politik" (NDR, 4.2.78) nannte Schröder zusätzlich den Punkt, daß eine Bürgerrechtsbewegung entstehen solle, deren Kern die „demokratischen Jugendorganisationen" sein müßten.

Dies zeigt einerseits, welchen Anklang dieses Tribunal erreicht hat, dem sich kaum jemand entziehen kann, der in der demokratischen Bewegung „mithalten" will. Andererseits werden jedoch auch in offener Form Bedingungen gestellt, die eine direkte Einflußnahme auf das Tribunal darstellen. Eine solche Einflußnahme bedeutet aber, die Glaubwürdigkeit des Russell-Tribunals und die Seriosität seiner Untersuchungen infrage zu stellen, womit das Tribunal seinen Stellenwert letztlich auch für Kräfte wie die Jusos einbüßen würde.

Russell Meldungen ... Russell Meldungen ... Russell Meld

Westberlin. Der brasilianische Architekt Oscar Niemeyer, die portugiesische Schriftstellerin Maria Velho da Costa und die ungarische Philosophin Agnes Heller haben ihr Einverständnis erklärt, beim Internationalen Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik mitzuwirken. O.Niemeyer entwarf gemeinsam mit anderen das New Yorker Uno-Gebäude und war Chefarchitekt bei der Planung von Brasilia. Maria Velho da Costa gehört zu den drei Publizistinnen, die „Neue portugiesische Briefe" verfaßten. Agnes Heller lehrt augenblicklich an einer Universität in Australien. Sie ist Autorin der „Theorie der Bedürfnisse". (Westberliner „Extradienst", 3.2.78).

• • •

Der norwegische Studentenverband „*Norsk Studentunion*" (vergleichbar den vds) hat in der Januarausgabe seiner Zeitung „Studentforum" eine Artikelserie über das „Modell Deutschland" begonnen. In der gleichen Nummer wird zur Unterstützung des Russell-Tribunals aufgerufen. Neben einer Darstellung der Repression wird besonders auf die gemeinsame Verantwortung von CDU und SPD hingewiesen. Zum Abschluß heißt es: „*Wir sind gezwungen, Augenmerk auf Westdeutschland zu legen, auf das, was eines schönen Tages das ‚Modell Europa' sein kann.*"

Skandinavien-Kommission

• • •

Der Kölner Initiative für das Russell-Tribunal fiel durch Zufall ein EDV-Bogen des DGB mit 600 Namen von Ausgeschlossenen in die Hände. Neben den Namen waren Geburtsdaten und Ausschlußgründe aufgeführt. Dies läßt darauf schließen, daß jede DGB-Geschäftsstelle über solche Bögen verfügt, um zu verhindern, daß einmal ausgeschlossene Mitglieder in anderen Landesverbänden oder in anderen Gewerkschaften wieder aufgenommen werden. Bei der Monopolstellung des DGB heißt dies praktisch, daß den einmal Ausgeschlossenen in Bezug auf eine gewerkschaftliche Organisierung für immer das Koalitionsrecht genommen wird. Wen würde es noch wundern, wenn diese Listen ebenso beim Verfassungsschutz vorliegen? Dies dürfte selbstverständlich der Fall sein! Und da gibt es immer noch Leute, die von rein „innerverbandlichen Angelegenheiten" reden!

• • •

• • •

Köln. Die Kölner Initiative für das Russell-Tribunal wird am 25./26.2.78 eine Arbeitskonferenz zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen im DGB durchführen. „*Sie soll erörtern, ob und in welcher Form das Thema ... vom III. Internationalen Russell Tribunal behandelt werden kann. Wir hoffen, daß dies trotz großer Widerstände von Teilen der Unterstützerbewegung durch unsere gemeinsame Anstrengung doch noch möglich sein wird*" (aus dem Einladungsschreiben). Die Einladungen wurden „*an interessierte Gewerkschaftsgruppen und Betriebsräte, an oppositionelle Gewerkschafter und ausgeschlossene Mitglieder, an Anwälte und ausländische Gewerkschafter*" verschickt. Als Themen sollen behandelt werden:

1. Können die UVBs des DGB als Menschenrechtsverletzung bezeichnet werden?
2. Welche Verletzungen elementarer Grundrechte liegen bereits in den Verfahrensordnungen bei Ausschlüssen vor?
3. Welche Bedeutung haben die UVBs für den Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie?
4. Worin bestehen die sozialen Folgen eines Gewerkschaftsausschlusses?
5. Welcher Zusammenhang besteht zwischen UVBs und staatlicher Unterdrückung?

Gleichzeitig führt die Initiative eine Fragebogenaktion unter Ausgeschlossenen durch, „*um dadurch beweisen zu können, daß Gewerkschaftsausschlüsse genauso zu behandeln sind wie Berufsverbote, bzw. daß durch sie Bürger aufgrund ihrer politischen Gesinnung in der Konsequenz berufliche und soziale Nachteile haben.*" Dies erscheint der Initiative notwendig, „*da sich das Sekretariat des Russell-Tribunals bisher nicht dazu geäußert hat, ob die Gewerkschaftsausschlüsse behandelt werden.*"

Kontaktadresse:
Kölner Initiative für das Russell-Tribunal c/o Kurt Holl
Werderstraße 21/5 Köln 1

Am 4.12. beschloß das Plenum der Bürgeraktion Küste (einem BI-Verband in Norddeutschland), daß sich die BIs am Russell-Tribunal beteiligen sollen und auch der Koordinationsstelle des Tribunals Material zukommen lassen werden. Der Beschluß wurde von 77 Delegierten, die 43 BIs vertraten, einstimmig gefaßt!

• • •

Lübeck. Mit 700 Besuchern war die Veranstaltung „Demokratische Grundrechte in Gefahr — wir wehren uns" am 25.1. ein toller Erfolg für das Anti-Repressions-Bündnis. Veranstaltungen in dieser Größenordnung können selbst die Parteien SPD und CDU nur noch mit Bundesprominenz zustande bekommen. Aufgerufen hatten über 40 verschiedene Einzelpersonen und Gruppen (allein schon 18!), die sich mit dieser Veranstaltung u.a. gegen die Hexenjagd auf die ‚Buback-Nachruf'-Herausgeber, den Polizeieinsatz in Kalkar und das „K-Gruppen"-Verbot wenden wollten (siehe AK 120). „*Erfreulicherweise setzen viele Demokraten im In-und Ausland dieser Entwicklung Widerstand entgegen. Auch in Lübeck haben wir, verschiedene Organisationen und Einzelpersönlichkeiten — trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen — mit einer Zusammenarbeit gegen den Abbau der Grundrechte begonnen. Wir werden nicht wieder schweigen und dadurch mitschuldig werden. Jenen ‚inneren Frieden' und jene ‚innere Ruhe', die Strauß neulich in Chile* (!) *gelobt hat, wollen wir nicht*" (aus dem Aufruf-Text).

Das Hamburger SPD-Mitglied Prof. Norman Paech sprach über die Kommunistenjagd in der BRD seit dem KPD-Verbot, Erich Fried las v.a. aus neuesten Gedichten und in sechs Kurzbeiträgen wurden auch Aspekte der Repression konkret in Lübeck benannt. Eine Geldsammlung wurde je zur Hälfte zur Unterstützung des Russell-Tribunals und der Lehrer im Hamburger Plakettenverbote-Streit durchgeführt.

KB / Gruppe Lübeck

• • •

In AK 120 berichteten wir über die Haltung der „DVZ" (Zeitung der DFU, bündnispolitisches Organ der
Haltung der „DVZ" (Zeitung der DFU, bündnispolitisches Organ der
DKP) zum Russell-Tribunal, die zwar versucht, „Differenziertheit" vorzutäuschen, letztlich jedoch zum gleichen grobschlächtigen Stil greift wie die „uz". Weswegen sich die „DVZ" überhaupt mit diesem Thema ausführlich beschäftigt, kann jetzt in weiteren Leserzuschriften nachgelesen werden. Da muß die „DVZ" sich vorwerfen lassen, daß es „*in dieser Erklärung ... von Halb- , von Unwahrheiten und Lügen [wimmelt]*", was dieser Leser „*eigentlich nur von der bürgerlichen Presse her kannte*". Ein anderer Leser las mit „*einiger Verwunderung*" die Berichterstattung, deren „*Irrtümer, Fehlinformationen, Vermutungen usw.*" er sich nur aus der Tatsache erklären könne, daß die „*fortschrittliche Presse in der BRD bei der Beschaffung von Nachrichten [enorme Schwierigkeiten]*" habe. Nun, dem ist wohl in diesem Fall kaum so.

Um dem Eindruck dieser Leser entgegenzutreten, wird gleichzeitig ein Brief eines stadtbekannten Hamburger Revisionisten abgedruckt, der wiederum mit denselben Halb- und Unwahrheiten operiert.

Es scheint was in Gang zu sein bei den Revisionisten !

• • •

Eine begrüßenswerte Diskussionsanregung gaben Nürnberger Genossen des „*Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD*" in der „KAZ" 130 zum Thema Russell. Noch im Sommer 77 hatte der „Arbeiterbund..." wild drauflosgepöbelt, das geplante Tribunal sei ein besonders gemeiner Versuch des KB und anderer Trotzkisten und Kleinbürger, den Berufsverbote-Komitees, der DKP usw. zu schaden. Schon bald mußte sich der AB daher die Frage gefallen lassen, seit wann denn die Russell-Peace-Foundation an den Fäden des KB hinge. Er stellte deshalb knapp zwei Monate später fest, daß dem zwar nicht so sei, daß aber die Foundation als „Firmenschild benutzt" („KAZ" 117/118) würde (Originalton Willy!), und daß der „Arbeiterbund" sich weiterhin darauf konzentrieren wolle, „*für die Einigung und die Stärkung der Arbeiterklasse zu kämpfen*"damit schien die Sache für ihn erledigt.

Unsicherheit trat bei den AB-Genossen offenbar auf, als sich in Nürnberg die Russell-Initiative an der „Antifaschistischen Aktionseinheit gegen die WSG Hoffmann" beteiligen wollte, ein Anlaß für Nürnberger AB-Genossen, „*das zentrale Tribunal und unsere Stellung dazu nochmals zu überdenken*" („KAZ" 130). Der Nürnberger Genosse weist auf den Widerspruch zwischen der Ablehnung des Russell-Tribunals und dem Vorschlag einer zentralen Demonstration gegen den Abbau der demokratischen Rechte, der vom AB unterstützt wird, hin und schreibt: „*Im Zusammenhang mit der geplanten zentralen Demon-*
Rechte, der vom AB unterstützt wird,
hin und schreibt: „*Im Zusammenhang mit der geplanten zentralen Demon-*
stration gegen den Abbau demokratischer Rechte erscheint mir diese Stellungnahme (sich nicht am Russell-Tribunal zu beteiligen, Anm. AK) *jedoch etwas kurzsichtig. Diese Demonstration ist sicher ein sehr viel weitgehenderer Schritt als ein Tribunal je sein kann, da sie eine Aktion darstellt. Doch wird auch diese Aktion weitgehend von den Bündnispartnern der Arbeiterklasse getragen werden und nicht nur ihren Sinn als Aktion an sich haben, sondern ebenfalls ein Zeichen setzen für die Demokraten und für die Teile der Arbeiterklasse, die heute noch abseits stehen und sich abwartend verhalten. Von diesem Blickwinkel aus betrachtet könnte auch ein Russell-Tribunal für die Arbeiterklasse eine andere Bedeutung bekommen und damit auch für den Arbeiterbund eine andere Gewichtung erfahren. Es würde mich freuen, wenn die KAZ-Redaktion dazu nochmals Stellung nehmen könnte.*" („KAZ" 130).

Auch uns würde das freuen!

KB / Gruppe Nürnberg

• • •

Kiel. Gegen den Abbau der Meinungsfreiheit, gegen Zensur und politische Unterdrückung wird am 17. Februar in Kiel eine Veranstaltung mit dem Schriftsteller Erich Fried und einem Mitglied des Rechtsanwaltsbüros Groenewold stattfinden. Einen Tag vor der politischen Veranstaltung wird Erich Fried eine Dichterlesung abhalten. Zur Vorbereitung der Veranstaltung hat sich ein für Kieler Verhältnisse einmalig breites Bündnis gebildet:

Evangelische Studentengemeinde, KB, SB, GIM, Kieler Initiative gegen Berufsverbote und politische Unterdrückung, Russell-Initiative, Frauenzentrum, Landesvorstand der Falken, Nordelbisches Landesjugendpfarramt, die Alternativzeitungen „Kieler Fresse" und „Einblatt", der Buchladen „Hundert Blumen", Literarische Werkstatt Kiel, Naturfreunde Neumünster, Schülergruppe gegen AKW, Fachschaftsgruppe der Fachhochschule für Gestaltung, Teile der Fachschaftsgruppenliste an der Kieler Uni sowie zahlreiche Einzelpersonen, darunter bisher zehn Schauspieler des Kieler Schauspielhauses und acht Lehrer.

KB/Gruppe Kiel

• • •

Hamburg. Am 2. Februar führte die Bergedorfer Unterstützergruppe (Einzelpersonen, Falken, KB, SB, Bürgerinitiative, Frauengruppe) ihre erste Veranstaltung durch. Zum Thema Zensur und Selbstzensur sprachen die Referenten Prof. Peter Brückner (Hannover), Prof. Dieter Richter
„Zensur" und Selbstzensur sprachen die
Referenten Prof. Peter Brückner (Hannover), Prof. Dieter Richter
(Bremen), Peggy Parnass, Susanne Kienzler (Sozialarbeiterin in der Jugendstrafanstalt Vierlande), eine vom Berufsverbot betroffene Lehrerin und ein vom Berufsverbot betroffener Pastor. Außerdem wurde der Film „Zensur" gezeigt und die „Zündhölzer" unterstützten durch kulturelle Beiträge. Die Veranstaltung wurde außer von den in der Unterstützer-Gruppe mitarbeitenden Initiativen noch von sechs weiteren Gruppen getragen. Trotz der bedauernswerten Überschneidung mit der fast gleichzeitig in Hamburg stattfindenden Demonstration der Berufsverbotekomitees war die Veranstaltung mit 250 bis 300 Teilnehmern gut besucht.

• • •

Marburg. Am Donnerstag, den 2. Februar fand in Marburg die dritte Veranstaltung zur Vorbereitung des III. Russell-Tribunals statt. Themen der Veranstaltung waren politische Zensur, Zensur in den Medien, Selbstzensur.

Im Gegensatz zur vorigen Veranstaltung (Strafprozeßrechtsänderungen, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse), die mit etwa 1.000 Anwesenden für Marburg sehr gut besucht war, fanden sich diesmal nur etwa 250 Interessierte ein. Als Referenten waren gekommen:

- ein Vertreter des Oberbaumverlages, der über Bücherbeschlagnahmungen durch den BGS, Selbstzensur in Verlagen berichtete;
- Ludwig Brundiers (entlassener WDR-Redakteur, „Glashaus"-Redaktion); er informierte über Zensurpraktiken in Rundfunkanstalten. Sehr deutlich wurde, daß unter dem Deckmantel der „Ausgewogenheit" nicht nur linke Medienarbeit verunmöglicht wird, sondern bereits jeder Ansatz liberaler, objektiver Berichterstattung verhindert werden soll;
- David Wittenberg (Regisseur des Lip-Films und freier Journalist);
- Stankovski (Drucker und Mitherausgeber des „Kölner Volksblattes") berichtete über Erfahrungen mit Schikanen und Repressionen von Seiten der Behörden und Gerichte gegen die Alternativzeitung.

• • •

Braunschweig: Seit dem Sommer 1977 gibt es in Braunschweig eine „Initiative zur Unterstützung eines Russell-Tribunals" (bestehend aus: „Guten Morgen"/Alternativzeitung, Kommunistischer Bund, Mitglieder der Basisgruppe an der Pädagogischen Hochschule, des Frauenreferates der Fachhochschule, des Fachschaftsrates FHS, der Fachhochschulzeitung und Unorganisierte). Die GIM hatte sich wegen der üblichen Differenzen zurückgezogen.

Inzwischen hat die „Initiative"
eine „Konkurrenz" bekommen, nicht
GIM hatte sich wegen der üblichen Differenzen zurückgezogen.
Inzwischen hat die „Initiative"
eine „Konkurrenz" bekommen, nicht unerwartet, aber schon fast nicht mehr für möglich gehalten, und zwar von seiten der GIM und SB-naher Einzelpersonen, die auch jetzt eine Zusammenarbeit der Gruppen ablehnen.

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 098831 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr und jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr, Holstenstraße zwischen „Kieler Nachrichten" und Buchladen „Montanus"

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 30
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel. 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 67458 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11-13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents-Vertriebsbüro
Buddestr. 19 (Ecke Maybachstr.)
48 Bielefeld
Öffentl. Bürostunden
Fr von 17 bis 19 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn:
dienstags 12-14 Uhr
Mensa Nassestraße
sonnabends 10.30- 12.3-
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Jeden Dienstag und Mittwoch
von 12 bis 14 Uhr Büchertisch
in der Zentralmensa der
Uni Köln, Zülpicherstraße

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-
Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstraße 37
6 Frankfurt

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Mittwoch 20 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Sallerstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Stuttgart:
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertl

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

München
Postlagerkarte 07 19 10 A
jeden Mi. 11-13 Uhr Mensa

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
8500 Nürnberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

Initiative „Weg mit den Berufsverboten"
- Arbeitsausschuß -

INGRID KURZ
Schanzenstraße 115
2000 Hamburg 6
Telefon 040 / 44 98 90 (9 - 12 Uhr)
Konto: 14 99557700
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg,
Ingrid Kurz

12. 1. 1978

Kurzbericht

über das Gespräch von Vertretern des Arbeitsausschusses der Initiative mit Vertretern des Beirats des III. Russell-Tribunals und des Sekretariats am 9. 1. 78 in Hamburg

1. Teilnehmer: Ingeborg Drewitz und Prof. Uwe Wesel vom Beirat, Helmi Karst vom Sekretariat des III. Russell-Tribunals - I. Kurz, M. Jansen, A. Pabst, M. Pape, Prof. Paech, Prof. Dress, K. Feldmann, H. Bethge, Helmut Stein.
2. Gegenstand des Gespräches, das an div. vorangegangene Gespräche (s. unten) anknüpft, waren Anlage und Ablauf des III. Russell-Tribunals und eine evtl. Beteiligung der "Initiative" daran, sowie die Unterstützerbewegung.

3. Ergebnisse:

3.1. Die Ergebnisse der vorangegangenen Gespräche und der ausgetauschte Briefwechsel wurden als bekannt vorausgesetzt. Der Arbeitsausschuß überreichte am Schluß die Materialien der Internationalen Konferenz in Oldenburg an den Beirat und das Sekretariat, da an der Konferenz niemand vom Sekretariat teilgenommen hatte.

3.2. Ingrid Kurz stellte zu Beginn Entwicklung und Konzeption der Initiative und noch einmal gerafft die bisherigen Gespräche und Kontakte dar: März 1977 - Brief an die Russell-Peace-Foundation. Juni 77: Gespräch mit D. Moritz (Sekretariat), Juli: Gespräch Prof. Dress mit Christopher Farley in England, September: Gespräch Russell-Peace-Foundation und Sekretariat mit dem Arbeitsausschuß, nicht erwähnt zahlreiche Einzelgespräche an verschiedenen Orten und aus verschiedenen Anlässen zwischen einzelnen Arbeitsausschuß-Mitgliedern und Sekretariats- oder Beiratsmitgliedern. Obwohl durch den Beschluß der Jury vom Oktober eine Klärung der Frage erfolgt schien, welche Themen das Tribunal behandeln solle, seien durch div. Briefe und Aussagen verschiedener Sekretariats- und Beiratsmitglieder nach wie vor die seit Anfang 1977 stehenden Fragen für den Arbeitsausschuß unklar. Durch Veranstaltungen der örtlichen Unterstützergruppen und das Verhalten des Sekretariats in Oldenburg (Organisierung einer Gegenveranstaltung, Nicht-Teilnahme an der Internationalen Konferenz, nachfolgender Brief) seien zusätzliche Fragen aufgetaucht.

3. 3. Aus alledem ergeben sich folgende Kernfragen seitens des Arbeitsausschusses:
1. Wie verhält sich das Russell-Tribunal zu der Behandlung der RAF auf dem Tribunal?
2. Werden nun die Gewerkschaftsausschlüsse behandelt oder nicht oder indirekt (d.h. durch vom Berufsverbot Betroffene)?
3. **Wie ist es mit der Unterstützerbewegung? Billigen Beirat und Sekretariat deren Tätigkeit? Bleibt sie nach dem Tribunal bestehen oder nicht?**
4. **Wie ist es mit den Zeugenaussagen der Betroffenen? An wen ist gedacht? Werden die "Fälle" dort gegen den erklärten Willen von Betroffenen verhandelt?**

3.4. Die Mitglieder des Beirats und des Sekretariats informierten über das geplante Tribunal: Es wird geteilt. Auf der 1. Sitzungsperiode (28. 3. - 3. 4. im Raum Frankfurt) sollen die Berufsverbote, auf der 2. die Fragen der Zensur und der Einschränkung von prozessionalen Rechten behandelt werden. Der Ablauf ist so gedacht:

1. Allgemeine Einleitung: Referate
1. Zur Geschichte der BRD - Prof. Flechtheim
2. Zur Geschichte der Berufsverbote Prof. Abendroth
3. Ausmaß und psychologische Folgen der Berufsverbote - Prof. Brückner
4. Juristische Fragen der Berufsverbote - Prof. Ridder

2. Exemplarische Behandlung von "Fällen":
a) ein Referat (Anwalt) je Fall stellt den Fall vor
b) Betroffene berichten aus ihrer Sicht
c) Zeugen zum Fall, Fragen
d) eingeladene Behörden nehmen Stellung

Zu den Berufsverboten liegt ein Gutachten von Edmund Brandt (W.Berlin) vor. Bei den vorgestellten "Fällen" ist an 1-2 positive Fälle, bei den anderen in etwa in dem Verhältnis, wie sie nach dem politischen, regionalen und beruflichen Spektrum verteilt sind. Es gibt auch die Überlegung, nicht die spektakulären, sondern unbekanntere zu behandeln und keine, wo die Sache noch am Laufen ist. Das Sekretariat hat Unterlagen über 50 "Fälle" gesammelt.

3.5. Prof. Wesel erklärte für den Beirat: Man solle über die Vergangenheit nicht so viel reden, man solle nicht in der Geschichte bleiben. Der Beirat kenne die Geschichte auch nicht ganz vollständig. Das Tribunal sei nicht als Konkurrenz zu bestehenden Initiativen gedacht. Es sei eine einmalige Veranstaltung. Der Beirat hätte auch Schwierigkeiten. Das Russell-Tribunal werfe viele Probleme auf, z.B. nationale: Sind die Berufsverbote spezielle deutsche Probleme? Offensichtlich sei die deutsche Linke so schwach, daß sie kaum Russell verdauen könne. Das Schiff Russell sei für sie fast zu groß. Die Russell-Foundation, genauer Christopher Farley und die Witwe Russells hätten den Entschluß gefaßt, das publizitätswirksame Russell-Tribunal zu machen. Die Russell-Stiftung sei sehr autoritär vorgegangen und hätte gesagt: Angesichts der Situation der deutschen Linken stützen wir uns auf eine ganz schmale Basis, nämlich SB und einige ungebundene, freischwebende Linke. Alle anderen lassen wir heraus. Der Beirat hätte sich auch gefragt, ob er das Projekt fallen lassen solle; sie hätten sich aber doch entschlossen, es zu machen. Die Jury hätte entschieden, die Berufsverbote und die beiden anderen Themen zu behandeln. Um die Schwierigkeiten zu minimalisieren, hatten sie angeregt - und die Jury hätte inzwischen so beschlossen - das Tribunal zu teilen. Morgen (am 10. 1.) tage der Beirat und werde beschließen, sich von div. Anti-Falter-Komitees zu distanzieren. Prof. Wesel könne versichern, daß, wenn es in die Croissant-Richtung liefe, sie austreten werden. Die Frage von Menschenrechtsverletzungen in der DDR sei kein Thema; sie seien keine Gesamtdeutschen. Thema dieses Tribunals seien Menschenrechtsverletzungen in der BRD. Er könne nicht ausschließen, daß Christopher Farley das Thema DDR nicht irgendwann mache.

3.6. Die Frage der Gewerkschaftsausschlüsse sei schwierig. Er stimme zu, daß wir ohne die Gewerkschaften im Kampf gegen die Berufsverbote hilflos seien. Der Beirat habe die Formel gefunden, daß Gewerkschaftsausschlüsse nicht Gegenstand der Behandlung auf dem Tribunal seien, der Beirat aber nicht verhindern könne, daß sie von Betroffenen vorgebracht würden. Für diesen Fall sei er, Prof. Wesel, bereit, im Namen des Beirats aufzustehen und zu erklären, daß Gewerkschaftsausschlüsse nicht zu behandeln seien, da es gegenüber den Gewerkschaften politisch unklug sei und Menschenrechtsverletzungen nur durch Staaten begangen werden könnten. Bei den Betroffenen, Zeugen und Behörden können sie nicht ausschließen, daß Gewerkschaftsausschlüsse / Unvereinbarkeitsbeschlüsse zur Sprache kämen, aber das Russell-Tribunal interessieren sie nicht. Prof. Wesel lege aber Wert auf eine Beteiligung der "Initiative" als wichtigster Organisation gegen die Berufsverbote.

3.7. Im übrigen sei er überzeugt, daß zahlreiche Mißverständnisse vorlägen, die auf vielen nebensächlichen Zufällen beruhten und sich die "Initiative" von dem Riesendampfer Russell überfahren fühle. Über das Auftreten des Sekretariats in Oldenburg seien er und Frau Drewitz nicht informiert.

3.8. Vertreter des Arbeitsausschusses wandten ein, daß die Aussagen, "Fälle" beim Tribunal auch gegen den Willen der Betroffenen zu behandeln, einer Art Kriegserklärung gleichkomme. Die Frage der Unterstützerbewegung sei wohl nicht so einfach abzutun. Es wurden örtliche Beispiele genannt, wo im Beisein von Sekretariatsmitgliedern Aussagen gemacht wurden, die zu den Erklärungen der Jury, des Beirats und Prof. Wesels in Widerspruch stünden. Es sei auf diesen Veranstaltungen die Behandlung der Gewerkschafts-Ausschlüsse als "klare Sache" bezeichnet. Es sei zu Aktivitäten (Solidarität mit den politischen Gefangenen) aufgerufen und es seien die Grundlagen des politischen Selbstverständnisses der Initiative abgelehnt und angegriffen worden. Das Sekretariat habe diesen örtlichen Veranstaltungen u.a. auch dadurch Unterstützung gewährt, daß es sie u.a. im Rundbrief 8 als erfolgreiche Popularisierung nenne.
Die Frage sei doch deshalb berechtigt, was das Tribunal nun wolle. In der Öffentlichkeit sei doch schon jetzt ein bestimmtes Bild entstanden.

3.9. Frau Karst (Sekretariat) entgegnete: Was solle das Sekretariat tun? Man könne sich nicht laufend distanzieren. Die Presse drucke Erklärungen nicht oder kaum ab. Frau Drewitz erklärte, daß die Thematisierung doch inzwischen so eng gefaßt sei, daß jede linke Irritation draußen bleibe. Im Gegensatz zu dem zuerst sehr chaotischen Zustand sei doch eine Klärung erfolgt. Der Beirat hätte sich zu einer Vorwärtsstrategie entschlossen, nämlich dafür zu sorgen, daß der Stau in der demokratischen Selbstreinigung durchbrochen werden und auf die Hintergrundszene rechter Kräfte verwiesen werden solle. Das Tribunal sei eine internationale Bürgerinitiative zur Erhaltung der demokratischen Struktur in der BRD. Eine Mitarbeit der "Initiative" würde die Legitimation stärken. Herr Wesel ergänzte, daß auf Jury und Beirat die K-Gruppen keinen Einfluß hätten. Chr. Farley allein hätte den Vorsitzenden des Tribunals bestimmt. Er bestätigte, daß der Beirat den Beschluß gefaßt hätte, Fälle auch gegen den Widerstand der Betroffenen zu behandeln. Aber er könne sagen, daß der Beirat morgen diesen Beschluß aufheben werde.

3.10. Vertreter des Arbeitsausschusses meinten, daß der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes und -Bundesausschusses zum Russell-Tribunal für Betroffene und diejenigen doch zahlreichen Mitglieder der Berufsverbotebewegung, die in den Gewerkschaften Funktionen haben, große Probleme aufwerfe, z.B. sei völlig ungeklärt, ob ihnen evtl. Rechtsschutz entzogen wird, was nicht nur eine materielle Frage sei, sondern auch, daß sie aus der gewerkschaftlichen Solidarität herausfallen. Durch die immer wiederkehrende Aussage, z.B. der div. Unterstützergruppen und z.B. des Briefes des Sekretariats an den Juso-Bundesvorstand, daß die Gewerkschaftsausschlüsse indirekt doch thematisiert werden würden, sei der DGB-Beschluß u.a. provoziert worden. Zumal das Thema im DGB-Bundesvorstand zweimal gestanden habe und der Beschluß einstimmig gefallen sei. Ob sich das Sekretariat und der Beirat nicht mehr um eine Information des DGB bemüht habe. Auch in der Jury, die doch sonst breit zusammengesetzt sei, sei nur ein ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender. Vertreter des Arbeitsausschusses vermißten u.a. auch den rechtzeitigen Kontakt zu ausländischen Gewerkschaften, die doch sehr aktiv und maßgeblich in der Berufsverbotebewegung des Auslands tätig seien. Es werde befürchtet, daß - vor allem durch ein nicht eindeutiges Votum - die Gewerkschaften und aktiven Gewerkschafter von der Bewegung abgeschnitten würden. Wie überhaupt doch das Tribunal in Einklang und in Übereinstimmung mit der Bewegung gegen die Berufsverbote und ihren Erfahrungen stehen müsse.

3.11. Von Vertretern des Arbeitsausschusses wurde erwartet, daß doch eine eindeutige Perspektive derart angegeben werden müsse, daß die Unterstützerbewegung und das Tribunal nicht die Spaltung der bestehenden bundesdeutschen und europäischen Berufsverbotebewegung bedeute. Das könne aus der Angabe, daß es eine europäische Bürgerbewegung sei, herausgelesen werden. Immerhin gäbe es Kräfte, die sich von Russell eine Spaltung der Bewegung versprächen. Es wurde gefragt, ob es stimme, daß R. Bahro in die Jury berufen werden solle.

3. 12. Prof. Wesel erklärte, daß die Gewerkschaftsfrage übereinstimmend als eine Kernfrage betrachtet werde. Es wird nicht möglich sein, ausländische Gewerkschafter in die Jury zu kooptieren. Es war erwogen worden, in den Beirat einen westdeutschen Gewerkschaftler zu berufen. Es sei nicht möglich, die Gewerkschaftsausschlüsse nicht zur Sprache zu bringen. Wenn der Beirat einen Beschluß fasse, daß Gewerkschaftsausschlüsse nicht behandelt werden dürften, dann könne es passieren, daß die K-Gruppen sagen würden "unsere Leute kommen nicht", das wolle er auch nicht. Er fürchte, dann Vertreter von K-Gruppen zu verprellen. Er sei aber bereit, der Jury zu empfehlen, sich nicht in innergewerkschaftliche Fragen einzumischen. Chr. Farley habe vor längerer Zeit an E. Honnecker wegen Bahro geschrieben. Aber das könne man vergessen.

3.13. Kurt Feldmann (Falken) erklärte, er erblicke ein klares Angebot, jetzt Fälle zu benennen. Andere Organisationen hätten zu lange gezaudert, deshalb sei diese Lage entstanden. Prof. Wesel entgegnete, der Beirat würde auch 1-2 Wochen warten, um gemeinsam mit uns Fälle auszuwählen.

3.14. Mechthild Jansen (SHB) und weitere Mitglieder des Arbeitsausschusses hielten die Diskussion nach wie vor unklar und regten an, eine gemeinsame Erklärung von Beirat und Sekretariat zu verabschieden, in der die diskutierten Punkte verbindlich festgelegt würden, damit überall an den diversen Orten und für die Entscheidung im Arbeitsausschuß eine Basis vorhanden sei für die Diskussion. Das würde auch die Diskrepanz zwischen Beiratsbekundungen und Unterstützerbewegung beseitigen.

3.15. Aus der Diskussion entwickelten einige Mitglieder des Arbeitsausschusses den Vorschlag, folgende Punkte seitens Sekretariat und Beirat aufzunehmen:
1. Es werden auf dem Tribunal ausschließlich BRD-spezifische Probleme behandelt.
2. Berufsverbotsfälle werden nur mit dem Einverständnis der Betroffenen behandelt.
3. Gewerkschaftsausschlüsse werden auf dem Tribunal nicht behandelt.
4. Sekretariat, Beirat und Jury werden alles tun, um auszuschließen, daß das Tribunal oder auch nur die Unterstützungsbewegung für das Tribunal zu einer Plattform für die Agitation zugunsten der RAF und ähnlicher Gruppierungen gemacht werden können.
5. Beirat und Sekretariat werden nur mit solchen Unterstützergruppen zusammenarbeiten, die die Ziele und Themen des Tribunals anerkennen.
6. Der Beirat wird sich um ein klärendes Gespräch mit dem DGB-Vorstand bemühen.
7. **Die in- und ausländischen Initiativgruppen werden aufgefordert, die bestehende Bewegung gegen die Berufsverbote zu verstärken. Beirat und Jury erklären, daß es nicht in ihrer Absicht sei, eine parallele Bewegung zu entwickeln. Das Tribunal ist eine einmalige Veranstaltung.**
Es wurde dem Beirat nahegelegt, mit den Jury-Mitgliedern telefonisch in Verbindung zu treten, um sie über diese Punkte zu unterrichten, was von den anwesenden Beiratsmitgliedern akzeptiert wurde.

3.16. Andreas Dress schlug ergänzend vor - die Frage konnte aus Zeitmangel nicht mehr diskutiert werden - , daß sich der Beirat um ein klärendes Gespräch mit dem DKP-Parteivorstand bemüht.

4. Vereinbarung: Beirat und Sekretariat sagten zu:
1. Das Gutachten von E. Brandt zu den Berufsverboten zu übersenden
2. Von dem Gespräch und den Positionen des Arbeitsausschusses auf der Beiratssitzung am 10. 1. zu berichten, ggf. zu beschließen und bis Ende der Woche brieflich die Positionen zu fixieren.

Die Mitglieder des Arbeitsausschusses sagten zu:
1. Von dem Gespräch und den Auffassungen des Beirats und Sekretariats auf der Arbeitssitzung am 16. 1. zu berichten und die Frage auf Grund der Erklärung zu beraten und ggf. zu beschließen.

Horst Bethge

Initiative „Weg mit den Berufsverboten"
- Arbeitsausschuß -

INGRID KURZ
Schanzenstraße 115
2000 Hamburg 6
Telefon 040 / 44 98 90 (9 - 12 Uhr)
Konto: 14 99557700
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg,
Ingrid Kurz

15. 1. 1978

Vorschlag

für ein Positionspapier zum III. Russell-Tribunal

Mit der Erklärung des deutschen Beirats und des Sekretariats vom 10.1.78 ist eine Phase direkter einjähriger Kontakte und Gespräche zu Ende gegangen, die zwischen dem Arbeitsausschuß der Initiative "Weg mit den Berufsverboten" und der Russell-Peace-Foundation, dem Sekretariat und dem Beirat geführt wurden. Parallel dazu hat es eine Diskussion derselben Fragen zwischen dem III. Russell-Tribunal und anderen demokratischen Organisationen in der BRD gegeben, die in der Bewegung gegen die Berufsverbote stehen. Beirat und Sekretariat haben darin eine Reihe von politischen Fragen entschieden, die auch eine Entscheidung über die Beteiligung der "Initiative Weg mit den Berufsverboten" darstellen. Um dies verständlich zu machen, ist es notwendig, die einjährige Diskussion und ihre Phasen in aller Kürze darzustellen.

1.1. Die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" hat sich seit ihrer Konstituierung 1973 intensiv darum bemüht, mit allen Kräften, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die die Berufsverbote in der BRD bekämpfen und dabei davon ausgehen, daß die Berufsverbote in der BRD gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes und völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die Menschenrechte verstoßen, zusammenzuarbeiten. Der Arbeitsausschuß hat darauf hingewirkt - und deshalb unzählige Veranstaltungen, Tagungen, Aktionen und Kongresse veranstaltet und zahllose Materialien herausgegeben - daß sich möglichst viele (gerade unterschiedliche) politische Kräfte in der Bekämpfung der Berufsverbote gemeinsam finden. Er ließ sich von der Erfahrung leiten, daß sich die demokratischen Grundrechte nur gemeinsam erfolgreich verteidigen lassen und daß eine Spaltung der Bewegung zur Verteidigung der Grundrechte diese selber in Gefahr bringt.

Deshalb wurde der Widerstand gegen die Berufsverbote von Anfang an nicht von einzelnen oder einzelnen Gruppen geleistet, sondern in der Form von Bürgerinitiativen. In diesen Initiativen arbeiten Sozialdemokraten und Liberale, Sozialisten und Kommunisten, Gewerkschafter und kirchliche Vertreter, Parteilose und Repräsentanten von Jugend- und Studentenorganisationen zusammen.

Dementsprechend sind die rund 350 örtlichen Komitees und Bürgerinitiativen und die bundesweite Initiative "Weg mit den Berufsverboten", deren Arbeitsausschuß als ein nationales Komitee für die BRD zu betrachten ist, breit zusammengesetzt. Mitglieder und Repräsentanten der SPD, FDP, DKP, DFU und Parteilose. Vertreter verschiedener Jugendorganisationen (Jungsozialisten, Jungdemokraten, Naturfreunde, Sozialistische Jugend "Die Falken", Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), Vertreter verschiedener Studentenorganisationen, Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VdS), MSB Spartakus, Sozialistischer Studentenbund (SHB), Mitglieder und Funktionäre von Gewerkschaften (GEW, HBV, DGB-Jugend), Deutsche Journalisten-Union (dju), Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), Vereinigung Demokratischer Juristen (VdJ) sowie der Antifaschisten (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten) sind im Arbeitsausschuß vertreten. Ähnlich sind die örtlichen Initiativen zusammengesetzt; je nach den örtlichen Verhältnissen arbeiten dort Vertre-

Fortsetzung nächste Seite

DKP [...] Russell-T[...] erpre[...]

Anfangs meinte die DKP, das geplante Russell-Tribunal t o t - s c h w e i g e n zu können. Nachdem diese Methode offensichtlich gescheitert war, versuchte sie es mit D i f f a m i e r u n g . Nachdem auch dies nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat, will die DKP jetzt anscheinend die Version verbreiten, sie und »die Bewegung gegen die Berufsverbote« sollten von der Vorbereitung und Unterstützung des Tribunals a u s g e s c h l o s s e n werden. Nachdem die DKP sich also mit ihren Eskapaden selbst von der demokratischen Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal isoliert hat, will sie jetzt anderen listig den »Schwarzen Peter« zuspielen. Kaum zu erwarten, daß sie damit mehr Erfolg haben wird als mit ihren bisherigen allzu durchsichtigen Manövern.

Vertreter der »Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' « - ein von der DKP dominierter Zusammenschluß örtlicher Berufsverbote-Komitees - trafen am 9. Januar mit Vertretern des Sekretariats und des westdeutschen Beirats zum Russell-Tribunal zusammen. Es ging, kurz gesagt, darum, an Sekretariat und Beirat ultimativ verschiedene Fragen zu richten:

Wie verhält sich das Russell-Tribunal zu der Behandlung der RAF auf dem Tribunal?

Werden die Gewerkschaftsausschlüsse behandelt?

Billigen Beirat und Sekretariat die Tätigkeit der Unterstützungsbewegung?

In erster Linie ging es der »Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' « um zwei Punkte:

Sie wollten eine verbindliche Zusage, daß die Gewerkschaftsausschlüsse generell nicht behandelt werden, und daß sie auch nicht von Zeugen in Zusammenhang mit ihrem Berufsverbot ins Spiel gebracht werden dürfen.

Sie wollten eine verbindliche Zusage, daß sich Sekretariat und Beirat n a c h dem Tribunal öffentlich dafür einsetzen, daß die Unterstützungsbewegung sich auflöst und die »Bewegung gegen die Berufsverbote« (d.h. die von der DKP dominierte 'Initiative') unterstützt.

Den Vertretern der ,Initiative' mußte dabei von vornherein klar sein, daß ihre Gesprächspartner gar keine Garantien abgeben k ö n n e n , ob und wie vorm Tribunal von der unabhängigen (!) Jury bestimmte Themen behandelt werden. Dem Sekretariat und dem westdeutschen Beirat überhaupt ein solches Ansinnen zu stellen, war also von vornherein nichts als ein besonders plumper Trick. Überdies zeigt es auch, was man seitens der

Erklärung des d[...] und des S[...]

Anm. AK: Die Verhandlungen zwischen Vertretern des westdeutschen Beirats und des Sekretariats mit der Initiative ,Weg mit den Berufsverboten' vom 9.1. (siehe Dokument „Kurzbericht") führten dazu, daß Beirat und Sekretariat auf ihrer Sitzung am 10.1. den folgenden Text verabschiedeten, der dann von der Initiative bewertet und für „zu leicht" befunden wurde (siehe Dokument „Vorschlag für ein Positionspapier zum III. Russell-Tribunal").

Abschrift

10.1.1978

Erklärung des deutschen Beirats und des Sekretariats

1. Der deutsche Beirat hat auf seiner Sitzung vom 9.12.1977 erneut betont, daß Gewerkschaftsausschlüsse keinen eigenständigen Untersuchungsgegenstand des Tribunals bilden werden. Das bedeutet: Zeugen, die einen Zusammenhang zwischen ihrem Berufsverbot und ihrem Gewerkschaftsausschluß darstellen, werden nicht daran gehindert, dies zu tun. Es kann aber keinen Zweifel geben, daß das Tribunal nicht zum Forum für parteipolitische Erklärungen wird.
2. Das Tribunal untersucht die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West). Es wird keine Ausweitung über dieses Land hinaus geben.
3. Der Beirat wird der Jury empfehlen, sich nur mit Fällen zu befassen, die mit eindeutig beleg- und beweisbaren Fakten vorliegen, und sich nicht mit Spekulationen auseinanderzusetzen. Folglich sollten die Todesfälle in Stammheim nicht Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein. Die Aufklärung dieser Vorgänge kann nur durch eine internationale Untersuchungskommission geleistet werden, wie sie von Amnesty International, der Vereinigung Demokratischer Juristen und anderen Or-

will Tribunal ssen

DKP und ihrer Freunde in der 'Initiative' von der Unabhängigkeit des Russell-Tribunals und der internationalen Jury hält. Nämlich gar nichts!

Ebensowenig kann vom Sekretariat und vom Beirat verlangt werden, daß sie — die sich selbstverständlich strikt an das Prinzip der Überparteilichkeit zu halten haben — Werturteile über irgendjemanden abgeben oder daß sie sich auf Appelle zur Auflösung der Unterstützungsbewegung verpflichten lassen. Auch das mußte der DKP eigentlich von vornherein klar sein. Man muß diese Herrschaften wohl ab und zu daran erinnern, daß sie hier nicht in der DDR sind, wo sie mit Andersdenkenden umspringen können, wie sie möchten!

Aus der ersten Reaktion der ,Initiative' geht hervor, daß man — wie von vornherein nicht anders zu erwarten! — nicht d i e Antworten und Garantien bekommen hat, die man gefordert hat. Dies veranlaßte DKP und ,Initiative', jetzt scheinheilig herumzujammern, man „*wichtige politische Kräfte*" (nämlich s i e !) „*bewußt ausgeschaltet*"; die ,Initiative' u n d (!) die an ihr mitarbeitenden Kräfte seien „*a u s g e s c h l o s s e n*" worden. Bloße Anmaßung ist hier der Anspruch der DKP, für a l l e in den Berufsverbote-Komitees engagierten politischen Kräfte zu sprechen. Viele von ihnen — Falken, Jusos, Jungdemokraten, ESG u.a. — unterstützen nämlich das Tribunal! Im übrigen hat niemand die DKP oder sonstwen ausgeschlossen, sondern es wurde nur — eine Selbstverständlichkeit — der Versuch zurückgewiesen, der Russell Foundation und der internationalen Jury irgendwelche Bedingungen diktieren zu wollen — und sich dabei auch noch an die falsche Adresse zu halten, nämlich den westdeutschen Beirat und das Sekretariat.

Die Taktikwechsel der DKP lassen aber auch erkennen, wie diesen einzig wahren Super-Demokraten allmählich die Felle davonschwimmen:

— Ihre Methode des Totschweigens zielte noch darauf, das Tribunal v e r h i n d e r n zu können.

— Ihre Methode der Diffamierung in der zweiten Phase zielte darauf, die Unterstützungsbewegung zu spalten und möglichst klein zu halten.

— Jetzt, in der aktuellen Phase, geht es mit der albernen Behauptung, man sei „ausgeschlossen" worden, nur noch um die Rechtfertigung vor den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten.

Die DKP kläfft, das Russell-Tribunal

Die DKP kläfft, das Russell-Tribunal zielt weiter !

eutschen Beirats ekretariats

ganisationen gefordert wird.

4. Das Russell Tribunal hat von Anfang an Gruppen angezogen, die Versuche unternommen haben, dem Tribunal ihre Linie aufzuzwingen, bzw. es zum verlängerten Arm ihrer Politik zu machen. Die Jury des Tribunals, der deutsche Beirat wie auch das mit der Vorbereitung des Tribunals beauftragte Sekretariat sind unabhängig von parteipolitischen Positionen und Einflüssen. Für das Sekretariat gilt, daß es mit allen Gruppen zusammenarbeitet, die Ziele und Inhalte des Tribunals anerkennen und unterstützen. Es kann nicht Aufgabe des Sekretariats sein, diese Unterstützungsbewegung „vereinheitlichen" zu wollen. Das Sekretariat hat allerdings von Anfang an deutlich gemacht, daß eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die ein lediglich taktisches Verhältnis zu den Menschenrechten haben, nicht möglich ist. Es hat neuerdings Versuche gegeben, daß Gruppen das Russell Tribunal für ihre Zwecke umzufunktionieren versuchten. Die Gruppen mit den Namen „Antifaschistische Gruppe", „Antifolterkomitee" traten als Russell Initiativen auf. Mit ihnen hat das Russell Tribunal nichts zu tun.
5. Das Sekretariat sieht seine Aufgabe allein in der Vorbereitung und organisatorischen Durchführung des Tribunals. Seine Arbeit ist mit dem Abschluß des Tribunals beendet. Die Frage zu beantworten, ob und wie die Gruppen und Organisationen, die das Tribunal unterstützen, nach dem Tribunal weiterarbeiten, ist nicht Angelegenheit des Beirats oder des Sekretariats.
6. Der deutsche Beirat wird der Jury des Tribunals empfehlen, Fälle nicht gegen den erklärten Willen der Betroffenen zu behandeln.
7. Der deutsche Beirat beschließt, sich an den DGB zu wenden, um mit ihm ein Gespräch über das Russell Tribunal zu führen.

---

ter derselben Kräfte mit. Der Anteil von parteilosen Bürgern und örtlichen Gewerkschafts- und Betriebsfunktionären ist dort zumeist noch höher. Ganze Ortsgruppen und -vereine der genannten Parteien, Gewerkschaften und Organisationen sind in den örtlichen Komitees vertreten.

1.2. Die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" ist der Meinung, daß dieses Bündnis zur Bekämpfung der Berufsverbote in der BRD noch verbreitert und vertieft werden muß, daß noch abseits stehende Kräfte gewonnen, andere aktiviert werden müssen. Die Initiative hat die Frage einer Mitarbeit und Zusammenarbeit stets unter der Frage gesehen, ob es der Bewegung und den Betroffenen nützt, ob es der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte dient oder nicht.

1.3. Diese Grundpositionen kennzeichnen seit 1973 eine inzwischen breite Solidaritätsbewegung, die in demokratischen Kräften in vielen Ländern verankert ist. An sie hat sich die überwiegende Mehrzahl der 4000 von Berufsverbotsmaßnahmen Betroffenen in der BRD gewandt, seien es nun Mitglieder von DKP, MSB-Spartakus, SPD, SHB, FDP, DFG/VK, VVN oder Parteilose und Unorganisierte.

1.4. Von diesen Grundpositionen hat sie sich auch bei den Kontakten betr. III. Russell-Tribunal leiten lassen, und unter diesen Aspekten hat sie auch Fragen und Positionen markiert und die Gespräche geführt, vor allem in der Absicht, den vom Berufsverbot Betroffenen in ihrem schweren Kampf zu helfen.

2.1. Nachdem es am Rande des Pfingstkonkresses 1976, der vom Sozialistischen Büro veranstaltet wurde, u.a. mit der französischen PSU Gespräche über ein Russell-Tribunal und mehrere Vorgespräche in Paris und England Ende 1976 gegeben hatte, wurden die Initiative und die vom Berufsverbot Betroffenen durch Flugblätter und Veröffentlichungen des KB, einer maoistischen Gruppe, informiert.

Am 6. 1. 77 wurde der Arbeitsausschuß telefonisch für den 8. 1. 77 zur Gründung eines "Initiativausschusses zur Unterstützung eines Russell-Tribunals" eingeladen, ohne daß Thema, Anlage und Umfang des geplanten Tribunals bekannt waren. Nachdem die Russell-Peace-Foundation am 1. 2. 1977 einen Aufruf zur Unterstützung eines III. Russell-Tribunals veröffentlicht hatte, in dem konkret von den Berufsverboten in der BRD gesprochen wurde, kam es am 4. 2. in West-Berlin zu einem Gespräch zwischen Detlef Haritz (Initiativausschuß, jetzt Sekretariat) und Helmut Stein (Arbeitsausschuß). Am 7. 3. 77 hatte sich dann der Arbeitsausschuß brieflich an die Russell-Peace-Foundation gewandt, in dem er es begrüßte, daß die Foundation sich mit der Frage Berufsverbote befaßt, und sich mit Vorschlägen und Fragen an die Foundation gewandt und erklärt, daß er das Projekt eines Tribunals mit der Foundation erörtern möchte. Er schrieb:

" Seit 1972 haben sich die breiten und verschiedenen politischen Kräfte und Gruppen, die in der Initiative zusammenarbeiten, dahin verständigt, in der einen Frage: "Kampf gegen Berufsverbote in der Bundesrepublik" zusammenzuarbeiten, und zwar unabhängig von sonstigen Meinungsverschiedenheiten. Wir sind uns klar, daß die Berufsverbote keine isolierte Erscheinung sind, sondern im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung auf vielen Gebieten stehen. Aber die verschiedenen Gruppen und Kräfte haben durchaus zu Fragen wie § 218 StGB (Verbot der Schwangerschaftsunterbrechung), Polizeiwillkür, Isolationshaft etc. unterschiedliche Auffassungen. Es ist fraglich, ob eine Ausweitung der Thematik auf kontroverse Themen eine Verstärkung der Effektivität bedeuten.

Insbesondere meinen wir, daß man die Frage der Berufsverbote als eine Maßnahme des staatlichen Arbeitgebers nicht mit innergewerkschaftlichen Problemen - wie etwa der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Ausschlüsse aus Gewerkschaften - vermengen sollte.

Macht man das gleichwohl, so verbreitert man nicht das Bündnis, sondern schafft die Gefahr, daß dieses Bündnis gesprengt wird. Nach unseren Erfahrungen scheint es unmöglich, daß dann noch Gewerkschaftsvertreter in den Initiativen mitarbeiten könnten.

Und schließlich: Diejenigen, die in der Bundesrepublik Berufsverbote verhängen und befürworten, versuchen das mit der Diffamierung zu begründen, die Betroffenen seien Feinde der demokratischen Verfassungsordnung. Mach versucht sie in Verbindung zu bringen mit den Taten solcher Gruppen wie Bader-Meinhof und anderer, auch um der Solidarisierung mit den Betroffenen in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Wir halten es für gefährlich und den Interessen der vom Berufsverbot Betroffenen für zuwiderlaufend, wenn solchen Tendenzen Raum gegeben wird." Darauf ging nie eine Antwort ein. Das Sekretariat und die Foundation argumentieren vielfach - und offenbar auch zu Recht - daß an sie adressierte Post verlorengegangen sei. Unstreitig aber ist, daß der Brief des Arbeitsausschusses vom 7. 3. 77 am 11. 3. 77 gemäß Nachforschungsantrag der Post und eigener Erklärung der Foundation - Vertreter im Gespräch am 25. 9. 77 - eingegangen ist.

2.2. Trotz der am 21. 4. 77 erfolgten telefonischen Ankündigung ging eine Antwort der Foundation nicht ein. Obwohl angekündigt, führten Christopher Farley und Francois Charbonnier, als sie im Juni die BRD bereisten, um vorbereitende Gespräche zu führen, mit dem Arbeitsausschuß kein klärendes Gespräch. Am 23. 6. 77 kam es in Hamburg zu einem Gespräch zwischen Detlef Haritz vom inzwischen gebildeten vorläufigen Sekretariat und Vertretern des Arbeitsausschusses (I. Kurz, H. Stein, H. Bethge), in dem das Projekt erörtert wurde und seitens der Arbeitsausschuß-Vertreter die im Brief vom 7. 3. 77 aufgeworfenen Fragen zur Thematik und Anlage (s. oben) wiederholt wurden. Im Juli führte Prof. Dress in England mit Christopher Farley ein direktes Gespräch, in dem es um dieselben Fragen ging. Eine klärende Antwort wurde angekündigt. Inzwischen stellte der Arbeitsausschuß das gesamte Material in einer Dokumentation zusammen und veröffentlichte es Anfang September 1977, um die Öffentlichkeit und in den örtlichen Initiativen eine breite Diskussion zu ermöglichen, die auch stattfand.

2.3. Auf Drängen des Arbeitsausschusses kam es am 25. 9. 77 in Hamburg zu einer Diskussion zwischen Vertretern der Foundation (Farley, Charbonnier, Leclerc), dem vorläufigen Sekretariat und dem Arbeitsausschuß. Auch dort konnten die Fragen seitens des III. Russell-Tribunals nicht oder nicht abschließend beantwortet werden, da die wesentlichen Entscheidungen der noch zu bestimmenden Jury vorbehalten werden sollten. Eine schriftliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen, soweit sie zu klären seien, wurde in Aussicht gestellt. Der Arbeitsausschuß lud zur Beteiligung an der internationalen Konferenz nach Oldenburg ein. Mit Brief vom 27. 9. 77 wiederholte Kai Diekmann für das Sekretariat die im Gespräch am 24. 9. 77 vertretenen Auffassungen.

2.4. Auf der 1. nichtöffentlichen Sitzung der Jury vom 14.-16. 10. 77 in Darmstadt konstituierte sich das III. Russell-Tribunal. Das vorläufige Sekretariat hatte 14 Gutachten vorgelegt, die den Vorwurf untermauern sollten, in der BRD würden Menschenrechte verletzt. Es handelt

ge Sekretariat hatte 14 Gutachten vorgelegt, die den Vorwurf untermauern sollten, in der BRD würden Menschenrechte verletzt. Es handelt

sich um Gutachten zu folgenden Bereichen:
Berufsverbote, Zensurmaßnahmen, Entwicklung des Prozeßrechts, Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte, Strafprozeßordnungsänderungen, Haftbedingungen, Ausbau der Polizeigesetze, Verfassungsschutz, Ausländer- und Asylrecht, Verletzung der Rechte von Homosexuellen, Kriminalisierung der Frauenbewegung.
Zwei Gutachten zu den Wechselwirkungen staatlicher Maßnahmen mit privaten/zivilrechtlichen Vereinigungen (dazu gehören auch die Gewerkschaften und ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse)- hierbei will die Jury prüfen, inwieweit diese "Drittwirkungen" tatsächlich existieren.

Die Jury entschied: "Das Tribunal wird sich insbesondere, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen:

- Wird Bürgern der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?
- Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
- Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?"

Am 28. 10. 77 wurden die 26 köpfige Jury und der fünfköpfige Beirat vorgestellt.

2.5. An der Internationalen Konferenz am 12./13. 11. 77 in Oldenburg nahm niemand vom Sekretariat teil, obwohl die Einladung in dem Gespräch vom 25. 9. mit großem Interesse angenommen wurde und obwohl sich ein Mitglied des Sekretariats in Oldenburg aufhielt. Stattdessen trat Detlef Haritz in seiner Eigenschaft als Mitglied des Sekretariats auf einer von West-Berlin aus organisierten und per Flugblatt angekündigten Gegenveranstaltung auf. Die Russell-Peace Foundation schickte ein Grußwort, über das u.a. in drei Arbeitskreisen diskutiert wurde. Detlef Haritz versuchte mit Brief vom 18. 11. 77 für das Sekretariat nicht getroffene Vereinbarungen zu konstruieren, um dem Arbeitsausschuß dann organisatorische Pannen zu unterstellen. Anderen Organisationen und Persönlichkeiten gegenüber (z.B. der DFG/VK im Brief vom 12. 12. 77) wird wahrheitswidrig behauptet, man sei auf der Konferenz vertreten gewesen, hätte jedoch kein Rederecht erhalten.

In Briefen (v. 2. 12. und 12. 12.77) wurde das seitens des Arbeitsausschusses richtiggestellt.

2.6. Verschiedene Mitglieder des Arbeitsausschusses haben anläßlich von Veranstaltungen und Diskussionen in Arhus, West-Berlin, Amsterdam, Bielefeld und Bremen immer wieder Gespräche mit Sekretariatsmitgliedern oder Prof. Narr (Beirat) geführt, um die aufgetauchten Fragen zu klären. Auch ein ausgedehnter Briefwechsel hat sich daraus ergeben. Der Bundesvorstand der Jungsozialisten hat am 31. 10. 77 um Präzisierung der Themen des Tribunals gebeten. In einer Antwort des Sekretariats vom 2. 11. 77 heißt es dazu:

"Grundsätzlich läßt sich festhalten, daß es für das Tribunal keinen generell ausgeschlossenen Bereich gibt. Bedingung ist allerdings, daß der Beweis der Menschenrechtsverletzung schlüssig gebracht wird. In diesem Sinne sind normale Gewerkschaftsausschlüsse ebensowenig Thema des Russell Tribunals wie Ausschlüsse aus einem Kleintierzüchterverein - es handelt sich in beiden Fällen um keine Menschenrechtsverstöße. Denkbar ist allerdings, daß die Problematik eines Gewerkschaftsausschlusses im Zusammenhang von Berufsverboten eingebracht wird. Wenn sich nämlich ein direkter Zusammenhang von Gewerkschaftsausschluß und Berufsverbot nachweisen ließe, läge hier eine Fernwirkung von staatlichen Maßnahmen in private Bereiche vor, die im Zusammenhang von staatlichen Grundrechtsverletzungen thematisiert werden müßte. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß das Russell Tribunal auf keinen Fall die Gewerkschaften auf die Anklagebank zerren wird, die Gewerkschaftsausschlüsse werden keinen eigenen Punkt der Tagesordnung darstellen."

Eine ähnliche Fragestellung hat der Bundesvorstand der Sozialistischen Jugend "Die Falken" formuliert. Auch der SHB, der Bundesvorstand der DFG/VK, der Bundesvorstand des MSB Spartakus, zahlreiche Betroffene und Einzelpersonen haben in diesem Sinne angefragt und sind z.T. auch heute ohne Antwort.

2.7. Um die aufgetauchten Fragen zu klären, denkbare Mißverständnisse auszuräumen und die Positionen abzuklären, fand am 9. 1. zwischen Beirats- und Sekretariatsmitgliedern und dem Arbeitsausschuß ein ausführliches Gespräch statt (s. Anlage). Daraufhin beschlossen Beirat und Sekretariat beiliegende Erklärung. Damit hat das III. Russell-Tribunal seine Position bestimmt, so daß unter Einbeziehung der über einjährigen Diskussion - eine Wertung seitens der Initiative möglich ist.

3.1. Die Diskussion kreist von Anfang an hauptsächlich um vier Komplexe:

1. Ist die Frage von Gewerkschaftsausschlüssen unter dem Stichwort "Menschenrechtsverletzung" zu subsummieren?
2. Ist die Frage der "Prozeßstrategien in politischen Großprozessen" Rundbrief 4 des Sekretariats)- also nicht die Frage der Verletzung der Strafprozeßordnung sondern die Frage der politischen Motive - Thema des Tribunals?
3. Werden auf dem Tribunal nur BRD-spezifische Fragen behandelt oder wird die Thematik ausgeweitet?
4. Wird eine Unterstützerbewegung an der bestehenden Berufsverbotebewegung vorbei, in Konkurrenz oder in enger Verbindung zu ihr entwickelt? (Da das Bild vom Russell-Tribunal in der Öffentlichkeit im Wesentlichen durch diese Unterstützerbewegung geprägt wurde und wird)?

3.2. Sie schlüsseln die Kernfrage, ob das Tribunal der Bewegung gegen die Berufsverbote nützt oder schadet, ob es den Betroffenen durch Gewinnung einer breiteren Öffentlichkeit für deren Anliegen hilft oder nicht, auf.
Konnte man schon aus dem langen Zögern bei Beantwortung der Fragen oder dem Nicht-Beantworten von Briefen Schlüsse ziehen - denn keine Antwort ist irgendwo zumindest auch keine positive Antwort - so liegen Antworten nunmehr vor. Daraus ergibt sich, daß Christopher Farley offensichtlich als Person, das Sekretariat und Teile des Beirats den Kurs des Tribunals bestimmen. Es entsteht der Eindruck, daß die Jury und andere Beiratsmitglieder über Verlauf und Gegenstand der Diskussion nicht oder nicht ausreichend informiert sind.

3.3. Das Renomee der bisherigen Russell-Tribunale, die Zusammensetzung der Jury und des Beirats, hätten die Chance geboten, die Bewegung gegen die Berufsverbote zu verstärken und zu verbreitern. Aber diese Chance wurde durch die Thematik und bestimmende Teile der Unterstützerbewegung vertan. Das verworrene bzw. bedenkliche Bild in der Öffentlichkeit sowie die Bedenken vieler Betroffener wäre durch eine eindeutige Klarstellung zu korrigieren gewesen. Dazu haben sich Sekretariat und die Mehrheit des Beirats nicht durchringen können, wohl wissend, daß sie damit eine Beteiligung der Initiative "Weg mit den Berufsverboten", vieler Organisationen der Berufsverbotebewegung, die ausländischen Komitees und die Mehrzahl der Betroffenen von einer Beteiligung an dem III. Russell-Tribunal ausschlossen.

3.5. Der Arbeitsausschuß ist sich bewußt, daß diese Entscheidungen, die nach allen Diskussionen und Anfragen erfolgt sind und zu dem Ausschluß des wesentlichen Teils der Bewegung gegen die Berufsverbote und der Mehrheit der Betroffenen führen, nicht in den Intentionen der Jury, etlicher Beiratsmitglieder, Gutachter und Unterzeichner des Aufrufes liegen. Man kann nur bedauern, daß das moralische Gewicht der bisherigen Tribunale und das Renomee des verstorbenen Lord Russell vertan wurde. Wer befürchtet, daß die Frage der Menschenrechtsverletzungen in der BRD nun nicht untersucht wird, sei darauf hingewiesen, daß schon seit 1975 z.B. auf mehreren internationalen Konferenzen in der BRD - zuletzt in Oldenburg am 12./13. 11. 77 -, im Europäischen Parlament, vor der Menschenrechtskommission der UNO (um nur einiges zu nennen) diese Fragen zur Debatte standen. Übereinstimmendes Ergebnis ist - und durch zahllose bezeugte und dokumentierte Fälle belegt -, daß in der BRD die Menschenrechte durch Berufsverbote verletzt werden.

3.6. Die Initiative "Weg mit den Berufsverboten" kann, nach allem was gelaufen und diskutiert ist, deshalb den Betroffenen nicht empfehlen, vor dem Tribunal auszusagen; sie kann Gutachtern nicht empfehlen, mitzuarbeiten und den örtlichen Komitees nicht raten, diese Unterstützerbewegung zu unterstützen, weil Anlage des Tribunals, Interpretation von Beiratsmehrheit und Sekretatiat und die zahlreichen und widersprüchlichen Aussagen der örtlichen Unterstützergruppen die Breite und den Erfolg der Bewegung gegen die Berufsverbote von drei Seiten her gefährden:

1. Die Formel, "daß Gewerkschaftsbeschlüsse keinen eigenständigen Untersuchungsgegenstand des Tribunals bilden werden" besagt eben, daß sie über den Umweg der Betroffenen eben doch thematisiert werden. Es kommt, wenn man dieses Thema behandeln will, - auf die Auswahl der Fälle an, und, da in diesem immer wieder diskutierten Punkt klar ist, daß "Zeugen ... nicht daran gehindert" werden, "dies zu tun", kann man davon ausgehen, daß Gewerkschaftsbeschlüsse eben doch behandelt werden. Wir sind der Meinung, daß es eine prinzipielle Unmöglichkeit ist, die Gewerkschaften der BRD mit den Behörden und Regierungen der BRD auf eine Seite zu stellen. Fragen der innergewerkschaftlichen Demokratie, z.B. Gewerkschaftsausschlüsse, sind etwas grundsätzlich anderes als Maßnahmen des (staatlichen) Arbeitgebers. Diese so gestellte Frage behandeln heißt auch, die bestehende Bewegung dividieren: Gewerkschaftsvertreter des In- und Auslandes, die in der Bewegung stehen, könnten sich nicht am Tribunal beteiligen und Betroffenen, die aktiv in der Gewerkschaftsbewegung stehen bürdet man zusätzliche Diskussionen und Belastungen auf, wenn sie dennoch als Zeugen erscheinen sollten (wobei außerdem noch völlig unklar ist, ob sie nicht ihren gewerkschaftlichen Rechtsschutz gefährden, der ja nicht nur ein materielles Problem ist, sondern die Frage gewerkschaftlicher Solidarität beinhaltet.)

Am bedenklichsten erscheint aber die Tendenz darin, langfristig die Gewerkschaften von der Bewegung gegen die Berufsverbote abzu

Am bedenklichsten erscheint aber die Tendenz darin, langfristig die Gewerkschaften von der Bewegung gegen die Berufsverbote abzu

trennen oder zu entfremden. Das gefährdet nicht nur ihren Erfolg, sondern verunmöglicht die Zusammenfassung und Zusammenarbeit möglichst breiter Kräfte.

2. Die Distanzierung von einigen wenigen Gruppen, die die RAF-Problematik zum Gegenstand der Behandlung machen wollen, kommt zu spät, reicht nicht aus (da sie sich nur auf ganz wenige Gruppen beschränkt) und ist deshalb nicht in der Lage, ein in der Öffentlichkeit entstandenes Bild zu korrigieren. Hier wird man offensichtlich den Schatten nicht los, der in einer Phase entstand, als diese Gruppen begrüßt wurden (z.B. in Rundbriefen des Sekretariats) um die Unterstützerbewegung aufzubauen. In dieser Frage darf es keine verbleibenden Zweifel geben, will man nicht die ganze Bewegung prinzipiell gefährden.

3. Die bisherigen Russell-Tribunale hatten u.a. ihren Erfolg deshalb, weil sie in inhaltlicher Übereinstimmung mit einer internationalen Protestbewegung stattfanden. Das ist dieses Mal nicht der Fall. Nicht nur wurde zögernd oder nur selektiv, was die ausländischen Komitees betrifft - der Kontakt gepflegt, sondern es wurde auf einem schmalen politischen Spektrum (vgl. Prof. Wesel, div. Artikel und Materialien) de facto eine Gegenbewegung auf einer anderen politischen Plattform in der BRD aufgebaut, während man auf der anderen Seite wichtige politische Kräfte, die das I. u. II. Russell Tribunal mitgetragen haben, bewußt ausgeschaltet hat. Aussagen der Unterstützerbewegung stehen im Gegensatz zu den Erklärungen der Jury bzw. interpretieren deren allgemeine Festlegung zum Untersuchungsgegenstand derart, daß sie einen Ausschluß der bestehenden Bewegung bedeuten. Damit öffnen sie der Instrumentalisierung des III. Russell-Tribunals zur Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote Tür und Tor (und entsprechende Versuche sind ja auch vielfach festzustellen). Dieser Gefahr können Sekretariat und Beirat nicht dadurch entgehen, indem sie formal erklären, daß die Frage, ob und wie die Gruppe und Organisationen, die das Tribunal unterstützen, nach dem Tribunal weiterarbeiten, ist nicht Angelegenheit des Beirats oder des Sekretariats (Erklärung vom 10. 1. 78). Ihre Meinung und ihre Empfehlung hätte man erwarten können.

3.7. Einziger Lichtblick ist der Teil der Erklärung, daß das Tribunal die Situation der Menschenrechte in der BRD und Berlin (West) untersucht und es "keine Ausweitung über dieses Land hinaus geben" wird.

3.8. Der Arbeitsausschuß bedauert, daß Sekretariat und Beiratsmehrheit sich durch ihre Entscheidungen - die manche durch die geführten Gespräche, die gewechselten Briefe und zahlreiche örtliche Aussagen in der BRD befürchtet haben - nicht zu einer Ausweitung der Basis der Unterstützung haben durchringen können, um einige Kräfte der Unterstützerbewegung nicht zu verprellen (vgl. Kurzbericht des Gesprächs v. 9. 1. 78). Wenn man schon verlangt, daß man nicht in der Vergangenheit verharrt, muß man aber eine klare Positionsbestimmung zu der einjährigen Vorbereitungsarbeit abfassen. Das ist von Seiten des Sekretariats und der Beiratsmehrheit aber nicht geschehen. Damit sind die Voraussetzungen, die zu einer Zusammenarbeit notwendig sind, durch Unterlassungen - die nicht wir zu vertreten haben - nicht gegeben. Bei dieser thematischen Festlegung und diesem organisatorischen Rahmen bedauert der Arbeitsausschuß, kein anderes Fazit entsprechend seinem jahrelangen Bemühen ziehen zu können. Es ist unwahrscheinlich, daß die Jury eine Korrektur vornehmen kann, da durch Beiratsmehrheit, Sekretariat und Chr. Farley in deren Sinne offensichtlich die Entscheidungen der Jury zu stark vorgeprägt sind.

3.9. So bleibt aus den über einjährigen Diskussionen und Kontakten, das Fazit zu ziehen. Mit dem Beschluß von Beirat und Sekretariat sind Entscheidungen gefallen, die zu einem Ausschluß der an der Initiative mitarbeitenden politischen Kräfte führen.

Horst Bethge

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Massenstreiks in der Stahl- und Metallindustrie

Massenaktionen von mehreren 10.000 Arbeitern und Angestellten haben das tarifpolitische Geschehen erheblich verändert. Bis dahin schleppten sich die Verhandlungen unendlich und ohne Aussicht auf einen Abschluß hin. Die Kapitalisten verfolgen einen knallharten Kurs, und die Gewerkschaftsführer reagieren mit Jammern über deren mangelnde Kompromißbereitschaft. Die Aktionen der Arbeiter brachten zum Ausdruck, daß sie diesen Kurs nicht länger stillschweigend dulden und den vorprogrammierten Lohnraubabschluß nicht widerstandslos hinnehmen wollen.

Begleitet von Warnstreiks von über 35.000 Metallarbeitern wurden am 27.1. in Ludwigshafen die Tarifverhandlungen für Nordwürttemberg/Nordbaden mit der dritten Runde fortgesetzt. Vor dem Verhandlungslokal demonstrierten über 500 IG Metall-Vertrauensleute, die in Sprechchören forderten: *»3,5 Prozent, das ist ein Hohn, acht Prozent wollen wir mehr Lohn«*. Bereits am Vortag hatten in Heidenheim, Schwäbisch-Gmünd, Bietigheim und Bruchsahl mehr als 2.000 Arbeiter für kurze Zeit die Arbeit niedergelegt.

Inzwischen hat der IG Metall-Vorstand die Verhandlungen in diesem Tarifgebiet für gescheitert erklärt. Einen entsprechenden Antrag hatte die Große Tarifkommission gestellt, nachdem die Metallkapitalisten auf dem provokatorischen 3,5-Prozent-»Angebot« beharrten.

Auch in der Stahlindustrie kam es vor allem am 24. und 25.1. zu massenhaften Warnstreiks. Die Kollegen erteilten dem an Brutalität und Dreistigkeit kaum noch zu überbietenden Kurs der Stahlkapitalisten eine Abfuhr. Nach den Vorstellungen der Konzernherren sollen die Löhne sechs Monate unverändert bleiben und dann um 3,5 Prozent angehoben werden. Auf's Jahr umgerechnet bedeutet dies eine Lohnerhöhung von sage und schreibe 1,75 Prozent. Ein zusätzlicher Hammer ist, daß die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes diesen Kurs einstimmig gebilligt hat, also einschließlich der »Gewerkschafter« im Management (Arbeitsdirektoren).


Rund 10.000 Hüttenarbeiter demonstrierten in Duisburg gegen die provokatorische Haltung der Stahlbosse in der Tarifrunde

Nachdem bereits am 18.1. bei Hoesch und Thyssen in Dortmund Tausende die Arbeit niedergelegt hatten, streikten am 24.1. bei Thyssen und Mannesmann in Duisburg nahezu 10.000 Arbeiter. Allein bei Thyssen in Hamborn stieg die Zahl auf über 5.000. Die Arbeiter zogen vors Verwaltungsgebäude und erzwangen eine Belegschaftsversammlung. Gefordert wurde: *»Wir wollen Urabstimmung«* und *»Unsere Taschen sind leer — sieben Prozent müssen her!«*

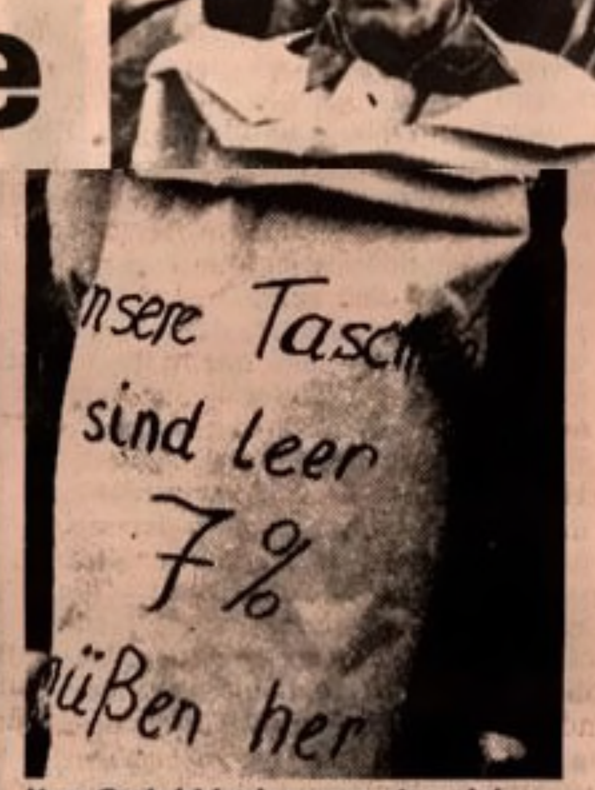
Neben den Aktionen in Duisburg kam es in Mannesmann-Betrieben in Düsseldorf, Mühlheim und Unna-Wickede und auf der Friedrich-Wilhelm- und der Friedrich-Krupp-Hütte in Mülheim bzw. Bochum zu Warnstreiks.

Am 25.1. streikten für eine Stunde die 2.500 Beschäftigten des Krefelder Thyssen-Werkes. Die Kollegen verabschiedeten eine Resolution an die Tarifkommission, womit diese aufgefordert wird, *»mit aller Schärfe und Kampfmaßnahmen gegen die Unternehmerprovokation zu protestieren«* (»UZ«, 26.1.).

Die Aktionen der Stahl- und Metallarbeiter haben auch die IG Metall-Führer frisch gemacht. Statt Klagen und Jammern ist jetzt erst einmal wieder »Kampf« Trumpf. In Hamburg kündigte Mayr an: *»die IG Metall wird sich Gesamtmetall nicht beugen, sondern zurückschlagen«* (»FAZ«, 30.1.). Außerdem wird so getan, als ob ein Streik in Baden-Württemberg unmittelbar bevorstehe. In Wirklichkeit beginnt hier die Schlichtung, so daß offizielle Kampfmaßnahmen nicht vor Anfang März eingeleitet werden.

Die Abstimmungsschlappe, die die ÖTV-Oberen durch die Hafenarbeiter erhielten, hat auch die IGM-Führer in Schrecken versetzt. Aus Angst vor einer ähnlichen Pleite forderte Hamburgs 1. IGM-Bevollmächtigte Müllner die BR Vorsitzenden auf, *»immer ein Ohr an der Basis zu haben«*.

Die Aktionen der Stahl-, Metall- und Hafenarbeiter jedenfalls haben Schwung in die lahme Tarifauseinandersetzung gebracht. Sie können das Signal dafür sein, daß noch in diesem Jahr den Lohnraubplänen der Herrschenden ein kräftiger Strich durch die Rechnung gemacht wird.



Ihre Geduld ist langsam aber sicher erschöpft.

Streik bei Hoesch in Dortmund



Schlechte Sitten

Im AK 120 berichteten wir darüber, daß in Rendsburg eine Demonstration von ca. 2.000 Werftarbeitern stattgefunden hat, zu der nicht nur die IG Metall aufgerufen hatte, sondern die auch von den Werftkapitalisten tatkräftig unterstützt worden war. Das hatte seinen Grund darin, daß eine der wesentlichen Forderungen, die nach mehr staatlichen Subventionsgeldern war, um, wie es hieß, »die Arbeitsplätze zu sichern«.

Die schlechte Sitte, für den »eigenen« Kapitalisten zu demonstrieren, ja sogar zu streiken, reißt offenbar immer mehr ein. Insbesondere in den Betrieben, die besonders von staatlichen Aufträgen leben, werden die Kollegen mehr und mehr dazu mißbraucht, den Kapitalisten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Den politischen Hintergrund dazu bildet die totale Heruntergekommenheit der offiziellen sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik, die ganz besonders in den Rüstungsbetrieben deutlich wird.

Bekanntlich hatten z. B. die VFW-Betriebsräte außer staatlichen Geldern auch die verstärkte Vergabe von Rüstungsaufträgen an VFW gefordert und damit auch möglicherweise gewisse Teilerfolge erreicht, indem Wartungs- und Reparaturaufträge von der MBB-Konkurrenz nach VFW verlagert werden sollen.

Wie wir der »Roten Fahne« des KAB»D« (28.1.) entnehmen, hat es ein ähnlich perverses Schauspiel Anfang Dezember auch bei Magirus in Ulm gegeben. Es ging dabei um einen umfangreichen LKW-Auftrag für die Bundeswehr, und es galt, den Konkurrenten Daimler-Benz möglichst auszustechen. Was dabei inszeniert wurde, beschreibt ein Lehrlingsgenosse so:

»Am 6.12.77 kam mein Ausbilder und erzählte uns Lehrlingen, daß gestern im Werk III 700 Kollegen ,spontan' ihre Arbeit niedergelegt hatten. ,Morgen werden die Kollegen vom Werk II für eine halbe Stunde ihre Arbeit niederlegen! Von der Auftragslage hängt es ab, inwieweit ihr nach der Ausbildung übernommen werdet! Aus diesem Grund solltet ihr am kommenden Freitag im Werk I auch streiken!' Daraufhin meinte ein Kollege, daß wir gar nicht streiken dürfen. ,Selbstverständlich dürft ihr streiken!' (...) Am 7.12. streikten 5.000 Kollegen im Werk II. Ein Betriebsrat sprach zu den Arbeitern und sagte, daß dieser Streik spontan ist. Ein Arbeiter fragte daraufhin den Betriebsrat, warum schon vor dem Streik das Fernsehen und die Presse anwesend sind?

Daß diese ,Streiks' in den beiden Werken nicht spontan, sondern vom Vorstand und Betriebsrat gut vorgearbeitet waren, haben die meisten Kollegen von Magirus erkannt. Der Vorstand von Magirus hetzte gegen die Daimler-Kollegen — genauso wie der Daimler-Vorstand gegen die Magirus-Kollegen hetzte.«

Im Ergebnis konnte sich Daimler letztlich doch durchsetzen und bekam den Löwenanteil des Auftrags. Für Magirus fielen aber immerhin noch 7.000 Fünftonner im Auftragswert von 410 Mio. Mark ab.

Wir haben indes erhebliche Zweifel, ob die Erkenntnis der Magirus-Arbeiter wesentlich über die Tatsache hinausgeht, daß der »Streik« nicht eben »spontan« war. Aller Erfahrung nach sind Kapitalisten und Gewerkschaftsführer in der Regel durchaus noch in der Lage, die Kollegen für das Wohl »ihrer« Kapitalisten zu mobilisieren. An dieser Front hat die betriebliche Linke noch unendlich viel zu tun.

Metall-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Prozeß gegen Kündigung eines Ersatzbetriebsrates

Westberlin. Der Kollege S. führt seit geraumer Zeit einen Prozeß gegen die Solex-Vergasergesellschaft (Teil der Pierburg GmbH)! Er war 1975 bei den BR-Wahlen Kandidat der oppositionellen Liste gewesen und als Nachrücker dieser Liste, die zwei Mandate bekam, gewählt worden. Als solcher kam er auch einige Male zum Zuge. Trotzdem wurde er von Pierburg gefeuert, als sein Kündigungsschutz als Jugendvertreter, der er vorher war, abgelaufen war. Er ging vor das Arbeitsgericht und gewann in 2. Instanz, da der Arbeitsrichter ihm Kündigungsschutz als Ersatzbetriebsrat zusprach! Er wurde jedoch nicht eingestellt. Als er im November Vollstreckung des Urteils aus 1. Instanz beantragte, wurde Solex verpflichtet, ihn sofort wieder einzustellen, andernfalls sollte der Geschäftsführer 5.400 DM Strafe zahlen, ersatzweise 18 Tage Haft. Diese Einstellung sollte vorerst nur bis zur Entscheidung der 2. Instanz am 16.1.78 Gültigkeit haben. Pierburg beantragte dagegen eine einstweilige Verfügung beim Landesarbeitsgericht. Zur Erlangung dieser Verfügung mußte der Rechtsanwalt von Pierburg eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß der Firma ein n i c h t e r s e t z b a r e r S c h a d e n entstehen würde, wenn der Kollege wieder eingestellt würde, wobei er den Nachweis schuldig blieb, worin dieser Schaden bestehen soll; denn die Firma stellt in einigen Bereichen neue Arbeiter ein! Der Staatsanwalt soll bereits wegen Verdachts der eidesstattlichen Falschaussage eingeschaltet worden sein.

Zusätzlich erhielt S. eine neue Kündigung zum 30.11.77 wegen Arbeitsmangels (!), obwohl er als Ersatzbetriebsrat nicht kündbar ist (s.o.). Der gegen diese neuerliche Kündigung angestrengte Prozeß soll aber auf Antrag der Firma erst nach der endgültigen Entscheidung über die erste Kündigung stattfinden! (Informationen nach »Solex-Arbeiter-Zeitung«) Damit will Pierburg offensichtlich ein Prozeßkarussell eröffnen, um auf jeden Fall die Wiedereinstellung des Kollegen zu verhindern.

Die 2. Instanz brachte folgendes Urteil: Der Kündigungsschutz für den Kollegen als Ersatzbetriebsrat wird nicht anerkannt (im mündlichen Urteil allerdings ohne Begründung), womit das Urteil aus der 1. Instanz — angesichts der bevorstehenden BR-Wahlen — nicht anerkannt ist. Allerdings gewann der Kollege den Prozeß, da der Vorwand für die Kündigung — Arbeitsmangel — als falsch erwiesen ist. Wir berichten weiter.

Branchenkommission
KB/ Gruppe Westberlin

Bremer Vulkan plant:

6 Wochen keine Arbeit und kein Lohn

Die Geschäftsleitung der Bremer Vulkan Werft hat sich etwas besonderes ausgedacht, um die schlechte Auftragslage zu überbrücken. Den Kollegen, in erster Linie den ausländischen Kollegen, wurde der Vorschlag gemacht, daß jeder sechs Wochen »Urlaub« bekommen soll. Sechs Wochen Sonderurlaub, für die es keine Bezahlung, kein Kurzarbeitergeld, kein Arbeitslosengeld gibt. Krankenkassenbeiträge, Rentenversicherungsbeiträge usw. werden ebenfalls nicht bezahlt.

Dieses großzügige Angebot der Geschäftsleitung wird den Kollegen noch mit der Drohung »schmackhaft« gemacht, falls nicht in großem Umfang davon Gebrauch gemacht werde, seie Kurzarbeit fällig.

Bislang ist dieser Versuch der Geschäftsleitung gescheitert. Nur wenige Kollegen sind bereit, in den »Sonderurlaub« zu gehen. Auch der Betriebsrat lehnte dieses Ansinnen der Geschäftsleitung ab.

Menck will ein Viertel der Belegschaft entlassen

Ellerau. Rund 100 der 434 Beschäftigten will die Baumaschinenfabrik Koering GmbH Menck Division, ehemals Menck & Hambrock, im Laufe des Jahres 1978 entlassen. Dabei war die Belegschaft schon 1974 beim Umzug von Hamburg-Altona nach Ellerau (Kreis Segeberg) von 805 auf ca. 400 Beschäftigte reduziert worden. Viele der jetzt betroffenen Kollegen sind schon zwanzig oder dreißig Jahre in der Firma.

Chemie

Explosion im Schering-Technikum Wolfenbüttel: Drei Tote!

Etwa eineinhalb Stunden nach Beginn der Früschicht, zwischen 7.40 und 7.45 Uhr wurde das Schering-Werk in Wolfenbüttel von zwei Detonationen erschüttert. Außenmauern des erst Anfang 1977 in Betrieb genommenen Entwicklungstechnikums brachen ein, ein Teil des Daches wurde von der Druckwelle fortgerissen. In Sekundenschnelle breitete sich über dem Werksgelände eine dunkle Wolke aus. Nach übereinstimmender Meinung der Polizei und der Werksleitung war die Lage aber nicht so „prekär", daß man für die Bevölkerung hätte Giftalarm geben müssen. Die in der Produktion und in den Forschungslaboren verwendeten Stoffe hielten sich im „Rahmen des Üblichen" und seien keineswegs besonders giftig oder explosiv, behauptete ein Dr. Peisker von der Werksleitung, und verglich die Gefährlichkeit des Werkes mit der einer gewöhnlichen Tankstelle!

Erst gegen Mittag gelang es Rettungsmannschaften drei verkohlte Leichen eines Chemieingenieurs, eines Chemotechnikers und eines Betriebsschlossers zu bergen. Die Bergungsarbeiten wurden durch das Heraussickern einer undefinierbaren Flüssigkeit aus der zerstörten Halle behindert, die durchgeführte Analyse ergab „keine Explosionsgefahr".

Ein Kollege wurde mit lebensgefährlichen Verbrennungen mit einem Hubschrauber in eine Spezialklinik nach Ludwigshafen gebracht. Ein Schwer- und ein Leichtverletzter kamen in das Wolfenbütteler Krankenhaus. Erst zweieinhalb Stunden später wurde ein vierter Verletzter in einer benachbarten Werkstatt gefunden!

Die 650 Arbeiter und Angestellten des Wolfenbütteler Werkes sind überwiegend mit der Erforschung und Produktion von Pflanzenschutzmitteln, pharmazeutischen Zwischenprodukten und galvanischer Veredelung von Metallen beschäftigt. Das für zwei Millionen DM errichtete Entwicklungstechnikum galt unter Fachleuten als absolut sicher (!?) und besonders umweltfreundlich (?). Über die Ursache des Unglücks sind bis jetzt zwei Versionen im Umlauf: Während die Schering-Hauptverwaltung die Entstehung aus einem Arbeitsprozeß heraus für ausgeschlossen hält („*dort werden keine explosiven Stoffe verarbeitet*"), hält es die Werksleitung für denkbar, daß die Explosion bei der Synthese eines Stoffes erfolgt ist.

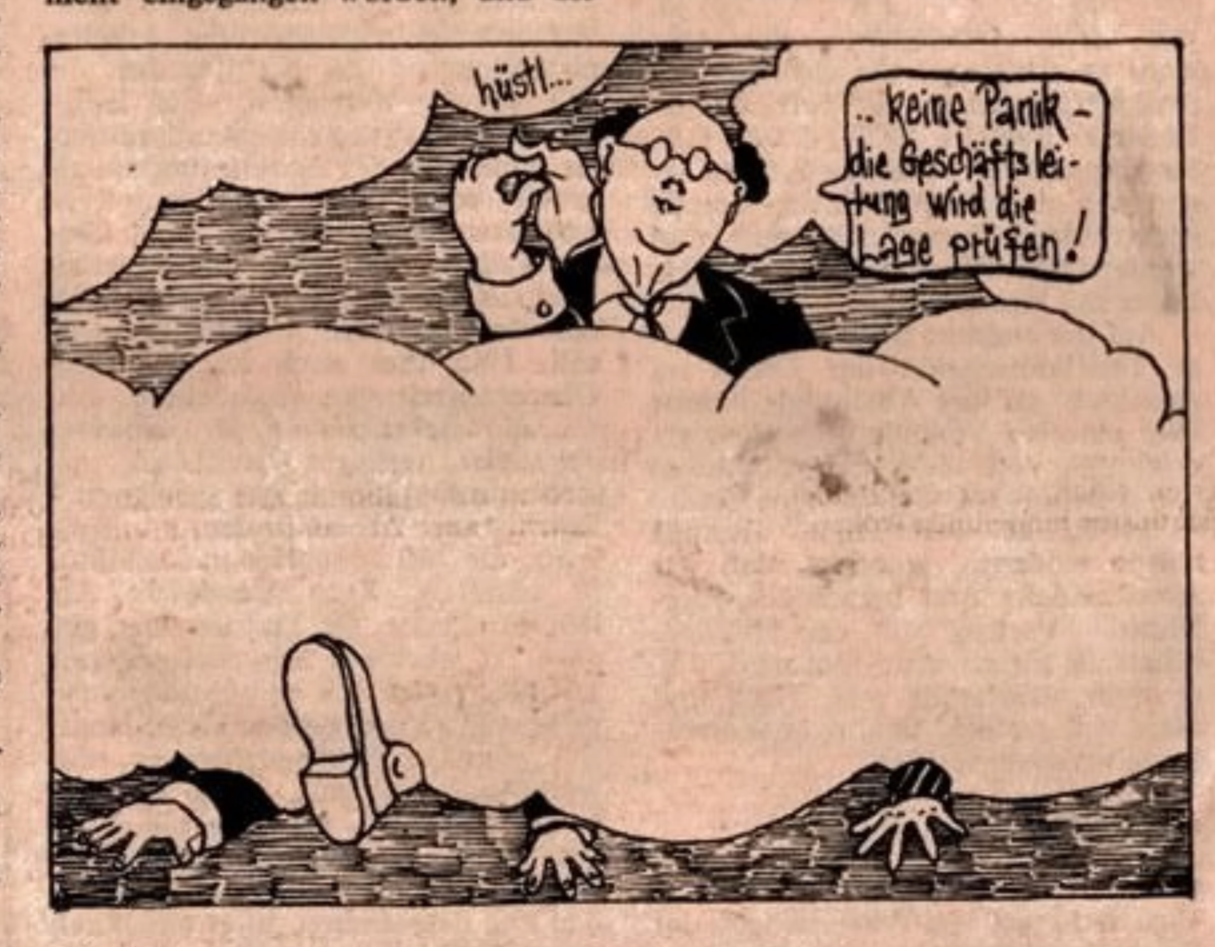
Wir fordern eine genaue und öffentliche Untersuchung dieser Explosion, wo vor allem folgende Fragen und Widersprüchlichkeiten aufgeklärt werden:

— Welche Stoffe wurden dort wirklich verarbeitet? Bekanntlich sind die Ausgangs- und Endprodukte von Pflanzenschutzmitteln häufig gefährlichste Gifte, die chemisch eine enge Verwandschaft zu manchen Nervengasen haben.
— Was für Stoffe sind bei der Explosion freigesetzt worden?
— Sind von diesen Stoffen langfristige Umweltschäden zu erwarten, ähnlich wie in Seveso?
— Was für eine undefinierbare Flüssigkeit hat die Bergungsarbeiten behindert, von der lediglich mitgeteilt wurde, von ihr gehe „keine Explosionsgefahr" aus?
— Welcher Produktionsvorgang löste die Explosion aus?
— In welcher Phase war dieser Prozeß?
— Welche Sicherheitsmaßnahmen waren vorgeschrieben?
— Wie wurden sie eingehalten und kontrolliert?

Während die Schering-Hauptverwaltung in Westberlin gleich mit der Erklärung zur Hand ist, das Unglück hängt nicht mit einem Arbeitsprozeß zusammen, und somit von vornherein auf menschliches Versagen orientiert (!), ist die Aussage des Werksleiters glaubwürdiger, daß die Explosion bei der Synthese eines Stoffes erfolgte. Auf diese Fragen ist in der bisherigen Berichterstattung nicht eingegangen worden, und die Schering-Geschäftsleitung hat sicher ein großes Interesse, die wahren Umstände zu verschleiern.

Für mehr Sicherheit in chemischen Anlagen!
Für das Verbot von lebensgefährlichen Produktionen!
Schluß mit der Geheimniskrämerei!

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg



ÖTV

Gefangene dürfen nicht in die ÖTV

„Keine Kriminellen-Vereinigung in der ÖTV" - das war der Kommentar eines ÖTV-Vertreters auf einer Pressekonferenz, die von Butzbacher Gefangenen (Hessen) organisiert wurde. Sie wollen sich in einer Gewerkschaft organisieren. Grund:

— Sie arbeiten für einen Hungerlohn (5% des Normallohns) daher auch minimale Sozialversicherungsbeiträge;
— Sie arbeiten unter gesundheitsschädlichen Bedingungen (z.B. Klebstoffdunst);
— Gesetzliche Bestimmungen wie das Jugendarbeitsschutzgesetz werden nicht eingehalten;
— Die Arbeitspensen (Akkordvorgaben) können nicht in 8 Stunden erfüllt werden, einzelne Gefangene arbeiten daher 16 Stunden (!!) täglich.

Zwei Aufnahmeanträge von Gefangenen an die ÖTV in Hessen und Bad Homburg wurden abgelehnt. (aus Extra-Dienst vom 25.1.78)
Die ÖTV ist eben eine saubere Gewerkschaft ...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



HBV

Gefeuert im DGB-Verlag

Zum 31.12.1977 wurde die Fachbuchlektorin für Arbeits- und Sozialrecht, Barbara Degen, vom gewerkschaftseigenen Bund-Verlag gekündigt. Sie war erst am 1.10.1977 eingestellt worden. Gegen diese Kündigung protestierten zahlreiche frühere Kollegen B. Degens im Luchterhand-Verlag. „*In einer öffentlichen Erklärung wiesen sie darauf hin, daß Thomas Kosta, Gewerkschaftsführer der beiden gewerkschaftseigenen Unternehmen Bund-Verlag und Europäische Verlagsanstalt (EVA), mündlich geäußert habe, Frau Degen sei 'politisch nicht tragbar' und könne deshalb trotz sachlich guter Arbeit über die Probezeit hinaus nicht beschäftigt werden*" („FR" vom 19.1.1978).

Gegenüber der „FR" bestritt Kosta diese Äußerung zwar; die „*Mitgliedschaft in der DKP habe der Kündigung nicht ursächlich zugrunde gelegen, obwohl ich nicht sagen würde, daß dies keine Rolle gespielt hätte*". Auch habe sie ihr parteipolitisches Engagement mit ihrer Tätigkeit als Lektorin nicht vermengt. Vielmehr sei es zwischen ihm ... und ... der Lektorin einfach nicht „zum nötigen Vertrauensverhältnis gekommen." Dies ist jetzt die zweite politische Entlassung von B. Degen. Schon 1974 wurde sie auf Betreiben der örtlichen CDU aus der Kreisvolkschule Friedberg entlassen. Bei einem Gütetermin vor dem Arbeitsgericht Mitte Januar hat sich der Verlag darauf berufen, daß Vertragslösungen während der Probezeit keiner Begründung bedürfen. Eine Kammergerichtsverhandlung wurde auf den 22. März 1978 festgelegt. Rechtsschutz erhält sie dabei übrigens auch von der Gewerkschaft.

In der öffentlichen Erklärung der Luchterhand-Kollegen heißt es u.a.: „*Wir können und wollen nicht glauben, daß ausgerechnet ein Gewerkschaftsverlag sich in die reaktionären Tendenzen zur Ausweitung der Berufsverbote außerhalb des öffentlichen Dienstes einreiht und damit in gewissem Maße sogar die Funktion eines Vorreiters einer solchen Entwicklung übernimmt. Es ist uns unverständlich, daß ein Geschäftsführer mit den Veröffentlichungen eines Verlags* (gemeint ist die EVA, die u.a. Bahro's „Die Alternative" herausbrachte) *eben den Menschenrechten in Ost und West Geltung verschaffen will, die er im anderen Verlag einem Mitarbeiter verweigert.*"

Ein West-Berliner HBV-Genosse

Druck

Kampfbereite Drucker verhindern Kapitulation der Drupa-Führung:

Tarifvertragsentwurf abgelehnt!

Neben der ÖTV-Führung, der die Hafenarbeiter mit ihrer Ablehnung des 6,4%-Angebotes einen Strich durch die Lohnraubrechnung machten, bekamen auch die DruPa-Führer in den letzten zwei Wochen den Druck der Basis zu spüren. Vor dem Hintergrund äußerst heftiger bundesweiter Proteste der Druckerkollegenschaft in Form von kämpferischen Resolutionen bis hin zu Warnstreiks gegen den zwischen den Tarifpartnern (Zeitungsverlegern, Druckkapitalisten und IG Druck und Papier) ausgehandelten Tarifvertragsentwurf zur Tarifierung neuer Techniken, lehnte die große Tarifkommission der DruPa diesen Entwurf am 31.1.78 einstimmig ab! Selbst die Mitautoren des Vertrages verweigerten ihm angesichts dieser Situation ihre Zustimmung.

Die Kapitalisten ihrerseits waren vollauf zufrieden mit dem Vertrag und empfahlen ihren Beauftragten die Annahme. Auf die Ablehnung durch die DruPa reagierten die Kapitalisten dann auch entsprechend sauer und betonten, *„sie seien zu keiner weiteren Konzession bereit. Wenn die andere Seite diesen Vertrag wieder in Frage stelle, werde es gar keinen Tarifvertrag geben"*, („FR", 1.2.78) sowie: *„Die Arbeitgeber seien sehr wohl in der Lage, die auftretenden sozialen Probleme auf betrieblicher Ebene zu lösen"* („SZ", 1.2.78). D.h. die Kapitalisten beharren auf den ihnen von der DruPa-Führung bereits gemachten Zugeständnissen und werden aller Voraussicht nach wie bisher auf stur schalten.

Auf der anderen Seite hat die grosse Tarifkommission der DruPa im Anschluß an ihre Ablehnung bereits über einzelne Veränderungen des abgelehnten Vertrages beraten und den Kapitalisten am 1.2.78 ihre Änderungswünsche übermittelt. Hiermit wurde eindeutig ignoriert, daß der ausgehandelte und inzwischen abgelehnte Vertrag von der Mitgliedschaft als ganzes abgelehnt wird, d.h. er muß vollständig vom Tisch und nicht mit einigen Schönheitskorrekturen versehen werden.

Der Vertrag

Der Vertrag



Der Vertrag entspricht praktisch in allen Punkten den Vorstellungen der Kapitalisten und seine Anwendung hätte die Vernichtung des gesamten Setzerstamms, d.h. 40-50000 Arbeitsplätze und gleichzeitig damit der kampfstarken Kerntruppe der DruPa zur Folge. Wir wollen hier zur Verdeutlichung die wesentlichsten Punkte anführen und sie einerseits den ursprünglichen Forderungen der DruPa-Führung aus dem Rasterrahmentarifvertragsentwurf sowie den noch weit darüber hinausgehenden Forderungen der Hamburger DruPa-Mitglieder gegenüberstellen: Arbeitsplatzsicherung für Schriftsetzer: In §2 sieht der Vertrag vor, daß lediglich die Gestaltung nichtstandardisierter Anzeigen, der Anzeigenseitenumbruch sowie die Anzeigenseitenschlußkorrektur, d.h. ein recht kleiner Teil der gesamten Textverarbeitung und -gestaltung ausschließlich den Schriftsetzern vorbehalten sein soll. Und dies auch nur für eine Übergangszeit von fünf Jahren, d.h. bis die Schriftsetzer ihre eigenen Nachfolger herangezogen haben. Ausserdem sollen hierbei nur „geeignete" Schriftsetzer Arbeit finden, d.h. Kollegen, die 260 Anschläge in der Minute schaffen. Zum Vergleich: Als Höchstleistung für Perforatoren gilt nach 7 wöchiger Einarbeitungszeit 191-220 Anschläge und zur Stenotypistinnenprüfung werden 180 verlangt. Die sonstige Textverarbeitung und -gestaltung soll laut §3 in Zukunft zwar vorrangig von „geeigneten"
zwar vorrangig von „geeigneten"
Fachkräften ausgeführt werden, jedoch ist dies nicht zwingend verbindlich und desweiteren ist ausdrücklich die Möglichkeit vorgesehen, diese Tätigkeit weitgehend in die redaktionelle Arbeit einzugliedern bis hin zur Texteingabe durch den Redakteur selbst, d.h. es bleibt kaum etwas übrig, wofür vorrangig Facharbeiter eingesetzt werden sollen.

Die DruPa forderte dagegen ursprünglich im Rasterrahmentarifvertragsentwurf insgesamt die Bedienung der Bildschirmgeräte durch Fachkräfte der Druckindustrie, wobei allerdings Ausnahmeregelungen Spielraum für Interpretationen ließen. Die Hamburger Kollegen forderten: ausschließliche Besetzung der neuen Geräte durch Fachkräfte der Druckindustrie! Die § 4-11 des Vertrages haben dann auch mehr Sozialplan- als Tarifvertragscharakter, was allerdings im „Raster" der DruPa-Führung bereits angelegt ist. Die Hamburger Forderung dagegen: Keine Entlassungen durch die Einführung neuer Techniken!

Bezahlung von Bildschirmtätigkeit: In §12 sieht der Vertrag eine Übergangsregelung vor, nach der an Bildschirmen tätige Facharbeiter stufenweise innerhalb von 6 Jahren von ihrem Facharbeiterlohn auf den niedriger liegenden Angestelltengehaltstarif gedrückt werden sollen, womit Nichtfacharbeiter von vornherein zufrieden sein sollen.

Die Raster- und auch die Hamburger Forderung lautete dagegen: Maschinensetzerlohn für Bildschirmtätigkeit!

Pausen- und Arbeitszeitregelung: Hier sieht der Vertrag in §14 vor, daß bei ständigem Blickkontakt zum Bildschirm von mehr als 4 Stunden pro Stunde 5 Minuten bzw. alle zwei Stunden 15 Minuten Pause einzulegen sind. In Absatz 3 wird allerdings die Möglichkeit offen gelassen, die Pausen durch Steuerung des Arbeitsablaufes durch bestehende Pausen (Frühstück/Mittag) als abgegolten anzusehen, d.h., nicht zu gewähren!

Die wöchentliche Arbeitszeit soll durch den Vertrag nicht berührt werden.

Die Rasterforderung dagegen lautete: Innerhalb jeder Stunde 20 Minuten bezahlte Erholungspause und max. 4 Stunden tägliche Arbeitszeit am Bildschirm, womit der nachweislichen Augenschädlichkeit dieser Arbeit Rechnung getragen werden sollte.

Darüber hinaus wurde eine Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit für am Bildschirm Tätige auf 35 Stunden gefordert, wohingegen Hamburg die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich für alle forderte! Texteingabe durch Redakteure: Laut §16 sollen Redakteure in Zukunft dazu gezwungen werden können, ihre eigenen Texte in die Bildschirmgeräte einzugeben, sie zu lesen und zu redigieren. Die Eingabe fremder Texte darf unter Umständen ebenfalls verlangt werden und ist insgesamt jedenfalls nicht untersagt. Damit ist der Verlagerung des gesamten bisherigen Satzbereiches in die Redaktionen Tür und Tor geöffnet. Der Raster dagegen gestand den Kapitalisten lediglich die Verpflichtung der Redakteure zum Lesen und Redigieren an Bildschirmen zu, das Eingeben von Texten sollte von den Redakteuren verweigert werden dürfen. Hamburg forderte dagegen:

Redakteure dürfen nicht an Bildschirmen arbeiten!

Allein diese wesentlichen Paragrafen machen deutlich, welch eine Kapitulation vor den Kapitalinteressen die Unterzeichnung des ausgearbeiteten Vertrages bedeutet hätte und zu welch einer Kapitulation die DruPa-Führung bereit gewesen wäre, hätte der massive Protest der Mitgliedschaft sie nicht vorerst davon abgehalten.

Der Protest

In fast allen größeren Verlags- und Zeitungsbetrieben verfaßten empörte Kollegen Protestresolutionen.

So z.B. im Süddeutschen Verlag München (SZ und Abendzeitung), bei Madsack und Co. in Hannover (Hannoversche Allgemeine und Hannoversche Neue Presse), beim Druck- und Verlagshaus Frankfurt (FR), bei Gruner & Jahr Hamburg, beim Heinrich Bauer Verlag Hamburg etc. Protestresolutionen wurden weiter auf z.T. sehr kämpferischen außerordentlichen Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen in München, Frankfurt, Bremen und Hamburg verabschiedet; dazu wurden die Mitglieder der Tarifkommission aus diesen Städten und Bezirken zur Ablehnung des Vertrages verpflichtet. Die Hamburger Resolution, die an alle DruPa-Ortsvereine im Bundesgebiet und Westberlin verschickt werden sollte, forderte für den Fall der Annahme des Tarifvertrags die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages zwecks Ziehung personeller Konsequenzen. Interessant am Rande dürfte sein, daß diese Hamburger Resolution außer bei vereinzelten rechten Sozialdemokraten lediglich bei den DKP-Delegierten auf Ablehnung stieß, und zwar konkret wegen des außerordentlichen Gewerkschaftstages. Offensichtlich sitzt ihnen die Abfuhr, die sie bei den personellen Konsequenzen in Hamburg erfahren mußten, noch zu sehr in den Gliedern. Damals trat unter Druck der rechte Vorstand zurück und die kandidierenden DKPler unterlagen gegen eine linke Alternative.

Bei Gruner & Jahr sowie Bauer in Hamburg und bei Merkator in Westberlin traten die Kollegen sogar gegen diesen Tarifvertragsentwurf in bis zu 2-stündige Warnstreiks.

Neben der Kritik an dem Vertrag selbst wurde auch das gesamte Zustandekommen desselben kritisiert. So z.B. Mahleins Anpinkelei, als er die massiven Warnstreiks in der Zeit vom 18.-20.1.78 als „Ausuferungen" bezeichnete. Hinzu kommt die Informationspolitik der DruPa: So wußten die Springer-Kapitalisten vor den noch im Warnstreik befindlichen Kollegen, daß die DruPa zur Beendigung dieser aufgerufen hatte, um die Verhandlungen nicht weiter zu „stören". Weiter ist die mangelnde DGB-Unterstützung kri-
weiter zu „stören". Weiter ist die mangelnde DGB-Unterstützung kri-
tisiert worden. Obwohl die Kapitalisten zu den Verhandlungen in Frankfurt mit ihren Gesamtverbänden BDA und BDI vertreten waren, ließ der DGB sich nicht blicken. Hier müßte allerdings auch die Frage gestellt werden, ob und inwieweit die DGB-Führung ihre Finger beim doch recht überraschenden Umschwenken der DruPa-Führung von Wortradikalität verbunden mit der Mitgliedermobilisierung hin zur Kapitulation mit im Spiel hat? Zumindest wäre es naheliegend, daß dort jemand Druck ausgeübt hat.

Die DruPa-Führung hat die Kapitalisten aufgefordert, bis zum 8.2.78 ihre Gesprächsbereitschaft zu äußern. Die Kapitalisten suchen jetzt eine Gewerkschaft, *„auf dessen Wort wir* (gemeint sind die Kapitalisten) *bauen können"*, es gehe ein tiefer Riß durch die DruPa zwischen *„Gemäßigten"* und *„Chaoten"*. Weil die DruPa-Führung nun einen Tarifvertragsentwurf vorgelegt hat, der weitergehende Forderungen enthält, hetzten die Kapitalisten, die Gewerkschaft wolle jetzt *„Heizer auf der E-Lok"* („SZ", 4.2.78).

Auch wenn die Kollegen in den Betrieben die Ablehnung des Vertrages durch die Tarifkommission zurecht als ihren Erfolg ansehen – ein in der Tat völlig ungewöhnlicher Vorgang in DGB-Gewerkschaften – so ist damit insgesamt erst wenig erreicht.

Nur durch eine Verschärfung der Kampfmaßnahmen der Drucker sind den Kapitalisten weitere Zugeständnisse abzuringen.

Sonst steht zu befürchten, daß ihnen schon bald wieder von den Gewerkschaftsführern ein vielleicht noch schöner klingender Abschluß untergejubelt werden soll, bei dem das Ende des Setzerberufs wiederum auf Raten besiegelt wäre.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Erwin, jetzt diese Proteste ... so einen schönen Sozialplan haben wir doch noch nie gemacht !

Werd jetzt nicht weich Loni, da packen wir noch ein paar Floskeln rein!

Kollegen sollen weichgekocht werden

Bauer KG, Hamburg: Die Bauer-Kollegen im Fotosatz gehörten während der Tarifauseinandersetzung um die Einführung neuer elektronischer Satzgeräte mit zu den aktivsten.

Schon 1976 haben die Kollegen erfahren, was Rationalisierung bedeutet, als die Drucker stillschweigend und ohne größeres Aufsehen wegrationalisiert wurden.

Vorbereitungen auf nächste Rationalisierungen sind jetzt schon im Gange. Kurz nach Weihnachten sollte dem Fotosatz eine neue Arbeitszeit beschert werden. Auf einmal hieß es, der Drucktermin der „Neuen Revue" müsse von Dienstag auf Montag vorverlegt werden, folglich müßten die Kollegen sich wieder an eine Sechs-Tage-Woche gewöhnen, jeden 3. Samstag müßten die Kollegen zur Arbeit und sollten dafür einen anderen Tag frei bekommen. Wenn die Kollegen das nicht akzeptieren würden, müßte die „Neue Revue" ausgelagert werden und dann - na, ja die Arbeitsplätze..., da hätten dann die Kollegen und der Betriebsrat selbst schuld. Schon jetzt werden an immer mehr Samstagen den Kollegen Überstunden (mit Zuschlag) abverlangt. Als der Betriebsrat sich nicht auf diese Regelung einlassen wollte, machten die Kapitalisten den großartigen Vorschlag, der Betriebsrat solle in Zukunft „freiwillig" allen erforderlichen Samstagsüberstunden zustimmen, dann brauche man keinen Zwangssamstag.

Kündigungsdrohung!

Bei der Diskussion in seiner Abteilung hatte ein Kollege den ernsthaften Willen der Bauer-Geschäftsleitung bezweifelt, Neueinstellungen vorzunehmen. Er begründete dies mit Fällen, wo Bewerber vertröstet bzw. abgelehnt worden waren. Eine Kollegin wurde nach zwei Wochen wieder rausgeschmissen, als sie krank wurde.

Der Kollege, der seine Behauptungen nicht beweisen konnte, bekam eine „strenge Verwarnung". Seine äußerst vorsichtigen Äußerungen bezeichnete die Geschäftsleitung als „erwiesenermaßen falsch". Sie würden gegen die „Treuepflicht" verstoßen.

„Treue" heißt für die Kapitalisten offensichtlich blinde Anhänglichkeit. (In einem Gespräch war dem Kollegen „Rädelsführerschaft" während der Warnstreiks vorgeworfen worden.)

Der Betriebsrat solidarisierte sich mit dem Kollegen in einer „Betriebsinformation" unter der Überschrift „freie Meinungsäußerung im Betrieb gefährdet?"

Betriebszelle Bauer
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Hamburg: Frister droht der GEW

In der Hamburger GEW wurde dieser Tage ein Schreiben bekannt, das der Bundesvorsitzende Frister an den Hamburger Vorsitzenden Lemke gerichtet hatte. Frister verlangt darin vom Hamburger Landesverband eine Distanzierung von einer Demonstration gegen die Berufsverbote am 2. Februar in der Hansestadt, zu der auch die GEW Hamburg in einem eigenen Appell aufgerufen hatte. In dem vom 21.1. datierten Schreiben wird darauf hingewiesen, daß diese Demonstration von der *„kommunistisch beeinflußten"* Initiative „Weg mit den Berufsverboten" veranstaltet werde. Eine Beteiligung an dieser Initiative habe der DGB jedoch schon 1975 abgelehnt. Weiter schreibt Frister: *„Nach §3 Ziffer 3 der Satzung des DGB haben die Gewerkschaften des DGB ‚die Beschlüsse der Organe' durchzuführen. Euer Aufruf an die GEW-Mitglieder in Hamburg, an der gekennzeichneten Demonstration teilzunehmen, verstößt daher gegen die Satzung des DGB. Ich bitte daher, den Hamburger Mitgliedern mindestens (!) durch ein Rundschreiben an die Vertrauensleute mitzuteilen, daß der Landesverband Hamburg seinen in der HLZ veröffentlichten Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration zurücknimmt."*

Ist diese Aufforderung zu einem offiziellen Rückzieher noch vor der Demonstration bereits als Anmaßung diktatorischer Befehlsgewalt durch den Herrn Vorsitzenden zu werten, so holt Frister am Ende seines Schreibens zu einer wüsten Provokation gegen die GEW Hamburg und besonders ihr Organ („Hamburger Lehrerzeitung") aus:

„Nur am Rande ist noch zu vermerken, daß auch die gewählte Überschriftzeile ‚Demonstration gegen Berufsverbote' nicht in Übereinstimmung zu bringen ist mit dem einstimmigen Beschluß des DGB-Bundesausschusses vom Juni 1977 und dem Beschluß des Mannheimer Gewerkschaftstages vom November 1977." Hier wird in einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig läßt, endlich einmal der Inhalt der damaligen Beschlüsse auf den Punkt gebracht: Man weiß nun in aller Klarheit, daß die Tilgung des Begriffs „Berufsverbot" in der Gewerkschaftspresse beileibe kein Zufall ist, sondern daß es in DGB und GEW einen offiziellen Z e n s u r b e s c h l u ß gibt, der den Gebrauch des Wortes „Berufsverbot" strikt untersagt. (Es wird höchste Zeit, diese Beschlüsse in der innergewerkschaftlichen Diskussion auch so zu charakterisieren, denn aller Voraussicht nach dürfte das Wort „Zensur" ebenfalls nicht mehr lange zum erlaubten Sprachschatz eines DBG-Mitglieds gehören).

Doch damit nicht genug, dreht Frister erst richtig auf: *„Die desweiteren enthaltene Behauptung, es gäbe ‚4000 Vollzugsfälle' dürfte wahrscheinlich Ausführung eines Parteiauftrages durch Herrn Herrgenröder sein* (H., Schriftleiter der HLZ, wird angelastet, der DKP nahezustehen – Anm. AK) *und wohl kaum, so nehme ich doch an, Gegenstand der Beschlußfassung durch den Landesvorstand. Vor kurzem berichtete Herr Herrgenröder in einer Ausgabe der HLZ noch über 2000 Fälle. Die eine Zahl ist genauso erlogen wie die andere (!) und nichts anderes als hetzerische Verleumdungspropaganda (!!) gegen die Bundesrepublik und ihre staatlichen Organe. Aber dafür gibt es ja noch hinreichend andere Beispiele in der von Herrn Herrgenröder redigierten Zeitschrift des Landesverbandes.* (ein dickes Kompliment für H.s redaktionelle Tätigkeit, wie man über alle politischen Differenzen hinweg neidlos anerkennen muß! – Anm. AK) *So darf man wohl die Tatsache, daß auf der Titelseite der einzige Hinweis auf die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft buchstäblich auf den Kopf gestellt wurde, als äußeren Ausdruck der Redaktionspolitik werten."*

Seine Brisanz bekommt dieser Angriff auf den Vorstand und die Schriftleitung der GEW Hamburg (der Landesvorstand hatte den Beschluß zur Teilnahme an der Demonstration gefaßt) vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Ausschlußverfahren gegen Ortsvorstand und Redaktion der Bochumer GEW. Auch dort geht es um die Durchsetzung von Zensur und Informationsverbot: Über Proteste gegen die Drohung mit einem neuen Kommunistenverbot darf die Gewerkschaftspresse ebensowenig berichten wie über Berufsverbote.

Augenscheinlich hat dieses Vorgehen System: Ein innergewerkschaftlicher Radikalenerlaß (Unvereinbarkeitsbeschlüsse) wäre ja ohne innergewerkschaftliche Zensurmaßnahmen ebenso unvollständig wie die Berufsverbote ohne §88a und 130a. Es geht darum, das Thema Repression für tabu zu erklären. Ebenso unverkennbar ist der Zusammenhang zwischen den Maßnahmen und der gegenwärtigen politischen Situation: Das R u s s e l l - T r i b u n a l steht vor der Tür und damit eine ebenso massive wie wirkungsvolle Kritik ausländischer Demokraten an westdeutschen Berufsverboten, Kommunistenverfolgung usw.

Man tut wohl gut daran, die Rolle der DGB-Führung in dieser unangenehmen Situation für unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung" nicht zu unterschätzen: Bald zwei Jahre ist es her, als der DGB angesichts einer ersten Kritikwelle ausländischer Schwesterparteien der SPD an den Berufsverboten dem „Modell Deutschland" hilfreich zur Seite sprang: Man versprach damals, eine Broschüre für die ausländischen Kritiker zu erstellen, in der „bewiesen" werden sollte, wie lupenrein demokratisch die westdeutsche Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst sei. Diesem Projekt freilich blieben glanzvolle Erfolge versagt. Bedauerlicherweise wurde das Werk der westdeutschen Öffentlichkeit ganz vorenthalten. So wurde z.B. dem Verlag J.Reents, der sich seinerzeit brennend dafür interessierte, zwar die Zusendung versprochen, aber das Erscheinen „verzögerte sich bedauerlicherweise" immer mehr, obwohl – wie zu hören war – Materialzusammenstellungen ans Ausland gegangen sein sollen. Diese Broschüre „dürfte wahrscheinlich Ausführung eines Auftrags durch die DGB-Führung gewesen sein" (wobei eine „Partei" wohl kaum der Auftraggeber war...) und ganz sicher nicht „Gegenstand der Beschlußfassung" auch nur eines einzigen gewerkschaftlichen Basisgremiums!

Eine erkennbare Wirkung auf demokratische Kräfte im Ausland hatte dieses Unternehmen nicht gehabt. Hinzu kommt, daß die Situation heute von berufener Stelle so eingeschätzt wird, daß es unmöglich sei, auf die ausländischen „Modell Deutschland"-Gegner z.B. durch „Infiltration" des Russell-Tribunals einzuwirken (siehe Geheimpapier des Innenministeriums zum Russell-Tribunal, AK 121). Als sinnvoll wird jedoch ausgegeben, eine Gegenkampagne u.a. durch Organisationen und Verbände durchzuführen, um das Russell-Tribunal auf alle Fälle „an der Heimatfront" zu isolieren. Man braucht keine hellseherischen Gaben, um zu schließen, daß also nicht irgendwelchen Verbänden, sondern dem D G B die Hauptrolle bei der Liquidierung der Protestbewegung zufallen soll.

Es wäre völlig verfehlt, den „Fall" Bochum als Einzelmaßnahme einzuschätzen. Zwar dürfte der GEW Hamburg gegenüber nicht gleich ein solches Geschütz aufgefahren werden (hier bietet sich hier zunächst die Suspendierung der Mitarbeit im DGB-Kreis Hamburg wegen „Verstosses gegen die DGB-Satzung" an, wie seinerzeit auch mit der GEW Westberlin verfahren worden war). Dennoch: Es riecht nach Gewerkschaftsausschlüssen.

Letztendlich geht es in diesem Konflikt darum, inwieweit die DGB-Mitgliedschaft noch „vereinbar" ist mit Aktivitäten gegen die Repression. Alle diejenigen, die stets die Einbeziehung der DGB-Führung in den Kampf um die Verteidigung demokratischer Rechte beschwören, täten daher gut daran, sich mit aller Kraft für die GEW Hamburg und Bochum zu engagieren, wenn es ihnen ernst damit ist, als Gewerkschafter und mit Gewerkschaftern gegen die Repression zu kämpfen.

Umso bedeutsamer ist es, daß die GEW Hamburg der Distanzierungsaufforderung Fristers n i c h t nachgekommen ist, sondern bei ihrem Aufruf für die Demonstration geblieben ist. Ebenso wird die GEW Hamburg Berufsverbote weiterhin als solche bezeichnen und weiterhin dagegen angehen.

Zensur: Ausschluß nicht hinnehmen!

Bochum: Wie im letzten AK berichtet, sollen 18 Kollegen des Ortsverbandes Bochum aus der GEW ausgeschlossen werden.

Grund: Der Abdruck eines Antrags im Bochumer „GEW-Info", der sich gegen die Verbotsdrohungen für K-Gruppen richtet.

Außerdem wird ihnen die Veröffentlichung einer Erklärung der Bochumer „Aktionseinheit gegen die verschärfte politische Unterdrückung", in der neben Falken, ESG und SDAJ auch der KB und die „KPD" mitarbeiten, als Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB vorgeworfen.

Von den Ausschlußdrohungen ist – bis auf zwei Kollegen – der gesamte Ortsvorstand und die Redaktion des Bochumer „GEW-Infos" betroffen.

Man fragt sich, was den Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen zu diesem hysterischen Schritt veranlaßt. Würde das Schule machen, so müßte eine Vielzahl von LGEW-Mitgliedern und Funktionären ausgeschlossen werden, haben doch beispielsweise in Hamburg verschiedene Gremien Anträge desselben Inhalts bereits verabschiedet.

Die Bochumer Kollegen sind denn auch der Überzeugung, daß der Landesvorstand nur einen Anlaß suchte, um mißliebige linke Gewerkschafter aus der GEW rauszukanten.

Bis vor drei Jahren war nämlich die Welt noch in Ordnung. Doch als der damals rechte Ortsvorstand von den Linken gekippt wurde, und diese aus ihrer Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung keinen Hehl machten, ließen die „Frister-Sympathisanten" nichts unversucht, um in Bochum wieder die alten, rechten Verhältnisse herzustellen.



„Wer hat hier von Repression gesprochen - VORTRETEN!"

Erster Schritt: ca. 230 Rechte verließen den Ortsverband Bochum und traten in den OV Wattenscheid ein. Das war und ist möglich, weil Bochum und Wattenscheid eine kommunale Einheit bilden. Tonangebend im OV Wattenscheid, der vor drei Jahren ca. 70 und jetzt ca. 300 Mitglieder zählt, ist die Landesvorsitzende von NRW, Ilse Brusis. (Bochum hat jetzt aber immer noch ca. 1200 GEW-Mitglieder).

Als zweiter Schritt ist die Vereinigung der Ortsverbände Wattenscheid und Bochum in Planung. Nur stört es die „Kollegin" Brusis erheblich, daß in einem gemeinsamen Verband eine linke Mehrheit zustandekommen könnte. Um das zu ändern, sollen die Exponenten oppositioneller Politik, die nach Meinung des Landesvorstandes im Ortsvorstand sitzen, mundtot gemacht werden. Und das geschieht – wie jeder gut nachvollziehen kann – am sichersten durch Ausschluß.

Reaktionen auf die Ausschlußdrohungen

Die Bochumer Kollegen haben sich über eine gemeinsame Stellungnahme von den 15 Betroffenen hinaus um die Solidarität anderer Orts- und Landesverbände bemüht, was mittlerweile seine Früchte trägt. Die Fachgruppe Gesamtschulen von NRW (wie übrigens auch das gleiche Gremium im Hamburger LV) fordert den Hauptvorstand auf, die Ausschlüsse zurückzunehmen. Die französische Lehrergewerkschaft FEN erkundigte sich in Frankfurt nach dem seltsamen Demokratieverständnis der GEW-Spitze. In vielen Betriebsgruppen wird die von den Bochumer Kollegen vorgeschlagene Unterschriftenkampagne unterstützt.

Die Mitgliederversammlung des OV Bochum vom 25.1. stellte sich mit großer Mehrheit ebenfalls hinter die Betroffenen. Ein Kollege schreibt im neuen „GEW-Info" 1/78: *„Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind ein Schritt Unterdrückung in der BRD-1978"* und fordert alle, die *„Kritik an den UVBs geübt haben, Taten folgen zu lassen".*

Doch auch dieGegenseite schläft nicht. Der Landesvorstand hat an alle Bochumer GEW-Mitglieder am 19.1. '78 ein achtseitiges Schreiben geschickt, in dem er die Kollegen vor der Solidarität mit den Betroffenen warnt. *„Schon seit längerer Zeit bemühen sich Teile des Bochumer Ortsvorstandes um eine Fraktionierung und damit Spaltung innerhalb der GEW, u.a. auch als Organisatoren überregionaler sogenannter ‚Linken-Treffs'. Die Beschwerden von Bochumer GEW-Mitgliedern über ein politisch unerträglich einseitiges ‚Bochumer GEW-Info' häuften sich".* (Bochumer Kollegen hatten Landesvertreterversammlungen vorbereitet - und durch solche Absprachen konnten z.B. auf der letzten LVV fast alle Vorstandsanträge zu Fall gebracht werden.) Den Betroffenen wird vorgeworfen, ihre Dokumentation *„an ausgewählte Empfänger"* verschickt zu haben *„mit dem Ziel, sie zu einer Unterschriftenleistung unter ein ‚Solidaritätsschreiben' zu bewegen."* Der Landesvorstand scheut sich nicht, sich selbst als Hüter der Demokratie aufzuspielen und die vom Ausschluß Bedrohten als Demagogen und Betrüger hinzustellen: *„Die Infamie einer solchen Aussage* (daß durch administrative Repression kritische Kollegen mundtot gemacht werden sollen, Anm. d. Red.) *besteht nicht nur darin, daß Mitglieder des Landesvorstandes, die alle keinen Vergleich zu scheuen brauchen, wenn es um wirksames Eintreten für demokratische Grundrechte geht, pauschal und demagogisch diffamiert werden, sondern auch in dem Maße, wie unbefangene Kolleginnen und Kollegen für ‚dumm verkauft' und zu ‚nützlichen Idioten' gemacht werden sollen."*

Dieser Hammer hat offensichtlich seine Wirkung verfehlt, denn der Landesvorstand sah sich genötigt, in einem neuen Rundschreiben an alle Ortsvorstände vom 30.1. die Kollegen davor zu warnen, keinen Informationen aus Bochum zu glauben. Vom Landesvorstand ersehnte reaktionäre Stimmen im OV Bochum selbst wie z.B. die eines Herrn Stanek *„der OV Bochum mißbrauche unsere Mitgliedbeiträge, um radikalen Gruppen eine Plattform in seinem Info zu verschaffen"* und *„bringe uns in den Verdacht, mit Terroristen zu sympathisieren."*, sind in der Minderzahl („GEW-Info" Bochum 1/78).

Wie aus informierten Kreisen verlautet, soll im Hauptvorstand vielleicht doch nicht so heiß gegessen werden wie gekocht worden ist - man wolle denen in Bochum „nur" einen Warnschuß verpassen. Damit wäre für die Betroffenen die Sache aber nur halb gewonnen. Das Verfahren käme demzufolge vor die Landesschiedskommission. Wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens kann dieses Verfahren dann ebenfalls mit Ausschluß enden. Der Landesvorstand versucht, die Betroffenen auseinander zu dividieren, indem er „anbietet..: *„Ausgenommen sollten die verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen bleiben, die sich von der Veröffentlichung distanzieren"* (Brief vom 19.1.).

Damit hätte die Gewerkschaftsführung die „Rädelsführer" raussortiert und der Ausschluß wäre wahrscheinlicher denn je.

Es ist zu hoffen, daß die Betroffenen bei einem einheitlichen Vorgehen bleiben und sich nicht auseinanderdividieren lassen. Die angelaufene Solidaritätskampagne sollte ihnen dabei eine Stütze sein. Nach dem Massenausschluß in Westberlin steht vor der GEW-Linken jetzt mehr denn je die Aufgabe, den Amoklauf von Frister und seinen Helfern zu stoppen.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

„Wir befinden uns nicht in einem Gerichtsverfahren"

Ein vom Ausschluß bedrohter Bochumer Kollege in einem Brief an den Geschäftsführer beim Hauptvorstand der GEW (Bund):

„sehr geehrter Kollege Walz, in Ergänzung meines Schreibens vom 30.12.1977 bitte ich Sie, mir doch eine Kopie der Antragsschrift meines Landesvorstandes zu überlassen. Die Kosten hierfür will ich gerne übernehmen.
Sie haben sicher Verständnis dafür, daß ich als Beschuldigter wie in jedem normalen Verfahren den Schriftsatz des Antragstellers zur Hand haben möchte.
Mit gewerkschaftlichem Gruß..."

Der Kollege möchte schwarz auf weiß wissen, warum er gegen die UVBs verstoßen haben soll.

Darauf der „Kollege" Walz:

„Ich sehe keine Notwendigkeit, Ihnen eine Kopie der Antragsschrift des Landesvorstandes zu überlassen. Wir befinden uns nicht in einem Gerichtsverfahren, sondern in einem Prozeß der innergewerkschaftlichen Willensbildung [!], und Sie haben die Möglichkeit, an dieser Willensbildung des Hauptvorstandes durch eine Stellungnahme teilzunehmen. Im übrigen ist überhaupt keine Schriftform für die Antragstellung durch den Landesvorstand vorgeschrieben. Sie kennen den Vorwurf, der Ihnen gemacht wird, in vollem Umfang, und für Ihre Teilnahme an dem Prozeß der innergewerkschaftlichen Willensbildung durch den Hauptvorstand haben Sie die Möglichkeit, sich zu den Tatsachen und zu Ihrer Bewertung zu äußern.
Mit freundlichen Grüßen..."
(„GEW-Info" Bochum 1/78)

Das ist ja nun auch wirklich zu viel verlangt. Den DGB (wenigstens) auf bürgerliche Rechtsnormen festlegen zu wollen - das käme ja fast einer Revolution gleich. Schließlich leben wir nicht im Jahr 1848...



Perspektive der GEW-Westberlin
Von wo droht die Gefahr?

Anfang März soll in der Westberliner GEW eine außerordentliche - Landesvertreterversammlung stattfinden. Thema ist die ,,Perspektive der GEW-Berlin'' (dabei soll auch die Frage entschieden werden, ob die Klage gegen den Ausschluß aus der Bundesorganisation weitergeführt wird oder ob die GEW-Westberlin von weiteren gerichtlichen Schritten absieht, wenn die GEW-Bund den Westberlinern ihren Namen (,,GEW-Berlin'') nicht streitig macht).

In einem Artikel in der ,,Berliner Lehrerzeitung'' (1/78) nahm das Vorstandsmitglied Erhard Laube als erster Stellung zu diesem Thema. Er kritisiert an der letzten LVV, daß deren Beschlüsse den Mitgliedern nicht vermittelt werden könnten, da sie am Bewußtseinsstand der Mitglieder vorbeigingen. Fest macht er dies an einer verabschiedeten Solidaritätserklärung mit den Herausgebern des ,,Buback-Nachrufs'', die - so Laube - weder vor noch auf der LVV ausreichend diskutiert worden sei. Er fragt:

,,*Liefern wir uns nicht vorbehaltlos Solidarisierungszwängen aus, wenn keine Diskussion um die Inhalte, um die es doch geht, stattfindet?*''
Diese Frage wäre sicherlich berechtigt, wenn dieses Thema in der Mitgliedschaft nicht diskutiert werden würde und wenn sie gestellt würde, um die Möglichkeiten zu diskutieren, w i e dies erreicht werden kann. Erhard Laube sieht das Hauptproblem jedoch ganz woanders:

,,*Weshalb konnte nicht diskutiert werden, ob die Veröffentlichung des Nachrufs eine politische Dummheit war? Hätte die LVV nicht sagen müssen, daß die Träumereien des Mescaleros durch ihre Veröffentlichung zu einem Instrument der Repression werden mußten?*'' D.h., ihm geht es gar nicht darum, daß eine Solidaritätsresolution vor ihrer Verabschiedung in der Mitgliedschaft diskutiert wird, sondern daß sie überhaupt nicht verabschiedet wird. Für ein Unding halten wir es in diesem Fall, wenn er sich dabei ausgerechnet auf die Mitglieder beruft.

Ein kurzer Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses LVV-Antrages beweist, daß Laubes Argument, hier sei nicht ausreichend diskutiert worden, vorgeschoben ist.
Der ,,Buback-Nachruf'' wurde bekanntlich u.a. von einer Gruppe Westberliner Hochschullehrer (fast - alle Mitglieder der GEW-Westberlin) nachgedruckt. Angesichts der Straf- und Ermittlungsverfahren gegen - Nachdrucker und der Suspendierung von Peter Brückner hatte die Betriebsgruppe PH eine Resolutionsvorlage erstellt, die auf der Mitgliederversammlung des Bezirks Steglitz diskutiert und fast einstimmig als Antrag an die LVV verabschiedet wurde. Ebenso war dies Diskussionsgegenstand anderer GEW-Gliederungen.

Indem Laube trotzdem unterstellt, hier würden ,,*die Interessen der Mitglieder unberücksichtigt*'' gelassen, - indem er behauptet, viele Delegierte würden die GEW-Westberlin ,,*als Ersatzpartei oder Bürgerinitiative für alles*'' begreifen, versucht er, das kritische Engagement der GEW-Westberlin gegen Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen als Gefahr für die Existnz der Gewerkschaft hinzustellen, wogegen er stellt:

,,*Der Kampf um materielle und bildungspolitische Belange muß Priorität behalten, wenn die GEW BERLIN nicht als Organisation gefährdet werden soll*''.

Zweifellos steckt dahinter die - nicht ausgesprochene - Überlegung, daß die GEW-Westberlin sich nicht nur auf der Ebene der Satzung, sondern auch von der praktischen Politik her nicht zu weit von den übrigen DGB-Gewerkschaften entfernen dürfe, um mögliche Chancen einer ,,Wiedervereinigung'' nicht zu verspielen.

Wie dabei teilweise durch überängstliche Reaktionen auch der Weg fortschrittlicher Gewerkschaftspolitik - verlassen werden kann, zeigt ein Beispiel der letzten LVV. Dort wurde ein satzungsändernder Antrag, nach dem arbeitslose Kollegen Vollmitglieder - werden sollten, mit der Begründung abgelehnt, dies würde die angestrebte Fusion der beiden GEWs erschweren, obwohl dies in allen Landesverbänden eine von vielen Mitgliedern unterstützte Forderung ist. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Nur wenn die GEW-Westberlin nicht nur auf Schulebene, sondern gerade auch in ihrem Engagement gegen den Abbau demokratischer Rechte ein Vorbild für konsequente Gewerkschaftspolitik darstellt, kann sie politisch so stark werden, daß sie überlebensfähig bleibt.

,,Alternative'' koaliert mit dem DL

Hamburg. Hatten die rechten Spalter (zweite GEW-Liste) bei den Lehrerkammerwahlen sich immer als ,,Alternative'' zu der ,,kommunistisch unterwanderten'' GEW Hamburg präsentiert, so hat sich schon auf der konstituierenden Sitzung der Lehrerkammer am 18.1. gezeigt, wes' Geistes Kind sie sind: Bei den Wahlen zum Vorsitzenden und zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden stimmten sie gemeinsam mit dem DL, so daß jetzt die GEW als stärkste Fraktion nicht mehr im Lehrerkammervorstand vertreten ist. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um enge Kampfgefährten von Frister handelt, so wird deutlich, wie weit diese Leute nach rechts zu gehen gedenken, nämlich bis zum ständischeh Deutschen Lehrerverband.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Schulbuchzensur geht weiter

Bayern: Im letzten AK berichteten wir darüber, daß Texte fortschrittlicher Autoren (Wallraff, Biermann, Fried, Leserbrief eine ,,Selbstkontrolle'' der Schulbuchverlage zu fordern: ,,Ich möchte die mir als besonnen

werden, ob die Veröffentlichung des Nachrufs eine politische Dummheit war? Hätte die LVV nicht sagen müssen, daß die Träumereien des Mescaleros durch ihre Veröffentlichung zu einem Instrument der Repression werden mußten?'' D.h., ihm geht es gar nicht darum, daß eine Solidaritätsresolution vor ihrer Verabschiedung in der Mitgliedschaft diskutiert wird, sondern daß sie überhaupt nicht ver-

werden soll''.
Zweifellos steckt dahinter die - nicht ausgesprochene - Überlegung, daß die GEW-Westberlin sich nicht nur auf der Ebene der Satzung, sondern auch von der praktischen Politik her nicht zu weit von den übrigen DGB-Gewerkschaften entfernen dürfe, um mögliche Chancen einer ,,Wiedervereinigung'' nicht zu verspielen.

DL, so daß jetzt die GEW als stärkste Fraktion nicht mehr im Lehrerkammervorstand vertreten ist. Wenn man bedenkt, daß es sich hier um enge Kampfgefährten von Frister handelt, so wird deutlich, wie weit diese Leute nach rechts zu gehen gedenken, nämlich bis zum ständischen Deutschen Lehrerverband.
Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Schulbuchzensur geht weiter

Bayern: Im letzten AK berichteten wir darüber, daß Texte fortschrittlicher Autoren (Wallraff, Biermann, Fried, Fichte) aus bayrischen Lesebüchern entfernt werden. Inzwischen hat Kultusminister Maier den bayerischen Index gerechtfertigt. Versucht er die Bedeutung der Zensur zunächst herunterzuspielen (,,*sonst hätten wir - nämlich noch die Lesebücher der fünfziger Jahre*''), so bezichtigt er dann alle, die sich gegen die Zensur wenden, der ,,unkritischen Verehrung'' der inkriminierten Schriftsteller: ,,*Wer an diese Lieblinge rührt, wird verbellt und beschossen, daß es nur so eine Art hat*''.

So werden die Verhältnisse total auf den Kopf gestellt und Maier, der Zensor, erscheint als der von den Linken Bedrängte. Dabei kann jeder in den bereinigten Schulbüchern nachlesen, wer in diesem Staat die Macht hat.

Rheinland-Pfalz: Einen Hetzartikel in der ,,Welt'' vom 14.1. über das Schulbuch ,Politik im Aufriß' nahm die Kultusministerin von Rheinland-Pfalz, Laurien, zum Anlaß, in einem Leserbrief eine ,,Selbstkontrolle'' der Schulbuchverlage zu fordern:

,,*Ich möchte die mir als besonnen und demokratisch bekannte Vereinigung der Schulbuchverleger anregen, eine Selbstkontrolle einzuführen, damit nicht Schulbücher überhaupt in Mißkredit geraten. Auf welchen Dauermarkt rechnen private Verlage, - wenn ihre Produkte die freiheitliche Demokratie schwächen statt stützen?*'' (,,Welt'', 28.1.78).

Ebenso wie die CDU in Niedersachsen rechten Elternräten die Zensur überläßt, versucht auch Laurien mit diesem Vorschlag, Zensur durchzusetzen, ohne sich die Finger - schmutzig zu machen. Daß sie damit Erfolg haben könnte, hat der Crüwell-Verlag, der das in Bayern zensierte Deutsche Lesebuch herausgibt, schon durchblicken lassen: ,,*Wir wollen damit nicht groß an die Öffentlichkeit. Denn wir wollen erreichen, daß unser Lesebuch noch zugelassen wird*'' (,,Stern'', 2.2.78).

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Gegen ,,Meinungskeimfreiheit''

Zu dem Verbot der Hamburger Schulbehörde, mit dem Lehrern untersagt wird, im Dienst die Plakette ,,Atomkraft – Nein Danke'' zu tragen, hat jetzt der Leiter der Laborschule des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Hartmut von Hentig in einem Schreiben an Senator Apel Stellung bezogen.

Hentig meint, daß dieses Verbot an den Grundsätzen politischer Erziehung rüttele, an deren Verwirklichung er seit 25 Jahren arbeite: ,,*Dies würde alle in der Nachkriegszeit entwickelten differenzierten Absichten des politischen Unterrichts zunichte machen. Wir haben aus der Analyse des Versagens der Bildung vor dem Phänomen des Nationalsozialismus gelernt, daß Politik als solche nur durch Situationen und Personen erfahren wird und nicht durch Wörter. Der meinungskeimfreie Lehrer versagt dem Schüler, was dieser in erster Linie braucht: die Gelegenheit, einen eigenen Standort, ein eigenes Urteil zu fassen ... Im Gegensatz zum Schreiben von Herrn Rellstab* (der für die Behörde das Plakettenverbot begründete – Anm. AK) *bin ich der Meinung, daß die Ausgewogenheit, die dem Bilden eines eigenen Urteils dienen soll, nur dann ihren Zweck erfüllt, wenn der Lehrer selber bereit ist, ein Urteil zu fassen und dies auch zu bekennen*''.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

,,Was heißt hier Liebe?''

In Hamburg spielt das Klecks-Theater zur Zeit das Stück ,,Was heißt hier Liebe'', in dem in einer bunten Szenenfolge Fragen aus dem sexuellen Bereich angesprochen werden (Homosexualität, Selbstbefriedigung usw.).

Hatte die Schulbehörde zunächst den Besuch des Stückes empfohlen, so hat sie jetzt nach dem Protest des von der CDU beherrschten Landesschulbeirats und der Elternkammer diese Aufforderung zurückgezogen. Jetzt muß ein Lehrer, der mit seiner Klasse das Stück besuchen will, von allen Eltern das Einverständnis einholen.

Russell-Arbeitskonferenz über Unvereinbarkeitsbeschlüsse

In Köln wird am 25./26. Februar eine nationale Konferenz über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, veranstaltet durch die örtliche Russell-Initiative, stattfinden. Es soll erörtert werden, wie das Thema UVBs im III. Russell-Tribunal über politische Unterdrückung in der BRD am besten eingebracht werden kann. Einige Betriebsräte, Anwälte und Journalisten haben bereits ihre Teilnahme zugesagt; auch das Sekretariat des Tribunals wird dort vertreten sein.(näheres siehe Artikel in diesem AK/Russell-Teil).

,,Besorgte'' Lehrer erhalten Antwort

Frankfurt: Im letzten ARBEITERKAMPF wurde berichtet, daß einige Lehrer des Frankfurter Abendgymnasiums (AG) anläßlich der Angriffe des Kultusministeriums wegen des zu guten Zensurendurchschnitts an dieser Schule öffentlich gefordert hatten, die Praxis der Zensurenvergabe zu verschärfen. Sie gaben vor, dies aus Sorge um ,,*die Existenz dieser Schule ... und nicht zuletzt den eigenen Arbeitsplatz*''zu tun. Um, ihren Vorwürfen noch den richtigen Drall zu verpassen, wurde behauptet, daß die Mehrheit der Lehrer und Schüler des Abendgymnasiums sich dem ,,Diktat'' einiger kommunistischer Lehrer und Schüler unterwerfen müßte.

Diesen ,,besorgten'' Lehrern wurde jetzt vom Personalrat des Abendgymnasiums die eine Antwort gegeben:
Zunächst begrüßte es der Personalrat ,,*ganz ausdrücklich, daß in diesem Kollegium auch kommunistische Meinungen vertreten werden können*''. Die gegenwärtigen Angriffe gegen das Abendgymnasium, so der Personalrat, verfolgten vor allem das Ziel, die in der Entstehungsphase der Schule eingeräumten Freiheiten jetzt Zug um Zug einzuschränken.

,,*Wir bemühen uns, möglichst gute Noten zu geben, und wir stehen dazu*'', erklärte der Personalrat - außerdem, denn in der gegenwärtigen Arbeits- und Ausbildungssituation - ,,*ist die Note ein derartiges Instrument geworden, daß man als Lehrer in die Nähe eines Scharfrichters - kommt*''. Schließlich vertritt der Personalrat die Auffassung, daß sich ,,*die öffentliche Meinung ... eher mit den Schulen beschäftigen* (sollte), *die unter dem Notendurchschnitt liegen, denn die produzieren soziales Elend*'', weil diese zum Zweck der Auslese ,,*durch Druck von oben Noten verschlechtern*''.

Jedoch ließ auch die Reaktion der Behörde nicht auf sich warten. So wurde inzwischen der Lehrer Klaus K. versetzt und disziplinarische Ermittlungen gegen ihn eingeleitet, weil er in einem GEW-Info den Boykott von Lehrern und Schülern für legitim erklärt hatte. Dagegen hat die GEW-Frankfurt protestiert und die Rücknahme dieser Disziplinierungsmaßnahme gefordert.

ausländische Arbeiter in der BRD

Einreiseverbot für politische Flüchtlinge aus Chile

Im Oktober 1976 hatte die Hamburger Gruppe von amnesty international Visa-Anträge für eine Gruppe Gefangener aus Südchile gestellt, die nach einem Überfall auf eine Polizeistation verfolgt, verhaftet und gefoltert worden waren. U.a. wurde auch der Verteidiger der chilenischen Genossen kurz vor Beginn des Prozesses verhaftet (Vergleiche mit der BRD drängen sich auf). Im Mai/Juni 77 entschied das Bundesministerium des Innern negativ, unterrichtete amnesty international jedoch erst Ende Oktober 77 davon.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 19. Oktober 1977 stellte der CDU/CSU-Abgeordnete Graf Huyn die Frage:

,,*Wie viele Flüchtlinge aus Chile sind seit Sturz des chilenischen Diktators Allende in der BRD aufgenommen worden, und bei wievielen darunter liegen Hinweise darüber vor, daß sie dringend des Terrorismus oder der Zusammenarbeit mit Terroristen und kommunistischen Parteien oder Organisationen verdächtig sind?*''

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesamt für Inneres, Gerhard Baum antwortete:

,,*Seit Beginn der Aufnahmeaktionen für politisch verfolgte Personen aus Chile sind rund 2.500 Personen in die BRD eingereist. Es handelt sich hierbei überwiegend um Personen die den Gruppierungen der ehemaligen Volksfront, darunter auch der kommunistischen Partei Chiles, angehören oder ihnen nahestehen.*

Vor der Einbeziehung in die Aufnahmeaktion wird in jedem Einzelfall – das ist in diesem Hause wiederholt dargelegt worden – eine eingehende Sicherheitsüberprüfung durchgeführt. Soweit hierbei sicherheitsrelevante Informationen gewonnen werden, werden diese besonders sorgfältig gegen die humanitären Aspekte des jeweiligen Falles abgewogen. Des Terrorismus verdächtigte Personen oder politische Gewalttäter, insbesondere Angehörige der chilenischen Organisation ,,MIR'' sind von der Aufnahme grundsätzlich ausgeschlossen, auch wenn es dort in wenigen Einzelfällen unter besonderen Voraussetzungen Ausnahmen gegeben hat'' (Zitate aus: ,,Innere Sicherheit'', BMI, Nr. 41, 2.12.77). Wodurch unterscheiden sich diese bundesdeutschen Parlamentarier im Geiste eigentlich noch von den chilenischen Henkern?

Ausländerkommission

Dortmund: Diskriminierung ausländischer Jugendlicher

Bis vor einigen Monaten gab es in Dortmund ausgesprochene ,Ausländerdiskotheken', Treffpunkte ausländischer Jugendlicher. Das hat sich geändert. ,,*Fast alle Dortmunder Diskotheken lassen keine ausländischen Jugendlichen mehr ein.*''

Manche Diskotheken sind zur Ausgabe von Klubkarten übergegangen. Ein Gast, der keine hat, kommt nicht hinein. Ausländer, die eine ergattert haben, bleiben auch so vor der Tür. ,,*Wenn wir sie vorzeigen, sagt man, da müsse erst ein Stempel vom Inhaber drauf, und der Inhaber ist nicht da. Deutsche kommen auch ohne Stempel hinein.*''

Ausländische Mädchen dagegen, die wenigen, die von ihren Eltern aus dem Haus gelassen werden, werden den männlichen Deutschen jedoch gerne präsentiert... (Alle Zitate nach ,,WR'' vom 26.1.78)

Ein Dortmunder Genosse



Hamburg-Kirchdorf: Pastor suspendiert

Seit über einem Jahr gibt es den Konflikt zwischen dem Kirchenvorstand und der Gemeinde von Kirchdorf. Das Nordelbische Kirchenamt hat diesen Konflikt am 31.1.78 damit gelöst, daß sie den Gemeindepastor Hans Werner seines Amtes enthoben (suspendiert) hat.

Neben das alte Dorf Kirchdorf in Hamburg-Wilhelmsburg wurde vor einigen Jahren direkt an die Autobahn eine Hochhaussiedlung nach der Art Osdorfer Born (Hamburg) oder Märkisches Viertel (Westberlin) gesetzt. Pastor Werner versuchte zu-
oder Märkisches Viertel (Westberlin) gesetzt. Pastor Werner versuchte zu-
sammen mit seinem Kollegen und den übrigen Mitarbeitern der Kirchengemeinde, den vielen sozialen Problemen in dieser Siedlung durch vielerlei Angebote gerecht zu werden. Sein Amtsbruder Bergner über Hans Werner:„*Durch seine Arbeit haben wir die höchste Zahl der Erwachsenen-Taufen im Kirchenkreis Harburg.*" Während überall Kirchenaustritte beklagt würden, seien dadurch im gesamten Kirchenkreis „*die Kirchenwiedereintritte an der Tagesordnung*" (zit.n.„Die Welt", 19.1). Dabei entstand eine neuartige Gemeindearbeit, die aber dem aus konservativen Mitgliedern bestehenden Kirchenvorstand nicht paßte.Mit Intrigen und Verleumdungen auf allen Ebenen der Hierarchie wurde versucht, sich dieses Pastors zu entledigen. Die Gemeinde aber will ihren Pastor nicht hergeben. Über 1000 Unterschriften wurden in den letzten Wochen für das Verbleiben von Pastor Werner in Kirchdorf gesammelt.

Mit einem spontanen Gottesdienst in dem Neubaugebiet reagierten die Gemeindemitglieder auf die Suspendierung ihres Pastors. „*Pastor Werner hat soviel für uns getan, ich werde meinen Jungen nur von ihm konfirmieren lassen. Wenn es nicht in der Kirche stattfinden darf, dann bei uns im Party-Keller*" sagte eine Frau, die über die Maßnahme der Kirchenführung empört war. Ähnlich reagierten viele Gemeindemitglieder. Sie planen weitere Aktionen, um gegen die menschenfeindliche Maßnahme der Kirchenführung zu protestieren.


Pastor Hans Werner

Pastor Werner hat seiner Suspendierung wiedersprochen. Er bleibt damit vorerst im Amt – bis zur Entscheidung des Nordelbischen Kirchenamtes über seinen Widerspruch.

Kirchenkommission

Für Tarifverträge — gegen Streikverzicht

Als „*verfassungspolitisch äußerst bedenklich*" bezeichnen die ÖTV-organisierten Kollegen in Bayern den Versuch der Ev. Kirche Bayerns, das Streikrecht abzulehnen. So lautet der entsprechende Paragraph in den Dienstverträgen: „*Dem Auftrag der Kirche, das Wort Gottes und die Versöhnung zu verkünden, Glauben zu wecken, Liebe zu üben und die Gemeinde zu bauen, widerspräche ein Arbeitskampf im kirchlichen Bereich. Die Vertragsparteien vereinbaren daher ausdrücklich, daß sie auf Streik und Aussperrung verzichten.*"

Nach Auffassung der Kollegen widerspricht dieser Passus dem Grundrecht der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer (nach ÖTV-Magazin 2/78).

Außerdem fordern die Kollegen Tarifverträge zwischen der ÖTV und den Kirchenbehörden. Bisher gab es sie nur in der alten Schleswig-Holsteinischen Landeskirche (übrigens mit Streikverzicht seitens der ÖTV-Führer), die aber jetzt auslaufen. In der jetzigen Nordelbischen Kirche steht die Entscheidung noch aus, ob es weiterhin Tarifverträge geben wird. Die bayerischen Kollegen kritisieren ebenfalls den Präsidenten des Diakonischen Werkes, Schober, der sich letztens für Lohnverzicht für '78 aussprach, da dieser angeblich Arbeitsplätze schaffen würde.

Die Kollegen schreiben: „*Viele Arbeitnehmer, besonders aber die kirchlichen Mitarbeiter, werden durch Äußerungen, wie Sie sie getan haben, erheblich in ihrer Einstellung zur Kirche und zur Arbeitswelt verunsichert*" („Neue Stimme" 1/78).

Das wäre nun so schlecht nicht – wichtig aber ist es, daß solche Äußerungen überall schärfstens zurückgewiesen werden.

Kirchenkommission

Ein Christ muß radikaler sein!

Unter dem Motto des Tübinger Theologieprofessors Käsemann luden über 20 Pastoren und kirchliche Mitarbeiter zu einer Podiumsdiskussion in Hamburg ein.

Als Gast kam der französische Theologieprofessor George Casalis, der auch Jury-Mitglied des III.Russell-Tribunals ist.

Was Casalis sagte, war für viele der gut 500 Anwesenden völlig neu.

Casalis berichtete über das III.Russell-Tribunal und begründete seine Zusage als Jury-Mitglied mit internationalen politischen Zusammenhängen, die seiner Meinung nach weiten westdeutschen Bevölkerungskreisen vorenthalten werden. Er stellte das Konzept der „Trilateralen Kommission" dar, in der ca. 250 Spitzenpolitiker aus den USA/Kanada,Westeuropa und Japan eine Art'imperialistischer Weltregierung' bilden. Diese Kommission habe ein Konzept der „Nationalen Sicherheit" entwickelt, das unterschiedliche innenpolitische Strukturen für die Länder der 1.Welt (USA/Kanada/BRD/Japan),der 2.Welt (Frankreich u.a.) und der 3.Welt („Billiglohnländer") vorsehe. Nach diesem Konzept der „Nationalen Sicherheit" ist die Gesellschaft völlig zu militarisieren:„*Jeder Zivilist ist ein potentieller Gegner des Systems*" (Casalis). Der Religion (Anm. für Kenner – Religion ist hier im Gegensatz zum christlichen Glauben gemeint) käme in diesem Konzept eine besondere Rolle zu – vor allem in der 2.u.3.Welt. Am Beispiel des rechtsradikalen Bischofs Lefebre und seiner Umtriebe in Frankreich, der durch sein Auftreten die gesamte Französische Bischofskonferenz nach rechts drängte, erläuterte Casalis seine Thesen.

Den Fall der Abschiebung des westdeutschen Rechtsanwalts Croissant aus Frankreich – ein Bruch des in Frankreich „heiligen" Asylrechtes, den es bisher in der Geschichte Frankreichs nicht gab – stellte Casalis ebenso glaubhaft in den Zusammenhang des Konzeptes der „Nationalen Sicherheit". Aus dieser internationalen Bedrohung der Demokratie, in der die BRD eine führende Rolle spiele, leitete er seine engagierte Mitarbeit im Russell-Tribunal her.

Als dringende Aufgabe für fortschrittliche Christen formulierte Casalis.

Ein Christ muß sich radikaler informieren!
Ein Christ muß radikaler denken!
Ein Christ muß radikaler hondeln!

DieseAusführungen wurden vom Podium (u.a. besetzt mit der Theologin Frau Dorothee Sölle und dem CVJM-Generalsekretär und Bürgerschaftsabgeordneten Gerhard Weber, FDP) und den Zuhörern mit Betroffenheit aufgenommen. Es entspann sich im gesamten Saal eine lebhafte, offene und solidarische Diskussion um das Russell-Tribunal, die Vorgänge um die „Selbstmorde" in Stammheim und Stadelheim und um die Aufgaben der Linken in der Kirche.

Auch im Rundfunk fand die Veranstaltung ein gutes Echo, so wurde zweimal ausführlich und ohne Hetze im NDR berichtet. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg – in ihrer Aussage und in ihrer Mobilisierung.

CDU und Kirchenleitung reagieren sogleich im Sinne der „Inneren Sicherheit"

Mit „*Empörung*" reagierte die Kirchenleitung und der schleswig-holsteinische Justizminister Schwarz (CDU) - beide sitzen übrigens in Kiel, während die Veranstaltung in Hamburg stattfand - auf die Inhalte des Einladungsflugblattes.

„*Empört*" sind sie, weil Pastoren und kirchliche Mitarbeiter zum Ungehorsam und Widerstand gegen staatliche und kirchliche Stellen aufgerufen haben.

Das nordelbische Kirchenamt sieht in der schlichten Frage „*nach den Umständen des Sterbens in Stammheim*" schon ein Beispiel „*linksradikaler Propaganda*".- Minister Schwarz, gleichzeitig Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein, witterte Leute, die einen „*Unrechtsstaat bekämpfen, den es gar nicht gibt.*"

Besonders der Hamburger Pastor Grell (53J.) liegt im Sperrfeuer der Springerpresse. Pastor Grell gehörte zum Einladerkreis und ist in Norddeutschland wegen seiner vielfachen mutigen Äußerungen schon oft in Konflikt mit der Kirchenleitung gekommen.

In einer noch nicht dagewesenen Einmütigkeit mit der CDU bezeichnet der Pressesprecher des Kirchenamtes die Kritik als „*penetrante Diffamierung der Kirchenleitung*", bescheinigt den Einladern „*Gesprächsunfähigkeit*" und behauptet, sie hätten „*der Kirche und der gewünschten Freiheit der Auseinandersetzungen keinen guten Dienst*" erwiesen.

Minister Schwarz fordert von den Christen, daß sie es als ihre Pflicht empfinden, „*das Recht zu achten*


George Casalis
Theologie-Professor aus Paris

und zu wahren", nicht aber zum Ungehorsam aufzurufen.

„*Diese Gruppe linker Theologen setze leichtfertig den liberalsten Rechtsstaat, den es je in Deutschland gegeben habe, mit jenem Unrechtsstaat gleich, den es schon lange nicht mehr gebe.*" (Alle Zitate – „Die Welt", 1.2.78) Die Notwendigkeit und die Reaktionen der Kirchenleitung und der CDU strafen diesen „Justiz"minister Lügen!

Kirchenkommission

Gefängnispfarrer gefeuert: »zu enger Kontakt mit Häftlingen ...«

Am 3.11.77 wurde der Pfarrvikar Christoph Engler – Anstaltsseelsorger in der Preungesheimer Vollzugsanstalt – von seinem Dienst beurlaubt. Die Kirchenleitung von Hessen-Nassau begann ein disziplinarisches Ermittlungsverfahren gegen Engler; die Gründe dafür seien in „*Schwierigkeiten zu sehen, die bei der Wahrnehmung der Anstaltsseelsorge entstanden sind*" („FR", 12.1.78). Erst Mitte Januar wurde bekannt, daß ebenfalls seit Anfang November '77 „*auch ein Ermittlungsverfahren der Frankfurter Staatsanwaltschaft lief*" („FR", 12.1.78).

Währen die Kirchenleitung ausweichend und verschleiernd erklärte, Engler sei „*in der Arbeit mit Gefangenen hinsichtlich der Behandlung und Protokollierung von Gesprächsthemen nach einer alten (liberalen) Konzeption vorgegangen, die er vielleicht im Hinblick auf die jüngsten Bestimmungen hätte ändern sollen*" („FR", 12.1.78), gab die Staatsanwaltschaft bekannt, „*sie habe wegen Verdachts der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. ... Die Ermittlungen gegen den Anstaltsseelsorger seien ,von Amts wegen' aufgenommen worde , nachdem man bei Zellen durchsu ıungen ,auf etwas gestoßen' sei. 'er Verdacht gegen Engler habe sic jedoch nicht bestätigt*" („FR", 12 .78).

Justizministeriur und Kirche sind eifrig bemüht, ihre Unabhängigkeit voneinander zu betonen...

Nachdem nun die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Engler eingestellt sind, ist auch die Beurlaubung von der Kirche aufgehoben worden. Er soll seine Arbeit in der Preungesheimer Anstalt fortsetzen – allerdings nur bis zum 28.2.78 (!), also nur zum Schein. Obwohl angeblich alle Verdachtsmomente sowohl von Staatsanwaltschaft als auch von der Kirche ausgeräumt sind, wird er dann schließlich doch rausgeschmissen, angeblich auf Beschluß der Kirchenleitung vom Januar '77. Aber selbst diese einmonatige Tätigkeit soll verhindert werden, diesmal wieder vom Justizministerium in Wiesbaden: Engler wurde „*der Schlüssel zur Anstalt vorenthalten*" („FR", 30.1.78). Durch diese Hinhaltetaktik soll offensichtlich vermieden werden, daß Engler überhaupt noch einmal das Anstaltsgelände betritt und seine Kontakte zu den Gefangenen wieder aufnimmt.

Enger Kontakt mit Inhaftierten – insbesondere, wenn es sich um politische Gefangene handelt – soll nach Ansicht der Kirchenleitung und des Justizministeriums ausgeschlossen werden. Geistliche, die ihren christlichen Auftrag ernst nehmen, sich besonders den Benachteiligten und Rechtlosen in dieser Gesellschaft anzunehmen, deren Partei zu ergreifen, geraten fast ausnehmslos in die Mühlen kirchlicher Disziplinierung, staatlicher Verfolgung und öffentlicher Verhetzung durch die Springerpresse. Der Frankfurter Gefängnispfarrer Engler ist da kein Einzelfall.

Der ehemalige Westberliner Bischof Scha sah sich einer ungeheuren Hetzte ausgesetzt, nachdem er im Oktober 1974 Ulrike Meinhof in der Moabiter Untersuchungshaftanstalt besucht hatte. Von Kreisen aus der Kirche wurde sein Rücktritt gefordert und die „*Boulevardblätter berichteten von einem Briefschmuggel des Bischofs.*" (U. Kleinert, „Seelsorger oder Bewacher", rororo-Taschenbuch).

Die gute Stellung in der Kirchenhierarchie bewahrte den Bischof vor Disziplinarmaßnahmen. Anders ging es der Sozialarbeiterin Undine Z., die den Bischof bei seinem Besuch bei Ulrike begleitet hatte und die durch ihren Beruf ständigen Kontakt mit den Häftlingen hatte. Sie wurde im November 1974 verhaftet, weil die Staatsanwaltschaft glaubte, in ihr eine heiße Spur zu denjenigen gefunden zu haben, die für den Tod von Kammergerichtspräsident Drenkmann verantwortlich sind. Obwohl sich diese Vermutungen als unberechtigt herausstellten, ging die Hetzkampagne gegen Undine weiter. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen wurden die drei Anstaltsgeistlichen der Moabiter Untersuchungsanstalt gefeuert, nachdem Verhöre und diskriminierende Maßnahmen gegen sie stattgefunden hatten, in denen ihnen keine Verfehlungen nachgewiesen werden konnten!

In Bayern wurde der Anstaltsseelsorger der Justizanstalt Bernau nach drei Jahren Tätigkeit entlassen, weil er sich „*zu sehr mit den ihm anvertrauten Gefangenen solidarisiert*" hatte (Kleinert). Er schreibt selbst dazu in einem Breif an den bayerischen Justizminister Held: „*Nur eines erkenne ich an, und das ist der Vorwurf, ich hätte mich zu sehr mit den zu Betreuenden solidarisiert. Ich glaube immer noch, daß ein Pfarrer, der sich als eine Art Advokat der Gefangenen versteht, trotzdem im Dienst der Justiz handelt und ihr damit nicht in den Rükken fällt*" (zit. nach Kleinert). Er kritisierte Verordnungen des Strafvollzuges, „*weil man Menschen nicht nur verwalten darf. Die Justiz ist besessen von Sicherheitsgedanken. Da ist menschliches Empfinden schon eine Ordnungswidrigkeit*" (zit. nach Kleinert).

Ebenfalls entlassen wurde die Anstaltspfarrerin Jutta J., die zwei Jahre lang in dem Frankfurter Frauengefängnis tätig war. Ihr wurde zu starke emotionale Nähe zu den Inhaftierten vorgeworfen, die sie auch den Gefangenen der Bewegung 2. Juni nicht entzog, wenn sie es wünschten. Jutta J. sieht die besonderen Möglichkeiten des Pfarrers so: „*Die Gefangenen sehen im Pfarrer eine Person, die nicht in die Hierarchie des Justizvollzuges hineingehört... Sie sehen in ihm die einzige Person im Haus, die Schweigepflicht hat*" (Kleinert). Zu den von Jutta J. betreuten Frauen gehört auch Ilse Jandt. Als Ilse nach Berlin verlegt wurde, schrieb Jutta J. ihr einen Brief mit ermutigenden Worten. Der Brief landete jedoch in den Händen der alliierten Geheimdienste in Westberlin. Obwohl nach einigen Auseinandersetzungen mit der Justizbehörde und der Kirchenleitung die Vorwürfe als erledigt angesehen und Jutta weiterhin das Vertrauen ausgesprochen wurde, mußte sie wenig später gehen und darf das Anstaltsgelände nicht mehr betreten, wozu sie eigentlich das Rechte hätte, da sie einen Auftrag zur Betreuung von Strafentlassenen hatte.

Kirchenkommission

Interview mit Dario Fo
»Kultur ist immer eine Klassenfrage«

Zu der italienischen Delegation, die vom 15.1. bis 18.1. die BRD besuchte, um Irmgard Möller und die anderen politischen Gefangenen zu unterstützen, gehörte auch der Theatermacher Dario Fo. Wir hatten Gelegenheit, ein kurzes Gespräch mit ihm zu führen, das wir im folgenden dokumentieren.

Zu Beginn erzählte Dario Fo einiges zur Entstehung der Theater-Gruppe »la comune«.

D.F.: »Vor zehn Jahren haben wir einen unheimlichen Sprung nach vorn gemacht, als wir aus den staatlichen Theatern ausgestiegen und in die Fabriken und Stadtviertel gegangen sind. Wir haben eine Gruppe gegründet, mit ungefähr 30 Personen, aus Technikern, Schauspielern und Sängern. Wir haben sofort zwei Schauspiele gemacht. Alle kriegen das gleiche bezahlt. Sehr wenig. Es gibt kein Rollenverhalten, daß einer der Sänger ist und einer der Techniker. Alle machen alles. Die Bühne wird von allen montiert. Wenn wir in Fabriken spielen, haben wir ja keine Bühne, die wird mit Lastern gebracht, aufgebaut, abgebaut, die Kostüme werden genäht, Karten verkauft, Platten verkauft, alles wird gemeinsam gemacht. Es gibt natürlich Spezialisten, der Sänger, Schauspieler usw. wo verschiedene Leute besonders stark sind auf einem Gebiet, aber insgesamt wird die Arbeit von allen gemacht. Als wir angefangen haben, haben wir wenig verdient, weniger als ein Arbeiter. Wir hatten vorher viel Geld gespart, davon haben wir zuerst gelebt. Am Anfang war die Auseinandersetzung auch schwierig, mit den Parteien, der Gewerkschaft und den Leuten auch untereinander, denn wir haben uns dreimal gespalten im Laufe der Zeit. Aber es hat sich so entwikkelt, daß wir nach sechs bis sieben Jahren ein Riesenpublikum haben, wie es kein offizielles Theater hat. Der Schlüssel zu dem Ganzen ist, daß wir uns dem Kampf der Studenten und Arbeiter zur Verfügung gestellt haben. Wir sind offen für den Kampf der Gefangenen, den Kampf der Hausbesetzer, dem Kampf um die Menschenrechte, den Kampf um die Legalisierung der Abtreibung, die Frauenfrage. Und deswegen haben wir es jetzt geschafft, ein Publikum zu haben, das eben nicht nur ins Theater kommt, um einen schönen Abend zu verbringen, sondern das ins Theater kommt, um die Sachen, die wir spielen, als politische Waffe zu benutzen und auch als politische Schulung zu verstehen. Das Stück »Bezahlt wird nicht« ist eben keine Sache, die inszeniert worden ist, sondern ist die Darstellung der Forderungen, wie sie aus der Bewegung gekommen sind und die sehr real sind. Als Pinelli aus dem Fenster geworfen worden war, haben wir sofort ein Stück gemacht.

Wir haben z.B. Stücke geschrieben zum Drogenproblem, zur Schwarzarbeit, zur Vergewaltigung der Frauen, über die ausgebeutete sexuelle Situation der Frau, das Problem der kulturellen Organisation. Wir haben z. B. fünf Stücke gemacht über die Entstehung der Kultur des Volkes. Die beiden Stücke, die ich auf der Hamburger Veranstaltung gezeigt habe, sind zwei aus einer Serie von fünf Stücken, die die Anfänge des Volkstheaters zeigen. Wir haben Stücke gemacht mit bekannten Volksliedern, aber nicht, weil sie sehr bekannt sind, sondern um aufzuzeigen, daß die Volkskultur unheimlich reichhaltig und auf einem sehr hohen Niveau ist, und um eben auszudrücken, was derzeit passiert. Und insofern sind wir ein Bezugspunkt geworden für alle Kämpfe. Als in Bologna der große Kongress gegen Repression war, sind wir hingegangen, um ein Stück über die Repression zu machen. Es waren 70.000 Leute da.

Das Wichtige ist, innerhalb der Bewegung zu sein. Nicht wie mit einem Fallschirm überall hinzukommen. Es ist eben die Bewegung, die angibt, was wir zu tun haben. Wenn also so ein Prozeß ist wie der gestern gegen Kurt Groenewold, dann wäre in Italien sofort ein Stück gemacht worden über diesen Prozeß. Das ist wie eine Zeitung.

AK: Gibt es Repression von staatlicher Seite gegen die Gruppe?

D.F.: »Es hat eine unwahrscheinlich scharfe Repression gegen uns gegeben. Wir sind auch in den Knast gegangen, die Anwälte, die uns unterstützt haben, der eine hat ein halbes Jahr gekriegt, der andere hat drei Monate gesessen, einer unserer Schauspieler zwei Wochen und mich selbst haben sie auch verhaftet und ich bin dann freigelassen worden, weil es einen unheimlichen Aufstand gegeben hat. Franca, meine Frau, ist von Faschisten verschleppt worden, geschlagen, vergewaltigt. Die haben uns Bomben ins Haus und ins Theater geschmissen. Die Bullen sind mit Panzerautos immer ums Theater rumgefahren und haben unheimlich geprügelt. Und die Behörden sind an die Theaterdirektion herangetreten, so daß in dem Moment, wo wir in eine Stadt kamen, alles ausgebucht war. So haben wir keinen Platz bekommen, wo wir spielen konnten. Wir haben mehr als 40 Prozesse durchmachen müssen. Wir haben Theater besetzen und uns von innen verbarrikadieren müssen, damit wir überhaupt arbeiten konnten. Und jetzt haben wir ein Theater, was praktisch eine Ruine war. Das war ein alter Blumenmarkt, den haben wir einfach besetzt und haben die Sache gemeinsam mit dem Publikum aufgebaut, also mit den Arbeitern, die dann gekommen sind und gratis gearbeitet haben. Und jetzt haben wir ein richtiges Theater, was wir allerdings besetzt haben, was der Gemeinde gehört. Wir haben das zwar jetzt gebaut, aber es gehört uns nicht.

Heute haben wir eine unheimliche Glaubwürdigkeit. Und inzwischen wagt kein Polizeichef, ein Stück abzusetzen, oder eine Vorstellung zu blockieren. Inzwischen haben wir eine unheimlich starke große Macht. Nicht wir selbst. Die Macht hat das Publikum, das uns unterstützt und das sind eben Millionen. Und nach fünfzehn Jahren von Zensur haben wir es geschafft, ins Fernsehen zu kommen. Wir haben die höchste Einschaltquote gehabt, die jemals ein Theaterstück im Fernsehen hatte. Aber nicht nur das, sondern der Vatikanstaat hat vom Fernsehen gefordert, daß dieses Stück zensiert wird. Es hat Parlamentsdebatten gegeben deswegen. Nur aus Mailand sind 35.000 Telegramme zu unserer Unterstützung bei der zentralen Fernsehanstalt RAI eingegangen.

Der Skandal war eine Woche lang in sämtlichen Zeitungen und es hat einen riesigen Kampf gegeben. Als die Fernsehübertragung dann lief, war die Stadt leer: die Theater hatten geschlossen, die Straßen waren leergefegt, die Kinos hatten dichtgemacht und alles hat vorm Fernseher gesessen und sich dieses Stück angesehen.

Um nochmal die Glaubwürdigkeit zu zeigen. Franca ist die erste Person gewesen, die vom Ministerium die Genehmigung gekriegt hat, in den Spezialknast auf der Insel Asinara zu gehen, um die Gefangenen zu sehen. Und es hat dann einen Riesenskandal gegeben, als sie dann in allen Zeitungen darüber geschrieben hat. Aber sie hatte direkt vom Minister die Genehmigung bekommen. Wenn Franca sagt, sie will den Minister sprechen, dann kriegt sie eine Verabredung, weil der Minister Schiß hat vor Franca. Als die Kampagne um Petra Krause war, da hat Franca einen Artikel veröffentlicht in »La Republica«. Der Brief wurde von allen Zeitungen übernommen. Sie hat die Forderung aufgestellt, daß Petra Krause rauskommt und letzten Endes ist sie dann auch aus der Schweiz nach Italien gekommen. —

Unsere Glaubwürdigkeit ist heute tatsächlich so, daß sich die Presse damit beschäftigen muß, sie kann das nicht umgehen. Das ist nicht die Frage des Erfolges, sondern die Frage der Glaubwürdigkeit.

AK: Wie werden die Stücke erarbeitet, kann da jeder mitreden oder gibt es da bestimmte „Sachverständige"?

D.F.: Wir haben die Stücke diskutiert und manche Stücke haben wir gehabt, wo wir gemerkt haben, sie waren nicht gut. Das haben wir in der Diskussion mit den Zuhörern rausgekriegt.

Ich habe z. B. mal ein Stück gemacht, das auch ins Fernsehen gekommen ist. Darüber hat es unheimliche Diskussionen gegeben und Franca hat erkannt, daß es irgendwie nicht richtig war, so wie es gelaufen ist. Und da hat sie mir Bücher und Zeitschriften gegeben, Frauenzeitungen, Rezensionen usw. Dann ist sie rumgegangen und hat überall die Meinung erfragt, bei Bekannten und Freunden usw. Sie hat das alles aufgeschrieben und dann hat sie mir sozusagen den Schlüssel in die Hand gegeben für die Geschichte. Und als ich das Material, was sie gesammelt hatte gesehen habe, habe ich eine Krise gehabt. Ich hatte mich damit identifiziert, mit diesem Drama über die Frauensachen. Und normalerweise schreibe ich mit einer verrückten Schnelligkeit. — Ich habe z. B. Komödien in zwei, drei Tagen geschrieben. Ich habe dann zwei Monate gebraucht, um zwei Sketche zu machen. Franca hat dann diese beiden Frauensketche vorm Publikum vorgelesen, immer vor einem Frauenpublikum, das aus Hausfrauen, Studentinnen und Arbeiterinnen bestand. Das Stück dauerte nur eine Stunde, aber aus der ganzen Sache ist eine Diskussion entstanden, die fünf Stunden dauerte. Ich habe alle Daten gesammelt, alle Diskussionen, und aus diesen Sachen habe ich dann das Stück geschrieben. Zweieinhalb Stunden, die Franca ganz allein macht. Es ist das Stück zu Frauenproblemen mit dem größten Erfolg. Das Stück wurde dann vor den Mädchen einer Schule, die besetzt war, aufgeführt und auch in einer besetzten Fabrik in Turin, wo auch 600 bis 700 Frauen waren.

Unsere Texte sind nicht nur komisch oder satirisch, sondern auch dramatisch. Ich habe z. B. die Medea übersetzt und im letzten Teil da rezitiert Franca den Monolog der Medea, der unglaublich gewaltig ist, und ich habe die Übersetzung nun so gemacht, daß ich nicht einfach übersetzt habe, sondern in die Sprache der Bauern um 1400, so wie die die Medea damals rezitiert hätten. Ich versuche auch bei dramatischen Sachen den Aspekt des Volkstheaters mit reinzubringen. Wir haben z. B. ein Stück gemacht über Irmgard Möller, das die Empfindungen beschreibt, wie sie nach der Mordnacht aufwacht. Ich habe auch über Ulrike Meinhof ein Stück gemacht, und zwar habe ich das mit Sartre besprochen und habe aus den Briefen, die sie geschrieben hat, mir alles rausgeholt. Es ist mehr ein Informationsstück, aber es war letzten Endes ein unwahrscheinlich dramatisches Stück, wo wir praktisch Ulrike Meinhof haben sprechen lassen.

AK: Ist in dem Meinhof-Stück auch diese Überspitzung, dieses Farcenhafte gelungen, wie in dem letzten Stammheim-Stück?

D.F.: Es ist auch eine Ironie, aber eine ganz grausame, also nicht zum Lachen, sondern eine unheimlich scharfe, bittere Ironie.

AK: Gibt es nur „la comune" oder gibt es auch andere ähnliche Gruppen?

D.F.: Es gibt sehr viele Gruppen, die auch nach unserem Beispiel arbeiten, und es gibt eine unwahrscheinliche Produktion von politischen Liedern, in dem Sinn, daß viele begriffen haben, daß die Kultur selbstgemacht, daß die bourgeoise Kultur abgelehnt werden muß — und in dem Sinn, daß man einfach ein Bewußtsein schafft, über gesellschaftliche Beziehungen. Auch wenn das auf der Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen, z. B. zwischen Mann und Frau, Lieder sind, die eine Gegenkultur sind und ein Ausdruck von dem, was sich innerhalb der Bevölkerung tut.

AK: Ihr habt eine zeitlang ja mit der PCI zusammengearbeitet und euch dann von ihr getrennt, warum?

D.F.: Die PCI betreibt Klassenmauschelei. Sie hat keineswegs ein Interesse daran, eine proletarische Kultur zu entwickeln. Sie vertritt die These, daß die Kultur wie die Sonne und wie der Mond die ganze Welt bescheint, ob das nun ein Faschist oder sonst irgend jemand ist, sie steht über den Dingen, während ich sage, daß Kultur eine Klassenfrage ist, und daß es auch notwendig ist, über die Kultur die Klassenfrage zu erhärten und voranzubringen und da stehe ich im Widerspruch zu dem, was die PCI will. Die PCI will die bürgerliche Kultur nicht nur retten, sondern es ist sogar schlimmer, sie nimmt die bürgerliche Kultur zum Zentrum ihrer ganzen Aktivitäten. Sie boykottiert die Gründung alternativer Formen der Kultur. Sie ist eben eine sozialdemokratische Partei nicht im Sinne der westdeutschen Sozialdemokraten, sondern im sozialdemokratischen Sinne, wie Lenin ihn definiert hat.

AK: Wie ist das mit Strehler (Giorgio Strehler, seit 30 Jahren Leiter des „piccolo teatro" in Mailand, bekannt für seine wichtigen Brecht-Inszenierungen), ist der zu den Revisionisten zu rechnen oder ist der nun ein bürgerlicher Künstler?

D.F.: Strehler ist ein ganz wahnsinniger Theatermann. Er ist von einer Kapazität, Theater intelligent zu machen und zu begreifen, wie es zur Zeit wohl keinen anderen gibt. Als es darum ging, die Brechtstücke neu zu gestalten, hat er einen ganz wichtigen Schritt getan. Brecht ist damals selbst gekommen und hat seine nächsten Stücke mit der Frage im Kopf geschrieben, wie würde Strehler das inszenieren. Brecht selber hat gesagt, daß Strehler der fähigste Mann ist, sein Stück zum Ausdruck zu bringen. Strehler war auch mein Lehrer. Ich habe direkt bei ihm studiert, wie ich damals am »piccolo teatro« gespielt habe — ich war dort allerdings nicht angestellt — Strehler ist dann gekommen und hat mir geholfen, die Beleuchtung zu machen. Vor 24 Jahren. Strehler liebt mich sehr. Wir haben ständig die härtesten Diskussionen, ständig konträr, weil ich ihn ständig angegriffen habe wegen seines kulturellen Interklassismus, wegen der Mystifizierung, mit der er in seinen Werken arbeitet. Seine größte Spezialität ist, daß er die höchsten Formen der bourgeoisen Kunst nimmt, um revolutionäre Inhalte auszudrücken. Aber wenn er z. B. Brechts »Dreigroschenoper« inszeniert hat, dann hat er das derart magisch inszeniert, daß er die revolutionäre Aussage des Textes totgemacht hat. Er benutzt dieselbe Technik wie in einem katholischen Ritus. Die Kirche ist in Kreuzform gebaut, der Pfaffe steht im Zentrum des Kreuzes, das Licht kommt von der Kuppel, aber man sieht die Quelle des Lichtes nicht. Durch die Architektur des Raumes klingt die Stimme des Pfaffen auch ganz mystisch, das ist ein unnatürlicher magischer Effekt. Der Pfaffe ist eben der Interpret und der Gläubige ist der Zuhörer und beide sind vollkommen voneinander getrennt. Der Zuhörer kann also nicht teilnehmen, für ihn sind die Sachen außerhalb seiner Natürlichkeit. Es wird mit den Gefühlen gespielt, aber nicht mit der Vernunft. Und das ist das genaue Gegenteil von dem, was Brecht wollte. Ich meine nicht, daß man die Magie nicht benutzen darf. Der lateinische Name für den Künstler war eben ‚istriones', das ist derjenige, der es schafft, die Realität auf den Kopf zu stellen, der Magier. Wenn ich spiele, dann mache ich auch den ‚Auf-den-Kopf-Steller', aber nicht um die Realität zu mystifizieren, sondern um ihr eine Dimension zu geben, die realistischer ist als die Realität. Es ist aber wichtig, daß man die Vernunft immer im Kopf hat und damit arbeitet. Manchmal muß ich mich selbst kritisieren, dann befällt mich die Magie. Wir mußten unheimlich gegen uns kämpfen, um das abzubauen, aber es ist eben in bestimmten Fällen wichtig, daß man weiß, wie man so was einsetzen kann, um eben Dinge auf den Kopf stellen zu können. Es ist eben wichtig, über die Waffen Bescheid zu wissen, die man benutzt.



Dario Fo auf der Hamburger Veranstaltung „Stammheim — Modell für Europa ?"

Kulturkommission
KB/ Gruppe Hamburg

An den Kieler Bühnen wird »aufgeräumt«

Nach Nürnberg und Bremen (siehe AK 120) wird auch am Kieler Theater ein schärferer Kurs gefahren: Bereits am 29. November 1977 wurde der Schauspieldirektor Stroux fristlos gefeuert. Vorher hatte es »Verhandlungen« zwischen der Stadt Kiel, den Kieler Bühnen und Stroux gegeben, die ihn dazu bewegen sollten, »freiwillig« zu gehen. Offiziell wurde die Entlassung von Stroux mit Dispositionsfehlern an der Aufführung des Weihnachtsmärchens »Alice im Wunderland« begründet, das dann abgesetzt worden ist.

Aus Solidarität mit Stroux haben jetzt 17 Bühnenangestellte, Schauspieler, Regisseure, Bühnenbildner und Dramaturgen um ihre Entlassung gebeten. Bereits zwei Bühnenbildner sind gegangen.

Bereits vor Stroux' Entlassung hatten die städtischen Bühnen den Schauspieler E. fristlos gefeuert, weil er mit seiner Äußerung zum Tode Schleyers *»Gott sei Dank ist die Sau jetzt tot«* den »Betriebsfrieden gestört« haben soll! Damit diese Entlassung glatt über die Bühne gehen konnte, drohten vier reaktionäre Angestellte des technischen Bühnenpersonals, die Arbeit niederzulegen, *»wenn E. das Haus wieder betrete«* (»Kieler Nachrichten«, 23.11.77).

42 gesammelte Unterschriften von den Schauspielern gegen E.'s Entlassung fanden natürlich keine Beachtung mehr bei den Verantwortlichen. Im Gegenteil! Die Entlassung E.s' wurde begleitet durch massive Hetze in den »Kieler Nachrichten«, die sich fortan gegen das ganze Schauspielensemble und Stroux richtete, die — sinngemäß — »Terroristen« in ihren Reihen dulden würden! (die städtischen Bühnen haben jetzt gegen einen Urteilsspruch des Bühnenschiedsgerichts zugunsten E.'s Widerspruch eingelegt).

Zum Vorwurf:

Die offizielle Begründung für Stroux' Entlassung (»Alice im Wunderland«, s.o.) ist völlig absurd, zumal der Generalintendant der Bühnen, Henneberg, und der CDU-Kulturdezernent Zimmer schon seit Stroux' Einstellung versuchten, ihn wieder zu feuern: Der Personalrat der Bühnen enthüllte, daß Stroux schon im Oktober 1976 hätte gefeuert werden sollen; damals habe die Stadt den Generalintendanten vorerst wieder zurückgepfiffen. Seitdem sind das Ensemble und Stroux zunehmend schikanös behandelt und ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert worden: totale Überbelastung, fünf Inszenierungen in der letzten Spielzeit unter katastrophalen Bedingungen: Dacharbeiten und Renovierung im Theater. Obendrein hat der Generalintendant dann noch — ausgerechnet an einem Premierentag — groteske »Richtlinien zum Dienstvertrag« erlassen. Alles riecht danach, daß so die Schauspieler buchstäblich rausgeekelt werden sollten.

Die Zielscheibe: fortschrittliche Bühnenarbeit

Warum das Ganze?

Stroux hat nach seiner Entlassung gesagt: Er bedaure es, *»daß seine Arbeit zu einem Zeitpunkt unterbrochen werden soll, da positive künstlerische Ergebnisse zu sehen seien«* (»KN«, 24.11.).

Ein Teil des Ensembles formulierte: Stroux *»garantiere als künstlerische Bezugsperson kooperative Arbeit sowie gemeinsame inhaltliche und formale Vorstellungen«* (ebenda).

Stroux hatte außerdem die Kieler Bühnen wieder populär gemacht. Insbesondere auch das Jugendtheater: Das Bühnenstück »Das hältste ja im Kopf nicht aus« ist wohl das erfolgreichste Jugendstück gewesen, das jemals in Kiel aufgeführt worden ist. Auch andere fortschrittliche Bühnenwerke wie »Fanshen«, »Dreigroschenoper« u.v.a. haben die Kieler Bühnen gekennzeichnet.

Folgt man den Ereignissen an den Bühnen, so liegt es eigentlich auf der Hand: Fortschrittliche Werke sollen ausgerottet und fortschrittliche Schauspieler mundtot gemacht werden.

KB/ Gruppe Kiel



frauen



Der Hite-Report

oder wie man zum Höhepunkt der Bestseller-Liste gelangt

Sollte es wirklich wahr sein? *„Noch nie haben Frauen so ehrlich, schonungslos und offen über Sex gesprochen. Noch nie haben Frauen es gewagt, ihre geheimsten Wünsche preiszugeben. Die Amerikanerin Shere Hite machte daraus den Hite-Report, das faszinierendste und intimste Buch, das je über Sex geschrieben wurde".* (Hamburger Morgenpost, 23.10.77).

Wenn wir das glauben – und das sollen wir natürlich – dann müssen wir umgehend in den nächsten Buchladen stürzen und das „Buch der Offenbarungen" erstehen. 38 Deutsche Mark sind für derlei Lebensweisheiten dann vielleicht angemessen. (Im Notfall gibt es das Buch auch schon an den gängigen Bahnhofskiosken).

Der Hite-Report ist auf dem besten Weg, *„das meistgelesene Buch nach der Bibel"* zu werden. 1976 erst kam es in Amerika mit dem Zusatztitel „A Nationwide Study of Femal Sexuality" (eine nationale Untersuchung der weiblichen Sexualität) auf den Markt. Bis heute wurden allein in den USA 1,6 Millionen Exemplare verkauft. Es *„erschien fast über Nacht auf den Seller Listen"* (Spiegel, 37/77), die es seitdem beherrscht, auf denen es seither steht.

Das Buch gilt als von *„Feministinnen und Playboy-Redakteuren gelobtes Werk"* (Spiegel, 37/77), als *„erfolgreichste Sexualfibel der 70er Jahre"(dito)*, als „*Sex-Weltbestseller*" (dito), als *„meistdiskutiertes Buch des Jahres"* (Quick), schlicht als *„Sensation"* (Hamburger Morgenpost, 23.10.77).

Ein Jahr nach dem Erscheinen in den USA kam die „Sensation" auch in der BRD heraus. *„Die Vorauskäufe, so meldet Bertelsmann-Sprecher Lionel von dem Knesebeck, seien jetzt schon ‚gigantisch' – anders als ursprünglich geplant, habe die Startauflage ‚mehr als verdoppelt werden müssen'. Von dem Knesebeck: ‚Das wird ein Bestseller, ohne daß wir viel dazu tun"* (Spiegel, 37/77).

Tatsächlich ist aber doch im gut kapitalistischen Sinn solide Vorarbeit geleistet worden. Mit Vorabdrucken in der „Münchener Abendzeitung", „das da", der Hamburger Morgenpost sollten nicht nur die Zeitungsauflage erhöhen, sondern auch den Verkauf des Buches steigern.

In allen grösseren bürgerlichen Blättern ist bis heute mindestens eine Reszension des Buches erschienen.

Und weil Frau Hite als Stargast amerikanischer Talkshows bekannt

Und weil Frau Hite als Stargast amerikanischer Talkshows bekannt

war, zog selbstverständlich das BRD-Fernsehen nach. In Pressekonferenzen und im ARD-Bücherjournal wurde sie vorgestellt, ebenso wie in der Sendereihe „Frauenforum".

Und wie es nun mal dazugehört, bereiste Frau Hite die Welt, um ihr Buch vorzustellen und zu signieren. *„ Aber es ist auch mühevoll"*, klagte sie. *„Von Deutschland muß ich nach Schweden reisen, von dort nach Spanien, dann nach Australien, wo mein Buch auch schon ein Erfolg ist" (Quick -Interview);*

Ob man das Buch kennt oder nicht – so viel ist sicher: eine erfolgreiche kapitalistische Werbekampagne hat es in dem Zusammenhang gewiß gegeben!

Tatsache ist, daß nicht nur an der Verbreitung, sondern schon an der Entstehung des Hite-Reports bürgerliche Kräfte mit beteiligt waren. Von 1972 an ließ Shere Hite ca. 100.000 Fragebögen mit je 57 Fragen verschicken. *„Helfer waren die US-Frauenbewegung NOW sowie ein halbes Dutzend Zeitungen und Zeitschriften – darunter so unterschiedliche Gazetten wie etwa die ‚Village Voice', das ‚Brides Magazin' und ‚Mademoiselle'. Auch Kirchenblätter machten bei der Sexbefragung mit"* (Spiegel, 37/77).

Da wir nicht blauäugig glauben wollen, daß so viele und unterschiedliche kommerzielle Frauenzeitungen der USA plötzlich der Drang nach Enthüllung der Wahrheit überkam, gehen wir davon aus, daß von dieser Seite von Beginn an die Befragung der Frauen nach ihrer Sexualität unter dem Aspekt der Vermarktung geplant war.

Shere Hite selbst gibt als Motivation für ihre Arbeit an, daß sie die bislang vorliegenden Untersuchungen über weibliche Sexualität für unzureichend halte: *„Die Frauen sind selbst nie gefragt worden, wie sie über Sexualität denken, was sie dabei empfinden. Wissenschaftler haben immer die falschen Fragen gestellt, weil schon die Gründe dafür, nämlich statistische Normen zu finden, falsch waren. Zu oft gipfelte dies darin, den Frauen zu sagen, wie sie fühlen sollten, anstatt sie zu fragen, was sie empfinden, wie sie fühlen"* (Hite-Report, S. 9).

Shere Hites Werk besteht nun darin, die 3019 Antworten, die sie erhalten hat, nach bestimmten Themenkomplexen zu sortieren , in Auszügen abzudrucken und zu kommentieren.

Von den 576 Seiten besteht der überwiegende Teil aus dem Abdruck der eingesandten Antworten; die Auswertung und Zusammenfassung der Frau Hite ist daran gemessen nicht sehr umfangreich (ohne deshalb ihre Fleißarbeit schmälern zu wollen).

Wissenschaftliche neue Erkenntnisse?

Frau Hite allerdings erhebt den Anspruch, der Welt ein wissenschaftliches Werk mit neuen Erkenntnissen über weibliche Sexualität beschert zu haben.

Und die bürgerliche Presse ist gern bereit, ihr das zu bestätigen: *„Das Ergebnis läßt die Bücher der berühmten Sexforscher wie Kinsey und Masters-Johnson verblassen"*(Hamb. Morgenpost, 23.10.77). Immer wieder wird der Zusammenhang hergestellt zu den eben genannten Sexualwissenschaftlern: *„Betrachten Sie ihre Arbeit als einen weiteren Schritt auf dem Weg, den vor Ihnen Kinsey und dann Masters-Johnson begangen haben? Oder sehen Sie sich eher als eine Außenseiterin, die versucht, einige Aspekte der Sexualforschung zu korrigieren?"*(„Zeit", 41/77). Frau Hite antwortet zwar, daß sie sich selbst als weder das eine noch das andere betrachte, weil sie als Kulturhistorikerin einen ganz anderen Aspekt – nämlich die kulturelle Perspektive – in die Diskussion bringe, tatsächlich aber sind die kulturellen und gesellschaftlichen Seiten der Sexualität kaum berücksichtigt. Fast ausschließlich ist das Buch eine minutiöse Darstellung verschiedener Sexualpraktiken und dem, was einzelne dazu an Kommentar abgeben. Daraus genau einen Schluß auf bürgerliche Kultur und gesellschaftliche Zustände zu ziehen, leistet Frau Hite gerade n i c h t. Sie begibt sich ausschließ-

ziehen, leistet Frau Hite gerade n i c h t. Sie begibt sich ausschließ-

lich auf das Gebiet der Sexualwissenschaften, und da muß man ihr sagen, daß sie kaum etwas bringt, das nicht auch schon bei Kinsey und Masters-Johnson gestanden hätte – daß nämlich das Zentrum des weiblichen Lustempfindens in der Klitoris liegt.

Daß sie damit keine neuen Tatsachen zu Tage gefördert hat, ist ihr offenbar selbst klar. Sie erwähnt deshalb auch fairerweise die bereits bekannten wissenschaftlichen Werke: *„Im großen und ganzen stimmen alle Untersuchungen darin überein, daß die meisten Frauen nicht automatisch während des Geschlechtsverkehrs Orgasmus haben – wenn es beim einfachen Stoßen ohne zusätzliche Stimulierung bleibt. Das ‚Ausbleiben' des Orgasmus während des Geschlechtsverkehrs ist nicht nur die häufigste sexuelle Beschwerde der Frauen, wie in Sex-Therapie-Kliniken festgestellt wurde, sondern man weiß auch seit langem in der breiten Öffentlichkeit, daß Frauen sehr häufig keinen Orgasmus während des Geschlechtsverkehrs haben"*(Hite-Report, S. 204).

„Selbst ihr feministischer Ansatz, weibliche Sexualität ausschließlich von Frauen selbst darstellen zu lassen, ist so neu nicht. Das hatten beispielweise auch schon jene 300 US-Frauen getan, die dem Psychologen Seymor Fisher (‚Der Orgasmus der Frau') Auskunft gaben" (Spiegel, 37/77).

Es ist also schlicht und einfach eine Lüge und dient allein dem Geschäft, wenn z.B. in der Hamburger Morgenpost behauptet wird: *„Die Antworten summieren sich zu einem erstaunlichen und neuen Bild von Sexualverhalten der Frau. Niemals zuvor (!) haben Frauen eindringlicher gesagt, wo der wahre Dynamo ihres Lustempfindens sitzt – im Bereich der Klitoris"* (23.10.77).

Wenn die Bedeutung des Buches also nicht in etwa schockierenden neuen Erkenntnissen über weibliche Sexualität liegt, was reizt Presse, Medien und vor allem die Verlagskapitalisten, wider besseres Wissen doch so zu tun und es angeblich d e s h a l b zu protegieren?

Eine traurige Bestandsaufnahme

In verschiedenen Kapiteln (Masturbation, Orgasmus, Geschlechtsverkehr etc.) hat Shere Hite eine Zusammenstellung der eingegangenen Antworten vorgenommen. Das, was in der bürgerlichen Presse als „Freimütigkeit" und „Offenheit" angepriesen wird, bezieht sich wohl weniger auf die inhaltlichen Aussagen, als vielmehr die Ausdrucksweise der einzelnen Schreiberinnen. So schreiben Frauen z.B. zum Thema mangelnde Zärtlichkeit:

– *„Manche Männer ficken einen bis man kommt – oder tot umfällt"* .

– *„Rein und raus".*

– *„Küssen, Streicheln, unten herum machen, dann mich auf den Rücken legen".*

– *„Die Art, wie die meisten Männer versucht haben, mich zu lieben, kann*



wie folgt zusammengefaßt werden: Man nehme A und stecke es in B. Langeweile, Langeweile..."

– *„Ein kleiner Kuß, ein kleiner Griff, ein Finger zum Aufregen, eine Berührung an der Brust und er ist obendrauf – wums, schon ists vorbei".*

– *„Es gibt meistens nur ein kleines Vorspiel, dann Frau auf den Rücken, Mann obendrauf, sie macht die Beine breit, dann das übliche Rums-Bums-Danke Madame".*

– *„Es scheinen alle Linkshänder zu sein, und ich habe eine Klitoris für*

– „Es scheinen alle Linkshänder zu sein, und ich habe eine Klitoris für

Rechtshänder".

– *„Meistens bleibt es dabei, daß er bloß versucht, das verdammte Ding zu finden".*

Es ist klar, daß die Klagen der Frauen berechtigt sind. Wir wollen uns mit der Kritik am Buch nicht über die weit verbreitete Kaputtheit der sexuellen Beziehungen in unserer Gesellschaft wegmogeln. Nur: wer fühlt sich bei den Zitaten nicht an die Zeit erinnert, in der er auf der Straße von „schon aufgeklärten" Spielkameraden gelernt hat, worum's geht: *„Hose weg, Beine breit – Ficken ist 'ne Kleinigkeit".*

In der zitierten Art wird in dem Buch aufgelistet, wie Frauen gerne ficken, nicht gerne ficken, es gern tun würden, sich selbst befriedigen usw. usf. Es ist sicherlich eine charakteristische Darstellung, welche Formen der Sexualität in einer bürgerlichen Gesellschaft praktiziert werden. Gleichzeitig aber ist das Buch auch eine Dokumentation wie im Kapitalismus über Sexualität g e r e d e t oder g e d a c h t wird – es bleibt in diesen Grenzen haften.

Wir können es nicht für ein besonderes Verdienst halten, den Leuten aufs Maul zu schauen, wie sie über Sexualität reden und dann diese Dokumentation als „neue wissenschaftliche Erkenntnisse" auszugeben.

Die Anhäufung der deftigsten Ausdrücke, die präziseste Beschreibung der Stellungen, Praktiken, Wünsche und Hilfsmittel ist aber der Punkt, an dem die Bourgeoisie ihr Geschäft gewittert hat: Endlich ein „seriöses Buch", in dem man dasselbe lesen kann wie in einem Pornoheft!

Schließt das Buch eine Informationslücke?

Wenn man meint, w e i l in unserer Gesellschaft über Sexualität in offener Weise nicht geredet werden kann, sei j e d e Veröffentlichung über das Thema geeignet, wenigstens Material zur Information und Diskussion an die Hand zu geben, und damit per se gerechtfertigt, macht man einen Fehler.

Sicherlich kann die Feststellung, daß man die sexuellen Schwierigkeiten mit vielen anderen teilt, für den einzelnen sehr wichtig sein. Der Ratschlag aber, es wie andere Frauen dann bei der Selbstbefriedigung statt mit Kerzen lieber mit dem Wäschesack, der Handbrause, dem Schreibtischstuhl o.a. zu versuchen, rührt doch nicht im mindesten an dem Kern der Sache.

Unterdrückung, Brutalität, Unaufmerksamkeit usw. – als Ausdruck der Sexualität in unserer Gesellschaft – läßt sich allein mit der „Aufklärung", was noch alles „möglich" ist, nicht lösen. Eine inhaltliche neue Definition von Sexualität, ein solidarisches und gleichberechtigtes Verhalten zueinander ist nicht denkbar ohne andere gesellschaftliche Verhältnisse.

Wenn man diesen Punkt nicht erwähnt – und das tut Shere Hite nicht – ist jeder Rat, es im Bett mal anders zu versuchen, nichts als eins der bürgerlichen Strickmuster a la Kolle mehr.

Wir wollen Frau Hite nicht unterstellen, sie habe bewußt die ausführlichen Beschreibungen, ob eine Frau am liebsten im Stehen, von hinten, im Handstand etc. den Geschlechtsverkehr genießt, zum Aufgeilen gedacht. Tatsache ist aber, daß die Vermarktung und das landläufige Interesse an ihrem Buch genau an dem Punkt ansetzten. Ihre wenigen guten Ansätze, ihre Auswertung usw. gehen dabei völlig unter

Punkt ansetzten. Ihre wenigen guten Ansätze, ihre Auswertung usw. gehen dabei völlig unter.

Und daß herrschende bürgerliche Kreise mit ernsthafter Aufklärung auch heute nichts im Sinne haben, zeigt deutlich, die übliche „Aufklärungspraxis" in Schulen. Sexualität als Ware für den Konsumenten – und das ist alles, was die Bourgeoisie unterstützt.

Warum gerade heute eine derartige Kampagne?

„So offen wurde noch nie über Sex gesprochen. Die Amerikanerin Shere Hite befragte 3.600 Frauen über Geschlechtsverkehr, Onanie und Orgasmus. Sie bekam freimütige Antworten". Das ist der Text, mit dem selbst die linke Zeitschrift „das da" den Hite-Report vermarktet.

Die größte Kampagne hat wohl die „Hamburger Morgenpost" gestartet. Vom 26. September an lief eine Serie unter dem Motto: *„So liebt die Frau"* – danach kam die „Liebe" des Mannes, dann „Liebe" im allgemeinen etc.... bis heute ununterbrochen!

Es ist klar, daß in sämtlichen Presseerzeugnissen Frau Hite selbst fast nie zu Wort kommt. Ihr Buch und ihr Name müssen dafür herhalten, daß die deftigsten Zitate übers Ficken abgedruckt werden und die Zeitungsfritzen ihre eigenen Stories drum herum schreiben.

Das Ziel der Kampagne ist nichts weiter, als in der Bevölkerung mal wieder (wie lange liegt die letzte Sex-Welle zurück?) ein Geschäft mit der Sexualität zu machen. In dieser Situation steigender Arbeitslosigkeit, schärferer Rationalisierungen, Arbeitsplatzhetze und politischer Repression allerorten hat eine Orientierung darauf außerdem eine Ablenkungs- und Entpolitisierungsfunktion.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Margit Czenki muß in Freiheit bleiben

Am 20. und 22. Februar findet in München ein Prozeß gegen Margit Czenki, Johnny von Rauch und eine weitere Frau statt. Angeklagt sind sie wegen Widerstand, Beleidigung, Körperverletzung, Gefangenenbefreiung. Wirklich passiert war im April 77 folgendes: Aus Protest und Wut über tagelange rund-um-die-Uhr-Bespitzelung und offene Polizeiüberwachung von Wohngemeinschafgen dem Münchner „Blatt" u.a. trafen sich die Betroffenen zu einer Spontandemonstration. Die Polizei prügelte auf den Zug ein.

Die Reaktion der Demonstrierenden sich unterzuhaken, gegenseitig zu schützen und zu Boden Geprügelten wieder hochzuhelfen - sind nun die „Straftaten".

Begleitet wurde die Prügelei von den Polizisten mit Sprüchen wie *„Die Öfen in Dachau sind für Euch schon vorgeheizt"*, und sowie dem sadistischen Ausspruch eines Hundeführers, nachdem sein Hund die bereits festgenommene Margit gebissen hatte: *„Der braucht doch auch mal was knackiges"*.

Der jetzt bevorstehende Prozeß kann für Margit C. schwerwiegende Folgen haben. Denn sie befindet sich seit zwei Jahren „zur Bewährung" auf freiem Fuß, nachdem sie 1972 zusammen mit Rolf Heissler und Roland Otto wegen Bankraubs zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war und fast fünf Jahre abgesessen hatte.

Die Staatsanwaltschaft hatte bereits einen Antrag auf Widerruf der Bewährung gestellt, dies wurde aber vorerst wieder zurückgestellt. Es soll erst das Urteil des Prozesses abgewartet werden.

Für Margit könnte bei erneuter Verurteilung und nach Absitzen ihrer Reststrafe eventuell sogar „Sicherungsverwahrung" drohen, falls bis dahin ein entsprechendes Gesetz den Bundestag passiert hat.

Betrachtet man den staatlichen „Resozialisierungsbeitrag" für Margit, so kommt man zu dem Schluß, daß ihre Entlassung „auf Bewährung" von Anfang an als Fehlentscheidung dastehen sollte. So wurde versucht, Margit alle möglichen Sachen anzuhängen, vom Molliewerfen bis zum Hasch-und Waffenschmuggel. Häufi-

hängen, vom Molliewerfen bis zum Hasch-und Waffenschmuggel. Häufi-

ge Hausdurchsuchungen bei Margit, ihrer Mutter und Großmutter und bei ihren Freunden sind an der Tagesordnung. Polizei erscheint auf den Arbeitsstellen von Margit und ihrer Mutter, weist Nachbarn und Hausmeister auf die „gefährliche Person" hin. Wahrscheinlich verspricht man sich, daß sie „untertaucht" oder verzweifelt. Anfang '77 unternahm sie einen Selbstmordversuch.

Aber Margit will ein „normales" Leben führen, d.h. für sie auch ein politisches Leben, heißt Arbeit an einem Film, heißt mit Menschen zusammensein, diskutieren, gemeinsam etwas machen. Daß so ein Leben in diesem Staat bereits gefährlich ist, nicht nur für Margit, sondern zunehmend für viele von uns, in der Frauenbewegung, in der Anti-AKW-Bewegung– überall, wo wir gemeinsame Interessen erkennen und verfolgen– macht unsere Solidarität mit Margit umso notwendiger.

Es gibt ein Video-Band, auf dem Margit über die Repressalien nach ihrer Entlassung aus dem Knast berichtet, sowie eine Dokumentation. Das Band ist auszuleihen bei: B.O.A. Videofilm, Schraudolphstr. 25, München. Die Dokumentation ist zu beziehen über: „Blatt", München 22, Adelgundenstraße 18.

Die bisher geleistete Öffentlichkeitsarbeit hat sogar den „Spiegel" in seiner Nr. 2/78 zu einem erstaunlich kritischen Artikel veranlaßt.

Aus dem Ausland will „Extrabladet" (Dänemark) darüber schreiben. Und im Februar zum Prozeß sollten noch mehr da sein, um Öffentlichkeit zu schaffen, damit Margit C. nicht „klammheimlich" hinter Gittern verschwindet!

AG Frauen
KB/München

Alice Schwarzer prozessiert gegen Kalender-Frauen

Vorsicht, Bumerang!

Am 11. Januar konnte Alice Schwarzer („Emma") einen Sieg vor Gericht erstreiten: Die Zivilkammer 16 des Landgerichts Berlin bestätigte eine Einstweilige Verfügung derselben Kammer vom 25.11.77, durch die es Renate Bockhagen und Gudula Lorez (als Herausgeberinnen des Frauenkalenders „Tag für Tag" 1978) bei Androhung eines Ordnungsgeldes von 500.000 Mark (!!) untersagt ist, „*die Äußerung zu verbreiten, die angesprochenen Verkehrskreise* (gemeint ist die Frauenbewegung! Anm. AK) *hätten sicherlich von dem Konflikt innerhalb der alten Frauenkalendergruppe gehört; Hauptpunkt der Kritik von Renate und Gudula sei gewesen, daß der Kalender von nur vier Frauen gemacht wurde, also nur die Politik dieser Frauen im Kalender vertreten gewesen sei und er damit keinen Anspruch mehr gehabt habe, Kalender der Frauenbewegung zu sein*". Zugleich wird den beiden Frauen untersagt, weiterhin zu schreiben: „*Der Anfang war schwer, weil dieser Kalender aus einem Konflikt im Redaktionskollektiv des bisherigen ‚Frauenkalenders' entstand. Es ging dabei um die Kritik an der Art und Weise, wie bisher der ‚Frauenkalender' von nur vier Frauen inhaltlich bestimmt – organisatorisch und finanziell in der Hand gehalten wurde. Um Frauen nicht länger zu funktionalisieren, d.h. sie nicht nur zuarbeiten zu lassen – ohne jede Möglichkeit mitzubestimmen und mitzuentscheiden – entstand ein Konzept, das ...*".

Letzten Endes ist mit diesem Urteil den Frauen Renate Bockhagen und Gudula Lorez jede noch so sachliche und unbestreitbare Äusserung über die Gründe ihrer Trennung von Alice Schwarzer und über die Herausgabe des Kalenders „Tag für Tag" (Alice Schwarzer gibt nach wie vor ihren „Frauenkalender" parallel dazu heraus) untersagt worden.

Als sich die beiden Frauen von Alice Schwarzer trennten, stand ein rundes Sümmchen von 140.000 Mark aus der bisherigen gemeinsamen Arbeit zur Diskussion. Schließlich einigte frau sich „nach langwierigen Verhandlungen" darauf, daß Renate Bockhagen und Gudula Lorez davon in Raten 50.000 Mark erhalten sollten. Davon haben sie nach eigenen Angaben bisher nur 10.000 Mark bekommen, während die zweite Rate in Höhe von 24.000 Mark noch nicht gezahlt worden ist.

Alice Schwarzer hat sich diese für sie wohl ohnehin nicht ungünstige finanzielle Regelung auch noch mit einer Vertragsklausel honorieren lassen, die da lautet: „**Beide Seiten enthalten sich öffentlicher Äusserungen, die auf eine Verunglimpfung der anderen Seite oder des von der anderen Seite herausgegebenen Verlagsproduktes abzielen**" (Vertrag vom 7.9.77). Diese Klausel ist eines der wesentlichen Argumente von Alice Schwarzer. Wieso allerdings sogar die Tatsachenfeststellung, daß frau in der Frauenbewegung „**sicherlich von dem Konflikt ...gehört**" habe, schon eine „Verunglimpfung" darstellen soll, bleibt wohl das Geheimnis von Alice und den zuständigen Richtern. Vor westdeutschen Gerichten scheint eben alles möglich zu sein.

Noch wesentlich schwerwiegender als der Hinweis auf die zitierte Vertragsklausel ist der Versuch der Anwälte von Alice Schwarzer, sich auch auf das „**Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb**" zu beziehen. Die beiden Seiten stünden, so argumentierten die Anwälte von Alice Schwarzer (Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Verfügung vom 25.11.77) beim Absatz ihrer Frauenkalender „*untereinander in direktem Wettbewerb*" und müßten daher (§1UWG) Angriffe aufeinander unterlassen. Denkt man diese haarsträubende Argumentation zuende, so könnte z.B. die „Rote Fahne" wegen jedem Artikel im „Arbeiterkampf" prozessieren, der sich polemisch mit der „KPD" und natürlich mit der „Roten Fahne" befaßt. Dies bedeutet eindeutig: **Wettbewerbsgesetze, die für den kapitalistischen Markt gemacht sind, sollen nach dem Willen der Alice Schwarzer herhalten, um jede nur denkbare politische Auseinandersetzung abwürgen zu lassen, per Gericht versteht sich.**

Alice Schwarzer hat gut daran getan, sich für diese Schmutzarbeit Rechtsanwalt Nordemann anzuvertrauen. Dieser RA hat u.a. die bekanntermaßen für die Frauenfrage sehr aufgeschlossene, CSU nahe Illustrierte „Quick" in einem Prozeß vertreten, den RA Ströbele und andere linke Anwälte wegen Verleumdung gegen die „Quick" angestrengt hatten.

Dank der Regie von Alice Schwarzer sehen die Rechtsanwälte sich nun wieder, denn RA Ströbele vertrat diesmal Renate Bockhagen und Gudula Lorez. Speziell zu der haarsträubenden Konstruktion des „unlauteren Wettbewerbs" führten RA Ströbele und die beiden Frauen in ihrem Widerspruch gegen die Einstweilige Verfügung (4.1.78) u.a. aus, ein Frauenkalender sei „**keine rein kommerzielle Ware ... sondern ein Produkt, das entstanden und getragen ist aus der erstarkten Frauenbewegung in der Bundesrepublik Deutschland der letzten Jahre ... Kontroversen um und in dem Frauenkalender sind somit Kontroversen innerhalb der Frauenbewegung**" Es gehe „**somit ..vor allem um gesellschaftliche Auseinandersetzungen und politische Differenzen . Diese Auseinandersetzungen und Differenzen auszutragen, ist keine Wettbewerbshandlung, sondern eine Kontroverse auf gesellschaftspolitischem Gebiet...**' Es gebe „**ein erhebliches, berechtigtes Interesse der Allgemeinheit und vor allem der Frauenbewegung, zu erfahren, wie und warum es zum Erscheinen mehrerer Kalender für Frauen gekommen ist**".

Speziell zum Vorwurf der „Verungelimpfung" heißt es in dem Schreiben: „„... *Unter diesm Aspekt gesehen, war auch eine Vorstellung des neuen Kalenders für Frauen, die den neuen mit dem alten Frauenkalender verglich, sachlich geboten. Das, was in dem Offenen Brief und in dem Courage-Artikel dazu geschrieben wurde, war auch in keinem Punkt sachlich falsch und hielt sich nach Art und Maß der Darstellung durchaus im Rahmen des erforderlichen. Gemessen an den Kriterien gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen unter Berücksichtigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung kann von einer Verunglimpfung der Antragstelllerinnen in einem dieser Schriftstücke auch keine Rede sein..*"



Das Urteil der Zivilkammer 16 des Landgerichts Berlin ist in seinen weiterzudenkenden Konsequenzen für inhaltliche Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegung und darüberhinaus unter demokratischen Kräften ganz allgemein, sehr schwerwiegend. Alice Schwarzer hat sich mit diesem Prozess also über dessen unmittelbare Bedeutung hinaus ein ausserordentlich trauriges „Verdienst" erworben. Alice Schwarzer selbst hat in der „Emma" ausführlich über eine angebliche „**Männerjustiz**" geschrieben. Wir sprechen bekanntlich lieber von Klassenjustiz Aber in jedem Fall hat diese herrschende Justiz sehr klug im Sinne der herrschenden Verhältnisse gehandelt, als sie der Frau Schwarzer „Recht" zusprach.

Für die Zukunft interessant ist noch, daß Renate Bockhagen und Gudula Lorez gar nicht wirklich die Herausgeberinnen des Frauenkalenders „Tag für Tag" sind, sondern daß der Kalender eine Gemeinschafts arbeit verschiedener Frauengruppen und Frauen ist, die jeweils einzelne Abschnitte des Kalenders eigenverantwortlich gestaltet haben. Im Grunde könnte jetzt jede dieser Frauengruppen auch noch einzeln von Alice Schwarzer vor Gericht gebracht werden, falls sie sich in irgendeiner Weise zum Konflikt um den Frauenkalender äussert. Es gebe auch die Möglichkeit, z.B. die „Courage" vor Gericht zu bringen, falls sie sich noch einmal zu dem Konflikt äußert. Und wahrscheinlich gäbe es sogar irgendeinen Dreh, gegen den ARBEITERKAMPF zu prozessieren, weil der KB auch irgendwo im Frauenkalender „Tag für Tag" auftaucht, also auch wieder „unlauterer Wettbewerb" im Spiel sein könnte.

Wir können uns eigentlich nicht vorstellen, daß selbst bei den bürgerlichen Gerichten ein derart grober Unfug das letzte Wort sein soll, und hoffen, daß die Frauen von „Tag für Tag" den Weg der nächsten Instanz gehen werden.

Was Alice Schwarzer angeht: Sie hat noch einmal bestätigt, daß es zweierlei ist, eine brauchbare Zeitung für Frauen zu machen, und sich selbst auch solidarisch als Frau und Demokratin zu verhalten. Mit letzterem hapert es offensichtlich bei ihr immer noch sehr. Schade. Warum Alice?!...

Isenbergheim und die Folgen

In den Bremer Heimen sind jetzt die Folgen des Isenbergheim-Skandals zu spüren: So bekamen Heimleitung und Erzieher der einzelnen Heime eine „Belehrung über die Anwendung besonderer Erziehungsmittel in Heimen" vorgelegt, die sie jährlich neu unterschreiben müssen. Darin wird festgelegt, was „besondere Erziehungsmittel" sind (Belehrung, Verwarnung, Entzug von Vergünstigungen, Absonderung im geschlossenen Raum) und unter welchen Umständen sie angewendet werden dürfen. So dürfen z.B. Selbstmordgefährdete Minderjährige nicht „abgesondert" werden, ansonsten ist eine solche Strafe aber erlaubt. Körperliche Züchtigung ist nicht zulässig, aber es darf u.U. körperlicher Zwang angewendet werden(bei Gefährdung von Leben und Gesundheit) – nur muß dann genau Buch darüber geführt werden!

Der Zweck dieser „Belehrung": Das Landesjugendamt als aufsichtspflichtige Behörde will sich anscheinend von vornherein absichern, damit solche „Blamage" wie mit dem Isenbergheim nicht noch einmal passiert und möglicherweise z.B. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Mitarbeiter des Landesjugendamtes eingereicht wird!

Diese Absicht wird auch daran deutlich, daß Praktikanten ihre Berichte jetzt zusätzlich von der Heimleitung unterschreiben lassen müssen.

So will das Landesjugendamt wohl verhindern, daß – wie im Fall Isenbergheim – das jahrelange Stillschweigen der Behörde angeprangert wird. Aus Praktikumsberichten waren Mitarbeitern des Landesjugendamtes die meisten Mißstände im Isenbergheim nämlich seit langem bekannt gewesen!

Der Arbeitsgerichtsprozeß des gekündigten Sozialarbeiters Peter Brosch kann übrigens weitergehen! Wie berichtet (s.Ak 119) mußte die zweite Verhandlung abgebrochen werden, weil die Verteidigerin der Inneren Mission (Frau Stieringer) Beschwerde gegen die Zeugenvernehmung zu den Todesfällen eingelegt hatte – mit der Begründung, den strafrechtlichen Ermittlungen in dieser Sache dürfe nicht vorgegriffen werden. Das Landesarbeitsgericht lehnte diese Beschwerde jedoch als unbegründet ab (Arbeitsgerichte sind nicht an die Entscheidungen von Strafgerichten gebunden).

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Kurzmeldungen

Stadt kauft Kinder für 10.000,- DM

Der Stadtrat von Öhringen in Schwaben hat sich etwas Neues einfallen lassen, um gegen Abtreibungen zu kämpfen: „*Jede Frau, die offiziell abtreiben darf, (weil sie sonst in wirtschaftliche Not käme)– und darauf verzichtet, soll 10.000 Mark bekommen*" („Bild", 13.1.78). Mit dieser „Geburtenprämie" hoffen die Stadtväter, den Geburtenrückgang zu stoppen. Sieht mal wieder ganz so aus, als ob die Frauen am „Aussterben des deutschen Volkes" schuld sein sollen. Dabei haben im Städtchen Öhringen im letzten Jahr doch nur 5 Frauen von 16.500 Einwohnern einen Abbruch aus sozialen Gründen genehmigt bekommen.

Dieser Vorschlag eines CDU-Stadtrates wird schon von der Mehrheit der Stadträte unterstützt. Auch Ärzte und Geistliche beider Kirchen sind dafür.

* * *

Die Hälfte aller Arbeitslosen sind Frauen

Nur ein Drittel aller Erwerbstätigen, aber rund die Hälfte aller Arbeitslosen sind Frauen.

Im Dezember 1977 waren 531361 Frauen arbeitslos. Das sind 2,9 % oder 14.803 Frauen mehr als 1976. Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als im gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Arbeitslosen um 2,4 % zurückgegangen ist (nach „FR", 13.1.78).

§218-Veranstaltung in Köln

Die „Praxis des ‚neuen' §218" in Köln und die Entlarvung der Kontrollfunktion und weiteren Bevormundung von abtreibungswilligen Frauen durch den Abtreibungsparagraphen waren das Thema einer gemeinsam von der Fachschaft Medizin, der Beratungsgruppe des Ehrenfelder Frauenzentrums und der KB-Frauengruppe Köln getragenen Veranstaltung am 19.1.78, an der auch ein holländischer Arzt vom „Population Service of Europe" sowie Vertreterinnen des Abtreibungskomitees Amsterdam teilnahmen. Ungefähr 300 Menschen haben die Veranstaltung besucht.

Wie sieht die Situation abtreibungswilliger Frauen in Köln aus? (Sämtliche Informationen von Frau Dr. Barley, Ärztin bei Pro Familia, Köln). Pro Familia ist die einzige Stelle in Köln, die Indikationen ausstellt. Ca. 90% der monatlich bei Pro Familia vorsprechenden abtreibungswilligen Frauen (insgesamt ungefähr 400 Frauen) erhalten eine Indikation. In ihrer Praxis sei es bisher nicht vorgekommen, daß eine Frau nicht in einer Notlage war; Lügen seien nicht notwendig. Die Entscheidung, ob eine Frau abtreiben will oder nicht bleibe stets der Frau vorbehalten. Im Regierungsbezirk Köln gibt es 22 Ärzte, die abtreiben dürfen (davon 12 in Köln); 1/3 dieser Ärzte führt die Absaugmethode durch. Augenblicklich gebe es keine Probleme, Frauen an Krankenhäuser und Ärzte zu vermitteln, es bestünden Absprachen über die Aufnahme von Frauen. Zwei Kölner Privatkliniken akzeptieren jede Indikation von Pro Familia; vier weitere Krankenhäuser führen in Einzelfällen Abtreibungen durch, wobei die individuellen Wünsche der Krankenhäuser und Ärzte ausschlaggebend sind.

Diese Aussagen täuschen jedoch nicht darüber hinweg, daß z.B. zur Beratungsgruppe Ehrenfeld bei drei Beratungsterminen wöchentlich zehn Frauen wegen einer Abtreibung kommen und tagtägliche telefonische Beratung von Frauen auch über die Grenzen von NRW hinaus erfolgt. Darüberhinaus müssen trotz der ‚Reform' noch immer jede Woche Abtreibungsfahrten nach Holland organisiert werden.

Ziel der Veranstaltung war es zum einen, deutlich zu machen, daß trotz relativ liberal durchgeführter Abtreibungspraxis in manchen Großstädten und damit verbundener Illusion über die ‚Reform' das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper keineswegs erreicht ist und die Forderung nach ersatzloser Streichung des Abtreibungsparagraphen auch weiterhin aktuell ist.

Zum anderen sollte die Veranstaltung neben der verstärkten Strafverfolgung von Frauen, die illegal abtreiben lassen müssen, auch die Kriminalisierung der Frauenbewegung insgesamt aufzeigen, die in den letzten Jahren zum verstärkten Ziel politischer Repression durch die Staatsschutzorgane geworden ist. Dabei sollte deutlich werden, daß der Staat seine Überfälle auf Frauenzentren oft nur nach außen hin mit der Existenz von Beratungsgruppen zu rechtfertigen versucht, in Wirklichkeit es ihm darum geht, die Frauenbewegung mit dem Mittel der Einschüchterung, Kriminalisierung und Terroristenhetze unter seine Kontrolle zu bekommen und zu isolieren.

Die abschließende Diskussion wurde mehr oder weniger von Vertretern des KBW beherrscht, die mit mindestens acht Leuten und ganzen Referaten versuchten, die ‚Massen' aufzurütteln.

Eine berechtigte Kritik

Wie eine kommunistische Zeitung mit Leserreaktionen nicht umgehen sollte!

In AK 117, vom 14. November 1977 druckt Ihr 3 Leserbriefe zur Diskussion um den Auftritt von Jutta Weinhold auf der ‚Kinderhaus'- Veranstaltung ab und kündigt an:„ Im nächsten (!) **ARBEITERKAMPF werden wir auf dieses Thema ausführlicher und umfassender eingehen und weitere Leserbriefe abdrucken**". Darauf warten wir bis heute!–

Falls eine Stellungnahme der KB-Frauengruppe noch in Arbeit ist, so wäre eine kurze Notiz darüber für die doch recht zahlreich wartenden Leser(innen) im AK angebracht.

Befindet sich eine Stellungnahme nicht in Arbeit, so müssen wir daraus schließen, daß die Redaktion und die KB-Frauengruppe im Vertrauen auf ein kurzes Gedächtnis der Leser die Sache in Vergessenheit geraten lassen will, oder zumindest erstmal abwartet, bis der Dampf raus ist.

Sollte es so schwierig sein, sich mit den in den Leserbriefen genannten Argumenten etwas differenzierter auseinanderzusetzen als in dem umstrittenen Artikel!?

Wir meinen, daß die KB-Frauengruppe den Genossinnen und Genossen die Darlegung ihrer inzwischen geführten Diskussion nicht schuldig bleiben sollte, und daß man mit Leserprotesten überhaupt etwas ernsthafter umgehen sollte.

Falls in AK 122 noch nichts erscheint, würden wir gern kurz schriftlich über den Stand der Diskussion benachrichtigt werden. Danke!

Eine Untergruppe der Frauengruppe an der Fachhochschule für Sozialpädagogik in Hamburg

Antwort von Frauengruppe und Redaktion-

Kein Zweifel möglich: Die Genossinnen haben mit ihrer Kritik hundertprozentig recht! Wir haben es versäumt, die Leser(innen) über den weiteren Gang der Dinge auf dem Laufenden zu halten und zu erklären, warum aus der angekündigten Fortsetzung der Debatte bisher nichts geworden ist.

Allerdings stehen dahinter nicht listige Pläne, Gras über die Sache wachsen zu lassen, um uns vor einer vielleicht unbequemen Diskussion zu drücken. Sondern dahinter stehen diverse höchst chaotische Verwicklungen– es würde zu weit führen, sie hier alle zu benennen–, zu denen als schwerwiegendster ein Zimmerbrand gehört (ja, das ist leider kein Witz), bei dem anscheinend sämtliche Leserbriefe in Sachen Jutta Weinhold zu Asche geworden sind, und bei dem zeitweise auch ein bereits angefangenes Manuskript der Frauengruppe zunächst als verschollen gemeldet werden mußte. Es soll nun, höhere Gewalt ausgeschlossen, im nächsten AK endlich und wirklich weitergehen mit der Diskussion. Ehrlich! Es wäre gut, wenn Leserbriefschreiber(innen), die noch Durchschläge oder Kopien ihrer Briefe haben, uns diese schicken würden.

TUNIX

15.000 bis 20.000 (vorwiegend Sponti-)Linke haben sich ins Land TUNIX aufgemacht, um vom 27.-29. Januar in der Westberliner TU „ein 3-Tage-Fest (zu) feiern" und um zu „bereden, wie wir unsere Ausreise aus dem ‚Modell Deutschland organisieren" oder „wie wir das ‚Modell Deutschland' durch TUNIX ersetzen" können (so der Aufruf zu TUNIX).
Das Ganze wurde dann eine, von den Initiatoren in dieser Größenordnung nicht erwartete, Mammutveranstaltung – bestehend aus einem straff organisierten Veranstaltungsteil (wo verschiedene Sponti-Strömungen ihre jeweiligen Ansichten propagierten) und zahlreichen kulturellen Darbietungen (Theater, Musik, Filme) sowie Happenings.
TUNIX war u.E. nicht in erster Linie ein „riesiges Chaos" (wie Kommentatoren vom „Extra-Dienst" bis zur „KVZ" behaupteten), sondern der sicher widerspruchsvolle Versuch der Spontis, „nach Stammheim" einen Neubeginn in der politischen Arbeit zu machen – also „gemeinsam nach TUWAS aufzubrechen".

—ohne Frauen läuft nix!

Unter dieser Hauptparole griffen auf dem Westberliner Tunix-Kongreß am 27.1.78 die Frauen in das Geschehen ein: Sie demonstrierten, daß sich die Frauenbewegung bei diesem Treffen nicht einfach ausklammern ließ.

Ursprünglich waren im gesamten Programm der Organisatoren des Kongresses die Frauen überhaupt nicht als eigenständige Kräfte vorgesehen. Völlig klar also, daß sich die Frauen entschieden gewehrt haben.

Auf der Einführungsveranstaltung am Freitagabend besetzten an die 50 Frauen die Bühne, entrollten Transparente, wie „Tunix–ohne Frauen läuft nix!" und „Wir sind alle Sympathisantinnen", und ergriffen das Wort.

In ihrem Beitrag machten sie eindrucksvoll deutlich, daß sie nicht gewillt sind, sich übergehen zu lassen und daß sie es auch nicht hinnehmen wollen, daß in Teilen der Sponti-Presse die Wiedergeburt des Patriarchats fröhliche Urständ feiert, nach dem Motto: „Man trägt wieder Schwanz!" Zweifelloser Höhepunkt war dabei der Erguß eines Siegfried Knittel im „Pflasterstrand", der sein Hochgefühl nach dem Verprügeln einer Frau beschrieb.

In derselben Nummer des „Pflasterstrands" hieß es auch: *„Wenn heute in der Scene stellenweise von der Angst vor einem neuen Chauvinismus die Rede ist, so drückt das nur das insgeheime Wissen aus, daß die Repression eines mehrjährigen Matriarchats (?!) in Sachen Emanzipationsmoral so einige tausend Jahre Patriarchat nicht rückgängig machen konnte"* (Nr. 22, S.22). Mann hat anscheinend die Nase voll, ständig auf die „Emanzipationsmoral" der Frauen Rücksicht zu nehmen, sich mit dem eigenen anerzogenen Chauvinismus auseinanderzusetzen und ihn zu bekämpfen.

Auf Tunix wurde deutlich, daß die Frauenbewegung gegen diese Tendenzen Widerstand leistet. In Ihrem Beitrag riefen die Frauen zur Bildung eines Frauenblocks auf der Demonstration am Samstag und zu einer Frauen-Vollversammlung auf. Der Frauenblock führte mit ca. 300 - 400 Frauen die gesamte Demonstration an. Auf der Frauen-VV wurden zum einen die „Pflasterstrand"-Artikel diskutiert und eine Resolution verabschiedet, in der die chauvinistischen Tendenzen innerhalb der Linken verurteilt werden und der vollständige Abdruck des Redebeitrages der Frauen in der Sponti-Presse gefordert wird. Die Diskussion berührte darüber hinaus noch verschiedene Projekte innerhalb der Frauenbewegung, Frauenhäuser, Möglichkeiten alternativer Lebensgestaltung u.a.

Die einzige Veranstaltung, die von einer Frauengruppe ausgerichtet wurde, behandelte das Thema „Feminismus und Ökologie". Und hier wurde gleich zu Beginn noch einmal sehr konkret deutlich, daß die Ausklammerung der Frauenbewegung auf Tunix k e i n Zufall war: Die Frauen berichteten, daß sie dem Organisationsausschuß vorgeschlagen hatten, ihre Frauenveranstaltung nicht nur zu dem angegebenen Thema zu machen, sondern insgesamt der Frauenbewegung die Möglichkeit zu geben, ihre Projekte und Probleme zu diskutieren. Dieses Vorhaben wurde mit dem „Argument", dafür



„Meine schönste Vögelei war an dem Morgen, wo die Nachricht der Selbstmorde in Stammheim in Radio durchkam!"

stünden keine Räume mehr zur Verfügung, abgeblockt.

Die Veranstaltung selbst behandelte die Frage der Umweltverschmutzung unter historischen und aktuellen Gesichtspunkten. Z.B. schilderten die Frauen die Unterdrückung natürlicher Heilverfahren im Mittelalter, die Hexenverfolgungen und die heutige Zerstörung der Umwelt durch Industrie und Technik. Insgesamt kam zum Ausdruck, daß es den Frauen nicht darauf ankommt, sich in Kräuterläden und ‚natürliche Ernährung" zurückzuziehen oder diese Alternativen gar als Ideologie zu propagieren, sondern durch entsprechende Aufklärung über das schon erreichte Stadium der Verschmutzung der Umwelt das Bewußtsein der Menschen zu schärfen und sie zum Widerstand zu bewegen.

Es wird sicherlich in Zukunft eine der Aufgaben der Frauenbewegung sein, den ersten Anfang von Tunix weiterzuführen und wieder offene Augen und Ohren für s ä m t l i c h e Unterdrückungsmechanismen zu haben. Gerade hieran wurde auch ein weiteres Mal unter Beweis gestellt, daß es innerhalb der unorganisierten wie auch der organisierten Linken heute noch lange keine Selbstverständlichkeit ist, die Frauenbewegung als politischen Faktor ernst zu nehmen, sondern daß dies vom aktiven Engagement der Frauen s e l b s t abhängt.

Insofern waren die Aktionen – in Anlehnung an die erste Aktivität der neuen Frauenbewegung 1968, als die Frauen des „Weiberrats" mit Tomaten nach den „Herren Genossen" im SDS warfen – ein zweiter notwendiger Tomatenwurf gegen die „sozialistischen Eminenzen" innerhalb der heutigen Linken.
Wir werfen weiter!

AG Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Keine Neochauvis beim „Pflasterstrand"
und auch nicht anderswo!

„Pflasterstrand", die Frankfurter Spontizeitung (Herausgeber: Daniel Cohn-Bendit), nannte sich früher mal „Zeitung für Stadtträumer/innen". Nach den letzten Ausgaben ist eine Umbenennung fällig: „Zeitung für Stadtchauvis". Denn der undogmatische „PS" ist jetzt zum Kampf gegen die „Tabus" in Sachen Sexualität angetreten. Wurde früher von herzlichen, sensiblen zwischenmenschlichen Beziehungen in einer besseren-alternativen Welt geträumt, werden heute in den Seiten des „PS" nur noch „harte Fakten" an den Mann gebracht.

Einen Höhepunkt bildete dabei ein Artikel in der letzten Nummer, wo ein Typ das Verprügeln von Frauen als „emanzipatorisch" bezeichnet und über das Ende des Matriarchats – sprich: Frauenbewegung – philosophiert: Frauenbewegung hin, Frauenunterdrückung her, ein Mann bleibt doch ein Mann!...

Das hat natürlich viele Diskussionen in der Frankfurter Szene ausgelöst, wo heute wieder die Fetzen fliegen – und nicht nur dort:

Auf dem Tunix-Kongreß wurde von Frauen ein Beitrag dazu auf der Eröffnungsveranstaltung vorgelesen, dem wir uns uneingeschränkt anschließen.

Beitrag der Frauen auf Tunix

„Liebe Frauen und auch liebe Männer! Wir sind einige Frauen, die uns beim Tunix so'n bißchen einmischen wollen. Warum, das erklärt ein Flugblatt, das ihr wahrscheinlich schon fast alle habt.

Damit unser Anliegen noch klarer wird, wollen wir euch erst mal einige Kostproben des Frankfurter Pflasterstrands anbieten.

Da schreibt ein Typ in der letzten Nummer: *„Eines Tages provozierte ich sie ganz bewußt so lange, bis sie mir eine klebte. Da schlug ich zurück. Sie fiel auf den Boden und war für einen Moment ohnmächtig...".* Es geht weiter: *„Ich schaffte es, sie in den Unterleib zu treten, heulend und schreiend lief sie davon. Sie hatte, was ich nicht wußte, zwei Tage vorher eine Abtreibung gehabt."* Einsichtig heißt es dann: *„Mir ist schon klar, welche Erniedrigung es für eine Frau darstellt, wenn man diese Unterlegenheit, dieses Ausgeliefertsein an die Männer so erfährt."* Aber das macht dem Herrn gar nichts aus: *„Trotzdem kann ich mich von der Geschichte nicht distanzieren. Sie ist Teil meiner Entwicklung."* Worunter dieser Knittel (Autor der obigen Zitate) leidet, das erklärt er ein paar Sätze weiter: *„Und so wie meine Mutter haben mich die Frauen immer mit ihrer Hilflosigkeit kleingekriegt, ich habe sie als eine Waffe erfahren, gegen die ich ohne Chance war. Deshalb muß ich klar sagen, waren die Prügel für obige Frau FÜR MICH EIN EMANZIPATIVER AKT....Mehr Offenheit, mehr Sensibilität, viel Zärtlichkeit, tendenzielle Ablehnung genitaler Sexualität – MIR HÄNGT DIE GANZE CHOSE EINFACH ZUM HALSE RAUS"* (.......)

Ebenso locker konnte in der vorherigen Pflasterstrand-Nummer ein Typ schreiben:

„MEINE SCHÖNSTE VÖGELEI WAR AN DEM MORGEN, WO DIE NACHRICHT DER SELBSTMORDE IN STAMMHEIM IM RADIO DURCHKAM!"

Wie das halt so mit den ‚Bedürfnissen' ist......... Herr Springer hat das ‚Bedürfnis', Volksverhetzung zu betreiben, Herr Strauß hat das ‚Bedürfnis', chilenische Verhältnisse in der BRD einzuführen, Herr Filbinger hatte vielleicht das ‚Bedürfnis', daß sich die Gefangenen in Stammheim selbst ermorden, und – Herr Knittel hat halt das ‚Bedürfnis', Frauen zu schlagen!

ABER WIR, wir haben NICHT das Bedürfnis, uns diese offene Propagierung von Gewalt bieten zu lassen, und dazu noch in einer Zeitung, die den Anspruch hat, ‚links' zu sein!

FRAUEN HORCHT AUF:
Daß Männer gegen uns Gewalt anwenden – das hat nichts mit ihrem Willen zu tun, uns zu unterdrücken, NEIN, UMGEKEHRT ist das: daß Männer gegen Frauen Gewalt ausüben, das kommt daher, daß WIR sie unterdrücken. Und WOMIT? Mit unseren Forderungen nach ‚Zärtlichkeit, Offenheit und Sensibilität', die den Chauvis a la Knittel ‚zum Halse raushängen'!

Nicht mehr alternative Lebens- und Umgangsformen sind gefragt, und auch nicht bessere und andere zwischenmenschliche Beziehungen – ‚in' ist wieder das Austoben der männlichen ‚Bedürfnisse' auf unseren Rücken und Bäuchen!

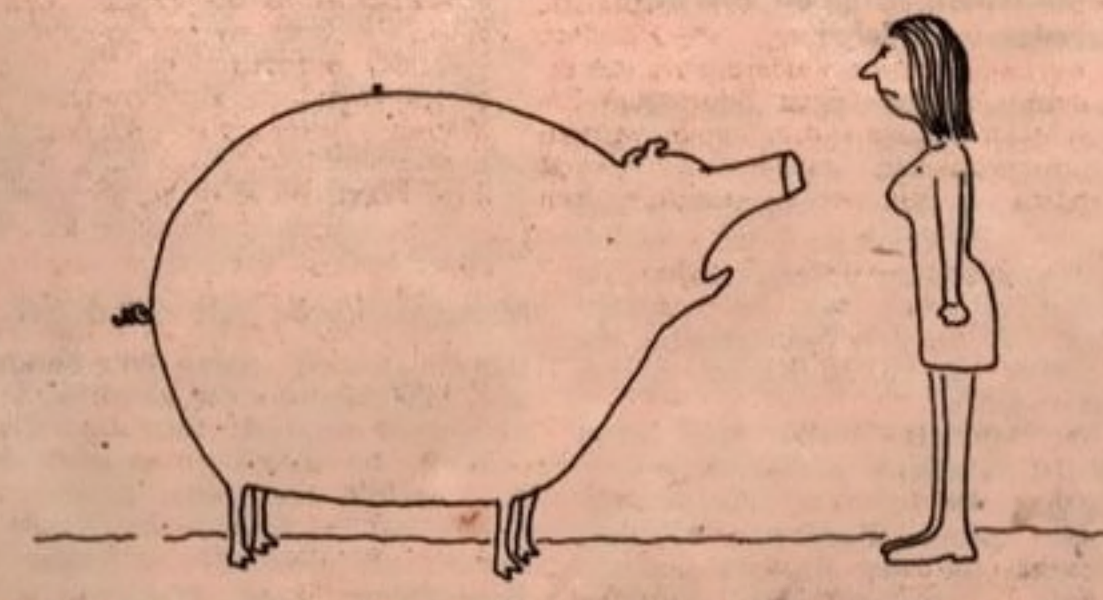
Da sind wir nicht so pluralistisch wie die Herren Redakteure des Pflasterstrands, da haben wir nur EINE Meinung:

DAS MACHEN WIR NICHT MIT! Dieser Männlichkeitswahn, die Brutalität der Männer – die hat uns gestern schon zum Halse rausgehangen – und die hängt uns heute und morgen genauso zum Halse raus!

Deswegen werden wir uns auch gegen die Wiedergeburt des CHAUVINISMUS – und sei er noch so raffiniert und kompliziert ‚erklärt und analysiert' – zur Wehr setzen! Deswegen erklären wir uns auch total solidarisch mit den Frankfurter Frauen, die die Druckvorlagen des ‚Pflasterstrands geklaut haben, und damit die Veröffentlichung der neuen Ausgabe verhindert haben!

Und da wir noch Besseres und Wichtigeres zu tun haben, als uns mit den perversen Phantasien eines Knittels auseinanderzusetzen, deshalb schlagen wir vor, am Samstag, 16.00 Uhr, eine Frauen-VV durchzuführen, wo wir gemeinsam darüber diskutieren wollen, welche Möglichkeiten es gibt, gegen alle Formen der Repression Widerstand zu leisten, sowie über das anstehende Russel-Tribunal und die beiden Anti-Repressions-Frauenkongresse, am 11. März in Frankfurt und am 27. April in Köln.

Frauen, TUT WAS AUF DEM TUNIX! Kommt alle zum Frauenblock am Samstag auf die Demo!"........


„Also gut, dann bin ich eben ein männliches Chauvinisten-Schwein. Läuft jetzt was oder nicht?"

In der Frankfurter Szene geht's wieder rund

Auf einem Treffen Frankfurter Frauen wurde beschlossen, die Druckvorlagen des „PS" in Beschlag zu nehmen, und stattdessen ein Frauen-Info herauszugeben. Um die Aktion zu erklären, wurde auch ein Flugblatt verfaßt: *„Wir erklären hiermit fröhlich, daß wir mit Fug und Recht und gutem Grund die notwendigen Unterlagen zum Erscheinen des PS Nr. 23 geklaut haben.*

Zur Information: Im letzten PS erschien u.a. der Artikel eines Herrn Siegfried Knittel, der es z.B. zum emanzipatorischen Akt erklärt, einer Frau in den Unterleib zu treten, weil seine Mutter ihm einst Böses tat. Das frühe Los eines Jungsiegfried kann einem leid tun oder nicht, und es ist gewiß sehr bedauerlich, daß die SS-Schergen von einst auch keine schöne Jugend hatten, auch ist es zu begrüßen, daß wenigstens sie den PS nicht als ihr Zentralgenital betrachten dürfen, noch sich in der Redaktion der etwas niveauvolleren ‚Autonomie' (wessen?) befinden. So locker und unbelastet wie Siegfried Knittel im PS über seine Taten konnte bisher nicht mal ein KZ-Wächter über seine emanzipatorischen Akte in der National- und Soldatenzeitung berichten. Wir lassen den politischen Frust der Männer nicht auf unseren Rücken und Bäuchen austragen. Durch jeden weiteren aufreißerischen Beitrag, der im PS erscheint, erfährt diese Zeitung auf Kosten der Frauen eine unzumutbare Aufwertung und Auflagensteigerung. Die Frankfurter Stadthexen – Eure euch liebenden Schwestern – Die geifernde Alte von nebenan – Die Frauen, vor denen euch eure Väter gewarnt haben – Die Radikalfeministinnen."

Lieb und gern würde die Mehrheit der PS-Redaktion die Aktion der Frauen in die „viktorianisch-verklemmte" Ecke stellen. Mann scheint sich darüber einig zu sein, daß diese Aktion ihm nun jede Möglichkeit zur Auseinandersetzung genommen habe. Denn so tabufeindlich und undogmatisch mann auch ansonsten sein mag – den „Pflasterstrand" vorübergehend am Erscheinen zu hindern, das geht an die Substanz!

Im „Punkfurt", einer Spezialausgabe der „PS"-Männer, steht bezeichnenderweise rein gar nichts zur inhaltlichen Kritik der Frauen; da wird stattdessen über „Zensur" geschimpft. Und es werden den Frauen noch ganz andere Sachen an den Kopf geknallt:

„Staatsschutz, BKA, Bullenaktion, Aktion der Stadtguerilla, Aktion der K-Gruppen, stalinistisch, Haufen durchgedrehter Weiber" usw.

Daran kann die Diskussionsbereitschaft gemessen werden – und das zeigt auch auf, daß es eben nicht nur darum geht, bestimmte ‚Tabus' – wie die Tatsache, daß auch in ‚linken Beziehungen' Gewalt angewandt wird – durch Öffentlichkeit zu durchbrechen, sondern daß es um das RECHT geht, solche ‚Emanzipationstheorien' a la Knittel kommentar- und widerspruchslos abzudrucken!

So undogmatisch und zufällig, wie es jetzt die PS-Spontis präsentieren möchten, ist die Geschichte nicht: Ist es Zufall, daß auch beim Tunix die Frauenbewegung außen vor gelassen werden sollte? Ist es Zufall, daß bereits in der vorherigen Nummer des ‚PS' im Ansatz ähnliche Artikel abgedruckt wurden? Ist es Zufall, wenn z.B. ‚Pardon' seit Monaten eine gar nicht witzige Serie mit dem Titel ‚Der verunsicherte Mann' abdruckt? – Ist es nicht eher so, daß aufgrund der zum Teil nachlassenden Aufmerksamkeit und Aktivität der Frauenbewegung die Chauvis wieder aus ihren Löchern kriechen?

Wo Typen Gewalt an Frauen als emanzipierend empfinden und Tauschwertverhältnisse zu Frauen propagieren (am Ende des Artikels schwärmt Knittel von den Prostituierten in Frankfurter Bahnhofsbars) – da muß man sich die Frage stellen: auf welcher Seite steht man?!

Darauf wird hoffentlich die nächste ‚PS'-Nummer eine Antwort geben. Auch auf die übrige Sponti- und Alternativpresse darf man gespannt sein!

KB/Gruppe Frankfurt

»Jugendhilfe« - Wir werden Dir schon helfen

Heimerziehung in der BRD

„Heimerziehung, das ist der Büttel des Systems, der Rohrstock, mit dem den proletarischen Jugendlichen eingebläut wird, daß es keinen Zweck hat, sich zu wehren, keinen Zweck etwas anderes zu wollen, als lebenslänglich am Fließband zu stehen, an untergerodneter Stelle zu arbeiten, Befehlsempfänger zu sein und zu bleiben, und das Maul zu halten" (Ulrike Meinhof, Bambule).

86.000 Kinder befinden sich in der BRD in „Öffentlicher Erziehung", d.h. sie sind in Fürsorgeeinrichtungen, Heimen etc. untergebracht, weil sie keine Eltern mehr haben oder weil ihre Eltern für unfähig erklärt wurden, Kinder zu erziehen. Der alltägliche Terror in diesen Heimen war im Zuge der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden und hatte große Empörung hervorgerufen.

„Heimerziehung in der Krise", „Statt Kasernierung lieber Familienerziehung", „Fürsorgeerziehung als Vorschule des Verbrechens" – So und ähnlich lauteten damals Schlagzeilen einer aufgeschreckten Presse, die für eine liberale Öffentlichkeit schier unglaubliche Zustände in westdeutschen Heimen ans Licht brachte.

Wenn man Behörden, Jugendämtern und Trägern der „Jugendhilfe" glauben soll, dann ist diese „Krise in der Heimerziehung" endgültig überwunden und hat einer „Umorientierung" Platz gemacht. Jetzt gibt es Heilpädagogische Heime, Heilpädagogisch-Therapeutische Heime, Heilpädagogisch-orientierte Heime; kaum eines, daß sich nicht einen Halbtags-Psychologen leistet. Frömmelnde Schwestern sind fast überall abgelöst worden durch ausgebildetes pädagogisches Personal; Therapieräume, Werkräume und dergleichen mehr gehören zur Ausstattung dieser modernen Form der Heimerziehung.

Enthüllungen über täglichen Heimterror brachten in den letzten Jahren nur noch einige fortschrittliche Fachzeitungen („päd-extra-Sozialarbeit", „Sozialmagazin"). Den Weg in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse fanden Heimskandale erst wieder in den letzten Wochen: Der Tod zweier Heimzöglinge im Isenbergheim bei Bremen und ein Fast-Todesfall im Don-Bosco-Haus in Düsseldorf (vergl. dazu AK 113-116, 118 und 119).

Ergänzt seien hier zunächst vier weitere Fälle, die zeigen, daß unmenschlicher Heimterror auch 1977 keine unrühmliche Ausnahmeerscheinung ist.

Vincenzheim in Westfalen

Im Vincenzheim in Westfalen leben 130 Mädchen und ledige Mütter. Träger des Heims ist der katholische Caritasverband.

Täglicher Heimterror: Zigarettenentzug, Zwang zum Gottesdienst, Briefzensur, Verweigerung ärztlicher Versorgung und totale Isolierung. Zwei Mädchen machen eine Ausbildung als Friseuse, die anderen „Ausbildungen" dienen zur Senkung der Heimkosten: Die Mädchen arbeiten 8 Stunden am Tag in der Waschanstalt, im Bügelsaal und in der Heimküche („Sozialmagazin", Oktober '76). Im August begann die Dortmunder Selbsthilfe (DSH, ein Verein ehemaliger Obdach- und Arbeitsloser) gegen die Zustände im Heim zu protestieren. Gestützt auf die Aussagen geflohener Mädchen erstatteten sie Anzeige gegen die Heimleitung, machten eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landesjugendamt in Münster und forderten den Erzbischof von Paderborn auf, die Heimleitung abzuberufen.

Hier einige Enthüllungen aus Berichten, die die DSH der Staatsanwaltschaft vorgelegt hat: *„In der Freizeit durften wir uns nicht in den Schlafsälen aufhalten, sondern müssen zu zwölft unter Aufsicht ... im Eßsaal bleiben, wo man nicht viel mehr machen kann, als vor der Flimmerkiste zu hocken". „Im Bügelsaal gibt es vier Pressen, an denen wegen der Gefährlichkeit erst Mädchen ab 17 Jahren arbeiten dürfen. Ich selbst habe häufiger beobachtet, wie Jüngere, zum Teil erst 15-jährige Mädchen dort gearbeitet haben".*

„Am Freitag, den 14.Mai gegen Abend, hat G.D. einen Selbstmordversuch mit Tabletten gemacht, die sie aus dem Apothekenschrank geklaut hatte. Erst nach drei Stunden, nachdem G. erwischt worden war, kamen Krankenwagenfahrer und trugen sie auf einer Trage in einen Krankenwagen.

Mitte Februar '76 stieß sich M.S. eine Knüpfnadel zum Perückenknüpfen, die einen Widerhaken hat, unterhalb der Kniescheibe tief ins Bein. Schwester L. ... zog ihr die Nadel nach ungefähr 20 Minuten heraus, obwohl die umstehenden Mädchen nach einem Arzt verlangten. Es wurde ihr auch keine Tetanusspritze gegeben.

Am Sonntag, den 14.März verlangte S.M. zu einem Notarzt gehen zu können, weil sich ihr Auge wegen der Kontaktlinsen entzündet hatte. Ihr Augenarzt hatte ihr gesagt, sie liefe Gefahr, ihr Auge zu verlieren, wenn es sich noch einmal entzünden würde. Schwester L. verbot ihr aber, den Arzt aufzusuchen...".

Diese Behandlung soll bei den Jugendlichen ein Gefühl des totalen Ausgeliefertseins und des eigenen „Unwertseins" erzeugen und so ihren Widerstand brechen.

„Schwester R. drohte mir, als ich mal abhauen wollte und sie ... davon Wind bekam, ich würde ins Irrenhaus gebracht, wenn ich mich nicht anpassen würde".

Die Mädchen werden bei allen möglichen Gelegenheiten gezwungen, Schlaftabletten zu nehmen. Wer sich weigert, riskiert in die Zelle zu kommen. (Alle Informationen und Zitate aus „Sozialmagazin").

Zur Unterdrückung gehört auch sexuelle Demütigung der Mädchen. *„Alle Mädchen müssen einmal wöchentlich zu Dr. X, bis nach dessen Auffassung feststeht, daß sie keinen Tripper haben. Dr. X bleibt während der ganzen Untersuchung auf dem Stuhl sitzen und kann sich so doch wohl unmöglich die Handschuhe desinfizieren oder wechseln. Denn die Mädchen, die rein und raus gehen, geben sich die Klinke in die Hand und können ihn so gut beobachten. Herr X sieht nur ganz, ganz schlecht und zittert fürchterlich ... . Deshalb sind alle Mädchen sehr verschreckt und haben Angst, zu ihm zu gehen".* Seit der DSH in der Öffentlichkeit erzählt, was für ein Arzt im Heim die Untersuchungen macht, *fangen die Mädchen an sich zu wehren. In solchen Fällen werden die männlichen Angestellten herbeigeholt, die die Mädchen zum Arzt zerren und auch während der Untersuchung festhalten".*

Der Direktor des Landesjugendamtes schrieb zu diesen Vorfällen an die DSH, die *„langjährige Partnerschaft zwischen Landesjugendamt, Jugendamt Dortmund und Vincentheim"* erlaube ihm nicht, weiter auf die Beschwerden zu antworten! Das Ordnungsamt verbot der DSH, vor dem Heim auf Stellwänden die Zustände drinnen anzuprangern, weil *„hierdurch das ungehinderte und störungsfreie Funktionieren einer wichtigen sozialen Einrichtung unterminiert werde".* (Alle Zitate aus „Sozialmagazin", Okt. 76).

Kinderheim Jungnau von der Arbeiterwohlfahrt

Das Heim war für 36 Kinder gebaut, aber fast ständig bis zu 30 % überbelegt. Zeitweise wurden bis zu 3 Gruppen in einer Wohneinheit mit einem Badezimmer und einem Aufenthaltsraum untergebracht. Die Personalsituation war so katastrophal, daß an den Wochenenden ein Erzieher bis zu 30 Kinder zu betreuen hatte.

Der Heimleiter vertrat nach außen eine strukturierte pädagogische Konzeption, in der von Therapieangeboten u.ä. die Rede war. Was dort wirklich mit den Kindern gemacht wurde, veröffentlichten Erzieher 1976 in einer Dokumentation: *„Während des Abendessens kam ich in den Speisesaal und sah, daß D. gebückt vor dem Heimleiter und den übrigen Kindern, die sich in einer Schlange aufstellten, stand. Jeder durfte D. auf den Po schlagen. D. kam danach weinend aus dem Speisesaal gelaufen und erzählte, daß die anderen ihn vom Heimleiter aus schlagen durften, weil er bei mir Geld versteckt habe".*

„... Dann mußte Ro. erzählen, wie es war und was er getan hatte ... Er (der Heimleiter) schrie ihn an und schlug ihn. Beim zweiten Schlag fiel Ro. zu Boden".

„Der Heimleiter trug Betreuer C. auf, daß er den Jungen im Auge behalten solle. Er würde dann heute mittag mit dem Jungen einen Stock schneiden gehen. Als sich F. gegen diese Methode aussprach, meinte der Heimleiter, daß Prügel allein (!) nichts nütze. Wichtig sei, daß der Junge verunsichert würde. Er ging am Mittag mit Ma. einen Stock schneiden und hing ihn über dessen Bett auf. An diesem Wochenende erhielt Ma. zwar keine Prügel, litt aber unter ständiger Angst".

„Einige Zeit später klaute Ma. wieder. Der Heimleiter schlug ihn mit dem selbstgeschnittenen Stock so stark, daß der Junge noch Tage danach einen blauen Po hatte". Außerdem wurden verschiedene Mädchen vom Heimleiter sexuell belästigt. (Alle Informationen und Zitate aus „Sozialmagazin", Juni 77).

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) stellte sich vorbehaltlos hinter den Heimleiter. Drei Erziehern wurde gekündigt. Die Heimsaufsichtsbehörde lud die Erzieher zu Einzelgesprächen ein, über die nie etwas veröffentlicht wurde.

Der AWO wurde „empfohlen", den Heimleiter von der pädagogischen Arbeit zu suspendieren und aus Gründen des Personalmangels wurde eine Reduzierung der Belegungszahl auf zwölf Kinder angeordnet. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatten eine Anklage wegen Betrugs, sexuellen Mißbrauchs und gefährlicher Körperverletzung zur Folge. Man muß davon ausgehen, daß es im wesentlichen das Interesse der Behörden an der Rückzahlung unterschlagener Pflegesätze in Höhe von 35.000 Mark war, das zu einer relativ zügigen Untersuchung, Anklage und schließlich Verurteilung des Heimleiters in sämtlichen Anklagepunkten führte – mit 4.000 Mark Strafe kam er allerdings viel zu billig davon!

St. Josephs-Haus in Klein Zimmern

Natürlich wieder nur ein „Einzelfall", was da an Brutalität und unmenschlicher Schikane zum Alltag von 55 Jungen im Alter von 6 bis 18 Jahren gehört. In einem Informationsgespräch mit Vertretern der Jusos, Judos und Zivildienstleistenden berichteten 15 Jungen über die Methoden des Heimleiters H.Pauly, einem katholischen Priester:

So wurde einmal ein Junge *„über eine Wiese geprügelt und getreten, weil er sich geweigert hatte, ein Stück Papier aufzuheben. Jungen, die über den Rasen liefen, wurden mit Pottsau angebrüllt, mußten auf Händen und Füßen weiterlaufen und bellen oder an der Mauer ein Bein heben, da ja nur Hunde über den Rasen liefen. Andere mußten bis zur Erschöpfung Kniebeugen machen. Wer nicht mehr konnte, wurde wieder hochgerissen". „Jugendliche, die vom Ausgang verspätet heimkehrten, mußten zur sogenannten Watschenparade antreten. Sie hatten sich nach Mitternacht auf dem Speicher aufzustellen und vom Heimleiter Ohrfeigen abzuholen"* („Sozialmagazin", April 77). Einigen Jungen wurde schon zur Strafe der Kopf kahlgeschoren!

Die Methoden des Heimleiters waren dem Bischöflichen Ordinariat in Mainz und verschiedenen Jugendämtern seit Mitte '75 bekannt, ohne daß irgendetwas von dieser Seite unternommen wurde, um die Jungen vor dem Sadismus des Priesters zu schützen („Sozialmagazin").

Manchmal geht halt eins drauf...

Haben „normal" entwickelte Kinder und Jugendliche unter günstigen Bedingungen eventuell noch die Möglichkeit, auf ihre Lage aufmerksam zu machen, so sind behinderte Kinder oft auf Gedeih und Verderb ihren „Wohltätern" ausgeliefert. Kinderheime kann praktisch jede Privatperson eröffnen. Vorraussetzung sind „fachliche Qualifikation" und bestimmte bauliche und hygenische Bedingungen, die jedoch sehr willkürlich von den Jugendämtern beurteilt werden.

1975 ging der Vorsitzende der „Gesellschaft für Sozialwesen" (GESO), Schinck, Hinweisen aus der Bevölkerung über unhaltbare Zustände in diesem Kinderheim nach. Er besuchte das Heim offiziell, erhielt aber nur Einblick in zwei Räume. Daß in dem einen zur Vormittagszeit 22 Kinder in ihren Betten lagen, alarmierte ihn. Von einer Oberschülerin, die als Nachtwache dort arbeitet, erhielt er weitere Informationen: In acht Räumen eines umfunktionierten Einfamilienhauses mit Anbau waren bis zu 21 Kinder untergebracht. *„Viele der Kinder (von drei Monaten bis zu 14 Jahren) in zu kleinen Betten. In einigen Betten konnten die Kinder nur mit angewinkelten Beinen liegen. Fünf der Kinder mit Wasserkopf waren, da sie mit einer Sonde ernährt werden mußten, klinisch vertretbar fixiert. Die übrigen Kinder durften nach Anweisung von Fachärzten nicht angebunden werden. Sie waren aber mit Stricken, Stoffstreifen und in sich gewundenen Mullbinden auf grausamste Weise an die Bettgitter gefesselt... Alle Räume waren überheizt, in den Räumen war ein entsetzlicher Gestank"* („FR", 31.5.75).

Eine ehemalige Aushilfskraft berichtete, daß während ihrer Tätigkeit mehrmals Kinder morgens tot in ihren Betten gefunden wurden (a.a.O.). Bei den Kindern handelte es sich um Sozialwaisen, d.h. Kinder, die keine Angehörigen mehr haben, die vom Jugendamt zu Schleuderpreisen von 26 bis 29 Mark pro Tag an das Heim vermittel worden waren.

Zum Vergleich: Der Pflegesatz pro Tag und Kind beträgt in einem „normalen" Kinderheim 80 bis 100 Mark, in einem therapeutischen Heim bis zu 165 Mark pro Kind und Tag.

Die GESO stellte gegen den Arzt einen Strafantrag. Schinck informierte den Sozialhilfeträger in Münster und die Heimaufsichtsbehörde. Amtlicherseits begnügte man sich damit, die Belegungsziffer von 86 auf 75 Plätze herabzusetzen. *„Weder wurden weitere Nachforschungen angestellt, noch Kinder auf mögliche Schädigungen dutch die mangelhafte Unterbringung untersucht"* („FR").

Die Kirche – Hauptträger des Heimterrors

Wie das Vincenzheim und das St.Josephsheim sind rund 80% der Einrichtungen der Heimerziehung in der Hand kirchlicher Träger – der Caritas (katholisch) bzw. des Diakonischen Werkes (evangelisch). Abgesichert ist dieser Zustand im Jugend-„wohlfahrts"gesetz, demzufolge der Jugendliche in einem Heim untergebracht werden soll *„in dem die Erziehung nach den Grundsätzen seiner Kirche, Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft durchgeführt wird"* (§ 71, JWG).

Wie in diesen Heimen in der Regel „erzogen" wird, hat J.Roth untersucht. Er stellte fest, daß in 80% aller klerikalen Heime Ordnungsvorstellungen das *„pädagogische Handeln bestimmen"* die sich an der *„Schuldhaftigkeit der Kinder"* und dem *„Heilsauftrag von Staat und Kirche, diese Kinder in anständige Menschen umzufunktionieren"* orientieren. Angst, Demut, Kriechertum und Wohlverhalten, die schicksalhafte Erduldung der eigenen Unterdrückung als „gottgewollt", sind die Ziele dieses Drills.

Eine wesentliche Aufgabe der Erzieher in religiösen Heimen besteht darin, die Kinder in die Kirche zu treiben: Laut Aussage der Caritas gehen in 78 Heimen die Kinder 2mal in der Woche in die Kirche, sonntäglich in 204 Heimen, überhaupt nicht in 25 Heimen (J.Roth, Heimkinder, S.31, die Zahlen beziehen sich auf Heime des Caritas-Verbandes).

In einer regelrechten Dressur werden den Kindern die erwünschten Verhaltensweisen eingeprägt. *„Grüßen, Wiedergrüßen, Hand geben, Mütze abnehmen, Verbeugung, Knicks, Bitte und Danke sagen, beim Gespräch die anderen ansehen, sich entschuldigen, sich zurückhalten, nicht betteln, den Mund schließen, Hände vom Gesicht, keine Gesichter schneiden, Zunge nicht herausstrecken, keine schlechte Luft verbreiten, nicht spucken, nichts herumwerfen, häßliche Ausdrücke vermeiden, nicht an den Geschlechtsteilen spielen, andere nicht stören, nicht unterbrechen, nicht vordrängeln, Platz machen, fremden Besitz achten ...".* Auf Kinder, die nicht „gehorchen" wird in den meisten Heimen mit Methoden reagiert, die von autoritär bis sadistisch reichen. Roth stellte in 20% der untersuchten Heime sadistische „Erziehungs"methoden fest (a.a.O., S. 53). Sie überwogen eindeutig in konfessionellen Heimen!

Es findet sich in der BRD wohl kein Heim, in dem gar nicht geprügelt wird! Häufigste Bestrafungsinstrumente: **„Hand, Fuß, Ellenbogen, Kopf, Stock, Kleiderbügel, Lineal, Rohrstock, Gürtel, Peitsche, Riemen, Besen, Handfeger, nasses Handtuch. Bestrafungsarten: Schläge mit der Hand auf den Kopf, die Wangen, den Rücken, den Hintern, Kopfnuß, Tritte mit dem Fuß gegen das Bein, Stöße mit den Ellenbogen gegen die Rippen, den Bauch, auf den Kopf, Kinnhaken, am Ohr ziehen, an den Haaren reißen, den Finger verdrehen, Stockschläge auf den Hintern, die Beine, den Rücken, das gleiche mit allen anderen festen Schlaginstrumenten, nasse Handtücher ins Gesicht schlagen, vollgepinkelte Unterhosen oder Windeln ins Gesicht schlagen, im Gesicht ausdrücken, in die Toilettenschüssel tunken und das Wasser abziehen, kalte Brausen, auf den Mund schlagen, an der Nase reißen.** (Roth, S. 56/57).

„Moderner", aber kaum weniger brutal ist die Methode des Liebesentzugs für das Heimkind, das sowieso kaum Zuwendung erfährt und nach Zärtlichkeit hungert. Ihm wird immer wieder klargemacht, daß es sich die „Liebe" durch Wohlverhalten erkaufen muß.

Heimerziehung: Schnell bist Du drin ...

Der Weg ins Heim geht schnell. Die einschlägigen Bestimmungen sind zweideutig und dehnbar:

„Freiwillige Erziehungshilfe" wird „gewährt", sofern das geistige, leibliche oder seelische Wohl des Jugendlichen gefährdet ist und die Eltern den Antrag dazu stellen. „Fürsorgeerziehung" wird vom Vormundschaftsgericht auch gegen den Willen der Eltern angeordnet, wenn „Verwahrlosung" droht oder besteht.

Es gibt da u.a. äußere, innere, sexuelle, charakterliche, fortgeschrittene, drohende „Verwahrlosung".

Aus dem Formular einer westdeutschen Großstadt, mit dessen Hilfe der Fürsorger den Grad der „Verwahrlosung" feststellen soll:

„Sind Anzeichen von Schwachsinn beobachtet...? Zum Beispiel auch große Unsauberkeit ... Egoismus u.a.m. Zeigten sich Triebfehler? ... Zum Beispiel Hang zum Lügen und Stehlen, zum Wandern, zum Alkoholgenuß ... zu geschlechtlichen Ausschreitungen?

Zeigten sich andere gefährliche Neigungen ? Lesen von Schundliteratur, Kinobesuche, Zigarettenrauchen, Putzsucht ... Hat sich der Eintritt der Geschlechtsreife auffallend oder normal bemerkbar gemacht und ggf. wie?" („Spiegel", 3.9.73)

Das Interesse der Fürsorge richtet sich gegen alle möglichen Formen der bewußten oder unbewußten Auflehnung und der Verletzung der herrschenden Sexualmoral (fast ausschließlich bei Mädchen!)

„Häufig werden heranwachsende Jungen und Mädchen von der weiblichen Kriminalpolizei in Gewahrsam genommen, weil sie über die erlaubte Zeit hinaus in der Stadt oder in Parkanlagen bummeln. Über die Techniken des Verhörens wird wenig bekannt. Man kann nur aus den Inhalten der Protokolle schließen. Die Details der sexuellen Erfahrungen, die aus den Kindern herausgepreßt werden, insbesondere bei den heranwachsenden Mädchen, deuten auf ein krankhaft gesteigertes Verhältnis zur Sexualität bei den Verhörenden hin." (P. Aich, „Da weitere Verwahrlosung droht ..., S. 307).

Mit einem Bericht der weiblichen Kriminalpolizei beginnt oft der staatliche Eingriff in die Familie: die Sozialarbeiterin verschafft sich Zutritt und schreibt einen Bericht über ihre Eindrücke vom Zustand der Wohnung und der Familienmitglieder, die Schule wird um Berichterstattung gebeten und erhält die Berichte von Kripo und Jugendamt gleich mit.

Hauptbetroffene dieses „Verfahrens", und zwar zu 90%, sind Kinder aus Arbeiterfamilien, unvollständigen Familien, unehelich geborene. 62,3% leben in absolut ungesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen (Roth, S. 16).

Das Herangehen des bürgerlichen Staates ist denkbar einfach: Frauen werden gezwungen, gegen ihren Willen Kinder zu gebären, Eltern werden vor die Aufgabe der Erziehung der Kinder gesetzt, die sie nicht leisten können; nicht leisten können als Arbeiterfamilien, als alleinstehende Mutter unter dem Druck von Arbeitslosigkeit, sinkendnen Reallöhnen, unzureichendem Angebot von Kindertagesplätzen, Druck auf die Kinder in der Schule etc. Wenn ein Kind sich gegen diese

Fortsetzung nächste Seite

Verhältnisse wehrt, durch Schuleschwänzen, „Streunen", Weglaufen, angeblich kriminelle Handlungen – dann wird es „auffällig". Oder wenn in den Familien Gewalt zunimmt und nach außen erkennbar wird – dann ist das Kind „auffällig" und der Staat steckt es ins Heim. Schuld der Eltern, Schuld der Kinder? Nein, eindeutig zu verantworten von dem System, das Kindern solche Verhältnisse schafft!



Heime – wie Knast oder Ghetto

... und bald vergessen

Anfang '76 wurde der Öffentlichkeit eine Untersuchung über den Werdegang und Verbleib von 315 Heimkindern aus Münster bekannt, die von der Gesellschaft für Sozialwaisen (GESO) durchgeführt worden war. Die Ergebnisse waren erschreckend:

„Die Dauer des Aufenthaltes war im Durchschnitt sehr lange. Von den 315 Kindern und Jugendlichen hatten 149 eine Heimunterbringungszeit von einem bis zu fünf Jahren. 65 waren 6 bis 10 Jahre im Heim. 66 hatten einen Heimaufenthalt von 11 bis 15 Jahren hinter sich. 20 der Jugendlichen befanden sich länger als 16 Jahre im Heim. Bei 15 Heimkindern konnte wegen unzureichender Aktenführung die Dauer des Heimaufenthaltes nicht ermittelt werden" („FR", 13.2.76).

Der Untersuchungsbericht hebt ferner hervor, *„daß bei dem Teil der Jugendlichen, der einen Heimaufenthalt von mehr als 17 Jahren hinter sich hat, drei Jugendliche sind, die vom Jugendamt so gut wie vergessen worden sind. Unter den Kindern mit 16 jähriger Heimzeit sind außerdem fünf, deren bisherige Lebenswege durch das Jugendamt v ö l l i g v e r w i s c h t sind* („FR", 13.2.76).

Das ist staatliche Jugendhilfe: Verschiebebahnhof für „auffällig" gewordene Kinder in Einrichtungen, in denen sie verwaltet und angepaßt werden, bis sie „unauffällig" geworden sind – oder so „auffällig", daß man sie als kriminell einsperren kann: In einer Norddeutschen Jugendstrafanstalt hatten 1971 65% eine Heimvergangenheit („SZ", 22.5. 71).

Der Untersuchungsbericht beschreibt ferner, „ ... *daß bei 39 Kindern, das sind 12,4% der Gesamtzahl 315, in den Akten überhaupt keine Angaben über den Einweisungsgrund zu finden gewesen sind. Bezüglich der*

Der Untersuchungsbericht beschreibt ferner, „ ... *daß bei 39 Kindern, das sind 12,4% der Gesamtzahl 315, in den Akten überhaupt keine Angaben über den Einweisungsgrund zu finden gewesen sind. Bezüglich der*

am häufigsten ... genannten Einweisungsgründe, nämlich der „Erziehungsfähigkeit der Eltern", hat sich überdies ergeben, daß dieser Grund nur in den wenigsten Fällen beschrieben wird."

„Erfolge" der Heimerziehung

Von 100 Minderjährigen, die 1971 nach einer Fürsorgekarriere von mindestens fünf Jahren aus dem Heim entlassen wurden, durchliefen 30 ein Heim, 30 zwei Heime, 23 drei und 17 vier und mehr Heime (B:E, November '76). Nicht nur der ständige Heimwechsel, sondern auch Gruppenwechsel und starke Fluktuation der Erzieher haben zur Folge, daß Kinder oft in relativ kurzer Zeit von 26 bis 30 Erziehern „bearbeitet" werden.

Die Kinder werden ständig aus allen Beziehungen, die sie geknüpft haben, herausgerissen und sind bald kaum noch in der Lage, neue Kontakte zu schließen. Im Heimbericht steht dann: „ ... ist nicht in der Lage, Bindungen einzugehen."

Bei einer Vorsorgeuntersuchung in Westberlin zeigte sich, *„daß bei 9,3% der Jungen und 6,6% der Mädchen eine allgemein verzögerte geistige Entwicklung ermittelt wurde. In den Heimen demgegeüber lag die verzögerte geistige Entwicklung für Jungen bei 46,7% und für Mädchen bei 22%* (Roth, S. 96).

„In den Heimen sind die intensivgestörten Kinder nicht zu übersehen. Ihr Verhalten hat sich so massiv verändert, daß man, würde man Heimkinder ‚normalen Familienkindern' gegenüberstellen, sofort unterscheiden könnte, wer ein Heimkind ist oder nicht ... Sie sind unsicherer, kontaktschwieriger. Da sie keine selbstständigen Aktivitäten in ihrem Heimleben entfalten dürfen, sind sie deutlich weniger ‚Ich-stark', weniger durchsetzungsfähig ..." (a.a.O.).

1% (!) der Kinder in Heimen erreicht eine weiterführende Schule (B:E, 11/76).

Höchstens 6% der Ausbildungsangebote in Heimen reichen für einen qualifizierten Industrieberuf. Über 92% der Angebote sind handwerklicher Art, davon gelten 80% als veraltet (a.a.O.).

Ein großer Teil der Jugedlichen hat nach der Entlassung aus dem Heim weder Hauptschulabschluß noch eine Berufsausbildung, allenfalls den Soderschulabschluß. Für die 18-jährigen heißt das, daß sie von der Sozialhilfe leben müssen. Denn nach der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters haben die Heime die Möglichkeit, die Jugendlichen sofort zu entlassen, wenn sie nicht in irgendeiner schulischen oder beruflichen Ausbildung stecken.

Der Widerstand hat eine gute Tradition

Der Widerstand in den Heimen selbst entwickelt sich zunächst auf einer nach außen nutzlos erscheinende Art und Weise: in Aggression gegen andere Kinder, gegen sich selbst, gegen die Einrichtung des Heimes.

„Wenn dann doch einmal kollektiver Widerstand entsteht, wie in den letzten 25 Jahren einige Male in Mädchenheimen, dann in der Form von ‚Bambule', wo die Jugendlichen alles kurz und klein schlagen, ihren Haß und ihre Wut an Sachen austoben" (Brosch, S. 91)

Etwa 25% der Jugendlichen fliehen irgendwann einmal, ein großer Teil mehrmals. Da die Jugendlichen kein Geld haben, müssen sie sich welches besorgen – also z.B. „einen Bruch machen". Wieder aufgegriffen, sind diese „Straftaten" ein neuerlicher Beweis für die „Gefährlichkeit" des Jugendlichen. Er gerät tiefer in die Fänge der Fürsorge, in noch schlimmere Heime oder schließlich in den Knast.

Aber im Gegensatz zum Selbstmord als Ausdruck tiefer Resignation, in der der Jugendliche die Aggression gegen sich selbst richtet, ist das Abhauen der Versuch, sich individuell zu wehren, sich dem Druck zu entziehen und ein Zeichen, das man ihn noch nicht kleingekriegt hat.

1969/70 wurden die Zustände in den Heimen erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, eine Heimkampagne begann. Diese Kampagne wurde im Wesentlichen getragen von ehemaligen Fürsorgezöglingen und Studenten der APO.

In Flugblättern und Dokumentationen wurde erstmals Material über unmenschliche Bedingungen im Fürsorge„vollzug", kriminelle Erziehungsmethoden, prügelnde Erzieher und Hungerlohn für stupide Arbeit veröffentlicht. Unter dem Druck wachsender Kritik von allen Seiten konnten in einigen Fürsorgeheimen Versammlungen mit den Zöglingen durchgeführt werden. Die Presse war aufmerksam geworden und berichtete z.T. breit und durchaus wohlwollend über solche Aktionen. Die Forderungen der Jugendlichen waren u.a.:

Tarifliche Bezahlung wie Lehrlinge, freie Berufswahl, Abschaffung der Prügelstrafen, Rausschmiß aller prügelnden Erzieher, Wahrung des Briefgeheimnisses, täglich freien Ausgang nach der Arbeit, Abschaffung der „Geschlossenen Abteilungen", vor allem aber: langfristige Abschaffung der Fürsorgeheime überhaupt und als Übergangslösung Selbstverwaltung der Jugendlichen im Heim!

Die Folge dieser Aktionen war eine regelrechte Massenflucht von Zöglingen nach Frankfurt. Ein Teil von ihnen kam dort zunächst illegal in Wohngemeinschaften unter. Nach anfänglichen Verfolgungen und weiteren Aktionen der Jugendlichen entschlossen sich die Behörden schließlich zu einer „progressiven" Lösung des Problems. In mehreren Verhandlungen zwischen Behörden und „Heimbefreiten" kam es zu einem Kompromiß: Die Jugendlichen dürfen in Frankfurt bleiben, wenn sie die Heimkampagne abbrechen und keine weiteren Heimzöglinge zur Flucht ermuntert würden. – *„Es werden keine Strafanzeigen gestellt und die Polizei fahndet nicht aktiv. Es werden so schnell wie möglich Wohnungen gesucht, in denen diejenigen legal leben dürfen, die sich vor dem ersten Verhandlungstermin in Frankfurt aufgehalten haben"* (Jahrbuch der Sozialarbeit, 1976, S. 224). Die Trägerschaft für die Wohnkollektive übernahm der Verein für Arbeit- und Erziehungshilfen; die Jugendlichen wurden wieder unter direkte Kontrolle der Fürsorge gestellt. Aber wengistens der Druck durch die Polizei fiel erstmal weg.

Hinhalten, Verzögern

Durch Hinhalten, Verzögern (bei der Wohnungssuche), finanziellem Druck (durch Sperrung der Gelder, als die Eingliederung vieler Jugendlicher in eine geregelte Arbeit oder schulische Ausbildung mißlang), Kontrolle (durch Sozialarbeiter als „Berater" in den Wohnkollektiven) wurden die Jugendlichen mürbe gemacht. Viele hauten einfach ab. Aus mit großen Opfern erkämpften, sich selbständig organisierenden, politischen Kollektiven als Ausgangsbedingung für den weiteren Kampf gegen den Fürsorgeterror war eine neue Form von Kleinstheimen entstanden, als interessantes „pädagogisches Experiment", mit dem sich SPD/FDP ihrer Reformbereitschaft rühmen konnten. Das machte sich gut vor der Bundestagswahl.

Damit war die Diskussion in der Öffentlichkeit um die westdeutschen Kinder- und Jugendheime jedoch keineswegs gestorben. 1970 fällten die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (LJA) und die überörtlichen Erziehungsbehörden einen Beschluß, in dem die Gründung von Wohngemeinschaften *„als ein weiterer Versuch zur zeitgerechten Durchführung der Öffentlichen Erziehung begrüßt (wurde). Dabei wurde gefordert, daß für diese Wohngemeinschaften eine fachliche Betreuung und Verantwortung sichergestellt und eine Zusammenarbeit mit den ... verantwortlichen Behörden gewährleistet ist. Die Landesjugendämter ... betrachten dies als einen Teil der seit Jahren in Angriff genommenen Reformierung der Heimerziehung"* (Beschluß der „Bundesarbeitsgemeinschaft", 13.2.1970, zit. nach: „Jahrbuch der Sozialarbeit", 1976, S. 229).

Die Forderungen der Heimkampagne nach selbstverwalteten Kollektiven wurde durch die Schaffung von Wohngemeinschaften mit einem reformpädagogisch-therapeutischen Ansatz ersetzt.

An umfassende Veränderungen in der Heimerziehung, geschweige denn den Aufbau von Alternativen war von staatlicher Seite nie gedacht worden. Selbstverwaltete Wohngemeinschaften und solche, die sich den staatlichen Eingriffen entziehen wollten, wurden geschlossen oder schikaniert (a.a.O.).

Mittlerweile gibt es ca. 200 Jugendwohngemeinschaften mit jeweils ungefähr 10 Jugendlichen. 24.000 Jugendliche sind in Fürsorgeerziehung bzw. Freiwilliger Erziehungshilfe. Weitere 62.000 Kinder und Jugendliche sind in Säuglings-, Kinder-, heilpädagogischen Heimen oder Kinderdörfern. Insgesamt 170.000 Kinder und Jugendliche sind durch die Jugendfürsorge in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht.

> **Heime**
>
> Heim für Schwererziehbare
> Altersheim
> Fürsorgeheim
>
> Niflheim
> Stadelheim
> Stammheim
>
> Unheimlich
> was alles
> Heim heißt
>
> Erich Fried

Die „Geschlossene", die totale Isolierung der Jugendlichen ist, so war man sich, Politiker und Pädagogen, nach der Heim-Revolte scheinbar einig, unmenschlich und mit einem pädagogischen Anspruch nicht vereinbar. Nach §71 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ist die „Geschlossene Unterbringung" (GU) zur *„Verhütung eines Mißbrauchs der Freiheit zu neuen Straftaten"* oder zur *„Bewahrung des Jugendlichen vor einer weiteren Gefährdung seiner Entwicklung"*, nach §72 JGG zur Abwendung der Untersuchungshaft, zur Verhinderung von Entweichungen, zur Disziplinierung oder sogenannten Regelmentierung möglich.

Diese Geschlossenen Abteilungen für „besonders schwierige" Jugendliche waren zum Teil während und nach der Heimkampagne abgeschafft oder in der Platzzahl zumindest erheblich reduziert worden.

Andere existieren mit neuem „sozialtherapeutischen" Image weiter, bekamen einen „anspruchsvollen" Namen, einen Psychologen ohne ihren Zwangscharakter zu verlieren. Der Erfolg: Sie gerieten aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit!

Noch 1970 formulierte der Westberliner Senat „selbstkritisch":

„Vom pädagogischen Standpunkt aus betrachtet ist die abgeschlossene Unterbringung höchst problematisch (...). Bei keiner Form der Durchführung läßt sich vermeiden, daß die eingesperrten Minderjährigen das Gefühl der ohnmächtigen und erzwungenen Unterwerfung haben (...). In der Regel werden Aggressionen im

Unterbringung höchst problematisch (...). Bei keiner Form der Durchführung läßt sich vermeiden, daß die eingesperrten Minderjährigen das Gefühl der ohnmächtigen und erzwungenen Unterwerfung haben (...). In der Regel werden Aggressionen im

Übermaß angesammelt. Diese pervertieren das soziale Leben der Eingeschlossenen untereinander in erschreckender Weise" („päd. extra Sozialarbeit", Juni 77).

1974 wehte schon wieder ein anderer Wind: *„Die Entwicklung der letzten Jahre, Erscheinungsbilder von Jugendkriminalität und Verwahrlosung zwingen zu einem Überdenken (!) unser Position in Fragen der abgeschlossenen Unterbringung. Die Bereitstellung abgeschlossener Einrichtungen für bestimmte Fälle der Selbst- und Fremdgefährdung sowie für den Personenkreis, der nach §71/72 JGG unterzubringenden Minderjährigen wurde und kann auch in Zukunft nicht in Frage gestellt werden"* (Westberliner Jugendsenat, a.a.O.).

Seit geraumer Zeit wird weitgehend unbeachtet und hinter verschlossenen Türen ein großangelegtes Comeback der „Geschlossenen" vorbereitet, d.h. ein Ausbau des Gewaltapparates gegen Kinder und Jugendliche, die mit den „normalen" Mitteln staatlicher Jugend„hilfe" nicht kleinzukriegen sind. Artikelserien in der Presse über die angebliche Zunahme der Jugendkriminalität, über die Brutalisierung der Kinder, über Rockeruntaten und über Terrorismus als Folge einer zu laschen Erziehung sollen den Boden bereiten für eine breitere Zustimmung zur offenen „Umorientierung in der Jugendhilfe" und für den verstärkten Ruf nach mehr „Innerer Sicherheit", weg von der „weichen Masche".

Schon seit langem forderte so ein Reaktionär wie Prof. Dr. Hartmann, Direktor des Seminars für heilpädagogische Psychiatrie an der pädagogischen Hochschule Rheinland, eine *„offene und offensive Auseinandersetzung mit ‚antiautoritärer Erziehung' "*, um mit *„jenen illusionären Vorstellungen"* abzurechnen, *„die in der Heimkampagne der 60er Jahre eine Bewegung der Heimerziehung sahen und die sich gegen abtötende Sicherheitsbestimmungen, gegen die Überbedeutung von Sicherheit und Ordnung zugunsten moderner sozialtherapeutischer Modelleinrichtungen wandten"* („FR", 6.12.76). Unter der Überschrift *„Und Baader und Ensslin führten Regie"* hetzt er gegen die Heimpädagogik, die *„den Anarchisten auf den Leim"* gegangen sei, als man es zuließ, daß sich Jugendliche in Wohnkollektiven zusammenschließen durften (ebenda).

Im März 1976 beauftragte das Parlament auf Antrag der CDU den Senat von Westberlin, Vorbereitungen zur „bedarfsgerechten" Einrichtung von geschlossenen Heimen zu treffen, nachdem im Heimbericht von 1975 die Unterbringung in „geschlossenen Einrichtungen" für Minderjährige gefordert worden war, *„die nur so zur Ruhigstellung, Diagnose und Therapie gebracht werden können oder die zur Vermeidung noch größeren Übels oder ihrer Kriminalität zeitweise vor sich selbst bewahrt werden müssen"* („Päd. Extra Sozialarbeit", Juli 77). Inzwischen gibt es einige Stellungnahmen liberaler und fortschrittlicher Pädagogen. Der Frankfurter Pädagoge Wolfgang Bäuerle weist darauf hin, daß in allen faschistischen Gesellschaften die geschlossenen Heime überfüllt und dafür offene sozialpädagogische Hilfen eingestellt werden.

„Sozial- und Psychotherapie gleich welcher Schule unter den Zwangsbedingungen geschlossener Heime mit Aussicht auf Therapieerfolg bei Kindern und Jugendlichen durchführen zu wollen, ist absoluter Unsinn. Man vergesse nicht: diese Kinder und Jugendlichen werden mit physischer Gewalt gegen ihren Willen in die geschlossenen Heime gebracht. Sie werden dort gegen ihren Willen gefangen gehalten, sie werden dort gegen ihren Willen therapeutische Maßnahmen verordnet bekommen. Auch wenn sie dort mit der Zeit so resigniert, stumpfsinnig und widerstandslos geworden sein werden, daß sie alles über sich ergehen lassen und lernen, auch Therapie und Therapeuten zu ertragen, wird ihnen das nichts einbringen im Blick auf ihre Zukunft ..."

(„FR", 13.8.77).

... Die Gegenwehr organisieren!

Vor diesem Hintergrund scheint es uns ermutigend, daß in den letzten Monaten insbesondere von fortschrittlichen Sozialarbeitern, Betroffenen bzw. ehemals Betroffenen der Heimerziehung Schritte unternommen worden sind, den Skandal der Heimerziehung zu veröffentlichen, in Kontakt zu den Betroffenen zu kommen. Verwiesen sei hier auf die erfolgreiche Veranstaltung „Bambule" in Hamburg, die von 20 Initiativen aus dem Bereich der Sozialarbeit organisiert wurde und in deren Anschluß konkrete Beschlüsse zur Gründung einer Selbsthilfeeinrichtung von Fürsorgezöglingen etc. gefaßt wurden. Gerade in Vorbereitung des Jugend-

Hamburg, die von 20 Initiativen aus dem Bereich der Sozialarbeit organisiert wurde und in deren Anschluß konkrete Beschlüsse zur Gründung einer Selbsthilfeeinrichtung von Fürsorgezöglingen etc. gefaßt wurden. Gerade in Vorbereitung des Jugend-

hilfetages im November muß der Kampf gegen den Skandal der Heimerziehung noch um Einiges verstärkt werden.

Kinderkommission und Erziehergenossin KB/Gruppe Hamburg

Während des Abendessens kam ich in den Speisesaal und sah, daß D. gebückt vor dem HL und den übrigen Kindern, die sich zu einer Schlange aufstellten, stand. Jeder durfte D. auf den Po schlagen (Karikatur von Fritz Jarchow, Neckargemünd, aus: „Sozialmagazin" 6/77).

Während des Abendessens kam ich in den Speisesaal und sah, daß D. gebückt vor dem HL und den übrigen Kindern, die sich zu einer Schlange aufstellten, stand. Jeder durfte D. auf den Po schlagen (Karikatur von Fritz Jarchow, Neckargemünd, aus: „Sozialmagazin" 6/77).

Nazi-Erziehungsmethoden!

Der Leiter des Arbeiterwohlfahrts-Diabetikerheims Wittloh bei Tuttlingen steht zur Zeit vor Gericht. Er wird wegen Körperverletzung, gemeinschaftlicher Nötigung und Mißhandlung angeklagt. Zu seinen „Erziehungs"-Methoden gehörte es, einem rauchenden Jungen die Zigarette auf der Backe auszudrücken, ein anderer mußte seine Zigarette aufessen. Ein Homosexueller wurde von Heiminsassen verprügelt, die der Leiter gegen ihn aufgehetzt hatte. Mit von der Partie war außerdem immer ein Hilfserzieher, der auch vor Gericht steht. Jahrelang war der Heimerzieher durch die Arbeiterwohlfahrt in Schutz genommen worden, erst eine genaue Dokumentation von Zivildienstleistenden brachte die brutalen Mißhandlungen an die Öffentlichkeit (nach: „Schwäbische Zeitung", 13.1.78).

ÖTV-Kommission KB/Gruppe Hamburg



Kitzingen. Am 21.1.78 kam es in Kitzingen (Unterfranken) zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer NPD-Kundgebung und Gegendemonstranten.

Etwa 150 Faschisten, die aus dem gesamten Bundesgebiet nach Kitzingen angekarrt worden waren, wollten mit einem Fackelzug und einer Kundgebung die „Reichsgründung" von 1871 feiern. Schon während des Umzugs durch die Stadt versuchten zahlreiche Gegendemonstranten, die Hetztiraden der Faschisten durch Faschingsparolen zu übertönen. Vor dem Kundgebungslokal kam es dann, trotz eines großen Bullenaufgebots, zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei mehrere Menschen verletzt wurden. Die Polizei „beschränkte" sich darauf, die Personalien einiger Gegendemonstranten festzustellen.

KB-Sympathisanten Würzburg

***

Antifaschistische Dokumentation Braunschweig

Nach den NPD-Aufmärschen in

Antifaschistische Dokumentation Braunschweig

Nach den NPD-Aufmärschen in Braunschweig vom 11. und 12.11. 1977 haben zwei Gruppen unabhängig voneinander zwei Dokumentationen zu den faschistischen Kundgebungen veröffentlicht. Die eine Dokumentation, von einer Arbeitsgruppe an der Fachhochschule erstellt, ist zu beziehen über Fachschaftsrat der Fachhochschule Braunschweig, Küchenstraße 1, und kostet 1,50 DM.

Die andere, von einem Seminar an der Pädagogischen Hochschule erstellt, ist eine umfangreiche Fotodokumentation, die demnächst in der Innenstadt ausgestellt werden soll.

Zwischen beiden Gruppen hat jetzt ein erstes Gespräch über eine weitere Zusammenarbeit stattgefunden. In Planung ist eine gemeinsame antifaschistische Veranstaltung.

KB/Gruppe Braunschweig

***

Antifaschistische Woche in Kassel – ein Nachspiel

Kassel. Wütende Angriffe der CDU-Reaktion brachte die letzte Stadtverordnetensitzung. *„Extreme Gruppen hätten versucht, im Rahmen der antifaschistischen Woche darzustellen, die Bundesrepublik steure auf einen faschistischen Staat zu"* („HNA" vom 31.1.78). Genannt werden die DKP und der Kommunistische Bund.

Vorwurf eines CDU-Stadtverordneten: *„Stadtrat Becker (SPD) habe gewußt, was hinter der Woche gestanden habe, die Lehrer aber nicht informiert. Er forderte den Magiststrat auf, das Verhalten des Stadtschulrates zu mißbilligen"* („HNA", ebenda).

Der SPD-Stadtrat wurde getreu der Sonthofener Rede von Strauß in die „Grauzone" der Verfassungsfeinde eingereiht. Die SPD hatte die anti-
ebenda).

Der SPD-Stadtrat wurde getreu der Sonthofener Rede von Strauß in die „Grauzone" der Verfassungsfeinde eingereiht. Die SPD hatte die antifaschistische Woche zwar nicht unterstützt, jedoch auch keine Verbote ausgesprochen. Diese Haltung ist der CDU schon zu „radikal". Begrenzt verteidigte Stadtrat Becker sogar das breite Bündnis und den Gesamterfolg der Veranstaltungsreihe: *„Er sei froh, daß rund 8.400 Schüler* (und nicht nur die – Anm. AK) *diese Woche besucht hätten"* („HNA", ebenda).

Der Stadtschülerrat hat für den 2.2.78 eine Pressekonferenz angekündigt, die sich gegen die Angriffe der CDU richten soll. Breiter Protest ist hier möglich.

KB/Gruppe Kassel

Kurzmeldungen

„Henker von Toulouse" in Celle aufgespürt

Beate und Serge Klarsfeld haben den früheren Gestapo-Chef von Toulouse, Müller, in Celle aufgespürt. 1953 war er in Abwesenheit in Frankreich zum Tode verurteilt worden. Er hatte vom Juni 1943 bis August 1944 mehrere Massenhinrichtungen von Widerstandskämpfern in Toulouse geleitet. Außerdem wurde er für schuldig befunden, an der Deportation französischer Juden in Konzentrationslager mitgewirkt zu haben.

Müller war bis zu seiner Pensionierung 1971 (nach „Tagesspiegel" vom 14.1.78) oder 1976 (nach „tat" vom 27.1.78) als Kriminalpolizei-Hauptkommissar in Celle tätig. Das Ehepaar Klarsfeld kündigte in Paris an, es wolle den deutschen Strafverfolgungsbehörden seine Unterlagen zur Verfügung stellen.

***

Hanau: NPD-Landeskongreß verhindern!

Der Ortsverein der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat dazu aufgerufen, dem für den 11.2.78 angekündigten NPD-Landeskongreß „entschieden entgegenzutreten". Aus dem Antrag: *„In dieser vom Faschismus und Krieg schwergeprüften Stadt darf es keine neuen neonazistischen Provokationen geben"* („UZ", 31.1.78).

***

Keine „Milde" für NS-Eickhoff!

Weil der ehemalige SS-Unterscharführer Wilhelm Eickhoff nach Auffassung des Schwurgerichts Hamburg als Leiter des KZ Nobruisk/Weißruthenien mindestens 50 Morde an Juden begangen hat, wurde er im März 1976 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. In diesem KZ sind u.a. allein aus dem Warschauer Ghetto mindestens 1.400 Juden umgebracht worden.

In zweiter Instanz hat der Bundesgerichtshof auf lebenslänglich erkannt, nachdem Eickhoff selbst Revision beantragt hatte.

Jetzt hat Eickhoff es erreicht, daß das Bundesverfassungsgericht in diesem Revisionsverfahren einen Formfehler feststellte und damit der Prozeß wieder erneut verhandelt werden muß. Der Bundesgerichtshof hatte damals einen Antrag auf Pflichtverteidigung zu Unrecht abgelehnt („Süddeutsche Zeitung", 10.3.76, 2.11.77).

***

Protest gegen Nazi-Nostalgie in Norwegen

Vor dem norwegischen Parlament hat der Außenminister die Neuprägung einer Nazi-„Erinnerungsmedaille" an den Überfall auf Norwegen verurteilt. Diese Medaille wird in der BRD neu aufgelegt. Wie die „UZ" am 21.1.78 meldete, befaßt sich auch die norwegische Botschaft in Bonn mit dem Fall.

***

USA: Hakenkreuze erlaubt?

„Mitglieder der amerikanischen Nazi-Partei dürfen in der Öffentlichkeit Demonstrationszüge unter Mitführung des Hakenkreuzes veranstalten. Das hat der oberste Gerichtshof des US-Staates Illinois in einem Rechtsstreit zwischen Vertretern der überwiegend von Juden bewohnten Vorstadt Chikagos, Skokie, und einer kleinen Nazi-Bande entschieden. Die Vertreter der Gemeinde Skokie hatten darauf hingewiesen, daß sich unter den rund 40.000 Juden der Gemeinde tausende von Angehörigen von Opfern und hunderte von Überlebenden der Nazi-Barbarei befänden und daß diese Menschen sich durch den geplanten Demonstrationszug zu Tätlichkeiten provoziert fühlen könnten. Das Gericht befand demgegenüber, daß das Zeigen des Hakenkreuzes eine symbolische Form der Meinungsfreiheit darstellt, die den Schutz des ersten Zusatzes zur Verfassung genießt'" („Frankfurter Rundschau", 30.1.78).

***

Hakenkreuz-Verkauf in Westberlin

Bei einem internationalen Eisspeedwayrennen im Eisstadion Wilmersdorf (Westberlin) am Wochenende 28./29.1. wurden auf der Tribüne Hakenkreuz-Anstecknadeln offen zum Kauf angeboten (Stück für vier Mark), ohne daß dagegen eingeschritten worden wäre! Das machte der FDP-Abgeordnete Dittberner mit einem Brief an den Wilmersdorfer Bezirksbürgermeister Baumann (CDU) bekannt. (Nach „Abend" und „Tagesspiegel", 31.1.78)

***

Erlangen: NPD-Schläger an der Uni

Unter Führung des Erlanger NPD-Stadtratskandidaten Thomas Gösta bauten am 31.1. ca. 30 Jung-Nazis – vorwiegend aus Regensburg angekarrt – vor der Erlanger Mensa einen Stand der „Jungen Nationaldemokraten" auf und pöbelten besonders die linken Zeitungsverkäufer an. Einem Verkäufer der „Was lefft" (Erlanger Stadtblatt) nahmen sie die Zeitungen ab; als er protestierte, schlugen sie ihm derart ins Gesicht, daß er einen Zahn verlor. Das ganze wurde von drei Bullen ruhig beobachtet! Anschließend zogen die Jung-Faschisten durch die Mensa, was von der Mensa-Leitung ohne Widerspruch geduldet wurde, während sonst jeder linke Zeitungsverkäufer sofort rausfliegt. (Nach einem Urteil muß die „KPD" sogar mit einer Strafe von einer halben Million rechnen, wenn sie in der Erlanger Mensa mit der „Roten Fahne" erwischt wird!)

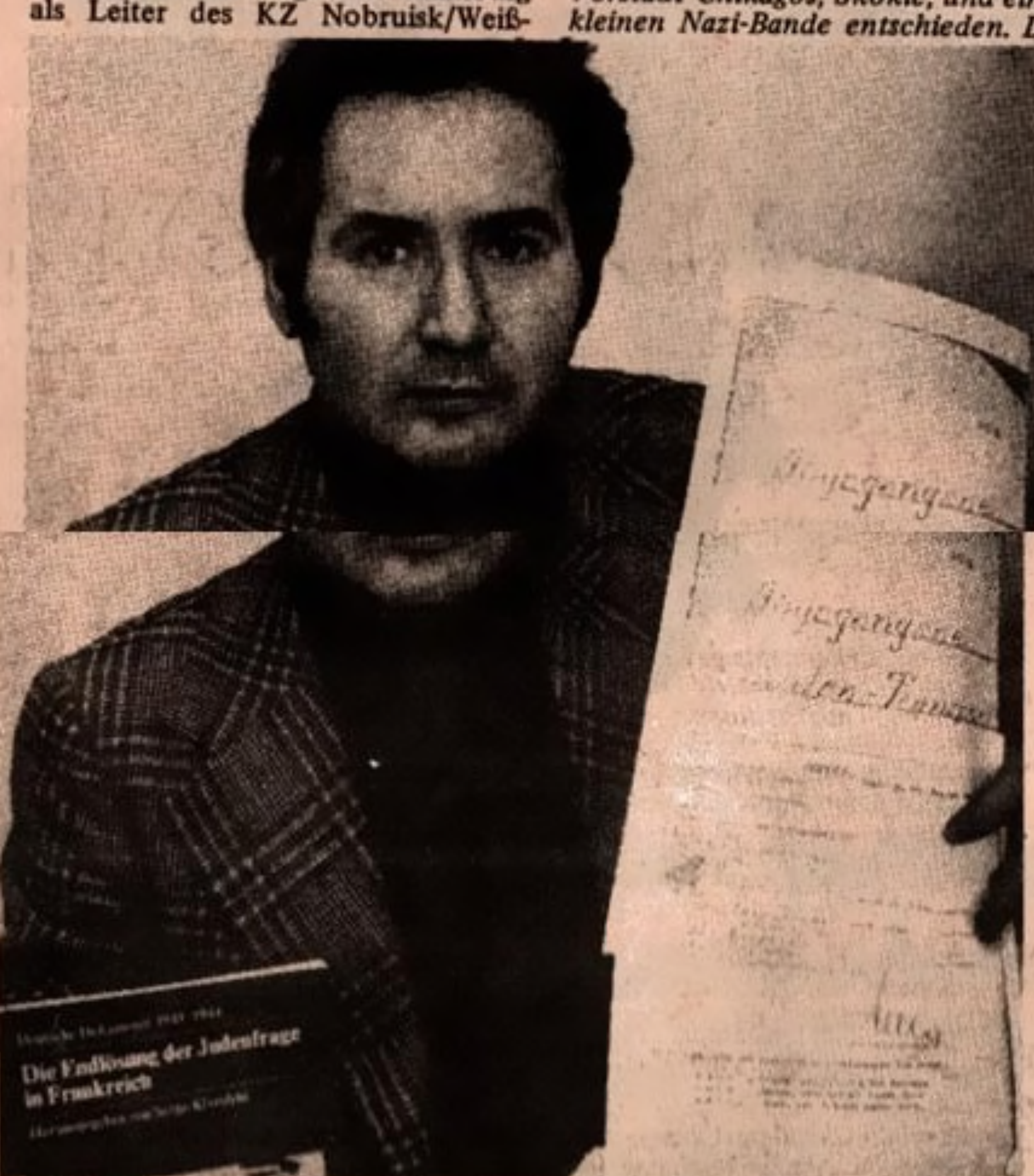
***

sie in der Erlanger Mensa mit der „Roten Fahne" erwischt wird!)

***

Generalbundesanwalt weist Anzeigen gegen Strauß zurück

Mehrere Anzeigen gegen StrauSS wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" sind vom Generalbundesanwalt zurückgewiesen worden. Die Anzeigen hatten StrauSS' Chile-Besuch, bei dem er sich offen als Freund der Junta vorgestellt hatte, zum Gegenstand. Begründung: Der strafbare Tatbestand „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" sei nur für Vereinigungen in der BRD anzuwenden. Noch am Laufen sind allerdings Anzeigen gegen StrauSS nach § 140 StGB – „Billigung von Straftaten".



Serge Klarsfeld zeigt Dokumente zum Massenmord am jüdischen Volk

Antifaschisten aufgepaßt!

Wie schon im vorletzten AK gemeldet, will die NPD als Höhepunkt ihres Wahlkampfs zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen einen **„Internationalen Kongreß gegen den Kommunismus"** organisieren. Wie die Faschistenzeitung „Nation Europa" in ihrem neuesten Heft meldet, hat sich die NPD als Termin sinnigerweise das Wochenende vor „Führers Geburtstag", den 15./16. April, gewählt.

Es wird zweifellos notwendig sein, frühzeitig Druck auf den Senat auszuüben, damit dieser Nazi-Aufmarsch verboten wird, und es wird gleichzeitig notwendig sein, ein breites Bündnis von Antifaschisten und Demokraten zu bilden, um geeignete eigenständige Aktionen zur wirklichen Verhinderung dieser Provokation vorzubereiten. Es wäre z.B. zu diskutieren, ob die Gelegenheit nicht gut wäre, um in Hamburg einen „Kongreß gegen den Faschismus" durchzuführen und über Hamburg hinaus zu mobilisieren.

Noch im Februar will die „Bürger- und Bauerninitiative" des SS-Wachmanns aus dem KZ Auschwitz, **Thies Christophersen**, eine Veranstaltung in Hamburg abhalten. Auf dieser Veranstaltung soll auch der Verbrecher **Hoffmann**, Chef einer vom Staat wohlwollend geduldeten paramilitärischen Bande im Raum Nürnberg, auftreten. Ganz sicher wird auch die **„Hansa"-Bande** zur Stelle sein. Ort und Zeit für seinen Auftritt hat Christophersen nicht öffentlich angekündigt. Möglich, daß seine Veranstaltung identisch ist mit einer anderen, die die „ANS" (legale Tarngruppe der „Hansa"-Bande) zum 19. Februar angekündigt hat und bei der für eine neue „NSDAP" geworben werden soll. Auch von dieser Veranstaltung sind uns Ort und genaue Uhrzeit noch nicht bekannt.

Hierzu wie auch zum geplanten NPD-Aufmarsch im April bitten wir alle Genossen und Leser um Mithilfe. Jede noch so kleine Information wird verarbeitet.

Faschisten prügeln im Gerichtssaal

Prozess gegen Ekkehard Weil

Am 23.1.78 fand in Westberlin ein Prozeß gegen den Faschisten E. Weil wegen Brandstiftung statt. Weil war bereits 1971 zu 6 Jahren verurteilt worden, weil er auf einen sowjetischen Wachsoldaten geschossen hatte. Weil ist auch sonst in der Fascho-Szene kein unbeschriebenes Blatt. In der Nacht zum 1.8.77 hatte er mit mehreren Kumpanen einen Brandanschlag auf das Parteibüro der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlin, DKP-nahe) in Berlin-Charlottenburg verübt.

Nach der Brandstiftung verursachte Weil auch noch einen Verkehrsunfall – und zwar mit einem Zeugen der Brandstiftung, der Weil jedoch nicht sofort erkannte. Weil wollte alles gleich finanziell regeln, seine beiden Mitfahrer verließen unterdessen fluchtartig das Auto. Der Unfallgegner hatte Weil zu diesem Zeitpunkt immer noch nicht als Mittäter der Brandstiftung erkannt, bestand aber auf Weils Personalien, die dieser verweigerte. Schließlich floh Weil mit seinem Auto, wobei er seinen Unfallgegner fast überfahren hätte. Weils Beteiligung an der Brandstiftung war nur zu offensichtlich, er hatte sich eigens für die Tat ein Auto von der bekannten Faschistin Ingrid Röthge (mit Helge Röthge verheiratet) geliehen und für die Tatnacht ein Alibi in einem bekannten Westberliner Faschisten-Treffpunkt beschafft.

Wie kaum anders zu erwarten, ging es im Prozeß hauptsächlich um die Unfallflucht, die auch von Weils Verteidigern nicht abgeleugnet werden konnte. Weil sagte zur Sache überhaupt nicht aus. Der Staatsanwalt forderte schließlich eine Gesamtstrafe von 8 Jahren, die Verteidiger Weils plädierten auf Freispruch in der Brandstiftungssache wegen zu „schwacher Indizien" und drei Jahre wegen der Unfallflucht. Das Gericht sah Weils Mittäterschaft an der Brandstiftung zwar als erwiesen an, ansonsten folgte es aber genau dem Antrag der Verteidigung, indem es Weil zu insgesamt drei Jahren verurteilte. Nach der Urteilsverkündung prügelte sich Weil auf die Pressebank durch, wobei er einem anwesenden Journalisten-Mitarbeiter des SFB und der fortschrittlichen Westberliner Programmzeitschrift „Zitty" das Nasenbein brach. Danach entwickelte sich eine umfangreiche Schlägerei im Zuschauerraum, in deren Verlauf auch ein Zuschauer von den fast ausschließlich faschistischen Zuhörern blutig geschlagen wurde. Dies wurde vom Richter ebenso „übersehen" wie die Rufe „Diese roten Schweine gehören alle an den Baum!" – Die Begünstigung von Nazis wird wirklich immer toller...

Antifa-Kommission KB/Westberlin

Hexenjagd immer grotesker

Der „Bild" vom 28.1.78 war unter der Überschrift **„Sympathie für Mord und Terror"** folgende Meldung zu entnehmen: *„Sympathieparolen für terroristische Mordanschläge haben junge Leute an das Jugendzentrum von Eutin (Ostholstein) geschmiert. Das Jugendheim wurde sofort geschlossen. ‚Die Selbstverwaltung des Heimes durch Jugendliche ist damit gescheitert', sagte der Bürgermeister"*.

F r a g e: Wenn man demnächst „Sympathieparolen" für die RAF am Springerhaus liest – besteht dann wohl eine Cha[illegible] der Laden endlich dichtgemacht wird?!

Noch ein »Musterentwurf«: Das neue Meldegesetz

Seit dem 1.8. 78 liegt der Entwurf für ein neues bundeseinheitliches Meldegesetz vor. Es beinhaltet in 21 Paragraphen: erstens eine generelle Verschärfung sämtlicher Meldebestimmungen, zweitens die zentrale Einrichtung von automatisierten Adreßregistern bei Bund und Ländern sowie die Ermächtigung der Bundes- und Länderregierungen zur Nutzung von Daten, „wenn es im Interesse der öffentlichen Sicherheit' geboten erscheint".

Im Einzelnen fordert der Entwurf:

- Die Verpflichtung des Vermieters, bei An- und Abmeldungen „*mitzuwirken*" sowie gegebenenfalls einen „*meldepflichtigen Vorgang der Meldebehörde mitzuteilen*";
- „Beherbergungsstätten", Krankenhäuser, Pflegeheime „*und ähnliche Einrichtungen*" bis hin zu „*Zelten, Wohnwagen oder Wasserfahrzeugen, die geschäftsmäßig überlassen werden*" sollen in Zukunft meldepflichtig sein, und zwar sollen deren „Leiter" die Daten „*für die zuständige Behörde erheben*".

Nichtbefolgung dieser Vorschriften soll zukünftig stärker unter Strafe gestellt werden.

Die einzurichtenden Adreßregister sollen personenbezogene Daten speichern und übermitteln. Dafür sind eine Reihe von „Kann-Bestimmungen" (sog. Generalklauseln) im Entwurf enthalten, die keine konkrete Aussage treffen außer der, daß letzlich alles möglich ist.

So z.B.: „*Der Bundesminister des Inneren wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu bestimmen, daß das Landesadreßregister zu den in Absatz 2 genannten Daten weitere personenbezogene Daten zu speichern und zu verwalten hat. Durch daß für Zwecke der Landesverwaltung noch weitere Daten gespeichert werden*".

„Zulässig" ist die „Datenübermittlung" nach dem Entwurf außerdem:

- „*Wenn sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der Meldebehörde oder des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist*";
- „*Über die Daten einer Vielzahl namentlich bezeichneter Personen (Massenauskunft)*", „*wenn sie im öffentlichen Interesse liegt*";
- Über „*mehrere namentlich nicht bekannte Personen (Gruppenauskunft)*", ebenfalls „*wenn sie im öffentlichen Interesse liegt*".

Der verdatete Bürger kann „natürlich" Auskunft verlangen, was alles über ihn (sie) gespeichert ist. Dafür muß allerdings jedesmal eine Gebühr entrichtet werden, mindestens 5 DM. Um ein vollständiges Bild zu bekommen, müssen aber zwischen 25 und 50 Datenbänke befragt werden. Ebenso kann der Betroffene verlangen, daß falsche Daten „gesperrt" werden – von Löschen ist nicht die Rede.

Dem Gesetzentwurf angefügt ist eine Liste mit ca. 200 persönlichen Daten, die in den einzurichtenden Adreßregistern eingespeichert werden sollen. Darunter – neben den üblichen standesamtlichen Angaben – solche Fragen wie nach „besonderen Aufenthaltsverhältnissen" – etwa: „*Unterbringung nach § 63 des Strafgesetzbuches oder nicht nur einstweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus wegen Geisteskrankheit oder wegen Geistesschwäche infolge Richterspruchs*" – oder: „*Vollzug einer Freiheitsstrafe*" – oder: „*Rechtlicher Grund der Been-Merkmale*" (das bedeutet z.B. Angabe von Freibeträgen und Gründen der Erwerbsminderung).

Außer solchen persönlichen Daten finden sich auch solche wie „Paßversagungsgründe", „Auskunftsperregrund" u.a.m.

Aus der Begründung des Gesetzes wird schließlich auch deutlich, wer die geplanten Registraturen wesentlich benutzen soll: „*Insbesondere bei den jüngst erfolgten Fahndungen nach terroristischen Gewalttätern mußte die Erkenntnis gewonnen werden, daß das derzeitig bestehende Meldewesen nur bedingt geeignet ist, die polizeilichen Fahndungsmaßnahmen wirksam zu unterstützen*" („FR", 10.1. 78).

Mit solchen Bestimmungen wird das sog. „**Bundesdatenschutzgesetz**" – ab 1.1. 78 gültig – offensichtlich beiseitegewischt. Von dem angeblichen „Selbstbestimmungsrecht des Bürgers über seine Daten", wie Maihofer das Datenschutzgesetz lobte, bleibt da wenig übrig!

Das „Datenschutzgesetz" ist ohnehin bereits ein Farce. Es regelt nicht nur die „Rechte" der Betroffenen, sondern auch die der Daten sammelnden Stellen. Danach können die Behörden untereinander die Daten beliebig austauschen und die Behörden können die Daten an Privatfirmen oder Forschungsinstitute weitergeben, sofern keine „schutzwürdigen Belange" der Betroffenen berührt werden.

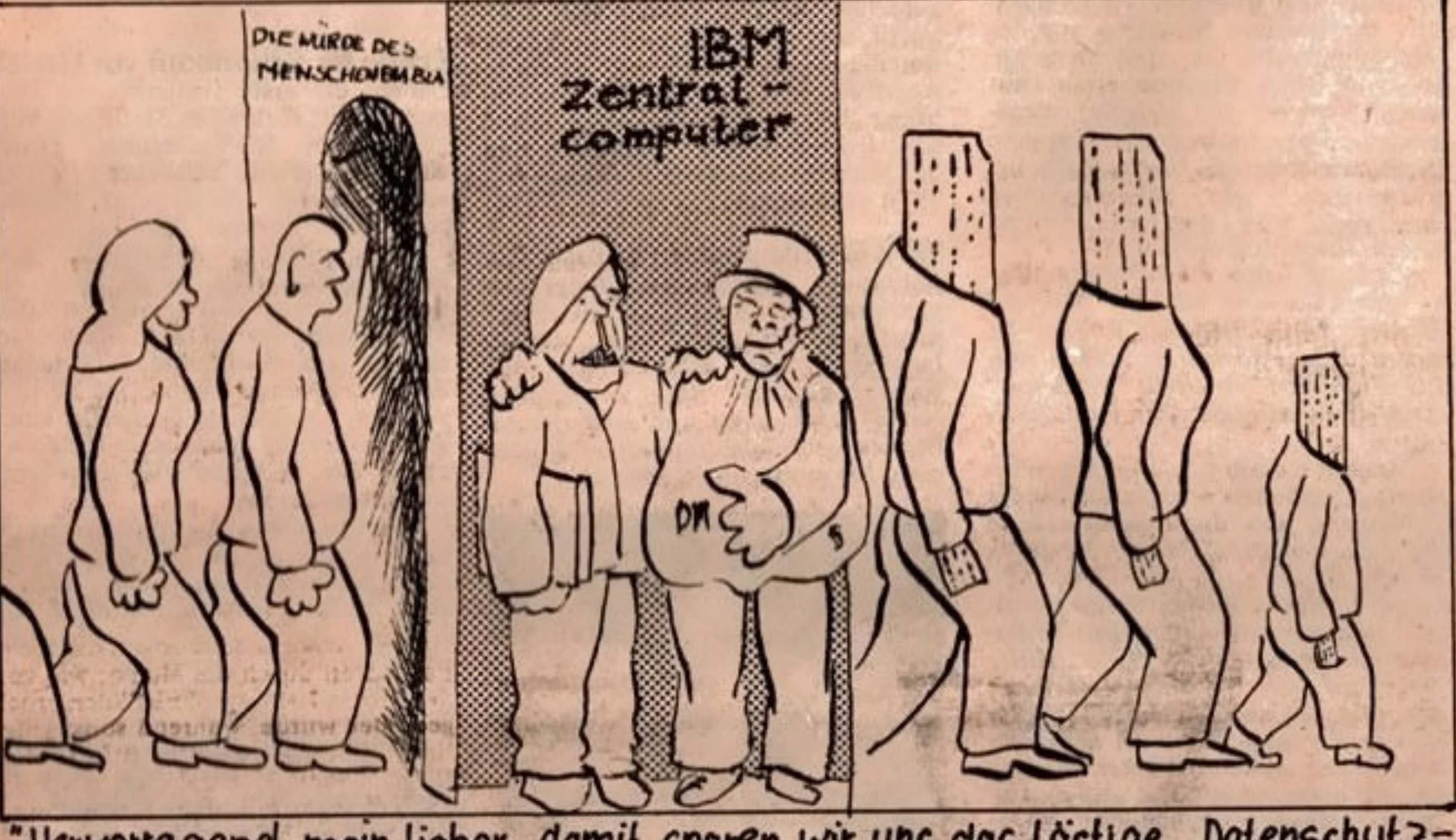
Auch das „Bundesdatenschutzgesetz" sichert dem verdateten Bürger eine Auskunftspflicht der Behörden zu. Allerdings sind die Ausnahmen beträchtlich. „*Sie entfällt für alle Sicherheitsdienste (Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst), für die Bundeswehr, das Bundeskriminalamt, die Finanzbehörde und die Polizei. Auch für gesetzlich vorgeschriebene Register und sonstige öffentliche Dateien, sofern sie ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen, besteht diese Veröffentlichungspflicht nicht ... Neben dem gesamten Sicherheitsbereich sind Fälle, wo die Auskunftserteilung den Zweck der Datenspeicherung gefährden würde, vom Recht des Bürgers auf Einsicht ... ausgeschlossen*" („FR", 2.1. 78).

Nicht öffentlicht sind nach diesem Gesetz: erstens „Datenverarbeitung für eigene Zwecke" (Versandhandel, Banken, Versicherungen), zweitens für „fremde Zwecke". Nur bei der „Erstspeicherung" muß der Betroffene benachrichtigt werden. Keine Benachrichtigung ist nötig, wenn Daten aus „allgemein zugänglichen Quellen" gesammelt und weitergegeben werden.

Kein Auskunftsrecht für den Bürger besteht „*über private Datenspeicherung für firmeneigene Zwecke*", „*wenn die Geschäftszwecke gefährdet würden*" – usw. usf.

Der neu installierte „Datenschutzbeauftragte", Hans Peter Bull, ist mit einem Stab von 20 Mann als neue Abteilung dem Bundesinnenministerium untergeordnet. Er hat keinerlei echte Befugnis und versteht selbst seine Arbeit so. „*Mit dem Gesetz über Datenschutz kommen neue Anforderungen auf die Behörden zu. Ich soll bei ihnen Verständnis wecken, im Sinne des Gesetzes zu handeln*" („Hamburger Morgenpost", 3.1. 78).

Unterm Strich läuft das neue Meldegesetz, einschließlich Datenschutzgesetz, auf eine unkontrollierbare Totalerfassung der Insassen dieses BRD-Staates hinaus.



"Hervorragend, mein Lieber, damit sparen wir uns das lästige Datenschutzgesetz!"

Bezeichnenderweise geschieht das zu einer Zeit, wo andererseits die Presse zunehmend unter staatliche Kontrolle gestellt, wo die Geheimdienste auch der geringen Kontrolle durch das sog. parlamentarische „Vertrauensmännergremium" entzogen, angesichts der sich häufenden regierungsoffiziellen und halboffiziellen Skandale auch die Arbeitsweise parlamentarischer Untersuchungsausschüsse „reformiert" werden soll.

Über Sinn und Zweck des Meldegesetz-Entwurfs und des Datenschutzgesetzes bestehen allerdings auch innerhalb des bürgerlichen Lagers noch Widersprüche. Helge Schuchardt (FDP) z.B. sprach vom „numerierten Menschen". Eine in Bonn neuerlich gegründete „Kommission zum Schutz des Bürgers vor Datenmißbrauch" fordert die Einsicht des Betroffenen in alle auf seine Person bezogenen Daten.

Der Spiegel schrieb: „*Das neue Gesetz – eine kompromißverdorbene Sammlung von Leerformeln und Gummiklauseln*". – „Frankfurter Rundschau": „*Gesetz mit großen Löchern*". Der Exekutivausschuß des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes in der EG (EMB) forderte Schutz vor Mißbrauch der EDV-Technik. Sie „*eröffne für die Unternehmensleitungen die Möglichkeit, alle betrieblichen, privaten und gesellschaftlichen Bereiche der Arbeitnehmerschaft zu durchdringen*" („FR", 15.11. 77).

Ein Hinweis für den Kampf gegen die geplante Total-Erfassung kam von dem vor Pr. Bull vorgesehenen Anwärter für den Datenschutz-Posten, Dr. Spiros Simitis, der den undankbaren Job ablehnte: „**Was wir brauchen, und zwar weit mehr als bisher, sind Bürger, die bereit sind, Antworten zu verweigern**". Auch diese Front muß in der linken und demokratischen Öffentlichkeit eröffnet werden!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kanzler Schmidt in der Polizeiakademie Hiltrup

Kurz vor Jahresende machten Schmidt und Maihofer der Polizei-Kaderschule in Hiltrup ihre Aufwartung. „Die Polizei" (1/78) berichtete darüber. „*Bundeskanzler und Bundesinneniminister erweisen der bundesdeutschen Polizei Referenz und Respekt durch ihren Besuch bei der PFA Hiltrup. – Innerhalb der bundesdeutschen Polizei ist der Besuch ... als anerkennende Würdigung der Bemühungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und als ein Bekenntnis zur Aufgabenstellung der Polizei in unserem Rechtsstaat gewertet worden. Wenige Wochen nach dem Entführungs- und Geiseldrama ... hatte der Besuch seine ganz besondere Bedeutung*"..

Die PFA Hiltrup wurde 1948 gegründet und seitdem zügig zur zentralen Kaderschule der „Sicherheitskräfte" ausgebaut. 1972 wurde das „Abkommen über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiakademie" abgeschlossen. Seitdem werden in Hiltrup die Führungskräfte des BKA, die Beamten des höheren Dienstes der Polizei aller Bundesländer und des BGS nach einheitlichen Richtlinien gemeinsam ausgebildet.

Diesem auserlesenen Publikum stellte sich Schmidt sozusagen als Kollege vor: Er erinnerte sich an seine Zeit als Innensenator in Hamburg. „*Ich bitte Sie, meinen Besuch hier nicht als denjenigen eines Mannes aufzufassen, der von der Polizei überhaupt keine Ahnung hätte, ...sondern ... als eine Fortsetzung des von mir als Bundeskanzler sehr intensiv und kontinuierlich gepflegten Gesprächs mit den Organen der öffentlichen Sicherheit schlechthin auszufassen*". Schmidt betonte, daß durch die „*großen Einsätze der letzten 12 Monate sich unter den deutschen Polizeien ein wesentlich stärkeres Wir-Gefühl herausgebildet*" habe. Als besonderes Beispiel für die richtige „Dienstgesinnung" hob er das Beispiel der GSG 9 hervor. „**Da ist, glaube ich, vier oder fünf Jahre lang vorgearbeitet worden, und dann einmal gab es die Chance. Geduld gehört dazu!**"

Wie einst von den Nazis der Polizei Rückendeckung „durch dick und dünn" (Göring) versprochen wurde, fand auch Schmidt den rechten Ton für seine „Sicherheitsorgane": Die Polizei brauche nicht nur den „*bei feierlichen Gelegenheiten ausgesprochenen moralischen Rückhalt, sondern sie brauchen den täglichen geduldigen Rückhalt ihrer Landesregierungen und der Bundesregierung*".

Schmidt versicherte den Polizeiführern, daß auch in der Bevölkerung durch die Schleyer-Aktion das „Wir-Gefühl" und das Bedürfnis nach „Tuchfühlung" mit der Polizei gewachsen sei. Zugleich forderte er aber die Polizei zur Propaganda-Offensive auf, insbesondere vor dem Hintergrund ausländischer Kritik: „*Ich bin ganz sicher, daß unsere Polizei hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit des Handelns den Vergleich mit den Polizeien im rechtsstaatlich geordneten, demokratischen europäischen Ausland nicht zu scheuen braucht ... Im Gegenteil, Sie sollten diese Thema offensiv anfassen, sorgen Sie dafür, daß Vergleiche von Leuten gezogen werden, die kompetent sind zu urteilen. Sorgen Sie für Gelegenheiten, Vergleiche zu ziehen. Gehen Sie heraus aus der Defensive.*"

Schließlich brach vor soviel uniformierter Zuhörerschaft bei Schmidt die Kommißzeit wieder durch: „*Im Grunde üben Sie einen schönen Beruf aus. Sie haben es leichter als die Angehörigen der Bundeswehr, die sich ein ganzes Berufsleben lang auf den Fall vorbereiten, der nie eintreten soll ... Sie haben im Grunde einen sehr schönen Beruf, einen Beruf, der öffentliche Anerkennung findet... Es gibt viele andere Berufe, die weniger Dankbarkeit auslösen. Bitte sorgen Sie dafür, daß die Dankbarkeit, die das deutsche Volk gegenüber seiner Polizei empfindet, an Ihre Frauen, an Ihre Männer weitergegeben wird, daß sie ihnen erlebbar gemacht wird, und sagen Sie ihnen auch, daß der Bundeskanzler dieses Staates diese Dankbarkeit von ganuem Herzen teilt.*"

Der stellvertretende Vorsitzende der Innenministerkonferenz (IMK), Fröhlich, formulierte die Konsequenzen des Schmidt-Besuchs in Hiltrup konkret: „*Die nüchterne Einschätzung der Lage macht für die Zukunft ein noch engeres Zusammenrücken aller Sicherheitsorgane erforderlich ... Insgesamt sollen für die Erweiterung der Polizeiführungsakademie über 32 Millionen DM aufgewendet werden*".

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Internationales »Anti-Terror«-Abkommen in Kraft

Die Bemühungen der BRD, ihre eigenen Terror-Maßnahmen auch international durchzusetzen, sind wieder ein Stück vorangekommen.

Am 20.1. verabschiedete der Bundestag einstimmig (!) die Ratifizierung eines am 27.1.77 von allen Europaratsstaaten unterzeichneten „Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus". Damit kann dieses Abkommen, das wesentlich auf BRD-Initiative zustandekam, hierzulande in drei Monaten in Kraft treten.

Das Abkommen legt im wesentlichen fest, daß „Terroristen" in Zukunft keinerlei politische Motivation für ihre Taten in Anspruch nehmen können, was z.B. für das Asylrecht entscheidend wichtig ist, aber auch für das ungehinderte Einschalten der Interpol. Weiterhin sollen „Terroristen" in Zukunft ausgeliefert werden oder zumindest in dem Land, in dem sie Zuflucht suchen, abgeurteilt werden.

Sprecher aller drei Bundestagsparteien erklärten dazu, dieses Übereinkommen sei nur ein „erster Schritt", da noch gewisse Unvollkommenheiten (z.B. die Möglichkeit, eine Auslieferung abzulehnen, oder auch fristlos das Abkommen zu kündigen) vorhanden seien („FR", 21.1.78).

Neben „direkten" Einflußnahmen der BRD auf andere Länder (wie z.B. beim Aufbau einer GSG-9-ähnlichen Truppe in Japan, bei der der BRD-Polizeiapparat Pate stand – „FR", 3.1.78) laufen daher weitere Bemühungen, zu weitergehenderen internationalen Abkommen zu gelangen. So nutzte die BRD-Delegation auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad die Gelegenheit, anläßlich der Mogadischu-Aktion eine „Anti-Terror-Resolution" einzubringen und – wie schon seit einiger Zeit – eine UN-Konvention „gegen Geiselnahmen" zu propagieren.

Weiter so!

Erfreuliches aus Wiesbaden. Dort wurde ein 40-jähriger Beamter des BKA (Bundeskriminalamt) vom Geschäftsführer einer Gaststätte entwaffnet. Der BKA-Mann hatte in angesoffenem Zustand Gäste angepöbelt und war daraufhin zum Verlassen der Gaststätte aufgefordert worden. Das war anscheinend zuviel für ihn: er griff zum Colt! Bei dem darauf folgenden Handgemenge wurde der „Ordnungshüter" vom Geschäftsführer überwältigt und entwaffnet. Da der BKA-Mann bei dieser Rangelei mehrere Schläge gegen den Kopf erhielt, mußte er, selbstverständlich nach der Blutprobe, in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Berufsrisiko!...

(Alle Angaben aus FR, 16.1.78)

Antifa-Kommission
KB/Westberlin

Erste Erfolge gegen Schönborn-Roeder-Christophersen:

Verurteilungen und Knast für die Nazis!

Bislang wurden die Nazi-Aktivisten Schönborn („Kampfbund deutscher Soldaten"), Roeder („Deutsche Bürgerinitiative") und Christophersen („Bauernschaft", „Kritik-Verlag") von Polizei und Justiz sichtlich geschont. In den letzten Wochen haben sich einige Gerichte jedoch endlich dazu durchgerungen, Roeder rechtskräftig in den Knast zu schicken, Schönborn wegen einiger seiner Nazi-Schriften zu verurteilen und gegen Christophersens „Auschwitz-Lüge" vorzugehen.

Nicht zu vergessen ist allerdings, daß die Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande damit noch in keiner Weise angemessen „behandelt" worden ist. Angesichts ihrer jahrelangen rassistischen, neonazistischen Umtriebe (und, zumindest im Fall Christophersens, ihrer aktiven Beteiligung an den Verbrechen des Nazi-Faschismus) können diese Urteile nur ein erster Anfang sein!

Endlich: Roeder in den Knast!

Am 23.11.77 hat der Bundesgerichtshof das Urteil des Flensburger Landgerichts bestätigt (3 StR 424/77-S): Danach gehört Roeder wegen des von ihm mitorganisierten „Reichstags zu Flensburg" für 6 Monate hinter Gitter: Er wurde wegen fortgesetzter Aktivität im Sinne einer verbotenen Nazi-Organisation, wegen Verunglimpfung der BRD und (zu 3000 DM) wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz verurteilt.

Zur Erinnerung: Am 23.5.75 veranstalteten Roeder und Christophersen mit ihrem Anhang ein Spektakel besonderer Art. In ihrem Flugblatt klang das so: *„Vor 30 Jahren, dem 23.5.45, wurde die letzte deutsche Regierung in Flensburg unter entwürdigenden Bedingungen verhaftet. Durch diesen beispiellosen Banditenstreich von Engländern und Amerikanern wurde das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt. Das schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter brach an. Seitdem herrschen Lüge, Rechtlosigkeit und Terror... Wir fordern die Wiederherstellung eines freien, unbesetzten Reiches".*

Nur den 500 anwesenden Antifaschisten war es damals zu verdanken, daß die Polizei überhaupt – wenn auch sehr zögernd – gegen die von der Stadt Flensburg verbotene Ansammlung der Nazis vorging.

Roeder ereiferte sich in seinem 52. „Brief" (Dezember 77) über dieses Urteil: *„Mit diesem Urteil hat der BGH die Verbrechen der Alliierten ausdrücklich gebilligt und sich mit ihnen identifiziert. Er hat die Verhaftung und Ermordung einer souveränen Regierung für Recht erklärt und den Protest dagegen als Unrecht"*

Trotzig kündigt er an: *„Die Gefängnisstrafe zwingt uns aber auch, den Kampf härter zu führen. Wir müssen alle Kräfte auf das wesentliche*

den Kampf härter zu führen. Wir müssen alle Kräfte auf das wesentliche

konzentrieren und können uns nicht mehr mit Schwätzern und Besserwissern abgeben. Dagegen arbeiten wir mit allen zusammen, die es ehrlich meinen und sich persönlich einsetzen" (52. „Brief", Dez. 77). Das „wesentliche" soll in Zukunft sein: *„Es kommt auch nicht von ungefähr, daß man mich jetzt zu sofortigem Gefängnis verurteilt, seit ich mich gegen den Atomwahnsinn gewendet habe* (hier trägt Roeder, der mit der Anti-AKW-Bewegung so wenig zu tun hat, wie die Kuh mit dem Fliegen, reichlich dick auf – Anm. der Red.). *Das ist nämlich der empfindliche Goldnerv der Schacherer. Dort können wir sie vernichtend treffen , während sie über nächtliche Hakenkreuzaktionen nur lächeln".* Versuche, sich als „AKW-Gegner" in die Bürgerinitiativen einzuschleichen, sollen also nach Ansicht Roeders von den Rechtsradikalen verstärkt unternommen werden.

Angesichts der (unseres Wissens) etwa 50 Ermittlungsverfahren, die gegen Roeder & Co. laufen, dürften die Gerichte eigentlich keine allzu großen Schwierigkeiten haben, weitere Prozesse zu führen.

Am 6.1.78 meldete die „Jüdische Wochen-Zeitung" dazu erneut Erfreuliches: Ein weiteres Urteil gegen Roeder ist rechtskräftig geworden. Das Oberlandesgericht Stuttgart entschied, Roeder sei zu Recht wegen Verunglimpfung des von den Nazis wegen seiner Widerstandstätigkeit ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer zu 5.000 DM verurteilt worden.



Schönborn: 6 Monate auf „Bewährung"

Am 16. März soll beim IV. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Frankfurt eine Hauptverhandlung beginnen, in der Roeder wegen Nazi-Umtrieben 1975 u.a. in Frankfurt angeklagt ist. Und schließlich hat die Oberstaatsanwaltschaft Nürnberg wegen eines anderen, vor einiger Zeit in Regensburg veranstalteten „Reichstages " Ermittlungen eingeleitet. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.

Schönborn verurteilt!

Zu 6 Monaten Haft „mit Bewährung"

Schönborn verurteilt!
Zu 6 Monaten Haft „mit Bewährung"

verurteilt ein Frankfurter Schöffengericht am 16.12.76 den Nazi-Kumpan Roeders, Erwin Schönborn. Die Berufungsverhandlung soll jetzt im Januar laufen. Schönborn wurde wegen „Verächtlichmachung" der BRD-Justiz und der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg verurteilt. U.a. hatte Schönborn behauptet, *„daß nicht ein einziger Jude in einem deutschen KZ vergast wurde"* und daß die *„NS-Prozesse mit meineidigen Zeugen und gefälschten Dokumenten geführt worden sind".* Außerdem nannte er die Zentralstelle einen *„Schandfleck für diese Stadt"* und *„Wegbereiter des Bolschewismus".*

Schönborn „bewährt " sich auf seine Art: als Provokateur in Sachen Antisemitismus, so z.B. mit der Ankündigung mehrer „Auschwitz-Kongresse". Es wäre angemessen, in der Revisionsverhandlung jetzt Schönborns „Bewährung" aufzuheben und ihn hinter Gitter zu bringen! Die Prozeßtermine wurden auf den 16.1.78 und (voraussichtlich) 19.1. festgesetzt (Aktenzeichen 2/4 Ls 32/76 NS).

Und was ist mit Christophersen?!

Reichlich spät wurde jetzt auch gegen eine der übelsten Schriften aus der Nazi-Sudelküche, die „Auschwitz-Lüge" von Thies Christophersen (mit einem Vorwort von Roeder) vorgegangen. Das Amtsgericht Kappeln (Schleswig-Holstein) beschloß die Beschlagnahme des antisemitischen Machwerks. Vier Jahre hatte es bis zu diesem Entschluß gebraucht!

„Anstoß nahm man insbesondere an dem Vorwort von RA Manfred Roeder. Doch Manfred Roeder ist wegen dieses Vorwortes bereits vom LG Frankfurt verurteilt worden..." (Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig).

Roeder schrieb u.a. in seinem Vorwort: ***„Es gibt kein ernstzunehmendes Dokument, das die Gesamtverluste*** *der jüdischen Bevölkerung im letzten Krieg höher als mit 200. 000 ...Und in den jüdischen Gesamtverlusten sind sogar die natürlichen Todesfälle mit enthalten"* (S. 9). – *„Hitler wollte gar nicht die Juden umbringen und hat niemals einen Befehl zur Ausrottung gegeben, auch nicht zur Ausrottung anderer Völker. Es gab keine Vergasungsanlagen. Das sind alles Erfindungen krankhafter Hirne. Fast sämtliche sog. Kriegsverbrecher- und KZ-Prozesse sind mit meineidigen Zeugen und gefälschten Dokumenten geführt worden"* (S. 11). Angesichts dieser Hetze ist es erschreckend, daß erst jetzt gegen die „Auschwitz-Lüge" vorgegangen wird.

Auch blieb das Kappelner Amtsgericht bislang auf halbem Weg stehen: Die „Auschwitz-Lüge" gehört nicht nur beschlagnahmt, sie gehört verboten und Christophersen hinter Gitter! So höhnt Christophersen denn auch: *„ In meinem Schreiben an das AG Kappeln habe ich mich*

denn auch: *„ In meinem Schreiben an das AG Kappeln habe ich mich*

sehr für diese Maßnahme bedankt, aber auch zum Ausdruck gebracht, daß diese Maßnahme wirklich nicht nötig gewesen wäre, denn die „Auschwitz-Lüge" läuft gut. Mit gleicher ***Post übersandte ich eine Ausgabe des Buches 'Rassenethik' von Rene Binet*** (Wurde in Christophersens „Kritik-Verlag" veröffentlicht Anm. Red.) *mit der Bitte, doch diese Schrift zu beschlagnahmen. Der Absatz stockt, und eine Be-*

diese Schrift zu beschlagnahmen. Der Absatz stockt, und eine Be-

schlagnahme könnte den Umsatz heben. Die Staatsanwaltschaft macht mit ihren Maßnahmen die beste Werbung für uns" („Bauernschaft", 4/77).

Christophersen wird derlei Töne natürlich nur solange spucken, wie er von Seiten des Staatsapparates geschont wird. So kann dieser KZ-Mann im Range eines „Sonderführers-Z" (in Auschwitz) bis heute noch ungestraft in seinem „Erlebnisbericht" schreiben: **„Es hinterließ aber bei mir den Eindruck, daß die Häftlinge ihre Forschungsarbeit mit Eifer und Freude verrichteten"** (S. 20), und **„mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren ... Lippenstift, Puder und Schminke gehörten zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge"** (S. 22). *„Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz* (Chr. war vom Januar bis Dezember 1944 dort – Anm. AK) *nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Und der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. In der Nähe des Hauptlagers war eine große Beschlagschmiede. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm..."* (S. 27)

Solche Bekundungen unverhüllter Nazi-Propaganda sind allein schon Grund genug, Christophersen einzulochen. Bei ihm kommt aber noch hinzu, daß auf sein Konto eine aktive Beteiligung an den SS-Verbrechen in Auschwitz (wo er ja nur Planzenpflege betrieben haben will) gehen soll. Entsprechende Unterlagen sind der Staatsanwaltschaft Frankfurt seit 1974 zugänglich.

Wird Christophersen konspirativ?

Berichtete Christophersen in der Vergangenheit in seiner „Bauernschaft" über seine „Frühjahrs-" bzw. „Herbsttagungen" sehr offenherzig (volle Namensnennung der anwesenden Nazis, Ortsangabe und Diskussionsthemen), so scheint er dies jetzt nicht mehr für so ratsam zu halten:



Thies Christophersen

– Für den 28. Juni 77 war eine „Kreuzfahrt auf der Ostsee auf der MS „Fair Lady" "geplant: *„Auf dem Tagungsprogramm stehen Vorträge von bedeutenden Persönlichkeiten unserer Bewegung aus dem Ausland (Übersee und Europa). Namen können aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden"* („Sonderdruck" der „Bauernschaft", April 77).

– *„Von der Veröffentlichung der Tagungsberichte (29. April bis 1. Mai in Lentförden und vom 28. bis zum 30. Mai in Scharzfeld) möchten wir Abstand nehmen"* („Bauernschaft", 2/77).

– *„Unsere Herbsttagung findet vom 17. bis 23. Oktober in Südtirol statt. Weitere Einzelheiten erfahren sie auf Anfrage. Um vor Störungen sicher zu gehen, wird das Programm und der Tagungsort nicht öffentlich bekannt gegeben"* („Bauernschaft" 3/77). Will er jetzt „in den Untergrund" gehen?!

Erfolg für Schönborn vor Gericht

Endete die erste Instanz eines Prozesses der „ Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen" (Ludwigsburg) gegen Schönborn wegen antisemitischer Hetze und Beleidigung (kein einziger Jude sei im KZ vergast worden; Befürworter der Zentralstelle seien Wegbereiter des Bolschewismus usw.) noch mit einer Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis (auf Bewährung), so erlangte er in der zweiten Instanz, am 27.1.78 vor dem Landgericht Frankfurt einen Zwischenerfolg und eine Unterbrechung des Verfahrens bis zum Sommer dieses Jahres.

An zwei vorausgegangenen Prozeßtagen wurde S. viel Zeit gegeben für seine geschichtsfälschenden Thesen; auch durfte er sich stundenlang den Akten des Auschwitz-Prozesses (1963) widmen. Später war auch eine psychiatrische Untersuchung Schönborns im Gespräch.

Weitergeführt soll der Prozeß werden, wenn ein Gutachten über die Richtigkeit bzw. Unrichtigkeit der Schönbornschen Lügen (Es seien keine Juden vergast worden etc.) erstellt ist. Eine solche Verhöhnung der NS-Opfer ist wohl nur vor bundesdeutschen Gerichten möglich.

Aber eine Tollheit kommt nicht allein. Der bestellte Gutachter ist der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Dr. Broszat, der lt. Schönborn am 19.8.1960 in der „Zeit" behauptet haben soll, daß es in den KZ's keine Vergasungsanlagen gegeben habe. Auf den Fortgang des Prozesses darf man gespannt sein.

Antifa-Kommissionen

Antifa-Kommissionen

Hamburg und Frankfurt

Neues von der »Hansa«-Bande

Wir berichteten im AK wiederholt über das kriminelle Treiben der „Hansa"-Bande in Hamburg – Hakenkreuzschmierereien, Schlägereien, Aktivitäten für die NSDAP ... Bis heute wird das Treiben dieser Bande geduldet, obwohl nicht bloß ihre Führer, sondern auch deren wesentliche Aktivisten allesamt bekannt sind, obwohl einige ihrer Führer (so vor allem ihr Chef Michael Kühnen) u.a. bei Hakenkreuzschmierereien und beim Überfall auf einen AK-Verkäufer von Polizisten auf frischer Tat erwischt wurden, obwohl sie praktisch unter den Augen der Polizei eine verbotene Veranstaltung für die Neugründung der NSDAP durchführten usw. Die Bande verdankt diese mehr als gewöhnliche Schonung offenbar dem Umstand, daß sie aufs engste mit der Hamburger NPD-Organisation verflochten ist, daß also Maßnahmen gegen die Bande unmittelbar auch die NPD treffen müßten (Verbot der Hamburger Landesorganisation als kriminelle Vereinigung etc.).

Der neuen Ausgabe des „Sturm" (Nr. 6) – illegales Blättchen der „Hansa"-Bande, das als **„SA-Kampfblatt für Hamburg und Umgebung" und Monatszeitung der NSDAP/Aufbauorganisation"** firmiert – sind wieder ein paar interessante und bezeichnende Einzelheiten zu entnehmen:

- Man prahlt mit *„über 3.000 Hakenkreuzaktionen"* im Jahre 1977.
- Man lobt das vom „Spiegel" veröffentlichte „Manifest der DDR-Opposition", weil es die Zulassung a l l e r Parteien (also auch einer NSDAP!) zu „gesamtdeutschen Wahlen" fordert.
- Man gratuliert Pinochet zum Ausgang seiner „Volksabstimmung" und plädiert für die Gründung einer faschistischen „Einheitspartei" in Chile.
- Man gibt sich ganz offen (und riskiert in diesem Staat ja auch nichts damit!) : **„Wir Nazis üben fleißig für ein neues 33!".**
– Man „befiehlt" allen Nazi-Studenten, in eine Gliederung der 'Deutschen Burschenschaften' einzutreten – aber sind die nicht sowieso schon alle dort organisiert?!...
- Man bedankt sich ausführlich beim Alt-NSDAP-Gründer Wolf-Dieter Eckart, der schon seit 1967 (!) für eine neue NSDAP warb, später gar offen für die NSDAP/AO eintrat, ohne doch jemals ernsthaft von Polizei und Justiz gestört oder gar belangt zu werden, und der damit wertvolle Pionierarbeit beim Durchbrechen des – immer noch formaljuristisch bestehenden! – NSDAP-Verbots geleistet hat.
- Man berichtet, daß Michael Kühnen, Chef der „Hansa"-Bande, in einem Rundfunkinterview öffentlich für die Wiederzulassung der NSDAP werben konnte.
- Man berichtet, daß die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS, die öffentliche und legale Organisation der „Hansa"-Bande, *„ein Bündnis mit dem Kameraden Schönborn"* eingegangen sei. Schönborn, Chef eines „Kampfbund Deutscher Soldaten" (KDS) in Frankfurt, Intimfreund von Roeder und Christophersen, ist in der harten Nazi-scene seit mehr als zwei Jahrzehnten aktiv. Schönborn war der Organisator zweier – dann verbotener und verhinderter – sogenannter „Auschwitz-Kongresse" in Nürnberg und Frankfurt 1977. Für 1978 will er, offenbar in Zusammenarbeit mit der „Hansa"-Bande und über diese mit der NPD – etwas ähnliches in Hamburg versuchen.
- Man kündigt an, daß die ANS am 19. Februar eine öffentliche Kundgebung zum Thema **„NS-Verbot aufheben!"** durchführen wolle (ohne Ortsangabe). Die Polizei wird also wieder Gelegenheit haben, so recht „unauffällig " wegzugucken.
- Man fordert wieder mal ganz offen (auch das kostet ja nichts hierzulande !!!) : **„Juden raus aus Deutschland".**
- Man macht sich den Spaß, den NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug wegen eines Interviews in einer israelischen Zeitung als „Judenfreund" anzualbern und die NPD als *„judenfreundliche Partei"* etwas durch den Kakao zu ziehen, obwohl Mußgnug in den letzten Jahren vielfach Leute von der harten Nazi-scene als Rechtsanwalt vor Gericht bestens vertreten hat und auch die Hamburger „Hansa"-Bande bei verschiedenen Gelegenheiten den Rechtsschutz der NPD-Anwälte genossen hat.
- Man ruft die Hamburger Nazis zu einer *„Frühjahrsoffensive"* auf, vor allem sollen überall *„eigenständige Hakenkreuzaktionen"* durchgeführt werden. Auch NSDAP/AO-Plakate sollen besorgt werden. Wie kriegt man die? Ganz einfach: **Die NSDAP /AO hat legale Postadressen in den USA und ... im „liberalen" Dänemark!!! Nein, es ist wirklich nicht n u r der BRD-Staat, der die Nazi-Banden deckt und begünstigt!**

Zwei neue „vierte Parteien"

Westberlin: In der rechtsradikalen Szene Westberlins sind seit Anfang dieses Jahres zwei neue Gruppen aufgetaucht.

– Als Nachfolgerin des „Bund Freies Deutschland" (BFD), der bei den letzten Westberliner Wahlen 3,4% bekam und von Leuten wie Springer, Löwenthal und Walden unterstützt wurde, tritt eine „Partei Freies Berlin" auf. Auf Flugblättern (wie beim BFD mit schwarz-rot-goldener Umrandung) verkündet sie, daß sie demnächst die 5%-Grenze deutlich überschreiten wolle. Zur „Wahlpropaganda" gehört auch typisch nazistische Rassen-Hetze: *„Wir werden bald zigtausende von Vietnamesen und Abessiniern, danach Bantu-Negern aus Südafrika und Hereros aus Namibia bei uns begrüßen dürfen. Berlin wird eine wahrhaft internationale Stadt werden. Großzügige Planer werden ein Reservat vorsehen, in dem Vertreter der Urbevölkerung Berlins besichtigt werden können. Im übrigen wird sich ein Proletariat vaterlandsloser Analphabeten tummeln, wie es sich die Linken nicht schöner träumen lassen können"* nach „ED", 24.1.78).

– Undurchsichtiger gibt sich ein Verein, der sich „Deutsche Fortschrittsbewegung" (DFB) nennt und ebenfalls zu den Westberliner Abgeordnetenhauswahlen im März '79 kandidieren will, wo er sich acht bis zehn Prozent der Stimmen holen will. Die „DFB" wettert gegen *„Bürokratie und öffentliche Verschwendung"* und stellt Forderungen wie *„Wirtschaftsaufschwung durch private Abschreibung"* oder auch *„Abschaffung der indirekten Verbraucherabgaben sowie der Gewerbe- und Lohnsummensteuer"* usw. auf.

Vorbild (und Unterstützer im Wahlkampf!) soll der dänische „Steuer-Rebell" und rechte Demagoge Mogens Glistrup sein.

Neben Westberlin will die „DFB" schon Landesverbände in Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie demnächst auch in Bayern, Hamburg und NRW haben. Zur nächsten Bundestagswahl will sie eigenen Aussagen nach kandidieren.

Ihr Anführer in Westberlin stammt eindeutig aus dem rechtsradikalen Sumpf: Horst Schütz, 51, früher mal bei der CDU, war zuletzt für den „Bund Freies Deutschland" an führender Stelle aktiv!
(nach „Abend", 24.1.78)

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Westberlin**

NPD und »NSDAP«: Alte Märchen werden wieder aufgewärmt

Während es immer deutlicher wird, daß nahezu sämtliche Hakenkreuzschmierereien und „NSDAP"-Umtriebe der letzten Zeit im wesentlichen von Aktivisten der NPD – vorwiegend Jugendlichen der „Jungen Nationaldemokraten" – getragen werden, sind die NPD und andere rechtsradikale Kräfte eifrig bemüht, diese Spur zu verwischen.

Offensichtlich ist ihnen eine öffentliche Identifikation mit der Naziscene unangenehm.

Den Anfang in dem Verwirrspiel um die „NSDAP" und ähnliche Gruppierungen machte – wie üblich – die „Deutsche Nationalzeitung" des Dr. Gerhard Frey, rechtester Flügelmann der NPD. Die „DNZ" am 6.10. 77: *„Drei Ursprünglichkeiten gibt es für ein ‚NSDAP-Mitteilungsblatt': Wenn nicht ein Psychopath am Werk war, der aber im Verhältnis zu den Baader-Haag-Killern harmlos wie ein Lämmchen sein dürfte, könnte es ein antideutscher Trick irgendwelcher ausländischer Agenten sein, oder linke Roßtäuscher wollen den Staat in seinem Verfassungsschutzbemühen auf eine falsche Fährte locken. Eine Möglichkeit aber bleibt ausgeschlossen: daß es nämlich heute noch eine ‚NSDAP' gäbe mitsamt eigener Publizistik. Sie existiert nur in der Phantasie einiger zu spät gekommener Antifaschisten ..."*

Auf dieser Linie argumentieren auch alle anderen Blätter der sogenannten „Alten Rechten".

Die bislang eindrucksvollste dieser Abgrenzungsbemühungen lieferte im Dezember '77 die Zeitschrift „Nation Europa" unter der Überschrift *„Vorsicht, Doppelstrategie!"*. Diese „Doppelstrategie" besteht danach zum einen aus den antifaschistischen Warnungen von „nützlichen Idioten des Kreml" wie z.B. Willy Brandt, zum anderen aus direkten Agenten des KGB.

Dieser bediene sich *„vereinzelter Psychopathen"* oder sogar direkter *„agents provocateurs": „Auffällig ist ferner das Zusammenspiel der roten Publizistik mit einigen angeblich ‚rechtsradikalen' Schaumschlägern, die aus der ‚DDR' nach Westdeutschland gekommen sind".* Oder: *„Nach Feststellung der Sicherheitsbehörden sind auch gefälschte ‚rechtsradikale' Flugblätter aufgetaucht, die wohl direkt aus einer Desinformationszentrale eines östlichen Geheimdienstes stammen".*

Pech nur für „Nation Europa" und alle scheinheiligen Distanzierer des rechten Sumpfes, daß diese Märchen allzu durchsichtig sind: So sind die beiden uns bekannten Nazis, die aus der DDR stammen, **Hoffmann** aus Nürnberg („Wehrsportgruppe") und **Priem**, der Führer der ehemaligen „Kampfgruppe Priem" aus Freiburg (jetzt wohnhaft in Westberlin und dort an Nazi-Umtrieben beteiligt). Priem brachte es 1974 bis zum Landtagskandidaten der NPD und Hoffmann wurde noch im Herbst '77 – als angeblich schon ein „Unvereinbarkeitsbeschluß" der NPD gegenüber der „Hoffmann-Gruppe" bestand – ausgerechnet vom NPD-Vorsitzenden Martin Mußgnug im Tübinger Antifa-Prozeß verteidigt. Eben dieser Mußgnug aber hat nun in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" scheinheilig vor solchen „Provokateuren" gewarnt: *„Mir ist vertraulich bekannt geworden, daß außerhalb der NPD stehende Randorganisationen und eingeschleuste Provokateure, also verfassungswidrige Elemente, gesetzeswidrige Aktionen vorbereiten, um von der linken Terrorszene abzulenken. Ihr Ziel ist es, die demokratische Rechte in der Bundesrepublik Deutschland zu diffamieren ...".*

All diese Agentengeschichten sind nicht neu, sondern gehören seit jeher zum Repertoire nicht nur der Neofaschisten, sondern der gesamten Reaktion. So schrieb am 10.1. 74 Springers „Bild" zu Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge im Dezember 1959: „ ... *Es begann in Köln: Weihnachten beschmierte der Bäckergeselle Arnold S. (25) die Synagoge mit der Parole: ‚Deutsche fordern: Juden raus'. Arnold S. gab damals zu, angestiftet worden zu sein. Seine Hintermänner nannte er nicht. ... Alles war das Werk des sowjetischen Geheimdienstes".* Eben diesen Vorfall benutzt heute wiederum „Nation Europa" als Beleg für die Geschichte von den „Agenten", die der KGB *„seinerzeit das welterschütternde Hakenkreuz an die Kölner Synagoge schmieren ließ".*

Was „Bild" damals verschwieg und „Nation Europa" heute nicht mehr wissen will: Die Täter Arnold S. (= Strunk) und sein Komplize Paul-Joseph Schönen waren Mitglieder des NPD-Vorläufers Deutsche Reichspartei! Auch in allen übrigen aufgeklärten Fällen der Hakenkreuz-Welle von 59/60 waren es eindeutig Rechte, oft schon lange Jahre organisiert, die als Täter ermittelt wurden.

Die Bollmann-Story

Wie gerufen kommt den Faschisten bei ihrem Bemühen, die eigenen Spuren zu verwischen, die Geschichte, daß ein durch die Zerstörung von Kunstwerken bekanntgewordener, angeblich geisteskranker Mann namens Bollmann mittlerweile gestanden haben soll, der „Hakenkreuzritter" von Hamburg zu sein. Wußte die „Nationalzeitung" schon am 28.10. 77 von *„mindestens einem halben Dutzend NS-Einsätzen"* Bollmanns zu berichten, so meldeten die „Welt" und „Hamburger Morgenpost" Anfang Dezember '77 gar 70 Fälle! Wer weiß, was da bei entsprechenden Verhören nicht so alles aus Bollmann herauszuholen ist? ...

Doch auch die Bollmann-Story zieht als Beweis für die Unschuld der Nazis nicht so recht: So will Bollmann den Arm einer Statue am Hamburger Ehrenmal für die Opfer des Faschismus abgesägt und in den Hafen geworfen haben, während sich die Hamburger „Hansa"-Bande selbst der Schändung dieses Ehrenmals gerühmt hatte – ein merkwürdiges Zusammentreffen. Ebenso „merkwürdig" ist auch, daß bei der Festnahme von zwei Führern dieser Bande, Michael Kühnen und Lutz Wegener, am 1.9. 77 der damalige Polizeibericht von Beweisen für deren Täterschaft in einem ganz bestimmten Fall gesprochen hat, den nun auch Bollmann auf sein Konto genommen hat.

Die NPD und alle Organisationen der traditionellen Faschistenszene können es drehen, wie sie wollen: Aus ihrer Verantwortung für diese Umtriebe kommen sie nicht heraus!

Die NPD: „Legale Rechtspartei oder offene „NSDAP-Nachfolge" ?

Es gibt seit der NPD-Gründung bis heute eine ununterbrochene Auseinandersetzung innerhalb der NPD, wie das Verhältnis von „Legalismus" und offenem Nazismus zu lösen sei.

Sehr aufschlußreich ist dabei schon die Gründungsgeschichte der NPD, die 1964 als Sammelbecken und politische Partei nahezu aller neofaschistischen Organisationen gegründet wurde. Gleich nach Gründung hatte es den Anschein, daß die NPD die nazistische Tradition der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei" antreten würde. So äußerten sich anfangs führende NPD-Mitglieder u.a. folgendermaßen: *„Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nicht gegeben. Diese Verleumdungen sind nur eine Propaganda des internationalen Judentums und der Judenpresse". – „Der Krieg wurde durch den inneren Feind und das internationale Judentum verloren, deren Ziel es war, Deutschland als selbständige Nation zu vernichten".* (Zit. nach: „Graubuch" DDR, 1967).

In dieser Situation griff damals das offiziöse Kapitalistenblatt „Der Arbeitgeber" im April '66 in die aufkommende Diskussion nach einem Verbot der NPD ein und führte aus: *„Unsere Meinungsäußerung beginnt damit, daß wir – im Gegensatz zum größten Teil der in der Presse veröffentlichten Leitartikel, Kommentare und Glossen – bis zum Beweis des Gegenteils nicht der unabdingbaren Meinung sind, bei der NPD handle es sich um eine ‚Nachfolgeorganisation der NSDAP' ... Nicht weil wir die NPD lediglich für verkappte Nazis, sondern weil wir sie nicht dafür halten, setzen wir uns hier mit ihr auseinander, denn gerade d a r i n scheinen uns die Wurzeln dieser Partei zu liegen, denen wir denn auch hier und im Augenblick noch keine besondere Giftigkeit nachsagen wollen".*

Die NPD ihrerseits griff diese „Anregung" auf und akzeptierte die Bedingungen, die ihr damit für eine legale Tätigkeit gesetzt wurden: **„Jetzt können wir zwar noch nicht offen reden, aber das werden wir einst auch wieder können"** – so faßte das NPD-Parteipräsidiumsmitglied Otto Heß damals diese Bedingung zusammen. Und auch der erste „Unvereinbarkeitsbeschluß" der NPD folgte nur vierzehn Tage nach dem erwähnten Artikel des „Arbeitgeber": *„Wehren müssen wir uns aber auch gegen Agenten und Provokateure, die in der NPD weisungsgemäß tätig werden möchten und die uns entsprechenden Schaden zufügen, ... Wo auch immer solche Elemente bei uns in Erscheinung treten, ... sind sie nachdrücklich zurückzuweisen und notfalls aus Versammlungen zu entfernen. Sollte es sich sogar um Mitglieder handeln, sind diese sofort durch die zuständigen Stellen auszuschließen"* („Graubuch"; NPD-Rundschreiben vom 3.5. 66).

Man sieht, die Agentenstory ist seit den Anfangszeiten der NPD das Alibi, mit dem die NPD ihre Legalität zu bewahren versucht.

Trotzdem bleibt die NPD eine „legal" aufgemachte nazistische Tarnorganisation, die immer wieder o f f e n nazistische und terroristische Kommandos hervorbringt oder selbst aufstellt: So den vor seinem drohenden Verbot aufgelösten „Ordnerdienst", der dann illegal weitergeführt wurde; so die Schlägerbanden der „Aktion Widerstand"; so die „Aktion Neue Rechte" und die „Nationalrevolutionäre"; so heute die Aktivistenkommandos der „NSDAP" und ähnliche Banden.

Heute ist zu beobachten, daß angesichts einer sich weiter nach rechts entwickelnden CDU/CSU für eine „nationalkonservative" NPD immer weniger Handlungspielraum übrig bleibt und in dieser Situation die aktivsten Nazis – ermuntert durch das allgemeine Klima in der BRD – in erheblichem Umfang zu offen nazistischen Aktionen übergehen.

Ohne antifaschistischen Protest wird gegen diese Banden allerdings wenig laufen. Packen wir's an!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Verfassungsschutz bestätigt: »NSDAP«-Terrorkommandos der NPD

Nachdem er jahrelang die Aktivitäten der offenen Nazis als Aktionen von Einzelgängern und Spinnern heruntergespielt hat, hat es jetzt fast den Anschein, als ob der Verfassungsschutz nun sein Heil in der Flucht nach vorn sucht. Das könnte man zumindest annehmen aufgrund eines Aufsatzes, den der Chef des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, Horchem, wohl als Vorgriff auf den Verfassungsschutzbericht 1977, im Herbst '77 in der Zeitschrift „Konfliktforschung" veröffentlicht hat.

Da heißt es u.a.: *„Bei ihnen* (der JN, Anm. AK) *gibt es jedoch Sympathiesanten und Aktivisten der neonazistischen Ideen und Gruppen" - „Der Anhang dieser Gruppen* (gemeint sind offene Nazi-Banden. Anm. AK) *ist gewachsen". „Bei solchen Treffen* (Reichsgründungsfeiern, 20. April, 17. Juni, Anm. AK) wird deutlich, daß die neonazistischen Aktivisten keine Gruppen bilden, die abgesondert vom rechtsextremistischen Lager existieren, sondern daß sie mit diesem vielfältig verpflochten sind. Abgrenzungsbeschlüsse von NPD-Vorständen auf verschiedenen Ebenen bleiben wirkungslos ... Einige Disziplinierungsversuche von Parteivorständen haben eine Abkehr von diesen Ideen nicht bewirken können, zumal die Partei auf ihre aktiven Mitglieder schon im Hinblick auf anstehende Wahlkämpfe nicht verzichten kann ..."

Auf gut deutsch also: Die NPD-Aktivisten sind im wesentlichen identisch mit den offen nazistischen Banden und umgekehrt: Die Nazi-Banden sind illegale Terrorgruppen, die sich „legal" über die NPD organisieren.

Genau diese Schlußfolgerung möchte Horchem aber nicht ziehen. Für ihn sind die Nazi-Banden einfach das letzte verzweifelte Aufbäumen von aktionsgeilen, oft besoffenen, Jungnazis, ohne politische Perspektive; so wird in einem gedanklichen Akrobatenstück selbst das A n w a c h s e n dieser Banden zum „Beweis" für den immer schnelleren Z e r f a l l der NPD und des Rechtsradikalismus erklärt.

Daß sich in diesen Nazi-Banden, deren Mitglieder über die „legalen" Organisationen der Faschisten wie NPD, JN, Wiking-Jugend etc. für diese Kommandoeinsätze geschult und ausgebildet werden, das wahre Gesicht der NPD zeigt, und dies umso deutlicher, je weniger Masseneinfluß sie hat – zu diesem Ergebnis will der bürgerliche Staat natürlich nicht kommen, denn dann müßte er ja was gegen die NPD unternehmen, oder?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»NSDAP« in Westberlin

Im Gegensatz zur BRD ist der NPD in Westberlin das öffentliche Auftreten verboten. Dieses Verbot wurde von der Alliierten Kommandantur ausgesprochen.

Andererseits gibt es gerade in Westberlin seit Jahren eine besonders rabiate Nazi-scene. Mal wird die SEW-Parteizentrale aufs Korn genommen, dann wieder Sowjet-Soldaten oder DDR-Polizisten beschossen. So bekannte Faschisten wie Horst Mach (heute in Hamburg), Günther Bernburg (BHJ), Helge und Ingrid Röthke (BHJ), Ralf Öllmann (einer der ersten aus der neuen „NSDAP") und Ekkehard Weil (BHJ) sind in Westberlin zu Gange.

1976 machte eine Meldung in der Westberliner Lokalpresse die Runde, daß die Polizei die Gründungsfeier einer neuen „NSDAP" zerschlagen habe: 13 Neonazis hatten in der Neuköllner Kirchhofstraße 13 bei einem Erich Seyfried (46) angeblich ihre Gründung gefeiert, darunter ein 49-jähriger Schriftsteller und ein 16jähriger Schüler. Offensichtlich wollte die Polizei den Eindruck erwecken, daß ein neofaschistischer Ansatz schon im Keim zerschlagen worden war. Alles deutet jedoch darauf hin, daß die „NSDAP" in Westberlin schon länger ihren Terror treibt: Schon 1974 wurden zwei Brandanschläge bekannt, die in diese Richtung weisen:

Im Schöneberger Jungarbeiter- und Schüler-Zentrum wurde ein Brand gelegt, der die Hälfte des Zentrums zerstörte. An den Wänden wurden Hakenkreuze gefunden.

Im Psychologischen Institut der FU wurde eine Bombe in der Bibliothek gelegt und an die Wände Hakenkreuze und „Heil-Hitler" geschmiert.

Auch nach der Polizei-Razzia war nichts von einem Rückgang von militant-faschistischer Aktionen festzustellen. Im Gegenteil – im Sommer '77 nahmen die Aktivitäten der „NSDAP" stark zu:

Am 1. und 2. Juli wurde ein Mahnmal mit den Namen aller KZ's mit Hakenkreuzen beschmiert, das Büro der sowjetischen Presseagentur „Novosti" wurde ebenfalls beschmiert; und überall in der City tauchten „NSDAP"-Plakate auf.

Am 2. Juli wurde A r n u l f - W i n f r i e d P r i e m mit 2 Kumpanen geschnappt, als sie gerade eine sowjetische und eine DDR-Fahne in der City abreißen wollten. Arnulf-Winfried Priem, als faschistischer Straftäter in der DDR eingelocht und von der Bundesregierung freigekauft, ist bekannt geworden durch seine Freiburger „Kampfgruppe Priem", einer militanten Nazi-Bande. Jetzt treibt er sein Unwesen in Westberlin (Wedding, Wriezener Str. 8, Tel. 494 15 02), und ist in der „NSDAP" aktiv. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung am 5.7.77 fand die Polizei 4 SS-Uniformen, ein Maschinengewehr, Stahlhelme und Nazi-Orden.

Gleich um die Ecke von ihm wurden am 15.8.77 in der Soldiner und der Bornholmer Straße Nazi-Parolen geschmiert. Am 17.9.77 wurden W o l f g a n g R a h l und K a r l - H e i n z S c h r ö t e r festgenommen, weil sie mehrere Artikel in der faschistischen Zeitung „Wille und Weg" der „NSDAP" geschrieben hatten, u.a. auch einen zum plötzlichen Tode Bubacks.

Wolfgang Rahl (Rudow, Möwenweg 8, Tel. 601 31 52) ist der „Ortsgruppenleiter" und war schon '76 bei der Razzia dabei. Auf einer „Sonnenwendfeier", die der BHJ zusammen mit der „NSDAP" organisierte, war er ebenfalls anwesend (s. AK 121).

Ebenfalls dort zugegen war der Schlosser Karl-Heinz Schröter (Wedding), der „Pressesprecher" der „NSDAP", und das faschistische Multi-Mitglied G ü n t h e r B e r n b u r g (Cranachstr. 35, Tel. 855 73 59), u.a. in engem Kontakt zu E. Weil, der angeblich am 5.5.77 wegen Geldgeschichten aus der „NSDAP" ausgeschlossen wurde.

Am 10.10.77 hing eine große Hakenkreuzfahne an der Siegessäule, und in Kreuzberg wurden Parolen und Plakate verbreitet. Ebenso wurden Nazi-Parolen an das Wohnhaus Paulsborner Str. 90 geschmiert. Auch hierbei soll Priem seine Hand im Spiel gehabt haben.

Am 10.11.77 wurden vier Nazi-Schmierer geschnappt (im Alter von 19 bis 38 Jahren), bei denen zu Hause massenhaft Plakate und Flugblätter der „NSDAP" lagen.

Wichtiger Hinweis:
Das Gründungsmitglied der „NSDAP", Ralf Öllmann (Neukölln, Tel. 624 42 81), ist vorzeitig aus der Haft entlassen wieder in Westberlin aufgetaucht und soll an einer Neuköllner Schule beschäftigt sein. Wer weiß wo? Bitte, melden!

Er war in Lüneburg wegen Brandstiftung und Diebstahl von 8 MP's aus einem Bundeswehrdepot zu milden 21 Monaten verurteilt worden.

Antifa-Kommission
KB/Westberlin

Ein notwendiges Buch! „Dokumentation Aufstand im Warschauer Ghetto" von Arie Goral



Eine erste Auflage dieser Dokumentation kam 1973 in Zusammenarbeit mit der ESG/Hamburg zustande. Die damalige Ausgabe war als Ergänzung zu einer Foto- und Dokumentenausstellung gedacht, die an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 erinnern sollte. Damals war diese Ausstellung die einzige dieser Art. Sie fand keine staatliche Unterstützung und wurde in den Massenmedien totgeschwiegen. Auch die Lin-
Sie fand keine staatliche Unterstützung und wurde in den Massenmedien totgeschwiegen. Auch die Lin-
ke ignorierte weitgehend dieses Thema.

Die erneut aufgelegte Dokumentation (Januar 1978) bietet die Gelegenheit, einen Teilaspekt des antifaschistischen Widerstands, hier vor allem des jüdischen, in das Bewußtsein und die Erinnerung der Demokraten und Linken hierzulande zu bringen. Die Nazi-Verbrechen im Warschauer Ghetto gehören u.a. auch zu den gerichtlich am wenigsten „bewältigten".

1943 formierte sich im Warschauer Ghetto der jüdische Widerstand gegen die deutschen Besatzer. Die polnischen Juden waren 1939 aufgrund eines Befehls von Heydrich in Ghettos eingeschlossen worden. Von 400.000 Juden , die 1939 in Warschau lebten, haben kaum Tausend den Faschismus überlebt.

Als am 20. Juli 1942 60.000 Juden aus dem Ghetto in die Vernichtungs-Lager deportiert werden sollten, kam es auf Initiative des Führers der Polnischen Arbeiterpartei im Ghetto, Josef Lewartowski-Finkelstein, zu einer Sitzung von Vertretern der 16 im Ghetto tätigen jüdischen Organisationen. Es ging um den sofortigen Widerstand. In der Versammlung herrschte aber die Meinung vor, Widerstand würde nur die Vernichtung beschleunigen. Man hielt es für denkbar, daß 60.000 deportiert, nicht aber, daß alle Juden des Ghettos ermordet würden. Erst Ende 1942 einigten sich die jüdischen Kräfte und beschlossen, sich weiteren Deportationen mit Gewalt zu widersetzen. Es wurden jüdische Kampfgruppen aufgestellt, die sich bewaffneten und alle Vorbereitungen für den Kampf trafen. Zum Zweck der Waffenbeschaffung wurden Gespräche mit der kommunistischen Volksarmee und mit der von London aus geleiteten Landesarmee geführt.

Am 19. April, als die Abteilung des SS-Generals Jürgen Stroop mit motorisierten Kräften, Panzern und Panzerwagen ins Ghetto eindrangen, wurden sie von starkem Feuer auf jüdischer Seite empfangen. Erst nach zwei Monaten blutiger Kämpfe konnten die Nazis den Aufstand niederschlagen.

Die Dokumentation enthält aus den Tagen des Aufstandes Texte des jüdischen Historikers Ringelblum, der sich besonders um die jüdische Geschichtsforschung in Polen verdient gemacht hat: Ringelblum schlug alle Angebote, selbst der polnischen Exilregierung 1944, aus, ins Ausland (z.B. Palästina) zu gehen. Stattdessen half er, im Ghetto die jüdische Selbsthilfe und den Widerstand zu organisieren. Er besaß Kraft und Mut, auch in jenen Tagen an eine Erziehung der Kinder und eine Kulturarbeit unter den Erwachsenen zu denken und dafür eine besondere Organisation ins Leben zu rufen. Zudem dachte er inmitten dieser Hölle daran, die Geschehnisse im Ghetto für kommende Generationen zu überliefern. Das Ghetto-Archiv, an dem er mit noch einigen Leuten arbeitete
kommende Generationen zu überliefern. Das Ghetto-Archiv, an dem er mit noch einigen Leuten arbeitete,
umfaßte fast alles, was im Ghetto vorkam, also außer Aufzeichnungen und Aufsätzen auch Verordnungen der Nazi-Besatzer, illegale Zeitschriften, Berichte der verschiedenen Organisationen usw. . Die Texte wurden sorgfältig verpackt und vergraben. Nach dem Krieg fand man die Archive und veröffentlichte sie.

Die vorliegende Dokumentation von Ari Goral enthält Auszüge aus den Ringelblum-Kapiteln:
- Nach dem Einmarsch der Deutschen;
- Nach Schließung des Ghettos;
- Auf der „arischen" Seite;
- Die Umsiedlungsaktion in Warschau und das Verhältnis der polnischen Bevölkerung dazu;
- Gesellschaftsschichten, Parteien, die Regierung und die Juden;
- Schlußbetrachtung und Anhang;

Außerdem Texte Ringelblums:
- Probleme der Geschichtsschreibung des polnischen Judentums im 2. Weltkrieg;
- die polnisch-jüdischen Beziehungen vor dem Krieg.

Die Dokumentation enthält außerdem Dokumente aus dem Ghetto während des Aufstands: Aufrufe, Botschaften, Berichte über den Aufstand in der antifaschistischen Presse 1973; Bericht und Artikel über den Hahn-Prozess in Hamburg 1973; Literaturhinweise.

Wir halten diese Dokumentation für sehr wichtig. Sie räumt mit der Legende auf, die Juden hätten sich widerstandslos in die KZs und Vernichtungslager treiben lassen.

Die Dokumentation bietet reichlich Gelegenheit, sich mit der besonderen Tradition des jüdischen Widerstands auseinanderzusetzen. Das mag manchen dazu anregen, sich auch mit den heutigen antifaschistischen Aktivitäten westdeutscher Juden zu befassen und die Möglichkeiten einer antifaschistischen Zusammenarbeit zu sehen.

Der Herausgeber der Dokumentation bietet die Fotos und Dokumente der Ausstellung zum Gebrauch für den Unterricht, für Seminare usw. an. Er steht dabei auch gern als Referent selbst zur Verfügung. Erreichbar: Ari Goral, Tel. 040/ 27 57 41.

(Die Fotos entnahmen wir dem Buch „Der gelbe Stern", Hamburg 1960).

Unterstützungsausschuß „Arbeiterkampf" gegen Rosenbaum



Beim Transport ins „Vernichtungs-Lager"

BILD - Kommentar

Sie lernen das Falsche 27.1.78

15jährige Schüler spielten „Judenverbrennung" und haben sich nichts dabei gedacht (Seite 3). Wir glauben ihnen das.

Was in Wesseling geschah, kann in vielen Schulen passieren: Es ist die praktische Folge eines sogenannten Geschichtsunterrichts, in dem Ideologie alles und das Vermitteln von Wissen nichts ist.

- Da müssen Schüler „beweisen", daß die Thesen von Karl Marx auch heute — und gerade heute — noch richtig sind.
- Da kriegen sie eingebleut, warum afrikanische Guerillakämpfer für eine gute Sache töten.

Aber über das Dunkel der jüngeren deutschen Geschichte erfahren die Schüler zuwenig.

„Das haben wir nicht gewollt." Nach 1945 sagten das schon einmal viele Deutsche ...

„Bild" schreckt wirklich vor nichts zurück!



Das Warschauer Ghetto in Brand! Die Überlebenden werden von SS-Soldaten zum Abtranssport in die KZs abgeführt.



Nie wieder Faschismus! — Frauen nach der Befreiung aus dem KZ

Jüdisches Partisanen-Lied

Hirsh Glik
Shtil Di Nacht

Shtil, die nacht iz oysgeshternt
un der frost hot shtark gebrent.
Tsigedenkstu vi ich hob dich gelernt
haltn a shpayer in di hent?

A moyd, a peltsl un a beret,
un halt in hant fest a nagan.
A moyd mit a sametenem ponim,
hit op dem soyne's karavan.

Getsilt, geshosn un getrofn!
Hot ir kleyniker pistoyl.
An oto, a fulinkn mit vofn
farhaltn hot zi mit eyn kol!

Fartog fun vald aryosgekrochen,
mit shney girlandn oyf di hor.
Gemutikt fun kleyninkn nitsochn
far undzer nayem, frayen dor!

Still die Nacht

Still, die Nacht ist klar besternt,
und der Frost hat stark gebrannt.
Denk daran, wie ich dich lehrte
zu halten eine Waffe in der Hand.

In einer Pelzjacke und einem Barett,
die Handgranate umspannend,
ein Mädchen, dessen Haut so weich wie Samt ist,
lauert einer Kavalkade auf.

Ziele, drück ab und triff.
Sie, mit ihrer kleinen Pistole,
hält auf einen Wagen
voller Waffen und Männer.

Der Morgen steigt aus dem Wald,
in ihrem Haar Schneegirlanden.
Stolz über ihren kleinen Sieg
hofft sie auf eine neue, freie Generation.

Dieses Lied wurde geschrieben zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943: der Verfasser ist Hirsh Glik. Die deutsche Nachdichtung ist teilweise frei und ungenau. Der Originaltext ist jiddisch, die Sprache der Ostjuden. Das Jiddische besteht zum größten Teil aus Mittelhochdeutsch, vermengt mit einigen hebräischen Elementen.

Bundeswehr-Skandal: Rehabilitierung der „Judenverbrenner" eingeleitet

Nach den antisemitischen Exzessen mehrerer Offiziere an der Bundeswehrhochschule in München sind jetzt die ersten Gerichtsbeschlüsse ergangen. Nachdem der Vorfall vom Februar 77 ein halbes Jahr später durch Enthüllungen der „Frankfurter rundschau" bekannt geworden war, wurden die beteiligten elf Offiziere vorläufig dienstenthoben bzw. entlassen. Dagegen erhoben die Beteiligten vor den Verwaltungsgerichten München und Köln und dem Truppendienstgericht Einspruch.

Das Verwaltungsgericht München hat nun fünf der Offiziere durch einstweilige Anordnung wieder in den Soldatenstand eingesetzt!

Demgegenüber hat das Verwaltungsgericht Köln den Antrag eines Entlassenen auf „Anordnung der aufschiebenden Wirkung" zurückgewiesen, da seine Darstellung einer angeblichen „Veralberung des martialischen Gehabes der Nationalsozialisten" nicht stichhaltig sei, und sich vielmehr das „Bild einer Feier, die von vornherein einen extrem nationalistischen Anstrich hatte", ergebe („SZ", 25.1.78).

Diesem begrüßenswerten Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes steht allerdings der Beschluß des Truppendienstgerichtes München gegenüber: Aus antisemitischen Äußerungen und der gespielten „Judenverbrennung" könne noch keine bewußte Verletzung der Pflicht des Soldaten geschlossen werden.

„Die ‚möglicherweise als makabrer Scherz gedachten' Vorgänge seien vielmehr ein Zeichen dafür, daß sich die Beteiligten nicht der Konsequenzen bewußt gewesen seien." Auch die „Sieg Heil"-Rufe und „Hitler"-Grüße seien eher ein Spaß als ein Anzeichen für neonazistische Gesinnung. (Nach „SZ" vom 21.1.78).

Dieses Urteil ist so skandalös wie die Vorfälle selbst und kann nur als direkte Ermutigung für nazistische Umtriebe gewertet werden!

KB/Gruppe Nürnberg



Interessante Planstelle bei der Hamburger Polizei eingerichtet

Durch eine Pressemitteilung von Rechtsanwalt Maeffert Ende Januar 1977 wurde bekannt, daß die Hamburger Polizei seit neuestem einen „Zeugenpräparierer" hat. In einem Strafverfahren vor dem Landgericht Hamburg am 20.1.78 machte ein Polizeibeamter eine sehr aufschlußreiche Aussage: *„Seit April 1977 „betreue" er Polizeibeamte, die als Zeugen in bestimmten Strafprozessen auftreten müssen. Dies geschehe auf der Grundlage einer polizeiinternen Anweisung und werde zentral von der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei organisiert und durchgeführt. Die Anweisung betreffe zwei Arten von Strafprozessen:*

1. Verfahren, die vermutlich eine Resonanz in der Öffentlichkeit haben würden;

2. Verfahren, die in irgendeiner Form einen politischen Hintergrund haben.

Den Polizeizeugen, so der Beamte St., solle in schwierigen Situationen geholfen werden. Die Dienststellen der Zeugen würden die Ladungen des Gerichts an ihn schicken, er spreche dann mit den Zeugen einen Termin ab, beschaffe sich die Anzeigen, die die Strafverfahren in Gang gesetzt haben (‚damit man weiß, worüber man spricht'), und ‚stehe den Zeugen in einem Gespräch zur Verfügung'. Was im einzelnen besprochen werde und auch in diesem Prozeß erörtert wurde wollte der Beamte St. nicht sagen: ‚Soweit geht meine Aussagegenehmigung nicht'. Die Frage nach der konkreten Schranke seiner Genehmigung bei der Aufklärung dessen, was er mit den Zeugen besprochen hatte, beantwortete er mit dem Hinweis auf ‚kriminal- und polizeitaktische Grundsätze'. Er wird gewußt haben, warum er nicht mehr preisgeben durfte."...

„Ich halte diese polizeiinterne Anweisung und ihre Praktizierung durch eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Planstelle für eine unerhörte Einflußnahme der Polizeiführung auf Charakter und Ausgang von Strafprozessen und die öffentliche Meinung zu diesen Prozessen. Häufig sind die einzigen Beweismittel der Anklage die Aussagen von Polizeibeamten. Mit der Anweisung hat sich die Polizei eine „rechtliche" Grundlage geschaffen, vor allem politische Prozesse manipulieren zu können. Die Polizeizeugen dürften weniger eine Hilfestellung als massiven Druck bei diesen Besprechungen erfahren. Ich werde versuchen, die Rechtswidrigkeit der Anweisung im Verwaltungsgerichtsverfahren feststellen zu lassen, wenn sie nicht durch öffentlichen und justizamtlichen Protest in kürzester Frist beseitigt sein sollte"; (alle Zitate aus der Presseerklärung von Uwe Maeffert).

Nochmals und sicher nicht zum letzten Mal VVN zur Bündnispolitik

„Die Zahl der antifaschistischen Bündnisse und Aktionen hat deutlich zugenommen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung", schreibt die „tat", Zeitung der VVN/Bund der Antifaschisten (27.1.78). Als weitaus weniger erfreulich wird es aber offensichtlich von VVN-Führungskräften empfunden, daß sie immer häufiger die Frage beantworten müssen, warum sie mit einer Organisation wie dem KB unter keinen Umständen gemeinsam handeln wollen und warum sie sich oft sogar von Veranstaltungen fernhalten, sobald der KB mit im Spiel ist.

In der „tat" vom 27.1.78 hat Max Oppenheimer, Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums der VVN den Versuch unternommen, *„Grundpositionen antifaschistischer Bündnispolitik"* so darzustellen, daß die Berührungsangst der VVN vorm KB gerechtfertigt erscheinen soll. Leider hat der Artikel, bei allem Respekt vor der Persönlichkeit des Autors, sehr wenig konkrete Substanz in der Sache, um die gestritten wird, nämlich die antifaschistische Aktionseinheit hier und heute. Obwohl er anfangs ausführt, es dürfe für ein demokratisch-antifaschistisches Bündnis nur eine einzige Grenze geben – nämlich gegenüber Faschismus, Militarismus und Revanchismus, *„gleichgültig in welcher Verkleidung sie auftreten"* – führt er sodann weitere Abgrenzungsmerkmale ein:

– 1. Wer das von der VVN abgelegte Bekenntnis zum Grundgesetz als „opportunistisch" in Frage stellt, **„disqualifiziert sich selbst als Partner jeder Zusammenarbeit"**.

– 2. *„Wer ... die Prinzipien der Koexistenz nicht anerkennen will oder bekämpft ... kann für uns kein Bündnispartner sein"*.

– 3. Wer die **„bedeutsame Rolle"** der Sowjetunion **„heute im Ringen um eine Welt des Friedens negiert (abstreitet) oder diffamiert"**, kommt ebenfalls als Bündnispartner nicht in Frage.

Wir meinen, daß sich mit dieser Art von „Prinzipien" nichts Vernünftiges anfangen läßt:

Zu 1.: Es bekennen sich sämtliche Parteien der BRD, also nicht nur die CDU/CSU, sondern gar die NPD (!) in Worten zum Grundgesetz. Worte sind also kein Kriterium. Ein Kommunist, der – zu Recht oder zu Unrecht, das sei hier gegenüber der VVN offengelassen – Zweifel an der politischen Sinnhaftigkeit eines Treue-Eids auf das Grundgesetz offen äußert, ist sicher ein weitaus aufrichtigerer Demokrat und Antifaschist als der Sozialdemokrat, der unter Berufung auf die FdGO einem antidemokratischen Gesetz nach dem anderen seine Zustimmung gibt. Von CDU/CSU und NPD ganz zu schweigen. Und es gibt schließlich auch noch die DKP, die jederzeit jeden nur gewünschten Treueschwur auf's Grundgesetz ablegen wird, aber die zugleich die gröbsten Verletzungen demokratischer Grundrechte in den Ländern des „realen Sozialismus" begrüßt. Was sollen also Bekenntnisse, wo es doch um demokratische S u b s t a n z und um die p r a k t i s c h e Haltung zur Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte geht? Aber ist nicht der DKP-Mann, der die Ausweisung Biermanns oder die Inhaftierung Bahros begrüßt, den herrschenden Kräften der VVN allemal lieber als etwa ein KB-Mitglied, das Kritik an solchen Praktiken des „realen Sozialismus" äußert?

Zu 2.: Zu den „Prinzipien der friedlichen Koexistenz" bekennt sich heute in W o r t e n fast die ganze Welt. Aber versteht darunter nicht Helmut Schmidt etwas anderes als Honnecker, und Breschnew etwas anderes als Hua Guo-feng? Welche Interpretation der „friedlichen Koexistenz" soll denn als Maßstab für die Bündnisfähigkeit eines Kandidaten in den Augen der VVN-Führung die alleingültige sein? Wir zweifeln nicht, daß in der P r a x i s die Interpretation der Sowjetunion und der DDR von der VVN-Führung als ausschlaggebend betrachtet wird. Im Grunde geht es also darum, Kritiker der sowjetischen Außenpolitik nicht nur von der VVN-Mitgliedschaft auszuschließen (schon das ist ein grober Verstoß gegen das deklarierte überparteiliche Selbstverständnis dieser Organisation!), sondern sie auch noch generell als nicht bündnisfähig abzustempeln.

Zu 3.: Die Forderung, die Sowjetunion heute als „Friedensmacht" etc. anzuerkennen, geht in dieselbe Richtung, bringt die Sache nur noch offener zum Ausdruck.

Es müßte eigentlich selbstverständlich sein, daß zu den **„Grundpositionen antifaschistischer Bündnispolitik"** weder das Bekenntnis zu einem bestimmten Gesellschaftssystem noch das Bekenntnis zur Außen- und Innenpolitik eines bestimmten Landes gehören darf. Ebensowenig kann ein total unkritisches Verhältnis zu einer bestimmten Partei – in diesem Fall der DKP – als Beweis der Bündnisfähigkeit abgefordert werden.

Zu Gunsten der VVN-Führungskräfte sei gesagt, daß sie das auch selbst wissen. So ist die VVN unseres Wissens bis heute noch n i e auf den Gedanken gekommen, etwa von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Gewerkschaftsgremien, von Jüdischen Gemeinden und anderen jüdischen Institutionen, von Liberalen, von parteilosen Intellektuellen usw. ein Bekenntnis zur „Friedenspolitik" der Sowjetunion oder zu anderen heiligen Kühen als Voraussetzung gemeinsamen Handelns abzuverlangen. Wenn die VVN diesen Maßstab anlegen würde, stünde sie sehr schnell mit DKP & Co. allein im Wald.

Somit ist klar, daß die verschiedenen konstruierten Vorwände e i n z i g und a l l e i n dazu dienen sollen, die VVN nach l i n k s hin abzuschotten und der von der DKP aufgezwungenen „These 41" (keine Zusammenarbeit mit „Maoisten" etc.) Genüge zu tun. Diese Position, darauf sollten sich die VVN-Führungskräfte schon mal einstellen, werden sie auf Dauer nicht halten können. Siehe Zitat am Anfang dieses Artikels!...

Rolf Pohle erneut vor Gericht

Seit Mitte Januar steht Rolf Pohle in München wieder vor Gericht. Ihm wird räuberische Erpressung im Zusammenhang der Freilassung bei der Lorenz-Entführung 1975 vorgeworfen. Begleitet ist der Prozess mit einer, bei diesen Terminen üblichen, totalen Sicherheitseuphorie. Alle Besucher werden durchsucht und das Gerichtsgebäude ist umstellt und „abgesichert". Besucher, die stören, werden gleich mit in den Knast eingewiesen.

Rolf Pohle sitzt z.Zt. eine sechsjährige Haftstrafe als angeblicher Waffenlieferant der Baader-Meinhof-Gruppe ab.

Anfang 1975 wurde im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung die Freilassung von fünf Verurteilten politischen Gefangenen erzwungen: Verena Becker, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Ingrid Siepmann, Rolf Heissler und Rolf Pohle . Horst Mahler, dessen Freilassung ebenfalls gefordert worden war, war aus politischen Gründen nicht bereit, sich aus der BRD ausfliegen zu lassen.

In diesem neuen Prozess geht es nun darum, daß Rolf Pohle kurz vor dem Ausfliegen auf dem Flughafen Frankfurt verlangt hatte, daß den Gefangenen, wie ursprünglich gefordert, 120.000 DM (und nicht 100.000 DM nach Mahlers Rücktritt) mitgegeben würden. Dies wird ihm heute als gemeinschaftliche räuberische Erpressung ausgelegt.

Im Juli 76 war Rolf Pohle in Athen festgenommen und im Oktober des gleichen Jahres an die BRD ausgeliefert worden.

In totaler Isolation

Seit dem 6. September 77, dem Beginn der Kontaktsperre, ist Rolf Pohle in Isolationshaft. Mit einer Beschwerde bei der Leitung der Justizvollzugsanstalt Stadelheim und dem Bayerischen Justizministerium haben sich jetzt die Anwälte Pohles gegen die „unhaltbaren Haftbedingungen" gewandt. Nach den Aussagen der Anwälte und Pohle selbst, ist er von allen Mitgefangenen abgesondert, sowohl vom gemeinschaftlichen Hofgang als auch vom Umschluß. Und seine eiskalte Zelle, in der man sich nur mit Mantel und Decke aufhalten kann, liegt in einem eigens geräumten Gebäudeabschnitt(NZ, 14.1.78).

Wie provokatorisch diese Isolationsmaßnahmen sind, wird auch an folgendem Beispiel deutlich: Anläßlich der Entführung des Oberkapitalisten Empain in Paris ist Pohle der Nachrichtenempfang gesperrt worden. U.a. ist auch das Radio aus seiner Zelle entfernt worden. Ein Sprecher der Münchner Justizbehörden teilte mit dies geschehe „aus Ordnungsgründen" (NZ, 26.1.78).

Der Prozeß

Aufgrund der Haftbedingungen ist Rolf Pohle lt. Aussage seines beigeordneten Pflichtverteidigers nicht in der Lage, sich richtig zu verteidigen. Er wird in seiner Zelle bei Tag und Nacht in Abständen von einer halben Stunde beobachtet. Licht an, lautes Öffnen der Essenklappe usw. Außerdem habe der Anwalt einen „auffallenden körperlichen Verfall" seines Mandanten festgestellt (SZ, 17.1.78)

Aus diesen Gründen rief Rolf Pohle, als er in den Gerichtssaal geführt wurde *„Menschenrechte für alle Gefangenen hier und anderswo! Gegen den Knast im Knast, gegen weiße Folter und Mord!"* Daraufhin wurde er vom Richter von der Verhandlung ausgeschlossen und abgeführt. Die gerufenen Parolen wurden nun wiederum vom Staatsanwalt zum Anlaß genommen, festzustellen, daß der Angeklagte im Wesentlichen Verhandlungsunfähig sei. Der Staatsanwalt bestätigte zwar gleichzeitig die vom Verteidiger geschilderten Haftbedingungen, diese würden sich aber, wie man sieht, nicht nachteilig auf den Angeklagten auswirken (SZ, v. 17.1.)

Ähnlich erging es den Zuhörern. Einige, die in die Parole mit eingefallen waren, sollen diszipliniert werden. Der Richter forderte die „Ordnungskräfte" auf, die Störer festzustellen. Zwei Zivile führen daraufhin zwei Frauen, darunter die Schwägerin des Angeklagten, vor. Der Richter verurteilte sie wegen Ruhestörung zu einem Tag Haft, der sofort angetreten werden mußte. Beide wurden abgeführt.

„Rechtsstaatlich", wie es bei uns zugeht, sagte der Richter noch, daß die beiden „natürlich" binnen einer Woche Beschwerde einlegen könnten, diese würde aber die Vollstreckung nicht aufschieben.

Der Prozess wird Anfang Februar mit der Zeugenvernehmung fortgesetzt.



Freisprüche für Roth und Otto rechtskräftig

Die beiden Genossen bleiben frei. Die Staatsanwaltschaft hatte nach dem Urteil vorsorglich Revision beantragt, weil sie sich mit Freisprüchen gegen „Terroristen" nicht abfinden möchte. Ende Januar mußte sie zugeben, daß ihr nichts mehr einfällt, was sie an der Urteilsbegründung aussetzen könnte und zog ihren bis dahin unbegründeten Antrag zurück.

Was bleibt, ist daß Werner Sauber als Mörder dasteht. Der Preis der Freisprüche war u.a., daß Werner als Urheber der Schießerei mit der Polizei beschuldigt wird. Was übrig bleibt ist, die Widersprüche, in die sich die Anklageseite und die Polizeizeugen verwickelt haben, öffentlich aufzuklären. Die drei Genossen waren im Zuge einer allgemeinen Fahndungswelle nach der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm von zumindest verhetzten oder „irritierten" Polizisten als „gefährliche Terroristen" ausgemacht und niedergeknallt worden. Werner Sauber schoß aus Notwehr, als die beiden anderen bereits am Boden lagen und er versuchte zu fliehen.

IKAH Hamburg

Groenewold-Prozeß: Alle Anträge abgelehnt

Über den seit dem 18.1.1978 laufenden Strafprozess gegen den Hamburger Anwalt Groenewold wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" lassen sich nach den ersten Verhandlungstagen erste Aussagen machen: Es ist nicht alles so liberal wie es sich gibt.

Erster Prozesstag: Anträge gegen die diskriminierenden „Sicherungsmaßnahmen"

Erwartungsgemäß wurde schon zu Beginn des Verfahrens klar, wie der Prozess von den Beteiligten geführt werden würde: das erste „Kräftemessen" gab Aufschluß über die Ziele der Bundesanwaltschaft und des Gerichtes.

Zur Durchführung des Verfahrens gibt es eine Anordnung, die die Sicherungsmaßnahmen für die Verhandlung regelt. Nach dieser Anordnung ist den als Besuchern kommenden Anwälten z.B. verboten, ihre Handakten mit in den hinter Panzerglasscheibe liegenden Zuschauerraum zu nehmen.

Einigen Verteidigern wollten die Kontrollbeamten z.B. zumuten, ihre Verteidigerunterlagen bei der Polizei (!) zu hinterlegen.

Der diensthabende Staatsanwalt nahm von der Durchsetzung dieser schikanösen Anordnung nur deshalb Abstand, weil sich die Anwälte wei-
schikanösen Anordnung nur deshalb Abstand, weil sich die Anwälte wei-
gerten, ihr nachzukommen und angesichts der internationalen Öffentlichkeit kein Eklat riskiert werden sollte.

Das Gericht lehnte einen Antrag der Verteidigung von Groenewold, diese die Öffentlichkeit einschränkenden Regelungen abzuschaffen, ab. Schikane sei angeblich in dem geschilderten Umfang angemessen. Jedenfalls gab das Gericht auch an diesem „kleinen Punkt" keinen Deut nach.

Dasselbe Bild zeigte sich bei der Reaktion der Richter auf den Einstellungsantrag der Verteidiger. Die Forderung nach Einstellung des Verfahrens wurde sehr ausführlich damit begründet, daß gegen die Anwälte, insbesondere gegen Groenewold, seit über fünf Jahren eine kontinuierliche Pressehetze lanciert worden ist, mit dem Ziel, Verurteilungen vorzubereiten.

Die Verteidiger boten sogar ein Sachverständigengutachten eines Werbepsychologen an, der bezeugen sollte, daß solche Kampagnen auch unbewußt ihre Wirkung nicht verfehlen, nach dem Motto: „Es wird schon was hängen bleiben".

Reaktion des Gerichtes: Es sei zwar nicht zu verkennen, daß es eine Kampagne gegen die Anwälte gegeben habe und daß insbesondere auch gegenüber Groenewold mitunter mit falschen Beschuldigungen gearbeitet worden sei.

Aber da die Richter als Berufsrichter sozusagen ebenso berufsmäßig „neutral" seien, sind die Herren ihrer Meinung nach nicht von dieser Hetze beeinflußt worden.

Diese Begründung ist geradezu absurd, wenn man bedenkt, daß z.B. der Richter Prinzing, der schließlich das Stuttgarter Verfahren verlassen mußte – wegen „Befangenheit" – und Richter Drabert aus dem Roth-Otto-Prozeß ebenfalls wegen Befangenheit seine Tätigkeit einstellen mußte.

Berufsrichter zu sein ist also eher ein Grund für den Angeklagten, mißtrauisch zu sein, anstatt auf die „Unabhängigkeit" einer Richterbank zu vertrauen.

Diese ausgesprochen lächerliche Begründung für die Ablehnung des Einstellungsantrages zeigt deutlich, daß das Gericht keinerlei besondere Neigung verspürt, sich ernsthaft mit den Argumenten der Verteidigung auseinanderzusetzen.

Zweiter Tag: Aussetzung des Verfahrens gefordert

Die Verteidigung forderte am zweiten Prozeßtag die Aussetzung des Strafverfahrens, bis der Prozess gegen die Angeklagten des „kleinen BM-Verfahrens" in Kaiserlautern gegen Jünschke, Grashof und Grundmann abgeschlossen ist. Begründung: die Angeklagten waren früher Mandanten von Groenewold und die Tätigkeit für sie sei auch Gegenstand der Anklage. Wenn Groenewold sich verteidigen wolle, so könnte es sein, daß er mit seiner anwaltlichen Schweigepflicht in Konflikt gerät.

Auch hier wieder eine ausgesprochen schein-liberale Begründung des Oberlandesgerichtes für die Ablehnung des Antrages: es sei zwar nicht zu verkennen, daß Groenewold in „Gewissenskonflikte" geraten könnte, wenn er sich für oder gegen eine bestimmte Aussage im Rahmen seiner Verteidigung entscheiden müsse. Groenewold müsse diesen Konflikt aber lösen.

Auch hier wieder also: keine Angriffsflächen durch „undifferenzierte Gründe" geben, aber trotzdem: harter Kurs alles ablehnen.

Das Gericht will sich also offenbar durch argumentative Zugeständnisse, die ohne jede Auswirkung auf die Sachentscheidung bleiben, einer Konfrontation mit der Verteidigung und dem Angeklagten entziehen, um nicht seinen liberalen „Heiligenschein" zu gefährden.

Es ist eine alte Erfahrung aus politischen Prozessen, daß die Art der Verhandlungsführung über die spätere Entscheidung absolut überhaupt nichts aussagt, d.h. daß eine
spätere Entscheidung absolut überhaupt nichts aussagt, d.h. daß eine
„konziliante" Art der Verhandlung nichts über das spätere Urteil sagt.

Der Vorsitzende Richter dieses Prozesses ist extra im Hinblick auf das Groenewold-Verfahren ausgesucht worden und es ist davon auszugehen, daß er seinen politischen Auftrag erfüllen wird, wenn er seine Karriere nicht aufs Spiel setzen will. Und welcher Richter will das schon?

Antrag auf Wahrung des Geheimnisses der Verteidigerpost: abgelehnt

Nach der Strafprozessordnung ist die Einsichnahme in Verteidigerpost verboten. Die Verteidigerpost unterliegt dem sog. Anwaltsgeheimnis, von dem das Oberlandesgericht aber scheinbar (s.o.) ohnehin nicht allzuviel hält.

Die Verteidiger hatten deshalb beantragt, daß die nach ihrer Auffassung rechtswidrig beschlagnahmte Verteidigerpost nicht als Belastungsmaterial gegen Groenewold verwertet werden darf.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Herren behielten sich vor, „im Einzelfall" zu prüfen, ob die Schriftstücke verwertet werden dürfen.

Diese „Einzelfallprüfung" setzt jedoch voraus, daß die Post vorher gelesen wird. Grade das aber sollte ja verhindert werden.

Erklärung Groenewolds

Inzwischen ist der Prozess soweit vorangeschritten, daß Kurt Groenewold erklärt hat, wie er zu den Anklagevorwürfen steht: die Anklage gegen die RAF-Gefangenen in Stuttgart-Stammheim, die auf Teilnahme an einer „kriminellen Vereinigung" lautete (neben anderen Vorwürfen), erforderte eine gemeinschaftliche Verteidigung; die gemeinsame Prozessvorbereitung durch mehrere Verteidiger entspricht auch der Tradition der politischen Prozesse in der ganzen Welt.

Groenewold verwies als „Vorbilder" dabei insbesondere auf die Praxis in den USA, England, Frankreich und auch Irland. In diesen Ländern ist das, was im „Modell Deutschland" in einem von der höchsten westdeutschen Anklagebehörde geführten Musterprozess kriminalisiert werden soll, selbstverständliches Recht einer politischen Verteidigung.

Was das unabhängige Gericht dazu sagen wird, läßt sich jetzt schon absehen: es gibt keine politischen Prozesse, also kann es auch keine politische Verteidigung geben...

IKAH Hamburg

Presseerklärung der Anwälte von Newerla und Müller

Bekanntlich hatte Generalbundesanwalt Rebmann am 13.1.78 „nähere Erkenntnisse" parat, nach denen er nun wisse, wer die Waffen und den Sprengstoff nach Stammheim gebracht habe: die Rechtsanwälte Müller und Newerla. Und wie wußte er auch: In der Tagesschau des Fernsehens ließ er – wie im Trickfilm – einfach eine auseinandergeklappte Akte hinzaubern, in der sich eine Waffe befand.

Bundesdeutsches Beweismittel für Rebmanns „Erkenntnisse": Die Aussage zweier inhaftierter Informanten. Rechtsanwältin Schiele, Verteidigerin von Rechtsanwalt Newerla und Rechtsanwalt Reder, Verteidiger von Rechtsanwalt Müller, gaben dazu am 17.1. folgende Presseerklärung ab:

„Anläßlich des Haftprüfungstermins in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Newerla am 16.1.78 wurden der Verteidigung lediglich Auszüge der richterlichen Vernehmung eines Informanten vorgelegt. Dieser erklärte, er sei nicht unter Druck gesetzt worden, er habe auch keine Versprechungen erhalten – er habe lediglich die Zusicherung eines fairen Prozesses erhalten und wolle sich darauf berufen.

Auch wenn sonst unbekannt ist, wie der – bzw. die Informanten – „zum Reden gebracht wurden", aus den der Verteidigung vorliegenden Auszügen der Aussage des einen Informanten sind die „sicheren Erkenntnisse" des Generalbundesanwaltes nicht zu entnehmen. Der Informant teilt z.B. mit, er wisse nicht, ob Rechtsanwalt Newerla überhaupt Sprengstoff transportiert habe, Waffen habe Newerla nicht transportiert.

Nach Aussage des „Informanten" sollen die Waffentransporte und die Übergabe im Mehrzweckgebäude stattgefunden haben, in dem jedoch Rechtsanwalt Newerla z.B. nur einmal – nach Abschluß des Stammheimer Prozesses – war, um Akten abzuholen. Sogar in der Schleyer-Dokumentation der Bundesregierung ist veröffentlicht, daß z.B. Rechtsanwalt Newerla keinen der Stammheimer Angeklagten vertreten hat."..., „Die „sicheren Erkenntnisse" des Generalbundesanwaltes und die Konstruktion des „Informanten werden auch durch die Aussagen der Stuttgarter Beamten vor dem Untersuchungsausschuß widerlegt. Diese Aussagen können auch von den Rechtsanwälten, die die geradezu peinlichen Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, bestätigt werden.

Ferner muß sich die Bundesanwaltschaft fragen lassen, warum der Verteidigung nicht das vollständige richterliche Protokoll des „Informanten" vorgelegt wurde.

Warum wurde der Verteidigung die Aussage des zweiten „Informanten" vorenthalten? Bestätigt dieser das Gegenteil?

Die Verteidigung fordert umfassende Akteneinsicht und verwahrt sich gegen Vorverurteilung durch den Generalbundesanwalt.

gez. Schiele
gez. Reder

Außerdem gab Rechtsanwalt Reder der Öffentlichkeit folgende Erklärung seines Mandanten Müller bekannt: *„Die Bekanntmachung der Bundesanwaltschaft vom 12.1.78, ich hätte drei in der Justizvollzugsanstalt Stammheim angeblich gefundene Pistolen den Gefangenen Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe übergeben, entspricht dem seit 1972 gegen die Verteidiger der Gefangenen aus der RAF lancierten Klischee. Die Meldung ist rein propagandistisches Manöver.*

Die Veröffentlichung zu dem jetzigen Zeitpunkt macht deutlich, worauf es der Bundesanwaltschaft in Wirklichkeit ankommt:
– auf die propagandistische Beeinflussung
– der für den 16.1. zu erwartenden Erklärung von Irmgard Möller vor dem Untersuchungsausschuß des Baden Württembergischen Landtags,
– der ursprünglich vor dem Abschluß am 20.1. stehenden Beratungen in Bonn über die geplanten „Anti-Terror-Gesetze".
– der kommenden Prozesse gegen RA Groenewold (am 18.1.) und RA Dr. Croissant.

Was auch immer an kriminalistischen Konstruktionen erstellt wird, ich kann schon jetzt ruhigen Gewissens erklären, daß ich bisher in meinem Leben noch nie eine Pistole bzw. Sprengstoff in der Hand gehabt hatte. Daher sind auch die Äußerungen von angeblichen Informanten Lügen."

gez. RA Arndt Müller

Die Funde von Kleinst- und Großwaffen in Stammheim nehmen bekanntlich kein Ende. Den Fund der am 30.12. in Newerlas Zelle aufgetauchten Rasierklinge – die in einem Seifenstück verborgen war – nannte Newerla „eine bedenkliche Manipulation zu meinen Lasten". In einer am 30.1.78 von Rechtsanwältin Schiele veröffentlichten Presseerklärung heißt es *„eine Präparierung des Seifenstückes durch Personen außerhalb der Haftanstalt sei unmöglich gewesen, da zwischen dem Kauf und dem Fund des Seifenstückes nur eine Nacht gelegen habe"* (FR, 31.1.78).

IKAH Hamburg

Sippenhaft gegen achtjährigen Jungen

Grischa ist der Sohn von Angelika und Volker Speitel. Angelika Speitel steht auf der Fahndungsliste ‚ganz oben' – ihr wird die Beteiligung an der Schleyerentführung vorgeworfen. Volker Speitel wurde während der offiziellen Kontaktsperre in einem Zug aus Dänemark kommend zusammen mit Rosemarie Pries verhaftet. Auch ihm wird zumindest die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.

Grischa wohnt bei Freunden in Stuttgart. Seine verhafteten Eltern wünschten das, Volker Speitels Mutter wünschte das, und nicht zuletzt Grischa wollte dort wohnen bleiben– aber das Bundeskriminalamt will es nicht!

Das Bundeskriminalamt übt Druck auf das zuständige Jugendamt aus, das – ohne rechtliche Grundlage, wie Herr Hörner zugibt – versuchte, Grischa „ in Sicherheit " zu bringen. Es stellte folgende Alternative zur Auswahl: entweder Grischa geht zu Angelikas Schwester, die offenbar nach Ansicht des BKA eine „bessere" Erziehung gewährleistet, oder aber Grischa wird in ein Heim eingewiesen.

Zur Verdeutlichung der Methoden, mit denen von Seiten des BKA gegen Kinder vorgegangen wird, einige Beispiele:

– regelmäßige Besuche von LKA-Beamten bei Volker Speitels Mutter und anderen Verwandten, wobei sich Friesel (jetzt BKA) besonders hervortat,

– anonyme Drohanrufe
– Androhung einer Anzeige, wegen unterlassener Hilfeleistung (!!),
– schließlich auf dem Weg zum Notar des Vormundschaftsgerichts, fädelte Herr Friesel folgendes ein: er griff zum Sprechfunkgerät und gab die fingierte Meldung durch, es müsse Großfahndung nach Grischa und seinen Pflegeeltern ausgelöst werden, da sie Stuttgart mit unbekanntem Ziel verlassen hätten, und Grischa vermutlich entführt werden solle.

IKAH Hamburg

Weitere Stimmungsmache gegen linke Verteidiger

Der Berliner Justizsenator Baumann (FDP) wandte sich Mitte Januar 1978 in einem Brief an die SPD-Fraktion mit einer „Bitte an einige Freunde von der SPD", die immer noch nicht eingesehen haben, daß die „Verdachtsschwelle" beim Ausschluß von Verteidigern herabgesetzt werden müßte. In diesem offenen Brief, der in der Rubrik „Im Wortlaut" in der Frankfurter Rundschau vom 25.1.78 vollständig abgedruckt war, erweckte Baumann den Eindruck, als werde mit der neuen Regelung erstmals die Möglichkeit gegeben, Anwälte, die der „Komplizenschaft" mit ihren Mandanten bezichtigt werden, als Verteidiger auszuschließen. Tatsache ist, daß bereits nach der geltenden Fassung der Strafprozeßordnung *„ein Verteidiger (...) von der Mitwirkung in einem Verfahren auszuschließen (ist), wenn er d r i n g e n d oder in einem die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigenden Grade verdächtig ist, an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein..."*

Die Reaktion in der Anwaltschaft auf diese – wie sie es nannten – „gezielte Desinformation", war erfreulich. Auf die Initiative von Münchner Rechtsanwälten haben sich rund 100 engagierte Verteidiger aus der BRD in einem Brief an die Bundestagsfraktion der SPD gewandt, in dem es u.a. heißt: *„Was Senator Baumann also fordert, ist längst Gesetz. Was er allerdings verschweigt ist, daß man nach dem vorliegenden Entwurf der Bundesregierung vom 4.10.77 (der zusammen mit anderen Änderungen der StPo Mitte Februar zur Abstimmung im Bundestag stehen soll, Anm. Red) (BT-Drucksachen 8/76), den Ausschluß des Verteidigers in einer Weise erleichtern will, die jeder Willkür Tür und Tor öffnen wird. Jetzt soll der Verteidiger nämlich schon dann ausgeschlossen werden können, wenn ‚bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen', daß er Komplize ist (der sogenannte einfache Verdacht). Damit wird aber nicht die ‚Verdachtsschwelle herabgesetzt', (so Baumann) sondern jede rechtsstaatlich prüfbare Schwelle überhaupt beseitigt. Der Begriff der ‚bestimmten Tatsachen' ist rechtlich nicht faßbar. Auch eine Denunziation oder ein anonymer Hinweis ist eine solche bestimmte Tatsache. Mit dem neuen Gesetz könnte also jeder Anwalt, der sich mißliebig gemacht hat, aus einem Verfahren entfernt werden. Senator Baumann beruft sich zu Unrecht auf vergleichbare Regelungen anderer Länder. Welches Land hätte denn eine ähnlich anrüchige Tradition im Ausschluß politisch mißliebiger Verteidiger, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, außer daß sie eben die Sache ihres Mandanten aufrecht vertreten? Die Deutsche Tradition reicht von Weimar, wo das Reichsgericht kommunistische Anwälte von Staatschutzprozessen ausschloß, über den Ausschluß von Professor Kaul und Rechtsanwalt Otto Schily, bis zum Ausschluß der Verteidiger in den Prozessen gegen Mitglieder der RAF. Die Visionen des Senators am Ende seines offenen Briefes, in denen er die rhetorische Frage aufwirft, ob denn der Verteidiger auch als Mitangeklagter noch verteidigen solle, stellen seinen Rechtskenntnissen ein höchst bedenkliches Zeugnis aus. Diese Möglichkeit ist ebenfalls nach dem seit dem 1.1.1975 geltenden §138 StPO ausgeschlossen. Wir glauben nicht, daß die Tätigkeit als Justizsenator dazu geführt hat, daß Senator Baumann seine Gesetzeskenntnisse verloren hat. Offenbar mißbraucht der angesehene Rechtspolitiker aus Berlin seinen guten Ruf dazu, den letzten Widerstand gegen die neuen Gesetze in der SPD-Fraktion zu überwinden."*

Immerhin druckte die FR vom 31.1.78 ebenfalls unter der Rubrik „Im Wortlaut" den vollständigen Brief ab. Bleibt abzuwarten, wie sich „einige Freunde von der SPD" Mitte Februar bei der Abstimmung im Bundestag verhalten werden. Letzte Woche noch hatte der ‚Abweichler' Coppik (SPD-Abgeordneter, der auch dem „Kontaktsperregesetz" seine Zustimmung verweigert hatte), seine Bereitschaft signalisiert, auch diesem Gesetz eine Absage zu erteilen, wenn sich nicht noch eine „Kompromißformel" finden ließe.

IKAH Hamburg



Nachrichten aus dem Knast

FREITOD

Knastalltag in „Santa Fu"!

Der Freitod von Ralf Nagel

Gleich mit Beginn des neuen Jahres präsentierte sich wieder mit seinem wahren Gesicht der ach so „humane Strafvollzug". Den tragischen Anfang bildete diesmal der Gefangene Ralf Nagel, als er sich in der Nacht vom 1. zum 2. Januar '78 nach fast 2 1/2 jähriger Haftzeit am Zellenfenster erhängte. Wie uns sein mit ihm früher in einer Zelle einsitzender Freund Wolfgang Wagner berichtete, hatte Ralf schon des öfteren vom „Schlußmachen" gesprochen, was den Verantwortlichen sehr wohl bekannt war. Daß dieses tragische Ende von Ralf nicht bereits früher eintrat, ist einzig und allein dem Engagement seines Freundes zu verdanken. Ralf wurde trotz seines kritischen Zustandes mit der fadenscheinigen Begründung des Medikamentenmißbrauchs in eine Einzelzelle verlegt. Obwohl er als selbstmordgefährdet galt, wurde er auf die Strafstation D I gesteckt, wo Menschen psychisch nur noch mehr zugrunde gehen.

er auf die Strafstation D I gesteckt, wo Menschen psychisch nur noch mehr zugrunde gehen.

Besonders makaber ist, daß Ralf während seiner Zeit auf D I pro Tag 14 (!) Tabletten (meist Beruhigungsmittel) vom Arzt verordnet bekam, er, der wegen Medikamentenmißbrauchs in der Einzelzelle saß.

9 Wochen lang saß Ralf auf D I und nahm während dieser Zeit 7 kg ab. Dieser Zeitraum ist entschieden länger als die Isolationshaft überhaupt angewandt werden darf.
(Siehe Strafvollzugsgesetz, § 103, Arten der Disziplinarmaßnahmen:

(1) Die zulässigen Disziplinarmaßnahmen sind:
- Arrest bis zu 4 Wochen
- Arrest darf nur wegen schwerer oder mehrfach wiederholter Verfehlungen verhängt werden)

Als Wolfgang Wagner auch nach D I verlegt wurde, bemühte er sich vergebens darum, zusammen mit Ralf aus der Einzelhaft rauszukommen. Zuletzt noch am 1.1.78 hat er bei seinem Abteilungsleiter Gosler nachgesucht und verlangt, ihm mit Ralf Umschluß zu gewähren. Der Abteilungsleiter sprach jedoch von einem Umschlußverbot, das gar nicht verfügt war.

Ralf behauste auf D I eine Zelle, wo noch nicht einmal ein Schrank oder ähnliches anwesend war, um seine persönlichen Sachen zu verstauen. Er hatte seiner Mutter öfters seine Isolationshaft beschrieben und auf die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen er dahinvegetieren mußte, hingewiesen. Er hat sich immer wieder über diese Zustände beschwert und wollte verlegt werden. Seine Bitten waren jedoch vergebens.

Seine Mutter ist davon überzeugt, daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist. Und sie ist auch davon überzeugt, daß er vorher noch einen Abschiedsbrief geschrieben haben muß, denn, wie seine Mutter berichtete, hat er immer viel gelesen und geschrieben. Er hatte ihr auch mitgeteilt, daß er über den Mordvollzug in Fu eine Dokumentation anfertigen wollte. Bei der Durchsuchung von Ralfs Zelle sollen jedoch keinerlei solche Schriftstücke gefunden worden sein. Auch kein Artikel für die Dokumentation ist aufgetaucht.

Dafür fand man das Gerichtsurteil von Ralf auf dem Hof (?) der Anstalt. Bisher wurde der Mutter nur das Entlassungsgeld (angesammelt in 2 1/2 Jahren!) in Höhe von 45,43 DM ausgehändigt.

Bis heute (30.1.78) hat Fr. Nagel den Nachlaß ihres Sohnes nicht bekommen. Unklar ist auch, wo Schreibmaschine und Radio von Ralf geblieben sind. Noch verwirrter ist die Geschichte eines Ringes von Ralf, der erst verschwunden war, dann aber wieder auftauchte. Es gibt hier zu viele Ungereimtheiten, die es gilt aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Freitodversuch von Heinz Dabritz

Ein weiteres makaberes Beispiel der Vernichtungsstrategie im Knast von Fuhlsbüttel fand am 17.1.78 einen erneuten Höhepunkt in der versuchten Selbstverbrennung des Gefangenen Heinz Dabritz. Auch dieser Freitodversuch hätte verhindert werden können, zumal bekannt war, daß Heinz bereits am Vortag versucht hatte, sich mit einer Überdosis Tabletten das Leben zu nehmen. Er konnte zum Glück im Krankenhaus Barmbek gerettet werden.

Wieder zurück in der Anstalt hatten die Verantwortlichen nichts Besseres zu tun, als ihn sofort auf die Strafstation D I zu verfrachten.

Heute liegt Heinz im Krankenhaus Boberg mit einer Rauchvergiftung und sehr schweren Brandverletzungen, vor allem im Gesicht und an den Händen. Schon bei seinem ersten Freitodversuch sind die Gründe in den Haftbedingungen zu suchen. Eine von ihm verlangte Ausführung wurde ihm absolut nicht gewährt, ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter oder Stark verweigert, u.a.m.

Weitere Aufklärung bringt der Bericht eines Gefangenen der Anstalt II, der die Vorfälle um Heinz Dabritz, die Reaktion der Gefangenen und der Anstaltsleitung beschreibt:

„. . . *Nach Arbeitsschluß 15.15 Uhr wurden im Hause die Nachrichten des NWS* (Neuer Wochenschauer, von der Anstaltsleitung abhängige Gefangenenzeitung – Anmerkung von GSI) *verteilt als 1. Information. Dann Flüsterpropaganda. Gegen 16.30 versammeln sich die Insassen an den Geländern um die Zentrale: Rufe: Kirche auf! Später schloß Stark die Gittertür zur Kirche auf. Ca. 300 Insassen strömten zur Kirche. Die AL (Anstaltsleitung, – ergänzt durch GSI) ließ die Fernsehräume öffnen und mit einem neuen Vorführer Fernsehfilme vorführen (um Spaltungen herbeizuführen).*

In der Kirche ungerichtete, konzeptlose Diskussion. I.V. (Insassenvertretung, – ergänzt durch GSI) passiv. Rufe nach Stark. I.V. und NWS gehen zur AL. Stark droht dem NWS. I.V. bringt „Friedensvorschläge" der AL: Allgemeine Umschlußerlaubnis (vergißt (?) zu sagen nur für 1 Tag) Insassen der Isolierstation kommen frei (vergißt (?) zu sagen, nur bis 18.00).

Erregte Diskussion der Insassen. D I auflösen, Stark her, Weinert her, Meyer her. (Gemeint sind der Anstaltsleiter, der Chef des Strafvollzugsamtes, der Justizsenator, – ergänzt durch GSI) Solange bleiben wir im Sit in in der Kirche. Viele gehen los: holen Kaffee, Tee, Skatkarten, Schachspiele und Decken – 19.30 Einschluß: ca. 120 Mann bleiben da. Einzelne Abteilungsleiter hören sich die Forderungen an. Jurisch (Anstaltspsychologin, – ergänzt GSI) kommt nach Einschluß und will einige Leute ihrer Station holen. Chöre: sitzen bleiben! Sie wird angefahren, sie solle gefälligst Stark mitteilen, wenn er zu feige sei herauf zu kommen, so solle er seinen Humanitätspreis abgeben. Sie verschwindet wieder, ohne ihren Auftrag erledigt zu haben.

(. . .)

Pastor Steller diskutiert mit uns. Später kommt Schmude (Stellvertretender AL) wird niedergeschrien: Stark her. Stark kommt – wie ein Betrunkener wankt er zur Bühne, müde, ohnmächtig: ein prächtiger Schauspieler. Rufe: Schauspieler. Ein Insasse reicht ihm ein Taschentuch – da kannst Du wieder heulen, wie bei Krieger und Rohrmoser. Stark gibt eine kurze Darstellung und verschweigt vieles, daß Heinz Dabritz am Dienstag mit ihm sprechen wollte, daß die Beamten gefeiert haben, statt sich um den nervlich „Toten" zu kümmern.

Forderungen der Insassen werden daß die Beamten gefeiert haben, statt sich um den nervlich „Toten" zu kümmern.

Forderungen der Insassen werden laut: D I auflösen (D I die Sicherheitsstation ist erst in der Ära Stark entstanden – in noch keiner Zeitperiode gab es soviel Tote wie unter Stark) und als Sportraum nutzen. Dann kamen hausinterne persönliche Probleme in die Forderungen: S-Gruppe weg, Vollzugspläne, den gesetzlichen Urlaub genehmigen, Arbeitsurlaub geben und bezahlen.

Stark sagt weder ja noch nein – typisch Vollzugskaspar – und verschwindet wieder wie ein Geist, als wir heiß diskutieren. Läßt bestellen, wir sollen die Kirche räumen. Wird abgelehnt. Pastor Steller vermittelt: er verspricht, unsere Probleme werden in einer Vollversammlung am Freitag angehört, sonst, falls Stark nicht erscheint, nimmt er am Sit in mit teil.

(Der Gefangene – ergänzt GSI) Fred Reisewitz trägt Stark an, die Kirche mit 40 „Schlägern" zu räumen. Bis 19.30 scheint das Strafvollzugsamt von der Bambule nicht informiert worden zu sein. Dann war keiner mehr da – wer sollte den Grenzschutz verantworten?

Station C 4 – wo sich Nagel „ermordet" hat (Selbstmord im Knast ist Mord) nahm über die Hälfte teil."

Eine Chronologie versuchter und vollendeter „Selbst"-Morde

Eine Chronologie versuchter und vollendeter „Selbst"-Morde

1975	**Kurt Vogler** begeht „Selbst"-Mord. Genaues Datum, Hintergründe und Motiv sind der GSI nicht bekannt.
16.02.76	**Heinz-Detlev Krieger** und **Hans Rohrmoser** erhängen sich in ihren Zellen. Sie verstehen ihren Freitod als Protestaktion gegen Mißstände in der Fuhlsbütteler Anstalt II. In einer Erklärung greifen sie die Knastzustände detailliert an.
03.04.76	**Hans Wurda** versucht eine Selbstverbrennung. Hintergründe und Motiv sind der GSI nicht bekannt.
07.04.76	**Manfred R.** versucht sich mit einer Überdosis Schlaftabletten das Leben zu nehmen. Über Hintergründe und Motiv ist der GSI nichts bekannt.
??.10.76	**Georg Bamberger** öffnet sich die Pulsadern und verblutet. Nach einem Ausbruch (1.7.74) bestand für ihn keine Aussicht mehr auf Urlaub . . . Sein Vergehen: schwerer Diebstahl.
02.08.77	**Wolfgang Janorschke** erhängt sich am Fenster seiner Zelle Nr. 60 auf der therapeutischen Station B 2. Am 28.3.76 war er in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um auf seine Situation als Lebenslänglicher und auf Mißstände im Knast aufmerksam zu machen. Auf die von ihm herausgegebene Willenserklärung reagierte weder die Behörde, noch andere angeschriebene Stellen . . .
03.08.77	**Edmund Ludewig** erhängt sich in seiner Zelle Nr. 50 auf der therapeutischen Station B 2. Sein Lebenslauf läßt sich kurz zusammenfassen: Fremdenlegion-Nervenklinik-Knast. Der Verwahrvollzug und die „Behandlung" des Verhaltensgestörten fast ausschließlich mit Tabletten bereiteten den Boden. Nach Ablehnung einer Ausführung wegen seiner Rentensache war es soweit . . .
24.09.77	**Carsten Loeck** stirbt an einer Vergiftung durch Methylalkohol. Wie unmenschlich muß der Knast sein, wenn Gefangene zu solchen berauschenden Mitteln greifen?
01.01.78	**Ralf Nagel** erhängt sich in seiner Zelle. Aufgrund seiner Haft war er schon längere Zeit psychisch angeschlagen. Trotz seines kritischen Zustandes wurde er mit der fadenscheinigen Begründung „Medikamentenmißbrauch" in Einzelhaft auf die Strafstation D I verlegt. Dort mußte er 9 (!) Wochen verbringen. Seine Mutter ist davon überzeugt, daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist.
15.01.78	**Wolfgang Wagner** versucht sich mit einer Überdosis Medikamente umzubringen. Er sah keine andere Möglichkeit mehr, um gegen diesen Vollzug zu protestieren.
17.01.78	**Heinz Dabritz** versucht sich selbst zu verbrennen. Er kann im Krankenhaus gerettet werden. Bereits am Vortage hatte er versucht sich mit einer Überdosis Tabletten das Leben zu nehmen. Nach dem Krankenhausaufenthalt wurde er sofort in Einzelhaft auf die Strafstation D I verlegt. Auch seine Gründe für einen Freitod sind in den Haftbedingungen zu suchen (verweigerte Ausführung etc.)
23.01.78	**Herbert Spekowius** öffnet sich die Pulsadern, kann aber gerettet werden. In seiner Stellungnahme schreibt er: „Durch diese meine Handlung in der Nacht vom 22.1.–23.1.78 sehe ich die einzige Möglichkeit eine – zwar makabre – Alternative zu diesem hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug." ein verweigerter Umschluß mit einem Gefangenen auf D I war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Natürlich ist diese Chronologie unvollständig. Wer sich ein wenig im Knastbereich auskennt, weiß, wie wenig von dem, was im Knast passiert, durch die Mauern dringt. Wie viele Vorfälle werden verschwiegen oder vertuscht? Totenstille gehört zum Knast. Unterstützen wir die Gefangenen bei ihrem Widerstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, stellen wir Öffentlichkeit her.

Hamburg, den 30.01.78 — Gefangenenselbstinitiative e.V.

Der Freitodversuch von Wolfgang Wagner

Wolfgang Wagner befindet sich zur Zeit in Ochsenzoll, weil er sich am 15.1.78 durch eine Überdosis von Medikamenten, die nur vom Arzt bzw. Sanitäter kommen können, ebenfalls das Leben nehmen wollte. Auch er sah keine andere Möglichkeit mehr, um gegen diesen Vollzug zu protestieren. Er konnte im Krankenhaus zwar noch gerettet werden, doch muß ständig mit einem neuen Freitodversuch gerechnet werden, solange der Vollzug sich nicht ändert. Lange wird er solchen Nerventerror nicht mehr durchhalten können. Er hat aber von einer Gesamtstrafe von 10 Jahren noch 6 (!) abzusitzen.

Der Freitodversuch von Herbert Spekowius

„Nur Fliegen sterben schneller . . .", so begann der offene Brief der GSI vom 21.1.78 an Dr. Stark, Leiter der Anstalt II. Zwei Tage später holte uns die Realität ein. Am 23.1.78 schnitt sich Herbert Spekowius die Pulsadern auf. Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen gebracht hatte, war ein Umschlußverbot. Herbert wollte mit einem Gefangenen der Strafstation D I Umschluß haben, was ihm verweigert wurde. (Zur Erklärung: Umschluß heißt, daß 2 Gefangene in einer Zelle eingeschlossen werden).

Doch das war nur ein Punkt. Genaueres ist der Stellungnahme von Herbert vom 25.1.78 zu entnehmen:

„. . . *Durch diese meine Handlung in der Nacht vom 22.1. – 23.1.78 sehe ich die einzige Möglichkeit eine – zwar makabre – Alternative zu diesem hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug.*

Ein Vollzug mit einer Anstaltsleitung (AL), die sich nur zuständig fühlt für eine kleine Gruppe von Heuchlern und Privilegierten, die sich ihre Privilegien durch Verrat bzw. durch Duckmäusertum erschlichen haben. Gefangene mit einer relativ „normalen" Zeitstrafe wurden und werden hier überrollt.

Ich bin jederzeit in der Lage, diese meine Äußerungen an Hand von Ablehnungen, Ignorieren von Anträgen und nur minimalen Zugeständnissen im Vergleich zu anderen, oben aufgeführten Gefangenen zu beweisen.

Besonders die vor dem 22.1.78 durchgeführten Diskussionen mit der AL über die erschreckende Zunahme der Freitoten in der Anstalt II haben mir gezeigt, daß gerade von Seiten der hiesigen AL ein menschenverachtendes Desinteresse herrscht. Hier wird allenfalls ein Stillhaltevollzug aber kein Behandlungsvollzug praktiziert.

Besonders deutlich wird die menschenverachtende Haltung der AL dadurch aufgezeigt, daß weder ein Vertreter der AL noch ein Psychologe es für nötig hielt, nach meiner Rückkehr aus dem AK Barmbek ein Gespräch mit mir zu führen – aber eine Anzeige wurde mir bereits am darauffolgenden Tag geschickt.

Dagegen habe ich auf meine Art versucht zu protestieren und möchte dieses hiermit auch schriftlich tun.

Herbert Spekowius"

(AL = Anstaltsleitung, ergänzt GSI)

Heute ist Herbert wieder auf der Station C 4. Nachdem er im AK Barmbek gerettet worden war, wurde er erst auf D I gebracht dann zurück auf C 4.

Terrorurteil gegen Artur Sarrach

Terrorurteil gegen Artur Sarrach

Wie Menschen im Knast Fuhlsbüttel und anderswo verachtet, brutal unterdrückt und vernichtet werden, läßt sich durch beliebig viele andere Schweinereien belegen. Eines der schockierendsten Beispiele ist u.a. der Fall des Gefangenen Artur Sarrach, der sich, um den schleichenden Tod im Knast „Santa Fu" öffentlich zu machen, an die Tageszeitung „Die Welt" in Form eines Leserbriefes wandte, der auch abgedruckt wurde. Da Artur für seine Aussage keine Zeugen benannte, wurde er am 28.2.77 vom Hamburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen (gleich DM 240,–) verurteilt, die er im Knast durch monatlich DM 20,– abbezahlen muß und das, obwohl ein Gefangener, der im Knast täglich arbeitet, kaum über DM 100,– Monatseinkommen verfügt. (Wir veröffentlichen den Fall erst jetzt, weil wir die Urteilsbegründung erst vor kurzem erhalten haben.) In der Urteilsbegründung heißt es:

„Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, in Hamburg am 16.3.76 öffentlich in Beziehung auf andere Tatsachen behauptet zu haben, welche dieselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, wobei diese Tatsachenbehauptung nicht erweislich wahr sind, indem Sie in einem Leserbrief, der am 16.3.76 in der Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht wurde, u.a. schrieben:

,Als Häftling in der Strafanstalt II Santa Fu las ich die Anzeige gegen die zwei Ärzte und Beamte der Untersuchungsanstalt Hamburg, die die mutige Rechtsanwältin Frau Hammerer-Samwer einreichte, mit Bewunderung. Ich selbst war eine Zeit auch im U.G. und dort als Hausarbeiter tätig. Ich bin aus dieser Zeit mit einem Selbstmord eines Mitgefangenen belastet, der verhindert hätte werden können, wenn man auf mich gehört hätte. Man hat einen nerven-kaputten Gefangenen zu zwei ähnlich Kaputten in eine Zelle gelegt, die sich dann miteinander noch mehr kaputt machten. Ich merkte den Tiefstand eines dieser Kaputten beim Essenausgeben am Abend und bat, etwas zu unternehmen. Ich wurde nicht einmal angehört. Am Morgen war dieser Gefangene tot. Einer von vielen, die nicht bekannt wurden usw. Da ich für jede Kleinigkeit harte Strafen verbüßen mußte, ohne zu jammern, weil ich mich schuldig fühle, ist es mir unbegreiflich, daß mir so ein zweierlei Maß vorgelegt wird, mit dem ich Achtung vor dem

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

Gesetz bekommen soll und möchte. Es ist mir auch unbegreiflich, daß selbst der Justizsenator, der vorgibt, so für die Menschlichkeit im Vollzug zu sein und vielleicht auch ist (?), heute im Rundfunk den Fall mit einem Fußballunglück zu vergleichen versuchte. Das macht mich stutzig, da stimmt doch was nicht? Es gibt Dinge – wo es keine Kompromisse gibt – da, wo es um die Würde des Menschen geht. Solange dies und anderes so bleibt, werden wir nicht Traum- wird weiter unwürdig gestorben, die einen schnell, wie in Fällen Glocke, und die anderen langsam – nicht einmal selbst – wahrnehmbar . . . Bitte helfen Sie dies mit diesem und anderen Leserbriefen einzudämmen.
Artur Sarrach, 2000 Hamburg 63, Am Hasenberge 26
Vergehen strafbar nach § 186, 194, 40, 42, 43 StGB"

Artur selbst schreibt in einem Brief vom 25.9.77 dazu:
„Ich hatte mich persönlich mit einem Selbstmord belastet gefühlt und meinem Herzen Luft gemacht und mich an die Zeitungen gewandt, da ich hier und anderswo nicht erhört wurde. Wie recht ich mit meinen Mahnungen hatte, zeigten die anschließenden weiteren Toten? 10 Stück in einer so kurzen Zeit ist für mich zum Ertragen und Mittragen zuviel. Man hatte mir einen Strafbefehl, ohne mich richterlich zu hören, zugesandt, um mich mundtot zu machen usw. und jetzt bittet man uns von der Vollzugsbehörde, daß wir aufeinander aufpassen sollen. Mich bestraft man aber genau dafür. Und auch die Urlaubsablehnung soll eine Strafe für mich sein, was aus mir wird nach 7 (!) Jahren Haft, interessiert die wenig. Ich lege Ihnen den Strafbefehl bei, für dessen Aussagen ich Zeugen habe, die ich nicht nannte. Aber unserer ktl. Geistlicher ist einer der Zeugen, daß ich die Wahrheit sage und andere Gefangene sind weitere Zeugen. Gerade vor kurzem sind zwei wieder gestorben und heute Nacht wieder einer und mehrere in Gefahr. Ich halte dies Sterben hier bald nicht mehr aus!!!

Es ist schon wie ein Totenhaus hier (. . .) Die Presse ist immer Geburtenhelfer oder Totengräber.?! Tot ist hier schon vieles und wird immer toter . . ."

Artur hat in anderen Briefen über weitere Todesfälle berichtet. Es sind Tote, von denen die Öffentlichkeit nie etwas erfährt . . .

„Humaner Strafvollzug" – human für wen?

Die Bedingungen, die Menschen im Knast in den Tod treiben, sind in den Willkürmaßnahmen der Justiz zu suchen. Immer wieder werden die Anträge auf Ausführung, Urlaub usw. von „unbequemen" Gefangenen durch vorgeschobene Gründe abgelehnt, Isolationshaft eingeführt, Besuchs-, Schreib-, Leseverbote und ähnliches mehr angewandt, um den berechtigten Widerstandswillen der Gefangenen zu brechen. Dem Gefangenen Arnold Steinbach z.B. ist erst kürzlich der Übergangsvollzug wegen seiner „Abstammung" (!!!) (Zigeuner) abgelehnt worden. Dieser Strafvollzug ist für die Vernichtung der Gefangenen verantwortlich. „Selbst"-Mord im Knast ist Mord. Der Knast an sich ist unmenschlich.

Scheinbar „human" ist der Strafvollzug nur bei Arschkriechern, Denunzianten und nicht zuletzt bei den Nazis (siehe Rosenbaum), was viele Vergünstigungen und Privilegien beweisen.

Es ist beängstigend, wie wenig Beachtung heute ein Freitod im Knast noch findet. Die Reaktion der Bediensteten erstreckt sich lediglich noch auf die Meldung zur Küche – heute ein Mann weniger in Verpflegung.

Wir dürfen uns aber nicht an die vielen Toten gewöhnen, wir müssen diese Bedingungen bekämpfen. Jetzt erst recht!

Hamburg den 30. 1. 78

Gefangenenselbstinitiative e.V.
Max-Brauer-Allee 225
2000 Hamburg 50



Nachrichten aus dem Knast

Rheinbach: Werner Schlegel wird derzeit – wie viele andere Gefangene – gezielt isoliert. Seine Bemühungen und die seiner Freunde und Genossen, die Isolation zu durchbrechen, scheiterten bisher. Es gilt, die öffentlichen Proteste zu intensivieren.

Nach dem offiziellen Ablauf der Kontaktsperre war Werner, wie die meisten anderen „selbstmordgefährdet". Dauerlicht, Razzien, und Verlegungen nahmen ein unerträgliches Maß an. Erst nach starken Protesten wurde diese Folterpraxis eingestellt, um allerdings von massiven Behinderungen der Besuchskontakte abgelöst zu werden.

Mehrere Besucher, die zum Teil weit reisen mußten – wie die freie Journalistin Gaby W. aus Westberlin – wurden abgewiesen, mit dem Hinweis, ihr Besuch schade Werners Wiedereingliederung.

Am 9.1. trat Werner in einen zunächst unbefristeten Hunger - und Durststreik. Er forderte die Genehmigung eines Sonderbesuchs von Gaby W. und einer anderen Bekannten aus Bonn und daß das LKA aufhört, *„schikanös in den Haftbedingungen, Beziehungen usw. rumzufuschen..."* Am 12.1. wurde Werner daraufhin nach Köln verlegt – ohne Radio, Schreibmaschine, Bücher und Akten – dafür aber Einzelhofgang und keine Gemeinschaftsveranstaltungen.

Aus uns nicht näher bekannten Gründen unterbrach er den Hungerstreik am 19.1. und wurde wieder nach Rheinbach gebracht. Er stellte einen Antrag auf Einstweilige Verfügung, um damit die Aufhebung des Besuchsverbots durchzusetzen. Der Antrag wurde jedoch nicht bearbeitet.

Werner nahm seinen Hungerstreik wieder auf.

Schließlich bekam er einen Bescheid, daß sein Antrag auf Sonderbesuch endgültig abgelehnt sei. Er brach den Streik daraufhin ab...

Werner Schlegel ist gefangen in der JVA Rheinbach, Postfach 601, 5308 Rheinbach
(Informationen von der Initiativgruppe W. Schlegel, c/o Buchladen Babula, Pontstr. 133, 51 Aachen).

IKAH Hamburg

um allerdings von massiven Behinderungen der Besuchskontakte abgelöst zu werden.
Mehrere Besucher, die zum Teil weit reisen mußten – wie die freie Journalistin Gaby W. aus Westber-
– dafür aber Einzelhofgang und keine Gemeinschaftsveranstaltungen.
Aus uns nicht näher bekannten Gründen unterbrach er den Hungerstreik am 19.1. und wurde wieder nach Rheinbach gebracht. Er stellte
(Informationen von der Initiativgruppe W. Schlegel, c/o Buchladen Babula, Pontstr. 133, 51 Aachen).
IKAH Hamburg



Neue Schikanen gegen P.P. Zahl

Führerscheinentzug und weitere Einschränkungen der Informationsfreiheit

Wegen „geistig-charakterlicher Mängel" wurde dem Schriftsteller P. P. Zahl, der 1976 zu 15 Jahren Haft verurteilt worden war, der Führerschein entzogen. P.P. Zahl hatte beim zuständigen Straßenverkehrsamt Soest (Westfalen) einen Ersatzführerschein für seinen verlorengegangenen Führerschein beantragt, um im Falle eines Urlaubs ein Auto benutzen zu können. Der leitende Kreisrechtsdirektor **Prinz zu Waldeck** (der heißt wirklich so) nutzte den Antrag P.P. Zahls, auch selbst noch einen Beitrag zur möglichst gründlichen Persönlichkeitszerstörung eines angeblichen „Terroristen" zu leisten, indem er besagten Antrag ablehnte. Die Bochumer Anwälte P.P. Zahls haben gegen diesen dummdreisten Bescheid natürlich Widerspruch eingelegt.

„Die Anwälte werteten den Führerscheinentzug gleichzeitig als weiteres Indiz für die Tendenz, über eine strafrichterliche Verurteilung hinaus die als ‚Terroristen' Abgestempelten in ihrer bürgerlichen Existenz zu vernichten. Eine andere politische Einstellung als ‚geistig-charakterlichen Mangel' zu kennzeichnen, so betonten die Anwälte in ihrer Widerspruchsbegründung den politischen Stellenwert dieser Begründung, ist eine Diskriminierung ganzer gesellschaftlicher Schichten und nur mit der Psychiatrisierung von Dissidenten vergleichbar" (FR vom 1.2.1978).

Zensurmaßnahmen gegen P. P. Zahl

Die Anwälte P.P. Zahls gaben in der letzten Woche noch weitere Schikanen gegen P.P. Zahl bekannt. Mit Beginn des neuen Jahres erhält P.P. Zahl eine Reihe von Zeitschriften nicht mehr ausgehändigt, die bisher ungerügt die Zensur passierten und die zum Teil schon auf den ersten Blick „Verfassungstreue" garantieren. Mit der Begründung, daß für die folgenden Zusendungen keine Genehmigung eingeholt worden sei (!) wurden

- der Informationsdienst des Buchhandels (!),
- die Literatur-Zeitschrift „Schreiber" (P.P. Zahl hatte in dieser Zeitung einen eigenen Beitrag veröffentlicht),
- die Wiener Literatur-Zeitschrift „Wespennest" (ebenfalls ein Autorenbeleg für P.P. Zahl),
- die Blätter des Informationszentrums 3. Welt,
- das Info für Inhaftierte

nicht an P.P. Zahl weitergeleitet.

Um das Ausmaß dieser Willkürmaßnahmen deutlich zu machen, muß noch erwähnt werden, daß für den Bezug von Zeitschriften keine Genehmigungspflicht besteht, die Begründung also für das Anhalten der oben aufgeführten Veröffentlichungen völlig aus der Luft gegriffen ist!

Weiterhin wurde noch „die andere Zeitung" (Ausgaben 10 und 21) angehalten, da sie „privat geschickt wurde".

„Zur Habe genommen",(„da das Vollzugsziel gefährdet wird") wurde auch das „Neue Forum"(Ausgaben 284, 285 und 287). Das „Neue Forum" ist eine von der Sozialdemokratie finanzierte Zeitung... Diese Zensurmaßnahmen sind ein weiterer Mosaikstein bei dem Versuch, einen unliebsamen politischen Gefangenen zu erledigen.

IKAH Hamburg

Knastgruppen-

Knastgruppen-Treffen

Am 28./29.1.78 trafen sich in Westberlin ca. 20 Knastgruppen aus der BRD und Westberlin, darunter „rote und schwarze Hilfen", div. Knastgruppen, die sich mit dem Normalvollzug auseinandersetzen, Gruppen der Antifa-Fraktion usw. Auf der Tagesordnung standen Themen wie „Kriminalisierung der Knastgruppen", „Perspektiven der Knastarbeit". Es wurde zum ersten Punkt von verschiedenen Knastgruppen berichtet, die politische Gefangene betreuen, daß immer mehr Verfahren unter dem Vorwurf § 129a (Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „kriminellen" Vereinigung) gegen einzelne Mitglieder von Knastgruppen ins Rollen gebracht werden, in einigen Fällen diese Mitglieder auch in Untersuchungshaft sitzen, wie z.B. drei Genossen der Lübecker Knastgruppe. Des weiteren nimmt die offene Behinderung der Knastarbeit immer drastischere Formen an. Eine Genossin berichtet z.B., daß man ihr vor dem Besuch eines politischen Gefangenen eine gynäkologische Untersuchung aufzwingen wollte. Die kollektive Betreuung einzelner Gefangener (abwechselndes Besuchen beispielsweise) wird mittlerweile genauso verboten wie die kollektive Verteidigung. Auch die Betreuung nichtpolitischer Gefangener durch linke Knastgruppen wird immer mehr erschwert (Büchersendungen werden aufgehalten, Briefe zensiert, Besuche verboten). Alle Anzeichen deuten auf ein „Dichtmachen" des gesamten Knastes hin, deuten ebenso darauf hin, Menschen, die es noch wagen, in die Knäste zu gehen und eine Betreuungsarbeit zu versuchen, als „Helfer und Mittäter" der betreuten Gefangenen abzustempeln und entsprechend zu „bestrafen".

Dagegen beschlossen wir, mehr in die Offensive zu gehen, d.h. Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit (Veranstaltungen usw.), Aufklärungsarbeit innerhalb der linken Bewegung, bessere Informationen der Knastgruppen untereinander. Als konkrete Projekte haben wir uns vorgenommen:

1. Alle Informationen über Schweinereien im Knast, Kriminalisierungsfälle von Knastgruppenmitgliedern, neue Formen der Knastarbeit werden untereinander ausgetauscht bzw. bei der roten Hilfe Westberlin, Mehringdamm 99, 1 Berlin 61, zentralisiert. Die Rote Hilfe gibt in Zusammenarbeit mit allen anderen Knastgruppen eine monatlich erscheinende Zeitung heraus, die auf der Basis des eingesandten Materials erstellt wird.

2. Das IKAH Hamburg schlug den Gruppen vor, ab Ende März zum Thema „Normalvollzug" (z.B. Ausbeutung, Knastmedizin, Repressionsmaßnahmen usw.) eine Veranstaltungreihe in verschiedenen Städten gemeinsam durchzuführen. Verschiedene Gruppen erklärten ihre Bereitschaft zur gemeinsamen Vorbereitung. Weitere Gruppen sind aufgefordert, sich an die IKAH zu wenden (c/o Theis, Methfesselstr. 41, 2 Hamburg 19).

Ein Streitpunkt zwischen den Knastgruppen war die Unterscheidung in „politische" und „normale" Gefangene. Die unterschiedlichen Meinungen waren:
— Lediglich die sogenannten politischen „Straftäter" — eingeschränkt durch die „antifa"-Vertreter auf die RAF-Gefangenen — sind politische Gefangene;
— auch die, die im Knast politischen Widerstand leisten, sind politische Gefangene, selbst wenn sie wegen eines kriminellen Delikts eingeknastet wurden;
— jeder, der im Knast sitzt, ist politischer Gefangener, da jedes kriminelle Delikt als Widerstand gegen das herrschende System begriffen werden müsse.

Wir selbst akzeptieren weder die Einschränkung auf die RAF-Gefangenen, noch den Standpunkt, **jeden** Kriminellen gleichermaßen als politischen Gefangenen zu betrachten. Allerdings sind wir der Meinung, und die teilten wir mit den unterschiedlichen Knastgruppen, daß in Zukunft die Gefangenenarbeit mehr und mehr auch auf den sogenannten „Normal"vollzug gerichtet werden muß. Denn das, was heute mit den politischen Gefangenen geschieht (Isolation, „Selbstmorde" usw.), wird mehr und mehr (in einzelnen Knästen ist es heute schon der Fall) Gefängnisalltag für jeden „normalen" Gefangenen.

Wir hoffen, daß die konkreten Arbeitsergebnisse (Veranstaltung, Zeitung) für die Zukunft eine bessere Grundlage zu einer gemeinsamen, koordinierten Arbeit vieler Knastgruppen in der BRD wird.

IKAH Hamburg



Berufsverbot gegen GEW-Kreisvorsitzenden

Nach monatelangen Einschüchterungen durch den Regierungspräsidenten (RP) in Darmstadt hat jetzt Dieter K. Berufsverbot erhalten. K. ist Vertrauenslehrer am Langener Dreieich-Gymnasium und erster Vorsitzender der GEW Langen/Egelsbach. K. hatte vor Monaten ein Mißbilligungsschreiben des RP erhalten, da er als Vorsitzender der GEW zusammen mit dem Kreisschülerrat zu einer gemeinsamen Demonstration und einem landesweiten Aktionstag am 8.3.77 aufgerufen hatte.

Im November 77 erhielt er infolge einer Denunziation eines Vaters (siehe REBELL 26) erneut einen Brief des RP, dem folgendes »zur Kenntnis gegeben worden« war: K. sei »Mitglied oder zumindest Anhänger des KBW«. Er würde »morgens vor Schulbeginn Flugblätter des KBW ... verteilen«. Er würde die »KVZ« verkaufen. Am 8.10.77 hätte er Schüler in seinem PKW zu einer Demonstration nach Bonn mitgenommen usw. Besonders bezeichnend ist der Vorwurf, daß K. *»sich in die Familienverhältnisse einer Schülerin massiv einzumischen«* versucht habe; die Schülerin war zuhause verprügelt worden. *»Daß Sie dazu nicht befugt sind, vermögen Sie offenbar nicht einzusehen«*!!

Die Einschüchterung eines weiteren fortschrittlichen Lehrers an der gleichen Schule steht dem Berufsverbot für K. in nichts nach. Lehrer W. hatte schon im Dezember einen Brief des RP erhalten, in dem ihm vorgeworfen wird, die DKP unterstützt zu haben. W. soll sich dazu äußern, wovon der Kultusminister die Entscheidung über seine Einstellung angeblich abhängig machen will.

Diese Maßnahmen müssen auch im Zusammenhang mit den breiten Schülerprotesten des vergangenen Jahres gesehen werden. So gab es allein am Dreieich-Gynasium im letzten Jahr zwei Streiks, die Schule wurde kurzfristig in »Rosa-Luxemburg-Schule« umbenannt und schließlich eine Veranstaltung mit Kultusminister Krollmann gesprengt.

KB/Sympathisantengruppe Langen

Kriegsdienstgegner nicht antikommunistisch genug

Das Verwaltungsgericht Ansbach (Bayern) verhängte ein Ausbildungs- und Berufsverbot gegen den DFG/VK Funktionär Heinrich Häberlein. Begründet wurde diese Maßnahme mit seiner pazifistischen Einstellung und seiner Mitgliedschaft in der Kriegsdienstgegner-Organisation, die Zweifel daran entstehen ließen, ob er „überzeugter Antikommunist" sei, was die Vorraussetzung für eine Übernahme in den Staatsdienst sei.

Häberlein schloß im Juli 1976 sein Studium mit dem ersten Lehrerexamen ab. Danach bewarb er sich für den Vorbereitungsdienst an Volksschulen. Seine Bewerbung wurde wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue abgelehnt, Gründe wurden nicht genannt. Diese erfuhr er erst im folgenden Anhörungsgespräch bei der Regierung von Mittelfranken. Dort stellte sich heraus, daß die »Zweifel« aus seiner Mitgliedschaft in der DFG/VK abgeleitet wurden. Im Anhörungsgespräch wurden ihm außerdem Besuche in der DDR angekreidet.

Häberlein wurde nicht eingestellt und klagte beim Verwaltungsgericht in Ansbach auf Übernahme in den Vorbereitungsdienst.

Im Januar dieses Jahres fällte das Gericht seine Entscheidung. Die Richter gründeten die Ablehnung seiner Klage auf *»nicht ausräumbare Zweifel über sein aktives Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung«*, da Häberlein *»gegenüber kommunistischen Zielsetzungen eine nicht genügend klare Abgrenzung«* vollzogen habe (»Nürnberger Nachrichte«, 21./22.1.78).

Es reicht also nicht mehr, die Verfassung zu befürworten, man muß dies aktiv unter Beweis stellen. Wie das geschehen soll, darüber entscheidet die Willkür der Herrschenden. So schreibt eine Lehrerin in einem Leserbrief an die Presse: *»Worin soll die Verfassungstreue eines Beamten eigentlich bestehen? Darin, daß er sich täglich, möglichst in jeder Unterrichtsstunde einmal, verbal zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt ...?"* (NN, 28./29.1.78).

Diese Frage läßt die Urteilsbegründung allerdings auch offen. In ihr wird nur die »fehlende Aktivität« bemängelt: *»Nicht nur aktiv betriebene Bestrebungen zur Stürzung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung schließen die Übernahme aus, sondern auch eine gleichgültige distanzierte Haltung. Eine solche glaubt die Kammer in den Ausführungen des Klägers zur sogenannten gewaltfreien Verteidigung zu erkennen. Die von Prof. Dr. Ebert in Zusammenhang der gewaltfreien Verteidigung erörterte Herstellung basisgerechter Strukturen vertritt auch der Kläger. Die von ihm dazugegebne Auslegung läßt erkennen, daß er offenbar Strukturen sieht, die der Verwirklichung der verfassungsmäßigen Ordnung entgegenstehen. Das bedeutet wohl, daß der Kläger die derzeitige Ausgestaltung der Verfassung noch nicht soweit gediehen sieht, daß er selbst jederzeit für die fdGo in ihrer jetzigen Prägung aktiv eintreten wird. Möglicherweise wäre er nur dann dazu bereit, wenn auch die von ihm beabsichtigten Änderungen Wirklichkeit geworden wären"* (Urteilsbegründung).

Mit so einer Begründung kann man jeden halbwegs kritischen Menschen aus dem öffentlichen Dienst entfernen.

Der zweite wesentliche Punkt, der zur Ablehnung der Klage geführt hat, ist die nicht genügend scharf vollzogene Abgrenzung gegenüber Kommunisten.

Da Häberlein der Grundordnung „gleichgültig gegenübersteht", kann er sie folglich auch nicht gegen die „Feinde" von links verteidigen.

Damit fehlt ihm die Grundvoraussetzung, um ein aufrechter Beamter zu werden. Laut Urteilsbegründung steht Häberlein wegen seiner BFG/VK-Mitgliedschaft *„unter dem Zwang einer geistigen Auseinandersetzung mit kommunistischen Zielsetzungen. Es sei nicht auszuschließen, daß er kommunistische Ziele nicht erkenne und daher nicht in der Lage sei, bei Gefahr aktiv für die Demokratie einzutreten. Wer Beamter werden wolle, müsse überzeugter Antikommunist sein"* (SZ, 26.1.).

Gegen dieses Urteil hat sich eine breite Empörung und Solidarität mit Heinrich Häberlein entwickelt.

Ein Überblick:

Der Bezirksverband Mittelfranken der GEW sieht durch das Urteil Duckmäuserei und Kriecherei auf das Berufsbeamtentum zukommen (Erlanger Tagblatt, 28./29.1.78). Der Unterbezirksvorstand der SPD Nürnberg äußerte in einer Presseerklärung größtes Unverständnis und ist der Meinung, daß die Tatbestände im Fall Häberlein nicht einmal ein Anhörungsverfahren gerechtfertigt hätten. Die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen" spricht von einem glatten Fehlurteil. *„Die Richter machten sich die Meinung des beklagten Staates zu eigen und sprechen der gegebenen Verfassungslage HOHN"* (NN, 25.1.78). SPD-Abgeordnete aus dem Rechtsausschuß im Bundestag bezeichnen das Urteil als *„skandalöse Fehlentscheidung, die rechtsgeschichtlich unmittelbar an den letzten deutschen Hexenprozeß des Jahres 1812 anschließt"* (ET, 27.1.).

Der Nürnberger Kreisjugendring reagierte mit „Bestürzung und Empörung" und verglich die Situation mit dem „Mc Carthyismus in den USA" (NN, 25.1.78).

Die FDP reagierte mit einer Anfrage an die Staatsregierung durch ihren Abgeordneten Hürner. Die Jungdemokraten erklärten sich solidarisch mit Häberlein.

Die DFU findet es unglaublich, daß Häberlein die von ihm im Anhörungsverfahren geäußerte Einstellung für friedliche Koexistenz der Systeme, für Entspannung undAbrüstung zum Vorwurf gemacht wird (NN, 25.1.78).

Die Naturfreundejugend fordert *„im Interesse der jungen Menschen und der Demokratie"* die Abschaffung des Radikalenerlasses (NN, 26.1.78).

Vertreter der ESG wollen sich bei Landesbischof Johannes Hanselmann für Häberlein einsetzen. Hanselmann hat schon einmal bei der Regierung Mittelfrankens wegen der Handhabung des Radikalenerlasses vorgesprochen (NN, 26.1.78).

Pierre Kaldor, Pariser Rechtsanwalt und Sprecher des französischen Komitees, daß es sich dabei nicht um antideutsche Aktionen handle. Es gehe viel mehr um Wachsamkeit. Berufsverbote könnten ansteckend sein (NN, 26.1.78).

Häberlein wird beim Verwaltungsgerichtshof in München Beschwerde einlegen. Die GEW hat ihm bereits Rechtsschutz zugesichert (NZ, 26.1.78).

DGB: Sympathie-Werbung

usw. Besonders bezeichnend ist der Vorwurf, daß K. »sich in die Familienverhältnisse einer Schülerin massiv KB/Sympathisantengruppe Langen

Landtagsdebatte über VS-Aktion

Mainz. Im AK120 berichteten wir von der VS-Überprüfung der 700Unterzeichner einer Unterschriftenliste für die Einstellung der Kunsterzieherin Uta B. in Speyer. Die Unterschriftenliste hatten auch einige SPD-Landtagsabgeordnete unterschrieben, obwohl Uta B. DKP-Mitgliedschaft vorgeworfen wird. Nachdem die Überprüfung aller Unterzeichner durch den Verfassungsschutz bekanntgeworden war, protestierten die SPD-Abgeordneten gegen diese Maßnahme, und am 26.1.78 wurde das Thema im rheinland-pfälzischen Landttag erörtert.

Während die CDU-Minister wie gehabt die Unterschriftenaktion als von Verfassungsfeinden angezettelt bezeichneten und das Gespenst der Volksfront von Sozialdemokraten und Kommunisten in den Raum stellten, standen die SPD'ler weiter zu ihren Unterschriften. Die SPD'ler machten jedoch gleichzeitig deutlich, daß sie sich mit ihrer Unterschrift nicht grundsätzlich gegen Berufsverbote wenden würden. SPD-Landtagsabgeordneter Jörg Heidelberger z.B. erklärte, er habe unterschrieben, weil er den Anspruch der Kunsterzieherin auf Beendigung ihrer Ausbildung habe verteidigen wollen. SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Karl Thorwirth distanzierte sich in der Debatte von seinem eigenen Parteigenossen Peter Büchner, der angesichts der VS-Aktion Parallelen zum Dritten Reich gezogen hatte. Dies werde von der SPD-Landtagsfraktion in dieser Schärfe nicht geteilt . . .

Während der Landtagsdebatte fand vor dem Gebäude eine Demonstration für die Einstellung von Uta B. statt. Die Demonstranten trugen rote Kapuzen, um nicht Opfer der nächsten Verfassungsschutzaktion zu werden.

Berufsverbote-Kommission

Versuchte Psychiatrisierung

Bamberg. Der Lehramtsanwärter Horst-Günther W. wurde durch das bayrische Kultusministerium aufgefordert, sich an der Universitätsnervenklinik Erlangen einer »auf stationärer Beobachtung beruhenden« nervenärztlichen Untersuchung zu unterziehen, da »aufgrund der ihm vorliegenden Erkenntnisse« Zweifel an seiner »gesundheitlichen Eignung für den Lehrberuf« bestünden. Bereits bei einem Vorgespräch im Ministerium am 10.10.77 wurde ihm zwar treuherzig versichert, daß »schwerwiegende politische Bedenken« (Originalton Ministerium) bestünden, die Regierung jedoch eine gesundheitliche Untersuchung anberaumen wolle. Zwar war W. bereits einige Male in Nervenkliniken in Behandlung (so z.B. als Austauschstudent in Nordirland), doch dient das offenkundig dem Staat nur als Vorwand, um einen langjährigen Antiimperialisten kaltzustellen: Seit 1968 war W. in verschiedenen Gruppen politisch aktiv (Antivietnamkriegsbewegung der US-Soldaten, Irland-Solidarität, »*liga*«). Mittels eines derartigen Manövers will der Staat dreierlei erreichen: In demoralisierender Weise die politische Identität der Betroffenen brechen (»armer Irrer«), die Freunde und Genossen mit einer derart »unpolitischen« Ablehnungsbegründung möglichst von der Solidarisierung abhalten und zugleich die Berufsperspektiven schlechthin mit einem staatlich verbrieften »Jagdschein« zunichte machen.

Gegen diesen Angriff des Staats wird sich eine breite Aktionseinheit bilden müssen, denn sonst wird über derartige Präzedenzfälle einem schleichenden Euthanasieprogramm Modell »1984« für unbequeme Linke der Türspalt aufgetan.

DGB: Sympathie-Werbung für den Verfassungsschutz

Um Journalisten zu zeigen, *»daß auch Beamte des Verfassungsschutzes Menschen sind — und nebenbei Mitglieder der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr«* lud Gerhard Schmidt vom DGB-Vorstand Journalisten und Verfassungsschutzschnüffler zu einem gemeinsamen Seminar ins Ahrtal ein. Ein Unterabteilungsleiter des VS, der seinen Namen nicht nennen wollte, Peter Frisch, Referent für Rechts- und Grundsatzfragen im VS-Amt für Niedersachsen und Friedrich Lehmann, Mitglied der Bremer Senatskommission für das Personalwesen konnten dort im Rahmen einer gemütlichen Weinprobe den Journalisten ihr Leid klagen:

»Die Verfassungsschützer fühlen sich verkannt und zu Unrecht angegriffen. Der Vorwurf der Gesinnungsschnüffelei trifft zumindest die sensibleren unter ihnen schwer.« Die armen Schnüffler fühlen sich mißverstanden. Einer jammerte sogar: *»Die Mitarbeiter resignieren und haben keinen Spaß mehr an der Arbeit.«*

Schluchz!! Kein Wunder, daß sich der DGB dieser „Kollegen" wärmstens annimmt ...



Von einer Gesinnungsschnüffelei und von Berufsverboten könne natürlich keine Rede sein. Schließlich sei der Radikalenerlaß zumindest in Niedersachsen und Bremen »abgelöst verfeinert (sieh an!) und liberalisiert« worden. Und außerdem: *»Die Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst belastet uns bei unserer eigentlichen Aufgabe!«* Deshalb sei es auch unerhört, daß ein Schriftsteller (vermutlich ein Sympathisant) die Anhörungen gar als „Verhöre" gekennzeichnet habe.

Natürlich stimmt auch der Vorwurf nicht, hunderttausende Bürger seien vom VS überprüft worden: *»In Wahrheit sehe es doch so aus: Wenn die Einstellungsbehörden sich entschlossen hätten, einen Bewerber für den gehobenen oder höheren Dienst oder für bestimmte Berufsgruppen einzustellen, dann fragten sie beim Verfassungsschutz an, ob über ihn „Erkenntnisse" vorlägen . . .«*

Alles was der VS dann täte, sei, die Namen der Betreffenden in den Computer zu geben, der die Daten dann halt ausspuckt — System NADIS („Nachrichtendienstliches Informationssystem"). Also eine ganz harmlose Sache. Im Übrigen können wir ja froh sein. In VS-Berichten stünden z.B. durchaus solche Sachen drin wie: »rauschgiftsüchtig, geht fremd (!), ist homosexuell (!!)«. Aber sowas gibt der VS netterweise gar nicht an die Einstellungsbehörden weiter, denn die »Erkenntnisse« sollen ja »gerichtsverwertbar« sein, und außerdem wolle man nicht durch zuviele Informationen die eigenen V-Leute gefährden. Fairplay — nicht war?! (nach „FR", 31.1.)

Und dieser ganze Schweinkram soll der westdeutschen Bevölkerung nach dem Willen der DGB-Führung als »menschlich« und offenbar völlig »normal« verkauft werden. Eine perfidere Verhöhnung der Berufsverbotsopfer läßt sich kaum noch vorstellen.

Man darf darauf gespannt sein, wie die DKP auf diese Politik des heiß umworbenen Bündnispartners DGB-(-Führung) reagiert. Vermutlich gar nicht, sondern elegantes Darüberhinwegschweigen. Allen ehrlichen Berufsverbotsgegnern auch in der DKP sollten jedoch die Augen aufgehen. Die DGB-Führung ist gewiß kein Bündnispartner im Kampf gegen die Berufsverbote.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MELDUNGEN

Westberlin. *„Ein geordneter Schulbetrieb erfordert einseitige politische Beeinflussungen der Schüler gleich welcher Art zu verhindern."* Das hat das Oberverwaltungsgericht festgestellt. Dabei falle besonders ins Gewicht, daß Jugendliche leicht einseitiger politischer Beeinflussung zugänglich seien. Mit diesem Beschluß unterlag eine Lehrerin, die sich gegen die sofortige Vollziehung eines Bescheids des Bezirksamts Neukölln wandte, das ihr die Amtsführung verboten und Hausverbot erteilt hatte. Die Lehrerin hatte ein Buch mit dem Titel „Freiheit für Zimbabwe" gelesen und besprochen, das nicht für den Unterrricht zugelassen ist. Ferner hatte die Lehrerin eine von ihr mitverfaßte Broschüre „Unterstützung – oder Unterdrückung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe" verteilt („Tsp", 21.1.78).

***

Westberlin. Mehr als 1 1/2 Jahre wartete H.P. auf seine Einstellung als wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der FU. Die Begründung seiner Ablehnung durch die Personalkommission der FU stützte sich auf Erkenntnisse des Verfassungsschutzes hinsichtlich der Kandidatur zu den Fachbereichswahlen 1970/72 für die ADS und einen Artikel für die „Wahrheit" (SEW). Das Landesarbeitsgericht korrigierte jetzt das Urteil des Arbeitsgerichts vom April 77, wonach die FU H.P. deshalb nicht einzustellen bräuchte, weil H.P. auf die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit keine Antwort gegeben hatte („Tsp", 15.1./ „DW"7.1.)

***

Westberlin. Das Schöneberger Rechtsamt „prüft" die Möglichkeit von Straf- und Disziplinar-Maßnamen gegen eine Lehrerin die den „Buback-Nachruf" als Arbeitsmaterial an die Schüler verteilt hatte („Welt", 23.12.77).

***

Westberlin/Fulda. Der Charlottenburger CDU-Volksbildungsstadtrat Röseler sah sein gegen den Schriftsteller und Rechtsanwalt Peter O. Chotjewitz verhängtes Leseverbot in öffentlichen Gebäuden bestätigt. Gegen Chotjewitz hat die Staatsanwaltschaft Fulda Anklage erhoben. Ihm wird vorgeworfen, durch Verbreiten von Schriften zum bewaffneten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und zur Bildung krimineller Vereinigungen aufgefordert zu haben. Chotjewitz hatte nach eigenen Angaben im April 77 die Hungerstreikerklärung von Gudrun krimineller Vereinigungen aufgefordert zu haben. Chotjewitz hatte nach eigenen Angaben im April 77 die Hungerstreikerklärung von Gudrun Ensslin an etwa 30-40 Schriftsteller versandt. Darin stand auch *„Den Widerstand bewaffnen, die Illegalität organisieren, den antiimperialistischen Kampf offensiv führen".* Außerdem gehöre er, so die Anklageschrift, dem Beirat eines „Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener" an. Als Baader 1970 in Westberlin festgenommen worden sei, habe er einen Personalausweis sowie einen Führerschein auf den Namen des Schriftstellers besessen. („Tsp", 6.1./ „DW", 7.1.78)

***

Westberlin. Die Landeskommission des Senats gab die stolze Bilanz bekannt, im letzten Jahr 34 Berufsverbote bei insgesamt 168 Überprüfungs-Fällen verhängt zu haben („FR", 2.2.78).

***

Bremen. Im Gegensatz dazu hat sich der Bremer Senat inzwischen dem 2.Urteil des Bremer Landesarbeitsgerichts gebeugt, den seit sechs (!) Jahren mit Berufsverbot belegten Sonderschullehrer Horst Griese als Angestellten in den Schuldienst zu übernehmen. Der Bremer Senat verzichtet damit auf eine erneute Revision vor dem Bundesarbeitsgericht. Griese war einer der ersten und bekanntesten Berufsverbote-Fälle. Man wird abwarten müssen, was sich die Berufsverbieter nun einfallen lassen, um seiner dennoch „habhaft" zu werden.

***

Köln. Daß selbst positive Urteile einem vom Berufsverbot Betroffenen nicht viel nützen, macht das Beispiel der Kölner Lehrerin Beate B. deutlich. Nach Abschluß ihrer Realschullehrerausbildung im Januar 76 wurde sie zweimal zu Anhörungen geladen, bei denen man ihr vorhielt, sie habe einmal bei der technischen Erstellung einer MSB-Zeitung mitgewirkt. Bei einem dritten Anhörungstermin wurde ihr vorgehalten, sie sei bei einem Informationsstand des Kölner Komitees gegen Berufsverbote gesehen worden. Obwohl ihr zum 1.Februar 76 bereits eine Stelle zugewiesen worden war, konnte sie diese nicht antreten, sondern erhielt 7 Monate später (!) ihren schriftlichen Ablehnungsbescheid. Dieser wurde im Mai 77 vom Verwaltungsgericht als rechtswidrig bezeichnet und aufgehoben. Gegen dieses Urteil legte das Land Berufung ein. Am 22.November verurteilte das Kölner Arbeitsgericht das Land NRW dazu, Beate B. als angestellte Lehrerin zu beschäftigen.

Auf dieses Urteil und auch auf eine einstweilige Verfügung auf Einstellung, die von Beates Anwalt beim Kölner Arbeitsgericht erwirkt wurde, erfolgte keine Reaktion der Landesregierung (bekanntlich SPD/FDP). Bislang also 3 (!) positive Urteile, aber keine Einstellung.

***

Die **Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands** (GDED) teilte mit, daß ihr zur Zeit 17 Fälle bekannt seien, in denen organisierte Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP aus dem Dienst der Bundesbahn entlassen werden sollen.

***

München: Wegen Kandidatur für den MSB Spartakus und Mitgliedschaft in der DKP wurde der Sozialarbeiterin Luise P. die Einstellung beim Stadtjugendamt München verwehrt. Bestürzt über die Berufsverbotepraxis der SPD-geführten Behörde wandte sich der Münchner SPD-Abgeordnete J. Schmolke mit einem Schreiben an das Personalreferat in München in dem es u.a. heißt: *„Ich kann und will nicht glauben, daß die Landeshauptstadt München dazu übergeht, eine gleiche Praxis wie die CSU-geführte Staatsregierung zu üben"*(„tat",3/78).

***

Konstanz. Ein teilweise positives Urteil fällte das Arbeitsgericht Radolfzell in der Sache des Diplom-Psychologen Dieter B., der von der Filbinger-Regierung wegen Mitgliedschaft in der DKP vorzeitig aus seinem Forschungsauftrag an der Uni Konstanz entlassen werden sollte. Das Gericht verpflichtete die Regierung B., bis zum 31.12.78 weiter zu beschäftigen. Was danach kommt, steht allerdings in den Sternen. Im übrigen wurde Berufung gegen dieses Urteil zugelassen. Die Auseinandersetzung wird also vermutlich weitergehen.

***

Mannheim. Der für seine Rechts(außen)sprechung berüchtigte Baden-württembergische Verwaltungsge-

Mannheim. Der für seine Rechts(außen)sprechung berüchtigte Baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof hat mit einem weiteren Urteil seine Praxis untermauert, entgegen dem BVG-Spruch von 1975 bereits im Vorbereitungsdienst Berufsverbote zu verhängen. Motto: Das Interesse des Staates an Berufsverboten wiegt schwerer als das Interesse des Betroffenen seine Ausbildung zu beeenden – Allgemeinwohl geht vor! Diesmal betroffen war ein Studienreferendar, dem die Verteilung eines KBW-Flugblattes zum Ableben Bubacks zur Last gelegt wurde. Damit sei *„der Mord an Buback 'sinngemäß gebilligt' worden"* und natürlich der *„Schulfrieden gestört"* worden (zitiert nach „FAZ", 1.2.78 – die „FAZ" verfolgt mit wachsender Begeisterung, wie dieser ihr Leib- und Magen-Gerichtshof in Mannheim es immer wieder versteht, vollendete Tatsachen zur weiteren Aushöhlung des BVG-Urteils zu schaffen).

***

Mannheim: Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim wies die Berufung des Lehrers Albert Sch. gegen das gegen ihn erteilte Ausbildungsverbot zurück. Dieser war nach dem 1. Staatsexamen nicht in den Vorbereitungsdienst als Lehrer übernommen worden.

Im ersten Verfahren hatte das Verwaltungsgericht Stuttgart das Berufsverbot mit Sch's angeblich *„kühler, innerlich distanzierter 'Haltung"* zum Staat begründet. Beweis: Sch. war als Student Mitglied des MSB Spartakus. Dieser Argumentation folgte auch das Mannheimer Gericht: bei einem künftigen Lehrer müsse schon im Vorbereitungsdienst die Forderung nach uneingeschränkter Verfassungstreue erhoben werden, weil er als Lehramtsanwärter selbst Unterricht erteile.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die im BVG-Urteil von 1975 getroffene Regelung, nach der der Zugang zur 2. Ausbildungsphase (für Lehrer und Juristen im Staatsdienst) nicht beschränkt werden darf, in der gerichtlichen Praxis unter den Tisch gefegt wird.

Aktionen zum 6. Jahrestages des Radikalenerlasses



Frankfurt. Ca. 6.000 Menschen demonstrierten am 28.1. in Frankfurt gegen die Berufsverbote. Aufgerufen hatte die Initiative „Weg mit den Berufsverboten". Auf der Kundgebung sprach u.a. der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz, der zur Zeit selber Opfer einer massiven Verleumdungskampagne im Rahmen der staatlich geschürten Sympathisanten-Hysterie ist.

Außerdem wurde eine Rede des niederländischen PvdA-Senators Han Wielek verlesen, der selber nicht an der Kundgebung teilnehmen konnte.

Hamburg. Am 2.2. demonstrierten in Hamburg ca. 3.000 bis 4.000 Menschen. Aufgerufen hatte auch hier die Initiative „Weg mit ...". Unterstützt wurde diese Demo u.a. durch den Hamburger Landesverband der GEW, was von Frister als ein Verstoß gegen geltende DGB-Beschlüsse eingestuft wurde (s. Artikel in diesem AK/GEW-Teil).

Bemerkenswert an der Abschlußkundgebung war vor allem die Rede des Vertreters der PvdA aus Holland, Kerkhoff, der sich entschieden für eine ungehinderte Durchführung des Russell-Tribunals stark machte und erklärte, daß seine Partei das Tribunal unterstütze.

Dies ist gerade deshalb eine schallende Ohrfeige für die DKP-orientierte Initiative, als diese unmittelbar in diesen Tagen die endgültige Entscheidung traf, ihren Konfrontations- und Diffamierungskurs gegen das Russell-Tribunal fortzusetzen (siehe Artikel in diesem AK/Russell-Teil).

Angesichts der internationalen Beteiligung an der Kundgebung (u.a. sprachen noch ein dänischer und ein französischer Vertreter) hielten sie es aber nicht für angebracht, gegen ein in der Demonstration mitgeführtes Transparent anzugehen, auf dem ebenfalls die ungehinderte Durchführung des Russell-Tribunals gefordert wurde.

ebenfalls die ungehinderte Durchführung des Russell-Tribunals gefordert wurde.

Düsseldorf. Die Haltung der DKP zum Russell-Tribunal wurde noch einmal sehr deutlich auf einer Berufsverboteveranstaltung in Düsseldorf, auf der u.a. Silvia Gingold sprach. In einem Bericht der „DVZ" vom 26.1.78 heißt es: *„Die Berufsverboteopfer lehnten den Vorschlag maoistischer Vertreter ab, den Verfassungsbruch der Berufsverbote auf einem Russell-Tribunal mit anti-gewerkschaftlicher und anti-sozialistischer (!) Stoßrichtung zu behandeln"*!!!
Muß das schön sein, im Abseits zu stehen . . .

Hamburg. Zum 6. Jahrestag des Radikalenerlasses führte die „Initiative Hamburger Hochschullehrer gegen Berufsverbote" am 26.Januar eine Veranstaltung zur Geschichte der Radikalenverfolgung durch. Im ersten Beitrag von Prof. Schminck-Gustavus (Bremen) wurden historische Parallelen deutlich gemacht: Zum Beispiel, daß in der Weimarer Republik zunächst eine ganz „pluralistisch" klingende Bestimmung über den Zugang zum öffentlichen Dienst erlassen worden war, wonach Rechts- wie Linksradikale ausgeschlossen sein sollten. Jedoch schon wenige Tage später sei die NSDAP in entsprechenden Ausführungsbestimmungen ausdrücklich ausgenommen worden. –
Danach befaßte sich der Schriftsteller Gerd Fuchs („Berlinger") vor allem mit dem Zusammenhang von Berufsverboten und anderen Maßnahmen, z.B. dem Gewaltparagraphen 88a, den Zensur- und Selbstzensurerscheinungen. Außerdem wurde der Berufsverbote„fall" von Hans-Werner S. dargestellt. Helga E., die wegen des Backens von Keksen in Form revolutionärer Symbole in der Hamburger Universitätsverwaltung ihre Stelle einer studentischen Hilfskraft verloren hatte (vgl. „links" Nr.95), bot eben solche, übrigens bildschöne Kekse feil, die reißenden Absatz fanden.

Die Veranstaltung war nicht nur sehr lebendig und mit ca. 400 Anwesenden gut besucht (und zwar auch von Seiten des Lehrkörpers und von Lehrern), sondern sie machte auch deutlich, daß die veranstaltende Initiative gegen Berufsverbote ohne Abgrenzungsbeschlüsse und Berührungsängste die Betroffenen der verschiedenen linken Strömungen zu unterstützen versucht.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg



DKP verläßt Berufsverbotekomitee

Freiburg. Nach monatelangen Auseinandersetzungen im Freiburger Berufsverbote-Komitee sah die DKP (bzw. der ganze „stamokap"-Flügel), um ihre Parteiladenpolitik weiter betreiben zu können, keine andere Möglichkeit mehr, als das Komitee, das sie traditionell fest in ihrer Hand gehabt hatte, sang- und klanglos (zwecks eigener Neugründung) zu verlassen. Dies ist das ebenso schlichte wie peinliche Eingeständnis, keine Mehrheit mehr für die eigene Sektiererpolitik zu bekommen.

In der Bürgerinitiative hatten neben der DKP, die Jusos („stamokap"-Flügel), Judos, GIM, VVN, einige Gewerkschafter sowie Unorganisierte mitgearbeitet. Die Auseinandersetzungen hatten sich entzündet anläßlich eines Flugblatts der GIM, in dem diese einmal den Mut gefunden hatte, sich kritisch mit den Praktiken der DKP auseinanderzusetzen. Ebenso hatten die Jungdemokraten das Verhalten der DKP anläßlich der Ausbürgerung Biermanns durch die DDR-Regierung angegriffen. Als die DKP'ler dies zum Anlaß nahmen, zwei GIM-Genossen massiv mit Ausschlußdrohungen zu belegen, stießen sie auf harten Widerstand vor allem von Seiten der Unorganisierten. Die DKP und Anhang reagierten wie üblich : Nichteinladung „ausgewählter" BI-Mitglieder zu Vorstandssitzungen (Revi-Originalton: „Dich will ich nicht in meinem Hause sehen"), Vorlage eines Statuts mit Ausschlußbestimmungen, Abwürgen von Diskussionen durch Geschäftsordnungstricks.

Aber sie hatten sich getäuscht und mußten ihre Felle davonschwimmen sehen: Die Organisation in der BI wurde endgültig von Unorganisierten übernommen. Nachdem die DKP bereits öffentlich angekündigt hatte, daß „nicht jeder" (sprich: die Vertreter der Mehrheit!) die Kontaktadressen in die Hand bekäme, glänzte der „stamokap"-Flügel auf der letzten Sitzung der BI durch Abwesenheit und ließ verlauten, jetzt eine neue Organisation gegen Berufsverbote aufbauen zu wollen. Mit dem Verschwinden dieser Herrschaften verschwanden auch alle Unterlagen, die für die Weiterarbeit der BI von Bedeutung sind (z.B. Adressenkartei). Was für ein Zufall aber auch!

Die immerhin ca. 40 verbliebenen Anwesenden waren reichlich empört und diskutierten daraufhin das weitere Verhalten gegenüber den „Stamokaps". Bezeichnenderweise war es natürlich die GIM, die sich unter Aufbietung all ihres trotzkistischen Charmes wärmstens dafür einsetzte, alles nur erdenkliche zu unternehmen, um die geliebten Bündnispartner wieder auf den Pfad der Tugend zu bringen und in die BI zurückzuholen.

Militarismus Antimilitarismus



Atomwaffen in Langen? - Niemand weiß was!

Im Wald zwischen Langen und Mörfelden befindet sich ein Munitionsdepot der US-Armee. Dieses Depot hatte schon vor Jahren Aufsehen erregt, als sich am 17.8.73 folgender Vorfall ereignete:

Auf dem Gelände des Munitionsdepots überschlug sich ein Jeep, wobei zwei Personen verletzt wurden. Die daraufhin eintreffende Polizei und ein Krankenwagen wurden durch US-Soldaten mit vorgehaltenen Waffen am Betreten des Geländes gehindert. Jetzt wurde von der Langener BI öffentlich gemacht, daß dort mit großer Wahrscheinlichkeit atomare Sprengsätze gelagert werden. Ein offener Brief an die Fraktion des Stadtparlaments und den Magistrat der Stadt fanden eine breite Resonanz in der lokalen Presse. Die Reaktion von seiten der Politiker, des bundesdeutschen sowie des amerikanischen Militärs war geradezu lächerlich. Die Bürgermeister der Stadt Langen und Egelsbach erklärten, daß sie zum erstenmal davon etwas hörten und definitiv keine Ahnung darüber hätten, was im Depot gelagert wird („Dreieich-Spiegel", 17.1.78).

Das US-Militär ließ verlauten, daß auf Anweisung der Heidelberger Zentrale der US-Streitkräfte in Europa keine Auskunft darüber gegeben werden darf, was die US-Armee in ihrem Depot im Egelsbacher Wald lagere („Offenbach-Post", 18.1.78). Interessant war auch die Antwort des Verteidigungsministeriums auf die Frage der „Frankfurter Rundschau", ob überhaupt die lokalen Behörden darüber informiert werden, wo Atomwaffen in der BRD gelagert werden. Oberstleutnant Löhr erklärte, daß *„bei der beabsichtigten Errichtung eines Depots für Atommunition lediglich die Bundesregierung von den Amerikanern informiert und konsultiert* (*wird*)" („FR", 17.1.78).

Einige Zeit nach der Veröffentlichung der BI gaben dann einige Beamte der Stadtverwaltung und Abgeordnete des Stadtparlaments zu verstehen, daß die Behauptung der BI *„nicht aus der Luft gegriffen"* sei und *„einiges für sich hat"*.

Keine Atom-, Neutronen-oder sonstwelche Bomben in Langen und auch nicht anderswo!

KB-Sympathisantengruppe Langen

„Innere Sicherheit" konkret

Am Donnerstag, (26.1.78) probte die 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 22 in Braunschweig den Bürgerkrieg. Benutzt wurde das zum Abriß freigegebene Gelände des alten Schlachthofes, das durch „Fachkräfte" zu einer „Verteidigungsstellung" ausgebaut worden war: Schießscharten wurden in Wände gebrochen, Türen verrammelt, Treppenhäuser vermint und Leitersysteme in den Gebäuden angelegt (alle Informationen aus „Braunschweiger Zeitung" vom 27.1.78). Was verminte Treppenhäuser mit der Verteidigung eben dieser Treppenhäuser zu tun haben, wird in diesem Zusammenhang nicht ganz deutlich. Es drängt sich doch eher der Gedanke auf, daß hier versucht worden ist, ein besetztes Fabrikgelände so richtig „fachmännisch" einzunehmen. Unterstützt wird diese Vermutung noch dadurch, daß der Schützenpanzer „Marder" Mauern der Fabrikgebäude eindrückte und daß Handgranaten in Fenster und Dachluken geworfen wurden!

Geschossen wurde übrigens mit halbscharfer Plastikmunition, die zwar starkes Blech durchschlägt, aber nicht von den Wänden abprallt. Interessant sind auch die Schießübungen, die während des Manövers durchgeführt wurden. Dazu schreibt die „BZ": *„Zwei Schießbahnen — eine in der Werkshalle und eine, die ‚Geisterbahn' im Keller — waren mit beweglichen Scheiben ausgestattet worden, die sekundenschnell auftauchten und schnelles Schießen notwendig machten."* Es ist unschwer zu erraten, was bzw. wer auf diesen beweglichen Scheiben abgebildet war.

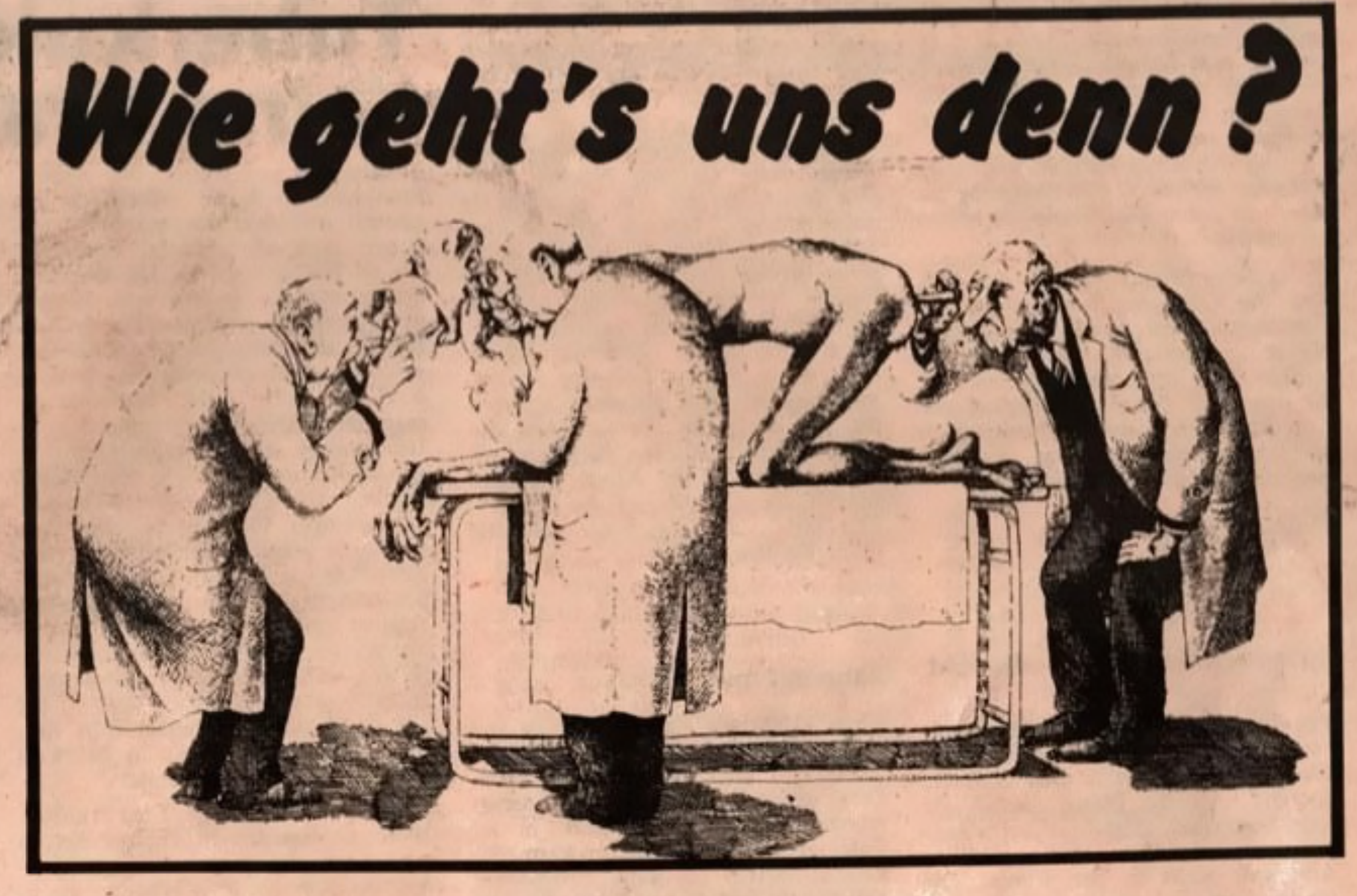
KB/Braunschweig



'Mit Enterhaken wird das „besetzte Haus" gestürmt.



Sogar schwere Waffen, wie hier der Schützenpanzer „Marder", wurden zur Erstürmung eingesetzt.



Nach Enthüllungen über Arzneimitteltests - jetzt kommt der Vertuschungsausschuß

Der Staub, den die Enthüllungen der Bremer Krankenhaus-Initiative (BKI) über Arzneimittelversuche in der Hansestadt aufgewirbelt hat, wird jetzt von den Verantwortlichen munter unter den Teppich gekehrt. Der „Weserkurier" berichtete am 25.1. 78 zuversichtlich:

»Eine Beruhigung für Bremer Patienten und ihre Angehörigen: In den kommunalen Krankenhäusern der Hansestadt kann künftig kein Medikament erprobt werden, ohne daß ein Gremium von Fachleuten davon Kenntnis erhält.« Diese neu gegründete Arzneimittelkommission, die sich aus vier leitenden Ärzten der Zentralkrankenhäuser sowie dem Leiter der Zentralapotheke zusammensetzt, soll nach den salbungsvollen Worten des Bremer Gesundheitssenators Brückner die *»Sicherheit und Effizienz in der Verschreibungspraxis unserer Krankenhausärzte ... durch die fachkundigen Empfehlungen, den Rat und die Unterstützung der Arzneimittelkommission weiter verbessern.«*

»Zusätzliche Sicherheit für den Patienten bietet schließlich auch die Bestimmung, daß jede klinische Erprobung von Arzneimitteln hier gemeldet werden muß. Die heftige Diskussion, die kürzlich in der Hansestadt auf Grund einer Dokumentation der ‚Bremer Krankenhausinitiative' über diese Probleme geführt wurde, mag für diese Regelung der Anstoß sein«(ebenda).

Diese forschen Behauptungen über die Gewährleistung von Arzneimittelsicherheit durch die Kommission sollen nur dazu dienen, die Beunruhigung der Bremer Bevölkerung zu besänftigen. Denn, was die BKI in ihrer Broschüre »Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern« (wir berichteten darüber in AK Nr. 115, S.11) zur Beseitigung des Mißbrauchs von Arzneimitteltests forderte, wird nicht erfüllt: Nämlich die Genehmigungspflicht nach mehreren schwerpunktartig aufgezählten Kriterien durch ein kontrolliertes Gremium, das sich demokratisch aus Vertretern folgender Gruppen zusammensetzt: Patienten, Pflegepersonal, Krankenkassen, Pharmakologen und Ärzten.

Daß jetzt vier leitende Ärzte und der Chef der Zentralapotheke diese Funktion übernehmen sollen, ist eine Farce, da ja auch vorher in den Kliniken Tests unter der medizinischen Aufsicht der Chefs gelaufen sind! Bleibt also alles beim Alten?

Dazu noch einmal der »Weserkurier« vom 25.1.: *»Die Gründung der Arzneimittelkommission allerdings, so unterstreicht man in der Gesundheitsbehörde mit Nachdruck, ist keine Reaktion auf diese Dokumentation* (der BKI, Anm. AK), *in der massive Vorwürfe gegen Bremer Klinikärzte erhoben wurden. Zur Klärung der Sachlage hat der Gesundheitssenator nach Bekanntwerden eine Untersuchung eingeleitet, die kurz vor dem Abschluß steht. Zur Zeit werden die Antworten aller befragten Klinikchefs ausgewertet. Die Ergebnisse sollen noch im Februar der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.«*

Waren noch im Oktober nach einer gutbesuchten Veranstaltung der BKI sofort massive Geschütze gegen sie aufgefahren worden (Androhung von Strafverfahren und Verleumdungsklagen!), so fällt die neuerliche Stellungnahme diesmal vergleichsweise milde aus. Anzunehmen ist, daß in der erwähnten Befragungsaktion doch einiges an belastendem Material für die Kliniken herausgekommen ist, und mit einer Offensivstrategie gegen die BKI ein Bumerang ausgelöst werden könnte. Das heißt nun nicht, daß jetzt nur die »Sachlage« geprüft würde; noch vor Abschluß der Erhebung an den Kliniken tauchte Anfang Januar ein Rundschreiben des Senats zur Verschwiegenheitspflicht von Beamten, Angestellten und Mitgliedern der Personalräte mit folgendem Inhalt auf:*»In der letzten Zeit mußte ich mehrfach davon Kenntnis nehmen, daß Bedienstete meines Geschäftsbereiches andere Personen außerhalb des Geschäftsbereichs mündlich oder schriftlich über Angelegenheiten informiert haben, die ihnen in ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt geworden sind. Aus diesem Anlaß möchte ich ohne in irgendeiner Form die grundgesetzlich geschützte Meinungsfreiheit einschränken zu wollen — noch einmal auf die einschlägigen Bestimmungen hinweisen.«* Es folgt ein Hinweis auf die Amtsverschwiegenheitspflicht der Beamten, die auch Angestellten im öffentlichen Dienst und Mitgliedern der Personalräte auferlegt sei.

»Um eine gedeihliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit unter Einhaltung der genannten Vorschriften zu sichern, bitte ich also darum, in Zukunft davon abzusehen, amtliche Vorgänge an Personen und oder Institutionen außerhalb der Verwaltung ... zu übermitteln. Ich bitte ferner darum, den Inhalt des Schreibens allen Bediensteten in geeigneter Weise bekanntzugeben.«

Kann man nicht ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit inhaltlich gegen die Initiative vorgehen, versucht man es hintenherum auf dem Disziplinarwege! Die Taktik ist offensichtlich: Nach außen bewußte Irreführung durch angebliches Angehen von Mißständen, nach innen Maulkorberlaß, um das Öffentlichmachen von weiterbestehenden oder neu auftretenden Mißständen zu verhindern. Nicht: Beseitigung der kritisierten Zustände, sondern Mundtotmachen der Kritiker!

Natürlich waren und sind die BKI-Mitglieder auch von Seiten der Ärzteschaft Repressionen ausgesetzt: Verschlechterung des Arbeitsklimas, Schwierigkeiten bei Einstellungen, offene Aggressionen der Vorgesetzten gegen die »Nestbeschmutzer«.

Ein besonders »differenzierter« Beitrag der offiziellen Standesvertreter der Ärzte erschien im »Bremer Ärzteblatt« 11/77: Ihr »Informant«, D., *»berichtete schließlich ausführlich über einen Referentenabend im Konsul-Hackfeld-Haus, in dem ein Aktionskomitee gegen die ‚Arzneimittelversuche an Bremer Krankenhäusern' Stellung nehmen wollte. Seiner Beobachtung nach seien unter 500 Teilnehmern etwa 20 mit Krawatten gewesen. D. hatte den Schneid, die Versammlung zu fragen, wie man sich denn klinische Forschung ohne letzliche Erprobung am Menschen vorstelle und worin die Schädigung der Menschen im konkreten Falle bestanden habe* (wie schmissig! — Anm. AK). *Die erste Frage wurde überhaupt nicht beantwortet, die zweite dadurch, daß man die Blutentnahmen als Schädigungsmöglichkeit bezeichnete. Den Ärzten wurde Bestechung durch die pharmazeutische Industrie vorgeworfen. ..«*

Darüber könnte man nur lachen, wenn nicht dahinter eine Zwangskörperschaft stünde — nämlich die Ärztekammer — die selbst Berufsverbote verhängen kann!

Werden die Arzneimitteltests also noch munter weitergeführt?

Gesundheitsgruppe
KB/Gruppe Bremen

»Kunstfehler«

Patienten fordern „Waffengleichheit"

Am 21.1. tagte in Marburg ein Patientenkongreß, der vom „Allgemeinen Patientenschutzbund" (APS) einberufen wurde. Entscheidende Forderung war, daß bei gerichtlichen Auseinandersetzungen über ärztliche „Kunstfehler" der APS endlich als Gutachter zugelassen wird. Dazu sei die Anerkennung des APS als Körperschaft des öffentlichen Rechts notwendig, die bisher verweigert wurde. Dieses sei eine „Waffenungleichheit" mit den ärztlichen Standesorganisationen. Im Rahmen dieses Kongresses fand eine Podiumsdiskussion statt, zu der uns folgender Leserbrief erreichte:

Im Rahmen eines Kongresses des „Allgemeinen Patientenschutzbundes" (APS) am 21./22.1.78 in Marburg führte die Fachschaft Medizin eine Podiumsdiskussion durch.

Der APS hat in der BRD ca. 300 Mitglieder (Ärtze, Juristen, betroffene Patienten...) und versucht Patienten bei Auseinandersetzungen um „Kunstfehler" vor allem juristisch zu unterstützen. An der Podiumsdiskussion, zu der ca. 100 Interessierte, darunter etliche „normale Bürger", kamen (21.1.), beteiligten sich Ärzte, Juristen und betroffene Patienten sowie ein Fachschaftssprecher. Als Ergebnis kann genannt werden, daß es nach wie vor fast unmöglich ist, der Ärztemafia bei Kunstfehlern beizukommen. Auch bei offensichtlichen Fehlern: So läuft z.B. in Marburg ein Verfahren gegen den Chirurgen Prf. Maroske, der ein Kind, das mit deutlichen Zeichen einer akuten Blinddarmentzündung von einem Arzt in die Uni-Klinik eingewiesen worden war, mit einem Abführmittel wieder nach Hause schickte. Das Kind starb dann an den Folgen der Entzündung.

Solchen Ärzten ist deshalb schwer beizukommen,

- *weil sie oft durch die örtliche Justiz gedeckt werden, ähnlich wie die Todesschüsse der Polizei;*
- *weil Gutachter in der BRD schwer zu finden sind (eine Krähe hackt der*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 37

anderen kein Auge aus);

- *weil vom Gericht bestellte Gutachter meist sogenannte „Gefälligkeitsgutachten" erstellen und die angezeigten Ärzte entlasten;*
- *weil die Ärzte-Versicherungen die Prozesse oft durch alle Instanzen ziehen, was Jahre dauert und ungeheuer zermürbt.*

Trotz dieser Situation glaubt der APS, daß die Chancen, eine gerichtliche Entscheidung zugunsten der Geschädigten zu erreichen, in den letzten Jahren etwas günstiger geworden sind. Er empfiehlt daher den Opfern von „Kunstfehlern", entsprechende Ärzte vor Strafanzeigen nicht zu bewahren und sie vor den Kadi zu bringen.

Ein AK-Leser aus Marburg

• • •

Arzt nach 5 Jahren vor Gericht

Vor fünf Jahren, am 1.4.73, wurde der 13jährige Andreas in der Silbersee-Klinik Hannover an den Mandeln operiert. Als die Eltern abends ihr Kind besuchten, zeigte das Fieberthermometer auf 41° — der zuständige Arzt war nicht in der Klinik. Die Nachtschwester wurde deshalb von den Eltern dringend aufgefordert, ihn zu rufen; Dr. A. aber beruhigte die Eltern, es sei „alles in Ordnung" („Neue Hannoversche Presse", 24.1.78) und wies die Nachtschwester an, die Eltern nach Hause zu schikken. Die Mutter aber bleibt und erlebt den Todeskampf ihres Sohnes. Endlich auf Drängen eines Kollegen erscheint Dr. A. in der Klinik — es ist zu spät, Andreas ist tot.

Ein vom Staatsanwalt beauftragter Gutachter verneinte zunächst einen „Kunstfehler". *Der Vater aber gab sich damit nicht zufrieden und wandte sich an Prof. Hackethal, der nach „grober Übersicht der Fakten"* (ebd.) *das Gegenteil feststellte.*

Nur so war es überhaupt möglich, nach fünf Jahren einen Prozeß auf die Beine zu stellen. Per Zeitungsannonce hatte der Vater die Öffentlichkeit zu diesem Termin mobilisiert und der Gerichtssaal war voll. Auf das Urteil waren wir sehr gespannt. „Im Namen des Volkes" wurde am 26.1.78 der wegen fahrlässiger Tötung angeklagte Arzt f r e i g e s p r o c h e n!

„Das Schöffengericht unter dem Vorsitzenden Gotthelf Fascher hatte sich dem Urteil der drei Gutachter (!) angeschlossen, wonach der an den Mandeln operierte Junge am kritischen Abend des 31. März 1973 mit 'hoher Wahrscheinlichkeit' ohnehin nicht mehr zu retten gewesen wäre. Nach Ansicht der Gutachter stünde der Tod in keinem kausalen Zusammenhang mit dem Handeln des Arztes, der trotz des dramatischen Zustandes seines kleinen Patienten zunächst nicht in die Klinik gefahren war" („Neue Hannoversche Presse", 27.1.78)! ... Andreas Vater will jetzt in die Berufung gehen.

• • •

Zahnarzt muß zahlen

Einer 33jährigen Patientin wurde von einem Zahnarzt vor einem Jahr für 3.000 DM eine Zahnbrücke gesetzt. Dies geschah offensichtlich derart mangelhaft, daß die Patientin in der Folgezeit ständig Schmerzen hatte. Sie klagte deshalb vor dem Zivilgericht Darmstadt gegen den Zahnarzt und forderte 8.000 DM Schmerzensgeld sowie die Übernahme der Kosten für die gesamte Folgebehandlung.

Das Gericht allerdings wollte ihr nur 2.000 DM Schmerzensgeld zuerkennen und zusätzlich auch nur die 3.000 DM, die die erste Behandlung gekostet hatte. Daß die Folgebehandlung aber wesentlich teurer sein sowie auch monatelang eine qualvolle Belastung sein wird, wurde vom Gericht nicht als schwerwiegend angesehen.

Die Patientin will gegen dieses skandalöse Urteil Berufung einlegen. Der Rechtsanwalt sieht allerdings eine Hürde: Hinter dem einzelnen Arzt steht immer eine Ärzteversicherung, die „im allgemeinen sehr hartnäckig" ist („FR", 23.1.78).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Tuberkulose - eine Krankheit von gestern?

Tuberculose — früher die Armenkrankheit — heute erfolgreich bekämpft und fast ausgerottet — das haben auch wir gedacht, bevor wir uns an TBC ansteckten. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: Es gibt über 250.000 TBC-Kranke in der BRD. *„die Zahl der Neuerkrankungen ist vergleichsweise fünfmal so hoch wie in der DDR. Seit 1963 beträgt die Zahl der jährlichen Neuerkrankungen an behandlungsbedürftiger Tuberculose rund 55.000, 16.000 davon sind Fälle offener, ansteckungsfähiger Tuberculose. Die Zahl der jährlichen Sterbefälle: rund 7.500"* (nach Kurt Blüchel: Die weißen Magier, S. 7) Nach unseren eigenen Erfahrungen und wie wir in vielen Gesprächen mit anderen Patienten während unseres „Zwangsurlaubs" von einem halben Jahr in der Lungenfachklinik Holdheim in Bremen feststellen mußten, ist das kein Wunder. Hier einige Beispiele:

Fall 1: Die Patientin ging im Frühjahr 1976 mit starken Rückenschmerzen zum Arzt, der diagnostizierte Rheuma. Im Sommer 1976 arbeitete sie in einer Fleischfabrik. Dafür mußte sie zur Röntgenuntersuchung beim Gesundheitsamt. Alles o.B. (ohne Befund). Im November 1976 schließlich wurde sie mit hohem Fieber und Bauchkrämpfen ins Krankenhaus eingeliefert. Befund: Bauchfell-TBC als Folge einer fortgeschrittenen nicht erkannten Lungen- und Rippenfell-TBC mit Erguß!! Die Patientin mußte ein Jahr (!) im Krankenhaus zubringen und am Rippenfell operiert werden, da sie durch den zu spät festgestellten Erguß eine dicke Verschwartung hatte. Auf den Röntgenbildern von 1975 und 1976 sind Veränderungen am Rippenfell erkennbar. Deshalb versuchte die Patientin auf juristischem Wege gegen das zuständige Gesundheitsamt vorzugehen. Bisheriges Ergebnis: Der Regierungspräsident schrieb im Namen des Gesundheitsamtes folgendes: Die Amtspflicht sei nicht verletzt worden. Zwar seien auf dem Röntgenbild von 1976 Veränderungen am Rippenfell zu sehen, das sei aber als pleuritische (Rippenfell-) Narbe interpretiert worden. Außerdem sei selbst dieser „Irrtum" unerheblich, da § 17 des Bundesseuchengesetzes und § 15 der Niedersächsischen Verordnung (7.10.59) eine Röntgenuntersuchung in fleischverarbeitenden Betrieben *„nicht dem Schutz des Arbeitnehmers diene, sondern (nur) dem Schutz der Allgemeinheit"*!! Fazit: Du bist zwar verpflichtet, dich röntgen zu lassen (im allgemeinen viel zu oft), die zuständige Behörde ist aber nicht verpflichtet, dich über das Ergebnis zu informieren.

Fall 2: Die Patientin hatte monatelang unwahrscheinlich starken Husten. Der Arzt stellte starke Bronchitis fest und verschrieb Penicillin. Obwohl das nicht half, sagte er bei den wiederholten Arztbesuchen nur: *„Die Lunge ist völlig frei, es sind nur die Bronchien."* Zwei bis drei Monate später wurde die Patientin mit Verdacht auf akute Blinddarmentzündung ins Krankenhaus eingeliefert. Dort wurde sie wegen ihres auffälligen Hustens geröngt. Ergebnis: Fortgeschrittene Lungentuberculose (natürlich ansteckend) mit Riesenlöchern auf beiden Lungenflügeln!!! Die Blinddarmschmerzen waren in Wirklichkeit Muskelverkrampfungen durch den starken Husten. Die Patientin war fast zwei Jahre (!) in der Lungenklinik und sie mußte noch operiert werden, zwei Lungenklappen wurden entfernt. Das bedeutet eine lebenslange Beeinträchtigung!

Speziell gefährdet sind auch Leute, die im Krankenhaus arbeiten, da in den allermeisten Fällen weder Hygienevorschriften eingehalten werden (oft mangels Personal), noch die Meldepflicht bei Infektionskrankheiten beachtet wird.

Fall 3: Bei einer Krankenschwester wurde bei der Röntgenreihenuntersuchung ein großer Schatten mit mehreren Löchern auf der einen Lungenseite festgestellt. Die zuständige Betriebsärztin hatte es nicht für nötig gehalten, die Krankenschwester zu unterrichten! Sie besaß sogar die Frechheit, die Schwester auch noch anzumachen, als sie einen Kreislaufkollaps erlitt. Das Ergebnis: Die Krankenschwester verbrachte ein dreiviertel Jahr in der Lungenklinik!

Fall 4: In einem städtischen Krankenhaus verstarb ein Patient an o f f e n e r TBC. Das wurde bei der Sektion festgestellt. Der Betriebsärztin wurde nichts gemeldet, nur dem Gesundheitsamt wurde mitgeteilt: g e s c h l o s s e n e TBC. Die Folge: Drei Personen wurden angesteckt, (zwei vom Stationspersonal, ein Patient) es fanden aber keine Untersuchungen statt. Insofern war es reiner Zufall, daß die Erkrankungen überhaupt festgestellt wurden. Bei rechtzeitiger gründlicher Kontrolle des gesamten Stationspersonals und aller Patienten — die bei offener TBC vorgeschrieben ist — wäre den drei Betroffenen wahrscheinlich der Klinikaufenthalt erspart geblieben (ein halbes Jahr), außerdem auch Komplikationen wie Rippenfellentzündung mit Erguß als Folge der TBC u.ä. mehr.

In unserem Gesundheitssystem ist alles möglich ...

Wie erklärt sich diese offensichtliche Fahrlässigkeit von Ärzten, Gesundheitsämtern und den Verantwortlichen in den Krankenhäusern? Dazu schreibt das Ärztemagazin Selecta (23.10.72): *„Die frühere Volkskrankheit ist an die Peripherie des allgemeinen ärztlichen Bewußtseins gerückt. Die Gesamtsituation wird falsch eingeschätzt. Die Kenntnisse über die Krankheit werden schlechter und man verkennt Befunde..."* (zit. nach Kurt Blüchel, s.o.). Auch die Medizinstudenten erfahren kaum noch etwas über die Krankheit; das Krankenhauspersonal wird kaum aufgeklärt über die Ansteckungsgefahr. Außerdem wird auch in den Krankenhäusern selbst TBC oft überhaupt nicht erkannt, geschweige denn behandelt. Z.B. führte der Westberliner Pathologe Dr. Krückemeyer sieben Jahre lang Sektionen an 7.255 Erwachsenen in einem städtischen Krankenhaus durch. *„Von den 219 Tuberculosefällen, die er dabei fand, waren 204(!!!) klinisch unerkannt geblieben, darunter 84 infektiöse Fälle"* (Kurt Blüchel, s.o.)!

Die Auswirkungen dieses fahrlässigen Herangehens sind dann wieder mangelhafte Vorsorgeuntersuchungen durch die Gesundheitsämter usw. Das ist ein Kreislauf, der unserer Ansicht nach typisch für die medizinische Versorgung in unserem Gesellschaftssystem ist: Entscheidend ist nicht die möglichst gute Verhütung von Krankheiten und eine Behandlung, die das Übel bei der Wurzel packt, sondern es werden mit möglichst wenig Zeit- und Personalaufwand möglichst viele Patienten „versorgt", damit möglichst viel Geld dabei rausspringt!

Wir können nur jedem raten, sich nicht mit unverständlichen und halbherzigen Diagnosen abzufinden, sondern auf gründlicher und verständlicher Untersuchung zu bestehen!!

Zwei Betroffene
und Gesundheitsgruppe
KB/Bremen

Kurzmeldungen
Rassen- und Erblehre in der Kinderpsychiatrie
Eine private „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen die Men-
und Pfleger heißt es wörtlich: „Anordnungen sämtlicher Personen (sind) durchzusetzen, d.h. im Fall des Widerstandes ... ist offensichtlich ein Krankheitszustand gegeben, der vom Dienstarzt durch Bettruhe und evtl. beruhigende Medikation zu behandeln

nicht verletzt worden. Zwar seien auf dem Röntgenbild von 1976 Veränderungen am Rippenfell zu sehen, das sei aber als pleuritische (Rippenfell-) Narbe interpretiert worden. Außerdem sei selbst dieser „Irrtum" unerheblich, da § 17 des Bundesseuchengesetzes und § 15 der Niedersächsischen Verordnung (7.10.59) eine Röntgenuntersuchung in fleischverarbeitenden Betrieben „nicht dem Schutz des Arbeitnehmers diene, sondern (nur) dem Schutz der Allgemein-
haus verstarb ein Patient an offener TBC. Das wurde bei der Sektion festgestellt. Der Betriebsärztin wurde nichts gemeldet, nur dem Gesundheitsamt wurde mitgeteilt: geschlossene TBC. Die Folge: Drei Personen wurden angesteckt, (zwei vom Stationspersonal, ein Patient) es fanden aber keine Untersuchungen statt. Insofern war es reiner Zufall, daß die Erkrankungen überhaupt festgestellt wurden. Bei rechtzeitiger gründlicher Kontrolle des ge-
und Personalaufwand möglichst viele Patienten „versorgt", damit möglichst viel Geld dabei rausspringt!
Wir können nur jedem raten, sich nicht mit unverständlichen und halbherzigen Diagnosen abzufinden, sondern auf gründlicher und verständlicher Untersuchung zu bestehen!!
Zwei Betroffene und Gesundheitsgruppe KB/Bremen

Kurzmeldungen

Rassen- und Erblehre in der Kinderpsychiatrie

Eine private „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen die Menschenrechte" in München äußerte sich jüngst zu den katastrophalen Bedingungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Der Trend würde dahin gehen, die Kinder mit Medikamenten vollzustopfen, die, auch von Drogenabhängigen bevorzugt, bei den Kindern eine Sucht auslösen können. Es wird von der Kommission als Beleg ein Zitat des Vorsitzenden der deutschen Kinderpsychiatrie, Prof. Müller-Küppers angeführt, der die *„günstige Wirkung einer Amphetamin-Therapie"* (Aufputschmittel) hervorhebt und zur Intensivierung einer *„unspezifisch medikamentösen Therapie"* („FR", 14.1.78) aufruft.

Die Münchener Kommission führte dazu eine unabhängige Medizin-Fachzeitschrift „Euromed" heran, in der zu diesem Thema zu lesen ist: *„Daß diese Kinder* (mit diesem Aufputschmittel behandelte, Anm. d. Red.) *nicht die ihnen von der Natur zugedachte Körpergröße erreichen, dürfte wohl das kleinste aller Übel sein. Selbst wenn der ungebärdige Nachwuchs durch den jahrelangen ‚speed'-Konsum nicht auf den Geschmack kommt, also süchtig — damit aber auch wieder entsprechend ungebärdig — wird, so hat er doch zumindest eins gelernt: Der Weg zum sozialen Fortschritt ist mit Pillen gepflastert."*

Dies aber ist noch einer der „harmlosensten" Punkte, die diese Kommission herausgefunden hat. Auf einer Tagung der bundesdeutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie propagierte der österreichische Professor Rett die Sterilisation solcher Kinder, um den Nachwuchs reinzuhalten! Dazu schrieb die Kommission an die Gesundheitsministerin und an den Deutschen Kinderschutzbund:

„Was eher als Relikt der beschämenden Rassen- und Erblehre anmutet, als wie das Ergebnis wissenschaftlichen Fortschritts, versuchte Prof. Rett offensichtlich wieder salonfähig zu machen." — Dazu erübrigt sich jeder Kommentar.

Auf dieser Tagung meldete sich auch noch ein Prof. Spiel, Leiter der entsprechenden Abteilung am Uni-Krankenhaus Wien, aber Mitglied der bundesdeutschen Gesellschaft: In einem Rundschreiben an seine Ärzte und Pfleger heißt es wörtlich: *„Anordnungen sämtlicher Personen (sind) durchzusetzen, d.h. im Fall des Widerstandes ... ist offensichtlich ein Krankheitszustand gegeben, der vom Dienstarzt durch Bettruhe und evtl. beruhigende Medikation zu behandeln ist. (Ausgang ist ein) Benefizium* (Wohltat), *das durch Wohlverhalten verdient wird. ... Sollte sich ein Kind dem Schulbesuch widersetzen, ist es wiederum als krankhafte Reaktion zu werten und Bettruhe zu verordnen, selbstverständlich ist der Patient* (d.h. das Kind!, Anm. AK) *dann von sämtlichen Benefizien auszuschließen!"* (Zitat nach „FR", 14.1.).

Soweit soll es reichen. Daß solche Sachen ernsthaft auf „wissenschaftlichen" Kongressen diskutiert werden, sollte ein alarmierendes Warnsignal sein.

• • •

„Selbstverschuldete" Krankheiten sollen selbst bezahlt werden!

Weitreichende Pläne zur Kostendämpfung werden derzeit in der bundesdeutschen Ärzteschaft ausgebrütet: *„Ein Kranker mit Alkoholleber, der trotz ärztlicher Behandlung das Trinken nicht aufgibt, sollte auf Kosten der Krankenkasse keine Medikamente mehr erhalten!"* Dieser Vorschlag wurde von dem Internisten Dr. Laubinger auf der 90. Tagung der Nordwestdeutschen Gesellschaft für innere Medizin im Hamburger Congress Centrum vorgetragen, und auf einer Pressekonferenz am 18.1.78 bekanntgegeben (lt. „Hamburger Abendblatt", 19.1.78).

Gleichermaßen soll mit Patienten, die aufgrund von Auswirkungen von Übergewichtigkeit, Rauchen oder Selbstmedikation — also Einnahme von Medikamenten ohne Verschreibung durch den Arzt — in Behandlung sind, verfahren werden.

Davon betroffen wären mindestens 2 Millionen Alkoholiker in der BRD, hinzu kämen einige -zig Millionen Raucher, und die meisten Bundesbürger, weil sie zu dick sind — alle selber schuld, versteht sich!

ÖTV-Kommission und
Behindertenkommission
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität mit der SSK!

Köln: Viele Mitglieder der „Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK)" stehen gerade vor Gericht, weil sie versucht haben, ein weiteres Ausdehnen des Gebäudekomplexes der „Gothaer Versicherung" auf Kosten von Wohnhäusern im Kölner Hansaviertel zu verhindern. Vor Gericht steht nicht die „Gothaer", die ihr Vorhaben nur unter Umgehung bestehender Gesetze, durch Druck auf den Stadtrat und Mißachtung menschlicher Bedürfnisse durchziehen konnte, sondern Mitglieder der SSK wegen „Sachbeschädigung", weil sie Flugblätter an Versicherungsbüros geklebt haben. Im folgenden drucken wir einen Flugblattext der SSK auszugsweise ab:

„ ‚Die Gothaer Versicherung geht steht mit der Zeit', so wirbt sie zur Zeit in einem bundesweite Reklamefeldzug. Und damit hat sie auch Recht!

Die ‚Gothaer' ist eine von vielen Versicherungen und Banken, die überall in der Bundesrepublik dazu beitragen, daß unsere Innenstädte allmählich in Beton erstarren. Sie gehört zu denen, die die Menschen aus ihren Vierteln vertreiben, somit den kleinen Geschäftsleuten die Lebensgrundlage wegnehmen und mit dem Bau von prunkvollen Verwaltungspalästen die Innenstädte veröden lassen. Am härtesten trifft das die ärmeren Leute, die außer ihrer Heimat ihren billigen Wohnraum und damit ihre Existenz verlieren.

Deshalb fühlen in Köln besonders viele Kleinrentner und kinderreiche Arbeiterfamilien Haß, wenn sie dem Namen ‚Gothaer' begegnen. In Köln hat sie gegen den Widerstand der Bevölkerung dem Hansaviertel durch den Abbruch eines ganzen Häuserviertels den Lebensnerv genommen, nachdem sie vor ein paar Jahren einen schönen Park völlig zugebaut hatte. Durch Drohungen und Nötigungen wurden Mieter auf die Straße gesetzt, notfalls die Möbel zerschlagen, eine Menge von Gesetzen mißachtet. (...)

Daß tausende von Menschen protestierten, daß 80 % der Viertelbewohner sich gegen sie ausgesprochen haben, das interessierte die Direktoren nicht. Und jetzt wollen sie uns weismachen, sie würden auf ihre Kunden Rücksicht nehmen!?"

Dieses Flugblatt, das sich an „Gothaer"-Kunden wendet, kann kostenlos bei der SSK bezogen werden. Außerdem gibt es dort gegen Vorauskasse von 2 DM eine Broschüre „Wer zerstört Köln?" Anschrift: SSK, Saliering 37/41, 5 Köln 1.

Wohnungskommission



Vorderseite des SSK-Flugblattes für Kunden der Gothaer Versicherungen

Das Märchen von dem faulen Arbeitslosen CDU-Minister beweist:

Eine Million unter Armutsgrenze gefallen

59 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, daß unter den Arbeitslosen viele seien, die gar nicht arbeiten wollen. Im Vergleich zu einer früheren Umfrage hat sich das »Ansehen der Arbeitslosen« verschlechtert. Vor zwei Jahren hatten »nur« 49 Prozent diese Meinung gehabt (»FAZ«, 24.1.).

Mit diesem Ergebnis konstatiert das Allensbacher Institut für Demoskopie in einer Umfrage, wie erfolgreich die namentlich von der Springerpresse getragene Hetzkampagne gegen die Arbeitslosen bislang gelaufen ist.

Wie die tatsächliche Lage vieler Arbeitsloser aussieht und wie niederträchtig die Hetz-Propaganda der Springer-Blätter (und anderer) ist, veranschaulicht eine umfangreiche Untersuchung, die jetzt vom rheinland-pfälzischen Sozialministerium veröffentlicht wurde. An der Spitze dieses Ministeriums steht der CDU-Minister Georg Gölter, der sicherlich nicht in dem Verdacht steht, die Probleme der Arbeitslosen zu dramatisieren.

Der Minister stellte als Ergebnis der Untersuchung heraus, daß mehr als eine Million Menschen als Folge der Arbeitslosigkeit unter das Sozialhilfeniveau und damit unter die Armutsgrenze geraten seien, wenn man die Angehörigen der Betroffenen in die Betrachtung einbezieht. Er *»warnte vor Versuchen, die Massenarbeitslosigkeit herunterzuspielen oder bequeme Sündenböcke zu suchen. Es sei gefährlich, immer von dem statistischen Durchschnittsarbeitslosen auszugehen. Es komme vielmehr darauf an, ein möglichst realitätsnahes Bild von der Situation des Einzelnen zu geben, was mit der Überprüfung von 2800 Einzelfällen geschehen sei. ‚In der Mehrzahl der Fälle ist die finanzielle Situation der Familien so gespannt, daß niemand mit gutem Gewissen behaupten kann, diese Lage wird bewußt in Kauf genommen'«* (»Frankfurter Rundschau«, 1.2.).

Drei Problemgruppen seien von einer entscheidenden Verschlechterung des Lebensstandards sowie vom drohenden sozialen Abstieg besonders betroffen:
— die ca. 160.000 Dauerarbeitslosen, deren Zahl weiter zunehme;
— kinderreiche Familien, die aus eigener Kraft nicht mehr der Armut begegnen können;
— alleinstehende Frauen, deren Situation deutlich mache, wie wenig im Arbeitsleben die Gleichberechtigung der Geschlechter verwirklicht sei.

Der Minister stellte an Beispielen dar, wie katastrophal die Lage der Betroffenen ist. So rechnete er den Fall eines Facharbeiters in der Stahlindustrie vor. *»Bei einem Monatsverdienst von 1970 Mark brutto erhalte er bei Eintritt der Arbeitslosigkeit 950 Mark Arbeitslosengeld, 50Mark Kindergeld bei einem Kind und bei einer Wohnungsmiete von 285 Mark Wohngeld in Höhe von 102 DM. Das verfügbare Einkommen betrage damit 1102 DM. Demgegenüber belaufe sich sein Sozialhilfesatz, wenn das Kind zwischen 16 und 21 Jahre alt ist, auf 1254 DM. Damit liege das Einkommen zwölf Prozent unter den Sozialhilfesätzen. Dieses Beispiel bezeichnete Gölter als typisch für die heutige Situation«*(»FR«, 1.2.).

Wieviel Menschen von dieser Situation bedroht sind, machte der Minister mit folgenden Angaben deutlich: Die Arbeitsämter würden monatlich 200 000 Vermittlungen tätigen; somit sind (nach einer Berechnung der Commerzbank) seit Herbst 1973 rund 6 Millionen Menschen mindestens einmal arbeitslos gewesen. Das wären ein Viertel aller Erwerbstätigen. Und so heißt es in der Untersuchung: *»Diese Zahl liefert einen Anhaltspunkt dafür, wie hoch die Zahl der potentiell von Armut Bedrohten ist. Nur wenige können sich von den Beschäftigungsrisiken ausnehmen«* (zit. nach »FR«).

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ausländische Mieter gekündigt - und gleich abgemeldet!

Massenkündigungen zum 31.1.78 hagelten im Oktober letzten Jahres in Frankfurt auf insgesamt 13 Mietparteien des Wohnprojektes Gartenstraße 3-5 nieder. Sie hatten sich in den Jahren 76/77 mit dem damaligen Besitzer der Häuser aufgrund gravierender Mängel am Haus auf eine verminderte Miete geeinigt.

Am 1.7.77 wechselten nun die Hauseigentümer. Einen Monat später drohte der neue Besitzer Kucovec allen Mietern mit Kündigung, falls sie nicht sofort und rückwirkend (!) eine höhere Miete bezahlen würden. Da die Mieter, vor allem ausländische Kollegen, dieser Forderung nicht nachkamen, erhielten sie dann die Kündigungen. Erklärlicherweise spielten in dem Kündigungsschreiben diese „Mietrückstände" keine Rolle mehr, denn wegen des außerordentlich schlechten baulichen Zustands des Hauses *„müssen sämtliche Fenster, Fußböden, Türen, Wasserleitungen, Lichtleitungen und Treppen erneuert werden."* Diese Arbeiten, so der Anwalt des Eigentümers, *„lassen sich nicht durchführen, wenn die jetzigen Mieter in ihrer Wohnung verbleiben"* (lt. „FR", 17.1.78).

Der Mieteranwalt hat inzwischen gegen die Kündigung beim Amtsgericht Widerspruch eingelegt. *„Mit diesem Argument (könne) ja praktisch jedem Mieter der Stuhl vor die Tür gesetzt werden. Renovierungsarbeiten seien auch dann möglich, wenn die Bewohner in ihren vier Wänden bleiben"*, erklärte sogar der Abteilungsleiter vom Amt für Wohnungswesen.

Die größte Schweinerei leistete sich der Hauseigentümer allerdings, indem er einfach 29 Personen beim Meldeamt abmeldete und das, wo ausländische Kollegen, wenn sie nicht ornungsmäßig gemeldet sind, sofort in ihre Heimat abgeschoben werden können. Gegen den Hauseigentümer ist inzwischen ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstoß gegen das Meldegesetz in Gang gesetzt worden.

Wohnungskommission

Skandalurteil: Zweckentfremdungsverordnung ist rechtswidrig

Kunhardtstr. 1-4, Hamburg Eppendorf: Das jahrelange Gerangel um die leerstehenden Häuser des Hausbesitzers Ruppert hat ein für die westdeutsche Justiz bezeichnendes Ende gefunden. Anfang Januar hatten die SPD- und FDP-Fraktion der Bürgerschaft den Senat aufgefordert, aufgrund der Zweckentfremdungsverordnung aus dem Jahre 1971 Wohnungssuchende in die Häuser, die Ruppert teilweise schon seit 1970 leerstehen läßt, zwangseinzuweisen.

Ruppert hatte vorm Oberverwaltungsgericht geklagt und „Recht" bekommen: Unter dem AZ: OVG Bf. II ,58/75 erklärte das Gericht die Verordnung für rechtswidrig. Begründung: Seit 1974 bestehe *„kein Mangel an ausreichendem Wohnraum zu angemessenen Bedingungen"* mehr („Welt", 26.1.78)! Damit ist allen Behördenmaßnahmen, die sich seit 1974 auf diese Verordnung stützen (viele werden es aber sicher nicht sein), nachträglich die rechtliche Grundlage entzogen. Der Haus- und Grundbesitzer-Verein hat schon Lunte gerochen und „Konsequenzen" angedroht.

Jedem, der einmal in Hamburg eine Wohnung gesucht hat, dürfte klar sein, daß es keinesfalls ausreichend Wohnraum zu „angemessenen Bedingungen", sprich Preisen, gibt. Das OVG hat hier eindeutig politisches Urteil gefällt, denn Zwangseinweisung hätte bedeutet, daß Ruppert nicht mehr frei über sein Eigentum verfügen kann. Und das mußte natürlich von der Klassenjustiz, trotz aller schönklingenden Gesetze und Verordnungen, verhindert werden.

Wohnungskommission

Stadtautobahn-Prozeß: Ein Lehrstück Kölner Justiz

Derzeit finden gegen Mitglieder Kölner Bürgerinitiativen und Stadtautobahngegner Prozesse wegen „gemeinsamen Hausfriedensbruch" statt.

Wie bereits in AK 104 berichtet, wurde Anfach Mai 1977 190 in Blüte stehende Schrebergärten und 19.000 qm Grünfläche im Auftrag der Stadt Köln niedergewalzt, um damit *„den ersten Bauabschnitt der Stadtautobahn, die Anbindung Olpe an die Autobahn Neuss einzuleiten"* („Stadtrevue" 1/78). Außerdem soll damit der Verkehr der Innenstadt angeblich „entlastet" werden. Dabei wird ein gewachsenes Stadtviertel zerschnitten und der Grüngürtel der Stadt Köln zerstört.

Gegen dieses Vorhaben der Stadt wurde insbesondere von der örtlichen Bürgerinitiative seit langem ein Widerstand organisiert. So sollten auch die Planierraupen an der Arbeit gehindert werden, was noch Prozesse wegen Nötigung und Hausfriedensbruch nach sich zieht. Für eine Informations- und Festveranstaltung auf dem bereits planierten Gelände mobilisierten die Stadtautobahngegner rund 500 Teilnehmer. Der Staat demonstrierte seine



Der Polizeieinsatzleiter vor Gericht: Lieber den Transportgriff in die Haare als in die Augen, die könnten nämlich verletzt werden! (Bilder aus „Kölner Stadt Anzeiger", 6.1.78)

9 FDP-Mitglieder wegen Rechtskurs der Partei ausgetreten

Am 17.1.78 brachte NDR 2 in der Umschau am Abend ein interessantes Interview. Anlaß war der spektakuläre [illegible]

Speziell für Niedersachsen sagten sie, daß die Regierung keine echte Mehrheit besäße, auch die Gegner- [illegible]

„entlastet" werden. Dabei wird ein gewachsenes Stadtviertel zerschnitten und der Grüngürtel der Stadt Köln zerstört.

Gegen dieses Vorhaben der Stadt wurde insbesondere von der örtlichen Bürgerinitiative seit langem ein Widerstand organisiert. So sollten auch die Planierraupen an der Arbeit gehindert werden, was noch Prozesse wegen Nötigung und Hausfriedensbruch nach sich zieht. Für eine Informations- und Festveranstaltung auf dem bereits planierten Gelände mobilisierten die Stadtautobahngegner rund 500 Teilnehmer. Der Staat demonstrierte seine
Macht durch berittene Polizei, Fernsehwagen und fotografierende Spitzel.

In der Frühe des 9. Mai 1977 gingen 200 Bullen mit Unterstützung des Sondereinsatzkommandos (!) gegen 60 Stadtautobahngegner, die den Platz besetzt hielten, in einem brutalen Einsatz mit Schutzschilden, Helmen und Knüppeln vor. Noch während die Demonstranten diskutierten, ob sie den total aufgewühlten Platz verlassen sollten, gingen die Bullen mit Knüppeln gegen die Demonstranten vor und zerrten sie teilweise an den Haaren bis auf die knapp 20 m entfernte Straße. Alle 60 Demonstranten wurden festgenommen. In nicht wenigen Fällen wurden sie bis zu acht Stunden von den Bullen in völlig überfüllten Zellen festgesetzt, erkennungsdienstlich behandelt und erst dann nach Hause entlassen. Im Anschluß an diese Bullenübergriffe wurden den Betroffenen *„Strafbefehle über 500,-- DM zugestellt, wohl in der Annahme, einige Betroffene würden die Einspruchsfrist versäumen und somit den Strafbefehl rechtskräftig werden zu lassen"* (Stadtrevue 1/78). Dem war nicht so.

Am 3.1.78 fand der erste Prozeß gegen die Stadtautobahngegner statt. In vier Schnellverfahren von 15 Minuten Dauer sollten die Stadtautobahngegner abgeurteilt werden. Die Anwälte konnten dieses geplante „Schnellgericht" durch gründliche Recherchenarbeit und Entlastungsmaterial verhindern. Aus vier Einzelschnellverfahren wurde ein siebenstündiger Prozeß. Der unverhältnismäßig brutale Einsatz der Bullen gegen die Demonstranten sollte vor Gericht gar nicht behandelt werden, bzw. als völlig legitime Reaktion durch Nichtbehandlung gewertet werden. Sämtliches Beweismaterial wurde als „entscheidungsunerheblich und prozeßverschleppend" abgelehnt. Stattdessen wurde dem verantwortlichen Einsatzleiter der Polizei vom Gericht Gelegenheit gegeben, zynisch die in seinen Augen recht „lockere" Stimmung auf Seiten der Bullen darzustellen. Dabei unternahm der Einsatzleiter nicht einmal den Versuch, das Vorgehen der Polizei zu beschönigen.

„... ein Transportgriff in die Haare (ist) üblich und besser ... als der Transportgriff in die Augen (!), *bei dem die Augen verletzt werden können..."* (KSTA 4.1.77).

Sowohl das Gericht als auch die Bullen machten damit klar, daß trotz der vergleichsweise geringen Anklage wegen „Hausfriedensbruch" bei einem nicht eingezäunten, ackerähnlichem Platz ein Knüppeleinsatz und Mißhandlungen der Demonstranten durchaus akzeptabel sei. Daß es dem Gericht und der Staatsanwaltschaft hauptsächlich wohl um diesen Punkt geht, wird durch die „großzügige" Reduzierung der Geldstrafe auf DM 200,-- auf Antrag des Staatsanwaltes nahegelegt.

Für die über hundert Prozeßbesucher sicher ein lehrreiches Stück Klassenjustiz. Weitere Prozesse gegen die Beteiligten des „Nippeser Aufstand" („Express", 4.1.78) stehen in den nächsten Wochen noch an.

Ein AK-Leser und KB/Köln



Der Polizeieinsatzleiter vor Gericht: Lieber den Transportgriff in die Haare als in die Augen, die könnten nämlich verletzt werden! (Bilder aus „Kölner Stadt Anzeiger", 6.1.78)



9 FDP-Mitglieder wegen Rechtskurs der Partei ausgetreten

Am 17.1.78 brachte NDR 2 in der Umschau am Abend ein interessantes Interview. Anlaß war der spektakuläre Austritt von neun Liberalen aus der FDP bzw. den DJD Braunschweig/Wolfenbüttel. Es handelt sich dabei u.a. um den Beisitzer im Kreisvorstand der FDP Busse und das Judo-Vorstandsmitglied Jürges. Als Begründung wurde von beiden genannt: Polizeigesetze, Kontaksperre, Berufsverbote seien unvereinbar mit liberaler Politik. Ebenfalls nicht tragbar seien Parteitagsbeschlüsse zu AKWs und Politiker wie Ertl.

Speziell für Niedersachsen sagten sie, daß die Regierung keine echte Mehrheit besäße, auch die Gegnerschaft in der FDP sei größer als angenommen. Vorläufig haben die Ausgetretenen einen „Liberalen Gesprächskreis" gegründet, eine neue liberale Partei wollen sie derzeit nicht gründen. Allerdings wollen die neun auch mit der „demokratischen Linken", worunter sie ehemalige SPDler und Leute wie J. Steffen, aber auch das Umfeld des SB verstehen, zusammenarbeiten.

KB/Braunschweig

SPD verhängt Auftrittsverbot für P.Chotjewitz

Die Volkshochschule Kamen und Bönen hatte den Schriftsteller P. Chotjewitz im Rahmen der literarischen „Teestunden" zu einer Lesung eingeladen. Als aber bekannt wurde, daß gegen ihn (u.a. Übersetzer von Fo's „Bezahlt wird nicht") ein Verfahren wegen angeblicher Verbreitung von Schriften läuft, *„die zum bewaffneten Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und zur Bildung krimineller Vereinigungen auffordern..."* (nach „WAZ", 20.1.78), schaltete sich die CDU ein. Der Schriftsteller sei *„politisch nicht tragbar"*. Man brauche Chotjewitz zwar nicht ausladen, denn bei den literarischen „Teestuben" handele es sich um ein „mündiges Publikum" („WAZ", 20.1.78). Allerdings gedachte die örtliche CDU alles daran zu setzen, eine Berührung Chotjewitz' mit Kamener Schülern, insbesondere den Gesamtschülern zu verhindern.

Nun hörte aber auch die örtliche SPD von dem des „Sympathisantentums" verdächtigten Schriftsteller — und räumte gleich richtig auf: Sie setzte die Dichterlesung kurzerhand ganz ab! Begründung: *„Wenn die Vorwürfe zutreffen, ist er für uns nicht der richtige Mann"* („WAZ", 20.1.78).

Chotjewitz hat den gegen ihn erhobenen Verdacht als „Rufmord" zurückgewiesen.

KB/Gruppe Bochum

Mit dem Beil Miete kassiert!

Frankfurt. Ein Hausverwalter in Bockenheim — gleichzeitig auch als Zuhälter tätig — kassierte die Miete mit dem Beil! Betroffen war ein türkischer Kollege. Während er bei der nächsten Polizeiwache Anzeige gegen den Hausverwalter erstattete, drang dieser in die Wohnung ein und verletzte die Ehefrau des türkischen Kollegen so schwer im Gesicht, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte (FR, 26.1. 78).



Wehe, wenn sie losgelassen...

Filbingers „übliche" Redaktionsgespräche

In der Ausgabe des „Spiegel" vom 23.1.78 ist zu lesen, daß die Redaktion der liberalen Regionalzeitung „Badische Zeitung" (160.000 verkaufte Exemplare) mehrmals von Baden-Württembergs Ministerpräsident Filbinger zum Rapport bestellt und massiver Druck ausgeübt wurde, um das Blatt „auf Regierungskurs zu trimmen". Höhepunkt dieser unverholenen Zensurpraxis war ein Treffen am 3. Dezember letzten Jahres. Filbinger hatte sechs Redakteure zu sich bestellt. Ihm zur Seite saßen sein Pressesprecher Bueble, G. Fleischer – Generalsekretär der badenwürttembergischen CDU, CDU-Landtagsabgeordneter Schroeder und CDU-Kreisvorsitzender Ramminger.

Auf diesem Tribunal gegen das Freiburger Blatt hätten Filbinger und seine Leute *„Dossiers über das Blatt und einzelne Blattmacher aus ihren Aktenkoffern gezogen"* („Spiegel" 4/78).

Pressesprecher Bueble warf der Redaktion „Kampfjournalismus", „verschärften Linkskurs" und „Diffamierung" vor. Besonders auf drei Gebieten läge nach Meinung der CDU-Fürsten ein permanentes „Fehlverhalten" vor:

Hochschulpolitik, Stammheim-Verfahren und Energiepolitik.

Bueble ist auch bekannt dafür, *„daß er mißliebige Journalisten auf dem Kopfbogen des Ministeriums – mit dem Vermerk ‚Persönlich' und gleichwohl ganz Staatsmacht – ‚unumwunden' zusammenstaucht."* („Spiegel" 4/78)

Für CDU-Bueble firmieren solche ständigen Zensurversuche unter dem Begriff: „Das übliche Redaktionsgespräch...".

Vor solchen und anderen „Üblichkeiten" der CDU gilt es zu warnen und



die abgrundtiefe Demokratiefeindlichkeit der CDU aufzudecken. Die Betroffenen selber hüllten sich bis zur Veröffentlichung dieser Übergriffe in Schweigen. Erst im „Spiegel" am 24.1.78 ging der Chefredakteur der „Badischen Zeitung", A. Fürst in einem Kommentar auf die Ereignisse ein. Nachdem er versichert, daß *„sich die Redaktion überhaupt nicht in einem Verhältnis der Konfrontation zur Landesregierung (sieht)"*, nimmt er Stellung zum Verhältnis der Presse zum Staat und kommt zu einem für die BRD **nicht** zutreffenden Schluß:

„...Es geht auch nicht an, daß sich eine Redaktion auf Gespräche mit den Regierenden darüber einließe, welches Maß an Kritik ihr erlaubt sein soll. Sollte es dem Bundeskanzler und seinem Pressesprecher Bölling einfallen, eine Zeitung zur Räson bringen zu wollen, deren Kritik der Regierung unangenehm ist, dann wäre dies hoffentlich ein Anlaß für die ganze Presse, Alarm zu schlagen." („Badische Zeitung", 24.1.78)

Ansgar Fürst wird noch häufig Gelegenheit haben, Alarm zu schlagen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Zeitungsaufpasser Filbinger

Zeitungsaufpasser Filbinger

Kampagne der CDU zur Einführung des „Radikalenerlasses" in Rundfunkanstalten

Auf einer Bürgerschaftssitzung in Hamburg Mitte Januar forderte der CDU-Pressesprecher und Rundfunkratsmitglied Gerd Boysen, daß bei einer Neufassung des NDR-Staatsvertrages die Mitarbeit von Verfassungsfeinden ausgeschlossen werden solle und daß die „Rechtsaufsicht" des Staates konsequenter gehandhabt werden solle (nach „Kurier am Mittag", 14.1.78).

Boysen, Oberscharfmacher der Hamburger CDU gegen den NDR (*„NDR immer mehr Stimme der Revolution"*), berief sich bei seinem Ansinnen auf „Eingaben" von „Bürgern" an die Bürgerschaft, deren Interessen sich die CDU „selbstlos" verbunden fühlt. Diese 50 Eingaben sind Vordrucke der rechtsradikalen „Aktion Funk und Fernsehen" (AFF), für die so einschlägig bekannte Figuren wie Herbert Czaja (Ex-„Vertriebenen"minister, CDU) und der Ex-General H. Karst, der gleichzeitig Redakteur bei der faschistischen „Deutsche National-Zeitung" des Dr. Frey ist, als Förderer und Gründer auftreten.

liberale Berichterstattung in den Rundfunkhäusern – „Hauptursache für den Terrorismus" !

Dieser Vordruck ist ein maßloses Hetzpapier. Die CDU scheut sich nicht, dies als Stellungnahme von „Bürgern" auszugeben. So heißt es in diesem Vordruck der AAF:

„Der Presse entnehme ich, daß bisher 23 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland bei Terrorüberfällen ermordet wurden. Nach einer Presseerklärung des Beraters der Antiterrorgruppe GSG 9 des Bundesgrenzschutzes Reiner Zeller ... kann jeder Bürger morgen selbst das Opfer eines terroristischen Mordanschlages oder eines erpresserischen Menschenraubes sein.

Ich fühle mich in meinem Grundrecht auf freie Entfaltung meiner Persönlichkeit und auf körperliche Unversehrtheit zunehmend bedroht. Eine Hauptursache für diese Rechtsunsicherheit, ja Rechtsbedrohung sehe ich in der geistigen Förderung des Terrorismus durch Sendungen einzelner Rundfunkanstalten, in denen Revolutionspropaganda betrieben und unseren verfassungsmäßigen Organe geschmäht wurden.

Deshalb beantrage ich, das Landesrundfunkgesetz bzw. die abgeschlossenen Staatsverträge so zu ändern, daß eine wirksame Aufsicht über alle Sendungen gewährleistet und in uneingeschränkter Anwendung des sogenannten Radikalenerlasses auch im Bereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten verfassungsfeindliche Mitarbeiter entlassen und bereits verfassungsfremden Kräften jeder Zutritt zu den öffentlich-rechtlichen Massenmedien verwehrt wird." (aus „Kurier am Mittag", NDR 2, 14.1.78)

Vorausgegangen war diesem Hetzpapier eine Aktion der AFF in den Tagen der Schleyer-Entführung. Am 21. Oktober – dem Höhepunkt der Progromstimmung gegen Demokraten – veröffentlichte der stockreaktionäre „Rheinische Merkur" (eine Wochenzeitung, die der katholischen Kirche gehört) einen Aufruf „an die verfassungstreuen Bürger der Bundesrepublik Deutschland", in dem ausgeführt wird, daß ein Ende des Terrors noch nicht abzusehen sei, was auch nicht der Fall sein könne, wie *„in gewissen Universitäten und Rundfunkanstalten"* nicht für Abhilfe gesorgt werde: *„Im Fernsehen wurde unsere Polizei jahrelang als brutale Schlägertruppe diffamiert ... Im Fernsehen wurden Hausbesetzungen verharmlost ... Im Fernsehen wurden aus dem Roten Kalender Revolutionsanweisungen (??) verbreitet ... Im Fernsehen wurden Unternehmer immer wieder als brutale Ausbeuter angeprangert (!) ... Mit dieser geistigen Föderung des Terrorismus muß endlich Schluß gemacht werden."* („FR", 28.1.78)

Was hier aufgrund der zum Teil grotesken Übersteigerung den provokatorischen Aspekt der AFF ausmacht, bekommt durch Aktionen der CDU/CSU den „fundierteren" Anstrich. So veröffentlichte Springers „Welt" am 1.2.78 eine „Stichproben-Analyse" des CDU-internen Fernseh- und Rundfunkdienst mit dem bezeichnenden Titel „Tele-Control". Danach seien 1977 *„in weit mehr als 100 Fällen in Beiträgen des Hörfunks und des Fernsehens ‚das marktwirtschaftliche Prinzip' in Frage gestellt worden. In einem Großteil der Beiträge bildete die ‚Verunsicherung des Zuschauers/Zuhörers durch Vorwürfe und Anschuldigungen gegenüber Unternehmern die dominierende Aussage"* („Welt", 1.2.78).

Die „Welt" prangert dann sogleich einige Sendungen an, die ihr schon lange ein Dorn im Auge sind, wie das liberale Magazin „Kennzeichen D"/ZDF, „Direkt"/ZDF, NDR 3, „Kritisches Tagebuch"/WDR 3. CSU-Rechtsaußen Carl-Dieter Spranger stößt sofort nach: Die Dokumentation zeige *„in erschreckender Weise, wie weit die Infragestellung der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Prinzipien durch linke Systemüberwinder in Rundfunk- und Fernsehanstalten bereits vorangetrieben wurde."* Es seien *„immer die gleichen Namen, Sendungen und Anstalten, die bei ihrer Berichterstattung rücksichtslos gegen das ihnen obliegende Ausgewogenheitsgebot verstoßen."* („Welt", 1.2.78)

CDU/CSU, Springer und die rechtsradikale AFF arbeiten gemeinsam an einem Rundfunk, gesäubert von Demokraten, vollgestopft mit Propaganda für die „beste aller Welten" – die „soziale Marktwirtschaft", alles andere ist für sie Propaganda des Terrorismus.

CDU und AFF: Seit 10 Jahren im Kampf gegen liberale Berichterstattung

Schon im März letzten Jahres im Anschluß an die Grohnde-Demonstration der AKW-Gegner forderte der niedersächsische Landtagsabgeordnete der CDU, Hans Feindt, Mitglied des NDR-Rundfunkrats, bei Neueinstellungen von Redakteuren nach den Praktiken der Berufsverbote-Richtlinien vorzugehen. Beim NDR hätten, so Feindt, *„Personen die Möglichkeit zur Mitarbeit gehabt, die ganz eindeutig unter die Bestimmungen des Radikalenerlasses fallen."* („Welt", 26.3.77). Auch für diesen Vorstoß der CDU hat die AFF den Boden bereitet, als sie schon 1975 in einem Brief an sämtliche Intendanten und Ministerpräsidenten der Länder die offene Anwendung des Radikalenerlasses gegen Journalisten in den Anstalten forderte. Die AFF damals:

„Wir fordern von den ARD-Anstalten und dem ZDF: Erstens:

Ein koordiniertes Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue aller Bewerber zur Anstellung entsprechend dem gemeinsamen Beschluß der Regierungschefs des Bundes und der Länder vom 28.1.72.

Zweitens:

Eine Überprüfung aller Bediensteten, ob sie den vom Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 25.7.75 normierten Anforderungen genügen.

Drittens:

Eine schriftliche Treueerklärung insbesondere der Bediensteten im Programmbereich, durch die sich diese Mitarbeiter zur engagierten Verteidigung des Grundgesetzes, der jeweiligen Landesverfassung und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichten.

Viertens:

Lösung der Angestelltenverhältnisse derjenigen Bediensteten, die die vom Bundesverfassungsgericht bekräftigten Anforderungen des sogenannten ‚Radikalenerlasses' nicht erfüllen, oder sich weigern, die geforderte Treueerklärung abzugeben.

Fünftens:

Keine Beschäftigung von freien Mitarbeitern und keine publizistischen Aufträge an Personen, die diesen Staat und seine Verfassung angreifen oder diffamieren." (AFF aus „Was ist mit unserem Rundfunk los", München 1976)

Nach eigener Aussage gründete sich die AFF 1968, *„um der zunehmenden Einseitigkeit politischer und kultureller Sendungen in Funk und Fernsehen entgegenzutreten."* Die AFF versteht sich als Teil der *‚gemeinnützigen und als beonders förderungswürdig anerkannten ‚Gesellschaft zur Förderung öffentlicher Verantwortung e.V."* *(GÖV)*. Um was für eine faschistische Sumpfblüte es sich bei dieser GÖV handelt, zeigen Auszüge aus den „Leitsätzen":

„Der Mensch denkt und handelt aus in ihm vorhandenen Anlagen und von ihm in frühester Jugend erworbenen Eigenschaften ... Die Menschen, Mann und Frau, Völker und Rassen sind verschieden; sie sind durch Herkunft, Geschichte, Umwelt und Erziehung geprägt. Ihr Verhalten ist zu einem großen Teil vorgegeben. Allen Menschen müssen jedoch Möglichkeiten gegeben werden, die sie zur Ausprägung ihrer ihnen angemessenen Lebensart (!!) befähigen; nur so ist die Freiheit für den Einzelnen möglich." (So wie im Vorbild Südafrika praktiziert!– Anm. d. Red.)

Gemeinsam mit der GÖV führt die AFF in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen durch, zu denen ausschließlich persönlich eingeladen wird. Gründer der AFF ist ein Lothar Lohrisch, Jurist und Kleinverleger, der laut „Spiegel" für den „Afrika-Klub" „Partnerschaft durch die Tat" Dampferfahrten organisiert und Herausgeber des militaristischen Blättchens „Wehrpolitische Informationen" ist. Weiterhin sitzt im Aktionsausschuß der rechtsextreme Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenk-Notzing, der seine Schriften in dem sattsam als rechtsradikal bekannten Seewald-Verlag veröffentlicht, und wo auch StrauSS verlegt wird. Unterstützung erhält die AFF vom rechtesten Flügel der CDU und CSU, so auch durch Franz Weigel, Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Die AFF hat sich zur Aufgabe gemacht, *„mit Hilfe verantwortungsbewußter Fernseher und Rundfunkhörer die unparteiischen, demokratischen Kräfte in den Rundfunkanstalten zu stärken."*

In diesem Sinne forderte die AFF 1975 zu folgender Protestresolution auf: *„Ich/Wir protestieren gegen die gesetzlich unzulässige Verlängerung des Vertrages mit Peter Merseburger durch den Intendanten des NDR."*

Entsprechend machte die AFF mobil, als 1973 das rechtsradikale „ZDF-Magazin" statt jede Woche, alle 14 Tage gesendet werden sollte. *„Wir halten das ZDF-Magazin für einen unverzichtbaren Bestandteil eines freien Fernsehens und der Meinungsfreiheit in Deutschland (!)"*.

Was AFF vor Jahren fordert, wird von der CDU heute praktiziert

Die AFF ruft 1972 dazu auf:

„Verfolgen sie sehr aufmerksam die Vorgänge in den Nachrichtensendungen, den Kommentaren, allen meinungsbildenden Sendungen, aber auch in den großen populären Unterhaltungssendungen. Alle Fälle von Einseitigkeit, Manipulation, Gehässigkeit und Aufreizung zu Gewalt müssen von möglichst vielen Fernsehern und Rundfunkhörern schnell und scharf zurückgewiesen werden. Sie können sich sehr kurz fassen. Noch während die Sendung läuft, kann der zuständige Redakteur vom Dienst angerufen werden. Bitte beziehen sie sich dabei immer auf die Aktion Funk und Fernsehen."

Sowohl die Einrichtung der Kontroll-Institute, wie Tele-Control, als auch die Praxis, durch zahlreiche Beschwerden gegen fortschrittliche Berichte und Sendungen Druck auf die verantwortlichen Redakteure auszuüben, gehen in diese Richtung. Wenn die AFF heute nun verstärkt die Anwendung der Berufsverbote-Praxis in den öffentlichen Medien fordert, dann geht es der CDU/CSU nicht nur darum, einzelne fortschrittliche Redakteure mundtot zu machen bzw. Schritt für Schritt fortschrittliche Sendungen einzuschwärzen. Sondern heute wird bereits Propaganda betrieben, die jeden kritischen Ansatz gegenüber diesem System als Stellungnahme im Sinne des Terrorismus verteufelt.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Wie geht's weiter beim STERN

„Der Vertrag mit dem stellvertretenden „STERN"-Chefredakteur Manfred Bissinger ist im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst worden." – Keine Zeile mehr verschwendete das Informationsblatt „G&J Zeitschriften intern" an seine Mitarbeiter zum STERN-Konflikt.

Manfred Bissinger selbst äußerte seine Einschätzung der Geschehnisse in einem Brief an die Kollegen, (abgedruckt in der FR v. 13. Jan.). Er geht einmal davon aus, daß die Tendenz des inkriminierten Artikels besonders Mohn nicht paßte. Und daß, damit zusammenhängend, sein eigenes Beharren auf dem Artikel nicht in des Großaktionärs Konzept von der „Delegation von Verantwortung" passe, (vergl. dazu AK 120). Das Statut und die Institution des Beirates sei durch diesen Eingriff infrage gestellt, und damit verbunden die Meinungsfreiheit. *„Die Frage ist heute, ob unser so hoch gelobtes Statut nur ein Papier zur Machtzementierung des Chefredakteurs war."*

Redakteure und Gewerkschaften müßten Bissingers Meinung nach begreifen, daß ein Statut nur so gut ist, wie die, die es abgeschlossen haben. Am 11.1. veranstaltete die Chefredaktion ein Abschiedsbuffet für den ehemaligen stellvertretenden Chefredakteur, der ca. 1 Mio DM beim Abschied bekommen hat.

Geschlossen verweigerten die Mitarbeiter den Verzehr der sicherlich genüßlich bereiteten Appetithappen. Ihnen war mehr nach restloser Tilgung des von Wallraff gespendeten Mohnkuchens. Noch am gleichen Abend fand eine dju-Mitgliederversammlung statt, auf der leider nur ca. fünf STERN-Redakteure sich nach und nach einstellten. Wer dort ein kämpferisches Klima erwartet hatte, war enttäuscht: Resignation und psychologische Erklärungsmodelle waren der Tenor der Versammlung. Man scheute sich sehr davor, die Vorgänge beim STERN medien- und gesellschaftspolitisch zu werten. Nur einige STERN-Redakteure redeten offen von der Angst vor Repressionen, die sich nun, nach Bissingers Rausschmiß verstärkt abzeichnen.

Diese Kollegen beklagten sich auch über mangelnde rechtzeitige Informationen durch die dju und ihre Vertreter im Betrieb. Als wichtiger, wenn auch etwas später Schritt, diesem Defizit abzuhelfen, wurde dann eine Dokumentation über die STERN-Ereignisse beschlossen, die vom dju-Vorstand erstellt werden soll. Material hierzu sammelt die KONKRET.

„Es geht darum ‚den STERN für eine kritische und freie Berichterstattung offenzuhalten. Der Beirat darf nicht zum Papiertiger gemacht werden," so Bissingers Brief an die Kollegen. Denn es seien nur wenige, die die Freiheit haben, ihre Meinung zu sagen, und diese Wenigen würden immer mächtiger.

Medienkommission/KB Gruppe
Hamburg

Bayerischer Rundfunk:

Proteste gegen Absetzung des Films »Die Konsequenz«

Die seit Jahren fortschreitende Entdemokratisierung des Bayerischen Rundfunk (BR) in Richtung CSU-Staatsrundfunk hatte zum Ende des Jahres 1977 einen neuen traurigen Tiefpunkt erreicht: Am 8. November schaltete sich der Bayer. Rundfunk als einzige Anstalt aus dem gemeinsamen ARD- Programm (1. Fernsehprogramm) aus. Der Homosexuellenfilm „Die Konsequenz" war nach Meinung der CSU den bayerischen Fernsehzuschauern nicht zuzumuten (siehe dazu AK 117).

Die Ausschaltung des BR vom 7.11. war bereits die sechste. Es begann 1960, als die bayerischen Fernsehzuschauer die Fernsehfassung von Aristophanes „Lysistrata" nicht sehen durften, weil in ihr angeblich „die Verfechter einer Atomrüstung einfach unfair karikiert" wurden . 1968 durfte eine Satire auf einen Ölsucher in Bayern, „Das Bohrloch", nicht gesendet werden, die Chefs des BR fühlten sich als Bayern beleidigt. 1974 schlug Fernsehdirektor Oeller gleich zweimal zu: Rosa von Praunheims Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt", wurde für Bayern abgeblockt, und das Sylvesterprogramm der Müncher „Lach- und Schießgesellschaft" auf Drängen des BR gleich fürs gesamte Bundesgebiet. (Nach einem Artikel von Hella Schlumberger von der „Bayerischen Initiative Rundfunkfreiheit" in der Münchner Alternativzeitung „Bayerischer Informationsdienst", Nr. 4 S.12).

„Es folgten in den nächsten Jahren Kürzungen aus „formalen Gründen", Streichungen, Verlegung von Sendungen in die späten Abendstunden, Ausschaltdrohungen und Angriffe auf kritische Sendungen im Hörfunk wie das „Notizbuch" oder den Jugendfunk" (ebenda).

Im Herbst 1977 wurde ein Hörfunk- Interview mit Heinrich Böll kurzfristig abgesetzt, eine Woche später dann mit einer „Gegendarstellung" von Fernsehdirktor Oeller gesendet.

Dazu ein paar aufschlußreiche Worte des Straußfreundes v. Studnitz, Journalist. Er schrieb in der rechtsradikalen Zeitschrift „Nation Europa":

..*Die Sender können von der*

rechtsradikalen Zeitschrift „Nation Europa":

„*Die Sender können von der*

Mitverantwortung an der Entstehung einer Sympatisantenszene für die Mörder Drenkmanns, Bubacks und Pontos, für die Entführung von Lorenz und Schleyer, für den Überfall auf die Stockholmer Deutsche Botschaft und diverse Flugzeugentführungen nicht freigesprochen werden. Wie lange soll dieses Treiben noch geduldet werden, das nicht einmal den Linksparteien nützt soweit sie sich noch für unseren Staat verantwortlich fühlen, den Unionsparteien aber weiter die Mehrheit im Bund kosten wird, wenn sie nicht endlich für Abhilfe sorgen?" („PDI", 15.12.77 S.7).

Die Homosexuelle Aktion München hat eine umfangreiche Dokumentation zur Absetzung des Films „Die Konsequenz" veröffentlicht. Sie ist zu beziehen über:
HAM
Postfach 430/721
8 München 43

Breite Protestwelle ein neuer Anfang?

Am Tag der (Nicht-) Sendung des Films „Die Konsequenz" und später noch erhielt der BR hunderte von empörten Anrufen. Es protestierten u.a. der DGB- Landesvorsitzende und Rundfunkrat Willi Rothe sowie die „Rundfunk- Fernseh- Film- Union" im DGB, außerdem Landtagsabgeordnete von SPD und FDP. Unter dem Motto „Sollen wir in Bayern die Dummen bleiben?" startete die „Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit" eine Unterschriftenaktion, wobei in 3 Wochen über 4000 Unterschriften zusammenkamen. Im Müncher Arri- Kino fanden am 27.11. und 2.12., jeweils Veranstaltungen statt, organisiert im ersten Fall von der „Rund-funk- Fernseh- Film- Union", im anderen Fall durch die Bayersiche Initiative Rundfunkfreiheit (BIR), wo im Anschluß an eine reguläre Vorstellung mit ca 300 Besuchern (3/4 der Kinobesucher) diskutiert wurde.

Die „Homosexuelle Aktion München" (HAM) hat vor wenigen Tagen eine Dokumentation zum Fall „Die Konsequenz" herausgebracht.

Der Regisseur des Films, Wolfgang Petersen, forderte in allen Kinos, in denen der Film lief, über Wandzeitungen usw. die Zuschauer auf, Stellung zum Film und zur Ausschaltung zu nehmen. Er erhielt daraufhin zahlreiche Briefe aus der Bevölkerung.

Schon einmal gab es - im Jahr 1972 - eine Bewegung gegen die reaktionäre Ausrichtung des BR, die allerdings eine noch viel größere Breite erreichte. Damals hatte die CSU ein neues Rundfunkgesetz durch den Landtag gepeitscht, das ihre Übermacht im BR festigen und den Weg für Privatrundfunk und -fernsehen ebnen sollte. Gegen die Landtagsentscheidung bildete sich ein Bürgerkomitee. Das Komitee organisierte eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gegen das neue Rundfunkgesetz, und brachte mit 1 Million Unterschriften (bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 10 Millionen) 300000 Unterschriften mehr als nötig zusammen. Am 1. Juli wurde dann per Volksabstimmung das CSU-Gesetz zu Fall gebracht.



aus „Medium" 11/77

Dem „Lebensgefühl" der Bayern dienen ...

Dem „Lebensgefühl" der Bayern dienen ...

Die reaktionäre Entwicklung im Bayerischen Rundfunk kann in jüngster Zeit neue „Pluspunkte" verbuchen: Ab 1. Januar strahlt das 3. Fernsehprogramm des BR ein „rein" bayerisches Vollprogramm aus, das „Bayerische Fernsehen". Dazu Fernsehdirektor Oeller: „*Ein Bayerisches Fernsehen wird es dadurch, daß es dem Lebensgefühl und den Bedürfnissen der Menschen in Bayern dient. Ein Bayerisches Fernsehen wird es aber auch sein, weil es ausschließlich in Bayern und nirgendwo sonst verantwortet und kontrolliert wird ... So wird das Bayerische Fernsehen ein Programm sein, das Bayern zu Bayern bringt und mit Hilfe der neuen Techniken unser Land und Leben in Deutschland und in Europa als Programm und Alternative sichtbar und erkennbar macht*" („Bayerische Staatszeitung", 2.12.77).

Wahrhaft große Worte! Was erwartet nun den Bayern im neuen Vollprogramm: Sehr wenige Nachrichten und Information, dafür sehr viel sogenannte „Unterhaltung", d.h. meist Spielfilme aus der „grossen Zeit" des deutschen Films, der Zeit des Hitlerfaschismus.

Die Filme beginnen um 19.00 Uhr und spielen über die ARD- Tagesschau um 20.00 Uhr hinweg, damit die Bayern es schwerer haben, die „links angehauchten Nachrichten" aus dem Hamburger Funkhaus zu sehen. Mit diesem neuen Vollprogramm wird die Ausschaltung sozusagen zur festen Einrichtung.

Ziel der CSU ist es, einerseits an den bayerischen Grenzen so weit wie möglich den Medien-Vorhang fallen zu lassen, zugleich aber auch in die Offensive zu gehen, um auch in den anderen Bundesländern die reaktionäre Ausrichtung der Sender voranzutreiben.

Den Widerstand gegen diese Pläne organisiert seit Jahren die „Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit". Anschrift:
Hella Schlumberger
8000 München 40
Türkenstr. 61 Rgb.

KB/ Gruppe Nürnberg

Personen-Karussell im NDR dreht sich nach rechts

Neben den massiven Versuchen der CDU, den NDR durch Kampagnen von außen auf ihren Kurs zu trimmen, zeichnet sich auch in der Anstalt durch personelle Veränderungen der Rechtsrutsch ab. Der Chefredakteur Hörfunk des NDR, H. Soltau (CDU), hat ein Angebot des WDR, dort das Bonner Studio zu übernehmen, abgelehnt. Hintergrund:

Beim NDR werden drei Spitzenstellungen frei. Frei wird die Position des stellvertretenden Intendanten, da D. Schwarzkopf (CDU) im April als Programmdirektor des Deutschen Fernsehens nach München geht. Frei wird auch die Position des stellvertretenden Chefredakteurs im Fernsehen durch den Weggang des CDU-Mannes Kronzucker zum ZDF. Die dritte Spitzenposition, die Leitung des Funkhauses Hannover ist ab 1.2.78 mit dem bisherigen Leiter der Hörfunkredaktion für Recht und Zeitgeschichte, Dr. Werner Hill, besetzt. Hill ist vielen Hamburger Antifaschisten bekannt als Teilnehmer ei..er Podiumsdiskussion um die Resozialisierung von Nazi-Mördern. Wohl allein die Tatsache, daß Hill in dieser Frage bereit war, mit Antifaschisten öffentlich zu diskutieren, hat die CDU in Hannover in Rage gebracht. Letztendlich betrachtet die CDU es als selbstverständlich, in Hannover in der NDR-Spitze einen Mann ihres Vertrauens zu haben, da zwei der drei Bundesländer von der CDU regiert werden. Für den Posten des Intendanten-Stellvertreters hat die CDU einen ihrer Bundestagsrechtsaußen, Olaf v. Wrangel, vorgesehen, spekuliert aber jetzt schon auf die Übernahme des Intendanten-Postens. Alles deutet darauf hin, daß sich im NDR eine Entwicklung abzeichnet, die in Bayern unter Ausschaltung jeglichen Protestes den Bayerischen Rundfunk zu einem reinen CSU-Funk hat werden lassen. Demokraten aufgepaßt!

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Krach bei ZITTY: weder kollektiv noch alternativ

Zitty, eine Illustrierte Stadtzeitung, gilt in Westberlin als eine Zeitschrift auf kommerzieller Basis (mit Programmteil und Anzeigen etc.), die aber alternative Inhalte bringt und deren politische Bedeutung vor allem darin liegt, daß sie sich zum Forum Westberliner Bürgerinitiativen entwickelt hat. In jedem Heft sind die Adressen sämtlicher BI's und eine BI-Selbstdarstellung abgedruckt.

Die Mitarbeiter des Zitty-Verlages hatten sich innerhalb der Westberliner Linken Sympathien erworben, weil sie sich gänzlich aus einer Gruppe zusammensetzten, die aus einem Arbeitskampf gegen den Verleger des früheren Berlinmagazin Hobo hervorgegangen ist.

Im „Tagesspiegel" vom 4.12.77 hatte der Geschäftsführer des Zitty-Verlages die Firmen-Strukturen noch so dargestellt: „*Wir haben eine GmbH aufgemacht, mit allen zwölf Leuten, die hier arbeiten, ob Layouter oder Redakteur. Wir verdienen jeder dasselbe – nämlich 2.000,- – und alle bestimmen mit. Auf Redaktionsbesprechung und Gesellschafterversammlung. Beides läuft alle vierzehn Tage*".

besprechung und Gesellschafterversammlung. Beides läuft alle vierzehn Tage".

Nachdem jedoch vor Weihnachten zwei Leute rausgeschmissen wurden, deckte ein „Radikal"-Artikel jetzt folgende Mißstände auf:

- statt der ursprünglichen zwölf Leute arbeiten jetzt nur noch sieben bei Zitty mit;
- eine Redakteurin und ein Grafiker wurden schon im Sommer dazu gedrängt, ihre „selbstgeschaffenen" Arbeitsplätze zu räumen;
- der Kleinanzeigen- und Abo-Sachbearbeiter wurde zum Ende letzten Jahres gekündigt;
- die Anzeigenleiterin und der Vertriebsleiter erhielten zuerst Hausverbot, dann fristlose Kündigungen, und
- sie wurden durch den Einbau neuer Türschlösser schließlich auch noch ausgesperrt.

Die Gründe für die fristlosen Kündigungen waren mit „drei Tagen unentschuldigtem Fehlen" und bei der Anzeigenleiterin zusätzlich mit „Aufwiegelei" und „Mitarbeit bei EMMA" angegeben.

Die wirklichen Gründe bestanden aber darin, daß demokratische und kollektive Strukturen bei Zitty schon seit langem verrottet waren:

– Sitzungen für alle Mitarbeiter fanden schon seit längerem nicht mehr statt.

– Eine strenge Teilung in Hand- und Kopfarbeit war eingerissen.

– Die beiden Redakteure der Zeitschrift weigerten sich, trotz wiederholtem Drängen der jetzt Gekündigten, über ein Redaktionsstatut und ein Mitbestimmungsmodell für alle Mitarbeiter zu diskutieren.

– Texte von freien Mitarbeitern werden zum Teil („prominente" Auto-

Mitarbeiter zu diskutieren.

– Texte von freien Mitarbeitern werden zum Teil („prominente" Auto-

ren bilden eine Ausnahme) ohne Rücksprache gekürzt und umgeschrieben.

Die jetzt Rausgeschmissenen hatten sich gegen diese Verhältnisse zur Wehr gesetzt, auch weil sie als die Linken im Verlag von der Willkür der Redakteure besonders betroffen waren:

– Ein Beitrag zum Russell-Sekretariat wurde prinzipiell abgelehnt. Bis heute ist keine Zeile über das Russell-Tribunal erschienen (außer als Veranstaltungshinweis).

– Ein Beitrag über das Terrorismus-Problem wurde als fingierter „Leserbrief" abgedruckt.

– Zu einem frauenfeindlichen Cover wurde eine nie abgegebene verteidigende Stellungnahme der Anzeigenleiterin ins Heft gesetzt. Sie war zu dieser Zeit in Urlaub.

– Generell wurde von den Zitty-Graphikern eine Diskussion über frauenfeindliche Cartoons abgeblockt.

– Der o.g. Geschäftsführer weigert sich, geschäftliche Entscheidungen wie die Erweiterung des Heftumfangs gegenüber den gekündigten Gesellschaftern zu begründen. Während er die Entlassungen aussprach, holte er sich schon Informationen über eine Computer-Anlage ein.

Das Ganze sieht weder nach Kollektiv – noch nach Alternativunternehmen aus, so daß auch der Verdacht naheliegt, daß der Bürgerinitiativenteil nur dazu dient, eine Marktlücke auszufüllen, ebenso wie Zitty ihr Herz für die Freizeitfußballer entdeckt hat.

Die Gekündigten haben mittlerweile Kündigungsschutzklage erhoben und wollen sich vor dem Arbeits-

Die Gekündigten haben mittlerweile Kündigungsschutzklage erhoben und wollen sich vor dem Arbeits-

gericht die „selbstgeschaffenen" Arbeitsplätze wiederholen, denn die Folgen sind für sie nicht nur Verlust des Arbeitsplatzes, sondern sie bürgen z.B. bei der Bank für Kredite, deren Verwendung gegen ihre persönlichen und politischen Interessen gerichtet ist.

Solidaritätserklärungen können bei „Radikal" 62, GustavMüller-Str. 46 (Tel. 784 78 87) abgegeben werden.

Westberliner Genossen

Buxtehuder Tageblatt wehrt sich!

Buxtehude: Seit langem sah Stadtdirektor Wilhelm Albrecht bei der täglichen Lektüre des Buxtehuder Tageblattes rot. Die kritische Lokalberichterstattung, die ein fünfköpfiges Redaktionsteam der Zeitung praktiziert, erschien ihm als „*Krieg gegen Unternehmer*".

So berichtete das Buxtehuder Tageblatt mehrmals über die geplante Kündigung von 100 der 500 Belegschaftsmitglieder im Buxtehuder Betrieb des US-Konzerns „National Rejectors", dem größten Arbeitgeber der Stadt. Das hatte Masseneintritte in die Gewerkschaft zur Folge. Albrecht empörte sich, die Berichte seien darauf angelegt gewesen, daß die bisher dort nicht sehr stark vertretene IG Metall die Macht im Betriebsrat erhalte.

Ein weiterer Stein des Anstoßes war die Veröffentlichung von Plänen der zum Unilever-Konzern gehörenden Firma Elida-Gibbs, Teile der Produktion von Buxtehude nach West-Berlin zu verlagern, was den Verlust von 80 Arbeitsplätzen zur Folge hätte. Vor fünf Jahren waren diese Arbeitsplätze, die jetzt aus steuerlichen Vorteilen verlegt werden sollen, mit Steuergeldern geschaffen worden. Die Redaktion kann für sich verbuchen, daß ihre Berichterstattung Kommunal- und Bundespolitiker auf diese Praktiken aufmerksam gemacht hat.

Das Faß zum Überlaufen aber brachte die Enthüllung, daß die Stadt aufgrund eines (in nicht öffentlicher Sitzung gefaßten) Ratsbeschlusses dem Chemie-Großunternehmer Koch ein Grundstück mit einem Nachlaß von 50.000 DM zuschanzte. Nachdem Albrecht vergeblich versucht hatte, durch einen Anruf beim Verleger Harald Gillen den Bericht zu verhindern, drohte er in einem Schreiben Überlegungen an, ob dem Buxtehuder Tageblatt noch erlaubt werde, amtliche Bekanntmachungen zu veröffentlichen. Außerdem schickte er ein 22-Seiten-Schreiben mit den „gesammelten Ärgernissen" über das Buxtehuder Tageblatt an 53 Adressaten, unter ihnen der Regierungspräsident von Stade, der CDU-Kreisverband, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, große Buxtehuder Firmen und Inserenten des Tageblattes, die örtliche Bundeswehr und das „Hamburger Tageblatt", das in dem für seinen Appetit auf Lokalblätter bekannten Springer-Konzern erscheint.

Diesem indirekten Aufruf zum Anzeigenboykott trat die Lokalredaktion des Buxtehuder Tageblattes mit dem Titel: „*Massiver Angriff auf die Pressefreiheit – ein politischer Skandal (Lokales)*" – in der Ausgabe vom 11. Januar auf der Titelseite und der Ankündigung einer vierseitigen Dokumentation der Vorfälle entgegen. Verleger Gillen sprach in einem Kommentar vom „*Lehrstück einer Kampagne gegen die Pressefreiheit*".

Funk und Fernsehen machten das Vorgehen des Buxtehuder Tageblattes publik. Das ZDF stellte in seiner Sendung „Kennzeichen D" die mutigen Lokalredakteure als positives Beispiel gegenüber der unter ähnlichen Vorwürfen angegriffenen Redaktion des „Stern" (S. AK 120) heraus, die sich hinter verschlossenen Türen ihren stellvertretenden Chefredakteur Manfred Bissinger abhandeln ließ und mit keinem Wort an die Öffentlichkeit ging.

Stadtdirektor Albrecht mühte sich angesichts solcher Publizität, die Sache herunterzuspielen. Er habe nur Kritik der Bürger an der einzigen Zeitung der Stadt weitergetragen. Dem haben die Buxtehuder Redakteure ein stichhaltiges Argument entgegenzuhalten: Allein im letzten Jahr erhöhte sich die Auflage um 500 auf 9420 Exemplare.

Auch dürfte dem Stadtdirektor wohl bekannt sein, welche Reaktion 1972 ein Angriff auf die Lokalberichterstattung des Buxtehuder Tageblattes unter Lesern hervorgerufen hatte. Damals hatte Verleger Gillen die Gerichte bemüht, um kritische Lokalredakteure auszuschalten. Daraufhin hatten 100 Leser der Zeitung gegen sein Vorgehen und den gereinigten Lokalteil protestiert. Diesmal haben die Redakteure auch den Verleger auf ihrer Seite. Keine schlechten Voraussetzungen, den Kampf um ihr Konzept eines kritischen Lokaljournalismus weiterzuführen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg



Portugal



»Große Koalition« in Portugal

Die „Sozialistische Partei" Portugals (PS) des Mario Soares führte 1976 ihren Wahlkampf mit dem Versprechen, sie werde entweder alleine regieren oder aber in die Opposition gehen. Keinesfalls werde sie eine Regierungskoalition bilden, weder mit den „Kommunisten" (PCP) noch mit den Rechten (PPD und CDS). Der eigentliche Sinn dieser Parole lag darin, eine Koalition mit der PCP, die auch von breiten Teilen der PS gewünscht wurde, von vornherein auszuschließen. Die scheinbare gleichzeitige Absage an ein Bündnis mit den Rechten hatte dabei nur Alibi-Funktion. Nun ist Soares doch eine Koalition mit der CDS eingegangen!...

Nach den Wahlen 1976 verteilten sich die Sitze so: PS 102 Sitze, PPD 73 Sitze, CDS (Christdemokraten) 42 Sitze und PCP 40 Sitze. Dies reichte nicht für eine Alleinregierung der PS, falls sie sich nicht auf die Stimmen der PCP oder der Rechten bei allen parlamentarischen Entscheidungen stützen konnte. In der Tat hat die Regierung Soares ihre wesentlichen anti-demokratischen Gesetze (Einschränkung der Agrarreform, Einschränkung der nach dem 25. April erkämpften Arbeiterrechte in den Betrieben, Einschränkung der Pressefreiheit u.a.m.) im Parlament mit den Stimmen der Rechten durchgesetzt.

Mit der Bildung einer neuen Regierung im Januar, der außer PS-Leuten auch CDS-Leute (formal sogenannte „Unabhängige") angehören, hat Soares sein Wahlkampfversprechen von 1976, lieber in die Opposition zu gehen, als eine Regierungskoalition einzugehen, nun auch ganz offen gebrochen. Die Vorgeschichte sei hier kurz dargestellt:

Auf die Regierung Soares ging schon seit längerem ein starker

Vorgeschichte sei hier kurz dargestellt:
Auf die Regierung Soares ging schon seit längerem ein starker

Druck aus, ihr faktisches Bündnis mit den Rechten auch durch eine offizielle Regierungskoalition zu besiegeln. Dieser Druck kam von den Parteien der Rechten, die ihre ständige Unterstützung der PS-Minderheitsregierung endlich besser honoriert sehen wollten; dieser Druck kam auch von der portugiesischen Bourgeoisie, die zu einer Koalitionsregierung unter Einschluß der Rechten mehr „Vertrauen" hat; und dieser Druck kam vor allem vom Imperialismus, der über den „Weltwährungsfond" und andere Kanäle Portugal mit Krediten erpreßt.

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß die Führungsspitze der PS bereits Mitte September vergangenen Jahres Soares ausdrücklich freie Hand für einen engeren „Dialog" mit den Rechten, CDS und PSD (die frühere PPD), gab. In dem dazu veröffentlichten Kommunique der PS heißt es u.a.: *„Die Situation des Landes erfordert einen breiten nationalen Konsensus und ein Fundament der Unterstützung über und vor allen Gruppeninteressen"*. Die Gewerkschaften sollten mit den Kapitalisten einen *„Fortschrittspakt"* schließen – *„Ein solcher Pakt wird ... notwendigerweise zur Aufgabe radikaler Standpunkte führen, die bisher bestanden haben, weil lediglich politische Gruppeninteressen verfolgt wurden"*. Außerdem wurde in dem Kommunique angekündigt, daß die PS einen *„Dialog"* insbesondere mit der PSD anstrebe, um über eine *„gemeinsame Notstandsplattform"* zu diskutieren (lt. Radio Lissabon, 18.9.77, nach „Monitor-Dienst"). Es begann sodann eine Serie von Rücktritten oder Rücktrittsdrohungen in der PS-Regierung, die auf Destabilisierung und „Umstrukturierung" der Regierung abzielten. Den Reigen eröffnete Außenminister Medeiros Ferreira, angeblich wegen Meinungsverschiedenheiten mit Soares Staatssekretär Manuel Alegre. Sowohl Ferreira als auch Alegre werden dem rechten Flügel der PS zugerechnet („FAZ", 12.10.77). Zugleich gab es Auseinandersetzungen mit dem linken Flügel der PS um den früheren Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso. Diese Gruppe, der 15% der oberen Parteikader zugerechnet werden („Frankfurter Rundschau", 11. 10.77) und deren Einfluß in der PS-B a s i s noch erheblich höher einzuschätzen ist, wurde Zug um Zug aus der Führungsspitze der PS hinausgedrängt: Hatten die Linken 1976 noch 31 von 151 Mitgliedern des Nationalkomitees der PS gestellt, so waren es im September 1977 nur noch 19 und Anfang November gar nur noch 13 („Welt", 5.11.77).

Im Oktober verschärften die Rechten ultimativ ihren Druck auf die Regierung: Die PSD forderte Soares auf, sich bis zum 30. Oktober für eine Koalition zu entscheiden. Die CDS setzte den 30. November als letztmöglichen Termin für eine Koalition; andernfalls drohte sie ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Soares im Parlament an. Die PS lehnte diese Koalitionsforderungen zu jenem Zeitpunkt offiziell ab. Jaime Gama, Mitglied des 15köpfigen PS-Vorstands, nannte auch ganz offen den Grund: **„Das würde den Kommunisten bei der nächsten Wahl gewiß 35 Prozent aller Stimmen einbringen"**. Eine Koalitionsregierung mit den Rechten würde den linken

Kommunisten bei der nächsten Wahl gewiß 35 Prozent aller Stimmen einbringen". Eine Koalitionsregierung mit den Rechten würde den linken

Flügel der PS stärken und würde die ohnehin sehr schwache Position der PS in den Gewerkschaften (CGTP) vollends erschüttern: *„Die KP würde dann ihre Macht über die Gewerkschaften so weit ausbauen, daß niemand gegen sie regieren könnte"* (Zitate lt. „Welt", 5.11.77).

An diesem Punkt der Entwicklung erfolgte ein sehr geglückter Schachzug von PSD-Chef Sa Carneiro: Unter seiner Führung war die PSD immer mehr zum Sammelbecken alter Faschisten und rassistisch-faschistisch verhetzter Kleinbürger aus den ehemaligen Kolonien geworden. Am 7. November trat Sa Carneiro vom Parteivorsitz zurück und drohte die Bildung einer neuen, noch rechteren Partei an, da er sich in der PSD-Spitze mit seinen knallharten Vorstellungen nicht genug durchsetzen könne. Die Drohung unterstrich er, indem er in Porto (zweitgrößte Stadt des Landes, eine Hochburg der Rechten) zusammen mit Pires Veloso (pro-faschistischer Kommandant der Militärregion Nord) einen Massenaufmarsch der äußersten Rechten organisierte. Wenige Tage später wurde Sa Carneiro daraufhin von der PSD-Spitze als Parteichef bestätigt, was praktisch einem Sieg Sa Carneiros auf der ganzen Linie gleichkommt; zugleich wurde er auf seinen Wunsch unmittelbar darauf von diesem Amt wieder suspendiert, bis zu einem außerordentlichen Parteitag im Januar, was Sa Carneiro Bewegungsmöglichkeiten nach rechtsaußen offenläßt.

Kurz vor Ablauf des CDS-Ultimatums trat Soares eine Flucht nach vorn an, indem er bekanntgab, im Dezember im Parlament die Vertrauensfrage stellen zu wollen, während er nochmals bekräftigte, eine Koalitionsregierung komme für ihn nicht in Frage. Unklar bleibt, ob Soares die Vertrauensfrage nur wählte, um den Rücktritt seiner Regierung zu bemänteln, oder ob er ernsthaft darauf spekuliert hatte, mit den Stimmen der PCP eine Mehrheit im Parlament zu bekommen. Sei es wie es sei: Die PCP entschied sich jedenfalls dafür, g e g e n die Regierung Soares zu stimmen. Damit war das Ende dieser Regierung besiegelt.

Soares wurde erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Dabei zeichnete sich rasch eine faktische Koalition mit der CDS ab. 93 Mitglieder des erweiterten PS-Vorstands stimmten dafür, 26 vom linken Flügel enthielten sich der Stimme und einer stimmte dagegen („Welt", 19.1. 78). Ende Januar stand dann die neue Regierung, mit drei CDS-Ministern.

Warum kam es zu keiner Koalition mit der PSD, die sich selbst als „sozialdemokratisch" bezeichnet und traditionell der PS eigentlich näher steht als die CDS? Als offizieller Grund werden Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der PCP angegeben. Die PSD lehnt j e d e s Gespräch mit der PCP ab, während die PS – und offenbar wurde das auch von der CDS so akzeptiert – bereit ist, mit der PCP bestimmte Diskussionen zu führen, um die stillschweigende Unterstützung der PCP zu einzelnen Fragen zu erhalten und den Einfluß der PCP in der Arbeiterklasse zu entschärfen.

Es fragt sich aber, ob dieser angegebene Grund für das „Nein" der PSD zur Regierungskoalition wirklich der ausschlaggebende ist, oder ob es

Es fragt sich aber, ob dieser angegebene Grund für das „Nein" der PSD zur Regierungskoalition wirklich der ausschlaggebende ist, oder ob es

nicht in erster Linie darum geht, daß zum einen eine ganz große Koalition (bei der nur die PCP ausgeschlossen bliebe) die PCP als einzige Oppositionspartei enorm aufwerten und stärken würde, und daß zum anderen die PSD als rechtsradikales Sammelbecken in der Opposition im Sinne der Bourgeoisie wirkungsvoller ist als in der Regierung. – Verstärkt wird der rechteste Flügel der portugiesischen Parteienlandschaft zukünftig vielleicht noch durch die PDC, eine kleine, bedeutungslose christdemokratische Partei, deren Stimmanteil bisher nicht für einen Parlamentssitz reichte. Nun hat sich aber Admiral Pinheiro de Azevedo als neuer Vorsitzender dieses Grüppchens angenommen. Azevedo bekam als Präsidentschaftskandidat 1976 immerhin rund 15% der Stimmen. Damals führte er seinen Wahlkampf allerdings unter betont demokratischen und sozialdemagogischen Parolen, während er inzwischen immer häufiger bei den offenen Faschisten gesehen wird. Möglich, daß die Figur Azevedos jetzt der PDC Auftrieb gibt.



„Ein Freund, ein guter Freund..." – Während der Regierungskrise holte sich Portugals Präsident Eanes Rat bei einem Fachmann

Die neue Regierung will den Arbeitern den Gürtel noch enger schnallen

Mario Soares hat der PCP wiederholt vorgeworfen, sie wolle einen „Sozialismus der A r m u t", während seine Regierung einen „Sozialismus des W o h l s t a n d s" wolle. Das gehörte 1976 auch zu den zentralen Wahlkampfthemen der PS. Angesichts der realen Entwicklung wird der Zynismus dieser Parole besonders deutlich: Nachdem von Sozialismus ohnehin nichts zu sehen ist, haben es die Arbeiter inzwischen auch mit einer jährlichen Senkung ihrer Reallöhne zwischen fünf und zehn Prozent mindestens (nach Angaben der „FR", 11.10.77) zu tun. Bei der Inflationsrate (30% jährlich, andere Quellen sprechen von 35 bis 40%) und bei der Arbeitslosigkeit (14 bis 15%) hält Portugal den europäischen Rekord („Süddeutsche Zeitung" vom 21.1.78 und „Guardian" vom 15.10. 77). Das Zahlungsbilanzdefizit (d.h. Export minus Import) lag 1977 bei rund drei Milliarden Mark, was proportional gleichfalls europäischer Rekord ist („Frankfurter Rundschau", 11.10.77).

Portugal ist also auf imperialistische Kredite angewiesen. Hierfür hat der „Weltwährungsfond" in den USA klare Bedingungen gestellt: Dazu gehören weitere Preiserhöhungen, Einfrieren der Lohnsteigerungen auf 15% jährlich (das bedeutet bei 30% Inflation also eine Senkung der Reallöhne um jährlich 15%!), drastische Importbeschränkungen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch Weg„sanierung" von „wirtschaftsschwachen Betrieben" und durch Rationalisierung, Senkung des Zahlungsbilanzdefizits auf zwei Milliarden Mark (in erster Linie durch Importbeschränkungen und Vergünstigungen für die exportierende Industrie). USA, BRD und Japan machen einen Kredit von rund 1,8 Mrd. Mark von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig.

Die neue Koalitionsregierung hat

Japan machen einen Kredit von rund 1,8 Mrd. Mark von der Erfüllung dieser Bedingungen abhängig.
Die neue Koalitionsregierung hat

dementsprechend schon die ersten drastischen Pläne bekannt gegeben:

- **„Kontrolle der Inflation" durch Einfrieren der Löhne.**
- **Preissteigerungen bei Benzin und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln.**
- **„Dämpfung des Wachstums", also Entlassungen und noch höhere Arbeitslosigkeit.**
- **Steuererhöhungen, und zwar Erhöhung der direkten Steuern um 38,4% und der indirekten Steuern um 45,4%; Heraufsetzung der Mehrwertsteuer von zwölf auf 30%; Anhebung der Kfz-Steuer um 35%.**

„Man muß uns wie Lebertran nehmen: unangenehm zu schlucken, aber heilsam", kommentierte Mario Soares diese Pläne („Welt", 30.1.78). Nun, heilsam ganz gewiß, aber es fragt sich doch: f ü r w e n ?!...

Heilsam ganz sicher für die Kapitalisten, denen die neue Regierung in Fortsetzung der bisherigen Politik Zug um Zug ihre nach dem 25. April von den Beschäftigten übernommenen Betriebe zurückgibt. Heilsam sicher auch für die Großgrundbesitzer, denen weiteres Land zurückgegeben werden wird, das zuvor von der Bürgerkriegspolizei den Kooperativen mit Gewalt entrissen werden muß. Heilsam beispielsweise auch für den BRD-Imperialismus, der seinen nach dem 25. April schon fast aufgegebenen Militärstützpunkt bei Beja (Alentejo) jetzt wieder in Betrieb nehmen kann („Welt", 22.11.77).

Die Entwicklung in Portugal bestätigt die historische Erfahrung, daß die Sozialdemokratie ungeachtet zeitweilig verwendeter scheinradikaler Parolen vom Sozialismus in revolutionären Situationen, die Partei der kapitalistischen Restauration und der Konterrevolution ist, und daß sie letzten Endes ganz konsequent beim offenen Bündnis mit der Reaktion landet. Zugleich zeigt sich hier, ähnlich wie in Italien, mit welcher Direktheit und Brutalität sich der Imperialismus in die Entwicklung dieser Länder einschaltet. Der Weltwährungsfond, und nicht das Volk, bestimmt sogar die Regierung.



Der Boden denen, die ihn bearbeiten! – Landarbeiter demonstrieren im Alentejo

Arbeiterbewegung leistet Widerstand

Arbeiterbewegung leistet Widerstand

Seitens der Arbeiterklasse und der Landarbeiter wird der kapitalistischen Restauration ein zäher Widerstand entgegengesetzt. Dazu gehören direkte Widerstandsaktionen gegen die Rückgabe von Kooperativen-Land an die Großgrundbesitzer, Landarbeiter-Demonstrationen im Alentejo, Kampfaktionen gegen die Rückgabe selbstverwalteter Betriebe usw. Im November fand in Lissabon die größte Massendemonstration seit dem 25. April statt, mit rund 300.000 Teilnehmern, was die ungebrochene Kampfkraft der portugiesischen Werktätigen ausdrückt. Ein anderer Ausdruck davon ist, daß die Gewerkschaft CGTP fast völlig von der PCP dominiert wird. Die PS hat, abgesehen von einer sehr kleinen Zahl von Einzelgewerkschaften, in der CGTP nichts zu bestellen.

Die Position der PCP gegenüber der Neubildung der Regierung war:

- entweder Durchführung von Neuwahlen (was bis dahin von der PCP sehr entschieden abgelehnt worden war),
- oder aber Erarbeitung einer Art „Notstandsplattform" zwischen a l l e n „demokratischen" (?) Parteien als Regierungsgrundlage.

Beide Alternativen scheinen indessen nicht mehr realistisch. Die zweite Alternative könnte aber der Taktik der neuen Regierung näherkommen, weil sie eine gewisse Bereitschaft der PCP signalisiert, sich über eine „Plattform" integrieren zu lassen. Vorerst hat die PCP allerdings eine sehr scharfe Kritik gegen die neue Koalitionsregierung geübt.



Nein zum Sozialpakt! Ja zu den Errungenschaften des 25. April!

Neue Linkspartei in Portugal

Einiges zu erwarten ist von der in Portugal im Januar gegründeten neuen Linkspartei UEDS (Union der sozialdemokratischen und sozialistischen Linken). Diese neue Partei scheint vor allem zwei Elemente zu repräsentieren:

- Die PS-Linke um den früheren Landwirtschaftsminister Lopes Cardoso, der 1977 abgesetzt wurde, weil er sich dem Angriff auf die Agrarreform widersetzte.
- Offiziere aus der „Gruppe der Neun". Diese Gruppe versuchte im Herbst 1975 eine Mittelstellung zwischen konservativen und revolutionären Kräften einzunehmen. Faktisch verhalf sie der Konterrevolution zu ihrem Sieg vom 25. November 1975. Diese Gruppe wurde entweder direkt im Zusammenhang des 25. November oder kurz darauf von den Rechten ausgeschaltet.
- Außerdem scheint die neue Partei auch für revolutionäre Offiziere wie Otelo de Carvalho und für zahlreiche Mitglieder der bedeutungslos gewordenen Gruppen der revolutionären Linken ein Anziehungspunkt zu werden.

Im Einzelnen bewegen sich (nach einem Bericht des „extradienst" vom 3.2.78) u.a. folgende Personen im Kreis der neuen Linkspartei:

- Lopes Cardoso und zwei Parlamentsabgeordnete der PS.
- Kalidas Barreto und Jose Luis Gaspar, die beiden prominentesten Gewerkschaftsfunktionäre der PS.
- Melo Antunes, Außenminister in mehreren Regierungen nach dem 25. April, „geistiger Kopf" der „Gruppe der Neun".
- Cesar de Oliveira, nacheinander Mitglied der PCP, des MES und der linkssozialistischen Gruppe Intervencao Socialista; später ein Berater der „Gruppe der Neun".

Als Beobachter bei der Gründungskonferenz der UEDS wurden u.a. gesehen:

konferenz der UEDS wurden u.a. gesehen:

- Vasco Goncalves, Ministerpräsident mehrerer Regierungen nach dem 25. April, im September 1975 aller Posten enthoben, galt (wohl zu Unrecht) als PCP-Mann.
- Otelo de Carvalho, populärster Offizier des 25. April, Mitwirkender am Sturz von Goncalves, nach dem 25. November vorübergehend inhaftiert, Präsidentschaftskandidat der revolutionären Linken 1976.
- Carlos Fabio, stand der „Gruppe der Neun" nahe, verlor seinen Posten als Kommandant der Streitkräfte am 25. November.
- Pezarat Correira, Kommandant der Militärregion Süd bis zum August 1976, Mitglied der „Gruppe der Neun".

Die neue Partei repräsentiert also möglicherweise außer der PS-Linken auch noch fast die gesamte Bewegung der Offiziere des 25. April, deren Spaltung 1975 eine wesentliche Voraussetzung der Rechtswende war.

Der „extradienst" berichtet von Umfragen, wonach die neue Partei es auf 10% bei Wahlen bringen könnte. Diese Schätzung ist eher noch zu niedrig gegriffen, falls sich die UESD in dieser Zusammensetzung konsolidieren könnte. Denn allein Otelo de Carvalho, ausschließlich unterstützt von den Organisationen der revolutionären Linken, konnte es 1976 als Präsidentschaftskandidat auf knapp 17% der Stimmen bringen. Eine neue Partei, die die Traditionen des 25. April – nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Mobilisierung der werktätigen Massen – gegenüber der großen Koalition PS/CDS vertreten würde, könnte sich heute wahrscheinlich noch auf eine weit breitere Basis stützen als Otelo 1976. Falls diese Partei nicht auseinanderbricht, wird sie die portugiesische Parteienlandschaft gründlich verändern.

Türkei

Aufschwung der demokratischen Massenbewegung

Seit einem knappen Monat wird die Türkei von einer sozialdemokratisch geführten Regierung regiert.

Dieser Regierungswechsel war nicht nur eines der „normalen" taktischen Manöver, wie sie im Parlamentarismus üblich sind, sondern an die Regierungsübernahme von Bülent Ecevit haben die Mehrzahl der türkischen Arbeiter und Bauern sehr weitreichende „Hoffnungen" geknüpft. Diese Hoffnungen orientieren sich in erste Linie an Forderungen, die sich gegen die abgetretene Nationalistische-Front-Regierung richteten: Kampf gegen die Faschisten, die sich unter dem Schutz der alten Regierung in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens einflußreiche Posten ergattern konnten, und die ungehindert durch Polizei und Regierung ihre Terrorkommandos wüten lassen konnten; Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung der Türkei vor allem durch den US-Imperialismus; Kampf für menschenwürdige Lebensbedingungen und Abschaffung der noch herrschenden halbfeudalen Herrschaftsstrukturen vor allem auf dem Land; Kampf gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch Ausnahmegesetze.

Dementsprechend wurde der Regierungswechsel in der imperialistischen Welt auch mit gemischten Gefühlen kommentiert: Die unstabile Lage in der Türkei gefährde die NATO; die Türkei stehe vor dem Bankrott, wie soll Ecevit allein damit fertig werden, wenn ihm der Westen nicht unter die Arme greift. Insgesamt hatten die Imperialisten gehofft, daß es zu einer großen Koalition kommen würde. Ecevit selbst hat in seiner Regierungserklärung (wir berichteten im letzten „Arbeiterkampf" darüber) die Wiederherstellung der „Lebenssicherheit" in den Vordergrund gestellt. Diese Schwerpunktsetzung entsprach den breiten Forderungen der Bevölkerung, die es satt hatte, sich von den Faschisten tyrannisieren zu lassen.

Ein Ausdruck dieser Bewegung war eine Massendemonstration und Kundgebung, die kurz nach Ecevits Regierungsübernahme in Istanbul stattfand.

Massendemonstration gegen Faschismus und Imperialismus

Am 15. Januar fand in Istanbul eine antiimperialistische und antifaschistische Demonstration statt, an der 20.000 bis 30.000 Menschen teilnahmen. Organisiert wurde diese Demonstration von dem bisher breitesten Bündnis, das in der Türkei zustande gekommen ist: über 40 demokratische und linke Organisationen und Vereinigungen waren die Träger dieser antiimperialistischen, antifaschistischen und antichauvinistischen Aktionseinheit. Das Bündnis reichte von der revolutionären Linken bis zu den Revisionisten und Organisationen, die sich an ähnlichen Bündnissen bislang noch nicht beteiligt hatten.

In den Hauptparolen wurde die Schaffung einer gemeinsamen Front gegen die faschistischen Provokationen in der Türkei gefordert. Nach der Abschlußkundgebung auf dem Taksim Platz sangen die Demonstranten gemeinsam die Internationale.

Welchen Kräften die Regierung hier gegenübersteht, und vor allem, wie sie den Aufschwung dieser Massenbewegung auch einschätzt, wird am Verhalten der Polizei deutlich: Ein gigantisches Polizeiaufgebot, das selbst während der Demirel-Regierung nicht aufgeboten wurde, behinderte in massiver Weise die Demonstration und die Kundgebung: 20.000 Polizisten (also fast im Verhältnis 1 : 1) „begleiteten" die Demonstration, griffen sich willkürlich Leute heraus, um sie nach Waffen zu filzen. Manche Demonstranten wurden nach bewährtem Kalkar-Konzept bis zu 10mal kontrolliert!

Nach dem Ende der Kundgebung wurde der stellvertretende Vorsitzende der revolutionären Jugendorganisation Devrimci Genclik wegen des Inhalts seiner Rede verhaftet („Cumhüriyet", 16.1.78 und „Kurtulus", 18.1.78).

So wie hier deutlich wurde, daß die neue Regierung andere Vorstellungen vom Kampf gegen Faschismus hat, kann sie sich zur Zeit aber ebensowenig dem Druck entziehen, der von den linken und demokratischen Kräften ausgeübt wird. Es ist deshalb nicht nur Ergebnis eines Partei- und Wahlprogramms, wenn Ecevit mit seiner Regierung Maßnahmen gegen den faschistischen Terror ankündigt (mit denen er sich übrigens noch vor nicht ganz zwei Monaten über die Wahl eines neuen Parlamentspräsidenten geeinigt hatte!), sondern Ausdruck einer breiten Bewegung, die auch bei der Demonstration in Istanbul ihre Kraft demonstriert hat.

Unis werden von Faschisten gesäubert

So werden, beginnend in der sprach- und naturwissenschaftlichen Fakultät der Uni Istanbul, die Faschisten jetzt nach und nach aus den Unigebäuden vertrieben, die sie zum Teil seit mehr als drei Jahren besetzt halten und den Zutritt nur ihren Gesinnungsgenossen „erlaubt" haben.

An der Istanbuler Uni kam es am 19. und 20. Januar zu Auseinandersetzungen zwischen Linken und den einzelne Unibereiche kontrollierenden Faschisten, als die Linken Zutritt zu den besetzten Gebäuden verlangten. Entgegen der früheren Praxis griff diesmal die Polizei jedoch nicht ein. Am 18. Januar räumte die Polizei die sprach- und naturwissenschaftliche Fakultät, nachdem sich die Faschisten zunächst mit Eisenstangen und Stahlkugeln zur Wehr setzten. Insgesamt 21 Faschisten wurden verhaftet, die ebenfalls entgegen bisheriger Praxis nicht wieder sofort auf freien Fuß gesetzt, sondern dem Staatsanwalt vorgeführt wurden und z.T. noch heute im Knast sitzen. Ruhiger – was den Widerstand der Faschisten betraf – verlief die Räumung des Uni-Hauptgebäudes durch die Polizei am 20.1.78. Wohl auch aus ohnmächtiger Wut wurden die Polizisten von den Faschisten als Kettenhunde der Regierung beschimpft. Ansonsten leisteten die Faschisten den Polizisten keinen aktiven Widerstand.

Ebenfalls nicht auf der bisherigen Regierungslinie liegt die Reaktion des Innenministers auf die Ermordung eines linken Lehrers und TÖB-DER-Mitgliedes (TÖB-DER ist ein fortschrittlicher Lehrerverband) durch Faschisten: Als die faschistischen Mörder nicht dingfest gemacht wurden, entließ der Innenminister den verantwortlichen Gouverneur.

Auf diese neue Linie in der Regierungspolitik reagierten die Faschisten mit blinder Wut: Allein seit der Bestätigung der Regierung Ecevit durch das Parlament am 17. Januar wurden mindestens 15 Menschen von Faschisten ermordet. Aber ähnlich wie bereits vor den Parlamentswahlen im Juni des vergangenen Jahres setzten sich die Linken verstärkt gegen diesen Terror zur Wehr. So kommt es wieder häufiger vor, daß Faschisten durch Linke angegriffen und liquidiert werden („Cumhüriyet", 19.1. und 21.1.78).

Kommunistische Partei soll zugelassen werden

Einer weiteren Forderung, der die Regierung Ecevit jetzt nachkommen will, ist die offizielle Zulassung einer kommunistischen Partei. Wie weit diese Forderung letztlich nicht nur bei den Linken verankert ist, sondern auch Gegenstand von Erörterungen in Kapitalistenkreisen (wegen der Massenbewegung!) sind, zeigt die Reaktion des Vorsitzenden des Kapitalistenverbandes Koc, der erklärte: *„Es ist eine Notwendigkeit, daß in der Türkei die eine kommunistische Partei aufgebaut wird, damit man weiß, wer Kommunist ist. In keinem Land der Welt werden so viele Sozialdemokraten als Kommunisten bezeichnet wie in der Türkei..."* („Cumhüriyet", 1.2.78).

Die Regierung und auch die Kapitalisten müssen erkennen, daß sie in der jetzigen Situation nicht umhin können, die zum Teil jahrzehntealten Forderungen der demokratischen und linken Bewegung zu erfüllen, um die Kontrolle über diese Bewegung nicht zu verlieren. Ein Ausdruck davon, wie dieser Regierungswechsel den Linken „Luft" gemacht hat, ist die Gründung der kommunistischen Wochenzeitung „Kurtulus" Anfang dieses Jahres von der gleichnamigen Organisation. Diese Zeitung ist sozusagen als Beginn einer neuen Ära im Klassenkampf in der Türkei zu betrachten.

Wenn darüberhinaus die Regierung einer weiteren jahrzehntelangen Forderung, nämlich die Abschaffung der noch aus Mussolinis Strafgesetz stammenden Paragraphen 141, 142 und 163 nachkommt (diese Paragraphen dienten bisher dazu, linke Propaganda zu verbieten und sahen die Todesstrafe vor!), so zeigt dies an einem weiteren Beispiel den Aufschwung und die Stärke der demokratischen und antifaschistischen Massenbewegung: Entgegen früheren „Demokratisierungen" von oben (wie bei der Verfassungsänderung 1960) liegt in diesem Fall ein Druck der Bewegung vor, der diese Änderungen erzwingt.

Wenn sich heute die Sozialdemokraten in der Türkei gezwungen sehen, sie aufgrund der Breite der demokratischen Bewegung an die Spitze zu setzen, so liegen hier auch die Gefahren, der sich die türkische Linke bewußt sein muß: Die Bewegung damit zu stoppen, und ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen. Wenn allerdings die gesetzten Forderungen verwirklicht werden, dann wäre die Türkei das freieste Land Europas, weit entfernt vom „Modell Deutschland"!

Griechenland/Türkei-Kommission

Zwei Tote bei Gefängnisaufstand

Spanien

UGT: Kredit von amerikanischer Gewerkschaft

Die spanische Wirtschaftszeitung „Actualidad Economica" enthüllte, daß die US-amerikanische Automobilarbeiter-Gewerkschaft bei der Rundreise des spanischen Sozialisten-Führers Gonzalez durch die USA diesem einen Kredit von etwa zwölf Millionen Mark (410 Mio. Peseten) für die sozialistische Gewerkschaft UGT bewilligt habe. Die spanische Außenhandelsbank übernahm in Abstimmung mit dem Finanzministerium dann eine Bürgschaft für diesen Kredit. Das Regierungspräsidium machte zur Auflage, daß für den Kredit nur zu bürgen sei, wenn die UGT die Lohnleitlinien von 22% annehme, die bei dem berüchtigten „Pakt von Moncloa" Ende 1977 zwischen der spanischen Rechtsregierung und den reformistischen Parteien ausgehandelt wurden („El Pais", 24.1.78). Die UGT stimmte für den Moncloa-Pakt! Gegen diesen Lohnsenkungspakt (Inflationsrate = über 30%) haben in den folgenden Wochen und Monaten in Spanien Millionen von Arbeitern gestreikt und protestiert!

Der Kredit von der US-Gewerkschaft ist der zweite bekanntgewordene große Geldsegen für die UGT, nachdem der westdeutsche DGB ebenfalls einen astronomisch anmutenden Kredit gewährt hatte (siehe AK Nr. 119).

Spanien-Kommission

Gonzalez wieder in Bonn

Gonzales, Chef der Sozialdemokratischen Partei Spaniens (PSOE), war Mitte Januar wieder zu einem Staatsbesuch bei seinen Freunden von der SPD. Er sprach u.a. mit Willy Brandt, Helmut Schmidt, Außenminister Genscher und Bundestagspräsident Carstens. Gonzalez ging es in erster Linie darum, aus dem „Entwicklungsfond", den die Bundesregierung für die drei südeuropäischen Länder Spanien, Portugal und Italien bereitgestellt hat, einen möglichst großen Batzen für „sein" Land zu ergattern. Es ist die Rede von 500 Mio. Mark, die zur Verteilung anstehen („El Pais", 18.1.).

Spanien-Kommission

Zwei Tote bei Gefängnisaufstand

Bei einem Brand im Gefängnis von Zaragoza kamen zwei Gefangene ums Leben. Gefangene, die als besonders kämpferisch galten, waren in einen Isolationstrakt gesperrt worden. Aus Protest gegen ihre verschärften Haftbedingungen hatten sie die Inneneinrichtung in Brand gesteckt. Die Aufsichtsbeamten sperrten sofort bei Bemerken des Brandes die Haupttüren ab, so daß die Gefangenen keine Fluchtmöglichkeit hatten. Die zwei Gefangenen, die ums Leben kamen, gehen somit auf das Konto der Gefängnisbeamten! Es wurden zahlreiche weitere Gefangene verletzt, u.a. durch den brutalen Polizeieinsatz, der dem Aufstandsversuch ein Ende machte („El Pais", 31.1.78).

Zur selben Zeit hatten die sozialen Gefangenen von Oviedo ebenfalls alles Brennbare im Gefängnis angesteckt, um auf ihre miserable Situation aufmerksam zu machen. 120 Gefangene hatten zuvor einen Brief an die anarcho-syndikalistische CNT geschrieben, in dem sie die schlechten hygienischen Bedingungen und die fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten im Gefängnis kritisierten („El Pais", 31.1.).

Auch im Gefängnis von Malaga protestierte die Mehrzahl der Gefangenen, indem sie die Inneneinrichtungen des Gefängnisses in Brand setzten („El Pais", 29.1.).

Im Modelo-Gefängnis von Barcelona begingen 150 soziale Gefangene gemeinsam Selbstverletzungen (Schnitte in die Arme usw.), um ihren Forderungen nach Amnestie für alle Gefangenen Nachdruck zu verleihen („El Pais", 18.1.).

Die Aufstandsversuche von Malaga, Oviedo und Zaragoza stehen im Zusammenhang mit der erneuten Ablehnung der spanischen Regierung, eine generelle Strafaussetzung für die sozialen Gefangenen zu bewilligen.

Spanien-Kommission

EIA legalisiert

Das spanische Innenministerium hat Mitte Januar die baskische revolutionäre Organisation EIA – politische Partei von ETA (politisch-militärischer Flügel) – legalisiert. Das Innenministerium hatte die im Statut von EIA festgelegten strategischen Ziele der Errichtung eines unabhängigen, sozialistischen und vereinigten baskischen Staates beanstandet. Zunächst hatte EIA sich geweigert, ihre Statuten zu ändern. Nun hat EIA eine Formulierung gewählt, die von ihrer formalen Seite die Behörden zufriedenstellte (*„Auflösung des Staatsapparates der Bourgeoisie von Euzkadi, mit dem Ziel einen Staat zu bilden"* – „El Pais", 19.1.). Der Generalsekretär von EIA bekräftigte, daß diese Statutenänderung nichts an den ursprünglichen Zielen von EIA, der Bildung eines unabhängigen baskischen Staates, geändert habe.

LAIA und HASI, die beiden Organisationen, die zusammen mit EIA die „Koordination der Baskischen Linken" (KAS) bildeten, wollen ihre Statuten nicht ändern und wurden infolgedessen bisher nicht legalisiert. EIA hat bekanntgegeben, daß sie an den Sitzungen der KAS wegen verschiedener und tiefgreifender politischer Differenzen nicht mehr teilnimmt („El Pais", 19.1.78).

Spanien-Kommission

England

Antikommunistische Propagandazentrale wird reorganisiert

England: Am 27. Januar veröffentlichte der „Guardian" einen Bericht über die Arbeit einer geheimen Propagandazentrale der britischen Regierung, die nach 30 Jahren ‚Arbeit' geschlossen wurde. Dabei handelte es sich um die ‚Abteilung zur Untersuchung von Informationen' (IRD), die dem Außenministerium unterstellt war, deren Existenz und Arbeitsweise jedoch verborgen geblieben war.

Eingerichtet wurde diese Agentur 1947 unter der damaligen Labour-Regierung Attlee als geheime ‚Propagandaoffensive' gegen die Russen sogar noch bevor der CIA eine ähnliche Arbeit aufnahm. Das IRD diente im beginnenden Kalten Krieg der psychologischen Kriegsführung gegen den Kommunismus, wobei die Arbeitsweise etwa folgendermaßen aussah:

Im IRD wurde Informationsmaterial gesammelt, und ‚aufbereitet', das dann Journalisten und Schriftstellern zur Verfügung gestellt wurde. Diese benutzten es dann z.T. nichtsahnend als Hintergrundmaterial für die eigene Berichterstattung.

Zum Personal des IRD gehörten viele Emigranten aus Osteuropa, die wegen ihrer Kenntnisse als auch wegen ihrer besonderen Motivation für eine solche Arbeit eigens angeworben wurden. Allein die Abteilung Sowjetunion wurde zeitweilig auf über 60 Mann aufgestockt.

Der Absatz des Materials vollzog sich hauptsächlich in Ländern der Dritten Welt über Leute, die als Botschaftsangehörige getarnt zu örtlichen Journalisten und Meinungsmachern Verbindung hielten. Darüberhinaus wurden bestimmte antikommunistische Publikationen unterstützt als auch Material an den BBC Weltdienst sowie die gesamte bürgerliche britische Presse geliefert. Über die Adressaten für solche ‚Informationen' gab es geheime Listen. Diese enthielten sowohl Journalisten von sämtlichen ‚seriösen' britischen Zeitungen, als auch Labourabgeordnete und einen Querschnitt des Hauptausschusses des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC!

Bei der diskreten Kontaktaufnahme zu britischen Journalisten wurde denen meist mitgeteilt, es handle sich um Material des Außenministeriums für den diplomatischen Dienst, das man auch ausgewählten Interessenten zur Verfügung stellen könnte – natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Damit das Material nicht in falsche Hände geriet, existierten ‚schwarzen Listen' über politisch unerwünschte Journalisten.

Nach Abflauen des Kalten Krieges wurde versucht, die Aufgabenstellung des IRD zu ändern. Anfang der 70er Jahre entstand eine ‚Gegensubversionseinheit', die Geheimdienstmaterial über die IRA und deren Bündnisorganisationen verbreitete.

Für die ‚Schließung' des IRD nennt der „Guardian" 2 plausible Gründe:
1. Ab 1976 war die Geheimhaltung nicht mehr gewährleistet
2. Der Labourregierung paßten die Verbindungen des relativ unkontrolliert arbeitenden IRD nicht mehr ganz in den Kram: zu den Abnehmern des Materials gehörte auch ein gewisser Brian Crozier, Direktor eines Instituts für Konfliktforschung mit den besten Verbindungen zum CIA und gleichzeitig Beiratsmitglied der faschistoiden „Nationalen Freiheitsgesellschaft" NAFF. Von dieser wiederum bestehen beste Beziehungen zu den reaktionärsten Tory-Kreisen. Gleichzeitig war der letzte IRD-Direktor bekanntes Tory-Mitglied.

Die Arbeit des IRD geht natürlich weiter – in der neueingerichteten Abteilung für Überseeinformation – allerdings etwas besser kontrolliert von der Labourregierung.

Englandkommission

Skandinavien

25. Parteitag der VPK

Schweden: Vom 4. bis 8. Januar hielt die VPK ihren 25. Parteikongreß ab. Dies war der erste Kongreß nach der Spaltung im Februar 1977. Damals hatte eine Minderheits-Fraktion die Partei verlassen, die im wesentlichen die zunehmende ideologische Annäherung der VPK an die Sozialdemokratie kritisierte und gleichzeitig eine engere politische Bindung an den „realen Sozialismus", sprich: an die KPdSU, wiederherstellen wollte. Diese Fraktion gründete die heutige „Arbeiterpartei Kommunisten".

Auf dem 25. Parteikongreß der VPK gab es keinerlei Auseinandersetzung um die Spaltung. Stattdessen wurde in großspurigen Reden die VPK als „die Alternative" zur schwedischen Sozialdemokratie bejubelt. Hinter den großen Worten verbirgt sich jedoch tatsächlich eine wachsende programmatische Annäherung an die Sozialdemokratie und die Übernahme von Allerweltsfloskeln aus dem sozialdemokratischen Repertoire, z.B.: *„Ausgehend von den Traditionen, die in der schwedischen Arbeiterbewegung vorhanden sind, wollen wir den Sozialismus in Schweden aufbauen. Das bedeutet Mehrparteiensystem, Pressefreiheit, Redefreiheit, Meinungsfreiheit."* Als aktuelle Hauptaufgabe benannte der VPK-Kongreß den Kampf gegen die ökonomische Krise in Schweden durch ein „antikapitalistisches Krisenprogramm" (die üblichen Forderungen nach verstärkter Besteuerung der Kapitalisten, Stop für Industrieaussiedlungen, Marktspekulationen usw.).

Die bisherigen Aufnahmekriterien in die Partei sollen abgeschafft, die Aufnahme neuer Mitglieder wesentlich lascher als bisher gehandhabt werden: *„Wir müssen mit der Einstellung brechen, daß ein werdender Kommunist ein fertiger Marxist sein und dessen Lehren gelesen haben muß..."*

Ein Antrag auf Bildung eines VPK-Frauenverbandes wurde vom Kongreß abgelehnt. Dieser Antrag wurde mit dem Spruch erledigt, daß die Frauenpolitik Aufgabe der ganzen Partei sein müsse. Ansonsten wurde der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau auf den Sozialismus vertagt.

Die Debatte über die Atomenergie beinhaltete im wesentlichen Forderungen nach Entwicklung alternativer Energie. Im übrigen wurde erneut die Forderung nach einer Volksabstimmung über das Atomprogramm beschlossen.

Von „Alternative" zur Sozialdemokratie war nicht viel zu merken auf diesem Kongreß .

Skandinavien-Kommission

Prügelstrafe in Großbritannien

Die Diskussion um die Prügelstrafe ist in Großbritannien seit einigen Wochen wieder aktuell. Anlaß ist die Klage eines Mannes vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg. 1972 wurde dieser Mann als Jugendlicher wegen Körperverletzung (er hatte seinen Lehrer geschlagen) zu drei Stockschlägen mit der „Birch" verurteilt. Zwar ist in Großbritannien (GB) das sog. „birching" und alle anderen Arten der „körperlichen Züchtigung" als rechtliche Strafe seit 1948 abgeschafft, aber dieses Gesetz gilt nicht für die Insel „Isle of Man" und andere Kanalinseln. Die Insel ist nämlich innenpolitisch selbständig und hat auch eine eigene Rechtsprechung. Außenpolitisch, und so auch vor dem Europäischen Gerichtshof wird sie jedoch von GB vertreten.

Die Verhandlungen begannen am 17.1. dieses Jahres damit, daß der britische Vertreter eine Verteidigung der Insel ablehnte und dem Gericht erklärte, daß GB auch gegen das Birching sei, denn in GB sei diese Strafe ja abgeschafft. Die britische Regierung glaubt nicht an die Wirkung von Körperstrafen (nach „Times", 18.1.78). Dieses muß man wohl als taktischen Zug der englischen Regierung werten, mit dem die Diskussion nur auf das Birching auf der Isle of Man gerichtet werden sollte und gleichzeitig von der Anwendung der Prügelstrafe in GB abgelenkt werden sollte (davon unten mehr).

Jetzt übernahm der Vertreter der Insel die Verteidigung des Birching. Jack Corrin überreichte dem Gerichtshof eine Unterschriftensammlung mit 31.000 Unterschriften, das sind über die Hälfte der Einwohner, die sich für das Birching auf der Insel ausgesprochen haben („Times", s.o.). Noch am selben Tag wurde von einer Demo mit 4000 Teilnehmern in Douglas (der Hauptstadt der Insel)–ebenfalls für die Prügelstrafe–berichtet.

Hinter diesen Aktionen steht massiv die faschistische „Freiheitsgesellschaft" NAFF, die mit diesen Kampagnen für „Recht und Ordnung" auch in England für ihre Zwecke werben will („Guardian", 25.11.77).

Mit Statistiken – daß die Gewalttaten seit 1974 zurückgegangen seien – will Corrin beweisen, daß das Birching als Abschreckung funktioniert. Seit 1966 sei die Strafe 25mal „erfolgreich" angewendet worden („lt. „Economist", 21.1.), allerdings nur gegen Männer und im Sinne der ‚Humanisierung' des Strafvollzugs seit einem Jahr nur noch (!) auf das bekleidete Hinterteil.

Die bürgerliche Presse rechnet schon jetzt mit einer ‚Verurteilung' der Insel in einigen Monaten. Bis dahin werden die Reaktionäre der Insel weiter ihre Vorstellung von „Menschenwürde" und Freiheit verbreiten können.

Wie das Beispiel der NAFF zeigt, wird auch von den anderen Reaktionären und Konservativen in GB dieser Prozeß zum Anlaß genommen, ihre Vorstellungen zur Durchsetzung von „Law and Order" an die Öffentlichkeit zu bringen. So leiten die Tories (Konservative) gerade eine Kampagne zur „Wiederherstellung von Disziplin" an den Schulen ein. Dazu gehört auch die wirkungsvolle Vermittlung „religiöser, moralischer und politischer Werte" („Guardian", 24.1.). Was hierunter zu verstehen ist, kann man leicht durchschauen. Unter dem Vorwand gegen die Dreistigkeit der faschistischen Jugendorganisation YNF (Young National Front) vorzugehen, die in den Schulen offen gegen farbige Mitschüler hetzt und in einer kürzlich erschienenen Broschüre zu Aktionen und zur Denunzierung von „Roten Lehrern " aufruft, soll kritische politische Arbeit in Schulen von Schülern und Lehrern ganz verboten werden („Guardian", 20. und 21.1.). Wie immer werden Faschisten und fortschrittliche demokratische Kräfte als Extremisten in einen Topf geworfen. Auf diese Weise wird demagogisch die anti-faschistische Propaganda der „Socialist Workers Party" und der „Anti-Nazi-League" gleich mit verboten. Die Nazi-Schweinereien werden dagegen verharmlost, denn *„Schüler sind von Natur aus (?) kritisch"* und *„lassen sich davon nicht beeinflussen"* („Guardian", 20.1.). Damit richtet sich diese Kampagne fast ausschließlich gegen die Linke.

Wie reaktionär das britische Schulsystem ist, wird vor allem deutlich an der Prügelstrafe in den Schulen. So fortschrittlich sich die Vertreter GB's bei den Verhandlungen gegen die Isle of Man auch geben („die britische Regierung glaubt nicht an die erfolgreiche Wirkung der Prügelstrafe", „Times", 18.1.), soviel wird in den Schulen geprügelt. Eine Umfrage hat ergeben, daß etwa 72% aller Lehrer Disziplin in der Schule mit dem Rohrstock (cane), extra angefertigten Lederriemen (belt) und anderen Gegenständen herzustellen versuchen („Guardian", 2.9.77). Es muß betont werden, daß hier wirklich Prügelstrafe gemeint ist, und nicht etwa die an westdeutschen Schulen ebenfalls üblichen Ohrfeigen etc.

Schüler werden zur Austeilung der Strafe entweder vor die Klasse gestellt, wobei meist auf die Hände geschlagen wird, oder sie werden zum Verprügeln zu einem extra dafür bestimmten Lehrer oder zum Direktor geschickt.

In Schottland werden an Haupt- und Realschulen in den ersten drei Klassen ein Drittel der Schüler einmal innerhalb von zwei Wochen geschlagen („Guardian", 23.1.). Durchschnittlich werden an den Schulen Englands 2-3 Kinder pro Tag pro Schule verprügelt. Diese Zahlen über Lehrerbrutalität sind erschreckend, denn sie erfassen natürlich nicht die „nebenbei" ausgeteilten Schläge.

Hinter diese massive Brutalität stellen sich fast alle Lehrerorganisationen und Gewerkschaften.

An der Spitze der Rechtfertiger dieser Gewalt gegen Kinder steht die konservative Nationale Lehrervereinigung (NAS). Ihr Vorsitzender B. Wakefield fand in einem Interview mit dem Guardian die zynischsten und absurdesten Argumente zur Verteidigung der Prügelstrafe: *„Es ist das Recht aller Kinder, daß die, die für sie verantwortlich sind, alles unternehmen müssen, um ihnen im späteren Leben Ärger zu ersparen."* –Also das Recht auf Prügel? Genau das meint Wakefield, und zwar Prügel am besten durch den Lehrer, denn der habe es ja gelernt („Guardian", 23.1.). Für den Sadisten Wakefield sind Prügel die einzige Lösung, mit der „anständige Staatsbürger" herangezogen werden können. Sein Kollege T. Casey schrieb in einem Artikel des „Daily Express" wohl ungewollt über die wahren Gründe für Lehrer zu prügeln: Brutalität und Aggressionen seien nun mal menschlich und darum bräuchten auch die armen Lehrer ein Ventil, um sich abzureagieren. Er gab sogar zu, daß es vielen Lehrern Befriedigung verschafft.Diese Form der Brutalität und Gewalt halte er für „gesund und menschlich" („Guardian", 23.1.).

Die Vereinigung von Lehrern gegen die Prügelstrafe (Stopp) glaubt aufgrund ihrer Untersuchungen, daß die Prügelstrafe in GB eher zunimmt als abnimmt. Dies ist nicht verwunderlich. Statistiken von Stopp zeigen, daß, je mehr Schüler geschlagen werden, desto „undisziplinierter" sie sich auch verhalten. Hier hilft nur noch Zurückschlagen und für eine menschenwürdige Behandlung in den Schulen zu kämpfen. Ob Reformen der Regierung gegen die Prügelwut und Gewalttätigkeit der britischen Lehrer etwas ausrichten kann, ist fraglich.

Im Moment beschäftigt sich gerade das britische Parlament mit einer Beschwerde von Eltern eines geschlagenen Schülers. Bislang ist den Schlägerlehrern und Rektoren immer Recht gegeben worden. Jetzt steht die britische Regierung aber zusätzlich unter dem Druck einer Klage einer schottischen Muttter vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Diese Klage wird nach der „birching"-Klage verhandelt und stellt GB verglichen mit anderen Ländern in schlechtes Licht: GB ist das einzige Land in Europa, das eine solche offizielle Prügelstrafe an Schulen hat.

England-Kommission

Kurzmeldungen

Uranvorkommen – Sicherheit für Auslandsanleihen

Schweden: In einer Radiodiskussion am 25.1. zwischen Palme (Sozialdemokraten) und Staatsminister Fälldin (Centrumspartei) kamen (für die schwedische Öffentlichkeit) neue Fakten ans Tageslicht, die deutlich machen, was von Fälldins angeblicher „AKW-Gegnerschaft" zu halten ist (Fälldin hatte 1976 die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen, für den Stop des schwedischen Atomprogramms zu sorgen). Als Sicherheit für hohe Auslandsanleihen werden die reichen Uranvorkommen Schwedens an andere Länder gegeben. Das ist ein besonderer Hammer, da bislang in Schweden kein Uranabbau betrieben wird. Und Uranabbau ist bislang die weitestgehende Forderung der AKW-Betreiber und von den AKW-Gegnern am heftigsten bekämpft.



Staatsminister Fälldin

Palme, der diese Fakten in der Radiodiskussion auf den Tisch brachte und damit Fälldins „Anti-AKW-Politik" bloßstellte, hatte damit natürlich nicht das Ziel im Auge, den AKW-Gegnern die Augen zu öffnen über Fälldins Schwindelpolitik. Vielmehr geht es ihm darum, auf einen beschleunigten Uranabbau zu drängen, damit Schweden noch größere Auslandsanleihen machen kann.

Skandinavien-Kommission

CIA in Dänemark

Ein dänischer Lehrer berichtete vor kurzem vor einem Untersuchungsausschuß in Kopenhagen über Aktivitäten des CIA in Dänemark. Er berichtete, daß während des Vietnam-Krieges Nordvietnam die Erlaubnis erhielt, ein Informationsbüro in Kopenhagen zu errichten und daß der CIA in den Jahren von 1970 bis 1972 alle Gespräche der Nordvietnamesen belauschte.

Später fand man heimliche Mikrophone in einem Lichtkontakt und auf der Rückseite eines Schranks. Durch Radiowellen wurden die Gespräche auf einem Tonband aufgezeichnet, das der CIA in einer extra angemieteten Wohnung in der Nähe des Informationsbüros aufgestellt hatte. *„Wir haben Beweise dafür, daß das Material vom Tonband an einen Funktionär der politischen Abteilung der amerikanischen Botschaft ging. Sein Name ist David Haper!"* („Extra Bladet", 30.1.78). So der Bericht des dänischen Lehrers.

Skandinavien-Kommission

Eine lohnende Erpressung

Volvos Drohung, die Produktion in Holland einzuschränken, hatte den Effekt, daß die holländische Regierung dem schwedischen Autokonzern eine Unterstützung von 287 Mio. skr. versprach. Der holländische Staat besitzt 45% der Aktien von Volvo Car, die restlichen 55% sind im Besitz von Volvo.

Im vorigen Jahr erhielt Volvo schon einmal einen Subventionsbeitrag von der holländischen Regierung über 200 Mio. skr. Mit dem jetzigen Beitrag sind es also zusammen 500 Mio. Während der 70er Jahre kaufte Volvo 33% der Aktien der damaligen Automobilfabrik DAF, das kostete Volvo 21 Mio. skr. 1974 kaufte Volvo weitere Aktien von DAF, so daß Volvos DAF-Anteil heute 75% beträgt. Insgesamt betrugen die Kosten für dieses Geschäft 170 Mio. skr. Kurz vor dem Aktienkauf von 1974 erhielt Volvo vom schwedischen Staat eine Unterstützung von 400 Mio. skr. Das Holland-Geschäft lohnte sich also für Volvo, es brachte nämlich 900 Mio. skr. ein.

Skandinavien-Kommission

Belgien

Nazi-Kollaborateure sollen zur Kasse gebeten werden

Insgesamt 58.000 Belgier, vorwiegend Kaufleute und kleine Unternehmer, die nach dem Krieg wegen Kollaboration mit den faschistischen Besatzern zu Geldbußen verurteilt worden waren, sollen nach den Plänen des belgischen Finanzministers Geens endlich zur Kasse gebeten werden. Es werden dabei Gesamteinnahmen von 25 Mio. DM erwartet (Stern, 19.1.78).

Bis jetzt war die Eintreibung der Geldstrafen durch den Widerstand der belgischen Reaktion, besonders der stark von Faschisten durchsetzten flämischen nationalistischen Bewegung, verhindert worden.

In diesen Kreisen war der Einmarsch der Nazi-Truppen 1940 begeistert als „Befreiung" gefeiert worden. Paramilitärische Verbände der seit Anfang der dreißiger Jahre in offener Zusammenarbeit mit den Nazis in Belgien agierenden faschistischen Bewegungen beteiligten sich aktiv an der Besetzung. So die sog. „Verdinaso Militanten Ordre", eine der SA nachgebildete Schlägertruppe der „Verdinaso"-Bewegung („Verband der niederländischen National-Solidaristen"), die zusammen mit der „Zwarten Brigade" der VNV („Vlaams National Verbond", faschistische Partei, die 1939 17 Sitze im Parlament erringen konnte) die Kerntruppen der später an der „Ostfront" eingesetzten flämischen SS-Verbände bildeten.

Im wallonischen Landesteil hatte es die faschistische Bewegung „Rex" 1936 auf 21 Abgeordnete gebracht, die Nazis konnten sich bei der Unterwerfung Belgiens auch auf deren Miliz, die „Legion Wallone" stützen. Deren Führer Leon Degrelle brachte es sogar bis zum SS-General (Alle Informationen nach Benjamin/Dethy, „L'ordre Noir", Brüssel 1977). Auch nach dem Krieg gestalteten sich die Beziehungen zwischen Westdeutschen und belgischen Alt- und Neonazis recht herzlich.

Beredtes Zeugnis davon legen die zahlreichen „Veteranen-Treffen" ab:

– Am 2. Juli 77 versammelten sich 250 Ex- und Neonazis im flämischen Langemark, darunter auch die „VMO" („Vlaamse Militanten Ordre" – die Gleichheit der Abkürzung mit der o.g. „Verdinaso Militanten Ordre" ist bestimmt kein Zufall), wo u.a. „Freiheit für Rudolf Hess" gefordert und Hitler-T-shirts verkauft wurden. Der Hintergrund: Langemark war der Name einer an der Ostfront eingesetzten SS-Abteilung (BPA-Bulletin, 9.7.77).

– Am diesjährigen flämischen Nationalfeiertag, der sog. „Ijzerbedevaart", fanden sich in Diksmuide neben sämtlichen Gruppen der flämischen Rechtsradikalen auch die NPD, die Wiking-Jugend und die HIAG ein („Zoeklicht op rechts", 2/77).



Jef van de Wide, Führer der pronationalistischen Gruppe „De Veag"

Daneben gibt es in Flandern eine Reihe teilweise mit staatlicher Hilfe unterhaltener „Erinnerungsstätten" an prominte Nazi-Kollaborateure, so den „SS-Ehren-Park" in Stekene oder den „Verschaeve-Wanderpfad" in Alveringem (Pater Cyriel Verschaeve betreute flämische SS-Banditen, die am Überfall auf die SU beteiligt waren).

Zusammen mit der „gemäßigt"-nationalistischen „Volks-Unie" und der katholischen Rechten (u.a. dem christdemokratischen Hausblatt „De Standaard") starteten diese Kreise immer wieder Kampagnen zu Amnestierung aller Kollaborateure – die letzte 1976 – die bisher allerdings sämtlichst im Parlament steckenblieben. Die Pläne Geens' sind natürlich hier auf erbitterten Widerstand gestoßen, die VMO drohte ganz offen: *„Wenn das so ist*, (daß Geens auch die Nachfahren gegebenenfalls zur Kasse bitten will, d. Verf.)*dann kann Geens noch was erleben!"* (Stern, 19.1.78).

Belgien-Kommission

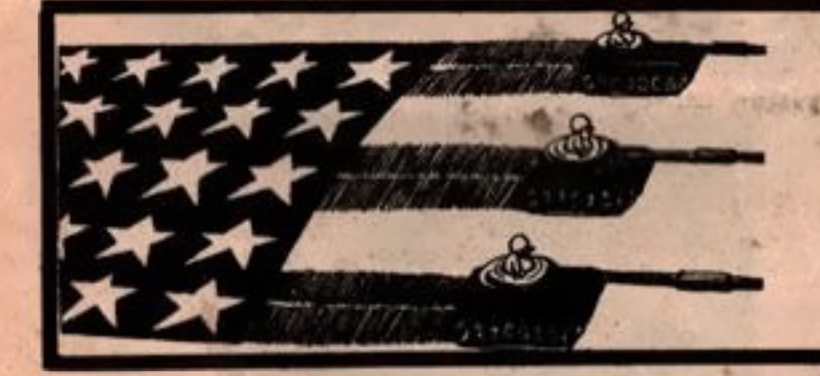
Rassistische Provokation unter Polizeischutz

Im Zuge einer verstärkten rassistischen Hetzkampagne rechtsradikaler Gruppen gegen „die Gastarbeiter" hatte die faschistische flämische Organisation „Vlaamse Militanten Orde" (VMO) für den 21. Januar eine Demonstration unter dem Motto „Fremdarbeiter raus" in Antwerpen angekündigt. Die Wahl des Demonstrationsortes belegt den provokatorischen Charakter dieser Aktion: indem entsprechenden Stadtteil wohnt eine große Anzahl marokkanischer Kollegen und es gibt hier ein bekanntes Zentrum für ausländische Arbeiter.

Gleich nach Bekanntwerden dieser Absicht hatte die Antwerpener „Anti-fascistisch Front" (AFF), in der etwa 20 linke und demokratische Organisationen sich zusammengefunden haben, das Verbot der Demonstration gefordert und zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Als schließlich 40 Organisationen, unter Einschluß der Sozialdemokraten und der christlichen Arbeiterbewegung nebst ihren Gewerkschaften die Verbotsforderungen unterstützten, konnten die Behörden die Forderung kaum noch übergehen. Nach dem Verbot fand sich dann leider in der AFF keine Mehrheit mehr für die tatsächliche Durchführung der angekündigten antifaschistischen Kundgebung; BPA (linker Nachrichtendienst) spricht von einem Boykott der Kundgebung durch die Jungsozialisten unter stillschweigender Duldung durch die Revisionisten und einige „Basis-Sozialisten". So standen den Faschisten, die sich natürlich nicht von dem offiziellen Verbot hatten beeindrucken lassen, nur etwa 200 Antifaschisten gegenüber, vornehmlich Genossen der „ML" und Trotzkisten. Unter dem Schutz der massiv auftretenden Polizei konnten die Faschisten ihre Schmierblätter verteilen und ihre rassistischen Hetzparolen rufen („Für ein Großreinemachen gegen die neue Pest, die Gastarbeiter" usw.). Ein Fernsehreporter belauschte folgenden bezeichnenden Dialog: VMO-Führer Erikson zu dem den Einsatz leitenden Polizeikommissar: *„Ich danke ihnen für ihre korrekte Haltung"*. Antwort des Bullen: *„Ihr habt Gelegenheit bekommen für eure Ziele einzutreten und das finde ich gut so"* (Amada, 25.1.78)!

In Belgien werden die Faschisten ebenso durch den Staatsappparat gedeckt wie in der BRD.

Belgien-Kommission



USA

Amis raus aus' USA Winnetou ist wieder da!

Eines der Ziele der amerikanischen Indianerbewegung ist die Rückgabe oder Bezahlung des ihnen gestohlenen Landes. Dabei konnten sie in letzter Zeit einen ersten Erfolg verbuchen:

– 8,35 Millionen Dollar zahlte die US-Regierung einem Sioux-Stamm aus der Fort Totten Reservation für die Entwendung von rd. 690 qkm Land zwischen 1880 und 1890 (IHT, 3.1.78).

Und weitere Verfahren laufen in allen Landesteilen Nordamerikas:

– Im beliebten Erholungsgebiet Cape Cod im Bundesstaat Massachusetts erhoben Indianer vom Stamme der Wampanoag Ansprüche auf 65 Quadratkilometer Land, auf dem auch die Stadt Mashpee liegt. Am 8.1.78 entschied ein weißes Geschworenengericht, daß die Kläger *„kein gesetzmäßiger amerikanischer Stamm"* seien! (IHT, 9.1.78).

– In Alaska kämpfen die Eskimos gegen die Zerstörung ihrer Lebensbasis durch US-Sportjäger, die rücksichtslos Moschusochsen schießen, nur um deren Köpfe als Trophäen mitzunehmen, und die Flüsse leerangeln. Inzwischen läuft ein Antrag, ein Gebiet von 590.000 Quadratkilometer (größer als Frankreich und Belgien zusammen) zum Schutzgebiet zu erklären (IHT, 3.10.77).

– In Canada erhielten Eingeborene nach 12jährigem Streit für rund 980.000 Quadratkilometer Land im Nordosten von Quebec Ersatzland, besondere Jagd- und Fischrechte und zusätzlich 25.000 Dollar für jeden der 6.500 Cree-Indianer und 4.200 Inuit-Eskimos. Dieser erste derartige Vertrag in neuerer Zeit schafft Platz für ein gigantisches Wasserkraftwerk (IHT, 2.11.77).

USA-Kommission

Gericht gibt Faschisten Freibrief

Durch zwei spektakuläre Gerichtsurteile des Obersten Gerichtshofes im US-Bundesstaat Illinois erhielten die Mitglieder der „National Socialist Party of America" das Recht, durch die Straßen des vorwiegend von Juden bewohnten Vororts Skokie zu marschieren und dabei offen Hakenkreuze u.a.m. zu tragen.

Das Gericht entschied am 27.1.78, daß das Hakenkreuz *„keine Kampfparole"* darstellt und nicht *„so offensiv und friedensbedrohend gegen die Öffentlichkeit (sei), daß das Zurschaustellen gerichtlich untersagt werden kann"* (IHT, 28.1.78). Es sei den Einwohnern von Skokie selbst überlassen, *„dem Gewaltsymbol aus dem Wege zu gehen"!*

Dasselbe Gericht entschied am 30.1.78, daß die Nazis entgegen einer Anklage ehemaliger KZ-Häftlinge aus Skokie das Recht haben, durch Skokie zu maschieren (IHT, 31.1.78). Diese ungeheure Provokation kann nicht geduldet werden! – Dazu bringt George F. Will in der „International Herald Tribune" vom 2.2.78 einen vielversprechenden Kommentar:

„Während des 2. Weltkrieges lebte Sol Goldstein in Litauen, wo die Nazis seine Mutter zusammen mit 50 anderen Frauen in einem Brunnen warfen und lebendig begruben. Heute lebt er in Skokie, wo Nazis am 20. April in Braunhemden mit Hakenkreuzen anläßlich Hitlers Geburtstag demonstrieren wollen.

Die Liberalen berufen sich auf Oliver Wendell Holmes' Ausspruch 'Die beste Prüfung der Wahrheit ist die Kraft des Gedankens, sich im Wettbewerb des Marktes durchzusetzen.' Der Liberalismus ist eine Philosophie, die den wesentlichen Inhalt der Philosophie – nämlich Wahrheit von Irrtum zu trennen – dem 'Markt' überträgt. ... Nach der Logik der Liberalen ist es besser, von Nazis regiert zu werden, als sie (in ihren Rechten) einzuschränken."

Er endet mit der Mahnung, daß die Duldung der Nazis eine totale Umkehr der Grundrechte sei, *„da sie – wenn sie gewinnen – unsere Grundrechte zerstören und dann Leute in Brunnen werfen werden"*.

Ihren Nährboden haben die Nazis in antikommunistischen Flüchtlingen aus Polen, CSSR, Litauen und Lettland, die sich vorwiegend in einer weißen Enklave im Chicagoer Viertel Marquette Park ansiedelten. Dies Viertel ist seit Jahrzehnten als ein Zentrum der Faschisten bekannt; seit den 60er Jahren ist es z.B. Sitz der „Litauischen Hausbesitzer-Organisation", die von ehemaligen Litauischen Faschisten und Nazi-Kollaborateuren geleitet wird, welche nach dem Krieg hierher flohen.

USA-Kommission



„Obersturmbannführer" Frank Collin, er will die Chicagoer Faschisten am 20. April durch Skokie führen.



nahost

Tunesien: Mit dem Frieden ist es vorbei — Generalstreik blutig niedergeschlagen

Am 26.1.78 fand der erste – von der bis dahin absolut regierungstreuen Einheitsgewerkschaft UGTT ausgerufene – Generalstreik in Tunesien seit der Unabhängigkeit vor 22 Jahren statt. Der Generalstreik stellte einen Höhepunkt in den sich seit etwa einem Jahr ständig verschärfenden Widersprüchen zwischen der kürzlich vollends auf einen harten Kurs eingeschwenkten regierenden „Sozialistischen Destour-Partei" und den ständig mehr unter den Druck der Basis geratenen Führern der Einheitsgewerkschaft UGTT dar.

Entsprechend ihrer „harten" Linie startete die Regierung von vornherein Provokationen und ging mit äußerster Brutalität gegen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter vor. In vielen Städten Tunesiens, besonders in Tunis, kam es zu Aufständen und harten Auseinandersetzungen, die von Polizei und Militär blutig niedergeschlagen wurden. Über hundert Tote, noch mehr Verletzte und zahlreiche Verhaftungen waren das Ergebnis.

Die sich am Streiktag explosionsartig entwickelnden Unruhen haben ihre Ursache in der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung, besonders der meist arbeitslosen Jugend. Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung verschlechterte sich in den letzten Jahren ständig; hohe Arbeitslosigkeit, ständig steigende Preise bei gleichzeitigem Lohnstop und die ständig wachsende Unterdrückung jeder oppositionellen Regung gegenüber dem harten Kurs der Regierung und die Arbeiter- und Studentenkämpfe haben dazu geführt, daß die Gewerkschftsführung, die noch vor einem Jahr einen „Sozialpakt" mit Unternehmern und Regierung auf Kosten der Arbeiter abschließen konnte und sich bislang durch die Kontrolle und Unterdrükkung der Arbeiterkämpfe „auszeichnete", sich nun auf Druck ihrer Basis in offenen Widerspruch zur Regierungspolitik begeben hat.

Tunesien galt lange Zeit als eines der „stabilsten" arabischen Länder – im Sinne der Imperialisten. Die tunesische Regierung hat mit ihrem blutigen Vorgehen beim Generalstreik am 26.1. noch einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sie auch zukünftig den Klassenfrieden aufrecht zu halten gedenkt.

Schon gegen die seit September letzten Jahres stattfindende Streikwelle in Tunesien war die Regierung äußerst brutal vorgegangen, was selbst innerhalb der Regierung zu Widersprüchen und zur Absetzung des Innenministers Belkhodja Ende Dezember sowie zur Umbildung der Regierung führte. Schließlich mußten sogar Gewerkschaftsführer Anfang Januar ihre Parteiämter niederlegen um sich angesichts der steigenden Proteste der Gewerkschaftsmitglieder von der offiziellen Regierungspolitik abzugrenzen und um nicht vollends die Kontrolle über die Mitglieder zu verlieren.

Im folgenden wollen wir zunächst die Entwicklung aufzeigen, die zu den harten Auseinandersetzungen am 26.1. geführt haben und dann ausführlicher auf die Ereignisse während des Generalstreiks eingehen.

Die Einheitsgewerkschaft UGTT

Die UGTT ist noch vor der Einheitspartei SDP (Sozialistische Destour-Partei) die stärkste Massenorganisation des Landes. In bestimmten Bereichen wie Eisenbahn und Bergbau sind fast 100% organisiert.

Die UGTT bildet, wie die Frauen-Union, eine der offiziell anerkannten Organisationen; sie haben die Aufgabe, die Politik von Partei und Regierung bei den Arbeitern durchzusetzen und die Arbeiterbewegung unter Kontrolle zu halten. Der UGTT-Führer Achour war Mitglied des Politischen Büros der SDP. Viele Gewerkschaftsführer haben wichtige Parteifunktionen, was ein Ausdruck ihrer bisher praktisch völligen Gleichschaltung ist.

In den letzten 5 Jahren wurde praktisch eine konzertierte Aktion zwischen Regierung, Unternehmerverband und Gewerkschaft betrieben, um die „nationale Entwicklung" zu garantieren, d.h. die bessere Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung zu gewährleisten. Letztes Beispiel für diese Politik war der „Sozialpakt" vom 19.Januar 1977, der den Klassenfrieden für die nächsten 5 Jahre sichern sollte. Dieser Plan sah vor, daß es bis zum April 1978 keine Lohnerhöhung geben sollte, anschließend sollte eine Indexierung der Löhne stattfinden (was im besten Fall ein Reallohnwachstum gleich Null bedeuten würde). Die Gewerkschaftsführung nannte dies einen „Erfolg", weil gleichzeitig mit dem Lohnstop ein Preisstop festgesetzt worden war. Bekanntlich bedeutet ein Lohn- und Preisstop immer, daß die Löhne nicht erhöht werden, während die Preise ungehindert steigen. So sind auch in Tunesien die Lebenshaltungskosten fortlaufend gestiegen. Immer häufiger kam es zu Streiks in verschiedenen Bereichen und Städten. Die Gewerkschaft geriet dadurch in den letzten Monaten immer mehr zwischen zwei Stühle und mußte befürchten, die Kontrolle über die Massenbewegung zu verlieren. Die UGTT-Führung wurde stärker auf einen Konfrontationskurs mit Regierung und Partei getrieben.



(IHT) – Die Regierung läßt sich durch Panzer schützen

Streikaktionen

Schon im September hatte die Gewerkschaft in Sfax versucht, einen Protestmarsch zu organisieren, nachdem der Premierminister Nouira die Gewerkschaft für die wirtschaftliche Situation des Landes verantwortlich gemacht hatte. 11 Arbeiter wurden verhaftet und zu 2-3 Jahren Gefängnis verurteilt („Le Monde", (LM), 14.9.77). In der 2. Oktoberwoche streikten die Arbeiter der Textilfabrik Sogitex in Ksar Hellal, einem der wichtigsten Orte der Sahel-Zone. Seit 3 Monaten forderten die 1300 Arbeiter und Angestellten der Fabrik Lohnerhöhungen und Garantien für ihre Arbeitsplätze, weil die Textilindustrie durch die Schutzzollmaßnahmen der EG in eine Krise geraten ist und tausende von Arbeitsplätzen gefährdet sind. Seit den ersten Streikstunden und der Besetzung der Fabrik wurden die Arbeiter von Regierung und Partei angegriffen; der Fabrikdirektor provozierte die Arbeiter mit Schikanen: „Geldstrafen" und „Strafen für den Schaden der Warenbestände" wurden vom Unternehmer direkt vom Gehalt abgezogen. Nach 4 Tagen wurde der Streik durch Einsatz der Ordnungstruppen niedergeschlagen: Es gab zahlreiche Verletzte und 30 Verhaftungen.

Darauf kam es zu Solidaritätsaktionen und Aufständen in Ksar Hellal und im Nachbarort Moknine, was durch Polizei- und Armeeeinsatz zu einem regelrechten Besatzungszustand in der ganzen Region führte („Afrique Asie" (AA), 31.10.77). Einige Tage vor den Ereignissen von Ksar Hellal hatte ein „Unternehmerkriegsrat" sich im Sitz der UTICA (Industrie- Handels- und Handwerksunion) getroffen und nicht mit Versicherungen gespart, sich die Ordnungstruppen und Regierungsstellen voll verfügbar zu machen, um den Arbeiterprotest zu zerschlagen (AA, 14.11.77).

Ende Oktober entwickelte sich eine Streikbewegung in El-Fouladh, der wichtigsten Stahlindustrie-Einheit und größten Arbeiterkonzentration in Tunesien. Die Bergarbeiter und Angestellten der Phosphatgesellschaft Sfax-Gafsa führten einen totalen Streik durch und die Tankwarte legten in einem Warnstreik die Arbeit nieder (AA, 28.11.77).

Unterstützung der Streiks durch die UGTT

Die UGTT hatte auf einer Versammlung am 25.10. ihre Solidarität mit den Arbeitern von Ksar Hellal bekräftigt. Sie kritisierte die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung und ihr Verhalten gegenüber den Arbeitern, die als einzige Waffe für die Verteidigung ihrer Rechte den Streik hätten.

Nachdem die Gewerkschaft schon vorher Angriffen der Regierung ausgesetzt war, wurden der UGTT und Habib Achour in Parteiversammlungen wahre Kriegserklärungen gemacht. Sie wurden beschuldigt, durch „*ihre Rundschreiben und ihre Zeitung den Boden für illegale Streiks bereitet*" zu haben, „*durch Weitertragen von falschen und anarchistischen Informationen*". Es gab sogar Morddrohungen gegen den Führer Achour.

Nachdem am 7.November dazu eine UGTT-Exekutivbüro-Sitzung stattgefunden hatte, brach eine Welle von Streiks und Demonstrationen aus; in der 2. Novemberwoche fanden in allen Wirtschaftsbereichen der meisten Regierungsbezirke Streiks statt (AA, 28.11.77).

Die Bilanz dieser Kämpfe waren 250 bis 300 Verhaftungen und zahlreiche Verletzte. Am 15. November wurde von der UGTT eine Resolution verabschiedet, in der bekräftigt wurde, daß die Gewerkschaft ihren Zusammenhalt gegen den Druck der Partei nur durch das Aufstellen von berechtigten Forderungen wahren könne. Die UGTT kündigte für Anfang Januar die Tagung des Nationalrates an, um „entscheidende Beschlüsse" zu fassen, falls die Forderungen bis dahin nicht erfüllt seien.

Die jetzige Haltung der UGTT-Führung ist auf den Druck der Arbeiterbewegung und einer starken Gewerkschaftslinken zurückzuführen. Der „Sozialpakt" war in der Gewerkschaft reichlich kritisiert worden. Noch in den Arbeitskämpfen im Mai 1976 hatte sich die Gewerkschaftsführung von den Kämpfen distanziert und die Arbeiter ultimativ aufgefordert, wieder an die Arbeit zu gehen.

Im September hatte Achour nach Gesprächen mit der Regierung beteuert: „*Die Regierung, die Partei und die UGTT arbeiten dafür, das zu stoppen, was eine Differenz schaffen oder nähren könnte, die dem Lande schädlich ist*" („Le Monde", 20.9.77).

Krach in der Regierung

Nicht nur in der Gewerkschaft hat sich die Haltung gegenüber den Arbeiterkämpfen in der Weise gewandelt, daß sie der Meinung ist, mit einer weniger harten Linie, die Arbeiter besser unter Kontrolle zu halten. Ein Vertreter dieser Linie in der Regierung war im letzten Jahr der Innenminister Belkhodja. Lange Zeit galt er als Ultrarechter und Vertreter der harten Linie zusammen mit Premierminister Nouira und dem Parteiführer Mohammed Sayah, dem stärksten Vertreter einer „Verhärtung" und Militarisierung. 1968 hatte Belkhodja als Sicherheitsverantwortlicher die Studentendemonstrationen brutal unterdrückt, und er war verantwortlich für die Schaffung der gefürchteten „Brigaden der öffentlichen Ordnung" (BOP). In der letzten Zeit hatte sich Belkhodja ein „liberales" Image geschaffen, weil er die Polizei mit geminderter Brutalität (gegenüber früher) gegen Streiks und Demonstrationen vorgehen ließ. Kürzlich ließ er die Bildung einer tunesischen „Liga der Menschenrechte" und eines Nationalrats zur Verteidigung der öffentlichen Freiheiten sowie das Erscheinen einer Zeitung der „Liberalen" zu, was seit 1976 verschleppt worden war. Ebenso erlaubte er einer Delegation der Liga der Menschenrechte, 6 Gefängnisse zu besuchen und sich mit den Gefangenen – auch den politischen Gefangenen – zu unterhalten. In einer Debatte in der Nationalversammlung, die im Fernsehen übertragen wurde, hatte er erklärt: „*Es liegt nicht in den Traditionen Tunesiens, eine Politik anzuwenden, die darin besteht, die Bürger mit Polizeigewalt und Repression zu behandeln ... Man muß die wirklichen Probleme wie Beschäftigung, Wohnsituation, Gesundheitswesen und Unterrichtswesen sehen und dort nach Lösungen suchen*" (L.M, 8./9.1.78). „*Eine solche Haltung war nicht mehr zulässig*", kommentierte der Parteiführer Sayah.

Am 23.Dezember, während Belkhodja in Frankreich war, wurde er kurzerhand abgesetzt. Um 11 Uhr empfing Bourguiba den Premier Nouira, um 12.30 Uhr setzte dieser den Verteidigungsminister Farhat ein, der vorübergehend als Innenminister fungieren sollte und begab sich sofort mit ihm ins Büro Belkhodjas. Diese Eile ist bezeichnend. Der Hauptmann Zine El Abidi Ben Ali wurde als Sicherheitschef ernannt, ein anderer Militär übernahm die Kontrolle des Nachrichtenwesens (LM, 29.12.77 und 10.1.78) – der Regierung war ihre eigene Aktion scheinbar nicht geheuer. Als Reaktion auf die Entlassung traten in der folgenden Woche Außenminister Schatti, Wirtschaftsminister Lasram, Gesundheitsminister Kooli, der Minister für Beziehungen zur Nationalversammlung sowie der Staatssekretär für Verteidigung, Bennour, zurück, die die „gemäßigte" Tendenz in der Regierungspolitik mit unterstützten. An ihre Stelle wurden Minister eingesetzt, die ein hartes Auftreten gegenüber der UGTT befürworten. Es ist also insgesamt mit der Anwendung härterer Methoden zu rechnen.

Proteststreiks trotz Drohungen

Nach der Regierungsumbildung rief die UGTT zu einer Reihe von Proteststreiks auf. Premier Nouira hatte vor Streiks und Straßenkämpfen gewarnt und erklärt, die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Situation lasse sowieso keine Lohnforderungen zu. Am 19. Dezember führten die 7000 Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn einen 1tägigen Streik zur Bekräftigung der Lohnforderungen durch (LM, 21.12.77); die UGTT erklärte, daß am 30.Dezember 13000 Arbeiter der Phosphatminen von Gafsa und Kalaa Djarda in unbegrenzten Streik treten würden und die Eisenbahner ab 2.Januar für 3 Tage streiken würden. Bei den Bergarbeitern würde an einem Tag ein Generalstreik durchgeführt werden („Guardian", 29.12.77).

Am 4.Januar fanden 2 Protestdemonstrationen der in der Landwirtschaft Beschäftigten statt, die von den BOP aufgelöst wurden. Insgesamt waren in diesem Bereich 6000 im Streik.



Die Streikenden lassen ihren Protest am Parteibüro der SDP aus

Keine „gütliche" Einigung

Die Einheitspartei hatte am 19.11. auf die Forderungen der Gewerk-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 46

schaften mit der Schaffung von 11 Arbeiterkommissionen unter Beteiligung von UGTT-Vertretern geantwortet, die von Ministern geleitet werden sollten, die Kommissionen erhielten die Aufgabe, die Gewerkschaftsforderungen zu „prüfen". Der Gewerkschaftsführer erklärte zu dieser Hinhaltetaktik der Regierung später: *„Die Verhandlungen waren besonders hart bezüglich Eisenbahn und Phosphatbergbau. Nach einem erneuten Streik der Bergarbeiter von 3 Tagen sind wir wiederum mit dem Generalsekretär der Regierung zu einem Grundsatzabkommen gelangt. Aber da er zurückgetreten ist, wird er ersetzt. Und uns wird jetzt gesagt, wir müssen wieder geduldig sein und wieder diskutieren. Für uns ist die Zeit der Diskussionen vorbei"* (LM, 29.12.77).



Während des Ausnahmezustands werden zwei Tunesier verhaftet

Schließlich legte Achour Anfang Januar seine Ämter im Politbüro und im Zentralkomitee der SDP nieder und begründete dies gegenüber dem Präsidenten mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Sein Rücktritt von diesen Ämtern war von allen Delegierten, die auf dem Nationalrat der UGTT am 8.1. Stellung bezogen hatten, gefordert worden (LM, 10.1.78). Am 11.1. trat ein weiterer Gewerkschaftsführer, Kheireddine Salhi, aus dem Zentralkomitee der Partei aus. So begrüßenswert diese Schritte der Gewerkschaftsführer sind, so haben sie doch ihre Grenzen. Achour erklärte, daß er damit auf keinen Fall die SDP zum Feind erklären wolle, da die SDP zusammen mit der UGTT jahrelang für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft habe. Außerdem habe die UGTT keine politischen Ziele; sie wolle Nouira auf keinen Fall die Macht nehmen . . . (LM, 10.1.78).

Erster Generalstreik seit 22 Jahren

Nach dem Rücktritt Achours von seinen Parteiämtern starteten Polizei und rechte Kräfte Provokationen: So brach die Polizei in Lokale der Gewerkschaft ein („Neue Züricher Zeitung" (NZZ), 28.1.78); am 22.Januar wurde in Kairouan der Sitz der UGTT verwüstet. Ähnliche Zwischenfälle hatte es auch in den Tagen davor in mehreren anderen Regionen gegeben. Die Regierung behauptete, dies seien Aktionen von Gewerkschaftern selbst, die sich von ihren „abweichlerischen" Führern verraten fühlten.

Nach der Festnahme mehrerer Gewerkschaftsvertreter rief die UGTT am 22.1. zu einem 24stündigen Generalstreik auf, der dann am 26.1. stattfand. Es war der erste Generalstreik überhaupt in Tunesien seit der Unabhängigkeit vor 22 Jahren.

Schon am frühen Morgen des 26.1. wurden die Ordnungstruppen in verschiedenen Stadtteilen von Tunis aufgestellt; zahlreiche Geschäfte hatten geschlossen. Die Regierung hatte die Arbeiter wichtiger Dienstleistungs- und Industriebetriebe gewarnt, bei einem Streik hätten sie Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren zu erwarten. Dennoch wurde der Streikaufruf gerade im öffentlichen Transportwesen stark befolgt.

Im Zentrum von Tunis hörte man schon morgens Tränengasgranaten, mit denen die Menschenansammlungen auseinandergetrieben wurden, die sich dann aber ein paar Straßen weiter gleich wieder versammelten. Es kam zu blutigen Straßenschlachten mit der Polizei, außer in Tunis auch in Sousse, Gabes, Kasserine, Kairouan und Sfax. Selbst die Regierung sprach von fast 40 Toten und 325 Verletzten. Tatsächlich betrug die Zahl der Toten mindestens 100 (NZZ, 29./30.1.78), während die linke libanesische Zeitung „As Safir" sogar von 470 Toten sprach (lt. „Welt", 1.2.78). Viele Geschäfte und Häuser wurden durch Brände zerstört.

Die Regierung rief noch am Donnerstag den Ausnahmezustand aus und verhängte eine Ausgangssperre von 18 bis 5 Uhr. An strategisch wichtigen Punkten der Hauptstadt patrouillierten am 27.1. Polizisten und Militärs, Panzer sicherten die Straßenkreuzungen und Regierungsgebäude („Frankfurter Rundschau", 28.1.78). Der Hauptsitz der UGTT wurde besetzt.

Düstere Perspektiven

Der Premierminister erklärte, der Streik habe *„jeden legalen Charakter"* verloren, weil er über die *„Verteidigung der Berufsinteressen"* hinausgehe (LM, 27.1.78). Die Regierung kündigte an, sie werde sich *„all derer entledigen, die unter dem Deckmantel der Demokratie einen Aufstand entfachen"*. Die Sicherheitskräfte seien mit *„schweren Waffen"* (?, Steine, Stöcke) angegriffen worden, die man in *„gewissen Gewerkschaftsbüros"* gesammelt habe („Süddeutsche Zeitung", 28./29. 1.78). Damit sollen die Maßnahmen der Regierung gerechtfertigt und die Gerwerkschaft für die Toten verantwortlich gemacht werden.

Mehrere Hundert wurden verhaftet. Darunter befinden sich 10 von 14 Vorstandmitgliedern der UGTT. Der elfte, Abderrazzak Ghorbal, auch Mitglied des Zentralkomitees der Partei, war schon am 24. Januar verhaftet worden; der Gewerkschaftsführer Achour wurde unter Hausarrest gestellt. Die restlichen beiden Vorstandsmitglieder, die Brüder Abid, hatten sich von den Vorgängen im Streik öffentlich distanziert. Inzwischen wurden schon 70 bis 100 Demonstranten in Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen zwischen 3 Monaten und 2 Jahren verurteilt („Welt" und SZ, 1.2.78). Gegen vier Parlamentarier wurden Schritte eingeleitet, um ihre Immunität aufzuheben. Sie gehören zum Vorstand der UGTT und waren mit verhaftet worden. Inzwischen kündigte der Premierminister eine Neustrukturierung der Gewerkschaft an, was auf eine völlig regierungshörige Gewerkschaftsspitze hinauslaufen wird. Die Regierungspolitik im Wirtschafts- und Sozialbereich solle dagegen beibehalten werden. Man kann sich jedoch nicht vorstellen, daß die Arbeiter dies ohne Protest hinnehmen werden, nachdem sie schon monatelang im Kampf stehen und weit radikaler als ihre Gewerkschaftsvertreter sind.

Nahost-Kommission

Marokko: Erklärung der politischen Gefangenen

Im ARBEITERKAMPF 120 hatten wir über den Hungerstreik der politischen Gefangenen in Marokko berichtet. Der Hungerstreik wurde am 24.12.77 beendet. Inzwischen hat uns eine Erklärung erreicht, die die politischen Gefangenen im Zentralgefängnis von Casablanca schon am 8. November, also zu Beginn ihres Hungerstreiks, abgegeben haben. Die Erklärung enthält am Schluß folgende Forderungen der politischen Gefangenen:

Unsere Forderungen:

1. Abschaffung aller Formen der Unterdrückung und Verfolgung, die die Gefängnisverwaltung ausübt, d.h. der Folterungen, der Beraubung der Kleidung, der Isolation ohne Essen. Abschaffung der geheimen Kerkerhaft, Abschaffung der polizeilichen Entführungsaktionen, Beendigung der Schikanen und Pressionen gegen unsere Familien.

2. Zusammenlegung von Abraham Serfaty mit seinen Genossen, mit denen er zusammen verurteilt wurde, und Beendigung aller Formen der Verfolgung, der er ausgesetzt ist.

3. Beendigung aller Formen der Unterdrückung und Verfolgung, denen unsere Genossinnen im Zivilgefängnis von Casablanca ausgesetzt sind, und Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen.

Die Punkte 4 - 12 betreffen die Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Aufhebung der Zensur für Bücher und Zeitungen sowie für Briefe, die Erlaubnis von Transistorradios, Möglichkeiten, Schule und Studium weiterzumachen, Verbesserung der Besuchsmöglichkeiten, vor allem Besuchserlaubnis für die Anwälte, Verbesserung des Essens und der Kleidung und Erlaubnis einer Heizplatte („Maghreb Press", Dezember 1977).

Wie schon berichtet, mußte der Hungerstreik abgebrochen werden, ohne daß die Forderungen erfüllt wurden. Er wurde jedoch nicht am 17., sondern erst am 24.12. beendet, wie die „Kampfkomitees gegen die Repression in Marokko" richtigstellten. Sie erklärten, der Hungerstreik sei dennoch als erfolgreich zu bewerten, was die Länge und konsequente Durchführung des Hungerstreiks betrifft, ebenso wie die Entsendung einer Delegation von internationalen Vereinigungen.

Die Untergrundzeitung „Al Ikhtiar-el-Thawri" des radikalen Flügels der ehemaligen UNFP (Sozialdemokraten) verurteilte die Ruhe, die von Regierungsseite wie von seiten der legalen Oppositionsparteien zum Hungerstreik herrschte. Erst nach dem Tod von Saida Nenebhi habe die USFP reagiert. Dagegen war über die Amnestie von 236 Häftlingen – darunter nur 38 politischen Häftlingen – breit berichtet worden. Verschwiegen aber wurde zum Beispiel, daß einer der freigelassenen politischen Gefange che Ben Moussa, einige Tage später an den Folgen der Folter starb.

Verschwiegen wurde ebenfalls, daß zur Zeit der Amnestie 107 weitere Häftlinge, die im Mai 1977 verhaftet worden waren und sieben Monate in „Spezialvillen" gefoltert wurden, vor das Kriminalgericht in Casablanca gestellt wurden („Afrique Asie", 9.1.78)!

Nahost-Kommission



lateinamerika

Nicaragua: Somoza-Clan kurz vor dem Ende

Die breiten Proteste und Demonstrationen, die nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Pedro Joaquin Chamorro in Nicaragua durchgeführt wurden (vergl. AK 121), haben weiter zugenommen.

Nachdem Mitte Januar rund 30.000 Menschen aus der Beerdigung Chamorros eine riesige Protestkundgebung gemacht hatten und teilweise militant gegen Fabriken und Gebäude, die dem Präsidenten-Clan Somoza gehören, vorgegangen waren, wurden die Aktionen durch einen landesweiten Generalstreik weitergeführt. Die Hälfte aller Berufstätigen des Landes (2,5 Mio. Einwohner), Tankstellenbesitzer, Ärzte, Lehrer, Bankangestellte, Baumwollarbeiter traten in den Streik. Rund 80% aller Laden- und Firmenbesitzer nahmen an dem Streik teil. Berufsverbände der sogenannten nationalen Bourgeosie (Industrie, Bauunternehmer, Einzelhändler) reichten eine Bittschrift bei Somoza ein, er möge die Aufforderung der Oppositionsparteien nach seinem Rücktritt *„wohlwollend prüfen"* („SZ", 26.1. und 31.1.78). Angehörige von ermordeten oder verschwundenen Bauern besetzten das Gebäude der UNO-Delegation in Managua. (Die Nationalgarde – eine Privatarmee des Somoza-Clans – hatte in den letzten Jahren bei der angeblichen Jagd auf die Guerilleros der Sandinistischen Befreiungsfront immer wieder grausame Massaker in den Bauerndörfern angerichtet).

Der Generalstreik wurde von einem „nationalen Streikkomitee" geleitet, das aus Vertretern der Arbeiter und Bauern, der Wirtschaftsvereinigungen und der politischen Opposition zusammengesetzt ist.

Die breite Beteiligung an der Protestbewegung gegen Somoza, faktisch bis in die nationale Wirtschaftsspitze hinein, zeigt die totale Isolation der Somozaclique. Die Regierungsmethoden der Somoza-Diktatur sind einfach dermaßen korrupt, ihr Wirtschaften in die eigene Tasche ist dermaßen offensichtlich, daß diese Regierung auch für die Bourgeoisie im Lande nicht mehr tragbar ist.

Ähnliches gilt für den US-Imperialismus, mit dessen Hilfe der Somoza-Clan in den 30er Jahren an die Macht gekommen war, und der die Somozas beständig und zuverlässig unterstützt hatte. In den letzten 15 bis 20 Jahren zahlte der US-Imperialismus den Somozas jährlich 3 Mio. Dollar für Waffenkäufe und 20 Mio. Dollar extra zur Finanzierung der Nationalgarde. Insgesamt hatten die Somozas von 1972 bis 1976 246 Mio. Dollar aus nordamerikanischen Steuergeldern erhalten, darunter auch 3 Mio. Dollar Nothilfe nach dem katastrophalen Erdbeben in Managua 1972. Eine Nothilfe, die aber – was selbst von der bürgerlichen Presse nicht bestritten wird – ausschließlich in die Taschen der Somozas floß, während die Nationalgarde Befehl hatte, auf jeden „Plünderer", d.h. die hungernde Bevölkerung, ohne Warnung zu schießen.

Im Rahmen der wachsenden Opposition in Nicaragua und der zunehmenden Isolation der Somoza-Regierung fand im Juni 1976 vor dem US-Kongreß ein Hearing über Nicaragua statt, bei dem über das Regime aufklärt wurde, *„wie es die Somozas zusammen mit nordamerikanischen Militärberatern und den Managern einiger US-Konzerne in Nicaragua betrieben."* („SZ", 31.1.78). Carters Menschenrechtskampagne erforderte dann eine noch etwas deutlichere Distanzierung von diesem Regime. Die Militärhilfe wurde 1977 gekürzt, Militärberater und Spezialtruppen der Rangers zumindest teilweise abgezogen.

In Geheimgesprächen mit dem Regierungschef Anastasio II. Somoza soll Carters Lateinamerika-Experte Todman den Rücktritt der Somozas bis 1981 ausgehandelt haben. Bis dahin wäre Zeit genug geblieben, einen neuen Präsidentschaftskandidaten „aufzubauen", der mit weißerer Weste als Somoza für die Erhaltung des US-Einflusses und der Stabilität im Lande hätte garantieren können.

Die Ermordung Chamorros und die dadurch sprunghaft angewachsene Protestbewegung passen von daher schlecht ins Konzept. Todman hat jedenfalls seinen für Anfang Februar vorgesehenen Besuch in Managua abgesagt, es ist zu offensichtlich, daß der Somoza-Clan jetzt – auch nicht vorübergehend bis 1981 – nicht mehr zu halten ist. Allem Anschein nach hat der US-Imperialismus aber bis jetzt keine Alternative, auf die er direkt setzen kann.

Die Ermordung Chamorros und die bis jetzt aufgedeckten Hintermänner des Mordes lassen darauf schließen, daß hinter den Kulissen bereits das Gerangel um die Nachfolge Somozas begonnen hat:

Vier Tatverdächtige wurden inzwischen verhaftet, einer von ihnen hat drei Drahtzieher des Mordes genannt, die 100.000 Dollar für die Tat gezahlt haben sollen: der ehemalige Präsident der staatlichen Entwicklungsbank Zelaya, der Parlamentspräsident Hueck und der Exil-Kubaner (!) Ramos, seines Zeichens Geschäftsführer von Somozas Firma „Plasmafersis" (diese Firma zapft arbeitslosen oder verarmten Nicarguensern Blut ab, um es dann mit hohem Gewinn in die USA zu exportieren). Zumindest Hueck könnte direkt von der Ermordung Chamorros profitieren, da er bei einem vorzeitigen Rücktritt Somozas als Parlamentspräsident unmittelbarer Nachfolger wäre. Der ganze Sumpf dieser Affäre ist heute noch nicht durchschaubar, die Beteiligung des Exil-Kubaners Ramos läßt z.B. auch darauf schließen, daß exilkubanische Gruppen möglicherweise am Randfeld des CIA ihre Hände im Spiel haben.

Für die oppositionelle Bewegung und vor allem für die Revolutionäre stellt sich die Frage, inwieweit die Ablösung der Somozas zur Durchsetzung eines tatsächlichen demokratischen Prozesses genutzt werden und das bloße Auswechseln von Figuren in der Regierung verhindert werden kann (vergl. dazu und zu den Strömungen innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront AK 121).



Freunde nehmen Abschied von Joaquin Chamorro, der seit Jahren gegen den Somoza-Clan kämpfte und im Januar ermordet wurde

Lateinamerikakommission

Bolivien: Arbeiterbewegung erkämpft Zugeständnisse

Am Mittwoch, dem 18. Januar, gab Banzer seine starre Haltung gegenüber dem Hungerstreik von über 1.200 Angehörigen politisch Verfolgter auf und kündigte Zugeständnisse an: 348 im Exil lebende Oppositionelle werden amnestiert. Nach Informationen aus Regierungskreisen soll die jetzt angekündigte Amnestie für politische oder gewerkschaftliche Tätigkeit im Inland oder Ausland gelten. Auch die nach Streiks entlassenen Bergarbeiter sollen wieder eingestellt werden. Die festgenommenen Hungerstreikenden werden freigelassen. Das vor drei Jahren verhängte Organisationsverbot für Gewerkschaften wurde aufgehoben.

Diese Ankündigung in La Paz kam nur 24 Stunden nach der Festnahme Hunderter von Personen, die sich an dem Hungerstreik beteiligten. Der Streik begann am 29. Dezember; mit ihrem Protest wollten die Demonstranten eine Amnestie, die Aufhebung der weitreichenden Sicherheitsgesetze gegen politische Gegner und ein freies Wirken der Bergarbeitergewerkschaften erreichen.

Direkt nach der Festnahme der Hungerstreikenden traten die Arbeiter in den Zinnbergwerken in einen 24-stündigen Streik. Am nächsten Tag folgten die Journalisten mit einem eintägigen Streik, von dem alle Zeitungen und die privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten betroffen waren.

Die Regierung Banzer hatte offensichtliche Schwierigkeiten, auf die Protestbewegung zu reagieren, Für Banzer ist ein einfaches Zerschlagen der Opposition mit Hilfe von Polizei und Militär problematisch – würde hierdurch doch der ganze breit angekündigte „Demokratisierungsprozess" in Frage gestellt. Außerdem reagierten die Betroffenen auf die vorgenommenen Verhaftungen nur mit einer weiteren Radikalisierung. Wesentliche Forderungen wie die Räumung der Minen von den Militärs und Aufhebung der Sicherheitsgesetze sind auch nach den letzten Zugeständnissen nicht erfüllt, und weitere Kämpfe sind zu erwarten („SZ", 20.1.78).

„Demokratisierung" in Bolivien

Noch im Juni des vergangenen Jahres hatte General Banzer eine Rückkehr Boliviens zur Demokratie – einer „heuchlerischen Staatsform" – kategorisch ausgeschlossen. In einer Ansprache vor Arbeitern sagte Banzer: *„Alle diejenigen, die uns den Rückweg zur Demokratie empfehlen, durch die soziale Ungerechtigkeit nur verewigt wird, sollten ihre Hoffnung aufgeben"* („SZ", 11/12.6.77). Nur wenige Monate später kündigte Banzer „freie Wahlen" und eine Rückkehr zu Verfassung und Demokratie an. Das Verbot politischer Betätigung, das seit November 1974 in Kraft war, wurde zum November 77 wieder aufgehoben.

Sehr schnell wurde allerdings klar, daß Banzers Demokratie in der Tat nur eine „heuchlerische Staatsform", eine demokratischere Fassade für genau das gleiche Terrorregime ist. Ende August wurden Massenentlassungen in Potosi (Silberbergwerke) vorgenommen; mehrere, darunter auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wurden willkürlich festgenommen; Ende Oktober wurde ein Journalist, F. Caballero, verhaftet. Caballero ist Mitarbeiter des Senders „Stimme der Minenarbeiter", er wurde verhaftet, als er gerade das Zinnbergwerk „Siglo XX" besuchte. Über die Reaktion des Regimes auf die Hungerstreiks wurde bereits berichtet.

Diese „neue" Politik Banzers muß außenpolitisch als Zugeständnis an US-Präsident Carters „Menschenrechtskampagne" gewertet werden, die sich bemüht, den von den USA unterstützten Diktaturen ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen.

Innenpolitisch ist diese Politik für die Regierung allerdings nicht unproblematisch: Es gibt keinen Grund, warum sich die bolivianische Arbeiterklasse, vor allem die Minenarbeiter, mit ein paar frommen Sprüchen abspeisen lassen sollten. Die Hungerstreikaktion und die letzten Streiks zeigen, daß die traditionell sehr starke Kampfkraft der bolivianischen Arbeiterbewegung, die seit der Revolution 1952 vor allem in den Bergwerksgebieten immer wieder – auch gegen die brutalste Repression – massive Kämpfe geführt hat, ungebrochen ist. Die Eskalation der letzten Kämpfe zeigt, daß die Arbeiterbewegung bereit und in der Lage ist, auch kleinste Zugeständnisse für den weiteren Kampf um ihre Rechte zu nutzen.

Wohl auch gerade deshalb ist selbst Banzers Form der „Demokratisierung" unter den Militärs umstritten. Im Herbst scheiterte ein Putschversuch von Militärs der äussersten Rechten, der sich gegen die „Demokratisierung" richtete. Banzer konnte seine eigene Stellung innerhalb des Militärs aber mit allerlei Tricks weiter ausbauen.

Nachdem politische Gegner und militärische Rivalen ihn beschuldigt hatten, er wolle seine bereits sechsjährige Herrschaft mit manipulierten Wahlen verlängern, erschien General Banzer am 1. Dezember auf dem Bildschirm und erklärte mit feuchten Augen, daß er beim bevorstehenden Urnengang nicht kandidieren werde. Dann beantragte er seine Versetzung in die Reserve. Er forderte rund fünfzig hohe Offiziere auf, seinem Beispiel zu folgen und für einen Generationswechsel zu sorgen. Nachdem die Offiziere durch junge, ihm genehme ersetzt worden waren, folgte Banzer seiner „Patriotischen Pflicht", auf vielfachem Wunsch der Bevölkerung und des Militärs versteht sich, und übernahm wieder die militärische Führung. Allgemein wird damit gerechnet, daß Banzer seinen „unwiderruflichen Entschluß", nicht zu kandidieren, rechtzeitig vor den Wahlen revidieren wird („FR", 30.12.77).

Lateinamerikakommission



Bolivianische Bergarbeiter im Streik

Terror auch im „demokratischen" Kolumbien

Wir erhielten vom „Komitee zur Unterstützung politischer Gefangener" einen Brief eines kolumbianischen Genossen, der über die Umstände seiner Verhaftung und Folterung berichtet. Wir wollen im folgenden Ausschnitte aus diesem Brief – der aus dem Knast kommt – veröffentlichen, vor allem um zu zeigen, wie es in einem Land zugeht, daß für lateinamerikanische Verhältnisse angeblich „demokratisch" regiert wird.

„In diesem Brief möchte ich über meine Erlebnisse berichten, um die Öffentlichkeit über die Mißachtung der Menschenrechte in Kolumbien zu informieren. Am 9.9.77 wurden Omaira Montoya Henao und ich von Zivilbeamten der Kolumbianischen Geheimpolizei festgenommen. Auf unsere Forderung hin, sich zu identifizieren, haben sie mit Schlägen und Fesselung durch Handschellen geantwortet. Da um diese Zeit viele Leute auf der Straße waren, haben wir laut unsere Namen geschrien, sowie die Information über unser politisches Engagement. Wir baten die Leute, unsere Festnahme so schnell und so gestreut wie möglich zu verbreiten. Wir hatten damit Erfolg, denn viele Leute begannen sich Notizen zu machen und gaben uns Zeichen, daß sie uns verstanden hatten. Trotz der Schläge ins Gesicht und auf den Magen, war es mir möglich, die notwendigen Informationen oft herausschreien zu können. Mit diesem Verhalten bewirkten wir, daß unsere Festnahme, Folterungen oder möglicher Tod nicht im Dunkel bleibt, wie es oft der Fall war, mit Revolutionären in unserer Heimat, die von der Geheimpolizei festgenommen wurden. Meine Situation war noch schlimmer, da ich von der Polizei wegen meinen politischen Tätigkeiten bereits gesucht worden war ..."

Im weiteren berichtet der Genosse über Folterungen kurz nach seiner Festnahme. Um ihn zu Aussagen über die ELN (Nationale Befreiungsarmee) zu bewegen, wurde er geschlagen, gewürgt, Scheinerschießungen durchgeführt etc... Über seine Freundin erfuhr er lediglich noch, daß sie bei der Festnahme geflohen sein soll. Nach fünf Tagen Folter durch das Militär wurde er dem Richter vorgeführt:

„Ich erklärte den Richter sofort über die Unrichtigkeit dieser Angabe auf und beschrieb ihm die Prozedur unserer seelischen und körperlichen Folterungen im Auto, die auf meinen Körper sichtbare Spuren hinterlassen hatten. Dieser „Herr Richter" ignorierte meine Anklage völlig und fuhr lediglich mit meinem Verfahren fort.

Dies ist ein weiteres Beispiel für die Komplizenschaft zwischen der Justiz und der Exekutive in diesem Land. In diesen Fall zwischen der Militärgerichtsbarkeit und dem Militär. Es wurde also absichtlich das Verschwinden von Omaira Montoya Henao völlig übergangen. ...

Bis zum heutigen Tage gibt es nicht die geringste Information über das weitere Schicksal von Omaira Montoya. Ihre Familie, ihre Freunde, verschiedene studentische und andere Gruppen, wie auch Politiker, haben Nachforschungen über den weiteren Verlauf ihrer Gefangennahme gefordert. Bisher ohne Erfolg. Nach alldem, was bisher geschehen ist, muß bezweifelt werden, daß sie noch am Leben ist. Ihre Ermordung durch die Repressionsorgane der Kolumbianischen Regierung steht fast mit Sicherheit fest, denn wie sonst soll der falsche Bericht über ihre angebliche Flucht erklärt werden? Aus diesem Grunde muß dringendst auf jede mögliche Weise auf die kolumbianische Regierung eingewirkt werden, um das Verschwinden Omairas sobald als möglich aufzuklären."

Und abschließend schreibt er:

„Freunde: Dies ist nur ein Ausschnitt der alltäglichen Unterdrückung, die das kolumbianische Volk zu erleiden hat. Es gibt viele und ständige Beispiele der Verletzung der Menschenrechte in Kolumbien. Hier im Gefängnis sieht man oft Gefangene, die „durch die Hände" des Nachrichtendienstes gegangen sind. Sie sind geschlagen und verbrannt worden und ihre Fingernägel hat man aufgerissen, indem man Nadeln unter die Nägel geführt hat, usw. Und mit jedem Male, mit dem die herrschende Klasse den Volkskampf unterdrückt, verstärkt sich diese Repression.

Laß uns für die Achtung der Menschenrechte kämpfen!!

Doch erst mit dem Sozialismus wird in unserem Lande eine wirkliche Garantie der Menschenrechte möglich sein."

Lateinamerikakommission
KB/Gruppe Hamburg

Solidaritätskampagne zur Fußball-WM in Argentinien



**ARGENTINA 78:
FUSSBALL JA – FOLTER NEIN**

Im Rahmen der Argentinien-Solidaritätskampagne, die von der CADHU (Argentinische Menschenrechtskommission) und verschiedenen westdeutschen Solidaritätsgruppen und Organisationen eingeleitet wurde, ist inzwischen folgende Erklärung herausgegeben worden:

"In Argentinien herrscht seit dem 24.3.1976 eine Militärdiktatur. Die verfassungsmäßigen Garantien sind außer Kraft gesetzt, Tarifautonomie und freie Betätigung der Gewerkschaften ist staatlicherseits aufgehoben, jegliche Parteitätigkeit ist verboten. Die hohe Geldentwertung (im letzten Jahr noch über 360%, realer Lohnabbau seit dem Putsch über 70%) führt zur Verelendung der arbeitenden Bevölkerung. Nach Angaben der Argentinischen Menschenrechtskommission wurden bisher über 10.000 Menschen ermordet, 30.000 sind verschwunden, 20.000 aus politischen Gründen in Haft.

Niemand ist vor Verfolgung sicher; staatliche „Sicherheitskräfte" (Militär und Polizei) sind verantwortlich für die Entführung, Verfolgung und Ermordung Tausender Argentinier. Die Verhafteten und Verschleppten werden ohne Gerichtsverfahren und ohne Benennung von Anklagepunkten in Haft gehalten. Ihr Leben und ihre Gesundheit sind äußerst gefährdet, da die Folter tägliche Praxis in den Gefängnissen, Konzentrations- und Militärlagern ist.

Wir fordern alle Demokraten und demokratischen Regierungen auf, Menschenleben da zu retten, wo diese in Gefahr sind. Gegenwärtig ist die argentinische Regierung wegen des internationalen Interesses, das ihr Land durch die Fußballweltmeisterschaft erfährt, offenbar zu Zugeständnissen bereit.

Angesichts dieser Situation fordern wir von der Bundesregierung:
- *Aufnahme von mindestens 500 Argentiniern durch die BRD bis zur Fußballweltmeisterschaft!*

Wir fordern von der argentinischen Regierung:
- *Freie Ausreisemöglichkeit für alle in ausländische Botschaften in Buenos Aires geflüchteten Argentinier!*
- *Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller politischen Gefangenen!*
- *Internationale unabhängige Untersuchung aller argentinischen Gefängnisse und Konzentrationslager!"*

Ziel ist, möglichst viele Unterschriften unter diesen Aufruf zu sammeln und durch breite Agitation bis in SPD- und Parlamentskreise hinein, bei Sportjournalisten, demokratische Persönlichkeiten usw. für die Solidarität mit dem argentinischen Volk und die Einhaltung der Menschenrechte in Argentinien zu werben.

Die vier Forderungen der Unterschriftenliste sind die minimale gemeinsame Grundlage der Kampagne, wobei es natürlich jeder Gruppe unbenommen bleibt, die ihrer Ansicht nach wichtigsten Schwerpunkte und zusätzlichen Forderungen aufzustellen. Das COSAL (Komitee für die Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika) Hamburg hat in einem Schreiben an alle Gruppen zwei zusätzliche Forderungen aufgestellt (vergl. AK 121):
- Keine Waffenlieferungen an die argentinische Regierung!
- Keine Kredite an die argentinische Regierung!

Beide Forderungen sollen in die allgemeine Kampagne und den Unterschriftentext aufgenommen werden.

Von einigen Gruppen und offensichtlich auch von Teilen des COSAL wird gegen die Aufnahme dieser Forderungen argumentiert, mit der Begründung, sie seien im Gegensatz zu den bislang aufgestellten, humanitären Forderungen derzeit nicht realisierbar und würden den Kreis, der für die Unterstützung der Kampagne erreicht werden soll, einschränken. Dazu aus dem Schreiben des COSAL:

„Die argentinische Regierung kann sich nur dadurch an der Macht halten, daß sie u.a. von der BRD sowohl direkt als auch indirekt (über internationale Organisationen. BID, IWF, Weltbank u.a.) mit Krediten wie auch Waffenlieferungen (U-Boote-Geschäft) unterstützt wird. Deshalb halten wir neben den humanitären Forderungen diese auf Isolation abzielenden wirtschaftlichen Forderungen für unerläßlich."



Grand Prix-Rennen in Buenos Aires - „Generalprobe" für die sichere Durchführung der Fußball-WM. Bei der Siegerehrung ist der Sieger unter der Masse der Soldaten kaum sichtbar.

Im weiteren wird betont, daß auch Kräfte wie der Generalsekretär von Amnesty, Frenz, die „Tat", Zeitung der VVN, und sogar der SPD-„Vorwärts" gegen die Bundesbürgschaft für das U-Bootgeschäft protestiert haben; daß also durchaus auch für diese Forderungen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen ist. Wobei es allerdings darauf ankommen wird, die Kreise aus der SPD auf den im „Vorwärts" formulierten Protest und den Widerspruch zur Politik der SPD/FDP-Regierung festzunageln.

Für die Aufnahme und Verbreitung dieser Forderungen spricht unserer Ansicht nach, daß die Kampagne sehr leicht verpufft, wenn sie auf die humanitären Ziele allein beschränkt und Fragen wie die Zusammenarbeit zwischen argentinischer Junta und BRD-Regierung, wie die Asylpraxis der BRD gegenüber politischen Flüchtlingen, wie der Strauß-Besuch in Chile usw. ausgeklammert werden.

Lateinamerika-Kommission



asien



Vietnam -Kambodscha
Was zuviel ist, ist zuviel!

Entsprechend den Meldungen sowohl aus Vietnam als auch aus Kambodscha sind die offenen Kämpfe an der Grenze abgeflaut. Sie sind nicht beendet, Vietnam berichtet nach wie vor von Zusammenstößen an der südlichen Grenze. ,,*Bis zum Nachmittag des 17. Januar hatten die kambodschanischen Truppen noch einige Gebiete vietnamesischen Territoriums in An Giang und Long-An besetzt*'' (,,Summary of World Broadcasts'', 23.1.78). Aber Kämpfe wie zu Jahresbeginn finden augenscheinlich zur Zeit nicht statt.

Nichtsdestotrotz hat sich die propagandistische Auseinandersetzung ziemlich verschärft. Insbesondere Kambodscha setzte seinen ohnehin schon unglaublichen Stellungnahmen noch die eine oder andere Krone auf. Daß Vietnam ,,*in faschistischer Manier*'' (,,SWB'', 23.1.78) die ,,*kambodschanische Revolution niederwerfen*'' (,,SWB'', 18.1.78) wolle, ist nichts Neues. Daß Vietnam allerdings ein offenbar weitverzweigtes Netz von kambodschanischen Agtenten besessen haben soll, ist interessant. Da ist die Rede von ,,*Sabotage und Subversion*'' (,,SWB'', 20.1.78), von Versuchen, ,,*einen Putsch zum Sturze des demokratischen Kampucheas durchzuführen*'' (,,SWB'', 20.1.). So soll Vietnam ,,*Spione und Kommandos zur Sabotage der Wirtschaft*'' nach Kambodscha gesandt haben (,,SWB'', 18.1.). Ganz offensichtlich sind jedoch kambodschanische Kräfte selbst gemeint, die Rede ist von ,,*Verrätern*'' (,,SWB'', 18.1.), von ,,*Agenten unter unseren Mitgliedern*'', von einer ,,*Handvoll Verrätern*''(,,SWB'', 25.1.78).

Derartige Propagandathesen lassen doch wohl sehr stark auf interne Schwierigkeiten des kambodschanischen Regimes schließen — und es wäre ja nicht das erste Mal in der Geschichte, daß auflebende Klassenkämpfe im Innern durch Expansion nach Außen kompensiert werden sollen.

Zur Verstärkung des nationalen Hasses gegen Vietnam haben die kambodschanischen Führer nicht nur die Geschichte des indochinesischen Befreiungskampfes in nachgerade perverser Weise zu verfälschen versucht (siehe hierzu den letzten AK, ferner ,,SWB'' vom 24. und 25. Januar '78), sondern sie vergewaltigen auch die gegenwärtigen Konflikte um die gemeinsame Grenze mit Vietnam (indem z.B. zu einem angeblich siegreichen Gefecht am 6.1.78 behauptet wird: ,,*Unser Sieg ist monumental. Er kann mit dem Sieg vom 17.4.1975 verglichen werden*'' (,,SWB'', 19.1.78). — Am 17.4.75 wurden die US-Imperialisten und ihre Marionetten endgültig geschlagen und aus dem Lande vertrieben ...

Ganz unverhohlen propagieren die kambodschanischen Führer anti-vietnamesischen Chauvinismus: ,,*Angespornt durch die Flammen des nationalen und Klassenhasses gegen den vietnamesischen annektionistischen Feind und durch ihre Kapazität als kambodschanische Nationalisten und Söhne und Töchter des kambodschanischen Volkes ... haben unsere jungen revolutionären Arbeiter ... die vietnamesischen Aggressoren bekämpft*'' (Originalton Pnom-Penh, ,,SWB'', 23.1.78). Derartige Sprüche sind keineswegs Ausnahmen, sondern Regel!

Sowjetische Befehlshaber?

Kambodscha hat inzwischen den ersten etwas lächerlichen Versuch, die ,,Sozialimperialisten'' in Gestalt der UdSSR ins Spiel zu bringen, ,,konkretisiert''. So wurden über Radio Pnom-Penh Aussagen von gefangenen vietnamesischen Soldaten verbreitet, in denen das sowjetische Engagement

denen das sowjetische Engagement

enthüllt wird. ,,*Jede Komapnie besteht aus mehr als 150 Männern, die von 20 nordvietnamesischen Kadern (?) und vier bis fünf sowjetischen Kadern geführt werden. Das ganze Regiment hat etwas 20 Sowjets, die als direkte Kommandeure arbeiten*'' (,,SWB'', 24.1.78). Um sich trotz ihrer ,,*spitzen Nasen, roten Haaren und weißer Kleidung*'' (,,SWB'') zu tarnen, haben sie — man höre und staune — ,,*ihre Namen gewechselt und vietnamesische Namen angenommen*'' (,,SWB'', 24.1.78). In weiteren Zeugenaussagen wird dies mit ähnlichen Zitaten ,,untermauert''. Der Beweis dafür ist vortrefflich. Zeugenaussagen gefangener vietnamesischer Soldaten. Schade nur, daß Namen und ähnliche wesentliche Daten der Zeugen in der Radiosendung derart undeutlich waren, daß in den

LAOS
Hanoi
Vientiane
THAILAND
Bangkok
VIETNAM
Ho-Tschi-minh-Stadt
500 Kilometer
Grenzkonflikte
THAILAND
Aranyaprathet
LAOS
KAMBODSCHA
VIETNAM
Ho-Tschi-minh-Stadt
Chau Doc
100 Kilometer
DER SPIEGEL

Abdrucken stets bei diesen Textstellen ,,unverständlich'' steht ...

,,Es ist schwer, diesen Vorwurf anders zu interpretieren als einen Versuch, den Konflikt in den größeren Zusammenhang der chinesisch-sowjetischen Konfrontation zu stellen'' (W. Burchett in ,,Afrique Asie'', 23.1.78).

23.1.78).

Vietnams Position

Vietnam hat seine bisherige Position zum Konflikt mit Kambodscha beibehalten und fordert nach wie vor zu sofortigen Verhandlungen auf. Vor der UNO verteilte Vietnam außerdem eine Erklärung, in der es u.a. heißt: ,,*Falls Kambodscha mit der aus der französischen Kolonialzeit stammenden Grenzziehung nicht einverstanden ist, wie dies nach den kriegerischen Auseinandersetzungen den Anschein hat, so bietet Vietnam die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts an*'' (,,FR'', 21.1.78). Diese Aufforderung wiederholt Vietnam praktisch täglich in den verschiedenen Stellungnahmen.

Gleichzeitig hat sich die Reaktion Vietnams auf die irren Anschuldigungen Kambodschas und die nationalistische Aufpeitschung der kambodschanischen Bevölkerung verschärft. — Wen wollte es wundern?

So wird die kambodschanische Politik in verschiedenen Stellungnahmen als ,,*nationalistisch und chauvinistisch*'' gekennzeichnet (,,SWB'', 21.1.78), die kambodschanische Führung als ,,*reaktionäre Administration*'' (,,SWB'', 21.1.78) eingeschätzt.

,,*Welch feine Entwicklung erwarten sie für das Demokratische Kampuchea, wenn sie die Jugend ihres Landes zu mittelalterlichen Tyrannen erziehen? Ist es nicht eine konsequente Politik mit dem Ziel, nationalen Haß zu entwickeln... Welche andere Erklärung soll es für die Tatsache geben, daß sie seit Mai 1975 wiederholt tausende von Verletzungen vietnamesischen Territoriums durchführten*'' (,,SWB'', 21.1.78). In verschiedenen, auf kambodschanisch ausgestrahlten Sendungen weist Vietnam auf die Folgen ,,*für ihr unverantwortliches Abenteuer, für ihre Politik der Feindschaft gegenüber Vietnam*'' (,,SWB'', 26.1.78) hin. ,,*Die Politik der Entwicklung von nationalem Haß, falschen Anschuldigungen und verleumderischen Behauptungen ... wird ... bankrott gehen und die Folgen werden unermeßlich sein*'' (,,SWB'', 21.1.78). ,,*Früher oder später werden die kambodschanischen Autoritäten dem kambodschanischen Volk über ihre Verbrechen gegen das vietnamesische Volk, Verbrechen, die die brüderlichen Beziehungen zwischen Vietnam und Kambodscha zerstören, antworten müssen*'' (,,SWB'', 21.1.78).

,,*Eine andere Sache, die sie deutlich sehen, ist, daß sie dem kambodschanischen Volk über die Konsequenzen ihrer blinden abenteuerlichen Politik ... für Kambodscha antworten müssen. Man kann auf der anderen Seite der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze im Konzert mit dem Waffen-Klicken den Gesang des Triumpfes hören. Sie haben die sogenannte militärische, politische, wirtschaftliche und finanzielle Niederlage der vietnamesischen Truppen fabriziert ... Sie haben den Mythos des sogeannten 6. Januar 1978-Sieges geboren, den sie als so groß und vergleichbar mit dem Sieg vom 17.5.75 darstellen*'' (,,SWB'', 21.1.78).

Schließlich stellt Vietnam die Frage nach dem ,,*radikalen Wechsel*'' in Kambodschas Politik gegenüber Vietnam (,,SWB'', 26.1.78). ,,*Brauchten die kambodschanischen Autoritäten einen Vorwand für ihr unverantwortliches Abenteuer, für ihre Politik der Feindschaft gegenüber Vietnam?*'' (,,SWB'', 26.1.78).

Asien-Australien-Kommission

zu mittelalterlichen Tyrannen erzie-
Asien-Australien-Kommission

Aber wo ist nun die Wahrheit?

Was zuviel ist, ist zuviel. Und die Unglaublichkeit der kambodschanischen Behauptungen führt dazu, daß man sich beunruhigende Fragen stellt.

Im Kommunique der kambodschanischen Regierung vom 31. Dezember, in dem der Abbruch ihrer Beziehungen mit Hanoi nach der *„Invasion"* seines Territoriums durch *„mehrere vietnamesische Divisionen"* verkündet wird, findet man Anklagen, die selbst ihre leidenschaftlichsten Verteidiger beunruhigt haben. Und die späteren Kommuniques Phnom Penhs haben diese Beunruhigung nur noch vergrößert...

Zum Beispiel der Hinweis auf *„Ausländer europäischer Herkunft"*, die die vietnamesischen Streitkräfte begleiteten. Denn während der beiden großen Widerstandskriege, die sie siegreich gegen Frankreich und die Vereinigten Staaten geführt haben, hat Vietnam sich niemals *„europäischer Berater"* bedient, obwohl es an Freiwilligen nicht gefehlt hat.

„Wir brauchen Hilfe", sagte mir Präsident Ho Chi Minh am Anfang der amerikanischen Bombardements auf Nord-Vietnam, *„materielle, politische und diplomatische. Aber das Blut, das hier und im Süden vergossen wird, muß vietnamesisches Blut sein. Wir wollen nicht, daß andere wegen unserer Probleme leiden"*. Und die Vietnamesen haben bewiesen, daß sie in der Lage sind, die Waffen wirksam zu benutzen, im Verlauf der fünfundfünfzig Tage und Nächte der Offensive, die dem Krieg ein Ende bereitet hat, indem sie endgültig die Saigoner Truppen, die von ihren amerikanischen Beratern unterstützt wurden, zerschlug. Warum sollten sie also heute *„europäische Berater"* in einem einfachen Grenzkonflikt mit Kambodscha benötigen?

Es ist schwierig, diesen Vorwurf anders als einen Versuch zu interpretieren, den Konflikt in den größeren Zusammenhang der chinesisch-sowjetischen Konfrontation zu stellen. Und genauso haben ihn wichtige Teile der westlichen Presse interpretiert. Ebenfalls ganz schwierig zu akzeptieren ist die Gleichstellung der angeblichen Invasion Kambodschas durch Vietnam mit der der Tschechoslowakai durch Nazi-Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Übertreibungen würden genügen, um die kambodschanische Position suspekt erscheinen zu lassen und man kann sagen, daß die Skepsis, was die Version Phnom Penh's angeht, nur größer wurde, im selben Maße, wie die Tage verstrichen.

Eine andere Sprache

Der Ton, dessen sich Hanoi bedient, ist ganz anders. Einige Stunden nach dem ersten kambodschanischen Kommunique veröffentlichte „Nhan Dan", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Vietnams, einen Leitartikel, in dem alle, die wie wir den Kampf der indochinesischen Völker verfolgt haben, die Position wiederfanden, die immer von Vietnam versichert und verfolgt worden ist.

„Die Politik der Unabhängigkeit einer Nation" schrieb „Nhan Dan" *„setzt sich in der ständigen Politik der Beachtung der Unabhängigkeit und Souveränität anderer Nationen um. Sich mit den Völkern Laos' und Kampucheas zu solidarisieren ist eine unveränderliche Politik der Kommunistischen Partei Vietnams. Wir haben unser Möglichstes getan seit fast einem halben Jahrhundert, um diese Politik zu verwirklichen und wir haben sie Früchte tragen lassen ...."*

Am selben Tag überschrieb das Organ der vietnamesischen Volksarmee, „Quan Doi Nhan Dan", seinen Leitartikel: *„Entschlossen die geheiligten Grenzen des Vaterlandes verteidigen und die große Freundschaft zwischen den Völkern Vietnams und Kampuchea bewahren"*. Wie jeder objektive Beobachter bezeugen kann, war so die fundamentale Politik des revolutionären Vietnam gegenüber seinen Nachbarn Laos und Kambodscha – bis das Kommunique Phnom-Penhs versucht, das Gegenteil zu beweisen.

Zahlreiche westliche Presseorgane haben versucht, die Angelegenheit zu „sensationalisieren", indem sie zum Beispiel „enthüllten", daß vietnamesiche Truppen bis 80 - 100 km von der kambodschanischen Hauptstadt vorgerückt waren. Unglücklicherweise für diese Präzisionsamateure, konnte jedermann beim Vergleich mit Landkarten feststellen, daß es genau die vietnamesische Grenze ist, die sich in der Entfernung von Phnom Penh befindet.

Andere, die noch weiter gingen, behaupteten, daß die Vietnamesen den ganzen Teil Kambodschas östlich des Mekong besetzt hätten. Ebenfalls unglücklich für sie, daß diese Behauptungen nicht nur kategorisch von Hanoi dementiert wurden, sondern auch von den amerikanischen Abhördiensten Lügen gestraft wurden, die auf das Abhören der Radiokommunikation der anwesenden Streitkräfte gestützt, ermittelt haben, daß die vietnamesischen Truppen die Grenzgebiete nicht überschritten haben.

Sicher ist dagegen, daß die kambodschanischen Führer dem vietnamesischen Vorschlag, eine Kommission zur Festlegung der Grenze zwischen den beiden Ländern eine Absage erteilt haben. Am 8. Januar bekräftigte Ngo Dien, Pressesekretär des Außenministers, daß die Sozialistische Republik Vietnam *„ die Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas respektiert"*. Er dementierte jedwede Besetzung irgendeines Teils Kambodschas durch die Truppen seines Landes und wies nicht weniger kategorisch die Anschuldigung Phnom-Penhs zurück, nach der Hanoi sich bemühe, eine Indochinesische Föderation unter seiner Kontrolle zu schaffen. Schließlich beschuldigte er die Khmer-Streitkräfte, in den Provinzen Ha Tien und Chau Doc im Mekong-Delta eingedrungen zu sein und fügte hinzu: *„Wenn die kampucheanischen Führer auf diesem Weg bestehen, werden sie die ganze Verantwortung für die Vorfälle auf sich laden"*.

Unausweichliche Fragen

Aber der Gipfel der Unwahrscheinlichkeit und der kambodschanischen Übertreibungen wurde mit dem Kommunique vom 6. Januar 1978 erreicht, das einen *„totalen Sieg"* über die vietnamesischen Kräfte für sich in Anspruch nahm, die im Verlauf der Schlachten, die sich vom 12. Dezember bis 5. Januar abgespielt hätten, zerschmettert worden seien, *„in die Flucht geschlagen"* und vom kambodschanischen Territorium *„vollständig weggefegt"* worden seien. Wenn man Phnom Penh glaubt, haben sich die Verluste Vietnams auf 29.200 Tote und Verletzte erhöht, während Kambodschas Verluste 470 Tote und 1200 Verletzte nicht übersteigen.

Um das Maß voll zu machen, berichtet dasselbe Kommunique wieder, daß die Leichen zweier *„Europäer mit spitzen Nasen, roten Haaren und weißer Kleidung"* in einem Panzer gefunden worden seien. Man erkennt in dieser Beschreibung die traditionelle Darstellung von Fremden im kambodschanischen Dorftheater wieder! Man kann dieses erstaunliche Kommunique folgendermaßen interpretieren: Nachdem sie erklärt haben, daß sie keine Verhandlungen beginnen könnten, solange der Feind das *„nationale Territorium besetzt"*, öffneten sich die kambodschanischen Führer eine Hintertür, indem sie überlegten, daß nach dem derart beschriebenen Sieg, diese Vorbedingung aufgehoben wäre und daß Diskussionen, ausgehend von dieser „Position der Stärke", stattfinden könnten.

Der Grenzkonflikt, seine Umstände und die Kommentare, die ihn begleiten führen unausweichlich dazu, sich diese Fragen zu stellen: Was ist die wahre Natur der neuen kambodschanischen Regierung? Was sind ihre Ziele? Die Antwort wird einzig dadurch kompliziert, daß das Land von der Außenwelt isoliert ist und daß selbst die Bewegungsfreiheit der befreundeten Diplomaten durch einen Umkreis von hundert Meter um ihre Botschaften begrenzt wird....

W.Burchett lt. "Afrique-Asie", 23.1.78

Neuer Terror in Indonesien

Aus Anlaß der seit Wochen anhaltenden Unruhen unter Studenten und Jugendlichen in Indonesien breitet die faschistische Suharto-Clique eine neue Terror-Welle aus.

,,*Militär in Schützenpanzerwagen hat am Wochenende die Gelände von zwei Universitäten in Djakarta besetzt, um die fortdauernde Kritik der Studenten am Regime von Präsident Suharto zum Schweigen zu bringen. Etwa 100 Studenten wurden festgenommen, darunter viele ihrer Führer*'' (,,SZ'', 23.1.78). Nach Angaben der ,,Ashai Evening News'' waren ,,*1.000 Soldaten mit Panzerwagen*'' im Einsatz, ,,*sämtliche Studentenverbände im Land*'' wurden verboten. Da die Opposition offenbar weit über die studentischen Bereiche hinausgeht, ,,*patroullierten gepanzerte Fahrzeuge durch die Straßen*'' und die Regierung verbot ,,*sieben einflußreichen Blättern der Hauptstadt das Erscheinen*'' (,,FR'', 24.1.78).



Indonesische Soldaten knüppeln brutal einen Demonstranten zusammen.

Hintergrund dieser neuerlichen Terrormaßnahmen sind einerseits die im März anstehenden ,,Wahlen'' in Indonesien und die Furcht der Herrschenden vor ,,*einer Wiederholung der Studentenunruhen von 1974*'' (,,SZ'', 23.1.78).

Die Studenten begannen im Oktober/November 1977 aus Anlaß der großen Hungersnot auf Java gegen die faschistische Regierung zu demonstrieren, Tausende protestierten gegen die Wirtschaftspolitik. Sehr schnell verbanden sich diese Aktionen mit Forderungen nach politischer Liberalisierung. Im Zuge der Demonstrationen wagten auch verschiedene Zeitungen die offene Front gegen Suharto und forderten unverhohlen dazu auf, ihn in den Märzwahlen abzuservieren (,,The Straits Times'', 19.11.77 und ,,SZ'', 23.1.78). Im weiteren schlossen sich ,,*einflußreiche Moslemguppen und ... Offiziere, Universitätsprofessoren und ehemalige Minister*'' (,,FAZ'', 24.1.78) den Protesten an.

Die Faschisten selber schätzen die neue Protestbewegung offenbar recht ernst ein und befürchten Keime einer neuen Massenbewegung. Suharto rief seine Offiziere auf, ,,*alarmiert und bereit zu sein ... besonders im Hinblick auf eine kleine Gruppe, die ... sich in eine neue friedensstörende Kraft und Bewegung entwickeln könnte*'' (,,SWB'', 14.11.77). Und die bürgerliche Presse weiß von ,,*Anzeichen von Sukarno-Nostalgie*'' (,,NZZ'', 29.11.77) zu berichten. Die brutale Reaktion der Faschisten auf die Protestbewegung deutet in der Tat darauf hin, daß sie sich ihrer Sache, ihrer ,,Wahlen'' und erhoffter Erfolge und Scheinliberalisierung durchaus nicht so sicher sind.

Asien-Australien-Kommission



afrika

Chronologie eines CIA-Mordes

Vor 17 Jahren wurde einer der ersten anti-imperialistischen Führer Afrikas — Patrice Lumumba — unter der Regie des CIA ermordet.

Die Diskreditierung US-amerikanischer Geheimdienstarbeit durch die Watergate-Affäre und andere Enthüllungen haben die USA veranlaßt, einigen Einblick in vergangene CIA-Aktivitäten zu gewähren, um eine „demokratische Reinigung" vorzutäuschen. Diese Eingeständnisse wurden im „Curch-Bericht" zusammengefaßt und teilweise im Buch „CIA" (Geo-Verlag, Düsseldorf) deutschsprachig veröffentlicht. Bezüglich der Ermordung Lumumbas liegt nunmehr der minuziöse, kaltblütige Ablauf seiner Liquidierung vor. Die so gern behauptete „Verselbständigung" des Geheimdienstes wird ebenfalls konkret widerlegt, die Täterschaft der amerikanischen Regierung ist offenkundig.

Ebenso eindrucksvoll wird die Schlüsselrolle des heutigen Präsidenten von Zaire, Mobutu, dargelegt. Er gastiert bekanntlich dieser Tage in der BRD, um erneut „wirtschaftliche Unterstützung" für sein Terrorregime einzuheimsen. Eine „Unterstützung", die noch reichlicher fließt, seit Mobutu in Zaire der BRD einen gigantischen Militärstützpunkt von der Größe der DDR zukommen ließ, wo seitdem unter dem Tarnnamen „ORTRAG" die BRD ihr altes Ziel atomarer Bewaffnung und Entwicklung modernster Trägersysteme ungestört verfolgen kann ..,

Juni 1960: Das Volk wählt Lumumba

Juni 1960: Das Volk wählt Lumumba

Am 30. Juni 1960 wird der Kongo nach heftigen Kämpfen unabhängig. Der Antiimperialist Lumumba trägt einen unangefochtenen Wahlsieg davon und wird der erste Premierminister, zweiter Mann im Staat ist der Reaktionär Kasavubu. Die belgische Kolonialmacht sieht ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß bedroht und setzt Truppen ein, die die reiche Bergbauprovinz Katanga abspalten. Nach dem gleichen Muster folgt die Provinz Kasai. Daraufhin fordert Lumumba in einer verhängnisvollen Entscheidung UNO-Truppen an, um die belgischen Truppen aus Katange zu vertreiben. Die UNO-Truppen, entsprechend dem damaligen Kräfteverhältnis in der UNO, werden politisch von den USA dominiert, sie unternehmen nichts gegen die Belgier, aber einiges, um Lumumba zu stürzen. Dies wird schon nach einigen Tagen klar, und Lumumba kabelt daraufhin an Chrustschow: „*Es ist möglich, daß wir gezwungen sein werden, die Intervention der UdSSR zu erbitten.*" Nachdem auch eine Reise Lumumbas in die USA die Imperialisten nicht zufrieden stellt, beschließen sie, Lumumba zu töten: Die Operation Lumumba beginnt.

... ein neues Cuba verhindern

Der Stationschef des CIA in der damaligen Hauptstadt Leopoldville kabelt an das CIA-Hauptquartier (ca. 14 Tage nach dem Besuch Lumumbas in den USA): „*Botschaft und Station glauben, daß der Kongo Ziel eines kommunistischen Versuches ist, die Regierung zu stürzen . ... Die antiwestlichen Kräfte unterstützen die kongolesische Macht immer mehr, und es bleibt nur wenig Zeit zum Handeln, um ein neues Cuba zu verhindern«* (CIA, Station Leopoldville, an den Direktor, 18.8.1960).

Bronson Tweedy, Leiter der Abteilung Afrika der Geheimdienste, versucht im State Departement grünes Licht zu bekommen: mit Erfolg. Als Direktor der „Operation Lumumba" wird Richard Bissell ausgesucht (ein Jahr später sollte er die gescheiterte Invasion von Exilcubanern in der Schweinebucht — Cuba — leiten). Einen Tag nach Ankunft der Depesche aus Leopoldville erfolgt die Rückantwort durch Bissell: „*Sie sind ermächtigt, die Operation zu starten.*" CIA-Leopoldville setzt die anti-lumumbistischen Kräfte in Bewegung, die sich mit den Mord-Absichten ihres Auftraggebers an Kasavube wenden. Der Stationschef telegraphiert einige Tage später an die Zentrale: »*Anti-Lumumba-Führer sind an Kasavubu mit dem Plan herangetreten, Lumumba zu ermorden ...Kasavubu lehnte den Plan ab mit der Begründung, er zögere, Gewalt anzuwenden, um so mehr, als kein anderer Führer genügend Ansehen besäße, um Lumumba zu stürzen*" (CIA-Leopoldville an Direktor, 24.8.60).

Damit ist zunächst die Möglichkeit gescheitert, den Mord kurzfristig über die reaktionären schwarzen „Oppositionellen" ausführen zu lassen. Der CIA muß sich selbst die Hände schmutzig machen. Einen Tag später findet auf höchster Ebene eine Sitzung

schmutzig machen. Einen Tag später findet auf höchster Ebene eine Sitzung

der Unterkommission des nationalen Sicherheitsrats statt, der direkt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten untersteht. Teilnehmer sind u.a. der Generaldirektor des CIA, Allen - Dulles, sowie Gordon Gray, Sonderbeauftragter des Präsidenten Eisenhower für die Nationale Sicherheit. Am Tag nach der Besprechung kabelt Allen Dulles persönlich das Ergebnis der Besprechung nach Leopoldville. Es ist die Aufforderung zum Mord: „*Die Leiter der Organisation müssen sich über folgendes klar werden: Wenn Lumumba weiterhin die erste Stelle einnimmt, ist das unvermeidbare Resultat im besten Falle Chaos und im schlechtesten freie Bahn für eine kommunistische Machtübernahme im Kongo, was schreckliche Folgen für das Prestige der UNO und die Interessen der freien Welt hätte. Daher haben wir beschlossen, daß seine Beseitigung ein dringendes und wichtiges Ziel darstellt. Angesichts der augenblicklichen Lage muß dieses Ziel an erster Stelle unseres geheimen Aktionsplanes stehen*" (Kabel CIA. Dulles an den Stationschef, 28.8.60).

Dulles gestattete Ausgaben bis zu 100.000 Dollar, um jede Operation durchzuführen, bei der vorher n i c h t das Hauptquartier zu Rate gezogen werden konnte. Operationsdirektor Bissell gab vor der Church-Kommission später an, daß „seiner Meinung nach" diese Depesche zum Ausdruck brachte, daß der Präsident der USA Wert auf eine Ermordung Lumumbas legte.

Etwas mehr als eine Woche später wird Lumumba durch Kasavubu seines Amtes enthoben, am Tage nach der illegalen Amtsenthebung Lumumbas treffen sich am 6. September zwei Agenten des CIA mit einem hohen kongolesischen Politiker, mit Mobutu, wie die nachfogenden Ereignisse beweisen. Über diesen Kontakt drahtet die Station an das Huaptquartier des CIA: „*Ansicht des Stationsleiters ist: Lumumba in der Opposition ist fast genau so gefährlich wie an der Macht. [Der] kongolesische Politiker teilte mit, er verstehe die Lage. Er gab zu verstehen, daß er Lumumba physisch beseitigen könne*" (CIA-Leopoldville an Direktor, 7.9.60). Das Kabel führt dann weiter aus, der Stationsleiter des CIA habe dem Politiker (Mobutu) vorgeschlagen, bei der „*Ausarbeitung des Programms der neuen Regierung*" zu helfen und ihm versichert, die USA würden den Techniker zur Verfügung stellen. Am 14. September putscht Mobutu gegen Kasavubu, weist den tschechischen und sowjetischen Botschafter aus dem Land und erklärt auf einer Pressekonferenz, er erbäte die Hilfe ausländischer Techniker, vor allem englischer und amerikanischer. Die Ausschaltung Lumumbas von der politischen Macht durch den CIA aber genügte diesem nicht. Der Leiter der Afrika-Abteilung faßt die Befürchtungen der USA — solange Lumumba noch am Leben ist — wie folgt zusammen: „*Fähigkeiten und Dynamismus Lumumbas scheinen dominierende Faktoren zu sein, dank derer er seine Position immer wieder festigen kann. Mit anderen Worten, immer wenn Lumumba die Möglichkeit hat, das*

Mit anderen Worten, immer wenn Lumumba die Möglichkeit hat, das

letzte Wort zu haben, kann sich die Situation zu seinem Vorteil ändern" (CIA, 7.9.60). Die Antwort der Station in Leopoldville: „*Die einzige Möglichkeit besteht darin, ihn sobald wie möglich von der Bühne verschwinden zu lassen*" (CIA-Leopoldville an Direktor, 15.9.60).



Patrice Lumumba

Natürlich ist sich der CIA bewußt, daß es wegen der großen Massenbasis Lumumbas mit seiner Ermordung allein nicht getan ist. Der CIA bereitet sich auf einen längerfristigen blutigen Bürgerkrieg vor. Der „Operationsdirektor" Bissell kabelt an die Station Leopoldville: „*Angesichts des ungewissen Ausgangs der augenblicklichen Lage führt [CIA] einen den Umständen entsprechenden Plan bezüglich Kongo nach Stufen-Strategie. Dieser Plan soll den Moment vorbereiten, in dem [die USA] den gegen die Armee Lumumbas operierenden Kräften verborgene Hilfe gewähren, die geplante Aktion umfaßt Waffenlieferungen, verschiedene Ausstattungen und eventuell eine Schulung der anti-Lumumba-Widerstandstruppen*" (CIA-Direktor an Leopoldville, 6.10.60). (Vier Jahre später eskaliert diese „verborgne Hilfe" bis zur offenen Bombardierung von Rebellen durch B-26 Bomber des CIA, gesteuert von exilcubanischen Vertragspiloten).

Der Mord wird vorbereitet

„Lumumba von der Bühne verschwinden zu lassen", dazu werden jetzt die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Der Biochemiker J. Schneider bekommt vom „Operationsdirektor" Bissell den Auftrag, giftige Substanzen zusammenzustellen, dieser Auftrag, so wird ihm bedeutet, käme „von höchster Stelle" (also vom Präsidenten). Schneider fährt nach Leopoldville und übergibt dem Stationsleiter des CIA die tödlichen Substanzen, er selbst soll ihm als technischer Berater zur Seite stehen.

Der Direktor der Afrika-Abteilung des CIA weist Schneider und den Stationschef dringend darauf hin, die USA vom Verdacht bei der Ermordung Lumumbas freizuhalten: „*Unsere Hauptaufgabe muß darin bestehen, die Beteiligung [Amerikas] zu verheimlichen, es sei denn, es bietet sicheine einmalige Gelegenheit , die es uns gestattet, ein großes, kalkuliertes Risiko einzugehen: Wir sind bereit, jeden ernsthaften Vorschlag von ihnen anzunehmen, so sehr vertrauen wir ihren Berufserfahrungen* (!)".

Drei Tage, nachdem sich der CIA-Chef Allen Dulles mit Präsident Eisenhower beraten hatte, schickte er höchstpersönlich folgende Depesche nach Leopoldville: »*Wir möchten ihnen jede mögliche Unterstützung zukommen lassen bei den Plänen, Lumumba von jeglicher Regierungstätigkeit auszuschließen, oder wenn er in Leopoldville scheitert, zu verhindern, daß er sich in Stanleyville oder anderswo niederläßt«* (Depesche CIA von Dulles an Leopoldville, 24.9.60).

Einem Agenten des CIA wird die Aufgabe übertragen, in die Nähe Lumumbas zu gelangen und die giftigen Substanzen in die Nahrung Lumumbas oder in die Zahnpasta zu spritzen. Die „technischen Schwierigkeiten" und die Besorgnis, das eine Verwicklung der USA in die Ermordung Lumumbas zu offensichtlich werden könnte, verhindern die Durchführung dieses Mordplans. Am 5.10. kehrt der Biochemiker Schneider in die USA zurück, da die giftigen Substanzen ihre Wirkung verloren haben. Gleichzeitig wird der Stationsleiter beauftragt, seine Suche nach Möglichkeiten der Ermordung Lumumbas fortzusetzen. Der Stationsleiter fordert daraufhin Operations- und Kontrollpersonal, um ihm bei der Durchführung der Operation zu helfen. Dieses „Personal" wird ihm gewährt. Der Leiter der CIA-Afrika-Abteilung verbindet damit folgenden „Vor - schlag": „*Möglichkeit Gruppe Typ Kommando zur Entführung [Lumumbas] benutzen, Ansturm auf das Haus, vom Fluß auf den Hügel hinauf oder wahrscheinlich, wenn [Lumumba] einen anderen Ausgang zur Stadt wählt. ... Erbitte ihre Meinung*" (Kabel CIA Tweedy an Stationsleiter, 15.10.60). Der Stationsleiter „empfahl" dage-

... Erbitte ihre Meinung" (Kabel CIA Tweedy an Stationsleiter, 15.10.60). Der Stationsleiter „empfahl" dage-

gen, Lumumba bei „Jagderöffnung" zu erschiessen: „*Wenn amtierender Beamter geschickt ist, empfehle ich dem Hauptquartier, so schnell wie möglich per Gepäck langes Gewehr ausländischen Fabrikats mit teleskopischem Zielfernrohr und Schalldämpfer zu schicken, gute Jagd hier, wenn grünes Licht*" (Kabel CIA, 17.10.60). Diese Art Ermordung Lumumbas setzte jedoch voraus, daß dieser das Haus verläßt, in dem er von UNO-Truppen gefangen gehalten wurde. Daher treten folgende Schierigkeiten auf: „*Zielscheibe [Lumumba] hat das Gebäude seit mehreren Wochen nicht verlassen. Das Haus wird Tag und Nacht von UNO und kongolesischen Truppen bewacht ... Kongolesische Truppen sind da, um Zielscheibe an Flucht zu hindern und ihn festzunehmen, sollte er doch zu fliehen versuchen. UNO Truppen sind da, um die Kongolesen daran zu hindern, das Haus imSturm zu erobern. Konzentrische Verteidigungsausflüge machen Aufstellung eines Beobachtungspostens unmöglich«* (Kabel CIA Stationsleiter an Tweedy, 14.11.60).

Mehrere Versuche, mit einer Kriegslist Lumumba aus dem Haus zu locken und dann zu erschießen , schlugen fehl. Inzwischen hat der CIA mit Mobutu verhandelt und weist die Agenten im Kongo an, noch stärker mit den einheimischen Reaktionären zusammenzuarbeiten: „*Auch wenn eine endgültige Lösung wünschenswert scheint, ist die einzige Aktion, die wir befürworten können, die Lahmlegung oder Verhaftung [Lumumbas] zu unterstützen. Jede durchgeführte Aktion muß rein kongolesisch sein*" (Kabel CIA Direktor an Leopoldville). Dieser Auftrag wird jetzt in die Tat umgesetzt.

Der Mord

Lumumba wird von Vertrauten aus dem eigenen Kreis geraten, die Flucht nach Stanleyville, in seine Hochburg, anzutreten. Dieser Plan ist dem CIA 13 Tage vor seiner Ausführung bekannt. In einem Kabel mit höchster Geheimhaltungsstufe teilt der Sta - tionsleiter dem Hauptquartier mit: „*Seine [Lumumbas] politischen Freunde in Stanleyville wünschen, daß er seine Zurückgezogenheit aufgibt und im Auto dorthin kommt, um wieder politisch aktiv zu werden. ... Die Entscheidung zur Abreise wird wahrscheinlich unverzüglich getroffen. Die Station hofft, von einem Agenten über die getroffene Entscheidung informiert zu werden. Für den Fall einer Abreise verfügt die Station über mehrere Möglichkeiten und prüft verschiedene Aktionspläne«* (CIA, 14.11.60).

Wenige Tage vor der Abreise teilt ein anderes Kabel die offene Mordabsprache mit Mobutu mit: „ ... *die Station arbeitet mit der kongolesischen Regierung zusammen, um Straßen zu sperren und Truppen in Alarmbereitschaft zu setzen, um somit eine Flucht auf dem Landweg zu verhindern*" (Kabel CIA, 28.11.60)

Am 2.12. wird Lumumba auf der Flucht in Port Franqui von den Truppen Mobutus gefangengenommen. Die Empörung über die Gefangennahme Lumumbas und seine

Truppen Mobutus gefangengenommen. Die Empörung über die Gefangennahme Lumumbas und seine

schlechte Behandlung führt zu einem Proteststurm bei den Antiimperialisten der Welt. Mobutu will das Risiko einer o f f e n e n Ermordung Lumumbas nicht eingehen und übergibt Lumumba und seine Freunde Mpolo und Okito der belgischen Marionette Tschombe, die in Katanga die „Unabhägigkeit " ausgerufen hatte. Alle Beteiligten wußten, daß damit der Mord an Lumumba vorprogrammiert war. Ein schwedischer Soldat, der sich bei der Ankunft Lumumbas auf dem Flughafen befand, berichtete folgendes: „*Es war schrecklich. Lumumba und seine beiden Gefährten wurden aus dem Flugzeug gezogen, dann gefesselt und aneinandergebunden. Sie konnten sich kaum bewegen. Die katangische Polizei - Europäer und Afrikaner - umringten sie und schlugen lange auf sie ein. Lumumba und die beiden anderen fielen zu Boden, wo sie niedergeknüppelt wurden, ihre Gesichter bearbeitete man mit Gewehrkolben, Fußtritten und Boxhieben. Die Polizisten ließen sie einige Minuten lang in Ruhe und fingen dann wieder von vorne an«* (»Le Monde«, 19.1.1961).

Siegestrunken und zynisch kabelt der Stationschef des CIA von Elisabethville (Katanga) an das Hauptquartier: „*Vielen Dank für Patrice, wenn wir gewußt hätten, daß er käme, hätten wir etwas zu essen vorbereitet*" (CIA, 19.1.61).

Am 13. Februar 1961 teilt der „Innenminister" Tschombe den Tod der drei Gefangenen mit.

Afrika-Kommission

Hua gratuliert Mobuto

Anläßlich der Wieder„wahl" des Diktators Mobutu zum Präsidenten von Zaire sandte Hua Guo-feng ein Glückwunschtelegramm. Die Lobeshymnen auf die feudalfaschistische Diktatur in Zaire haben folgenden Wortlaut:

„*Im Auftrag der chinesischen Regierung und des Volkes und in meinem eigenen Namen übersende ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche und besten Wünsche zu Ihrer Wiederwahl als Präsident der Republik Zaire. Mögen die Regierung und das Volk von Zaire unter Ihrer hervorragenden Führung neue Erfolge im Kampf zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, Staatssouveränität und territorialen Integrität erreichen sowie in der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und des Aufbaus des Landes und mögen Sie weiterhin Beiträge leisten zum vereinigten Kampf Afrikas und der Dritten Welt gegen den Hegemonismus. Mögen die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Völkern von China und Zaire sich weiter entwickeln*" („Neues China" in Englisch vom 6.12.77).

Wahrung der „territorialen Integrität" ist nach dem Volksaufstand in der Provinz Schaba die offizielle zairische Sprachregelung für die Bekämpfung von Aufständen gegen die Diktatur Mobutus...

Afrika-Kommission

Patriotische Front verhandelt wieder

Ende Januar kam es auf der Insel Malta zu erneuten Verhandlungen zwischen der Patriotischen Front von Zimbabwe (PF) und dem englischen Außenminister Owen sowie dem US-Sonderbotschafter Young. Verhandlungen mit Owen/Young hatte die PF in den Monaten zuvor abgelehnt, weil die Vertreter der Imperialisten keine neuen Vorschläge unterbreitet, sondern an dem alten „anglo-amerikanischen Plan" festgehalten hatten. Darüberhinaus hatte Owen die Massaker der rhodesischen Faschisten in mosambikanischen Flüchtlingslagern wohlwollend kommentiert: Sie seien ein Zeichen, daß die rhodesische Armee noch nicht mit dem Rücken zur Wand stehe (wir berichteten darüber)!

Diese zynischen Ausführungen Owens wurden von der PF politisch als eine Unterstützung der sogenannten „internen Lösung" mit den schwarzen Marionetten Chirau, Sithole und Muzurewa gewertet.

Gleichzeitig warfen sie Owen vor, damit von dem anglo-amerikanischen Plan abzurücken (Dokument der PF zum Abbruch der Gespräche – Dezember 77): eine allerdings sehr d e f e n s i v e Argumentation seitens der PF (bislang hatte s i e den imperialistischen Plan abgelehnt). Die Ausgangslage vor den Gesprächen von Malta war also folgende: Die Imperialisten sind nach wie vor zu keinen Konzessionen bereit und setzten zugleich die drohende „Interne Lösung" als Erpressungsmittel gegen die Patriotische Front ein.

Die Verhandlungen auf Malta wurden von den Vertretern des Imperialismus genau in diesem Stil geführt: Sie forderten für den englischen Hochkommissar Carver unumschränkte Vollmachten während einer Übergangsperiode (im Stil der „klassischen" englischen Dekolonialisierungspolitik), ihm zur Seite sollten „unparteiische" UNO-Truppen gestellt werden.

Wenn auch die Teilnahme der PF an den Verhandlungen in Mata als ein gewisses Zugeständnis gewertet werden muß, soweit mochte man dann doch nicht gehen. Die PF erklärte sich allerdings bereit – und das ist neu! – Carver für einen vorübergehenden Regierungsrat zu akzeptieren, aber nicht in der vorgeschlagenen Funktion als „Pro-Consul", sondern als „einer unter mehreren". In dem Übergangs-Regierungsrat, so forderte die PF, sollten neben dem Vertreter Englands auch Angehörige des Oberkommandos der Streitkräfte der Patriotischen Front ihren Sitz haben. Dieses Gremium sollte dann die Funktionen wahrnehmen, die nach den Vorstellungen von Owen/Young der Hochkommissar Carver allein ausüben soll. Diese Konzession der PF wurde von den imperialistischen Vertretern offensichtlich nicht „honoriert".

Weit auseinander klaffen zwischen beiden Seiten die Vorstellungen, wer während einer Übergangsperiode bis zu den Wahlen die bewaffnete Macht ausüben solle. Die PF hat wie in der Vergangenheit den Einsatz von UNO-Truppen (deren üble Rolle im Kongo 1960 noch in unguter Erinnerung ist) abgelehnt und gefordert, daß die Streitkräfte der PF die Vorbereitungen für Wahlen in Zimbabwe zu kontrollieren habe. Natürlich haben die Vertreter des Imperialismus diese Forderung abgelehnt. Bezeichnend ist die Bemerkung, die Owen zum Abbruch der Verhandlungen von Malta von sich gab: *„Ich habe den Eindruck, daß die anderen Parteien in diesem Konflikt (in Salisbury) den Wunsch haben, uns zu sehen"* („Guardian", 2.2.77). Mit anderen Worten, Owen und Young setzen wieder das erpresserische Druckmittel der Unterstützung der schwarzen Marionetten gegen die relativ „starrköpfigen" Vertreter der PF ein. Es ist sehr zu hoffen, daß die PF sich auf diese Erpressungsmanöver des Imperialismus nicht einläßt (alle Informationen nach „Guardian", 2. und 3. Februar 78).

„Interne Lösung" kurz vor dem Abschluß

Wie wir bereits in AK 119 schrieben, stellt das von Smith und seinen schwarzen Statthaltern Sithole, Muzorewa und Chirau propagierte neokoloniale Modell der sogenannten „internen Lösung" einen weiteren Versuch dar, die imperialistischen Interessen in diesem Gebiet abzusichern und ein zweites Angola oder Mozambik zu verhindern.

Darüber hinaus verfolgt der Aufbau salonfähiger schwarzer Kompradoren, die sich willig jeder Forderung der Rassisten beugen, den propagandistischen Zweck, die Kräfte der PF vor der Weltöffentlichkeit als isolierte, unbelehrbare Einzelgänger ohne Basis im Volk darzustellen.

Nach fast zweimonatigen „zähen" Verhandlungen scheint sich unter dem Deckmantel absoluter Geheimhaltung (es wurde vor kurzem vom Smith-Regime eine totale Pressezensur verhängt) das Modell eines neokolonialen Zimbabwe konkrete Formen anzunehmen.

Angeblich konnte in folgenden Punkten bereits eine Einigung erzielt werden:

1. Es soll eine juristisch eindeutige Festlegung der Grundrechte getroffen werden.
2. Die Weißen erhalten 28 Sitze von 100 im Parlament (Smith hatte zuerst 33 gefordert, Muzorewa und Sithole wollten 20 zugestehen).
3. Für eine Änderung der Verfassung ist in jedem Fall die Zustimmung der weißen Abgeordneten notwendig (Vetorecht).
4. Die weißen Parlamentarier werden nur von Weißen gewählt, diejenigen, die im ersten Wahlgang mehr als 50 % der Stimmen erhalten, kommen direkt ins Parlament.
5. Die Justiz bleibt (!) „unabhängig" (d. h. in ihrer heutigen Zusammensetzung erhalten).
6. Die Beschäftigung von Weißen im öffentlichen Dienst und in der Armee soll garantiert werden.
7. Die Renten der weißen Angestellten sollen garantiert werden.
8. Rhodesische Bürger sollen auch noch andere Staatsangehörigkeiten besitzen können.
9. Das Wahlalter wird auf 18 Jahre festgelegt.
10. Diese Vereinbarungen gelten für eine Übergangsperiode von 10 Jahren (Smith hatte 15 Jahre, Muzorewa 8 und Sithole 5 gefordert).

(„Süddeutsche Zeitung", 28.1.78).

Konkrete Vereinbarungen über die Zusammensetzung der Armee- und Polizeikräfte wurden nicht getroffen; dies soll erst in der sogenannten „Übergangsphase" geklärt werden.

Festzustellen ist also, daß die Rassisten in allen wesentlichen Punkten ihre Vorstellungen bis auf geringfügige Abänderungen durchsetzen konnten.

Der Beamten- und Justizapparat, wesentlicher Stützfeiler des Rassistenregimes bleibt weiter in der Hand der Weißen, das gleiche gilt für die Armee, wo explizit die Teilnahme von Weißen garantiert wird.

Auch auf parlamentarischer Ebene haben die Rassisten jederzeit die Möglichkeit, durch verbrieftes Vetorecht ihnen unangenehme Vorschläge zu Fall zu bringen.

Hier reicht die dickste schwarze Schminke nicht mehr, um den offen neokolonialen Status des Zimbabwe nach Imperialisten-Geschmack auch nur notdürftig zu vertuschen!!

Einigermaßen kläglich nehmen sich dann auch die Versuche der Marionetten Sithole und Muzorewa aus, durch kabarettistische Einlagen zumindest den Hauch von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit zu wahren. Sithole spielte den „zähen" Verhandlungspartner, als er verbissen an seiner Forderung nach einer 5-jährigen Übergangsperiode festhielt und weigerte sich, an den Verhandlungen weiter teilzunehmen, bis Smith drohte, ihn rauszuschmeißen.

Muzorewa trat noch etwas effektvoller auf; er kündigte für kurze Zeit die Zusammenarbeit mit dem Rassisten-Smith auf, weil man ihn als Lügner bezeichnet habe („SZ", 25.1.).

Inzwischen haben beide ihr Schauspiel beendet und sind wieder voll ins Geschäft eingestiegen.

Massaker – Sithole und Muzorewa mitverantwortlich

Muzorewa und auch Sithole haben darüberhinaus bereits mehrfach zu erkennen gegeben, worin in den Augen der Imperialisten ihr politischer Wert und ihre künftige Aufgabe in einem neokolonialen Zimbabwe liegen soll:

So kündigte Sithole der PF im Fall der Behinderung der „internen Lösung" eine gnadenlose Verfolgung an („SZ", 18.1.).

Laut „Tanazania Daily News" (12.1.78), die sich auf Nkomo beruft, sind Muzorewa und Sithole für die Überfälle der Rassistenarmee auf zivile Durchgangslager der PF in Mozambik im November letzten Jahres direkt mitverantwortlich.

„Es war zwischen ihnen und Smith vereinbart, daß bestimmte Objekte angegriffen werden sollten." „Sie wünschten vom rhodesischen Regime einen Beweis der Stärke, einen Beweis, daß es in der Lage ist, die „interne Lösung" zu ververteidigen."

Afrika-Kommission

UNITA-Regierung in Südangola?

Seit einiger Zeit macht die angolanische Marionetten-Bewegung UNITA wieder von sich reden. Sie behauptet, große Gebiete in Zentral- und Südangola unter Kontrolle zu haben und kündigte jüngst gar die Ausrufung einer „Sozialistischen Republik Angola" an.

Diese großsprecherischen Verlautbarungen haben in der imperialistischen Presse ein relativ breites Echo gefunden, scheint sich doch hier die Möglickeit anzuzeigen, eine „Alternative" gegen die MPLA-Regierung propagieren zu können.

Die UNITA-Ankündigungen wurden umso begeisterter aufgenommen als es seit der Niederlage der UNITA/RSA-Truppen Anfang 1976 über die UNITA nichts zu berichten gab, als ihre fortgesetzte Zusammenarbeit mit den Rassisten, ihre Sabotageaktionen und Massaker an der angolanischen Zivilbevölkerung und ihr Einsatz als schwarze Kampftruppe gegen die Befreiungsbewegung von Namibia, SWAPO. Mit einer „sozialistischen" UNITA-Republik, die möglicherweise von einigen schwarzafrikanischen Kompradoren-Regimes anerkannt werden könnte, böte sich die Möglichkeit, die UNITA wieder glaubwürdiger als „Befreiungsbewegung" verkaufen zu können und die südafrikanische Unterstützung vergessen zu machen.

In der Tat hat bereits der reaktionäre Staatschef des Senegal, das bis heute die MPLA-Regierung nicht anerkannt hat (!), Senghor, die UNITA-Pläne ausdrücklich begrüßt.

Doch hat die Propaganda um die „Republik-Gründung" einen Haken: Das rassistische Südafrika ist als ihr Urheber allzudeutlich auszumachen.

So schrieb denn auch der „Spiegel" bedauernd: *„Der südafrikanische Staatsrundfunk wußte denn auch als erster, daß UNITA eine unabhängige, sozialistische Republik im Süden Angolas ausrufen will.(...) Ein von der UNITA beherrschtes Südangola ist der Republik Südafrika ein Nachbar, der ein kubanisches Eingreifen verhindern kann"*, sprich: eine Pufferzone gegen den namibianischen Befreiungskampf bilden soll („Spiegel", 53/77).

Noch mehr wird der Gedanke der „UNITA-Republik" durch die Tatsache vermiest, daß sie bereits seit langen auf dem faschistischen Propaganda-Markt in Südafrika gehandelt wird. So schrieb Helmut von Lichtenfeld, inzwischen regelmäßiger Mitarbeiter der NPD-nahen „Deutschen Wochen-Zeitung" bereits am 22. Oktober in der Nr. 99 seines deutschsprachigen „Afrika-Spiegel" (Pretoria): *„Da das von Moskaus Gnaden existierende MPLA-Regime voraussieht, daß der Führer der UNITA, Jonas Savimbi, demnächst (?!) die angolanische Südprovinz zu einer unabhängigen Republik erklären will, hat Präsident Neto weitere 4.000 Kubaner zur Unterdrückung des Volkswillens von der Zuckerinsel angefordert."* Im gleichen Atemzug lobt der Faschist Lichtenfeld den UNITA-Chef Savimbi als aufrechten *„antikommunistischen"* Führer. Unter Faschisten braucht man halt keinen „sozialistischen" Lack...

Der Gedanke einer reaktionären Sezession Süd-Angolas taucht in Südafrika auch in etwas anderer Version auf. Nach dem Vorbild der „Homelands" soll aus Südangola und Nordnamibia ein sogenanntes „Ovamboland" gebildet werden: *„Wir sehen die Zukunft des Weißen Mannes nur im engsten Zusammenschluß aller patriotischen Weißen (!) im südlichen Afrika. Dafür würden wir auch eine Teilung Südwestafrikas in Kauf nehmen und den schwarzen nördlichen Teil – Ovamboland – in die Eigenstaatlichkeit entlassen. Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts (!) schreit geradezu nach einer Vereinigung der Ovambostämme unseres Nordens mit denen in Südangola!"*

So zu lesen in einem offenen Brief an RSA-Chef Vorster, herausgegeben von einem „Lese- und Gesprächskreis Swakopmund", der mit dem Blatt „Hör zu – auch Du" (deutschsprachiges Faschisten-Blatt aus Namibia) zusammenhängt. Der „Offene Brief" sowie ein „Lagebericht" aus der Oktober-Nummer des „Hör zu"-Blattes wird in der BRD von den „Unabhängigen Nachrichten" (UN) des Neofaschisten Martin Voigt, Bochum, verbreitet.

Doch zurück zur UNITA-Republik. Selbstverständlich handelt es sich bei den Meldungen, die UNITA kontrolliere den gesamten Süden Angolas um reine Propaganda. Zwar sind UNITA-Verbände nach wie vor in den Provinzen Huambo, Bie und Cuanda-Cubang aktiv (Mitteilung des angolanischen Verteidigungsministeriums vom 9.11.1977, zitiert in „Facts and Reports" Nr. 25/77), doch handelt es sich hier nur um wenige hundert Mann, die aufgrund der Ausdehnung des Territoriums (etwa Größe Frankreichs) und der geographischen Bedingungen (dichter, hügeliger Regenwald) von den FAPLA-Streitkräften nur schwer aufzuspüren sind („New African Development", Dezember 1977).

Von einer „Kontrolle" des Gebietes kann also überhaupt keine Rede sein.

Schwerer wiegt dagegen die Tatsache, daß UNITA-Verbände mit südafrikanischer Unterstützung an der Südgrenze Angolas ständige Provokationen starten und direkt gegen SWAPO-Kämpfer eingesetzt werden. So berichteten UNITA-Gefangene, die in der Provinz Cuando-Cubang festgenommen wurden, daß sie von südafrikanischen Ausbildern in Namibia trainiert werden und anschließend nach Angola geschickt werden (Radio Havanna, 11.11.77, zitiert nach „Facts and Reports", Nr. 25/77).

Die Gefahr einer erneuten südafrikanischen Invasion Angolas muß nach wie vor als äußerst groß angesehen werden. Als „Legitimation" könnte der „Hilferuf" einer (nicht-existenten) „UNITA-Republik" genommen werden.

Diese Möglichkeit muß umso ernster genommen werden, als auch Teile der schwarzafrikanischen Reaktion eine solche Begründung als ausreichend für ihre Unterstützung der rassistischen Aggression ansehen könnten. Wie die ghanesische Zeitung „People's News" meldete, haben sich kürzlich Präsident Mobutu, Jonas Savimbi und Roberto Holden (FNLA-Chef) in Kinshasa getroffen, um die Vorbereitung eines erneuten Angriffs gegen die VR Angola von Namibia aus zu diskutieren. Das Ziel sei *„eine unabhängige Republik in möglicherweise okkupierten Territorien zu gründen und die Republik dann zu einer Invasion gegen den Rest Angolas zu benutzen."*

Nach dem Bericht der Zeitung hat Savimbi für diese Pläne bereits die Unterstützung der reaktionären Regimes in Marokko, Elfenbeinküste und Zaire gewonnen. Alle drei würden sich für eine *„schnelle Anerkennung des Marionetten-Staates aussprechen"* (Zitate nach einem Bericht des angolanischen Rundfunks, zitiert nach „Facts and Reports" Nr. 25/77). Die südafrikanische Zeitung „To the Point" berichtete darüber hinaus über intensive Kontakte Savimbis mit dem Senghor-Regime des Senegal.

Die Hauptstadt des Senegal, Dakar, sei *„zum Hauptrückhalt der Bewegung* (UNITA – AK) *geworden, zur Hauptkontaktstelle mit ihren Anhängern in Afrika und dem Rest der Welt."* Im September 1977 hätten längere Unterredungen zwischen Senghor und Savimbi stattgefunden.

„To the Point" berichtet auch von engen Beziehungen der UNITA mit den imperialistischen Staaten. Der persönliche Berater Savimbis, Jeremias Chitunda, mit Sitz in New York, habe ständigen Zugang zu US-Präsident Carter. UNITA-Vertretungen seien außerdem in London, Paris und Genf.

Interessant ist auch aus südafrikanischem Munde zu hören, wie weit Savimbi inzwischen offen die Positionen der Rassisten propagiert. Die Zeitung zitiert Savimbi: *„Die Südafrikaner sind nicht wie die Portugiesen. Als die Portugiesen Angola aufgegeben haben, wußten sie, daß sie in ihr Ursprungsland zurückkehren konnten. Aber die vier Millionen Südafrikaner haben kein Zuhause. Deshalb bewaffnen sie sich bis an die Zähne für den Überlebenskampf, wenn sie bedroht sind."* Es sei *„unrealistisch und unehrenhaft"* zum Krieg gegen Südafrika aufzurufen („To the Point" vom 21.10.77).

Afrika-Kommission

Kanarische Inseln: Cubillo zum Schweigen gebracht?

Nach wochenlangen diplomatischen Kontakten des spanischen Sozialistenführers Gonzalez mit der Spitze der algerischen FLN, ist es Gonzalez offenbar gelungen, den kanarischen Freiheitssender Cubillos zum Verstummen zu bringen. Antonio Cubillo hatte seit Jahren jeden Abend von einer algerischen Sendestation aus Aufrufe und politische Reden an seine Anhänger der kanarischen Freiheitsbewegung MPAIAC und den kanarischen Widerstand gegen die spanischen Kolonialisten gerichtet. Sollte sich diese Schließung der Cubillo-Sendungen als endgültig erweisen (sie gelten derzeit als „unterbrochen"), so würde dies ein außerordentlich großes Zugeständnis der algerischen Regierung an den spanischen Staat bedeuten. Dieses Zugeständnis kann nur mit erheblichen wirtschaftlichen und politischen Pressionen erreicht worden sein.

So unterschiedlich die Einschätzungen der Person und politischen Bedeutung Cubillos sein mögen, seine MPAIAC ist die radikalste nationalistische Kraft auf den Kanarischen Inseln, die mit zahlreichen Bombenanschlägen gegen spanische Einrichtungen (Banken, Polizeistationen, usw.) einen nationalen Unabhängigkeitskampf führt. Cubillo und die MPAIAC sind von zahlreichen Staaten der OAU anerkannt und werden von ihnen unterstützt, und Cubillo wird – so war es wenigstens geplant – an der kommenden OAU-Sondersitzung, die am 13.2. beginnen soll, als Vertreter der MPAIAC bei der Behandlung der „kanarischen Frage" anwesend sein. Bei der Behandlung der „kanarischen Frage" wird es darum gehen, ob die OAU sich zu der Position Cubillos, Algeriens und anderer fortschrittlicher afrikanischer Staaten bekennt, daß die Inseln zum afrikanischen Kontinent gehören, also von Spanien kolonisiert wurden, oder ob sie als ein Teil Spaniens zu betrachten sind und daher keine Kolonialfrage besteht. Insofern geht es auch darum, ob die OAU insgesamt der MPAIAC den Status einer Befreiungsbewegung zubilligt. Diese Entscheidung hat eine Bedeutung über die unmittelbaren Belange des kanarischen Volkes hinaus. Die Kanarischen Inseln haben eine hohe strategische Bedeutung und die spanische Regierung besteht darauf, sie als „natürliche Militärbasis" mit in die Nato einzubringen. Dies würde zusammen mit den für die Nato benutzbaren Basen auf Gibraltar, Rota und der geplanten Basis auf Mallorca eine erhebliche militrärische Bedrohung des nördlichen Afrika darstellen. Frankreich hatte schon bei seiner militärischen Intervention in der Westsahara Zwischenlandeerlaubnis auf den Kanarischen Inseln erbeten!

Im Dienste dieser aggressiven Nato-Strategie hatte sich der spanische Sozialistenführer auf den Weg nach Algier gemacht. Kurz zuvor war schon Don Juan von Bourbon im persönlichen Auftrag des spanischen Königs in Libyen bei Gaddhafi vorstellig geworden (auch Libyen untersützt die MPAIAC). Ein Ergebnis dieses „Vorfühlens" bei Gaddhafi ist nicht bekannt.

Die alte Kolonialmacht Spanien hat heute ein paar Register mehr, die sie gerade gegenüber den fortschrittlichen Staaten Nordafrikas ziehen kann. Was ihre altgedienten Diplomaten nicht zuwege bringen, dafür setzt sie heute vertreter der ehemaligen Oppositionsparteien ein, die mit der linken Hand eine Resolution für die Menschenrechte in Chile unterschreiben (wie Felipe Gonzalez sinngemäß in Algier) und mit der rechten für die neokolonialen und imperialistischen Ziele Spaniens und der EG und Nato allgemein trommeln. Antonio Cubillo bezeichnete Felipe Gonzalez richtigerweise als *„Agent der Regierung* (von Madrid) *und Vertreter der europäischen Sozialdemokratie und der Vereinigten Staaten"* („El Pais", 26.1.).

Spanien-Kommission

BRD-Geheimdienst gegen Angola

Der Berliner „Extradienst" veröffentlichte in seiner jüngsten Ausgabe („ED" vom 31.1.) ein äußerst aufschlußreiches Dokument über die Beteiligung des BND an geheimen Vorbereitungen für eine erneute imperialistische Invasion gegen die VR Angola. Die Pläne sehen einen Angriff zuerst gegen die Einrichtungen der Gulf Oil in Cabinda und schließlich die Wiedereroberung Gesamt-Angolas vor. Gleichzeitig sollen zahlreiche hohe angolanische und anti-imperialistische afrikanische Politiker ermordet werden, um im darauf entstehenden Klima der Verwirrung und Destabilisierung leichteres Spiel in Angola zu haben.

In dem Bericht des französichen Journalisten Patrice Chairoff wird detalliert geschildert, wie der BND in Afrika mit den Geheimdiensten der anderen imperialistischen Staaten zusammenarbeitet, v.a. mit dem CIA, dem französischen SDECE, dem italienischen SID und dem südafrikanischen BOSS.

Unter anderem unterhält der BND – dem Bericht zufolge – in den bayerischen Alpen geheime Trainingszentren zur Spezialausbildung von Söldnern. Bislang war über die BND-Aktivitäten in Afrika nur wenig bekannt geworden, während über die Machenschaften des französischen SDECE und des CIA einige Fakten vorliegen (vergl. z.B. Artikel in diesem AK über die Ermordung Lumumbas).

Mit der immer aggressiveren Politik des BRD-Imperialismus in Afrika (OTRAG, Ostafrika, etc) wird der BND jedoch kaum weiterhin derart im Hintergrund bleiben können.

Der vorliegende Bericht stammt vom Oktober letzten Jahres und wurde bereits in den holländischen „Facts and Reports" und dem englischen „Africa"-Magazin veröffentlicht. Leider war er bisher von den westdeutschen Anti-Imperialisten übersehen worden. Wir drucken die Übersetzung des „ED" in voller Länge ab.

Afrika-Kommission

Die Gründung einer „Exilregierung" der Enklave Cabinda am 2. Mai letzten Jahres in Paris ging ohne großen Propagandaaufwand praktisch unbemerkt über die Bühne. Diese ungewohnte Diskretion der Führer der „Befreiungsfront der Enklave Cabinda" (FLEC) war im Grunde nicht beabsichtigt, vielmehr führte das Verschwinden eines explosiven, unchiffrierten Papiers aus der Wohnung eines Pariser Repräsentanten der FLEC zur Annullierung einer ursprünglich für den 16. Mai angesetzten Pressekonferenz. Ein Agent des französischen Geheimdienstes SDECE tauchte daraufhin ganz überstürzt bei den 12 Journalisten auf, denen etwas voreilig ein Dokument übersandt worden war und bat sie eindringlich, die ganze Angelegenheit doch zu vergessen. In diesem Dokument sind nämlich einige sehr interessante Informationen zu finden, die große Schlagzeilen machen sollten: COBRA 77.

5.000 Dollar für Mörder

Es ist bekannt, daß die FLEC intensivste Söldnerwerbung in faschistenfreundlichen Kreisen der europäischen Zentren Brüssel, London, Paris, Rom betreibt. Zu Musterexemplaren gehört der Söldner Jean Kay, der das Interesse der Öffentlichkeit durch die Dassault-Affaire und die Erpressung von 400 Millionen Francs CFA auf sich gezogen hat. Weiterhin ist bekannt, daß die Südafrikaner und Rhodesier auf dem internationalen Söldnermarkt am schlechtesten zahlen. Um so größer war das Erstaunen einiger Söldneranwärter, als Ted Leroy, der rhodesische Hauptagent in Paris, den Vorschlag machte, ihre Mordtalente nicht etwa den Selous Scouts oder dem Kommando Nr.4 für einen Hungersold zur Verfügung zu stellen, sondern statt dessen durch ihre Beteiligung an einer „kombinierten Aktion in minimaler Zeit maximal viel Dollars zu verdienen". Sogar den kompromittiertesten Subjekten, die ansonsten vom rhodesischen Söldnerwerber abgelehnt worden wären, wurden 5.000 bis 7.000 Dollar monatlich angeboten. Gesucht wurden vor allem Sabotageexperten, Kampftaucher und Landungsexperten für Leicht- und Schnellboote.

Anfang April wurde ein Dutzend dieser Kampftaucher und Landungsexperten in kleinen Gruppen nach Bonn gebracht, wo sie von einem seltsamen Duo betreut wurden – einem früheren Angehörigen der französischen Waffen-SS, der 1943 an der Ostfront mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde und später zum SDECE ging, und einem deutschen Beamten des BND. Der deutsche Geheimdienst quartierte sie unter falschem Namen im Hotel Bismarck in Düsseldorf ein, wo sie bis zum 18. April, bis zu ihrem Abflug nach München, wohnten. Von dort aus wurden sie zu einem ruhigen See in den bayrischen Alpen gebracht, wo sie unter dem Schutz staatlicher Stellen drei Wochen intensivsten Trainings durchmachten. Gebrauch von hochexplosiven Sprengstoffen, Verminung, Unterwasserkampf, sämtliche Register des harten Trainings für Kampftaucher wurden dort durchgezogen, Ausbilder waren zwei amerikanische Offiziere der „Special Forces" und eine westdeutsche Gruppe unter der Führung des Marineausbilders Ernst Müller.

Die Gruppe, im letzten Moment um sieben neue Rekruten angewachsen, startete von München in einem Militärflugzeug der NATO und landete in Pisa/Italien, von wo aus sie an die Nordküste Sardiniens gebracht wurden, auf ein riesiges Privatgelände eines römischen Advokaten und Geschäftsmannes, der dem italienischen Geheimdienst SID sehr nahesteht und im amerikanischen Generalkonsulat in Rom aus und ein geht, wo auch der amerikanische Geheimdienst seine Büros hat. Empfangen wurde die Gruppe dort von Herbert Schlesinger und Erik Mulliken, zwei Spezialagenten des BND in Rom, die dort ein äußerst interessantes Unternehmen leiten – die „Mondialexport", die in den letzten achtzehn Monaten für die Rekrutierung und Verschickung von mehr als 600 italienischen Söldnern nach Rhodesien gesorgt hat.

Ausbilder auf italienischem Boden waren anti-Castro Kubaner, die ihre Fähigkeiten bereits in den vom CIA kontrollierten Gruppierungen wie „Alpha 66" und „Commandos L" bewiesen hatten und sich auf einen neuen Einsatz in Angola vorbereiteten. Das Training war äußerst hart, und nach drei Wochen wurde ein Drittel der Kandidaten rigoros aussortiert und flog offiziell nach München zurück.

Die „glücklichen Auserwählten" flogen via Casablanca nach Sandoa in Zaire, wo sie am 14. Mai ankamen und seitdem Gewehr bei Fuß, oder besser die Plastikbombe auf dem Rücken, auf grünes Licht für ihren Einsatz in der Operation „COBRA 77" warten.

Ziel: Die Bohrinseln

Ihr Ziel sind die Bohrinseln der Gulf Oil Company im Süden des Golfs von Guinea. Diese stellen ein ausgezeichnetes Mittel zur Erpressung und Destabilisierung und schließlich Wiedereroberung Angolas dar, ein Ziel, das in enger Kooperation zwischen dem Mobutu-Regime, den Spezialagenten des westdeutschen BND, dem südafrikanischen Geheimdienst BOSS und dem französischen SDECE angestrebt wird.

Die Operation „COBRA 77" hat einige Rückschläge hinnehmen müssen. So hat z.B ein belgischer Söldner und Sprengstoffspezialist in stark alkoholisiertem Zustand einem Londoner Kumpanen gegenüber geplaudert. Ein paar Tage später wollte er von Anvers nach Brüssel fliegen – und ist dort nie angekommen. Ein Spezialist läßt sich ersetzen, Schwätzer haben allerdings in einer Operation von derartiger Tragweite keinen Platz.

Der Beginn der unterseeischen Angriffe auf die Bohrstationen sollte nhergehen mit einer Welle politischer Morde, so blutig, wie es sie in Afrika bisher noch nicht gegeben hat. Zu diesem Zweck wurden in Europa und Lateinamerika die erfahrendsten Mörder ausgesucht und mit besonders hochentwickelten Waffen ausgestattet: mit Maschinenpistolen vom Typ CZ 61 „Scorpion" mit eingebautem Schalldämpfer, Weatherby Gewehren mit Infrarot-Zielfernrohr und Zyanidpistolen. Sechzig professionelle Pistoleros werden in Gruppen von jeweils drei seit sechs Monaten unter dem Kommando von zwei Offizieren des SDECE und zwei Experten des Foccart-Geheimdienstes ausgebildet.

2.000 Söldner warten

Auf das durch diese Attentate und eine Reihe wohlprogrammierter Sprengstoffanschläge erzeugte Chaos sollten dann zwei militärische Operationen folgen, eine aus der Luft und eine Marineoperation. Mehr als 2.000 Söldner aus aller Welt warten auf ihren Einsatz, die Rekrutierung ist weiter in vollem Gange.

Die Söldner werden über Brüssel mit falschen Papieren nach Afrika geschickt. Bei einer Routinekontrolle an der franco-italienischen Grenze wurden am 18. Juni 5.000 gefälschte französische Personalpapiere beschlagnahmt, die für die Söldner der Operation „COBRA 77" bestimmt waren. Alles deutet darauf hin, daß der französische Geheimdienst nun, nach seiner Beteiligung an den Aktionen gegen die VR Benin, die VR Kongo und gegen die Aufständischen in Südzaire, eine neue Aufgabe in der Beteiligung an einer Bürgerkriegsaktion auf angolanischem Boden gefunden hat. Dabei arbeitet er eng mit dem westdeutschen Spionagedienst BND und dem südafrikanischen BOSS zusammen, ganz zu schweigen von der Mobutu-Administration, und das mit dem Segen und der technischen Unterstützung des CIA, als dessen europäische Niederlassung der BND bekanntermaßen fungiert.

Westdeutsche Gasgranaten für rassistische Terroreinheiten

„An der geraden Seite des „D" waren Scharfschützen, die von Soldaten mit Gasgranaten, Maschinengewehren und Gasmasken flankiert waren. Im Zentrum der Formation war ein Polizeioffizier, und ein Journalist. Wir hielten 200 m vor den Aufständischen an und der kommandierende Offizier forderte die Gruppe von Schwarzen auf, sich innerhalb von drei Minuten zu zerstreuen, da eine Versammlung nach dem Aufruhrgesetz verboten sei. Falls die Leute sich nicht zerstreuten, würde scharf geschossen und zwar gezielt auf Angreifer, die bei früheren Anlässen identifiziert worden waren. Falls sich die Leute immer noch nicht zerstreuten, würden die automatischen Waffen



Polizei der südafrikanischen Faschisten beim Abschuß von Gasgranaten

eingesetzt. Uns wurde befohlen, dann wahllos in die Menge zu schießen. Nach dem Einsatz wurden die Leichen auf Lastwagen geladen und alle Geschoßhülsen sorgfältig eingesammelt ..."

So zitiert die „FR" vom 28.12.77 den desertierten südafrikanischen Soldaten Barry Levingford, der Mitglied in der Soweto Task-Force, einer Spezialeineit, war. Levingford berichtet über die Ausbildung:

„Unsere Ausbildung bestand im wesentlichen im Straßenkampf gegen Aufständische, und seit November waren wir in Dauerbereitschaft, weil die Regierung größere Unruhen im Dezember erwartete. Unsere Bewaffnung bestand aus FN-Gewehren, halbautomatischen RN-Gewehren und BREN-Maschinenpistolen. Wir hatten auch Gasgranaten und Gasmasken westdeutschen Ursprungs."

Mit welcher Brutalität diese Einheiten gegen die schwarze Bevölkerung vorgehen, schildert Levingford: *„In meiner Einheit wurde von einem Massengrab am Rande Sowetos gemunkelt, in dem angeblich 160 Leichen verscharrt waren. Ein Unteroffizier sagte mir, das sei gar nichts, es gäbe acht Massengräber, in denen „Kaffirs" vom letzten Jahr* (Juni 1976 – d. Verf.) *verrotten. Als ich ihn fragte, wieviele das seien, sagte er lächelnd: ,Über tausend' ..."*

Afrika-Kommission



Djibouti: Bombenattentat und Großrazzien

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kämpfe am „Horn von Afrika" verschärfen sich auch in Djibouti die Auseinandersetzungen.

Bei einem Bombenanschlag am 15.12.77 auf die vollbesetzte größte Bar im Stadtgebiet wurden sechs Personen getötet und 31 verletzt – davon 30 französische Soldaten. Zwei Tage später traten der Premierminister Ahmed Dini sowie fünf weitere Minister aus dem Kabinett des Präsidenten Hassan Gouled zurück. Der Grund für diese Ereignisse liegt vordergründig in der „Rassenpolitik" der neokolonialen Herren (Bevorzugung der Issas gegenüber den Afars). Ein wichtiger Faktor ist die unvorstellbare Verelendung der Bevölkerung (ca. 320.000 Einwohner). Fast die einzige Erwerbsquelle war bisher der Hafen, wo etwa 2.500 Dockarbeiter Arbeit fanden. Über 60% der Einfuhren Äthiopiens wurden hier entladen. Mit der Blockade der Bahnverbindung nach Addis-Abeba durch die WSLF im Ogaden-Gebiet ist der Djibouti-Hafen nun praktisch stillgelegt. Mit jedem Dockarbeiter, der seinen Job verliert, verlieren etwa 15 Angehörige ihr einziges Einkommen. Was bleibt, ist die einzige Fabrik (Pepsi-Cola), die weit verbreitete Prostitution in Bars und Nachtclubs für die französischen Besatzungstruppen – oder der Hungertod.

Die Menschen werden selten älter als 30 Jahre. – Hinzu kommen über 10.000 Flüchtlinge aus den benachbarten Kriegsgebieten. Sie sind ebenfalls praktisch ohne Versorgung.

Der Elendsstaat Djibouti wurde zwar 1977 von den Franzosen in die „Unabhängigkeit" entlassen – ist jedoch in Wirklichkeit auch weiterhin nichts anderes als eine französische Neokolonie: noch immer sind offiziell 4.500 französische Soldaten dort stationiert – in Wirklichkeit handelt es sich um die stärkste imperialistische Militärkolonie in der Region mit insgesamt 8 – 10.000 Franzosen. Die „eigene" Armee Djiboutis (3,700 Mann) wird von den Franzosen ausgebildet, finanziert und kommandiert. Sie kontrollieren auch den Staatshaushalt, und auf allen Ebenen der Verwaltung arbeiten Franzosen („LM", 17.12., „FR", 16.1., „l'etincelle", 12.1.).

Die beiden hauptsächlichen Bevölkerungsgruppen – Afar un l Issa – sind von den Kolonialherren stark gegeneinander ausgespielt worden. Vor der „Unabhängigkeit" erhielten vor allem die Afar von den Franzosen die wenigen zu vergebenden Arbeitsplätze. Nach der Aushandlung der Bedingungen für die „Unabhängigkeit" mit der LPAI (eine Bündnisorganisation beider Bevölkerungsgruppen) wurden die wichtigsten Posten durch Issa besetzt. Auch der Regierungschef und Präsident der Republik, Hassan Gouled, ist Issa. Die Issa sollen sich stärker mit Somalia, die Afar stärker mit Äthiopien verbunden fühlen.

Sofort nach dem Attentat auf die Bar begann die Regierung mit härtester Repression gegen die Afar. Im Stadtgebiet von Djibouti sowie in mehreren Ortschaften der Republik wurden die Afar-Viertel abgeriegelt von Soldaten der Fremdenlegion und schwerbewaffneten Polizeikräften, jedes Haus wurde gefilzt. Die massenweise verhafteten Bewohner – laut „l'etincelle" vom 12.1. etwa 8.000 Personen – wurden mit LKW's abtransportiert und auf stacheldrahtumzäunten Schulhöfen interniert. Etwa 1.000 Menschen kamen ins Gefängnis, an die 100 werden seit der Razzia vermißt. Entsprechend einem seit Wochen bereitliegenden Plan wurden Truppen in den Norden der Republik entsandt, wo vorwiegend Afar leben und wo vor einiger Zeit den Afar zugeschriebene Waffenlager entdeckt worden waren. Präsident Hassan Gouled drohte damit, falls es „innere Unruhen" gäbe, werde er die Franzosen als Ordnungsmacht zur Hilfe rufen („LM", 18. 12.).

Die zurückgetretenen Minister sowie der ebenfalls zurückgetretene Premierminister Ahmed Dini sind Afar. Besonders Ahmed Dini, ein reicher Geschäftsmann, ist der Repräsentant des äußersten rechten Flügels der LPAI. Er distanzierte sich scharf von dem Attentat und warf der Gouled-Regierung vor, sie betreibe tribalistische (=stammesbornierte) Politik zugunsten der Issa („SZ", 19.12., „LM", 18.12.).

Nicht zuletzt hat sich die Verfolgungswelle nach dem Attentat jedoch gegen die Linke in Djibouti gerichtet. Der Bombenanschlag wurden von Seiten der Regierung sofort der fortschrittlichen Organisation MPL zugeschrieben. In einer Presseerklärung vom 19.12. wies die MPL jedoch die Verantwortung für den Anschlag, sowie ähnliche frühere Anschläge, bei denen sie auch beschuldigt wurde, zurück: *„Die MPL wendet sich entschieden gegen die verleumderischen und absurden Beschuldigungen durch den Präsidenten von Djibouti, der die Verantwortlichkeit für die Attentate der letzten Monate der MPL zuschreibt"* („l' etincelle", 12.1.78). Weiterhin wird in der Erklärung der Abzug der französischen Truppen aus Djibouti gefordert – die grundlegende Forderung der Unabhängigkeitsbewegung, die von den LPAI-Führern unter Ahmed Dini und Hassan Gouled verraten worden ist („LM", 19.12., 21.12.).

Afrika-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Die »Sympathisanten« gewinnen die Wahl

Linke Listen und Basisgruppen auf dem Vormarsch. Empfindliche Verluste für MSB/SHB

Bei den bisher abgeschlossenen Wahlen zu den Studentenparlamenten ergaben sich teils erwartete, teils überraschende bis sensationelle Verschiebungen des Kräfteverhältnisses zugunsten von linken Listen und Basisgruppen. Hauptleidtragende dieser Entwicklung sind die „gewerkschaftlich-orientierten" (GO-) Gruppen MSB/SHB sowie die Juso-Hochschulgruppen.

Besonders erfreulich sind dabei die Wahlerfolge linker Bündnislisten bzw. der Basisgruppen an der Universität München (bisher MSB/SHB-AStA), und der TU Braunschweig (bisher MSB/SHB/Juso-AStA), wo das Wahlergebnis die Ersetzung der bisherigen ASten durch linke ASten erwarten läßt.

An einer Reihe weiterer Hochschulen werden die Linken (z.T. zum erstenmal) aufgrund ihrer erreichten Stärke an den neuzubildenden ASten beteiligt werden müssen, so an der TU Hannover, der FH Frankfurt (bisher MSB/SHB-„Alleinregierung"), der evangelischen FH Hannover und der PH Flensburg. Diesen teilweise riesigen Wahlerfolgen stehen Verluste der Linken an nur wenigen Universitäten und Hochschulen entgegen, so z.B. in Göttingen, wo die nach zwei Jahren erstmals wieder kandidierenden Jusos erwartungsgemäß wieder stärkste Liste wurden und sich den größten Teil der vor einem Jahr kampflos an die Linke abgetretenen Stimmen wieder zurückeroberten.

Schwierig einzuordnen sind dagegen die Ergebnisse in Oldenburg und Hamburg, wo die GO-Gruppen ihre Position festigen bzw. sogar ausbauen konnten. Insbesondere das letztere Ergebnis gibt so manches Rätsel auf (s.u.)

Etwas aus dem Rahmen fällt auch das Ergebnis an der Bremer Uni, wo Reformisten, Revisionisten und Linke zu nahezu gleichen Teilen Stimmen an die „Marxistische Gruppe" verloren, die bei ihrer Erstkandidatur auf Anhieb 5 Sitze erreichte und zweitstärste Fraktion wurde. Mag sein, daß auch dies Proteststimmen gegen MSB/SHB und für eine linke Oppositionspolitik waren; eine Stärkung der linken Positionen ist durch die ans Provokatorische grenzende Politik dieser Gruppe jedenfalls nicht zu erwarten (siehe z.B. Stellungnahmen der „Marxistischen Gruppe" zum Russel-Tribunal bzw. zur Antirepressionsbewegung überhaupt).

Ein Wermutstropfen ist der Verlust des AStA Uni Kiel an die Raktionäre (RCDS und „Studenten für das Grundgesetz"), nachdem die Jusos auch hier nicht mehr zur Wahl angetreten waren. Zwar sind die demokratischen Gruppen zusammen weitaus stärker als die Reaktionäre, doch erlaubt das Kieler Wahlrecht es nur der stimmenmäßig größten Gruppe, den AStA zu bilden, was die Reaktionäre in Amt und Würden bringt (im übrigen war dies auch die Intention des Kumi, als vor Jahren schon dieses neue Wahlrecht per Zwangssatzung eingeführt wurde). Eindeutiger Sieger der Wahl ist jedoch die linke Fachschaftsgruppenliste, die die vereinigten Reaktionäre nur um 150 Stimmen verfehlte. Wenig erfreulich ist auch der Tatbestand, daß es den Rechten ein weiteres Mal gelungen ist, an der Uni Bonn ungeschoren über die Runden zu kommen. Dies kann jedoch die Freude über das Gesamtergebnis nicht trüben.

DIE VERLIERER

Entsetzen dürfte sich hingegen bei der reformistisch-revisionistischen VDS-Mehrheit über die jetzt eingelaufenen Wahlergebnisse breitmachen. Just in jenem Semester des „Jahrhundertstreiks" an den westdeutschen Hochschulen, mit dem sich MSB/SHB eine erhebliche Stärkung ihres Einflusses erwartet hatten, erleiden sie die u. W. größte Schlappe seit Jahren. Mit Mühe und Not hatten sich die GO-Kräfte nachden ersten Einbrüchen vor einem Jahr in der Zwischenzeit stabilisiert. Es gelang ihnen sogar, ASten zu halten, obwohl sie die Mehrheit längst verloren hatten (z.B. Marburg). In den VDS hatten sie ihre Position sogar leicht verbessern können. In diesem Semester gehen ihnen jedoch voraussichtlich gleich einige ihrer Paradepferde verloren. Da ist zunächst einmal der AStA „e.V." München, von den Revisionisten auf eigene Faust gegründet, bundesweit propagandistisch in den „roten blättern" (MSB-Vereinsmagazin) zu einem Muster AStA hochgespielt, trotz lächerlicher Wahlbeteiligungen von 5-6% in die VDS als legitimer Vertreter der Münchner Studenten (durch Absprache nit den anderen Fraktionen nach dem Prinzip des Kuhhandels) hineingebracht, wo er mit 22 Stimmen zugleich der größte war – und nun das: Beim ersten Auftreten einer linken Alternative wird der alte GO-AStA förmlich hinweggepustet, während die Wahlbeteiligung immerhin auf 10% gestiegen ist.

Drei Jahre hatten sie „im Namen der 33.000 Münchner Uni-Studenten" gesprochen, haben empört aufgeschrien, wenn man die Legitimität dieser „Studentenvertreter" anzuzweifeln wagte, und schon beim ersten ernsthaften Versuch einer linken Alternative bricht diese Fassade zusammen wie ein Kartenhaus. In den Abwärtssog hineingerissen wurden auch ihre (bisher wenig erfolgreichen) intimsten Verehrer, die KHB-Studenten des „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", ehemals stärkste linke Gruppe an der Münchner Uni, heute schwächliches GO-Anhängsel (1 Sitz).

Eine parallele Struktur weist das Wahlergebnis zum AStA e.V. Erlangen auf, wo bei 8,8% Wahlbeteiligung MSB und Jusos zusammen nicht einmal soviel Sitze erhielten, wie die linke Fachschaftsiniativenliste. Ebenso gab es in Regensburg Verluste für den MSB, der sich jedoch mit Hilfe des KHB weiter im AStA halten dürfte.

Aber auch anderswo dürften die Revis die Luft anhalten. Ihr Versuch, an der Frankfurter Uni gemeinsam mit einer großen Koalition von Jusos (die das im direkten Auftrag der Frankfurter SPD taten) bis zum RCDS den linken AStA durch Anzweiflung der Wahl und Neuwahlen zu stürzen, war schon Ende des letzten Jahres mit einer weiteren Reduzierung ihres ohnehin minimalen Einflusses und einem überzeugenden Sieg der Liste „Undogmatische Linke" honoriert worden. Jetzt muß auch der von ihnen gestellte FH AStA Frankfurt - von den GO'lern gern als Musterbeispiel guter Politik der „Perspektivlosigkeit" hessischer Sponti-Asten gegenübergestellt beim ersten Versuch einer linken Liste weichen, wenn es auch noch nicht zu einer linken Mahrheit reichte.

Außer diesen spektakulären Verlusten bei Erstkandidaturen linker Listen, wo im Grunde nur die wahren politischen Kräfteverhältnisse solcher GO-„Hochburgen" aufgezeigt wurden (es gibt davon noch einige), was auch in den vergangenen Semestern etwa in Westberlin, Marburg, Bremen schon vorexerziert wurde, haben die GOler allerdings durchgängig auch an den übrigen Hochschulen Verluste zu verbuchen – an die Linke ebenso wie teilweise auch an die Jusos. Besonders betrüblich aus ihrer Sicht ist die Tatsache, daß MSB/SHB aus ihrer bundesweiten Hetze gegen den Göttinger AStA und seine „Buback-Solidaritätskampagne" nicht nur keinen Profit ziehen konnten, sondern in Göttingen selbst sogar noch erheblich verloren (von zusammen 9 auf jetzt 5%). Der Tendenz entgegen wirken eigentlich nur das Hamburger und das Oldenburger Ergebnis. Dabei ist am ersterem ein sehr ungewöhnliches Wählerverhalten (?) festzustellen, daß entgegen allen Erfahrungen der letzten Jahre einen sensationell steilen Anstieg der Wahlbeteiligung in den letzten Tagen (von 3 Wochen Wahl) verzeichnet, sowie phänomenale Siege des MSB über seine eigenen Bündnispartner in 2 Bereichen, wo eher mit einem Sieg der Jusos, des SHB und des LHV zu rechnen war. Eine schlüssige Erklärung dieser seltsamen Ereignisse wird noch zu leisten sein ...

Außer den GOlern haben an den meisten Hochschulen noch die Jusos an Stimmen verloren, wenn sie auch z.T. Verluste der GOler auffangen konnten. Zwar verzeichnen Jusos und LHV keine ähnlich spektakulären Verluste wie der MSB (sieht man einmal von ihrer Nichtkandidatur an der Uni Kiel ab), doch dürfte der politische Einfluß der Jusos an den Universitäten aufgrund ihrer Identifi-

Fortsetzung nächste Seite

und Hamburg, wo die GO-Gruppen Gesamtergebnis nicht trüben. dieser „Studentenvertreter" anzu- politischen Kräfteverhältnisse solcher Fortsetzung nächste Seite

SP-Wahlergebnisse Wintersemester 77/78

Hochschule Wahlbeteiligung	Listen mit Beteiligung von KB/Sympathisanten	Andere Linke BG/Sponti	MSB	SHB	Jusos	LHV	KBW	SLH	RCDS	Andere Rechte	Sonstige
Uni Bielefeld 35 % Sitze:	BG: 537 (358) 13 (8)	FS-Kand. 137 5 (4)	512 (534) 15 (16)	260 (209) 6 (7)	397 (383) 12 (12)	211 (352) 3 (7)	– (34) – (1)		177 (144) 4 (2)		
Uni Bonn 55 % Sitze:	1 (–)		4 (5)	7 (9)	10 (10)	3 (3)		4 (6)	14 (16)	LA: 14 (10)	1 (–)
TU Braunschweig 34 % Sitze:		22 (19)	4 (2)	4 (3)	6 (9)		2 (1)			1 (?)	Linke 12
FH Braunschweig Sitze:	Lili 11 (16)		4 (13)		27 (10)						
Uni Bremen Sitze:	Vorj. mit BG 1 (–)	4 (7)	6 (6)	1 (3)	4 (5)		kbw/ksv (kbw) 3 (3)		1 (1)		MG: 5 (–)
PH Flensburg (keine Listen) Stz:	8				5						Unabhängige 11
FH Frankfurt 41,9 Sitze:		33,2 % (–) 9 (–)	13,2 % (22,6) 3 (6)	31,6 % (64,2) 8 (19)					17,9 % (–) 5 (–)		
Uni Freiburg 18 % Sitze:	gim/kb (gim) 310 (329) 3 (1)	Sponti – (952) – (4)	301 (220) 3 (1)	282 (433) 3 (2)	GEW 1029 (1043) 11 (7)	451 (928) 4 (4)	210 (259) 2 (1)	232 (584) 2 (3)	– (1387) – (7)	Luna: 116 1 (1)	MRI (Linke) 136 (–) 1 (–)
Uni Göttingen 45 % Sitze:	LDK 907 8 SB (SBL) 1257 (2425) 12 (28)	wuf/plu (buf) 577 (1005) 4 (11)	328 (282) 3 (3)	127 (339) 1 (4)	1980 (–) 19 (–)		218 (351) 2 (4)	1319 (802) 13 (9)	1530 (1782) 15 (20)	Bursch./Fasch. 539 4 (–)	LHI (rechtslib.) 268 2
Uni Hamburg Stimmen	1106 (1200)		2432 (2300)	2291 (2500)	2497 (2800)	1754 (2100)	404 (400)	541 (–)	1204 (1500)	JU: 631 (–)	Rechte 296
TU Hannover 28,9 % Sitze:	SBL/LHV 697 (–) 7 (–)		365 (403) 4 (6)	294 (311) 3 (3)	1524 (1814) 17 (23)	jetzt SBL (548) (6)	95 (113) 1 (1)		905 (929) 10 (10)	135 1	KSV 95 (67) 1 (–)
ev. FH Hannover Sitze:	135 (80) 10 (6)		– (23) – (1)		88 (109) 7 (8)						
Uni Kiel Sitze:	1482 (ca. 1100) 10 (–)		GO (MSB) 1150 (207) – (–)		– (2073) ± (11)	1221 (531) – (–)			1631 (1408) 11 (10)		
PH Kiel Sitze:	34,8 % (29,5) 7 (6)		3,5 % (20) – (5)		50,9 % (31,5) 14 (14)		1,2 % (9,7) – (–)		2,3 % (9) – (3)	7,9 % – (5)	
PH Köln Sitze:	231 (143) 4 (1)		100 (120) 5 (2)	440 (742) 23 (22)							
HPH Köln Sitze:		452 13	GO: 210 2				12 –				
Uni München Sitze:	AEL 22 (–) FSL 6 (–)		9 (10)	8 (11)		– (9)					
Uni Münster Sitze	1 (–)		3 (3)	3 (3)	7 (9)	2 (2)		3 (2)	9 (12)	AuF: 3 (–)	
Uni Oldenburg		BG PIN: 20,2 % (26,7)	14 % (12,6)	29,8 % (24.4)	16,2 % (15,6)	11 % (12,5)	1,7 % (1,5)		6,6 % (5)	NHB: 0,4 % (0,5)	

»Die Jugend für die Republik gewinnen«

Zum »realen Dialog« der SPD

Ein Mann ist in der SPD der unangefochtende Star auf dem Parkett der Hochschulpolitik: Peter Glotz, Westberlins Wissenschaftssenator. Selbst seine politischen Gegner von rechts und links attestiren ihm *„bewundernswerten Mut"* („FAZ") und *„erstaunliche Kenntnisse über die Studentenschaft"* (Altvater in Hannover).

Wo CDU-Politiker mit grobschlächtigen Analysen und ebenso groben Vorschlägen zur Lösung der Hochschulprobleme aufwarten, stellt Glotz ins Philosophische abhebende Überlegungen über zwei sich auseinanderentwickelnde „Kulturen" an und ist als Vertreter des Staates beständig auf der Suche nach einem „realen" Dialog statt nach einer „sinnlosen" Konfrontation mit der Studentenschaft. Während Pestel die niedersächsischen Herausgeber der Buback-Dokumentation in die Pfanne haute, führte er einen „wissenschaftlichen" Disput mit den Westberliner Profs und überließ den Gerichten die Aburteilung seiner Gesprächspartner. Während Filbinger die Verfaßte Studentenschaft in Baden-Württemberg abschaffte, will Glotz sie in Westberlin wieder einführen. Kohl, Vogel, Geißler wagen es nicht mehr an den Unis aufzutreten. Glotz diskutiert stundenlang in der Höhle der Sympathisanten mit „Politrockern und Linksradikalen" auf dem TUNIX-Kongress („Die Welt": *„schlimmer kann es nicht mehr werden."*) über die Gewaltfrage. Ein scheinbar bemerkenswerter Mann in einer Zeit, wo Bildungs- und Kultusminister reihenweise zurücktreten oder ihren Rücktritt anbieten, um sich im Staatsapparat einen ruhigeren Job zu verschaffen. Sein Ziel: *„Eine in aggressiver Distanz zum Staat verharrende junge Generation für die zweite deutsche Republik zu gewinnen."* Seine Mittel: *„Geduld, Argumente, Offenheit, Authentizität."*

Was bei der Aufzählung dieser trefflichen Tugenden für einen bürgerlichen Politiker fehlt, ist Kompromißbereitschaft, welche die Jusos und Revisionisten gerade bei Leuten wie Glotz als Folge des bundesweiten Streiks wittern. Das Gegenteil ist der Fall, und man versteht die „neue Integrationstaktik" der SPD gründlich falsch, wenn man glaubt, die SPD würde Zugeständnisse an die Studenten machen, um ein *„Abschwimmen großer Teile der Studierenden"* (Glotz) zu verhindern. Während der Kanzler der Universität Oldenburg, Lüthje (SPD), in der letzten Ausgabe des „Vorwärts" eine Novellierung des HRG verklangt, damit die SPD *„ihre Uni-Basis zurückgewinnt"*, wirft gerade Glotz solchen Politikern ein *„opportunistisches Relativieren der eigenen Position"* vor, d.h. ein unehrliches Versprechen von Zugeständnissen an die Interessen und Forderungen der Studenten, was den Politikern, *„keinen Zentimeter Glaubwürdigkeit"* eingebracht habe (Glotz in der „Zeit" v. 20.1.).

Demgegenüber verlangt Glotz von den Hochschulen, insbesondere von den Studenten, daß sie sich zum „Funktionswandel der Hochschulen" und damit zu den Hochschulgesetzen, die diesem „Funktionswandel" lediglich Rechnung tragen, positiv bekennen und ein *„zeitgemäßes Ethos der Universität"* entwickeln. Das „Ethos": *„Die Industrialisierung, Bürokratiesierung und Rationalisierung des Studienbetriebs"*, die nach Glotz notwendige Folgen der „Öffnung der Hochschulen" und Charakteristika einer „demokratischen Massenhochschule" sind.

Glotz bietet den Studenten also nichts anderes an, als freiwillig im rationalen Austausch der Argumente, die Logik der kapitalistischen Hochschulreform anzuerkennen, von ihren „anachronistischen" Forderungen abzulassen und statt ihr Engagement in „sinnlosen" Streiks zu verpulvern, es in den Dienst der Kapitalistischen „Bewältigung" der Hochschulprobleme zu stellen, d.h. sich für die Organisierung ihrer eigenen Unterdrückung stark zu machen.

Die „neue" sozialdemokratische Integrationsstrategie denkt nicht im Traum daran, an irgendeinem Punkt, sei es in den sozialen Fragen oder gar in der Gewährung von demokratischen Freiheiten, der Studentenbewegung von sich aus irgenwelche Zugeständnisse zu machen. Die „Sinn-Kommunikation", die Glotz der Studentenschaft vorschlägt, ist nicht, wie manche Jusos und MSBler meinen, das Signal eines Umdenkungsprozesses in Richtung einer neuen Reformpolitik bei Teilen der Sozialdemokratie, sondern die Ankündigung nach dem „opportunistischen Relativieren und Taktieren" *(„Die Forderungen der Studenten sind im Grunde berechtigt ...")* den Studenten reinen Wein einzuschenken *„und das Wagnis einer direkten Konfrontation der Argumente einzugehen"* („Zeit", 20.1.).

Beispielhaft ist Glotz dieses *„Wagnis einer direkten Konfrontation der Argumente"* in dem Konflikt mit den Herausgebern der „Buback-Dokumentation" eingegangen. Im Gegensatz zu Pestel, der die niedersächsischen Profs ohne Rücksicht auf Verluste mit administrativen Mitteln in die Knie zu zwingen suchte, hat Glotz den Weg der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Westberliner Profs gesucht, *„um sich mit der Geisteshaltung des Mescalero kritisch auseinanderzusetzen und zu verhindern, daß sie sich unter den Studenten weiter verbreitet"* („Spiegel", 3.10.).

Der „großzügige" Verzicht auf Disziplinarverfahren gegen die Profs war für Glotz natürlich um so leichter möglich, weil er wußte, daß die Staatsanwaltschaft ihm dieses schmutzige Geschäft schon abnehmen würde. Glotz hat bei dem „geistigen Disput" mit den Herausgebern der Dokumentation darauf speku-
stigen Disput" mit den Herausgebern der Dokumentation darauf speku-
liert, daß im Klima der Sympathisantenhatz eine differenziertere, auf die üblichen Hetztiraden verzichtende Auseinandersetzung mit dem „Buback-Nachruf" Anerkennung bei den Studenten finden und ihm das Erreichen seines Ziels erleichtern würde, von den Linken als bürgerlich-liberaler Gesprächspartner akzeptiert zu werden. In der Sache selbst hat Glotz freilich nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht; ja sogar ausdrücklich betont, daß Pestels Vorgehen lediglich eine andere Taktik sei: Auf die Frage eines „Spiegel" Reporters, ob auch Pestel im CDU-regierten Niedersachsen auf Disziplinarmaßnahmen hätte verzichten müssen, antwortete er: *„Nein, ich halte die eine und die andere Entscheidung für vertretbar"* („Spiegel", 3.10.).

Der Vorwurf, den Glotz gegenüber der CDU-Hochschulpolitik lediglich erhebt, ist, daß sie nur noch in der Lage sei, den Studenten die repressive Macht des Staates, aber nicht mehr die „Macht seiner Argumente" zu demonstrieren. Als Wissenschaftssenator an der *„Problemuniversität Westberlin"* („Die Welt") hat Glotz vor allen Dingen im Wintersemesterstreik 76/77 die Erfahrung machen müssen, daß eine knallharte Repressionspolitik große Teile der Studenten radikalisiert und aus dem Einflußbereich der SPD treibt. Aus diesem Grund schlägt er vor, die gewöhnliche Konfrontation (das Westberliner Hochschulgesetz sieht beispielsweise eine Verschärfung des Ordnungsrechts vor) mit einer *„direkten Konfrontation der Argumente"* zu ergänzen – der „reale Dialog".

Glotz' Gesinnungsgenosse in der FDP, Hamburgs 2. Bürgermeister Biallas, hat diese „neue Linie" in einem NDR-Streitgespräch mit Pestel auf folgenden Punkt gebracht: *„Die Politik, die wir gemacht haben, war nicht falsch, wir haben es nur versäumt, sie den Studenten verständlich zu machen."*

Ein Plan mit Haken und Ösen

Zu einem Dialog gehören bekanntlich mindestens zwei. Die Chancen für einen Wissenschaftssenator, einen Gesprächspartner in der Studentenschaft zu finden, sind nicht gerade rosig, wenn er das Gespräch mit der Versicherung beginnt, daß das Ergebnis nur der Konsens über das von ihm vorgegebene „Ethos" der Hochschulen, also sein Hochschulgesetz sein kann. Nahezu aussichtslos werden seine Aussichten, wenn sich bei seinen umworbenen Gesprächspartnern der Verdacht festgesetzt hat, daß er immer dann, wenn seine geistigen Anstrengungen nicht die gewünschten Resultate zeitigen, die schnöde Überzeugungskraft des Polizeiknüppels und der Justiz zum Einsatz bringt. Glotz versucht diesem Dilemma dadurch zu entrinnen, daß er den Westberliner Studenten ein „Geschenk" anbietet: die Wiedereinführung der 1969 abgeschafften Verfaßten Studentenschaft. Dieses Geschenk hat für Glotz eine Reihe von Vorteilen:

1. kostet es nichts, da es von der gleichen Qualität ist wie die Verfaßten Studentenschaften nach den übrigen Landeshochschulgesetzen (kein Politisches Mandat, rigide Finanzkontrolle);
2. läßt es die Hände, mit denen er den Studenten gegenübertritt, nicht völlig leer erscheinen;
3. hebt es sich „wohltuend" von Filbingers Liquidierung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg ab;
4. sorgt es für eine Spaltung innerhalb der Linken über die Frage, ob man es annehmen oder zurückweisen soll, und
5. braucht Glotz *„repräsentative Organe; denn bisher habe ich die absurde Situation, daß ich keine repräsentativen Gesprächspartner finde, wenn ich mit den Studenten reden will"* (FR, 15.9.).

Die Verfaßte Studentenschaft soll also nach dem Willen von Peter Glotz das trojanische Pferd sein, mit dem er innerhalb der Studentenschaft *„die verhärteten Fronten auflockern, für eine Differenzierung der Ansichten sorgen"* („Spiegel", 3.10.) und die Studenten für seinen „Dialog" gewinnen will.

Der raffinierte Dreh bei der Geschichte ist nicht die Tatsache, daß Glotz eine Institution einführen will, der allerorts der Garaus gemacht werden soll, sondern daß sein Angebot den Kräften, die als einzige den Köder sozialdemokratischer Befriedungspolitik zu schlucken bereit wären, wie auf dem Leib geschnitten ist: den ADSen (SEW-Studenten) und den Jusos. In den Auseinandersetzungen um den VDS-Vorstand (vergl. AK 121) ist deutlich gewor-
setzungen um den VDS-Vorstand (vergl. AK 121) ist deutlich gewor-
den, daß die Reformisten und Revisionisten ähnlich wie zu Beginn der 70-iger Jahre die Studentenbewegung auf die Strategie einer Novellierung des HRG verpflichten und mit der SPD ins Geschäft kommen wollen. Die Glotz'sche Strategie des „Dialogs" wäre völlig aussichtslos und idealistisch, wenn es innerhalb der Studentenbewegung nicht einflußreiche Kräfte geben würde, die bereit sind, die Bälle dankbar aufzufangen, die ihnen von einigen SPD-Politikern gezielt zugespielt werden. Der LHV-Vorstand hat dieses muntere Treiben unumwunden als *„Einbringen in die bürgerliche Politik"* umschrieben, was auf einen „Burgfrieden" mit der SPD/FDP hinauslaufen soll.

Im bundesweiten Streik sind von den Jusos und MSB/SHB einige bemerkenswerte Anstrengungen in diese Richtung unternommen worden (Verzicht auf die Durchsetzung des Streiks, Festlegung auf „Gewaltlosigkeit", Versprechen, die radikale Linke zu isolieren etc.).

Da glotzt der Glotz

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist das Angebot, die Verfaßte Studentenschaft wieder einzuführen, mehr als nur eine kurzfristige taktische Variante, zumal Glotz der Studentenschaft „angeboten" hat, hierüber in einer Urabstimmung zu entscheiden.

Glotz ist sicherlich versiert genug, um zu wissen, daß sein „Angebot", ein AStA ohne Politisches Mandat, ohne Finanz- und Satzungshoheit, von a l l e n linken Hochschulorganisationen abgelehnt wird, einschließlich (wenn auch nur verbal) der Reformisten und Revisionisten.

In der radikalen Linken war denn auch die erste Überlegung: diese Urabstimmung wird boykottiert. So berechtigt diese Ablehnung ist, so s i c h e r kann man andererseits sein, daß Jusos und ADSen das Angebot annehmen werden, und gerade in der Ablehnung eines gesetzlich kastrierten AStA durch die radikale Linke ihre Chance sehen. Im Rücken hätten diese Kräfte dann das nicht einmal ganz unlogische Argument, daß der von Glotz angebotene AStA die gleichen rechtlichen Voraussetzungen bietet, wie sie für alle ASten in der BRD gelten. Entscheidender Nachteil bei einer so durchgeführten Urabstimmung wäre jedoch, daß den Studenten abverlangt werden würde, explizit einem AStA ohne Politisches Mandat zuzustimmen. Ein solcher AStA würde dann, wenn er eine fortschrittliche Politik machen will, nicht nur gegen die gesetzlichen Fesseln verstoßen, sondern scheinbar auch gegen den in der Urabstimmung manifestierten Willen der Studenten.

Da Glotz damit rechnen kann, daß (insgesamt nicht unbedeutende) Kräfte in der Westberliner Studentenschaft sein Angebot annehmen werden, würde also im günstigsten Fall die Situation eintreten, daß zwei Vertretungsorgane bestehen: Der „legale" AStA, der die reformistischen und revisionistischen Teile der Studentenschaft repräsentiert, und der „illegale" UStA als Organ der Linken. Schon diese Spaltung wäre eine Verschlechterung der jetzigen Situation.

Der ungünstigste Fall würde eintreten, falls sich herausstellen sollte, daß der „legale" AStA auf Dauer den „längeren Atem" hat, denn gegenüber dem UStA kann er sich der publizistischen und materiellen Unterstützung der Herrschenden sicher sein. Hinzu kommt, daß ein UStA „krisenanfälliger" ist, denn er lebt a l l e i n von der Initiative der Basis. Diese Schwierigkeiten machen sich schon jetzt bemerkbar. Die UStA-Initiative hatte ihre Blütezeit während des Streiks, während jetzt – in „Normalzeiten" – das Engagement merklich nachgelassen hat. Sollte diese Entwicklung eintreten, auf die Glotz sicherlich spekuliert, so würde das eine Änderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Sozialdemokratie bedeuten.

Dies alles spricht keineswegs grundsätzlich gegen unabhängige Vertretungsorgane. Jedoch müssen von der Linken die Schwierigkeiten in die Diskussion einbezogen werden, um der Sozialdemokratie das Geschäft der Spaltung und Integration nicht leichtsinnig zu erleichtern. Heute spricht immer mehr dafür, eine selbständige studentische Interessenvertretung aufzubauen, die unabhängig vom Staat ist. Die politische Bewegungsfreiheit wäre erheblich größer. Hinzu käme der Vorteil, daß man sich mit der juristischen Beschränkung nahezu jeder politischer Aktivität, Disziplinarmaßnahmen etc.
kung nahezu jeder politischer Aktivität, Disziplinarmaßnahmen etc.
längst nicht in dem Maße auseinandersetzen muß, wie die jetzigen ASten dazu gezwungen sind.

Des Pudels Kern liegt darin, daß die Linke gar keine Veranlassung hat, sich von Glotz die A l t e r n a t i v e AStA o d e r UStA (bzw. unabhängige Organisation studentischer Interessenvertretung) aufzwingen zu lassen, anstatt offensiv die e i g e n e n Vorstellungen zu propagieren und durchzusetzen.

Aus taktischer Sicht bietet sowohl ein „legaler" AStA wie auch die Fortführung des UStA-Ansatzes Vorteile (unterschiedlicher Qualität), um unsere Ziele zu erreichen. Anstatt sich also die unnütze und spalterische Debatte von der SPD aufzwingen zu lassen, ob Glotz' Angebot mehr Vorteile oder mehr Nachteile bietet, und ob es deswegen anzunehmen oder abzulehnen sei, ist es viel wichtiger, die t a t s ä c h l i c h e n studentischen Forderungen zu dokumentieren und unsererseits die Herren Glotz und Co. damit zu konfrontieren.

Dazu bietet sich geradezu eine eigenständig organisierte Urabstimmung an (mit einem Text, der auf Vollversammlungen diskutiert und vereinheitlicht wird), in der die Studenten über die Einführung eines AStA m i t Politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit entscheiden. In einem solchen Vorgehen sehen w i r eine Reihe von Vorteilen:

1. Würde die Bereitschaft von Glotz zu einem wirklichen „Dialog" auf eine praktische Probe gestellt, d.h. man könnte Glotz helfen, zu verstehen, was „real" (!) ist ...
2. Kann ein eindeutiges Votum der Studentenschaft für politische Vertretungsorgane organisiert werden.
3. Wird den Reformisten und Revisionisten an der Hochschule die Möglichkeit genommen, sich mit staatlicher Unterstützung zu Vertretern der Studentenschaft aufzuschwingen und
4. kann so den Spaltungsversuchen in einen radikalen und einen reformistischen Teil durch die Sozialdemokratie entgegengetreten werden.

Wir meinen, daß der „Dialog" bis jetzt doch recht farblos geblieben ist. Die von „Spiegel", „Zeit" etc. geäußerte Anerkennung für Glotz dürfte doch eher damit zusammenhängen, daß es in westdeutschen Landen kaum bürgerliche Politiker gibt, die in der Lage wären, mehr als drei zusammenhängende Sätze vor den Studenten herauszubringen. Wir sollten den „Dialog" (??) einmal gegen seine Urheber kehren. Dann setzt sich doch die gute alte These durch: Lieber eine sinnvolle Konfrontation als ein lahmer Dialog!

Die »Sympathisanten« gewinnen die Wahl

Die »Sympathisanten« gewinnen die Wahl

Fortsetzung von Seite 53

zierung mit der herrschenden SPD zurückgegangen sein.

Auf der Seite der Verlierer bleiben wie üblich KBW und KSV zu erwähnen, denen auch die Bildung gemeinsamer Listen untereinander nicht aus ihrer Dauer-Misere helfen konnte.

Vormarsch der Reaktionäre verlangsamt

Die Rechten konnten dagegen in diesem Semster noch nicht in einem wünschenswerten Ausmaß gerupft werden, wenn auch, wie der RCDS Göttingen zugeben muß, er *„in der Studentenschaft zu stark mit der (CDU-) Landesregierung identifiziert werde und deshalb all das ‚ausbaden' müsse, was in der staatlichen Bildungspolitik geschehe"* („FR", 2.2.). Trotz massiver Wahlkampfunterstützung durch seine Mutterpartei hat der RCDS als Hauptexponent der Reaktion in diesem Semster erstmals wieder erfreuliche Verluste einstecken müssen (Göttingen, Bonn, Hamburg). Allerdings haben andere Rechte diese Verluste teils mehr als auffangen können. Besonders alarmierend muß dabei das 3 %-Ergebnis für eine offen faschistische Gruppe wie die „GSG 9" in Göttingen stimmen.

Die Gewinner

Hauptgewinner bei den Linken sind vor allem linke Bündnislisten und Basisgruppen. Kleinere Listen konnten sich zwar auch verbessern (Bonn, Münster, Freiburg), erreichten jedoch nicht annähernd die Ergebnisse wirklich repräsentativer linker Listen. Offenbar ist die Bereitschaft unter den Studenten, linke Alternativen zu den revisionistischen und reformistischen Gruppen zu wählen, gewachsen. Listen, die jedoch nur einen kleinen Ausschnitt der Linken repräsentieren (z.B. mehr oder weniger Organisationslisten des KB oder der GIM) sind nicht in der Lage dieses Potential wirklich anzusprechen.

Dies gilt auch für den Kommunistischen Bund, dessen Mitglieder und Sympathisanten im Vergleich zu vorhergehenden Jahren auf mehr Listen an mehr Hochschulen kandidiert haben. Dort, wo wir allein oder mit kleineren Gruppen zusammen kandidierten, hielten sich die Ergebnisse in einem bescheidenen Rahmen. Lediglich in Göttingen und Hamburg sind die KB-Studentenorganisationen heute in der Lage, eine starke Alternative zu stellen, obwohl auch dort ein breiteres linkes Bündnis von uns weiterhin angestrebt wird, das alle Strömungen der radikalen Linken umfassen soll.

In diesem Sinne betrachten wir das Ergebnis der LDK in Göttingen keineswegs als *„Absage an die KB-Politik"* (Jusos). Vielmehr zeigt das Ergebnis u.E. den realen Einfluß nur einer Strömung der Göttinger Linken, und dieser ist so gering nun auch wieder nicht. Der AStA Göttingen hat sich in den vergangenen Jahren aber gerade dadurch ausgezeichnet, daß er bewußt nicht zum „KB-Parteiladen" gemacht wurde, sondern es verstand die Göttinger Linke zu grossen Teil zusammenzufassen und einzubeziehen.

Die Wahlsieger sind gerade solche Listen, die in den Augen und Worten der Herrschenden den „Sympathisantensumpf" an den Hochschulen repräsentieren. In diesem Sinne muß das Wahlergebnis als ziemliche Schlappe für die Bourgeoisie betrachtet werden. Es ist nicht nur nicht gelungen, mit Hilfe des „demokratischen Dialogs" Einbrüche bei den Studenten zu erzielen, sondern gerade diejenigen, die man damit zu isolieren hoffte, zeigen sich stärker denn je. Dazu hat u.E. auch die Wendung vieler Basisgruppen und Spontilisten hin zu einer offensiveren Politik beigetragen, wie sie zuletzt in dem konsequenten Beharren auf Offenlegung der VDS/SPD-Gespräche vor den Studenten deutlich wurde. Die Solidaritätskampagnen mit angegriffenen Linken, die Antirepressionspolitik vieler linker Gruppen, um nur einige Ansätze der letzten Jahre zu nennen, sind u.E. die Hauptgründe für ein gewachsenes Vertrauen.

Die BG-Fraktion wird daher auf der nächsten VDS-MV nicht nur mit gewachsener Stimmenzahl, sondern auch mit stärkerem Selbstvertrauen erscheinen. Der Traum der Juso- und LHV-Spitze, die BGen zu spalten in einen „gemäßigten", für ihre Zwecke zu funktionalisierenden und einen radikalen, zu isolierenden Teil (siehe AK 121), dürfte sich erst einmal zerschlagen haben. Ebenso schwierig dürfte der Versuch werden, die BG-Fraktion als ganze in das Netz bürgerlicher Mauschelpolitik, wie es in den VDS vorherrscht, zu verstricken und so wirkungslos zu machen. Denn gerade die in den letzten Jahren entwickelte Politik einer glaubwürdigen linken Opposition in den VDS, die verstärkte Propagierung der eigenen Vorstellungen statt „Aktionseinheiten" um jeden Preis haben zu dem jetzigen Aufschwung der Linken geführt und lassen für die Zukunft rosige Perspektiven erwachsen.

Bündniskommission des KB Gruppe Hamburg

Hochschullehrerdemonstration Solidarität mit P. Brückner

Am 27.1. demonstrierten in Hannover rund 500 Hochschullehrer aus der BRD und Westberlin gegen die Suspendierung von Peter Brückner. Zahlreiche Delegationen von ausländischen Universitäten (Dänemark, Holland, Italien, Frankreich) unterstrichen den internationalen Charakter des Protests gegen die Verfolgung fortschrittlicher Wissenschaftler in der BRD. Mehrere Vertreter offizieller Gremien ausländischer Universitäten verurteilten die von Pestel erzwungene „Treueerklärung" als Versuch, unbefangenes wissenschaftliches Denken und dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtendes Handeln von Hochschullehrern auszumerzen und die Tätigkeit aller Hochschulangehörigen der Staasräson unterzuordnen.

In einer gemeinsamen Erklärung forderten die Teilnehmer der Demonstration und des anschließenden Solidaritätskongresses Pestel auf, *„sämtliche gegen Professor Brückner ergriffenen Maßnahmen aufzuheben."* Gleichzeitig fordern sie *„die Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen, die auf Initiative von Bundesjustizminister Vogel gegen Studenten, Hochschullehrer und Buchhändler aus Anlaß der Herausgabe und Verbreitung der Dokumentation „Buback – ein Nachruf" eingeleitet wurden."*



Der Widerstand gegen das drohende Berufsverbot für Peter Brückner hat nach den zahlreichen Protesterklärungen von linken und liberalen Hochschullehrern, nach den verschiedenen Solidaritätsdemonstrationen- und Veranstaltungen der Studenten mit der Hochschullehrerdemonstration eine bemerkenswerte Breite erreicht. Neben linksunabhängigen und SB-nahestehenden Profs beteiligten sich eine Reihe von sozialdemokratisch orientierten Hochschullehrern, SPD-Landtagsabgeordnete und sogar Peter v. Oertzen (SPD-Vorstandsmitglied und ehemaliger Kultusminister) an der Protestaktion.

Unabhängig von den politischen Ansichten die die SPD als niedersächsische Oppositionspartei im Jahr der Landtagswahlen mit der Unterstützung der Hochschullehrer verfolgt, hat die erreichte breite Aktionseinheit die besten Vorrausetzungen dafür geschaffen, daß ein Berufsverbot für Peter Brückner und die Verurteilung der Herausgeber des „Buback-nachrufs" und der Dokumentation verhindert wird.

Nach der Demonstration fand ein Solidaritätskongreß unter dem Motto: „Kampf für demokratische Verfassung- wider den Untertanengeist" statt, auf dem der niedersächsische GEW-Vorsitzende Galas, Peter v. Oertzen, Prof. Preuß (Bremer Mitherausgeber der Dokumentation), Peter Brückner, der SPD-Landtagsabgeordnete Penningsdorf, Michel Foucault (Mitglied der Jury des Russell-Tribunals) und Prof. Seifert sprachen.

Weiniger für die Hochschullehrer als für Presse, Rundfunk und Fernsehen war Oertzen der „Star" des Kongresses. Kaum daß er als Redner angekündigt worden war, kam Leben in die bis dahin teilnahmslos zuhörende Schar der Journalisten. Entsprechend berichteten die Massenmedien ausnahmslos von dem Auftreten Oertzens, während sie die anderen Beiträge und Meinungen des Kongresses verschwiegen.

Noch vor einigen Wochen wäre es undenkbar gewesen, daß die GEW-Führung und v. Oertzen sich an einer von linken Hochschullehrern und Studenten getragenen Solidaritätskampagne mit Peter Brückner beteiligten. Es ist ein Erfolg der linken Bewegung, daß die SPD heute gezielt über ihre linken Flügelmänner Fühlung aufnimmt. So gesehen ist bei Oertzens Auftritt nicht das entscheidende, daß er die Hochschullehrerdemonstration zur Profilierung der SPD zu benutzen versucht hat, sondern daß die linken Hochschullehrer Oertzen zur Verbreiterung und zur größeren Publizität ihres Kampfes gegen die Berufsverbote benutzt haben.

Wenn heute 500 Hochschullehrer auf die Straße gehen, dann bedeutet dies, daß die Sympatisantenszene in die tausende geht. Pestel hat damit mit seinen grobschlächtigen Unterdrückungsmethoden einen Stein ins Rollen gebracht, der ihn selbst und seine Regierungskollegen unter sich begraben kann.

KHB/Göttingen

Aufruf zum Kongreß zu den Buback-Prozessen

Am 6. März sollen vor dem Göttinger Landgericht die Urheber des „Mescalero-Skandals" abgeurteilt werden. Angeklagt sind der jetzige AStA-Vorsitzende und die drei gewählten Redakteure der „Göttinger Nachrichten", in denen der Buback-Nachruf veröffentlicht wurde.

Der Göttinger AStA ruft dazu auf, diesen Schauprozeß der Reaktion in ein Tribunal gegen die in der Buback-Kampagne praktizierten Methoden der Volksverhetzung, der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der Terroristenhatz zu verwandeln.

Geplant ist, in Zusammenarbeit mit den Professoren, die die Buback-Dokumentation herausgegeben haben, einen Kongreß zum Zeitpunkt des Prozesses zu veranstalten. Außerdem soll eine Demonstration zur Solidarität mit den Angeklagten stattfinden.

Am folgenden Wochenende findet in Hannover eine Konferenz aller „Buback-Geschädigten" (Nachdrucker, Professoren) statt, auf der die Aktionen in Göttingen vorbereitet werden sollen.

Im folgenden veröffentlichen wir ein Rundschreiben des Göttinger Solidaritätskomitees:

B. Staib/J. Ahrends
Eisenacherstr. 11
3400 Göttingen
Tel. o551/79 52 51 oder 793 515

Göttingen, den 18.1.78

Liebe Freunde!

Voraussichtlich am 6.3.78 wird in Göttingen der Prozeß wegen Erstveröffentlichung des „Buback-Nachrufes" in der Göttinger AStA-Zeitung beginnen. Angeklagt sind 4 Studenten wegen „Verunglimpfung des Angedenkens Verstorbener" und „Aufstachelung zum Haß gegen Teile der Bevölkerung".
Die beispiellose Hetzkampagne des letzten Jahres, in der jeder, der in der Auseinandersetzung um den „Nachruf" für die uneingeschränkte Informations- und Meinungsfreiheit Partei ergriff, sich damit dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur Sympathisantenszene des Terrorismus ausgesetzt sah, dürfte noch gut in Erinnerung sein. Angesichts des bundesweiten Trommelfeuers der Massenmedien sahen sich auch nicht unerhebliche Teile der demokratischen bis hin zur liberalen Öffentlichkeit zu massiven Protesten veranlaßt.
Aus diesem Grund messen wir auch heute den Prozessen eine hohe politische und öffentliche Bedeutung zu, zumal der Ausgang des Göttinger Verfahrens nicht ohne Wirkung sein dürfte auf die in verschiedenen Orten anhängigen Ermittlungen wegen Nachdruckens. Darüber täuschen auch die bisher in Bonn und Düsseldorf ergangenen Freisprüche nicht hinweg, da die von der Staatsanwaltschaft beantragten Berufungsverhandlungen auch hier noch ausstehen (vgl. als Hintergrundinformation „Demokratie und Recht", 4/77 und „Kritische Justiz", Dez/77).
Es dürfte für die Diskussion um die Bubackprozesse auch nicht unerheblich sein, daß ebenfalls im März die erste öffentliche Sitzung der Jury des 3. Russelltribunals zum Thema „Repression in der BRD" stattfindet, an deren Vorbereitung eine breite in- und ausländische Öffentlichkeit beteiligt ist. Zu den Beweismaterialien zum Vorwurf der Einschränkung der Presse- und Informationsfreiheit in der BRD, über den die Jury zu befinden hat, gehört auch der gesamte Buback-Konflikt und die ihn begleitenden Polizeimaßnahmen gegen demokratische Institutionen und Einzelpersonen. Es ist daher auch in diesem Zusammenhang zu erwarten, daß die Göttinger Prozesse auf ein nicht unbeträchtliches Interesse im In- und Ausland stoßen werden.
Vom Göttinger AStA werden daher folgende Schritte zur Vorbereitung und Durchführung der Prozesse ins Auge gefaßt:
- Bundesweite Herausgabe mehrerer Nummern der „Göttinger Nachrichten", in denen neben Solidaritätserklärungen, Berichten über Unterstützungsveranstaltungen etc. vor allem noch einmal die inhaltliche Auseinandersetzung um den Prozeßgegenstand aufgenommen werden soll. Alle Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, hierzu Beiträge zu verfassen.
- Durchführung eines Kongresses unter dem (vorläufigen) Thema: „Entwicklung der Meinungsfreiheit in der BRD", an deren Vorbereitung neben verschiedenen Gruppen und Personen in der BRD auch ausländische Studentenorganisationen und Russell-Initiativen beteiligt sein sollten.
- Demonstration in Göttingen zum Zeitpunkt des Kongresses.

Um eine möglichst frühzeitige Prozeßvorbereitung zu gewährleisten und vor allem die genauere Konzeption und Themenplanung eines evtl. Kongresses vornehmen zu können, wären wir Euch dankbar, wenn Ihr neben einer Öffentlichkeitsarbeit um die Prozesse vor allem auch durch eigene Vorschläge und Beiträge diese Arbeit unterstützen würdet.
Konkret möchten wir um folgende Dinge bitten:
- Möglichst frühzeitige Zusendung von Solidaritätsadressen zwecks Veröffentlichung.
- Durchführung von Unterstützungsveranstaltungen. Es besteht die Möglichkeit, hierzu in Absprache mit dem AStA Vertreter als Referenten einzuladen.
- Bereitstellung von Informationen aus anderen Orten sowie Zusendung eigener Publikationen, die zum Buback-Konflikt Stellung nehmen.
- Bereitstellung von Informationen aus anderen Orten sowie Zusendung eigener Publikationen, die zum Buback-Konflikt Stellung nehmen.
- Direkte Unterstützung und Mitarbeit bei der Prozeßvorbereitung bzw. Planung des Kongresses.
- Materielle Unterstützung durch Spendensammlungen (Städt. Sparkasse Göttingen, Kontonummer 18oo 1263, Kennwort „Buback-Prozesse").
- Möglichst schnelle Verbreitung dieses Aufrufs und Information über den Prozeßtermin etc. in Alternativ-, Studenten-, FSR-Zeitungen u.v.m.

Bei weiteren Fragen oder bei Bedarf an zusätzlichen Informationen wendet Euch bitte an die angegebene Adresse.

Mit solidarischen Grüßen
Jo jo/Babs

Brückner war der erste Streich – der zweite folgt sogleich

Das Wissenschaftsministerium in Hannover entwickelt sich mehr und mehr zur Zentrale für die Verfolgung fortschrittlicher Hochschullehrer und kritischer Lehrinhalte. Dies wird erneut an dem Fall des wissenschaftlichenAssistenten F. Rodewald deutlich. Rodewald hatte in dem Vorlesungsverzeichnis der PH Hannover eine Übung »Parteilichkeit in der Grundschule« für das Wintersemester 77/78 angeboten. Darin heißt es unter anderem:

»Der Arbeitsplatz Grundschule ist und bleibt ein 'Hinterhof der Nation'. Deshalb ist es wichtig, Partei zu ergreifen. Über die millionenfachen schulischen Terrorakte gegen Schüler, Eltern und Lehrer breitet sich ein Mantel des Schweigens. Weder in der Öffentlichkeit, noch konsequent im Freiraum Hochschule wird diese Situation radikal analysiert und auf Abhilfe gesonnen.«

Ende November wurde Rodewald vom Kanzler der PH Niedersachsen (PHN) zu einem 'Gespräch' eingeladen, um den hier zitierten Text zu »interpretieren«. R. lehnte dies als unzulässigen Eingriff der Administration ab, worauf er Anfang November die Nachricht erhielt, daß eine Anhörung sich erübrige, wenn er ein Schriftstück einreiche, aus dem hervorgehe, daß er *»weder im Text noch in der Übung die Absicht verfolgt habe, die Bundesrepublik Deutschland zu verunglimpfen und die Grundschule in destruktiver Weise zu denunzieren.«*

Als R. diesen Revers ebenfalls ablehnte, kam es am 16. Januar zur Anhörung, deren Verlauf über einzuleitende Disziplinarmaßnahmen entscheiden sollte.

R. wird von seiten des Kanzlers und des Wissenschaftsministeriums *»Maßlosigkeit der Sprache«* vorgeworfen, wobei *»von Bedeutung sei, in welcher Zeit dies geschrieben worden sei, in einer Zeit nämlich, in der die Bevölkerung durch wirkliche Terrorakte beunruhigt sei. Rodewald's Text löse bestimmte Assoziationen aus, und das sei eben nicht tragbar, das könne nicht hingenommen werden.«* Insgesamt wird aufgrund der Vorlesungsankündigung angezweifelt, *»ob er es mit seiner Haltung zum Staat und mit seiner Beamtenpflicht ernst meine.«*

Der Vorwurf des Terrorismus (übersetzt: Schrecken verbreiten) soll also Monopol der Herrschenden gegenüber den Kritikern dieses Systems bleiben. Wo aber wäre es gegenwärtig angebrachter, von »Schreckensherrschaft« zu sprechen?

Die GEW-Betriebsgruppe PH, die Abteilungskonferenz der PH, Fachkonferenz der Schulpädagogen sowie die SVV (Studentenvollversammlung der PH) haben sich eindeutig gegen das Vorgehen des Kanzlers und den Versuch, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken, ausgesprochen.

Denunzianten

Hannover: Während des bundesweiten Streiks rief der Bund Freiheit der Wissenschaft (BuFW) zur Denunziation derjenigen Hochschullehrer auf, die aus Solidarität mit den Forderungen der Studenten ihre Veranstaltungen nicht anbieten würden. Anonym wurden daraufhin zwei Dozenten der Jura-Fakultät bei Pestel angeschwärzt, obwohl die Vorwürfe sogar noch nachweislich falsch sind. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, für die Hochschullehrer begann eine verzweifelte Suche nach Zeugen, aber mittlerweile waren die Eintragungen in ihre Personalakte schon vorgenommen worden. Für dieses polizeistaatliche Vorgehen wurde vom Fachschaftsrat Jura der RCDS verantwortlich gemacht. Welche Mentalität diesen Leuten innewohnt, bezeugt ihre rotzfreche Antwort: *„Da der FSR Jura von Denunzianten spricht, war die Beschwerde dieser Kommilitonen offensichtlich allzu berechtigt."* Zwar wird noch geleugnet, daß sich die Verantwortlichen im RCDS herumtreiben, doch ihre Heimat haben *„dies mutigen Kommilitonen"* (RCDS) allemal dort, wie der Aufruf, *„sich doch einmal wegen einer evtl. Aufnähme in den RCDS an uns zu wenden"* deutlich macht. Und dann noch dreister: *„Über eine Zusammenarbeit mit Euch* (den Denunzianten, Anm. der Red.) *würden wir uns freuen."* Ein deutliches Wort, das nach einer deutlichen Antwort schreit!

Pestel sucht neues Opfer

Hannover: Was dem Göttinger AStA sein Buback-Konflikt, soll für den Hannoveraner AStA die Auseinandersetzung um die Unterstützung einer PLO-Veranstaltung werden. So jedenfalls plant es Pestel. Pestel hat den Rektor der TU Hannover angewiesen, *„mit den Mitteln der Rechtsaufsicht"* gegen den AStA vorzugehen, da die von Repressalien bisher weitgehend verschonten – Jusos rechtswidrig das Politische Mandat wahrgenommen hätten. Stein des Anstoßes war ein vom AStA mitunterzeichnetes Flugblatt, in dem verschiedene linke und Ausländergruppen zu einer Veranstaltung mit einem PLO-Vertreter aufriefen. Der AStA zeichnete zudem noch presserechtlich verantwortlich. Die Presse reagierte auf diesen „Skandal" nach dem Strickmuster des Buback-Konfliktes. Der AStA habe in dem Flugblatt die *„Bundesregierung beschimpft"*, *„den Israel-Besuch von Sadat als Teil einer Kette von Verschwörungen gegen das palästinensiche Volk"* bezeichnet, *„zur Teilnahme an einer Veranstaltung verschiedener kommunistischer Gruppen"* aufgerufen und *„Revolution bis zum Sieg"* und *„Nieder mit dem zionistisch-rassistischen Siedlerstaat Israel"* gefordert alle Zitate aus dem „Göttinger Tageblatt" v. 3.2.). Also auch in Hannover ein „Terror" AStA!

In diesem Fall scheint sich Pestels Intervention nicht nur gegen den AStA, sondern auch gegen den Rektor der TU, Professor Massing zu richten. Massing hatte sich mehrfach öffentlich gegen Pestels Vorgehen im Fall Brückner gewendet und sich an der Hochschullehrerdemo beteiligt. Pestels Aufforderung an Massing, Disziplinarmaßnahmen gegen einen AStA zu ergreifen, mit dem dieser in vielen Fragen zusammengearbeitet hat verfolgt den Zweck, einen unbequemen Rektor in eine Zwangslage zu bringen, und damit in die Knie zu zwingen, Massing kann sich daraus schwerlich selber befreien. Nur eine breite Solidarität mit dem Hannoveraner AStA kann verhindern, daß ein Bündnispartner der demokratischen Bewegung gegen seinen Willen zum Vollstrecker der Pestelschen Disziplinarmaßnahmen wird.

KHB/Göttingen

Wie hält es die DKP

Zu den wichtigsten, in allen Varianten ständig wiederholten Markenzeichen in der Eigenwerbung der DKP gehört die Behauptung, die DKP sei demokratisch und kämpfe für Demokratie. So wird z. B. geworben:

– **„Wir Kommunisten sind die entschiedensten Verfechter der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten für das arbeitende Volk unseres Landes"** (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des Parteivorstands, „UZ" vom 4.5.77).

– **„Die UZ ist die einzige Zeitung für Demokraten, weil sie gemäß der politischen Grundorientierung der DKP dem Wirken für eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik und der Aktivität aller demokratischen Kräfte und ihrem gemeinsamen Handeln große Beachtung schenkt"** (Bericht des Präsidiums an die 7. Tagung des Parteivorstands, Aufruf zum „Jahr der UZ", „UZ" vom 21.11.77).

– *„Die DKP wahrt das progressive Erbe des deutschen Volkes, die vorwärtsweisenden Ideen seiner großen humanistischen Denker, die Traditionen seines Kampfes für gesellschaftlichen Fortschritt. Sie steht in der Tradition des deutschen Bauernkrieges, der revolutionären bürgerlichen Demokraten von 1848/49, der Arbeiter, Soldaten und Matrosen der Novemberrevolution von 1918"* (aus dem neuen Programm-Entwurf der DKP, „UZ" vom 14.12.77).

– **„Unsere Partei hat schließlich kein gestörtes, sondern ein völlig intaktes Verhältnis zur Demokratie"** (Präsidiumsmitglied Kurt Frisch, „UZ" vom 7.4.77).

Was diese Behauptung angeht, muß die DKP sich allerdings zunehmend unangenehme und hartnäckige Fragen gefallen lassen. Nicht nur, weil die DKP an den demokratischen Aktionen der letzten Monate kaum noch Anteil hatte und weil sie sich mit ihren gehässigen Angriffen auf das bevorstehende Russell-Tribunal weithin bloßgestellt hat, sondern auch wegen ihres bemerkenswerten Verhältnisses zur Demokratie in den sogenannten „Ländern des realen Sozialismus", also vor allem der Sowjetunion und der DDR.

Die Schonzeit ist abgelaufen

Die DKP, namentlich ihr Funktionärsapparat, ist in dieser Frage in den letzten Jahren allzu selbstsicher geworden. Immerhin hatte sie z.B. ihren makabren Applaus für die blutige Niederschlagung der polnischen Streiks 1970 ziemlich
für die blutige Niederschlagung der polnischen Streiks 1970 ziemlich
unbeschadet überstanden. Erst die Ausbürgerung Biermanns durch die DDR-Regierung im November 1976 brachte die DKP wirklich unter Druck.

Die DKP verdankt die Schonzeit, die ihr in dieser Frage – Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus" – recht lange von den demokratischen Kräften der BRD gegönnt wurde, so seltsam es klingen mag, vor allem dem herrschenden Antikommunismus. Denn gerade dieser Antikommunismus hat bei vielen Demokraten die Gegenreaktion hervorgerufen, sich auf die herrschende Hetze gegen DDR, Sowjetunion etc. keinesfalls einzulassen, an eigener Kritik zum „realen Sozialismus" lieber zuwenig als zuviel zu sagen, und sich vor allem an dieser Frage nicht von den Herrschenden auseinanderdividieren zu lassen. Dies ist eine im Grunde völlig richtige Haltung, die aber von der DKP zynisch mißbraucht wurde und wird, um sich jeder Diskussion unter Linken und Demokraten über diese Frage zu entziehen.

Dies wurde der DKP relativ leichtgemacht, solange es der imperialistischen und revisionistischen Propaganda im schönsten Einklang noch gelang, Reaktionäre wie Solschenizyn, Sacharow, Bukowski als d i e Repräsentanten der Opposition in den „Ländern des realen Sozialismus" darzustellen. Solange diese Konstruktion aufrechterhalten werden konnte, fiel es kaum auf, daß die DKP beharrlich jede inhaltliche Auseinandersetzung vermied und alle „Dissidenten" pauschal als gekaufte Agenten des Imperialismus hinstellte.

Ein weiteres Element, das der DKP eine relativ lange Schonzeit in dieser Frage ermöglichte, war die Tatsache, daß sie angesichts einer immer mehr nach rechts abdriftenden SPD vielen Demokraten als wichtigste, wenn nicht einzige organisatorische Gegenkraft erschien, die man nicht durch allzu kritische und hartnäckige Fragen in Schwierigkeiten bringen wollte. Auch dieser Grund für eine Schonung der DKP ist aber inzwischen entfallen, seit sich in den letzten Jahren zunehmend demokratische Bewegungen ohne und teilweise sogar (gezwungenermaßen) gegen die DKP entwickelt haben, wie die Bewegung der AKW-Gegner, die Unterstützungsbewegung zum Russell-Tribunal u. a. m.

Wenn die DKP heute seitens der demokratischen Kräfte unseres Landes immer stärker und schonungsloser mit der Frage nach der Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus" konfrontiert wird, so kann dabei allerdings der negative Aspekt nicht übersehen werden, daß die DKP mit dieser Frage auch von den Herrschenden gezielt unter Druck gebracht werden soll. Das gilt speziell für die anscheinend derzeit in den Gewerkschaften anlaufende Kampagne, bei der es letzten Endes darum geht, an dieser Frage einen „Unvereinbarkeitsbeschluß" auch gegen die DKP durchzusetzen. Übermut und Arroganz der ihrer Gewerkschaftspöstchen allzu sicher gewordenen DKP-Funktionäre begünstigen diese Taktik der Gewerkschaftsführung. Die demokratischen Kräfte unseres Landes haben keinen Grund, sich dadurch von ihren kritischen Fragen an die DKP abbringen zu lassen!

Sowjetunion – Musterland der Demokratie ?

Die Sowjetunion, und mit einigem Abstand dahinter auch die DDR, wird von der DKP als d a s Musterland der Demokratie dargestellt:



– *„Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland verstehen*
– „Wir Kommunisten der Bundesrepublik Deutschland verstehen
die Existenz des realen Sozialismus als die wichtigste Errungenschaft der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Der Aufbau des Sozialismus in den Ländern des realen Sozialismus ist die Verwirklichung der Lehre von Marx, Engels und Lenin" (DKP- Vorsitzender Herbert Mies, „UZ").

– *„Von den großen demokratischen Errungenschaften des realen Sozialismus zeugt sehr eindrucksvoll der vor wenigen Tagen veröffentlichte Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR, zu dessen wichtigsten Aufgaben es gehört, die sozialistische Demokratie weiter auszubauen. Diese Verfassung zeigt allen, daß wahre Freiheit nur durch den Sozialismus zu gewährleisten ist. Sie und die Wirklichkeit des realen Sozialismus verweisen darauf, daß es keinen Widerspruch zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit gibt ... Anhand dieser Verfassung können sich auch Nichtkommunisten davon überzeugen, daß es im realen Sozialismus für die arbeitenden Menschen gesicherte Freiheitsrechte gibt, daß für die Kommunisten Sozialismus und wahre Demokratie zusammengehören, daß die Verleumdung der sozialistischen Demokratie in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Staaten keinem anderen Zweck dient, als dem Befreiungskampf der vom Großkapital unterdrückten Klassen und Völker zu schaden"* (DKP-Vorsitzender Herbert Mies, Rede auf der 6. Tagung des Parteivorstands, Beilage zur „UZ" vom 23.6.77).

– *„Die neue Verfassung der UdSSR veranschaulicht ihr wichtigstes Merkmal, daß nämlich die Rechte und Freiheiten der Bürger, ihre Gleichberechtigung und die Möglichkeiten, an den Entscheidungen über alle staatlichen Angelegenheiten in der Wirtschaft wie im gesellschaftlichen Leben mitzuwirken, real garantiert sind"* (Grußadresse des Parteivorstands an die KPdSU, „UZ" vom 7.11.77).

– *„...Diese Beispiele zeigen, daß es sich für die arbeitende und lernende Jugend lohnt, sich gründlich und exakt über den Entwurf der neuen Verfassung der Sowjetunion zu informieren. Das schärft den Blick dafür, wie im Sozialismus die elementaren Menschenrechte verwirklicht werden. Eben jene sozialen Grund- und Menschenrechte, für deren Durchsetzung in der Verfassung und in der Wirklichkeit unseres Landes noch harte Kämpfe geführt werden müssen"* (Hubert Reichel, „UZ" vom 8.9./6.77).

Die Aufforderung der DKP an die westdeutsche Bevölkerung, „gründlich und exakt" den Entwurf zur neuen sowjetischen Verfassung zu lesen, stellt nicht nur eine Verhöhnung aller Demokraten dar, die ernsthafte Fragen nach der t a t s ä c h l i c h e n Situation in der Sowjetunion, DDR usw. haben, sondern demonstriert auch anschaulich die sektiererische Abgehobenheit dieser Partei von den realen Klassenbewegungen in der BRD.

Kriminalisierung der Opposition

Da der geschriebene Text der Verfasung der Sowjetunion ebenso wie der der DDR das Recht auf Meinungsfreiheit und Kritik „garantiert", steht für die DKP außer Frage, daß dort n i e m a n d wegen seiner Meinung unterdrückt wird. Hierbei folgt die DKP der Argumentation der KPdSU: **„...Dabei wird in der Sowjetunion keiner wegen seiner Überzeugung verfolgt. Jedoch werden in Übereinstimmung mit den sowjetischen Gesetzen Personen zur Verantwortung gezogen, die antisowjetische Propaganda betreiben, die das in un-**
wortung gezogen, die antisowjetische Propaganda betreiben, die das in un-
serem Lande bestehende sozialpolitische System untergraben und schwächen wollen oder die bewußt systematisch lügnerische Hirngespinste verbreiten, die die sowjetische staatliche und gesellschaftliche Ordnung in den Schmutz ziehen. Es handelt sich also um die Bestrafung vorsätzlicher Handlungen gemäß den Artikeln 70 und 190 des Strafgesetzbuches ..." (Redaktioneller Artikel der „Prawda" vom 11.2.77, zit. nach „Informationsbulletin" vom 5.3.77).

Dementsprechend bezeichnet die DKP die Opposition in den „Ländern des realen Sozialismus" als *„einige Feinde des Sozialismus ..., die wegen Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit mit der Macht des arbeitenden Volkes in Konflikt geraten sind"* (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des Parteivorstands, „UZ" vom 4.5.77), als *„Bürger der Sowjetunion, die die Gesetze des Landes, in dem sie leben, eklatant verletzt haben"* („UZ" vom 22.2.77). Entsprechend wurde auch zur Verhaftung Bahros in der DDR Stellung genommen: „... *daß dieser Bahro wegen ‚kritischer Äußerungen' in der DDR verhaftet worden sei, ist eine Lüge. Kritik und Selbstkritik sind ein ständiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR ... Im ‚Fall Bahro' jedoch geht es schlicht und einfach um den Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit, um den Verdacht, daß ein Bürger der DDR offensichtlich unter Verletzung der für alle gültigen Gesetze mit einschlägigen westlichen Dienststellen konspiriert hat und sich zum Handlanger imperialistischer Hetzpropaganda und Diversionsversuche gegen den Sozialismus machte"* („UZ", 26.8.77).

Mit **„Kriminelle festgenommen"** überschrieb die „UZ" am 19.1.77 eine kleine Meldung über die Verhaftung von vier Unterzeichnern der Charta 77 in der CSSR. Sie seien *„wegen schwerwiegender krimineller Handlungen, die gegen die Grundlagen der Republik gerichtet sind"*, verhaftet worden: sie hätten nämlich *„seit längerer Zeit Verbindungen zu ausländischen feindlichen Kräften und Emigrantenzentren unterhalten und ihnen Material übergeben, die die Interessen der CSSR schädigen"* („UZ", 19.1.77).

Am 20.10.77 berichtete die „UZ" unter der Überschrift **„Wegen Subversion verurteilt – Prager Gericht ahndete Aktivitäten gegen die CSSR"** über die Aburteilung der im Januar Festgenommenen, unter ihnen Otto Ornest (dreieinhalb Jahre) und Jiri Lederer (drei Jahre), die wegen „Untergrabung der Republik" (§ 98 des Strafgesetzes) verurteilt wurden. Zwei andere Angeklagte – Frantisek Pavlicek und Vaslav Havel, wurden wegen *„Vorbereitung zur Untergrabung der Republik"* bzw. *„Versuch der Schädigung der Interessen der CSSR im Ausland"* verurteilt. Gegen den Prozeß protestierten u.a. die revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens.

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie seien an einer **„antisozialistischen Verschwörung"** beteiligt gewesen. Sie hätten *„konspirative Verbindungen zu Emigrantenzentren hergestellt und Material für die vom CIA-Agenten Pavel Tigrid geleitete Zeitschrift ‚Svedectvi' sowie für die Zeitschrift ‚Listy' besorgt, hinter der der ebenfalls aus US-Quellen finanzierte Jiri Pelikan steht"* („UZ", 8.12.77). – Von den beiden genannten Zeitschriften ist speziell „Listy" das bedeutendste Blatt der demokratischen CSSR-Opposition im Ausland. Es liegt auf der Hand, daß der § 98 des Strafgesetzbuches der CSSR („Untergrabung der Republik") nichts anderes beinhaltet
der CSSR („Untergrabung der Republik") nichts anderes beinhaltet
als die westdeutschen „Staatsschutzgesetze", während es für einen Paragraphen wie den über die „Schädigung der Interessen der CSSR im Ausland" in der BRD bisher noch gar keine Entsprechung gibt, sondern hierzu Konstruktionen aus einzelnen anderen Paragraphen aufgebaut werden müssen (siehe Kampagne gegen das Russell-Tribunal). **Es handelt sich bei den Paragraphen über „Untergrabung der Republik" und „Schädigung der Interessen im Ausland", ebenso wie bei den entsprechenden sowjetischen Paragraphen über „antisowjetische Propaganda" usw. oder auch vergleichbaren Gesetzen in der DDR um reine Gesinnungs- und Meinungsdelikte, die kriminalisiert werden sollen.**

Insgesamt berichtet die „UZ" sehr selten über derartige politische Prozesse in den „Ländern des realen Sozialismus". Im Fall des Prager Prozesses gegen Ornest, Lederer, Pavlicek und Havel war offenbar der Protest der PCF und PCI gegen den Prozeß und damit verbundene Sorge um innerparteiliche Verunsicherung in der DKP der Grund für die relativ breite Behandlung in der „UZ".

Mitunter reicht die Verwirrung bis in die Reihen der „UZ"-Redaktion: So konnte man am 1.2.77 in der „UZ" lesen, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS habe die Behauptung, dem „Dissidenten" Sacharow drohe Bestrafung, als „ U n s i n n " bezeichnet. Diese Behauptung war vom US-Außenministerium in Zusammenhang mit einem „Gespräch" des Staatsanwalts Gussew mit Sacharow aufgestellt worden. Bei diesem Gespräch ging es um Äußerungen Sacharows, ein Bombenanschlag in der Moskauer U-Bahn passe in das Konzept des KGB. In der „UZ" vom 27.1.77 war über das „Gespräch" Gussew – Sacharow zu lesen gewesen, Gussew habe Sacharow *„darauf aufmerksam gemacht, daß seine provokatorische Erklärung, mit der Explosion in der U-Bahn hätten Staatsorgane zu tun, vorsätzlich verleumderische Erfindungen enthält, die die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung in Mißkredit bringen und folglich strafbar sind. Sacharow wurde mitgeteilt, daß solche verleumderische Tätigkeit nicht länger geduldet werde und daß er, falls er diese Warnung ignoriere, gemäß den in der UdSSR geltenden Rechten zur Verantwortung gezogen werden wird"*. – Was ist nun der „Unsinn" ?

Seit der Nachweis, daß es sich bei a l l e n „Dissidenten" um „Feinde des Sozialismus" handle, immer schwerer zu führen ist, haben auch die Rechtfertigungsschwierigkeiten der DKP zugenommen. So sah sich beispielsweise Peter Schütt (Mitglied des DKP-Parteivorstands, Kandidat zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen) zu folgender Klarstellung genötigt: *„Wir sind uns doch darin einig, daß Havemann, Bahro, Fuchs und andere offensichtlich einen anderen Weg zum Sozialismus wollen als den, den die SED auf ihrem VIII. Parteitag beschlossen hat ... Ich gehe davon aus, daß die sozialistische Gesetzlichkeit in allen diesen Fällen gewahrt wurde. In der DDR hat die Arbeiterklasse die Macht, die SED ist die Partei, die diese Macht ausübt, die hat einen bestimmten Weg zum Sozialismus beschlossen, und der muß jetzt durchgesetzt werden. Auch mit gesetzlichen Maßnahmen"* („konkret", November 1977). Schon derjenige also ist für die DKP kriminell, der den „Sozialismus" der SED mit Korruption, „Intershop"-Läden etc. nicht für das einzig wahre hält, der einen anderen „ W e g zum Sozialismus" anstrebt.

Diffamierung der Opposition

Kaum weniger schlimm als die Kriminalisierung politischer Opposition ist deren Diffamierung. So werden die „Dissidenten" beschimpft als *„ein klägliches Häuflein antisowjetisch gesinnter Elemente, die ihre Heimat und ihr Volk verleumden", „Abtrünnige, die von ihren Völkern verachtet werden", „ein winziges Grüppchen von Menschen, die niemanden und nichts vertreten, die dem Sowjetvolk fremd sind und die überhaupt nur da sind, damit sie vom Westen ausgehalten, bezahlt und vorgewiesen werden", „Renegaten, die in ihrem Kampf gegen die sowjetische Ordnung den Weg der direkten Zusammenarbeit mit ausländischen antisowjetischen Zentren beschritten haben"* („Prawda", 11.2. 77, zit. nach „Informationsbulletin"
ländischen antisowjetischen Zentren beschritten haben" („Prawda", 11.2. 77, zit. nach „Informationsbulletin"
vom 5.3.77). Es seien **„Abtrünnige und Verräter ..., die sich in unbezähmbarer Eitelkeit und Überheblichkeit, aus egoistischem Interesse oder sogar für Geld vom eigenen Volk ... isolieren"** (Gemeinsame Erklärung von Künstlern der CSSR, zit. in „UZ" vom 31.1.77).

„Stalinistische" Sprachregelungen vermengen sich in diesen inhaltslosen Schimpfkanonaden mit unverhüllten Appellen an nationalistische Instinkte („Verrat am eigenen Volk", „dem eigenen Volk fremd" usw.).

Vor allem der Vorwurf, die „Dissidenten" seien vom Imperialismus g e k a u f t , taucht in den Stellungnahmen der DKP selbst immer wieder auf. **„Dissidenten – bezahlte Helfer des Kapitals"** war z.B. ein solcher Artikel in der „UZ" vom 14.2.77 überschrieben. Die „Bürgerrechtler" seien *„der Bourgeoisie schon öfter zu (gut bezahlten) Diensten"* gewesen (Ulli Meyer, „UZ" vom 19.2.77). **„Für skrupellosse Individuen, die sich als Bürger sozialistischer Staaten für dieses Geschäft hergeben, ist die Sache äusserst lohnend"** (L.H./E.H., „UZ" vom 21.1.77). Auch Bahro habe den Imperialisten *„dazu offensichtlich seine aufgehaltene Hand gereicht"* (G.P., „UZ", 26.8.77).

Die „aufgehaltene Hand" erinnert stark an ganz ähnlich klingende Vorwürfe des KBW gegen jeden, den er des „Opportunismus" verdächtigt. Und noch ein anderer Vergleich drängt sich auf: Aus welcher Zeitung ist z.B. die Überschrift **„Biermann besser bezahlt als Rudi Carell"**? Nein, nicht aus der „UZ", sondern aus der „Bild" vom 5.1.77. Und diese: **„Biermann wird Millionär"** ? Nein, das ist nicht die „Bild", sondern das ist die „UZ" vom 16.4.77. In „Bild" hieß das ein Vierteljahr vorher: *„Biermann: In 6 Wochen 300.000 Mark verdient!"* („Bild", 3.1.78).

Eine besondere Delikatesse unter den Diffamierungen der „UZ" ist die **„kriminelle Laufbahn des Alexander Ginsburg"** (Artikelüberschrift in der „UZ" vom 9.3.77). Als Gins-

mit der Demokratie?

burg, einer der bekanntesten jüdischen „Dissidenten", in der Sowjetunion verhaftet wurde, wußte die „UZ" bereits zu berichten, er sei *„wegen Schwarzhandels und Hehlerei"* vorbestraft („UZ", 7.2.77). Die „UZ" vom 11.2.77 berichtete ausführlicher über die **„Geschäfte des Alexander Ginsburg"** (Artikelüberschrift): Bei Ginsburg sei *„die Kriecherei vor dem Westen auf Gier nach Geld – eben nach Geld nur nach Geld – zurückzuführen". „In der Wohnung von Ginsburg habe man Geld verteilt und Devisengutscheine gegen Devisen und umgekehrt eingetauscht".* Der Kreis um Ginsburg **„vereinigt verschiedene haßerfüllte und moralisch labile Menschen, verschiedener Art Gescheiterte, die all ihre Mißerfolge der Sowjetmacht anlasten. Um diese Personen schwärmen auch einfach Kriminelle."**

Noch interessanter wurde es in der „UZ" vom 9.3.77, wo tiefer ins Detail gegangen wurde. Zwar fand man wiederum k e i n Wort, worin der Inhalt der „antisowjetischen verleumderischen Schriften" bestand, die bei Ginsburg gefunden worden sein sollen, dafür erfuhr man aber weitaus wichtigere Einzelheiten: *„In der Schule zeichnete sich Ginsburg nicht gerade durch Fleiß aus. In der zehnten Klasse wurde er wegen systematischen Schulschwänzens von der Schule verwiesen".* Über seine weitere *„kriminelle Laufbahn"* heißt es: *„Seine Freizeit widmete der dem Ankauf von gestohlenen Ikonen, die er an Ausländer verschob".* Später habe Ginsburg dann begonnen, *„für Whisky und Zigaretten"* an ausländische Journalisten *„sensationelle Geschichten über ‚sowjetische Folterkammern' "* zu verkaufen. Der Anklang dieser Beschreibung an nazistische Verleumdungen über jüdische Antifaschisten ist wohl mehr als Zufall. Denn, wie der „UZ" vom 9.3.77 auch zu entnehmen ist: Bei Ginsburg seien **„zionistische verleumderische Schriften"** gefunden worden, was immer man sich darunter vorstellen mag. **„Die Ansichten Ginsburgs tragen einen ausgeprägten prozionistischen Charakter. Er verkündete zum Beispiel, für die ‚jüdische Weltherrschaft' kämpfen zu wollen"** (Boris Antonow, „UZ" vom 9.3.77). Da schmunzelt der Antisemit! ...

Zur Methode der Diffamierer gehört es auch, daß in Prag Porno-Fotos von Ludwig Vaculik, einem der prominentesten Unterzeichner der Charta 77, in Briefkästen verteilt wurden. Die „UZ" vom 14.2.77 druckte prompt eines der Fotos ab und kommentierte höhnisch, Vaculik sei **„nicht wegen der ‚Charta 77', sondern wegen Pornographie und Grabschändung"** verhaftet worden (einige der Fotos zeigten ihn angeblich mit seiner Freundin nackt auf einem Grab). *„Das sehen die Freiheitskämpfer aller Schattierungen sicher als die Freiheit an, für die sie eintreten"* („UZ", 14.2.77).

und Grabschändung" verhaftet worden (einige der Fotos zeigten ihn angeblich mit seiner Freundin nackt auf einem Grab). *„Das sehen die Freiheitskämpfer aller Schattierungen sicher als die Freiheit an, für die sie eintreten"* („UZ", 14.2.77).

DKP-„Sozialismus"? – Nein danke!

die DKP erklärt bei allen sich bietenden Gelegenheiten, sie sei **„für eine umfassende Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte"** (aus dem Programm-Entwurf, „UZ" vom 14.12.77). Dieses *„Bündnis der verschiedenen politischen, sozialen, weltanschaulichen Kräfte in unserem Land"* solle nicht nur für die *„unmittelbar anstehenden Aufgaben des Kampfes"* Bestand haben, sondern **„in gleicher Weise für den Kampf um grundlegende antimonopolistische Umgestaltungen und für den Sozialismus. Wir gehen davon aus, daß auch der Sozialismus von einem solchen Bündnis getragen sein wird"** (Willi Gerns, Mitglied des Parteipräsidiums, auf einer Pressekonferenz mit Mies zum neuen Programmentwurf, „UZ" vom 12.12.77).

Willi Gerns scheint im DKP-Parteivorstand überhaupt der Experte für diese Art von Zukunftsversprechungen zu sein: So entwickelte er bereits in der „UZ" vom 23.3.77 sehr detaillierte Vorstellungen über die sozialistische Zukunft: *„Ganz sicherlich"* werde *„der Bundestag in einer sozialistischen Bundesrepublik ein großes Gewicht erlangen"*; der Bundestag werde *„zu einem wahren Parlament des arbeitenden Volkes, zum Ort wirklicher Volkssouveränität"* werden. **„In einer sozialistischen Bundesrepublik ist es nicht nur denkbar, daß mehrere Parteien beim Aufbau des Sozialismus ein Regierungsbündnis eingehen, sondern es wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch eine parlamentarische Minderheit geben, wenn diese sich an die Verfassung der sozialistischen Bundesrepublik hält".** Die Gewerkschaften würden dann *„im gesamten gesellschaftlichen Leben einen außerordentlich wichtigen Platz einnehmen"*; die Betriebsräte würden *„sicherlich mit neuen Rechten versehen eine große Rolle spielen können".* Es sei sogar *„denkbar"*, daß auch *„solche neuen Organisationsformen des Volkes"* wie die Bürgerinitiativen *„bei der Lösung herangereifter Probleme in einer sozialistischen Bundesrepublik ihren Platz haben werden".*

Soweit also „Gerns Märchen"! Im selben Artikel schreibt Gerns aber auch: **„Die neuen Rechte und Freiheiten der sozialistischen Demokratie können nicht gesichert werden, wenn dazu nicht auch das Recht gehört, die Versuche der gestürzten Ausbeuter, diese Rechte wieder zu beseitigen, durch den entschlossenen Kampf der Werktätigen und die Anwendung der sozialistischen Gesetzlichekeit entschieden zu bekämpfen".** Dies gehöre, schreibt Gerns, zu den *„allgemeinen Gesetzmäßigkeiten"* und sei *„unverzichtbar".* **„Da sich der Sozialismus vor allem durch diese allgemeinen Gesetzmäßigkeiten auszeichnet, ist er seinem Wesen nach international. Es kann deshalb auch keine nationalen oder regionalen ‚Sozialismusmodelle' geben".**

Bekämpfung der gestürzten Ausbeuter klingt an sich nicht schlecht. Indessen macht schon Gerns selbst deutlich, daß er zu den zitierten *„Versuchen der gestürzten Ausbeuter ..."* u.a. auch rechnet, **„daß verschiedene ‚Sozialismusmodelle' erfunden werden und dem realen Sozialismus in der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft das Modell eines ‚Eurokommunismus' entgegengestellt wird".** Liest man beispielsweise die Polemiken der DKP gegen Carillo oder gegen Ellenstein (revisionistischer Ideologe der PCF), so könnten nur ganz naive Menschen daran zweifeln, daß die Vertreter derartiger Positionen in einem DKP-„Sozialismus" nur die Wahl zwischen Ausweisung oder Gefängnis hätten. Ellenstein beispielsweise, so liest man in der „UZ", habe *„sich dazu hergegeben"*, im Rahmen einer *„antikommunistischen Serie"* des „Spiegel" „den realen Sozialismus zu verleumden" (fast genau wegen solcher „Verbrechen" standen Jiri Lederer und andere in Prag vor Gericht!); Ellenstein habe *„Wasser auf die Mühlen der antisowjetischen Propaganda und der professionellen Antikommunisten geleitet"* (Zitate aus einem Artikel von Dr. Richard Kumpf, Leiter des Engels-Zentrums der DKP, „UZ" vom 27.5.77). Carillo wurden u.a. eine *„offenbar unfreundliche Position gegenüber dem ersten sozialistischen Staat der Welt", „ein guter Dienst für den Klassengegner"*

Artikel von Dr. Richard Kumpf, Leiter des Engels-Zentrums der DKP, „UZ" vom 27.5.77). Carillo wurden u.a. eine *„offenbar unfreundliche Position gegenüber dem ersten sozialistischen Staat der Welt", „ein*

guter Dienst für den Klassengegner" und last not least *„antisowjetische Aktivitäten"* vorgeworfen („UZ" vom 25.6.77). Alles „kriminelle Delikte" im „realen Sozialismus"!

Die DKP behandelt den „Eurokommunismus" ausschließlich als *„ideologische Diversion"* (soviel wie „Wühltätigkeit") des Imperialismus, als Versuch, *„den brüchig und unglaubwürdig gewordenen militanten Antikommunismus durch neue Varianten zu ergänzen"* (Parteivorsitzender Mies in der „UZ" vom ....).

Demgegenüber mutet es schon wie eine Verhöhnung an, wenn die DKP davon spricht, den Sozialismus mit einem breiten Bündnis fortschrittlicher Kräfte aufbauen zu wollen, die Rechte einer parlamentarischen Minderheit zu respektieren usw. Blanker Hohn ist es auch, wenn die DKP davon spricht, sie strebe *„ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen"*, sie erhebe *„im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften keinen Führungsanspruch"* (Gerns auf der Pressekonferenz zum neuen Programm-Entwurf, „UZ" vom 12.12.77), der Aufbau des Sozialismus werde sich *„über diese oder jene Form der Aktionseinheit mehrerer Arbeiterparteien entwickeln"* (Gerns, „UZ" vom 23.3.77). Auf der anderen Seite wird z.B. den Vertretern des „Prager Frühlings" von 1968 vorgeworfen, es sei ihre Absicht gewesen, die KP *„der führenden Rolle in der Gesellschaft zu entledigen und ein System konkurrierender Parteien zu errichten – teils mit bürgerlich-nationaler, teils mit sozialdemokratischer Tradition (die Gründungsausschüsse der Sozialdemokratischen Partei arbeiteten seit dem Frühsommer 1968)"* – Frantisek Kriegel, später einer der Unterzeichner der Charta 77, 1968 Vorsitzender der „Nationalen Front" (formal ein Parteienbündnis, praktisch eine Filiale der KP), habe damals vorgeschlagen, eine Sozialdemokratische Partei in die „Nationale Front" aufzunehmen. All dies wird in der „UZ" im Ton höchster Entrüstung berichtet, als ob es sich dabei um strafwürdige Verbrechen handeln würde (Elvira Högemann-Ledwohn, „UZ" vom 18.3.77).

Was hätten die demokratischen Kräfte von einem DKP-„Sozialismus" zu erwarten, wenn sogar schon „eurokommunistische" Positionen diffamiert und kriminalisiert werden?

Die DKP hat die Diktatur des Proletariats längst als angeblich „unzeitgemäß" aus ihren Programmen gestrichen. Zugleich erhebt sie aber den Anspruch, daß im „realen Sozialismus" der Staat und die „Kommunistische" Partei das Recht hätten, jede auch nur geringfügig abweichende Vorstellung zu kriminalisieren, Kritiker einzusperren oder auszuweisen, nur weil sie vielleicht ein anderes „Sozialismus-Modell" vertreten oder weil sie den „realen Sozialismus" gar nicht für Sozialismus halten.

Diktatur des Proletariats bedeutet etwas anderes. Die sozialistische Revolution kann in einem Übergangsstadium verschärfter Klassenkämpfe, womöglich des Bürgerkriegs, sehr weitgehende Unterdrückungsmaßnahmen erfordern. Ist die Macht der Arbeiterklasse aber konsolidiert, so tritt die politische Überzeugungsarbeit an die erste Stelle. Unabhängig von der Einschätzung der Klassenverhältnisse in den „Ländern des realen Sozialismus" – also unabhängig von der Frage, wer dort überhaupt die Diktatur über wen ausübt – ist durch nichts zu rechtfertigen, daß z.B. in der Sowjetunion 60 Jahre nach der Oktoberrevolution wegen bloßer Meinungsäußerungen Menschen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt werden.

Die SEW, Westberliner Variante der DKP, hat in ihrer Zeitung „Die Wahrheit" vom 16./17.7.77 geschrieben: **„Kernstück des Antikommunismus ist in unserer Zeit der Antisowjetismus ... Auf die Kommunistische Partei der Sowjetunion und auf die UdSSR insgesamt konzentriert sich das Feuer der imperialistischen Ideologen".**

Dies ist unzweifelhaft wahr. Lächerlich ist allerdings der angebliche G r u n d , den die Revisionisten dafür benennen, nämlich die „wachsende Attraktivität des realen Sozialismus". Daß dies nicht stimmt, müßte eigentlich jedem DKP'ler klar sein, der mal mit lebendigen Menschen gesprochen hat. Im Gegenteil:

Es ist die wachsende Unattraktivität des „realen Sozialismus", die es den Imperialisten nahelegt, ihre An-

zialismus". Daß dies nicht stimmt, müßte eigentlich jedem DKP'ler klar sein, der mal mit lebendigen Menschen gesprochen hat. Im Gegenteil:
Es ist die wachsende Unattraktivität des „realen Sozialismus", die es den Imperialisten nahelegt, ihre An-

griffe auf den Kommunismus und auf die Arbeiterbewegung vor allem in das Gewand des Antisowjetismus und der Polemik gegen den „realen Sozialismus" zu kleiden.

Die Menschen in den kapitalistischen Ländern, die immer mehr um ihre einfachsten demokratischen Rechte kämpfen müssen, empfinden die Berichte über die blutige Niederschlagung von Arbeiterkämpfen in Polen, über Prozesse gegen Oppositionelle in Polen, über die Einkerkerung Bahros, über die Ausweisung Biermanns aus der DDR usw. nicht als sonderlich „attraktiv" und auch nicht gerade als hilfreich für ihren eigenen Kampf.

DKP – Bündnispartner im demokratischen Kampf?

Die DKP spart nicht mit Beteuerungen, sie werde *„auch die geringste Übereinstimmung mit Sozialdemokraten zum Ausgangspunkt gemeinsamen Handelns machen"*, sie sei **„immer zur Aktionseinheit ..., immer zum Bündnis mit allen demokratischen Kräften bereit".** Zusätzlich kann man lesen: **„Wir Kommunisten dürfen keine Geringschätzung Andersdenkender zulassen". „Wir dürfen uns nicht abkapseln oder in eine Haltung der Mißachtung der Positionen anderer Demokraten verfallen".** Es könne *„Meinungsverschiedenheiten"* geben, *„bisweilen sogar starke Gegensätze"*, aber das könne kein Grund sein, auf Aktionseinheiten und Bündnisse zu verzichten. Und: **„Jeder Bündnispartner hat Anspruch auf Gleichberechtigung". „Wir werden stets das Einigende dem Trennenden voranstellen".** (Zitate aus der Rede des Parteivorsitzenden Herbert Mies auf der 6. Tagung des Parteivorstands, Beilage zur „UZ" vom 23.6.77).

Diese gar nicht schlecht klingenden Versprechungen werden freilich sogleich verbunden mit recht unverschämten und größenwahnsinnigen Ansprüchen: Das Verhältnis zur DKP sei **„die Gretchenfrage für Demokraten", sei „in der Tat ein Prüfstein, an dem sich die Geister scheiden".** *„ ... es gibt kein Drumherum um die Frage: Wie hälst du's mit der DKP? Sie markiert eine Scheidelinie ... Wer als Demokrat sein Ziel nicht auch mit den Kommunisten verfechten will, kann am Ende nur in eine Frontstellung gegen die eigenen Interessen und Ziele abgedrängt werden. Im Zeichen der andauernden Krise spitzt sich diese Fragestellung fast täglich weiter zu"* (Kurt Erlebach, Mitglied des Parteivorstands, „UZ" vom 15.6.77).

Dies ist so selbstherrlich gemeint wie es klingt: die DKP vertritt allen Ernstes die These daß o h n e sie demokratische Aktionen und Bewegungen nicht möglich seien! Entsprechend unverschämt tritt sie auch auf, sobald sie es angesichts der Kräfteverhältnisse für möglich hält.

Betrachtet man das Verhältnis der DKP zu den „Dissidenten" des „realen Sozialismus", das sich auf Kriminalisierung und Diffamierung beschränkt, betrachtet man auch das kaum viel bessere Verhältnis der DKP zu den „Euro-Kommunisten", so wird man vernünftigerweise alle Beteuerungen über G l e i c h b e r e c h t i g u n g im Bündnis etc. sehr skeptsich betrachten müssen. Die DKP „verspricht" Gleichberechtigung nur auf d e r Basis, daß die von ihr umworbenen Bündnispartner heute noch um ein vielfaches einflußreicher sind als die DKP selbst. Wäre es anders, hätten wahrscheinlich die vielumworbenen Demokraten von der DKP nichts besseres zu erwarten als Biermann, „Euros" oder auch als die verhaßten „Maoisten, Trotzkisten und Anarchisten". Also nicht nur strikte Ablehnung jeder Aktionseinheit, sondern auch übelste Diffamierung, Fälschungen, Prügel-Überfälle auf Zeitungsverkäufer anderer Organisationen usw. Und entspricht es nicht haargenau den Methoden, die in der Sowjetunion, DDR oder CSSR gegen „Dissidenten" angewendet werden, wenn 1976 ausgerechnet ganz kurz vor der Bundestagswahl von der DKP jeweils ein Funktionär des KBW und der „KPD" mit lächerlichsten „Beweisen" als Agenten des Verfassungsschutz verleumdet wurden – ohne daß man später je wieder etwas von diesen Geschichten hörte?





DKP-Ordner in Bremen in Aktion: „Und willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein"

Schon heute verleumdet die DKP je nach Bedarf kleinbürgerliche „Sozialismus-Modelle" – wie sie von Teilen der Jusos, linken SPD'lern u.a.m. vertreten werden – als **Bestandteil der konterrevolutionären Globalstrategie des Imperialismus.** Und schon heute werden selbst die umworbenen Christen, Sozialdemokraten, Liberalen usw. bei der DKP auf Granit – oder Kaugummi, je nachdem – beißen, sobald sie über Fragen der Demokratie in den „Ländern des realen Sozialismus" diskutieren wollen. Höchstens privat, über den Biertisch weg, mag da noch eine Auseinandersetzung laufen. Sonst absolut n i c h t s ! Wer öffentlich Fragen zu diesem Thema stellt, wird sofort verleumdet, er wolle demokratische Bündnisse spalten, er wolle die DKP aus Bündnissen herausdrängen, er wolle die Bewegung gegen die Berufsverbote spalten, er wolle die „raffinierten Methoden des Antikommunismus" gegen demokratische Bündnisse einsetzen usw. usf. So Herbert Mies, Parteivorsitzender, in der „UZ" vom 3.12.76 nach der Ausbürgerung Biermanns.

Herbert Mies sagte auch, wie die DKP ihr Verhältnis zu den demokratischen Kräften in der BRD sieht: Man erwarte ja gar nicht, daß sie sich in jedem Punkt der Meinung der DKP anschließen. (Toll!) Man verschließe sich auch nicht des Diskussion, sondern sei s t e t s zur Diskussion bereit. (Noch toller!!) – ABER:

„Wir sind also für Diskussionen, aber für s o l c h e Diskussionen, die der Arbeiterklasse und den Linkskräften nutzen, für Diskussionen, die der Einigung der Linkskräfte und nicht ihrer weiteren Auseinanderdividierung dienen. Eben in der Entwicklung einer s o l c h e n notwendigen und nützlichen Diskussion über die erfolgreiche Verwirklichung der politischen Linie des Bonner Parteitags wollen uns unsere Gegner von rechts bis hin zu den maoistischen Gruppen Knüppel zwischen die Beine werfen. Die Versuche, unserer Partei Schwierigkeiten zu bereiten, unserer Partei distruktive, auf die Änderung ihrer politischen Linie hinzielende Diskussionen aufzuzwingen, sind ... nicht neu ...".

Es ist entlarvend, daß Mies eine auf Änderung einer politischen Linie abzielende Diskussion – w o z u diskutiert man eigentlich sonst ?! – bereits als „destruktiv" empfindet. Offenbar kann die DKP es sich nur so vorstellen, daß durch eine Diskussion die a n d e r e Seite ihre Politik ändert. Der bloße Gedanke, daß es vielleicht auch mal andersherum gehen könnte, wird schon als Provokation aufgefaßt. Bezeichnend auch, welches Thema Herbert Mies den seiner Meinung nach „destruktiven" Diskussionen über die Demokratie im „realen Sozialismus" entgegenstellt: E r möchte lieber über **die „Verwirklichung der politischen Linie des Bonner Parteitags" der DKP** diskutieren. Was stellt sich dieser Mann eigentlich unter Bündnispolitik und gleichberechtigter Diskussion vor?! ...

Wir widersetzung uns trotzdem nach wie vor entschieden jeder Auffassung, die die DKP von vornherein aus demokratischen Bündnissen heraushalten will. Dies zum einen, weil wir sehr wohl sehen, daß die Mitglieder der DKP ebenso wie wir in einer Konfrontation zum bürgerlichen Staat stehen, die sie zu potentiellen Bündnispartnern im demokratischen Kampf macht. Zum anderen aber auch, weil wir davon ausgehen – und darin von jahrelanger Erfahrung bestätigt werden – daß eine sektiererische Haltung, wie sie beispielsweise von „KPD" und „KPD/ML" vertreten wird, Zuarbeit für die spalterische Politik der DKP-Führung leistet.

auch, weil wir davon ausgehen – und darin von jahrelanger Erfahrung bestätigt werden – daß eine sektiererische Haltung, wie sie beispielsweise von „KPD" und „KPD/ML" vertreten wird, Zuarbeit für die spalterische Politik der DKP-Führung leistet.

Ebenso widersetzen wir uns aber auch entschieden jeder Tenden, sich von der DKP auch nur im geringsten e r p r e s s e n zu lassen. Beispiele dafür gibt es ja genug, zuletzt das Russell-Tribunal, wo die DKP an den westdeutschen B e i r a t mit dem ebenso unverschämten wie idiotischen Ansinnen herantrat, e r möge dafür garantieren, daß die internationale J u r y auf dem Tribunal bestimmte der DKP nicht genehme Themen (u.a. Gewerkschaftsausschlüsse) nicht behandeln wird – **wofür der westdeutsche Beirat natürlich überhaupt keine Garantie abgeben k a n n !** Erpressung ist es ebenso, wenn die DKP jede Diskussion z.B. über Berufsverbote in den „Ländern des realen Sozialismus" v e r b i e t e n will und dieses Diskussionsverbot als Voraussetzung für eine Bündnispolitik festlegen will. Nach der Devise: Darüber w i l l die DKP nicht sprechen; wer also trotzdem danach fragt, will die DKP vom Bündnis ausschließen, ist also ein Antikommunist, ist also ein Befürworter der Berufsverbote in der BRD!

Die Demokraten der BRD haben keinerlei Grund, sich derartige Zumutungen und größenwahnsinnige Anmaßungen der DKP noch länger bieten zu lassen. Die DKP-Führer sollten erfahren, daß es ihnen bei sturer Fortsetzung dieser Politk durchaus auch mal passieren kann, daß sie hochkant aus demokratischen Bündnissen fliegen, falls sie sich nicht ohnehin s e l b s t isolieren, wie in der Russell-Kampagne. E c h t e Gleichberechtigung und Gesprächsbereitschaft muß zum allerersten Kriterium demokratischer Bündnispolitik werden.

Solidaritätsveranstaltung mit der demokratischen Opposition in Osteuropa

Am Freitag, den 3.2.78, fand im Hamburger Audi-Max eine Solidaritätsveranstaltung in Form einer Podiumsdiskussion zum Thema „Opposition in Osteuropa" statt. Obwohl nur ca. 350-400 Menschen aufgrund ungenügender Bekanntmachung erschienen waren und obwohl eine Reihe der Teilnehmer am Podium kurzfristig abgesagt hatten, bzw. nicht erschienen waren (Martin Buchholz – „Extra Dienst" –, Erik Noharra und Bernd Rabehl), entwickelte sich doch im kleinen Kreise eine recht lebhafte Diskussion. Am Podium nahmen teil ein Vertreter jeweils von den Jusos, Amnesty International und des SSB. Die Diskussion war nach kurzen einleitenden Beiträgen dann auch für das Publikum offen, wovon auch reichlich Gebrauch gemacht wurde. Die brennendsten Fragen waren die nach der Möglichkeit der Unterstützung von oppositionellen Bestrebungen im RGW; wo hört Solidarität auf; ist Solidarität etwas „Funktionales" von West nach Ost oder etwas gegenseitiges. Lediglich einige Vertreter der „KPD" versuchten mehrfach, die lebhafte Auseinandersetzung auf ihre „gesamtdeutsche Strategie" umzulenken, was aber nicht gerade Beifall des Publikums fand.

Gegen Ende der Veranstaltung kamen dann noch einige recht interessante Vorschläge zur praktischen Solidarität. So schlug der Genosse von den Jusos vor, ein Tribunal etwa von der Struktur des „Russell-Tribunals" über Osteuropa ins Auge zu fassen. Ferner wurde der unlängst von tschechoslovakischen Genossen unterbreitete Vorschlag aufgegriffen, gemeinsam in der Frage der Berufsverbote in der CSSR und der BRD zusammenzuarbeiten. Konkreter erster Schritt; eine gemeinsame Erklärung. Eine solche Erklärung würde der DKP etwa hierzulande das plumpe Argumentationsmuster, wonach Oppositionelle im RGW ohnehin Reaktionäre oder Kriminelle seien, weiter zersprengen. Die beiden nebenstehenden Resolutionen zu Rudolf Bahro und anderen einsitzenden Kritikern des „realen Sozialismus" wurden gegen Ende der Diskussion verabschiedet – gegen 4 Enthaltungen von der „KPD". Diese könne nicht mit den jugoslawischen Genossen Solidarität üben, da diese „Anhänger der Sozialimperialisten seien" etc. pp. – bei diesen Leuten hatte alle Diskussion natürlich nichts bewirken können.

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Resolution

Es gehört zu den gängigen Methoden der Herrschenden in den Ländern des „realen Sozialismus", daß Kritiker mit Verfolgung und Berufsverbot, mit Ausweisung oder drastischen Gefängnisstrafen mundtot gemacht werden. Wir fordern die Freilassung aller fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Oppositionellen, die in den Ländern des RGW und in Jugoslawien eingekerkert sind. Wir fordern insbesondere die Freilassung der folgenden Personen:

- **Rolf Mainz**, DDR, wurde Ende 1976 zusammen mit seinem Bruder **Klaus Mainz** zu vier bzw. 4 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Grund: „staatsfeindliche Hetze", was meint die Veröffentlichung eines Artikels über die Anwendung von Berufsverboten in der Zeitung „Die Zeit" Anfang 1977 – immer noch einsitzend – wurde Rolf Mainz erneut verurteilt. Er war anläßlich der Belgrader Folgekonferenz der KSZE in den Hungerstreik getreten. Dies erfüllte den Tatbestand der „staatsfeindlichen Hetze" erneut und zudem den der „Diskriminierung eines verbündeten Landes", unglaubliches Urteil: 5 Jahre Haft !!
- **Vladimier Lasturka**, CSSR, Unterzeichner der Charta 77, verurteilt zusammen mit **Ales Machanek** zu je 3 1/2 Jahren Gefängnis. Grund: „Weitergabe von Informationen", „Besitz einer Abzugsmaschine", die überdies nachweislich noch nicht einmal benutzt war.
- **Jiri Lederer**, CSSR, Mit-Initiator

urteilt zusammen mit Ales Machanek zu je 3 1/2 Jahren Gefängnis. Grund: „Weitergabe von Informationen", „Besitz einer Abzugsmaschine", die überdies nachweislich noch nicht einmal benutzt war.
- Jiri Lederer, CSSR, Mit-Initiator

der Aktion Charta 77, zu drei Jahren Haft verurteilt, Anfang dieses Jahres verlor er die Berufungsverhandlung. Auch hier der Grund: „Weitergabe von Informationen ins Ausland".
- **Vaclav Havel, Pawel Landowski** und ein Arbeiter namens **Kukal**. Alle sind seit zwei Tagen aufgrund einer Polizeiprovokation von einem „Maskenball der Eisenbahner" weg verhaftet worden. Ihnen wird vermutlich wegen „Randalierens" oder „Behinderung bei Ausübung von Amtshandlungen" der Prozeß gemacht. Hintergrund dieser Aktion ist, daß im September 1977 der prominente Charta Unterzeichner V. Havel zu 14 Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde. Diese Bewährung soll jetzt offenbar fallen.

Insbesondere fordern wir an dieser Stelle die Freilassung der nach Dutzenden zu zählenden jugoslawischen Revolutionäre, die z.T. nach abenteuerlichen Entführungsaktionen des jugoslawischen Geheimdienstes im Ausland meist wegen „Landesverrat" o.ä. zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Exemplarisch genannt sei hier der angebliche Führer einer illegalen KP, **Vladimir Dapcevic.**

Freiheit für alle sozialistischen und demokratischen Oppositionellen im RGW und Jugoslawien!

„Frankfurter Rundschau" vom 2.2.78

Appell für Rudolf Bahro

Appell für Rudolf Bahro

In ihrer Ausgabe vom 1. Februar 1978 veröffentlicht die „Times" in London einen Brief, den Heinrich Böll, Günter Grass, Arthur Miller, Graham Greene, Carola Stern und Mikis Theodorakis an den Herausgeber gerichtet haben. Er hat folgenden Wortlaut:

Das „Jahr des politischen Gefangenen" ging im Dezember 1977 zu Ende. Die bedrückende Lage der politischen Gefangenen aber bleibt weiterhin auf der Tagesordnung. Da die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad sich nunmehr in der Schlußphase befindet, appellieren die Unterzeichneten an die Weltöffentlichkeit, für die Freilassung von Rudolf Bahro einzutreten.

Seit dem 23. August 1977 ist Rudolf Bahro ein Gefangener des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Ein politischer Gefangener. Offensichtlich wie wohl nur selten in der Geschichte ist die Fadenscheinigkeit, ja das Verleumderische des Vorwands, unter dem er in Haft genommen wurde: „Wegen Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit." Der Haftgrund ist Rudolf Bahros Buch „Die Alternative — zur Kritik des real existierenden Sozialismus". Es ist in der Europäischen Verlagsanstalt, einem Verlag der Gewerkschaften, in der Bundesrepublik erschienen und wird demnächst auch in englischer, französischer, italienischer, spanischer und dänischer Sprache zu lesen sein. Dieses Buch nun beweist nichts anderes als die sozialistische Überzeugung und den außerordentlichen Rang des Gesellschaftsanalytikers und politischen Schriftstellers Rudolf Bahro.

Rudolf Bahro sitzt in einem DDR-Gefängnis, weil er sich aus der Tradition des Denkens von Karl Marx, Friedrich Engels und Rosa Luxemburg heraus fordernd mit dem „real existierenden Sozialismus" in seinem Land auseinandergesetzt hat. Rudolf Bahro sitzt im Gefängnis einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft, weil er als Kommunist eintritt für gesellschaftlichen Fortschritt.

Wir halten es für notwendig, die Behörden der DDR immer wieder daran zu erinnern, daß die Freilassung Rudolf Bahros eine Selbstverständlichkeit ist, nicht mehr und auch nicht weniger. (FR)

„ML"-Kurzmeldungen

Auf die öffentliche Erklärung der „KPD/ML", die chinesische Regierung verfolge in der Außenpolitik eine **„konterrevolutionäre Linie"** (siehe dazu AK 120, S. 63) hat die „KPD" erwartungsgemäß empört reagiert: In einem Artikel in der „Roten Fahne" vom 25.1.78 („**Unverschämte Angriffe der Aust/Schubert-Gruppe auf die KP Chinas**") wird der „KPD/ML" vorgeworfen, sie wärme *„Gerüchte aus Moskaus Giftküche"* auf, sie hege eine *„eingefleischte Feindschaft gegen die Mao-Tsetungsideeen"*, sie sei *„dazu übergegangen, sämtliche von Moskau ausgegebenen Stichworte gegen die Politik der KP Chinas zu verbreiten"*, und sie sei **„dabei, zu einer vorgeschobenen Position des modernen Revisionismus zu werden".**

Was die „Rote Fahne" noch v e r s c h w e i g t: Die Polemik der „KPD/ML" gegen die chinesische Außenpolitik – lt. „Rote Fahne" **„wie aus einer sozialimperialistischen Propagandaschrift abgeschrieben"** – ist durchweg identisch mit den Positionen der Partei der Arbeit Albaniens. Dazu ist also demnächst auch noch etwas in der „Roten Fahne" zu erwarten, etwa unter dem Motto: „Enver Hodscha, Statthalter des Sozialimperialismus". – Sicher scheint jedenfalls, daß auf die Beziehungen zwischen „KPD/ML" und „KPD", die im letzten Herbst anläßlich einer sogenannten *„Einheit der Marxisten-Leninisten"* noch einmal zarte Blüten zu treiben schienen, endgültig Frost gefallen ist.

* * *

lich einer sogenannten „Einheit der Marxisten-Leninisten" noch einmal zarte Blüten zu treiben schienen, endgültig Frost gefallen ist.

* * *

Nicht einverstanden mit der „KPD/ML" ist in dieser Frage seltsamerweise auch der schwäbische KAB„D". Vor einigen Monaten hatte er Hoffnungen geweckt, indem er seine „Einschätzung" bekanntgab, die chinesische Führung „segele" nun, seit der Rehabilitierung Deng Hsiao-Pings, **„im Wind von rechts"**. Dies hatte der KAB„D" aber offensichtlich nur auf die I n n e n politik bezogen, während er zur Außenpolitik bisher kein Wort verlor. So heißt es jetzt in der „Roten Fahne" des KAB„D" (vom 28.1.78), das Urteil der „KPD/ML" über die chinesische Außenpolitik sei *„aus dem Zusammenhang gerissen"* worden. Und außerdem: *„Noch ist der Kampf zweier Linien in der KP Chinas nicht endgültig entschieden!"*. –

Die Bauchschmerzen des KAB„D" erklären sich bei näherem Hinsehen leicht: S e i n e ganze „wissenschaftliche Beweisführung" über den „Wind von rechts" stützt sich auf die Tatsache der Rehabilitierung Deng Hsiao-Pings und auf dessen frühere Kennzeichnung durch Mao als Revisionist etc. Nur auf diesem sozusagen geheiligten Boden („Mao hat gesagt...") fühlt er sich einigermaßen sicher; jede Kritik darüber h i n a u s indessen muß dem KAB„D" natürlich frevelhaft und „unwissenschaftlich" erscheinen. Denn, oh Schreck, dafür gibt es ja keine Mao-Zitate mehr ... Sorgen haben die Leute!

* * *

Aber auch interessante Informationen lassen sich der „Roten Fahne" des KAB„D" entnehmen: So erfährt man in der Ausgabe vom 28.1.78, daß der DKP bei ihrer großartigen Mitgliederwerbungs-Kampagne („Wählt die DKP!", „Stärkt die DKP!" etc. blahblah) ein besonders edles Wild ins Garn gegangen ist: Gerd G e n g e r, den Altfans der „ML"-Szene noch in fröhlichster Erinnerung, hat in den Schoß der alleinseligmachenden Partei gefunden. Genger hatte 1970 wesentlichen Anteil an der Abspaltung der sogenannten „ZB-Linie" von der „KPD/ML" (ZB = Zentralbüro). Nachdem er noch einige Konkurrenz aus dem Weg geräumt hatte, war er schließlich der ungekrönte König seiner parallelen „KPD/ML", die zeitweise (etwa im Zeitraum 1971/72) sogar mehr Mitglieder als die „richtige Partei" von Ernst Aust hatte. Auf Gengers Schreibtisch entstand u.a. die Neuauflage der Theorie vom „Sozialfaschismus" der SPD. Später entzog er sich dann für längere Zeit den neugierigen Blicken seiner Fans. Umso größer unsere Freude über sein neues Lebenszeichen.

Die „Rote Fahne" des KAB„D" kommentierte: **„Wir hoffen, daß er bei seiner neuen Heimat eine genauso ‚erfolgreiche' Arbeit macht wie in der KPD/ML".** Diesen guten Wünschen schließen wir uns an.

* * *

Wie der „Peking Rundschau" (17.1.78) zu entnehmen ist, hat das ZK der KP Chinas am 4. Januar der sogenannten „SKP" (schwedische „ML"-Organisation) mit einem Telegramm „herzlich" zum 5. Jahrestag ihrer Gründung gratuliert. Zuvor hatte das ZK der KP Chinas schon am 29.12.77 der „PCMLF" (Frankreich) „herzlich und brüderlich" zum 10. Jahrestag ihrer Gründung gratuliert (PR, 10.1.78). Die KP Chinas hatte zwar früher Grußadressen aus aller Welt und zu allen nur denkbaren Anlässen aus der „ML"-Szene e r h a l t e n, aber niemals selbst Grußadressen verschickt. Auch dies ist also eine

ihrer Gründung gratuliert (PR, 10.1. 78). Die KP Chinas hatte zwar früher Grußadressen aus aller Welt und zu allen nur denkbaren Anlässen aus der „ML"-Szene e r h a l t e n, aber niemals selbst Grußadressen verschickt. Auch dies ist also eine

Veränderung infolge des neuen Kurses: Die neue chinesische Führung wertet die auf sie orientierten „ML"-Organisationen spürbar auf und gewährt ihnen seriöse „bruderparteiliche" Beziehungen mit formaler (!) Gleichberechtigung.

* * *

Der „Roten Fahne" der „KPD" vom 25.1.78 ist zu entnehmen, daß die „PCMLF" und die „PCRML" (beide Frankreich) Anfang Januar beschlossen haben, „gemeinsam" bei den Parlamentswahlen in diesem Jahr vorzugehen. Es soll eine gemeinsame Wahlliste gebildet werden. Man spricht von einem *„Schritt hin zur Einheit der Marxisten-Leninisten"* (RF).

* * *

Auch i n t e r n a t i o n a l kommt die Einheit der „Marxisten-Leninisten" vaterländischer Art schwungvoll voran. Nach der Tournee des „KPD"-Vorsitzenden Semler zu Freunden in Portugal, Spanien und Italien kann nun gemeldet werden, daß die „TIIKP" (türkische „ML"-Organisation) „kürzlich" in getrennten Gesprächen mit Vertretern der „PCMLB" (Belgien), der „PCUd'I" (Italien) und der „PCLMF" (Frankreich) zusammengekommen ist.

Kernpunkt der Gespräche: **„Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt ist die konkrete Klassenlinie der internationalen kommunistischen Bewegung geworden"** (aus dem Kommunique TIIKP-PCMLB, zit. aus „Radio Peking", 24.1.78). – Die Parteien des „albanischen Blocks", deren Vereinigungsbemühungen nach anfänglich vielversprechenden Ansätzen (in der ersten Jahreshälfte 1977) ins Stagnieren geraten sind, werden sich sputen müssen, um diese Aktivitäten im „chinesischen Block" wieder wettzumachen. Doll sind ihre Chancen im „Ringen der Super-Linken um Hegemonie" derzeit sowieso nicht mehr.

Terrorurteile in der DDR

Anfang Januar wurde in Potsdam der ehemalige Cheflektor des Leipziger VEB-Fachbuchverlages Rolf Mainz wegen „staatsfeindlicher Hetze" sowie „Diskriminierung eines verbündeten Landes" zu 5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Rolf Meinz war zunächst vor 2 Jahren in Leipzig beruflich degradiert worden, nachdem er sich schriftlich zugungsten eines Ausreiseantrages seines Bruders, des ehemaligen DDR-Hochsprungmeisters, Klaus Mainz, eingesetzt hatte.

Als Rolf Mainz, der inzwischen völlig ohne Arbeit war, im Oktober 76 in „Die Zeit" seine Erfahrungen mit Berufsverboten in der DDR veröffentlichte, wurden er und sein Bruder umgehend verhaftet und zu viereinhalb bzw. vier Jahren Freiheitsstrafe wegen „staatsfeindlicher Hetze" verurteilt.

Das jüngste Urteil bezieht sich ausschließlich auf das Verhalten von Mainz in der Strafanstalt Brandenburg, wo er zugunsten der Belgrader KSZE-Folgekonferenz in den Hungerstreik getreten war. Nach Angaben seines Vaters - KPD-Mitglied und KZ-Haftgenosse Carl von Ossietzkys – habe man seinem Sohn die Tatsache, daß einer seiner beiden Hungerstreiks zeitlich in der Nähe des 17. Juni lag, *„nach NS-Manier regelrecht politisch in die Schuhe geschoben"* („FR", 6.1.78).

Auch das kürzlich durch die dubiose „Freikaufpraxis" der BRD-Regierung aus DDR-Haft entlassene Arbeiterehepaar Porsche berichtet von wachsender Rücksichtslosigkeit der DDR-Behörden gegenüber Kritikern des Regimes. Offensichtlich bestehen Anweisungen, daß Antragsteller auf „Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft", jetzt ohne Umweg gleich unter der Anklage der „Hetze" verurteilt würden, vermerkt „amnesty international" in seinem Bericht über Menschenrechtsverletzungen in der DDR („FR", 11.10.77).

In den Haftanstalten werden – so amnesty – die politischen Gefangenen vorzugsweise mit Mördern zusammengelegt. Die Gefangenen werden ermuntert, sich gegenseitig zu bespitzeln.

Die DDR-Führer haben mit dem generellen Vorwurf, die Kritiker haben sich mit dem Klassenfeind verbündet, (z.B. Rudolf Bahro) bisher noch jede anti-sozialistische Äußerung, noch jede nonkonformistische Regung zum Staatsverbrechen erklärt. Es ist in diesem Zusammenhang ersteinmal unerheblich, welche Kritik z.B. Rolf Mainz an der DDR hat – wegen „Diskriminierung eines Bruderlandes" 5 Jahre eingeknastet zu werden, sprengt den Rahmen selbst bürgerlicher Gesetzlichkeit, ist schlichtweg p e r v e r s!

Dementsprechend kommt der Protest gegen diese Terrorurteile international durchaus nicht nur von reaktionärer Seite. Das Mitglied des 3. Russell-Tribunals über die BRD, Luicio Lombardo Radice, hat vom Westberliner „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" Unterlagen über die zunehmenden langjährigen Haftstrafen für Systemkritiker in der DDR erbeten. Radice, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Italiens, will dieses Material seiner Partei zur Erörterung zuleiten. Er fordert *„Meinungsfreiheit auch für nicht-sozialistische Oppositionelle in den sozialistischen Ländern."*

„Knast war nie eine Antwort, man kann Ideen und wirkliche Fragen nicht in den Kerker schließen." Mit anderen demokratischen Menschen will Radice *„im Namen der Freiheit protestieren"* und als *„alter Kommunist die Genossen, die in der Regierung der DDR stehen, dringend ermahnen, nicht konservativ zu sein. Man verteidige den Sozialismus nur wirklich, wenn man neuen Kräften und Ideen Raum gebe"* („FR", 27.1.78).

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der lange Arm des KGB?

Wie der Presse Ende Januar zu entnehmen war (siehe z.B. „Welt" vom 30.1.), sind dem bekannten sowjetischen Antikommunisten Solchenizyn (derzeit USA) in der Schweiz die Konten gesperrt worden. Der Schweizer Staat beansprucht das auf den Konten liegende Geld als Steuerschuld Solschenizyns. Es geht um ein Sümmchen von rund 3,8 Mio. Schweizer Franken (über vier Mio. Mark). Aus gewöhnlich gut patriotischen Kreisen verlautet, die Maßnahme ziele darauf, Solschenizyn die Existenzgrundlage zu entziehen, um diesen wachsamen Mahner vor der roten Gefahr mundtot zu machen. Die Maßnahme zeige, so heißt es, in welch erschreckendem Ausmaß jetzt auch schon ein Bollwerk der nationalen Unabhängigkeit wie das Schweizer Bankgewerbe von der 5. Kolonne des Sozialimperialismus und vom KGB unterwandert worden sei. Die gewöhnlich gut patriotischen Kreise erwägen zum diesjährigen 17. Juni eine Aktionswoche unter den Parolen **„KGB raus aus der Schweiz! – Die Schweizer Banken den Schweizer Bankiers! – Kein Fränkli und kein Räppli Lohnraub gegen Solschenizyn!"**. Diese Forderungen sollen auch als Minimalplattform für die Herstellung breiter Bündnisse zu den diesjährigen Landtags- und Kommunalwahlen in der BRD dienen.

»Wir warn die stärkste der Partein...«

1977 ist im Westberliner Rotbuch-Verlag das Taschenbuch „Wir warn die stärkste der Partein... – Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen" erschienen. In diesem Buch kommen neun verschiedene Verfasser- oder Verfasserkollektive zu Wort, um zu berichten, wie übel ihnen während ihrer Mitgliedschaft in einer „K-Gruppe" mitgespielt wurde. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Buch wohlwollend-schadensfrohe Kommentare u.a. im „Spiegel", im „Vorwärts" (SPD) und im „Westberliner Extradienst" (SEW-nah) erhielt. Der „Spiegel" nahm das Buch sogar zur Grundlage für einen längeren Artikel.

Im Widerspruch zu der recht weitgreifenden Ankündigung, **„aus der Welt der K-Gruppen"** zu berichten, beziehen sich acht der neun im Buch wiedergegebenen Schilderungen auf die „KPD" bzw. deren „Massenorganisationen" (KSV, KOV, Liga gegen den Imperialismus) und einer auf die KHG (Studentenorganisation des KBW). Diese allzu offensichtliche Beschränktheit des Erfahrungsbereichs wird wettgemacht, indem bereits im Vorwort – das als kollektive Stellungnahme aller Autoren des Buches deklariert ist – ihre eigene Erfahrung verallgemeinert wird auf **„das ganze Spektrum dieser Organisationen"** („K-Gruppen") und darüber hinaus auch gleich noch auf organisierte, nicht-reformistische linke Politik überhaupt.

Hinter dieser Verallgemeinerung verschwinden politische Unterschiede innerhalb der Linken. Schon im Vorwort wird ausdrücklich angekündigt, die Verfasser wollten auf eine politisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren früheren Organisationen verzichten, da dies ohnehin *„vergebliche Liebesmüh"* sei (Seite 5). So ist zwar aus den Texten immerhin noch zu erkennen, daß mehrere der Verfasser ihren Bruch mit der „KPD" in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung der Politik der „Vaterlandsverteidigung" vollzogen haben. Diese Tatsache erscheint aber nur am Rande und wird nirgendwo inhaltlich vertieft. Es wird geradezu der Eindruck erweckt – der bei Außenstehenden auch zweifellos entsteht – als gehöre diese Politik und andere politische Eigentümlichkeiten der „KPD", die in den Texten oberflächlich angetippt werden, zu den sonstigen, zu verallgemeinernden Eigenschaften „der K-Gruppen" schlechthin.

„Wir warn die stärkste der Partein" ist ein Buch gegen den Marxismus-Leninismus, gegen organisierte nicht-reformistische Politik. Am klarsten haben das die ehemaligen KHG-ler zum Ausdruck gebracht, die – ohne die geringste inhaltliche Beweisführung, versteht sich! – am Schluß ihrer Schilderung behaupten: *„Heute meinen wir, daß diese Organisationen nicht etwa an sich richtige theoretische Vorstellungen in falscher Weise praktisch umsetzen. Ihre Praxis ist vielmehr die Umsetzung des Marxismus-Leninismus. In diesem Sinn können wir sagen, daß die Erfahrungen in der KHG uns vom Marxismus-Leninismus abgebracht haben"* (Seite 63).

Wenn auch nicht ausdrücklich ausgesprochen, sind doch offensichtlich alle anderen Autoren zu demselben Ergebnis gelangt. In keinem der Berichte wird noch von revolutionärer Politik, von kommunistischer Organisierung, vom Marxismus-Leninismus gesprochen: Der eine Verfasser ist total ausgeflippt und erlebt Politik überhaupt nur noch als „Horror-Trip"; die Frauen machen „Selbsterfahrung"; ein Autor arbeitet immerhin in einem Berufsverbote-Komitee; ein anderer macht reformistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, weil er nur in der Durchsetzung von Reformen heute eine *„reale sozialistische Politik"* sieht (Seite 125). Orientierung am Offenbacher „Sozialistischen Büro" (SB) dürfte das weitestgehende sein, was in dem Buch als Möglichkeit noch vorkommt.

Das Buch „Wir warn die stärkste der Partein" ist unwissenschaftlich und demagogisch, indem es die Absage an den Marxismus-Leninismus und an kommunistische Organisierung nicht auf der Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung formuliert, sondern einzig und allein mit dem aus der bürgerlichen Propaganda bekannten Mittel der Stimmungsberichte, die zudem nur einen ganz begrenzten Erfahrungsbereich abdekken, die also weder das ganze Spektrum der immerhin über 100-jährigen Geschichte kommunistischer Organisierung noch auch nur das Spektrum der heute in der BRD aktiven „kommunistischen" Gruppierungen erfassen.

Kulturhistorisch gesehen gehört das Buch in die lange Tradition der „Überläufer"-Bekenntnisse, der von der Bourgeoisie vorgeführten „Kronzeugen", von Ruth Fischer und Herbert Wehner bis zu Ruhland, Müller und Klein. Dies bedeutet kein Werturteil über die einzelnen Autoren, bezeichnet aber die reale Funktion des Buches.

„Die Organisation" – das unbekannte Wesen

Die einzelnen Berichte scheinen, von möglichen oder nicht nachprüfbaren Übertreibungen abgesehen, das Klima in der „KPD" – bzw. in einem Bericht KHG/KBW – recht genau zu treffen. Das meiste liest sich so, wie wir es uns eigentlich immer vorgestellt haben,oder wie man es aus anderen Berichten schon wußte. Selbst der schadenfrohe Gedanke „Bei uns gibt's sowas aber nicht" will sich beim Lesen nicht so ohne weiteres einstellen. Denn manche der in dem Buch geschilderten Verhältnisse sind, wenn auch in abgeschwächter Form, ebenfalls innerhalb unserer Organisation anzutreffen.

Indessen ist allen Berichten gemeinsam, daß sie die Wirklichkeit entscheidend verzerren, indem die Autoren sich selbst nur als passiv Erleidende darstellen, die einem anonymen Monster gegenüberstehen – der „Organisation": Da haben die Autoren *„am eigenen Kopf und Leib erfahren"*, wurden *„begrenzt"* und *„deformiert"*, waren *„verschiedenen Formen von Realitätsverlust und politischer Unterdrückung ausgesetzt"* (aus dem Klappentext auf der Rückseite des Buches); beklagt wird die *„Vereinnahmung"*, die *„totale Absorption des Einzelnen durch die Organisation"* (Seite 60 und 61). Erinnerungen an Kafka und surrealistische Phantasien drängen sich auf.

Da die Autoren sich in erster Linie als Opfer des anonymen Monsters „Organisation" begreifen, sind die Berichte durchgehend von Wehleidigkeit und Empörung über erfahrenes Unrecht gekennzeichnet. Selbstkritik läuft im wesentlichen nur auf der Ebene ab, daß man sich dies alles viel zu lange habe „gefallen lassen". Diese beschränkte Sicht der Autoren entspricht der Funktion des Buches, sich nicht mit bestimmten Fehlern auseinanderzusetzen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, sondern Stimmung gegen **Organisierung als solche** zu machen.

Was ist dieses anonyme Monster namens „die Organisation"? Zunächst einmal ist es eine Summe von Menschen, einschließlich der Autoren selbst. Eine Kritik der „Organisation" bleibt nicht bloß an der Oberfläche, sondern wird direkt falsch, wenn der Kritiker sich nur als Objekt der „Organisation", nicht aber auch zugleich als Subjekt begreift und in die Kritik einbezieht. An einzelnen Stellen der Texte läßt sich, mehr „nebenbei", herauslesen, wie die Autoren auch selbst die Zustände produziert und aufrecht erhalten haben,die sie ansonsten dem anonymen Monster anlasten. So beschreibt etwa eine der Frauen, die früher im KSV war, wie sie selbst eine andere Frau in ihrer Wohngemeinschaft ständig unter psychischen Druck zu setzen versuchte, weil diese sich „zu lange" schminkte, weil sie eine „tolle" Samtjacke trug, weil sie nicht auf bestimmten „Demos" gewesen war usw. (Seite 44). Ein anderer Autor – verheiratet, mit Kind – berichtet über sein abwechslungsreiches Sexualleben quer durch die Organisation (Seite 29). Man könnte sich im Grunde vorstellen, daß dieser Autor mit jenem „Typ" identisch ist, der im ersten der Berichte erwähnt wird: „ ... *Das war ein merkwürdiger Typ, der Frauen aufriß, wie Sand am Meer. Alle Frauen staubte er ab ... Sprach immer von Emanzipation, aber das kannst du vergessen..."* (Seite 21). – Oder da ist jener schwule „KPD"-ler, der als Veranstaltungsredner die Frage aus dem Publikum, wie denn die „KPD" zur Schwulenunterdrückung stünde, einfach „überhörte" und nach der Veranstaltung den Frager „zum Essen" einladen wollte, übrigens ohne Erfolg (Seite 71).

Das heißt, es ist nicht einanonymes Monster, das die Menschen „vereinnahmt", das bestimmte Fragestellungen unterdrückt usw., sondern es sind konkrete Menschen, die hier einander schikanieren und unterdrücken, die ihre eigenen Probleme ausklammern usw. Man könnte sich ohne weiteres vorstellen, daß in den einzelnen Berichten die Autoren nichts anderes tun, als sich gegenseitig zu beschreiben. **„Die Organisation", das sind immer die anderen:** *„Irgendwann ... kam ich mir vor, als wenn ich die ganze Zeit über Theater gespielt habe. Das Einstudieren einer Rolle war das. Mit der totalen Hingabe. Und der Regisseur war die ganze Organisation. Jeder. Jeder andere Genosse. Denn jeder hat mir was anderes abverlangt, ein jesuitisches Regime..."* (Seite 20). Und was hat dieser Autor seinerseits „den anderen" abverlangt?...

Wenn man erst einmal das anonyme Monster „Organisation" entmythologisiert und als Gruppe von Menschen begriffen hat, entlarvt sich auch der Kurzschluß, als könnte damit über den Marxismus-Leninismus oder über revolutionäre Organisierung schlechthin geurteilt werden. Beschrieben wird in dem Buch nicht das Scheitern des Marxismus-Leninismus, sondern die Schwierigkeiten einer gesellschaftlichen Gruppe aus dem Kleinbürgertum bei der Umsetzung ihrer Vorstellungen vom Aufbau der „Avantgarde des Proletariats". Selbst aus den Berichten des Buchs, die im wesentlichen nur aus Anklagen gegen „die Organisation" und „die anderen" bestehen, wird doch an vielen Stellen deutlich, daß die Autoren ihre persönlichen Probleme, Ängste, Selbstbewußtseins-Defizit, Kontaktschwierigkeiten, Familienprobleme usw. usf. in „die Organisation" eingebracht haben und daß sie so dazu beigetragen haben, überhaupt erst jenes schreckliche Gebilde zu schaffen, von dem sie dann behaupten, es habe sie „absorbiert", „deformiert" und „kaputtgemacht". Der Schüler beispielsweise, der sich in seiner Klasse durch sektiererischen Unfug hervortat (Seite 17), begreift sich offenbar auch nur als Opfer „der Organisation", statt als Mitverantwortlicher für die sektiererische Linie seiner Organisation. (Er war immerhin Mitglied einer Regionalleitung des KOV, des „Kommunistischen Oberschülerverbands" der „KPD".) Der Student, der heute als Kronzeuge gegen den Marxismus-Leninismus auftritt (Motto: „Ich habe das alles am eigenen Leib erlebt..."), hat uns vielleicht gestern noch mit toternstem Gesicht weismachen wollen, die Politik des KBW sei „gut, weil sie richtig ist".

Es wäre sicher lohnend, gründlich zu untersuchen, warum gerade die „ML"-Organisationen zu Brutstätten gegenseitigen Psychoterrors und politischen Gehirnschwunds nach innen und sektiererischer Eskapaden nach außen geworden sind. (Eine Erscheinung, die nicht auf die BRD begrenzt ist.) Ebenso ist es sinnvoll, die „zwischenmenschlichen Beziehungen" auch in unserer eigenen Organisation zu kritisieren und zu verändern. Nur: Wir bestreiten die Berechtigung und Kompetenz ehemaliger „ML"er, als Ankläger und Kronzeugen in dieser Sache aufzutreten. Wir bestreiten vor allem ganz entschieden ihre Berechtigung, irgendwelche Erscheinungen, die sie selbst mitzuverantworten haben, als Argument gegen den Marxismus-Leninismus und gegen die kommunistische Organisierung in die Debatte zu bringen.

SPENDENLISTE

Nachstehend geben wir die seit der letzten Veröffentlichung neu eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen bekannt. Die Veröffentlichung der Spendeneingänge soll der Kontrolle durch die Spender und Empfänger dienen.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklasse und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender, bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Alle Spenden werden von uns ohne jeden Abzug weitergeleitet.

Für Frente Polisario, West-Sahara

Wohngemeinschaft „Rote Sophie", Kiel	62,–
Flensburg und Husum	20,–
Chemiegenossen	100,–
H.B., Wendlingen	26,50
„Schnellnodelmansquatschn", Nürnberg	20,–
H.-W.M., Stolberg	15,–
R.K. und B.P., Duisburg	50,–
A.B., Neumünster	20,–
E.W., Nürnberg	70,–
A.R.	40,–
N.N.	200,–
Summe	623,50

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für Frente Polisario auf DM 30.006,58

Für MIR, Chile

S., Flensburg	50,–
„Che" -Veranstaltungen:	
Salzgitter	36,–
Clausthal	100,01
Flensburg u. Husum	246,27
Neumünster	14,15
Spendentopf Hamburg-Rahlstedt	122,–
Lehrer-Lübeck	50,–
Geburtstag bei M.	110,–
R.K. u. B.P., Duisburg	100,–
Summe	828,43

Damit erhöht sich das bisherige Spendenaufkommen für MIR auf DM 292.668,37

Für PFLP, Palästina

N.N.	74,–
Wohngemeinschaft „Rote Sophie", Kiel	10,50
Palästinakomitee, Münster	500,–
R.K. u. B.P., Duisburg	50,–
Wohngemeinschaft Eimsbüttel	30,–
KB/Gruppe Freiburg	14,60
D.H., Flensburg	50,–
Norwegische Genossen	6,–
Summe	735,10

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für PFLP auf DM 123.020,69

Für ZIPA, Zimbabwe

3Odenwälder KB-Sympathisanten	1.400,–

Damit erhöht sich das gesamte bisherige Spendenaufkommen für ZIPA auf DM 2.177,34

Eine linke Tageszeitung für die BRD ?

Seit einiger Zeit wird von linkssozialdemokratischen, sogenannten „undogmatischen" Kreisen das Projekt einer linken, „undogmatischen" Tageszeitung für die BRD diskutiert. Dieses Projekt wurde auch auf dem Westberliner TUNIX-Treffen vorgestellt. Im „ID" vom 28.1.78 ist dazu ein Aufruf abgedruckt.

Es fällt auf, daß in den Vordergrund der Argumentation die Notwendigkeit einer solchen Tageszeitung gestellt wird: Haben wir nicht im Herbst letzten Jahres nach Schleyer-Mogadischu-Stammheim die fast totale Gleichschaltung der bürgerlichen Medien erlebt? Erleben wir nicht täglich aufs Neue die Konfrontation mit den Verzerrungen der bürgerlichen Medien? Gibt es nicht ein *„massenhaftes Bedürfnis"* (ID) nach einer linken Tageszeitung? Ist das nicht seit der Springerkampagne von 1968 ein Wunsch in vielen Köpfen?...

Weitaus weniger konkret wird die Frage nach der Möglichkeit einer solchen Tageszeitung gestellt. Da kommt der „ID" etwa mit der auf nicht sehr starken Beinen stehenden Rechnung, die Alternativpresse erreiche insgesamt ja heute schon eine Auflage von rund 120.000. Da wird in eher karnevalistischer Manier die Stimmung ausgenutzt und angeheizt, wie etwa RA Stroebele auf dem TUNIX-Treffen es tat: 'Wir sind hier sooo viele – und dann sollten wir das nicht schaffen?! ...' . Und da wird vor allem immer wieder auf das Bestehen von linken Tageszeitungen in Frankreich und Italien hingewiesen. Die gebe es ja nun schon seit Jahren. Zwar seien die Bedingungen in Italien und Frankreich auch etwas günstiger als in der BRD, aber immerhin ....

Diese Argumentation beruht zum guten Teil auf Unkenntnis über die Realität oder sie spekuliert zumindest darauf. Speziell für Italien ist zu sagen, daß die drei linken Tageszeitungen („il manifesto", „lotta Continua", „quotidiano dei lavoratori") sich alle nur durch ununterbrochene Spenden - Kampagnen über Wasser halten. Es ist außerdem zu sagen, daß die wahrscheinlich für viele westdeutsche Befürworter des Zeitungsprojekts recht desillusionierende Auflagenhöhe der einzelnen Zeitungen (so jeweils zwischen 10.000 und maximal 30.000) darauf schließen läßt, daß diese Zeitungen im Wesentlichen nur der Selbstverständigung der Linken dienen, also keineswegs Massenzeitungen sind.In der BRD dürfte es zudem viel schwerer fallen als in Italien oder Frankreich, eine linke Tageszeitung über Kioske und Zeitungsläden zu verbreiten. Die drei genannten Zeitungen sind im übrigen keine „undogmatischen" Zeitungen, sondern es sind – mit Abstufungen – Organisationszeitungen, die auch von Organisationsredaktionen (mit z.T. erheblichem Umfang) „gemacht" werden.

Anders verhält es sich in der Tat mit der französischen Tageszeitung „Liberation", die eine unabhängige Redaktion hat. Über die Verhältnisse von „Liberation" (Finanzen, Auflage) sind wir leider nicht informiert. Wir gehen aber erst einmal davon aus, daß diese Verhältnisse sich nicht wesentlich von denen der italienischen Zeitungen unterscheiden.

Generell zeigt die Erfahrung, daß es unmöglich ist, eine Tageszeitung auch nur annähernd kostendeckend zu kalkulieren.

Eine weitere Erfahrung ist unbedingt zu berücksichtigen: Auch „il manifesto" hatte bei ihrem ersten Erscheinen (Anfang der 70er Jahre) den Anspruch, eine „undogmatische" Tageszeitung zu sein, wurde aber rasch zur Zeitung einer Organisation – was in der Folge zuerst „Lotta Continua" und später auch „Avantguardia Operaia" (und inzwischen wohl auch noch ein oder zwei „ML"-Organisationen) veranlaßte, eigene Tageszeitungen herauszubringen. Es ist also die völlig irrationale Situation entstanden, daß sich drei Organisationen mit ihren Tageszeitungen Konkurrenz machen, dies alles mit mühsam zusammengekratzten Spendengeldern der Linken finanziert wird und die Zeitungen kaum über die Linke (außerhalb der PCI) hinausdringen.

Auch in Frankreich gibt es neben der „Liberation" noch die auch recht aufwendig gemachte Tageszeitung der Trotzkisten sowie zwei allerdings sehr kümmerliche „ML"-Tageszeitungen.

Wir sehen, kurz gesagt, eine große Gefahr, daß auch in der BRD das Projekt einer Tageszeitung zum finanziellen Massaker für die Linke, ob „undogmatisch" oder nicht, werden könnte, ohne viel politischen Nutzen zu bringen. Würde nicht auch die „UZ", bisher als Tageszeitung gar nicht im Außenvertrieb, angesichts einer konkurrierenden linken, „undogmatischen" – d.h. in den Augen der DKP von vornherein antikommunistischen – Tageszeitung ihre eigenen Vertriebsanstrengungen erheblich steigern? Würde wiederum die „KPD" sich nicht spätestens an diesem Punkt genötigt sehen, dem Vordringen des Sozialfaschismus auch an der Zeitungsfront durch eine eigene Tageszeitung „demokratisch-antihegemonistischen" Zuschnitts Einhalt zu gebieten?

Vorerst nehmen wir allerdings an, daß uns diese Eskalation eines unsinnigen linken Konkurrenzkampfes und Verschleuderung linker Gelder erspart bleiben wird, da die Widersprüche zwischen den Betreibern des Zeitungsprojekts allzu groß sein dürften, um ein so hartes und kostenreiches Projekt wirklich bis zu Ende zu führen.

Erfolgreiche Aktionswoche der ZDL



Das war eine kämpferische Stimmung! Über 10.000 Demonstranten zogen am 28.1. durch die Dortmunder Innenstadt und protestierten gegen die Wiedereinführung des Gewissens-TÜV für Kriegsdienstverweigerer, die geplante Kaserinierung der ZDLer und den Ausbau des Zivildienstes zu einem militärisch organisierten Arbeitsdienst!

Vor allem Zivildienstleistende waren dem Aufruf der „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden" zu dieser Demonstration gefolgt, die von einer bisher einmalig breiten Unterstützerbewegung demokratischer und linker Organisationen mit getragen worden war (Jusos, Judos, DFG-VK, VVN, KB, Jugendinitiativen, Frauengruppen u.v.a.).

„Zivildienststreik – bundesweit", *„Leider doch kein Hirngespinst – Iven will den Arbeitsdienst"*, und vor allem die Parole *„Die Kasernen müssen weg, schafft sie ab, reißt sie ein, Kriegsdienstgegner sagen nein"* wurden lautstark gerufen.

Die Abschlußkundgebung auf dem alten Markt hatte den Charakter eines antimilitaristischen Festivals. Die Reden wurden immer wieder von Sprechchören unterbrochen und als zum Abschluß Klaus der Geiger und seine Mannen auftraten, verwandelte sich der Marktplatz in ein riesiges Tanzparkett!

Mehrere Tausend Demonstranten, vor allem die, die mit Bussen aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren, fuhren am Nachmittag dann noch zu einer Kundgebung zur 1. Zivildienstkaserne, dem Vinkehof in Castrop-Rauxel. Auch hier wieder dufte Stimmung, Musik und Tanz.

Gleichberechtigung Ja – Arbeitsdienst Nein

Dies war eine der zentralen Parolen, mit denen über 100 Frauen in einem Frauenblock die Demonstration der Zivildienstleistenden in Dortmund unterstützten. Die Initiative dazu war von einigen Göttinger Frauen aus verschiedenen Frauengruppen ergriffen worden. Ausgangspunkt für diese Überlegung war, daß die geplanten Verschärfungen im Zivildienst nicht nur eine Sache der betroffenen Kriegsdienstverweigerer ist, sondern im Zusammenhang mit der gesamten reaktionären Ausrichtung der BRD, der chauvinistischen Hetze in den Medien, wachsenden Rüstungsausgaben etc. zu sehen ist.

Über die Unterstützung der ZDLer hinaus sollten Frauen auch eigenständig anfangen, an diesen Fragen aktiv zu werden, da die zunehmend militärische Ausrichtung des Zivildienstes nur der Anfang einer Entwicklung ist, die in dem Vorschlag des Bundesbeauftragten für den Zivildienst, Iven, ab 1985 eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen einzuführen, ihren klarsten Ausdruck findet.

Trotz Drohungen: ZDL-Streik war ein großer Erfolg

Einen Tag zuvor hatten über 5000 Zivildienstleistende in der gesamten BRD gestreikt, Das sind ca. 20% aller ZDLer! Sie ergriffen diese Kampfmaßnahme trotz der Drohung des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ), streikenden ZDLern für vier Monate den Sold zu entziehen, bzw. eine strafrechtliche Verfolgung einzuleiten, die zu drei Jahren Gefängnis führen kann (siehe AK 121).

An vielen Dienststellen war ein regelrechter Psychoterror inszeniert worden. Die Kollegen wurden zusammengetrieben und die Dienststellenleiter bzw. die Regionalleiter drohten mit ernsten Gesichtern mit Soldabzug, Gefängnis, Vorstrafe, Zukunft ruinieren, Personalakten und Feldjägern. Für die juristisch nicht so gut informierten Kollegen, z.B. dort, wo keine SO besteht, waren oft reine Einschüchterungsschnacks vom tatsächlichen Streikrisiko schwer zu unterscheiden. Die Flut von Solidaritätsadressen von nicht streikenden Dienststellen läßt erahnen, welches Ausmaß der nächste Streik bei entsprechend besserer juristischer und politischer Vorbereitung haben kann.

Ein Beispiel für Aktionen von nicht streikenden Kollegen: Als die ZDLer der Zivildienstschule Staffelstein bei Bamberg durch massive Drohungen, dienstliche Anordnungen etc. eingeschüchtert werden sollten, traten sie in einen 7-tägigen Hungerstreik! Sie sagen darin die einzige Möglichkeit, gleichzeitig Dienst zu tun und sich dem Streik anzuschließen.

Trotzdem wurde der Streik ein Erfolg, denn die SO hatte auf die Drohung prompt reagiert und im ganzen Bundesgebiet einen Aufruf verbreitet, der die Drohungen teilweise als haltlos entlarvte, juristische Tips zur Durchführung des Streiks gab, ohne dabei Kopf und Kragen zu riskieren und zur Geschlossenheit aufgerufen hat.

Die Gruppen und Dienststellen, an die diese Informationen gelangten, nahmen dann auch meistens am Streik teil, oftmals vergrößerten sich hier die Streikzahlen sogar noch. Einschüchtern konnte das BAZ hauptsächlich ZDLer, die noch keine feste Verbindung zur SO besitzen.

ZDLer wenden sich an die Öffentlichkeit

Neben diesen zentralen Aktionen gab es in vielen Städten und Orten der BRD Info-Tische und Veranstaltungen. In Hamburg beispielsweise fand vor dem Streik eine Veranstaltung mit ca. 1.000 Besuchern und am Streiktag eine sehr publikumswirksame Demonstration mit ca. 1.200 Teilnehmern statt. Viele ZDLer waren zu dieser Demo in Arbeitsanzügen und mit Spaten auf dem Rükken erschienen, um die Gefahr eines neuen Arbeitsdienstes zu verdeutlichen. Vor allem durch die Streiks fanden die Aktionen der ZDLer auch ein relativ breites Echo in der bürgerlichen Presse und in Rundfunk und Fernsehen.

Neben der altbekannten Hetze über die „Drückeberger" gab es hier auch viele positive Berichte, die die Forderungen der ZDLer unverfälscht darstellten und ihr demokratisches, soziales und antimilitaristisches Engagement herausstellten, was durch die Breite der Unterstützerbewegung und den persönlichen Einsatz der ZDLer und der SO bei einzelnen Medien (z.B. dem NDR) erreicht werden konnte.

Bei zahlreichen örtlichen Veranstaltungen waren Bündnisse entstanden, die für die allgemeine Abgrenzungshysterie einmalig sind. So standen nicht nur unter dem zentralen Flugblatt Jusos, Judos und der KB drunter – ohne daß es größeren Ärger gegeben hatte –, sondern auch die Revis mochten nirgends ihre Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum Tragen bringen. Die Zivildienstleistenden selbst haben die Kampagne zum größten Teil allein getragen, nur an wenigen Orten wurden von fortschrittlichen Organisationen ernsthafte Anstrengungen unternommen, auch in anderen Bereichen der Jugend zu den Aktionen zu mobilisieren. Wenn sie jedoch unternommen wurden, waren sie durchweg mit Erfolg gekrönt.

Für die Zeit des endgültigen Urteilsspruchs des Bundesverfassungsgerichts über die Wehrdienstnovelle und die Wiedereinführung des Gewissens-TÜV Ende Februar, Anfang März, sind erneute öffentlichkeitswirksame Protestaktionen geplant.

Es bleibt zu hoffen, daß zu diesen Aktionen erneut der breite Unterstützerkreis der Dortmunder Aktion zu einem gemeinsamen Vorgehen kommt.

Nieder mit dem Militarismus !
Gegen Arbeitsdienst und Kasernierung !
Stärkt die antimilitaristische Aktionseinheit !

Ivens Dementis

Iven in einem „Spiegel"-Interview („Spiegel" vom 6.2.): *„Es ist nicht richtig, daß wir militarisieren wollen, es ist nicht richtig, daß wir kasernieren wollen"*. Denn: *„Es ist überhaupt nicht daran gedacht, etwa alle (!) Dienstleistenden in geschlossene Unterkünfte zu bringen"* ... – man beachte den feinen Unterschied – Kasernen ja, aber nicht für alle, mit Militarisierung hat das aber nichts zu tun.

Iven dementiert: *„Wir wollen keinen Arbeitsdienst, wie ich ihn noch gekannt habe; ich will so etwas in diesem Lande nicht einführen". „Aber jene, die den Zivildienst als eine Alternative* g e g e n *den Wehrdienst ausgestaltet wissen wollen, finden in mir keinen Partner; sie können von diesem Staat nicht verlangen, daß er auf der einen Seite zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit größte finanzielle, organisatorische und personelle Anstrengungen macht und auf der anderen Seite dazu beiträgt, daß alles wieder in Frage stellt, angegriffen, zerstört und beseitigt werden soll"*.

Iven dementiert weiter, daß die Androhung von Gefängnisstrafen zur Einschüchterung gedacht waren. *„Das hat mit Einschüchterung nichts zu tun. Ich glaube, daß wir mit differenzierten Disziplinarstrafen* (!) *auskommen werden."*

Also Geldbußen und weniger Sold, Versetzungen etc., aber natürlich sind das keine Disziplinarstrafen! Denn „rechtswidriges Verhalten" ist der ZDL-Streik *„in jedem Fall. Wir sind im Augenblick bei den Ermittlungen, und wir müssen auch, das gebieten uns die Vorschriften, jeden einzelnen anhören, bevor wir eine Disziplinarentscheidung fällen."*

Iven, das scheint festzustehen, ist von uns allen völlig verkannt worden. Er bittet uns deshalb *„um Toleranz, lassen wir einige Monate ins Land gehen. Wenn die von Ihnen zitierten Kritiker dann immer noch der Meinung sind, die sie jetzt vorgetragen haben, dann ist sicher etwas faul im Staate"*. Ivens Wort in unserem Ohr!

10 Jahre Notstandsgesetze

Am 27.6.1968 trat die sog. »Notstandsgesetzgebung« in Kraft. Dem 1968 verabschiedeten Gesetz waren bereits zwei Entwürfe vorausgegangen, der erste (»Schröder-Entwurf«) 1960, der zweite (»Höcherl-Entwurf«) 1962. Diese Entwürfe waren angesichts breiter öffentlicher Kritik nicht durchgekommen. Angesichts des französischen Mai 1968, angesichts der wirtschaftlichen und politischen Krise 1966/67 in der BRD, angesichts der Studentenrevolte wurden die Notstandsgesetze dann im dritten Anlauf mit Hilfe der SPD durchgepeitscht:

— Für den »äußeren Notstand« (»Verteidigungsfall«).
— Für den »inneren Notstand« (»politische Unruhen«).
— Für den »Katastrophenfall«.

Außerdem nennen die Gesetze noch den sog. »Spannungsfall«, der dem »Verteidigungsfall« vorgelagert ist. Die Definition des »Spannungsfalls« ist derart verwaschen, daß damit praktisch jederzeit nach Belieben hantiert werden kann.

Nach den Bestimmungen der Notstandsgesetze können seit 1968 jederzeit die verfassungsmäßigen demokratischen Grundrechte eingeschränkt, z.T. aufgehoben werden:

— Aufhebung des Brief, Post-, Fernmeldegeheimnisses, Aufhebung des »Rechtswegs« zur Kontrolle solcher Schnüffeleien (Art. 10);
— Aufhebung der »Freizügigkeit« bei »Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes« (Art. 11,2);
— Möglichkeit der Dienstverpflichtung zu »zivilen Dienstleistungen« und in »Arbeitsverhältnisse«;
— Verpflichtung der weiblichen Bevölkerung zu paramilitärischen Dienstleistungen;
— Einsatz des Bundesgrenzschutz und des Militärs bei Katastrophenfällen (Art. 35), aber auch im »Verteidigungs-« oder »Spannungsfall« zur »Unterstützung polizeilicher Maßnahmen«, zum »Schutz ziviler Objekte«, zur »Verkehrsregelung«, für die »Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer« (Art. 87,a);
— Aufhebung des Föderalismus: die Bundesregierung kann den Ländern bzgl. des Einsatzes von BGS und Militär »Weisungen erteilen«, und zwar bei »inneren Unruhen« (Art. 91) wie auch im »Verteidigungsfall« (Art. 115f);
— Aufhebung des Wahlrechts während des »Notstands«.

Die Feststellung des Notstands soll »ganz demokratisch« vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen. Aber: *»Erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln und stehen dem rechtzeitigen Zusammentritt des Bundestags unüberwindliche Hindernisse entgegen«* — dann kann ein »Gemeinsamer Ausschuß« diese Feststellung treffen. Dieser »Gemeinsame Ausschuß« besteht aus zweiundzwanzig Abgeordneten des Bundestages und elf des Bundesrates, die nicht an Weisungen gebunden sind. Dieses »Notparlament« besteht auch vor Ausrufung des Notstands als ein Geheim-Ausschuß, der von der Bundesregierung, speziell vom Bundeskanzleramt, ständig über die »Sicherheitslage« informiert wird. Er ist für seine Entscheidungen letztlich ausschließlich auf die vertraulichen Informationen der im Bundeskanzleramt zusammengeschlossenen Geheimdienste (BND, VS, MAD) angewiesen. Faktisch ist damit die geheimdienstliche Kommandobrücke im Bundeskanzleramt das Organ, das mit Billigung von Bundeskanzler und Bundespräsident über die Anordnung von Notstandsmaßnahmen entscheiden kann.

Über die bekannten Bestimmungen der Notstandsgesetze hinaus liegen in den Panzerschränken der »Sicherheitsorgane« für den »Fall X« auch noch die sog. »Schubladengesetze« bereit, die die Einschränkung der Grundfreiheiten im Einzelnen regeln. Für ihre Anwendung ist eine Zustimmung des Bundestages überhaupt nicht mehr vorgesehen. Sie sollen erst nach Ausschaltung des Bundestages in Kraft gesetzt werden. Die Existenz dieser »Schubladengesetze« konnte von der Bundesregierung nach ihrer Veröffentlichung durch die DDR nicht dementiert werden. Diese Gesetze enthalten u.a.:

— »Notverordnung über die Befugnisse der Behörden des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamts«, die eine Zentralisierung von Polizei und Geheimdienst unter einheitlicher Bundesleitung vorsehen.
— »Erste Notverordnung zur Ergänzung des Strafrechts«, d.h. diverse Strafrechtsverschärfungen.
— »Notverordnung über das Informationswesen«, d.h. totale Gleichschaltung der Medien.
— »Notverordnung über das Sicherheitswesen«; danach kann bereits verhaftet werden, wer v e r d ä c h t i g ist, Hochverrat, Landesverrat, Staatsgefährdung etc. begehen zu w o l l e n, u.a.m. (Nach: Heinrich Hannover, Schubladengesetze, Fischer 858).

Darüberhinaus verabschiedete der Bundestag am 30.5. 1968 noch die sog. »einfachen Notstandsgesetze«. Sie heißen »einfache Notstandsgesetze«, weil sie mit einfacher Mehrheit im Bundestag beschlossen werden konnten.

Dabei handelt es sich zum einen um vier sog. Sicherstellungsgesetze, die die Bundesregierung zu umfassenden wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen ermächtigen, zum zweiten um drei »Schutzgesetze«, die den Aufbau von »Zivilschutzeinheiten« und »-maßnahmen« einleiten. Die »einfachen Notstandsgesetze« haben auch in normalen Zeiten bereits Geltung. Sie wurden bisher nur begrenzt angewendet, Ihre volle Anwendung würde allein ausreichen, um wesentliche Freiheitsrechte des einzelnen außer Kraft zu setzen.

Die Notstandspläne stießen von Anfang an auf Widerstand. Gegen den »Schröder-Entwurf« von 1960 zog auch die SPD-Führung noch zu Felde mit der Begründung, das Grundgesetz enthalte schon genügend Bestimmungen, mit denen ein Notstand gemeistert werden könne. Noch Ende 1967 stellten sich verschiedene Untergliederungen der SPD gegen eine Notstandsgesetzgebung.

Gegen den Regierungsentwurf vom 10. März polemisierte sogar die SPD-Führung noch. Allerdings mühte sie sich zu diesem Zeitpunkt bereits, mit einem eigenen Entwurf am Zustandekommen der Notstandsgesetzgebung mitzuwirken. Ihre Begründung: *»Wer sich, wie die SPD als große demokratische Partei für unser Land und seine Menschen verantwortlich fühlt, muß bei einer solchen Gesetzgebung mitwirken. Denn die freiheitlich-demokratische Grundordnung muß auch in Notzeiten gesichert bleiben«*. (In Zeiten der Not, SPD-Broschüre, 1967).

Mit den Stimmen der SPD war es schließlich möglich, die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für die Grundgesetz-Änderung vom 26.6.68 zu erreichen.

Etwas länger hielt der Protest der Gewerkschaften vor: Getragen von zahllosen Beschlüssen von Mitgliederversammlungen, Bezirkskonferenzen bis zu Gewerkschaftstagen der Einzelgewerkschaften wurde eine klare Ablehnung der NS-Gesetze durch die Gewerkschaft von den Mitgliedern gefordert. Auf dem Bundeskongreß 1962 in Hannover faßte der DGB den Entschluß: *»Der Bundeskongreß lehnt jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ab, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung, einzuschränken und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zu schwächen«* (Broschüre der IG Metall: Notstandsgesetze). Auf dem 7. Bundeskongreß des DGB im Frühjahr 1966 wurde diese Entschließung nochmals bekräftigt. Vom gewerkschaftlichen Widerstand ausgehende Großveranstaltungen wurden 1967 in allen größeren Städten durchgeführt. In örtlichen »Kuratorien Notstand der Demokratie« engagierten sich darüberhinaus auch die linke SPD-Basis, Intellektuelle, Studenten u.a.m. So wurde z.B. am 30.10.67 in Frankfurt ein Kongreß »Notstand der Demokratie« mit über 5000 Teilnehmern durchgeführt. Ernst Bloch sprach auf der Abschlußkundgebung: *„Wir kommen zusammen, um den Anfängen zu wehren«*. Im November und Dezember 1967 fanden u.a. Großkundgebungen in Bonn und München statt.

Parallel zu den Aktivitäten der Gewerkschaften, und z.T. sogar in Konfrontation, entwickelte sich der studentische Protest gegen die NS-Gesetze, wesentlich getragen vom sich radikalisierenden SDS. Am 30.5.65 veranstaltete der SDS zusammen mit anderen Hochschulgruppen in Bonn einen Kongreß »Demokratie vor dem Notstand«. Unter den 2.000 Teilnehmern befanden sich auch Gewerkschafter.

215 Universitätsprofessoren appellierten 1965 an den DGB, den Kampf gegen die NS-Gesetze zu verstärken. Ende 1967 unterzeichneten ca. 30.000 Studenten und Dozenten ein »Hochschulmanifest gegen den Notstand«. Aus dieser Bewegung ging im Zusammenspiel mit den Kräften des »Ostermarsches« der *»Sternmarsch auf Bonn«* hervor, der am 11.5.1968 vom »Kuratorium Notstand der Demokratie« organisiert wurde. Über 60.000 Menschen nahmen daran teil. Zu gleicher Zeit machte der DGB eine Konkurrenz-Kundgebung in Dortmund.

Die Spaltung des Widerstands, vor allem durch die Sozialdemokratie, war eine wesentliche Bedingung für die Niederlage der Anti-Notstands-Bewegung. Auch heute, zehn Jahre danach, ist die Überwindung der Spaltung der demokratischen und linken Kräfte eine Grundvoraussetzung, ohne die der Kampf gegen die zunehmenden alltäglichen Notstandspraktiken und Polizeistaatsmethoden nicht erfolgreich sein kann.

Antifa- Kommission
KB/Gruppe Hamburg